Armin Koerfer

Institutionelle Kommunikation

Zur Methodologie und Empirie der Handlungsanalyse

Verlag für Gesprächsforschung

Mannheim: Verlag für Gesprächsforschung 2013
http://www.verlag-gespraechsforschung.de
ISBN 978 - 3 - 936656 - 49 - 7

Die Online-Publikation ist eine Neuauflage des Buches,
das 1994 im Westdeutschen Verlag (Opladen) erschienen ist
(alte ISBN: 3-531-12557-5).

Alle Rechte vorbehalten.

© Verlag für Gesprächsforschung, Dr. Martin Hartung, Mannheim 2013

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigung, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Für Katharina und Krischan

Inhalt

	Vorwort	11
1	**Einleitung: Probleme, Absichten und Methoden**	13
1.1.	Ein institutioneller Konfliktfall	13
1.2	Verständnis- und Akzeptabilitätsprüfungen	16
1.3	Untersuchungsleitende Fragen	19
1.4	Zur Programmatik einer komparativen Handlungsanalyse institutioneller Kommunikation	22
2	**Institutionelles Handeln und Handlungsanalyse**	36
2.1	Postulate sinnverstehender Sozialwissenschaft	37
2.2	Das Sprecher-Hörer-Modell rationaler Kommunikation	41
2.3	Handlungserklärungen	45
2.3.1	Der common sense-Begriffsrahmen	45
2.3.2	Voluntativische und normativische Handlungserklärungen	49
2.3.3	Handlungsfreiheit und Determination	54
2.4	Das mentale Grundvokabular der Handlungsanalyse	58
2.4.1	Die Doppelrolle von Einstellungs- und Handlungswörtern als Gegenstand und Medium der Handlungsanalyse	58
2.4.2	Zur Bedeutungsanalyse intentionaler Handlungswörter	62
2.5	Handlungsbeschreibungen	66
2.5.1	Das alltagspraktische Problem der Zuschreibung	67
2.5.2	Das Beschreibungsproblem in der Handlungsanalyse	69
2.5.3	Intentionalität, Konventionalität und Institutionalität	71
2.5.4	Basis-Handlungen: Das Kriterium der Aufmerksamkeit	76
3	**Handlungsverstehen und Verständigung in Institutionen**	79
3.1	Handlungsfehlschläge und Mißverständnisse	80
3.2.	Handlungsvagheiten	85
3.2.1	Eindeutigkeiten und Mehrdeutigkeiten	85

3.2.2 Wie 'strikt' ist die Handlungsanalyse? 93
3.3 Handlungsplanung: Die subjektive Spannweite des Handelns 97
3.4 Lebenswelt und Institution 102
3.4.1 Lebensweltliche Orientierung: Der problematisch gewordene Sinnhorizont des Verstehens und der Verständigung 104
3.4.2 Das zweistufige Gesellschaftskonzept: Lebenswelt und System ... 108
3.4.3 Institutionsbegriff und Institutionstypen 113
3.4.4 Alltagswissen und Institutionswissen 115
3.5 Mißverstehen und Nicht-Verständigung 123
3.5.1 Individueller Sinn 123
3.5.2 Institutioneller Sinn 128
3.5.3 Verdeckte Intentionen und Strategien 138
3.5.4 Latent und manifest strategisches Handeln 142
3.6 Das Verifikationsproblem: Praktische Schlüsse, Formulierungen und Befragungen 150
3.7 Manifeste und latente Sinnstrukturen 160

4 Verantwortung und Rationalität beim institutionellen Handeln 165

4.1 Routine-Handeln und soziale Ordnung 165
4.1.1 Konvention und Recht 165
4.1.2 Absicht und Verantwortung 167
4.2 Verantwortung als sozialer Zuschreibungsprozeß 171
4.2.1 Handlungskompetenz 172
4.2.2 Typen von verantwortlichen Handlungssubjekten 175
4.3 Das Rationalitätsproblem 179
4.3.1 Alltagspraktische Akzeptabilitätsprüfungen 180
4.3.2 Wissenschaftliche und alltägliche Rationalität 182
4.3.3 Handlungsrationalität versus Systemrationalität 188
4.3.4 Handeln unter Maximenkonflikten 191

5 Institutionelle Sprechhandlungen und Handlungsmuster 197

5.1 Regularität und Konventionalität 197
5.1.1 Handlungstypen und Typen von Handelnden 198
5.1.2 Sprechhandlungsfolgen. Sprechhandlungssequenzen und Sprechhandlungsverkettungen 200
5.2. Konventionalität und Institutionalität 203
5.2.1 Institutionelle Sprechhandlungen in der Sprechakttheorie 203

5.2.2 Sprechhandlungstypologie. Zur Reichweite des sprechhandlungssemantischen Ansatzes ... 209
5.2.3 Formen institutioneller Bindung von Sprechhandlungen ... 213
5.3 Institutionelle Bindung von Handlungsmustern ... 217
5.3.1 Musteranalyse ... 218
5.3.2 Institutionelle Handlungsmuster und Oberflächenstruktur ... 220

6 Institutionelle Handlungssysteme und Partizipation ... 224

6.1 Institutionelle Handlungssysteme ... 225
6.1.1 Formalisierung und Verrechtlichung ... 225
6.1.2 Strukturmerkmale institutioneller Kommunikationstypen ... 229
6.2 Kooperation und Kontrolle ... 232
6.2.1 Kooperationsprinzip und Konversationsmaximen ... 232
6.2.2 Institutionsspezifische Formen der Kooperation und Kontrolle ... 235
6.3 Privatheit versus Öffentlichkeit ... 247
6.4 Aushandlungsprozesse als Problemlösungsverfahren ... 250
6.4.1 Pflichten und Neigungen ... 251
6.4.2 Handlungsalternativen und Handlungswahl ... 253
6.4.3 Handlungsrahmen ... 256
6.4.4 Rituelle Kommunikation ... 259
6.4.5 Konditionale Entscheidungsverfahren. Diskursive und nichtdiskursive Problemlösungen ... 261
6.4.6 Aushandlungen. Der Phänomenbereich ... 269
6.5 Komparative Funktionsanalyse institutioneller Kommunikationstypen ... 271
6.5.1 Das Wahrheitsproblem ... 272
6.5.2 Konservative versus progressive Institutionen? ... 280

7 Literatur ... 283

8 Quellen ... 303

Vorwort

Institutionelle Kommunikation ist gewiß ein weites Feld, zu dessen Bearbeitung es einer besonderen Motivation bedurfte. Die Beschäftigung in verschiedenen Projekten mit zunächst *hochschulischer*, dann *therapeutischer* Kommunikation, schließlich *gerichtlicher* und zuletzt wiederum *medizinischer* Kommunikation bestärkte zunehmend die Ansicht, daß Aufschlüsse über einzelne institutionelle Kommunikationsformen vor allem im Vergleich untereinander und mit nicht-institutionellen Kommunikationsformen, d.h. durch eine *komparative* Analyse zu gewinnen sind, in der Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen institutionellen Diskurstypen überhaupt erst ermittelt werden können. Die vorliegenden Untersuchungen setzen mit einer funktional-vergleichenden Methode an den Formen sprachlichen Handelns in alltäglichen und institutionellen Diskursen an und schreiten im systematischen Wechsel der Beobachtungsperspektiven von der Analyse von *Sprechhandlungen* über die Analyse von *Handlungsmustern* bis zur Analyse von *Handlungssystemen* fort. Eine so aufgefaßte komparative Form- und Funktionsanalyse institutioneller Kommunikation versteht sich zugleich als Beitrag zur *interdisziplinären* Erforschung des Gegenstandsbereichs wie auch als Beitrag zu einer allgemeinen *Institutionsanalyse*.

Dieser Beitrag soll jeweils entschieden aus der Sicht einer *Handlungstheorie* geleistet werden, deren traditionelle Variante einer personalistischen Theorie der Einzelhandlung freilich einer kritischen Reflexion zu unterziehen ist. Bedenken werden ja nicht nur grundsätzlich aus *systemtheoretischer* Perspektive, sondern auch aus der Perspektive einer *pragmatischen Kommunikationsanalyse* bzw. *linguistischen Pragmatik* vorgetragen, wobei allerdings ebensowenig hier wie dort die handlungstheoretische Herkunft zu leugnen ist. Die Kritik richtet sich vor allem gegen spezifisch handlungstheoretische Begrifflichkeiten wie *sprachliches Handeln*, *Intention*, *Aufrichtigkeit*, *Verantwortung*, *Rationalität* usw., die wesentlich am Modell alltäglicher Kommunikation gewonnen und nicht ohne weiteres auf Kommunikation in Institutionen und ihre Funktionsträger übertragbar seien. Unter Berücksichtigung dieser Kritik werden die Analysen gerade am Fall der institutionellen Kommunikation zu einer Reformulierung und Erweiterung des handlungstheoretischen Ansatzes führen, der eben nicht zugunsten eines solchen systemtheoretischen Ansatzes zu verwerfen ist, der sich strikt als eine Alternative zu einer Handlungstheorie überhaupt versteht. So ist das Pro-

gramm einer komparativen Form- und Funktionsanalyse, die sowohl gegenständlich wie theoretisch als *Handlungsanalyse institutioneller Kommunikation* ausgewiesen wird, zugleich durch die Ausführung zu rechtfertigen.

Der allgemein am Thema der institutionellen Kommunikation interessierte Leser möge den Einstieg anhand der problem-, methoden-, und zielorientierten Einleitung finden, die eine vorausgreifende und zugleich zusammenfassende Orientierung geben soll. Der spezifischer interessierte Leser möge die Einleitungen, die den jeweiligen Kapiteln vorangestellt sind, hintereinanderweg lesen, um sich so eine knappe Gesamtinhaltsübersicht zu verschaffen, die eher Detailfragen nachzugehen erlaubt.

Die vorliegende Arbeit ist in einer früheren Fassung unter dem Titel "Handlungsanalyse institutioneller Kommunikation" an der Universität Dortmund als Dissertation angenommen worden. Der Dank gilt allen, die die Arbeit mit Interesse und Anteilnahme verfolgt und kritisch begleitet haben. Für ihre Hilfen bei der technischen Fertigstellung danke ich Annette Schneider, Robert Heiligers und Jochen Faber. Ich danke besonders Gisela Brünner für ihre Kritik und Korrekturvorschläge im Detail, die zur Verbesserung der Arbeit in einem fortgeschrittenen Stadium beitrugen. Vor allem danke ich Konrad Ehlich für seine von Anfang an beharrliche und konstruktive Kritik, die die nunmehr eingeschlagenen Wege diskursiv zu erschließen half. Als einer meiner Lehrer der ersten Stunde war er mir späterhin auch in schwierigen Etappen ein verläßlicher Diskussionspartner, von dessen kenntnisreichem Engagement in der Sache ich über den nötigen Abschluß hinaus habe profitieren können.

Schließlich möchte ich denen, die die Entbehrungen durch die Arbeit mit mir geteilt haben, für ihre Nachsicht und wohlwollende Unterstützung danken.

1 Einleitung: Probleme, Absichten und Methoden

Am Beispiel eines besonderen institutionellen Konfliktfalls soll zunächst (§ 1.1) exemplarisch in die Problematik institutionellen Handelns eingeführt werden. Der Konfliktfall dient zugleich (§ 1.2) zur Vorstellung des Verfahrens der Verständnis- und Akzeptabilitätsprüfung, mit dem sich späterhin systematisch Problemtypen des Verstehens und der Verständigung beim institutitionellen und nicht-institutionellen Handeln werden unterscheiden lassen. Daran anschließend (§ 1.3) werden die untersuchungsleitenden Fragen formuliert, die bereits als Kondensat einer komparativen Form- und Funktionsanalyse gelten können, deren Programmatik nachfolgend (§ 1.4) sowohl gegenständlich wie auch theoretisch als *komparative Handlungsanalyse institutioneller Kommunikation* ausgewiesen werden soll.

1.1 Ein institutioneller Konfliktfall

In einige zentrale Fragestellungen der Untersuchung soll am Beispiel eines besonderen, nämlich *inner*institutionellen Konfliktes eingeführt werden, der zunächst zwischen den beteiligten Institutionsvertretern aufbrach und von diesen in die Öffentlichkeit getragen wurde, in der er dann Schlagzeilen gemacht hat, so daß der Konflikt aufgrund dieser günstigen Quellenlage überhaupt zugänglich ist. Die öffentliche Transparenz institutionellen Handelns und institutioneller Handlungskonflikte der folgenden Art ist ja eher die Ausnahme, die wir hier in besonderer Weise methodisch nutzen können. Anläßlich eines Polizeieinsatzes am 1. Mai 1989 in West-Berlin kommt es im Nachfeld zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Innensenator und dem Polizeipräsidenten darüber, wie denn bestimmte Äußerungen des Innensenators im Vorfeld einer Dienstbesprechung aufzufassen gewesen seien, worüber in der *Frankfurter Rundschau* vom 5. Mai 1989 wie nachfolgend in zwei Teilen (und hier in Auszügen) berichtet wird. Der erste Teil (1.1), der hier lediglich zur Kontextualisierung der weiterreichenden Relevanz des Falls angeführt wird, betrifft politische Einschätzungen von "Folge"-Problemen, der zweite Teil (1.2) das Problem eines augenscheinlichen "Mißverständnisses" in der Dienstbesprechung selbst:

(1.01) *Union gibt Senat Schuld an Berliner Krawallen. Dregger: Quittung für Politik / Polizei greift Pätzold an*. FRANFURT A.M., 4. Mai (FR). Der

Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, hat den rot-grünen Senat für die schweren Krawalle am 1. Mai in West-Berlin verantwortlich gemacht. Bundeskanzler Kohl sprach von "Straßenterror", der ein grelles Schlaglicht auf die Lage der Stadt werfe. Die SPD wies die Vorwürfe zurück. In Berlin ist es offenbar im Vorfeld der Ausschreitungen zu erheblichen Mißverständnissen zwischen Innensenator Erich Pätzold (SPD) und Polizeipräsident Georg Schertz gekommen.

(1.02) *Streit über Polizeieinsatz*. ojw BERLIN. West-Berlins Innensenator Pätzold und Polizeipräsident Schertz zeigten sich uneinig über den Verlauf einer Dienstbesprechung am 24. April. Während Pätzold seinen Angaben zufolge lediglich "Nachdenklichkeiten" über die Möglichkeiten einer Deeskalation des Polizeieinsatzes geäußert haben will, sprach Schertz öffentlich von "Weisungen", durch die er sich in seinem Ermessensspielraum eingeschränkt gesehen habe.

Ohne Anspruch auf Aufklärung drängen sich etwa folgende Fragen auf, die hier bewußt aus der Perspektive unseres Alltagswissens über Kommunikation gestellt werden sollen, so wie wir dieses Alltagswissen bereits bei der morgendlichen Zeitungslektüre aktivieren könnten: Wie konnte der Polizeipräsident etwas als Weisung verstehen, was der Innensenator als Äußern von Nachdenklichkeiten gemeint hat (wenn es denn überhaupt so gemeint war bzw. verstanden wurde)? Wie konnte es also zu diesem Mißverständnis kommen (wenn es denn eins war)? Wäre es zu nicht zu vermeiden gewesen? War dem Innensenator nicht klar, daß seine Äußerungen wie alle Äußerungen als Handlungen aufzufassen sind? Hat ihn also sein Alltagswissen verlassen? Oder war ihm nicht klar, daß seine Äußerungen zur Deeskalation als Äußerungen eines Innensenators gegenüber dem Polizeipräsidenten in einer Dienstbesprechung als "Weisung" aufgefaßt werden *könnten*, wenn sie nicht gar so aufgefaßt werden müßten. Hat also sein Institutionswissen als Innensenator versagt? Oder stellt er sich einfach nur dumm.[1] Benutzt er im nachhinein sein Alltags- und Institutionswissen gerade so, wie man es anwendet, wenn man sich herausreden will, weil man eine Handlung gerne ungeschehen machen möchte? Wie kann er - sollte dies zutreffen - annehmen, daß sein Versuch, sich irgendwie herauszureden, Erfolg haben wird? Oder nimmt er vielleicht an, daß sich der Polizeipräsident dumm stellt und daß er dies als Innensenator institutonsintern und öffentlich plausibel machen kann, womit er aus dem Schneider wäre?

---

1 Vgl. zur Strategie des Sich-Dumm-Stellens im Zusammenhang mit alltäglichen Verstehens- und Verständigungsproblemen Kallmeyer (1977: 66f); Kallmeyer diskutiert an einem Fall der Bedeutungsaushandlung, der durchaus in einen institutionellen Zusammenhang eingebettet ist, die besondere Variante der Strategie eines Hörers, weniger als verstanden zu erkennnen zu geben, als vom Sprecher erkennbar gemeint ist.

Insbesondere die letzte Frage nötigt uns zu einem Perspektivenwechsel: Handelt es sich umgekehrt bei dem Polizeipräsidenten geradezu um einen "Trottel", dessen Alltagswissen oder Institutionswissen versagt hat? Oder vielmehr (auch) um ein "Schlitzohr", das weiß, wie man sich zu seinem eigenen Vorteil dumm stellt? Sollten wir also alle bisher gestellten Fragen noch einmal stellen müssen, diesmal primär aus der Perspektive des Polizeipräsidenten als Rezipienten und Handelnden, bis wir bei seiner Frage anlangen, ob der Innensenator sich dumm stellt und herausreden will usw.?

Zudem müssen wir weitere Fragen anschneiden, die wir aus der Perspektive beider Parteien formulieren können: Was rechtfertigt überhaupt den Streit um Worte? Inwieweit bleibt die Vernunft in diesem Streit auf der Strecke? Was tun die beiden, wenn sie in dieser Form streiten? Handelt es sich lediglich um Behauptungen und Bestreitungen? Was wird dann eigentlich primär behauptet bzw. bestritten? Ein bestimmter Handlungssinn einer Äußerung oder - infolgedessen und je nach Auffassung - die Gewährung bzw. Einengung des Ermessensspielraums? Muß nicht einer von beiden bewußt die Unwahrheit sagen, also lügen? Oder muß nicht einer von beiden zumindest insofern im Unrecht sein, als er sich mißverständlich ausgedrückt bzw. nicht richtig zugehört hat? Versuchen sie also lediglich, sich das Mißverständnis wechselseitig in die Schuhe zu schieben (obwohl am Mißverständnis wie auch am Streit - so lehrt uns das Alltagswissen - doch immer mindestens zwei beteiligt sind)? Bezichtigen sie sich insgesamt also der Lüge oder der Unfähigkeit? (Was von beidem wäre eigentlich schlimmer?) Was tun sie, indem sie das eine oder das andere tun? Sich wechselseitig anklagen, beschimpfen oder vor der Öffentlichkeit anschwärzen usw.? Und dies alles, um die Verantwortung für (die Folgen von) problematische(n) Handlungen oder Versäumnisse(n) auf den anderen abzuwälzen und sich selbst auf diese Weise gegenüber einer Reihe von möglichen Vorwürfen (auch denen von Dregger und Kohl?) zu rechtfertigen?

Diese und ähnliche Fragen stellen wir auch im Alltag, wenn auch nicht so umständlich, sondern abkürzend und routiniert, so daß wir schlaglichtartig zu einem Urteil gelangen, indem wir etwa die letzte Frage bejahen. Diese und ähnliche Fragen werden wir wiederholt in den nachfolgenden Analysen stellen, wobei es gilt, diese Art von Fragen zu präzisieren und nach Typen zu kennzeichnen und zu systematisieren. Gegebenenfalls wird es sich als nötig erweisen, zwischen *Handlungen* und *Unterlassungen*, *Handlungsversuchen*, *Handlungskonsequenzen*, *Handlungstrategien*, *Handlungsmustern* usw. zu differenzieren, so daß wir Fragen wie die oben gestellten in einer besonderen Terminologie zu reformulieren hätten. Aus der Quelle unseres Alltagswissens über Kommunikation wird jedoch weiterhin unermüdlich zu schöpfen sein, auch wenn wir diesem Alltagswissen nicht immer unmittelbar trauen können.

Wie zu zeigen sein wird, hält das spontane Urteil des Alltagsverstandes der wissenschaflichen Kritik nicht immer stand.

Im gegebenen Beispiel handelt es sich um einen spezifischen Konflikt zwischen *weisungsbefugten* und *weisungsabhängigen* Institutionsvertretern, wobei man je nach Sichtweise annehmen könnte, daß sich die beiden schon damals richtig verstanden haben, momentan durchaus verstehen, sich aber gegenwärtig nicht verständigen wollen. Aber wir sollten (einem von) beiden kein Unrecht tun und es vorläufig dabei bewenden lassen, obgleich wir unter einem anderen Aspekt die Problematik des Beispiels sogleich wiederaufnehmen werden. Das Beipiel steht für einen innerinstitutionellen Konfliktfall und gewährt uns in einem ersten Anlauf Einblicke in die Problematik institutionellen Handelns. Im folgenden geht es jedoch weniger um das Handeln zwischen Institutonsvertretern, sondern zwischen diesen und "ihren" Klienten, weil auf dieser Konfliktlinie eher ein Zusammenprall von *Allgemeinwissen* und *Sonderwissen* über Institutionen zu erwarten ist, der stärkere Aufschlüsse über *Verstehens-* und *Verständigungsprobleme* zu geben scheint als bei innerinstitutionellen Konflikten. Aber diese beiden Möglichkeiten, Erkenntnisse über institutionelle Kommunikation zu gewinnen, sollen sich nicht ausschließen, sondern ergänzen.

1.2 Verständnis- und Akzeptabilitätsprüfungen

Eine vielversprechende und hier bereits angewandte Methode, Verstehens- und Verständigungsproblemen zwischen Handelnden auf die Spur zu kommen, besteht in der wechselweisen Übernahme ihrer je spezifischen Perspektiven. Bedenken gegen diese Methode sollen zunächst zurückgestellt werden. Die ersten Schwierigkeiten beginnen dort, wo wir manchmal Widerstände haben, eine Perspektive zu übernehmen, weil sie uns mißfällt. Eine andere Schwierigkeit resultiert häufig daraus, daß wir offenbar nicht über die spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen verfügen, die nötig wären, um die Perspektive des anderen angemessen zu übernehmen. Wir müssen aber auch in diesen Fällen nicht über alles zugleich rätseln. Ohne, wie gesagt, Partei nehmen zu wollen, drängt sich in diesem Fall der obigen Dienstbesprechung die Frage auf, warum der Polizeipräsident in der fraglichen Situation, in der der Innensenator die Äußerungen machte, die dieser im nachhinein als das Äußern von Nachdenklichkeiten kennzeichnet, nicht mit einer *Verständnisfrage* nachgehakt hat. Vielleicht wollte er sich die Blöße nicht geben. Oder er hielt es nicht für nötig, weil er die fraglichen Äußerungen genau so verstanden hat, wie er es in der Version im Nachfeld behauptet, nämlich als Weisung. Aber das muß uns nicht unbedingt interessieren. Für uns ist relevant, daß er eine Verständnisfrage hätte stellen *können* und daß sie, soviel läßt sich über die

Situation vermuten, im Prinzip sinnvoll gewesen wäre. Auf Verständnisfragen, die im Prinzip nicht sinnvoll sind, kommen wir sogleich zurück. Der Polizeipräsident hätte beispielsweise fragen können:

(1.03) Ist das eine Weisung?
(1.04) Soll ich das als Weisung verstehen?
(1.05) Soll das eine verbindliche Marschroute für die Polizei sein zu deeskalieren?

Hätte der Polizeipräsident eine dieser Fragen gestellt, wären nachfolgende Konflikte (jedenfalls einer bestimmten Art) zwischen ihm und dem Innensenator höchstwahrscheinlich vermieden gewesen (nicht aber unbedingt die Konflikte mit Dregger und Kohl, die von anderer Art sind). Der Innensenator hätte auf die Verständnisfragen (1.03)-(1.05) ungefähr so anworten *können*, wobei er so oder so ähnlich hätte antworten *müssen*, weil der Polizeipräsident ihn in den Zugzwang gebracht hätte, den *Handlungssinn* seiner Äußerung zu präzisieren:

(1.06) (Ja.) Ich gebe Ihnen hiermit die Weisung, daß...
(1.07) (Ja.) Dies ist eine Weisung, und zwar sollen Sie...
(1.08) (Ja.) Das soll die für Sie verbindliche Marschroute sein.
(1.09) (Nein.) Dies ist keine Weisung, sondern es ist...

Um den Fall für unsere Fragestellung nicht unnötig zu komplizieren, nehmen wir an, daß der Innensenator sich für die Antwort (1.06), (1.07) oder (1.08) entschieden hätte.[2] In diesem Fall wäre eine weitere Verständnisfrage des Polizeipräsidenten, die die Handlungsqualität der Äußerung betrifft, unsinnig. Wir würden eine solche Frage, wären wir der Innensenator, als *unakzeptabel* zurückweisen, und wir würden dies auch aus der Perspektive eines teilnehmenden oder nicht-teilnehmenden Beobachters tun. Ebenso wären wir als Beobachter bereits verfahren, wenn sich der Innensenator in der fraglichen Situation von vornherein ähnlich unmißverständlich ausgedrückt hätte, wie im nachträglich konstruierten Dialog angenommen, der dann allerdings überflüssig gewesen wäre.

Die Möglichkeit, Verständnisfragen in bezug auf die Handlungsqualität einer Äußerung einer *Akzeptabilitätsprüfung* zu unterziehen, gibt uns in verschiedener Hinsicht ein ausgezeichnetes Analysemittel an die Hand, Typen von Handlungen und daran geknüpfte Problemtypen des Verstehens und der Verständigung beim institutionellen und nicht-institutionellen Handeln zu unterscheiden. Wir werden dieses Verfahren der Akzeptabilitätsprüfung noch ausführlich erörtern und bei unseren Untersuchungen durchgängig (und besonders in §§ 3 und 4) anwenden. Gegenüber problematischen Fällen können wir zunächst aus heuristischen Gründen von klaren Fällen ausgehen, die auf-

[2] Im Fall (1.09) ergäben sich eventuell weitere Rückfragemöglichkeiten bzw. -zwänge, die hier aber ausgespart bleiben sollen.

grund ihrer starken institutionellen Bindung von vornherein ungeignete Kanditaten für Verständnisfragen sind, was auch, aber nicht nur mit einer *explizit-performativen* Realisierungsform zusammenhängt. Befehle und Weisungen werden zwar häufig, aber - wie etwa (1.08) - eben nicht immer explizit-performativ vollzogen und sind gleichwohl in der Regel unmißverständlich (§ 3.1-2). Als Beispiele für einen Ausnahmefall mögen die fraglichen Äußerungen des Innersenators dienen, über die wir angesichts der Berichterstattung nicht mehr sagen können, als daß sie möglicherweise mißverständlich oder für den Polizeipräsidenten nicht unmißverständlich genug gewesen sind.

Das anzuwendende Verfahren der Analyse sei hier lediglich skizziert: Es lassen sich Typen von Äußerungen danach differenzieren, inwieweit sie sich als Kandidaten für Verständnisfragen überhaupt eignen. Eventuell erweist sich eine *graduelle* Abstufung entlang einer Skala als sinnvoll, an deren einem Ende Sprechhandlungen mit einer *besonderen institutionellen Bindung* angesiedelt sind, für die Nachfragemöglichkeiten in der Regel ausgeschlossen sind. So würden wir Fragen wie (1.10)-(1.13) in der Regel als unakzeptabel zurückweisen:

(1.10) Soll das eine Taufe sein?
(1.11) Soll das eine Entlassung sein?
(1.12) Soll das eine Vereidigung sein?
(1.13) Soll das eine Ernennung sein?

Natürlich können auch Handlungen dieses Typs wie etwa die Taufe oder die Vereidigung auf verschiedene Weise verunglücken oder sonstwie problematisch sein und deswegen Fragen verschiedener Art auslösen, aber diese Fälle sollen uns mit Austin (1962/72) erst später interessieren, wie überhaupt der komplexe Zusammenhang von Meinen und Verstehen/Akzeptieren bzw. Nicht-Verstehen und Nicht-Akzeptieren besonders mit Austin (in § 3.1 und 5.2) erst noch zu präzisieren ist. Hier sei lediglich soviel vorweggenommen, daß der Polizeipräsident auch Fragen eines ganz anderen Typs hätte stellen können, wie z.B:

(1.14) Was genau meinen Sie eigentlich mit *Deeskalation*?
(1.15) Wie kommen Sie überhaupt darauf, mir eine solche Weisung geben zu können? Meines Erachtens sind Sie gar nicht berechtigt, meinen Ermessensspielraum als Polizeipräsident derart einzuschränken.

Mit (1.14) hätte der Polizeipräsident eine Verständnisfrage gestellt, die sich nicht auf die Handlungsqualität, sondern auf den *propositionalen Gehalt* der Äußerung bezieht. Möglicherweise hätte er von der Antwort auf seine Verständnisfrage abhängig gemacht, ob er die Weisung als Weisung eines *bestimmten* Inhalts akzeptieren kann. In dieser Form können Verständnisprüfungen Akzeptabilitätsprüfungen vorausgehen. Mit (1.15) wäre die Äußerung

des Innensenators direkt einer Akzeptabilitätsprüfung unterzogen worden, die sich auf mit der Äußerung des Innensenators beanspruchte Normen bzw. Kompetenzen erstreckt. Darüber hinaus können nicht nur einzelne *Handlungen*, sondern ganze *Diskurse* einer Akzeptabilitätsprüfung unterzogen werden, so wie etwa Patienten den psychoanalytischen Diskurs regelmäßig aus der Alltagsperspektive rationalen Handelns einer radikalen Akzeptabilitätsprüfung unterziehen (vgl. Koerfer/Neumann 1982), worauf wir gesondert (in § 6.2) zurückkommen werden.

1.3 Untersuchungsleitende Fragen

Bei der Analyse des komplexen Zusammenhangs von Meinen und Verstehen/Akzeptieren werden wir insbesondere auf die Ansätze von Austin, Grice, Searle, Savigny und Habermas zurückgreifen, wobei (vermeintliche und tatsächliche) Inkompatiblitäten zu berücksichtigen sind, wie sie retrospektiv wiederholt von Habermas (z.B. 1976, 1981, 1988) thematisiert worden sind, der die Beschränkungen sowohl *bedeutungstheoretischer* Ansätze (wie der *formalen* und der *intentionalistischen* Semantik sowie der *Gebrauchstheorie* der Bedeutung) als auch *sprechhandlungstheoretischer* Ansätze durch seinen spezifisch *geltungstheoretischen* Ansatz einer *formalen* oder *Universalpragmatik* aufzuheben sucht.[3] Um eine als zentral herausgestellte Inkompatibilität vorweg zu benennen, die für unsere Untersuchungen unmittelbar einschlägig erscheint: Wenn wir dem Zusammenhang von Meinen und Verstehen/Akzeptieren insbesondere anhand von institutionellen Handlungsfällen weiter nachgehen und uns dabei nicht von ungefähr gerade auf Austin (1962/72) stützen, mögen unsere Untersuchungen demselben Vorwurf einer gewissen Schlagseite der Analyse ausgesetzt sein, der als Vorwurf bereits gegenüber Austin erhoben wurde. Dem Pionier der Sprechakttheorie wird ja in der kritischen Nachfolgetradition gelegentlich vorgehalten, seine Sprechhandlungsanalysen einseitig am *Modell institutionellen Handelns* orientiert zu haben, so etwa von Searle (1976: 6ff./1982: 24ff.) und Habermas (1976: 247f.; 1981, Bd.1: 395ff.). Wie in Auseinandersetzung mit *Sprechhandlungstypologien*, die in sprechhandlungssemantischer, transzendentalpragmatischer oder formalpragmatischer Absicht erstellt wurden, herauszuarbeiten sein wird (bes. § 5), unterliegen diese Ansätze ihrerseits der Gefahr, die eine "Einseitigkeit" durch eine andere zu ersetzen, indem institutionelle Handlungen, sofern sie denn überhaupt systematisch berücksichtigt werden, in einer

---

[3] Die Pointe bei Habermas zum internen Zusammenhang von Bedeutung und Geltung kondensiert in dem vieldiskutierten Satz: "*Wir verstehen einen Sprechakt, wenn wir wissen, was ihn akzeptabel macht*" (1981, Bd.1: 400, ebenso 1988: 127)); vgl. zur kritischen Diskussion z. B. Wellmer (1989).

Residualkategorie derart verkommen, daß die gesamte Typologie für die empirische Analyse institutioneller wie auch nicht-instituioneller Kommunikation wenig beizutragen vermag. Vorab sei der Fairneß halber gesagt, daß ein solcher Beitrag zur empirischen Analyse - wie etwa von Habermas (1981, Bd.1: 437, 440ff.) - auch nur sehr verhalten beansprucht wird.

Unzweifelhaft haben die mit sprachlichen Handlungen und Sprache (im engeren Sinn) befaßten Handlungswissenschaften mit und seit Austin wenn nicht ihren Anstoß, so doch einen enormen Auftrieb erhalten, mit dem nach der sog. *linguistischen Wende* die sog. *pragmatische Wende* eingeleitet wurde (vgl. z.B. Apel 1990). Verfolgt man die kurze Geschichte dieser wissenschaftlichen Tradition, die je nach Akzent unter verschiedenen Etikettierungen wie *Sprechakttheorie, Sprechhandlungstheorie, linguistische Pragmatik*, *formale* oder *Universal-Pragmatik* firmiert, so sind im Wechsel der Forschungsinteressen vor allem zwei Fragestellungen bedeutsam gewesen, die sich im Abstand von mehr als einem Jahrzent programmatisch etwa in den folgenden beiden Aufsatztiteln von Searle (1965/1972) und Wunderlich (1979) niedergeschlagen haben:

(1.16) Was ist ein Sprechakt?
(1.17) Was ist das für eine Sprechhandlung?

Beide Fragestellungen lassen sich nicht entsprechend einer dichotomischen Unterscheidung umstandslos einem bloß theoretischen und einem bloß empirischen Forschungsansatz zuordnen, wenngleich mit ihnen bestimmte Gewichtungen vorgenommen werden.[4] Beide Fragestellungen erschöpfen auch keineswegs das Fragepotential, das spätestens seit Austin entwickelt wurde. Wenn wir im folgenden die beiden Fragen von Searle und Wunderlich in einen Katalog von Fragen aufnehmen, denen wir im Gang der weiteren Analysen nachgehen, soll damit nicht der Anspruch erhoben werden, das bisher entwickelte Fragepotential zu erschöpfen und zu systematisieren, so daß Lücken und Überschneidungen in Kauf genommen werden. Wenn mit Bezug auf Searle und Wunderlich nur die Quellen für die ersten beiden Fragen angegeben werden, soll damit nicht nahegelegt sein, daß die nachfolgenden Fragen so oder so ähnlich nicht schon andernorts gestellt worden wären. Das Problem der Anleihe wird sich aber im Verlauf der Untersuchung von selbst regeln, wenn wir auf die Forschung zu diesen Fragen rekurrieren. Insgesamt werden wir etwa mit Fragen der folgenden Art konfrontiert sein, wobei der Einfachheit halber Fragen eines bestimmten Typs paarweise zusammengezo-

4 Vgl. zur Problematik einer Unterscheidung von theoretischer und empirischer Forschung am Beispiel der Linguistik die Beiträge in Wunderlich (Hg.) (1976) sowie Koerfer (1985: 190ff).

gen werden, so wie sich die beiden von Searle und Wunderlich gestellten Fragen (1.16) - (1.17) zur komplexen Frage (1.18) zusammenziehen lassen:

(1.18) Was ist (das für) eine Sprechhandlung?
(1.19) Was ist (das für) eine Handlungsintention?
(1.20) Was ist (das für) eine Handlungsstrategie?
(1.21) Was ist (das für) ein Handlungszweck?
(1.22) Was ist (das für) eine Handlungsunterlassung?
(1.23) Was ist (das für) eine Handlungskonsequenz?
(1.24) Was ist (das für) ein Handlungsmuster?
(1.25) Was ist (das für) ein Handlungssystem?
(1.26) Was ist (das für) ein Problem(lösungsverfahren)?

(1.27) Was sind (die Unterschiede zwischen) Behauptungen, Aufforderungen, Versprechungen, Drohungen, Entschuldigungen usw.?
(1.28) Was sind (die Unterschiede zwischen) Besänftigungen, Tröstungen, Ermunterungen, Abwiegelungen, Kränkungen, Einschüchterungen usw.?
(1.29) Was sind (die Unterschiede zwischen) Behauptungen, Aufforderungen, Drohungen und Entschuldigungen usw. einerseits und Kränkungen, Ermunterungen, Einschüchterungen, Besänftigungen usw. andererseits?

(1.30) Was sind (jeweils die Unterschiede zwischen) Behauptungen und Schwüre(n), Bitten und Anweisungen, Einladungen und Vorladungen usw.?
(1.31) Was sind (jeweils die Unterschiede zwischen) Behauptungen am Stammtisch und Behauptungen im Zeugenstand, Einladungen zu meinem Geburtstag und Einladungen zur Aktionärsversammlung usw.?
(1.32) Was sind (die Unterschiede zwischen) Gespräche(n) unter Nachbarn über den Gartenzaun hinweg und Vernehmungen vor Gericht?
(1.33) Was sind (die Unterschiede zwischen) smalltalks im Treppenhaus und Diskurse(n) im Gericht, in der Schule, in der Hochschule, in der Therapie, im Sozialamt usw.

Mit diesen Fragen werden bereits bestimmte Wechsel, Verschiebungen und Verengungen des jeweiligen Fokus der Analyse markiert, die im weiteren Untersuchungsgang noch näher als *komparative Form- und Funktionsanalyse* auszuweisen sein wird (§ 1.4). Bei einigen Fragen scheinen die Antworten auf der Hand zu liegen, indem man sich etwa zur Bestimmung des Unterschieds zwischen einer Behauptung und einer Kränkung der traditionsreichen Unterscheidung von *Illokution* und *Perlokution* bedient. Diese Unterscheidung hat in einer weit gestreuten Diskussion von Austin (1962/72) über Searle (1969/71) und Strawson (1971/74) bis Habermas (1981, 1986 und 1988) und Apel (1990) immer wieder eine herausragende Rolle gespielt (§ 3.5-6); bei Habermas ist diese Unterscheidung immerhin ein Kernstück seiner *Theorie des kommunikativen Handelns*. Die Unterscheidung ist an sogenannten klaren Fällen exemplifiziert worden, die aber den möglichen oder auch nur relevanten Untersuchungsbereich bestenfalls illustrieren. Wo die Anwendungsschwierigkeiten solcher theoretischen Unterscheidungen, die sich offenbar nur im ersten Zugriff für die empirische Analyse zu bewähren scheinen

(vgl. bes. § 3.5-6), nicht auszuräumen sind, dienen die vorausgehenden untersuchungsleitenden Fragen lediglich der schärferen Problemformulierung.

Insbesondere mit der letzten Gruppe von Fragen (1.30)-(1.33) ist bereits eine *Differenz* zwischen *institutioneller* und *nicht-institutioneller* Kommunikation unterstellt. Wer sich aus der Sicht der *Handlungstheorie*, *Linguistik* und *Sprachsoziologie* mit institutioneller Kommunikation befaßt, ist neben allen Schwierigkeiten, die er sonst hat, vor allem mit zwei Problemen konfrontiert. Er wird einerseits mit der Frage nach der Dichotomie von *Alltag* und *Institution* konfrontiert sein, wenn er sich denn schon mit *institutioneller* Kommunikation befaßt, und er wird andererseits mit dem Problem *interdisziplinärer* Forschung konfrontiert sein, wenn er denn schon einen so weitgefaßten Gegenstandsbereich wie *institutionelle Kommunikation* untersuchen will, und dies in der Perspektive einer *Handlungsanalyse*, die andere zu diesem Gegenstandbereich einschlägige Theorieansätze und empirische Traditionen mit bedeutenden Forschungergebnissen (wie der *soziologischen* und *politikwissenschaftlichen Theorie* der Institution sowie der *Organisationssoziologie* und "empirischen" *Systemtheorie*) weitgehend zu vernachlässigen scheint.[5] Einleitend sollen wenige Bemerkungen zu diesen beiden Schwierigkeiten sowie zu einer Reihe damit verbundener Probleme genügen, die ohnehin im Gang der weiteren Untersuchungen nicht befriedigend ausgeräumt werden können und uns durchgängig und kapitelübergreifend beschäftigen werden. Zugestandenermaßen werden die Untersuchungen dann auf dem Niveau einer schärferen Problemformulierung verharren müssen.

1.4 Zur Programmatik einer komparativen Handlungsanalyse institutioneller Kommunikon

Die vorausgehend formulierten untersuchungsleitenden Fragen stellen bereits das Kondensat einer komparativen Form- und Funktionsanalyse dar, deren Programmatik nachfolgend als *komparative Handlungsanalyse institutioneller Kommunikation* auszuweisen ist, die sich sowohl ihres Gegenstandes wie auch

---

5 Um es vorwegzunehmen: Wir werden auf diese Ansätze teils zur Klärung spezifischer Fragen der Handlungsanalyse institutioneller Kommunikation zurückkommen, weswegen an dieser Stelle pauschal verwiesen sei etwa auf Hauriou (1925/1965), Gerth/Mills (1953/70), Mayntz (1963/67), Luhmann (1964/72), Etzioni (1967/1978), Berger/Luckmann (1969/80), Luhmann (1969/83), Schelsky (Hg.) (1970), Schluchter (1972/85), Lau (1978), Münch (1984), Göhler (Hg.) (1987), Schülein (1987), Giesecke (1988), Weigand/Hess/Prein (Hg.) (1988); zudem sei an dieser Stelle auf den Überblicksartikel von Hummell/Bloch (1987) sowie auf den systematischen Forschungsbericht von Schmalz-Bruns (1989) verwiesen, der jeweils umfassende Bibliographien zu verschiedenen Ansätzen der Institutionentheorie enthält.

ihrer handlungstheoretischen Grundlagen erst noch zu vergewissern hat. Der theoretische Ausweis soll entschieden aus der Perspektive einer sprachsoziologischen Handlungstheorie erfolgen, wobei es einer kritischen Reflexion und Reformulierung der traditionellen Variante einer subjektbezogenen Theorie der Einzelhandlung bedarf. Wir beginnen zunächst mit dem *gegenständlichen* Ausweis einer Handlungsanalyse *institutioneller* Kommunikation und werden von da aus die Verknüpfung zur *handlungstheoretischen* Begründung des Untersuchungsprogramms herstellen, in das hier zugleich in Form einer vorausgreifenden und zusammenfassenden Orientierung eingeführt werden soll.

Die gegenständliche Akzentuierung auf *institutionelle* Kommunikation legt in der Tat die Frage nach einer dichotomischen Bestimmung des Verhältnisses von alltäglicher und institutioneller Kommunikation nahe, die mit der Dichotomie von *Alltag* und *Institution* einhergeht. Der Konflikt um diese Frage hat in der kommunikationswissenschaftlichen, konversationsanalytischen oder linguistischen Forschung bereits eine Tradition (vgl. z. B. Ramge 1977, Dittmann 1979, Ehlich 1980, Lakoff 1980 und 1981, Dieckmann 1981, Koerfer/Neumann 1982, Soeffner 1984, Penman 1987, Wodak 1987, Quasthoff 1990). Um eine Konsequenz aus den nachfolgenden Analysen vorwegzunehmen, die den Konflikt um die Frage nicht unbedingt lösen, sondern vielleicht verschärfen mag: Es werden in den nachfolgenden Analysen *alltägliche* Institutionen (wie Familie, Schule, Kirche), die in unserer Kultur zu nahezu jedermanns Alltag gehören oder zumindest für eine längeren Abschnitt seiner Biographie gehört haben, unterschieden von *nicht-alltäglichen* Institutitonen (wie Gericht und Finanzamt), die zwar auch und gelegentlich oder periodisch, nicht aber in derselben Weise wie etwa die Schule in unsere Biographie eingreifen.

Diese Unterscheidung wird zunächst *wissenssoziologisch* motiviert: Es geht nicht an, daß wir das Wissen, das wir in Institutionen erwerben, in denen wir einen Großteil unserer täglichen Zeit bzw. unserer Lebenszeit verbringen, anders verrechnen und nicht unserem Alltagswissen zuschlagen. Der relevante Schnitt ist anders als zwischen Alltagswissen und Institutionswissen zu legen, nämlich zwischen einem *Institutionswissen erster* und *zweiter Stufe*. Das Wissen erster Stufe ist *Alltagswissen*, das Wissen zweiter Stufe gesellschaftliches *Sonderwissen*, über das die Institutionsvertreter qua Profession verfügen. Die Unterscheidung von Intitutionswissen erster und zweiter Stufe geht auf Ehlich/Rehbein zurück (vgl. § 3.4), die im Rahmen ihrer Entwicklung einer *Theorie des sprachlichen Handelns* vielfältige Untersuchungen durchgeführt haben, in der sie die Institutionsanalyse als Wissensanalyse mit der Musteranalyse institutionellen Handelns verknüpft haben. Unter Rückgriff auf diesen Ansatz, dem die vorliegenden Untersuchungen besonders verpflichtet sind, soll zugleich die Beschränkung der traditionellen

Sprechakttheorie überwunden und perspektivisch die Handlungsanalyse von der Analyse einzelner (Typen von) *Sprechhandlungen* auf die Analyse von *Handlungsmustern* (§ 5) und schließlich von *Handlungssystemen* (§ 6) umgestellt werden.

Begründungen für diesen Perspektivenwechsel sind ebenso nachzutragen, wie die Restriktionen der Sprechakttheorie erst noch herauszuarbeiten sind. Wir beginnen unsere Analysen (in § 2) mit dem Problem der *Handlungsbeschreibung* und *Handlungserklärung* in der Tradition der analytischen Handlungstheorie, wobei wir alsbald auf die Unterscheidung von institutionellen und nicht-institutionellen Handlungen stoßen, die als Unterscheidung erst im Anschluß an Austin besonders relevant geworden ist. Gegen den in der analytischen Handlungstheorie vorherrschenden Typ der *voluntativischen* Handlungserklärung, wie er etwa von Churchland (1970/77) formuliert wird, setzen wir in einem ersten Schritt den Typ der *normativischen* Handlungserklärung, wie er sich etwa auch bei von Wright (1971/74, 1976/77, 1963/79) findet. Die Unterscheidung der beiden Typen von Handlungserklärungen steht quer zu der Unterscheidung von alltäglichem und institutionellem Handeln;[6] dies deshalb, weil die Handelnden zunächst hier wie dort Normen und Konventionen befolgen, die ihren Wünschen und Vorlieben entgegenstehen mögen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß und mit unterschiedlicher Intensität, so daß wir zu weiteren Unterscheidungen werden kommen müssen.

Unter den Aspekten der Handlungsbeschreibung und Handlungserklärung werden wir weiterhin und durchgängig mit der Fragestellung konfrontiert sein, inwieweit die Tragfähigkeit fundamentaler *Kategorien der Handlungstheorie* speziell für die Analyse institutionellen Handelns in Zweifel zu ziehen ist. Bedenken werden ja nicht nur grundsätzlich aus *systemtheoretischer* Sicht vorgetragen und richten sich nicht nur gegen eine *Theorie der Einzelhandlung* (z.B. Luhmann 1968/73, 1984/87, 1990), sondern auch aus der Sicht einer *linguistischen Pragmatik*, die sich ansonsten der Tradition der analytischen Handlungstheorie durchaus verpflichtet sieht. Die Kritik, wie sie etwa von Dieckmann (1981) in Anlehnung besonders an Dittmann (1979) vorgetragen wird, richtet sich gegen ein *Begriffsinstrumentarium*, das am *Modell alltäglicher Kommunikation* gewonnen wurde und nicht ohne weiteres auf institutionelle Kommunikation übertragbar ist. So ist nach Dieckmann "die Anwendung der in der pragmatischen Kommunikationsanalyse entwickelten Begriffe 'sprachliches Handeln', 'Intention', 'Verantwortung', 'Aufrichtigkeit' u.a.m. auf Institutionen und ihre Funktionsträger problematisch" (1981: 227). Die Anwendungsproblematik dieser und ähnlicher Begriffe (wie auch

---

6 Wo es im folgenden kaum Mißverständnisse provoziert, soll weiterhin von *alltäglichen* und *institutionellen* Handlungen geredet werden, ansonsten von *nicht-institutionellen* und *institutionellen* Handlungen (entsprechend bei *Handeln* und *Kommunikation*).

'Rationalität') liegt offenbar darin begründet, daß die in subjektbezogenen Handlungstheorien tradierten *Zurechnungskonventionen*, die von Luhmann (z.B. 1990: 11ff.) dann konsequenterweise gänzlich verworfen werden, im Falle institutionellen Handelns versagen müssen.

Wenn Luhmann bereits in einer älteren Untersuchung u.a. zum Gerichtsverfahren das Handeln der hauptberuflichen Verfahrensteilnehmer als "unpersönliches Handeln" kennzeichnet (1969/83: 85ff., 95ff.) oder wenn selbst Strawson als Vertreter einer subjektbezogenen Handlungstheorie einräumt, daß ein Sprecher "in manchen Fällen vielleicht als bloßes Sprachrohr einer anderen Handlungsinstanz angesehen werden kann" (1971/74: 82), dann stellt sich in der Tat die Frage, *woraufhin* denn überhaupt noch zugerechnet werden kann. Hier ist das Kind aber nicht mit dem Bade auszuschütten, sondern es ist zu differenzieren. Strawson fährt immerhin so fort, daß man dieser anderen Handlungsinstanz "zumindest allgemeine Intentionen zuschreiben kann" (ebd.), und Luhmann (1969/83) konzidiert immerhin zweierlei; erstens: "Unpersönlichkeit ist institutionell als einseitig wirkender Filter angelegt, nicht als vollständige Trennung" (96); zweitens geht es im Gerichtsverfahren nicht allein um das Handeln der hauptberuflichen Verfahrensbeteiligten, sondern auch um das Handeln der Antragsteller, Beschwerdeführer, Angeklagten usw.: "Sie genießen nicht den Schutz legitimer Unpersönlichkeit. Im Gegenteil: das Verfahren ist darauf angelegt, ihre Persönlichkeit einzufangen und zu binden" (97). Wir müssen hier also auch nach Luhmann mit unterschiedlichen Formen und Stilen der Darstellung und Selbstdarstellung bzw. Darstellungsentlastung rechnen und gewinnen so erste Anhaltspunkte für die Differenzierung verschiedener Arten von Zurechnung.

Festzuhalten ist zunächst die Differenz im Handeln unterschiedlicher Gruppen von Aktanten, deren Handeln später mit Ehlich/Rehbein genauer als *Agenten*- und *Klientenhandeln* zu unterscheiden sein wird. Hier ist das Zurechnungsproblem neu zu überdenken. Zwischen und innerhalb beider Gruppen sollen verschiedene Arten von Zurechnung zur Geltung gebracht werden, und zwar zunächst durchaus kompatibel mit den Unterscheidungen von Luhmann, demzufolge ja das Merkmal der *Unpersönlichkeit* einerseits für das Klientenhandeln keineswegs und andererseits für das Agentenhandeln eingeschränkt zutrifft; so bedarf es insbesondere beim Agentenhandeln weiterer Unterscheidungen. Zum einen werden wir für die überwiegenden Fälle des Agentenhandelns (in § 2) von einer generellen Übernahme von "allgemeinen Intentionen einer anderen Handlungsinstanz" im Sinne von Strawson ausgehen. Unter dem Aspekt der Handlungserklärung ist hier die generelle und eventuell per Amtseid offengelegte Bereitschaft der Agenten einschlägig, *wiederkehrende Handlungen derselben Art* zu vollziehen. Zum anderen ist das Agentenhandeln weiter zu differenzieren; schließlich ist es nicht immmer von derselben Art wie das Agentenhandeln im Gericht. Ent-

sprechend müssen wir auch unter dem Aspekt der Handlungserklärung eine Unterscheidung treffen etwa zwischen einer Vereidigung eines Ministers durch den Bundestagspräsidenten, zu der dieser keine Alternative hat, und einer Ermahnung eines vorlauten Schülers durch den Lehrer, der auch anders hätte handeln können. Diese Unterscheidung betrifft zugleich die Frage des *Handlungsspielraums* in *institutionellen Handlungssystemen* (in § 6), in denen es um eine Graduierung etwa von *Freiheit* und *Zwang*, *Willkür* und *Erwartungssicherheit*, *Pflicht* und *Neigung*, *Verantwortung* und *Entlastung* geht.

Entgegen der von Luhmann (1964/72: 19) aus systemtheoretischer Sicht vorgetragenen Polemik gegen die "alte Auslegungs- und Gehorsamskeitsperspektive" möchten wir an dieser Perspektive für die Handlungsanalyse gerade auch dann festhalten, wenn systemtheoretische Anschlußmöglichkeiten hergestellt und für die empirische Analyse genutzt werden. Begründungen dafür sollen hier kurz und im Gang der Untersuchung laufend angeführt werden. Neben "moderneren" Begriffen wie *Funktion* und *System* werden hier sehr "altmodische" Begriffe wie *Befugnis*, *Pflicht*, *Wunsch*, *Neigung*, *Absicht*, *Willkür*, *Erwartung*, *Zweck*, *Druck*, *Zwang*, *Gewalt* usw. verwendet. Die Verwendung einiger "altmodischer" Begriffe wie Pflicht ist recht einfach motiviert: Wir können *Pflicht* zugleich als subjektive Zuschreibungskategorie benutzen, die in einer Handlungsanalyse, wie zu zeigen sein wird, angemessen bzw. unverzichbar ist. So können wir etwa sagen, daß jemand *seiner* Plicht nachkommt, nicht aber, das er *seiner* Norm oder Konvention oder Funktion folgt (es sei denn, wir meinen ironisch oder distanzierend etwas anderes). Ebenso können wir sagen, daß jemand einen Wunsch, eine Neigung, eine Absicht, eine Erwartung *hat* oder daß er *seinem* Wunsch, *seiner* Neigung, *seiner* Absicht, *seiner* Erwartung entsprechend handelt usw.

Schießlich sei angemerkt, daß die Polemik gegen die *alte Auslegungs- und Gehorsamkeitsperspektive* häufig auf die Kritiker zurückfällt. Trotz der "modernen" Terminologie neuer Programmatiken wie des *Radikalen Konstruktivismus* oder der *Systemtheorie*, von deren "empirischer" Variante wir ausgiebig zu profitieren suchen, erstaunt immmer wieder der Rückfall in tradierte philosophische, soziologische oder handlungswissenschaftliche Sprachbestände.[7] Das gelegentlich etwa von Luhmann (z.B. 1984/87: 595f.) vorgetragene Argument, daß der überkommenen (Grammtik der) Sprache, der man sich (noch) notgedrungen bedienen müsse, die systemtheoretische

---

7 Vgl. z.B. Maturana im Gespräch mit Riegas/Vetter (1990: 25ff) und Luhmann (1968/73: 40), (1969/83: 95ff., 208) (1984/87: 529ff.), wobei zuletzt insgesamt die Frage zu stellen wäre, inwieweit die von Luhmann vorgetragene Konfliktheorie zu seiner Systemtheorie überhaupt noch "paßt"; vgl. insgesamt zum Problem des Theorie(-Sprachen)vergleichs Koerfer 1991.

Tauglichkeit abgehe, muß für vieles anderes herhalten; es ist eben nicht nur die Sprache, die der Systemtheorie immerzu ein Schnippchen schlägt.[8]

Mit einem dezidiert *handlungswissenschaftlichen* Begriffsinstrumentarium halten wir an traditionellen *Zurechnungskonventionen* fest, die freilich entlang der Programmatik einer komparativen Form- und Funktionsanalyse schrittweise in der am Agentenhandeln aufgezeigten Weise zu modifizieren sind.[9] Insofern verstehen sich die nachfolgenden komparativen Analysen institutioneller Kommunikation als Beitrag zur Revision des traditionellen handlungstheoretischen Ansatzes, ohne diesen etwa zugunsten eines solchen systemtheoretischen Ansatzes zu verwerfen, der sich als Alternative zur Handlungstheorie überhaupt versteht. Gegen die zumeist angenommenen Unverträglichkeiten von Handlungs- und Systemtheorie sind vielmehr die handlungstheoretischen Grundlagen der Systemtheorie selbst herauszustellen.[10] Die Grenzen und Revisionsbedürftigkeiten der traditionellen subjektbezogenen Handlungtheorie wiederum werden sich spätestens beim Übergang vom nicht-institutionellen Handeln zum institutionellen Handeln zeigen, wobei wir diesen Übergang in vergleichenden Analysen laufend und aus beiden Richtungen passieren werden. Verglichen werden also institutionelle Kommunikationsformen sowohl untereinander als auch mit nicht-institutionellen Kommunikationsformen. Insofern soll die Rede vom Alltag, wo sie nicht besonders methodisch motiviert ist, als Abkürzung verstanden werden.[11] Es ist davon auszugehen, daß die Handelnden auch im Alltag (sic!) teils

---

8 Dies vor allem, wenn in der Analyse empirischer oder quasi-empirischer Beispiele zusammenfällt, was auf Theorieebene sorgfältig getrennt wird; auf der Theorieebene sollen sich dann Schlüsselbegriffe wie *Interpenetration* (z.B. Luhmann 1984/87: 286 ff.) und *strukturelle Kopplung* (z.B. Luhmann 1990: 38ff., vgl. Schemann 1992) als goldene Brücken erweisen, um etwa die unleugbaren Zusammenhänge von psychischen und sozialen Systemen bzw. speziell von Bewußtsein und Kommunikation wiederherzustellen.

9 Es kann hier nicht der Ort sein, die funktional-vergleichende Methode als solche zu plausibilisieren. Sie ist etwa in der Systemtheorie genauso zu Hause (vgl. etwa Luhmann 1984/87: 15ff. und 84ff.) wie etwa in der Sprechakttheorie vom Typ Austins, der die Vergleichsmethode quasi von Vorlesung zu Vorlesung prozessiert hat. Für spezifisch vergleichende Analysen von (alltäglichen und institutionellen) Handlungen, Handlungsmustern und Diskursen in der linguistischen Pragmatik sei hier exemplarisch auf Rehbein (1984), (1993) und Koerfer/Neumann (1982) verwiesen.

10 Exemplarisch sei hier auf Münch (z.B. 1984 und 1987) verwiesen, der die Vereinbarkeit von Handlungs- und Systemtheorie gerade auch im Zusammenhang mit einer Institutionstheorie betont und dies etwa am Beispiel spezieller Subsysteme des Experten-Klienten-Austauschs - u.a. auch an der Universität (1984: 127ff.), (1987) - ausführt.

11 Vgl. nochmals die oben (in Anm. 6) getroffenen Sprachregelungen, die im folgenden Mißverständnisse vermeiden helfen sollen.

entgegen ihren Wünschen und Vorlieben dennoch ihren Pflichten nachkommen, Normen und Konventionen befolgen, sich Zwang und Gewalt ausgesetzt sehen, starke Sanktionen zu befürchten haben, die sie zu vermeiden trachten. Darin allein unterscheidet sich das Handeln der Individuen im außerinstitutionellen Alltag nicht wesentlich von ihrem Handeln in Institutionen.

Die *lebensweltliche* Verklammerung ist zu stark, als daß wir von dichotomisch getrennten Handlungsbereichen ausgehen könnten, die nichts mehr gemein hätten, so daß uns die gemeinsame *Verstehens* - und *Verständigungsgrundlage* entzogen wäre. Verstehens- und Verständigungsprobleme beim institutionellen Handeln sind vielmehr entlang der Unterscheidung von *Vertrautem* und *Unvertautem* zu relativieren, die als Unterscheidung in der Diskussion um den *Lebensweltbegriff*, wie er von Husserl eingeführt und in der Tradition etwa von Schütz und Luckmann fortgeführt wurde, in der jüngsten Zeit immer wieder etwa von Habermas (1981), Matthiesen (1983), Waldenfels (1985), Luhmann (1986) und Grathoff (1987, 1989) erprobt wurde (§ 3). So wird auch in unseren Analysen an der *Lebenswelt* als "eine(r) der erfolgreichsten Worterfindungen dieses Jahrhunderts" (Luhmann 1986: 176) kein Vorbeikommen sein, wobei es uns allerdings zentral auf einen Abgleich von Typen von Institutionen entlang der Unterscheidung von Vertrautem und Unvertrautem ankommt. Trotz aller Graduierungsmöglichkeiten lassen sich hier idealtypisch zwei Fallgruppen unterscheiden: Einerseits bleibt das Handeln in bestimmten Institutionen wie etwa dem Gericht aus der lebensweltlichen Orientierung von Klienten heraus relativ unvertraut. Andererseits kann zunächst Unvertrautes in Vertrautes *umschlagen*. Ansonsten wäre erfolgreiche Sozialisation, wie sie sich in der Schule als Entwicklung des Erstklässlers zum Abiturienten darstellt, nicht denkbar. So gerät das zunächst unvertraute Melde- und Abrufsystem in der Schule, das zentral durch die zunächst unverständliche Lehrerfrage mit ihrer typischen Dissozierung von Fragegegenstand und Frageadressat gekennzeichnet ist,[12] schon bald zur reinen Routine jedes Schülers.

Eine weitere zentrale Differenzierung läßt sich vor allem anhand der Weberschen Unterscheidungslinie von *Sitte*, *Konvention* und *Recht* gewinnen (§ 4). Ist im Falle der Abweichung von Konventionen im Unterschied zur Sitte bereits mit *Mißbilligung* zu rechnen, so tritt im Falle der Rechtsverletzung ein eigens auf die Bestandsgarantie abgestellter "Erzwingungs-Stab" hinzu, wobei insgesamt nach Weber (1922/1972) mit allen möglichen *Übergangsformen* zu rechnen ist, die uns eine graduelle Abstufung hinsichtlich der Arten der erwartbaren Sanktionen erlauben, mit denen die soziale Kontrolle über das

12 Vgl. genauer unten § 3.5 sowie Wunderlich (1976: 324ff) und Redder (1984), die die Turn-Organisation im Unterrichtsdiskurs in der Schule systematisch anhand von Beispielen analysiert hat.

Handeln ausgeübt wird (vgl. auch Gerth/Mills 1953/70). Gewiß schwebt das Schwert der Justitia als besonderes Mittel der sozialen Kontrolle auch beständig über unserem Alltagshandeln, weswegen wir den Streit über den Gartenzaun nicht nur der Konventionen und nachbarschaftlichen Beziehungspflege wegen eben nicht mit der Faust fortsetzen mögen. Aber das institutionelle Handeln ist in stärkerem Maße *von besonderem Recht überformt*, weswegen wir eben eine Vorladung vor Gericht nicht mit einer Einladung verwechseln, die auszuschlagen schlimmstenfalls einer Konventionsverletzung gleichkäme. Bei der Analyse einzelner Typen von Sprechhandlungen und Handlungsmustern wird es also nicht nur auf allgemeine Formen *institutioneller Bindung*, sondern auf spezifische Formen *rechtlicher Bindung* ankommen.

Ebenso wird in der Analyse institutioneller Handlungssysteme nach dem Grad der *Formalisierung* differenziert werden müssen, der in hohem Maße mit dem Grad der *Verrechtlichung* korrespondiert. In dieser Hinsicht werden (in § 6) erhebliche Unterschiede etwa zwischen gerichtlicher, arbeitsamtlicher, hochschulischer und therapeutischer Kommunikation zu ermitteln sein. Zugleich wird hier das Agentenhandeln entlang der Unterscheidung von *Amtsautorität* und *Sachautorität* differenziert werden müssen und nach Möglichkeiten der demokratischen Kontrolle institutionalisierter Macht bzw. bürokratischer Herrschaft zu fragen sein (vgl. z.B. Gerth/Mills 1953/70: bes. 277ff und Schluchter 1972/85: bes. 145ff). So macht es einen erheblichen Unterschied, ob sich Agenten in ihrem Handeln untereinander wie gegenüber ihren Klienten eher auf eine rechtlich verankerte Amtsautorität oder auf eine eher epistemisch begründete Sachautorität berufen müssen bzw. können. In vielen Fällen institutionellen Handelns - wie etwa in der Schule oder Hochschule - ist mit Übergangs- und Mischformen zu rechnen, die uns zugleich auf verschiedene Formen der Partizipation von Agenten und Klienten in institutionellen Aushandlungsprozessen verweisen.

Ein weiteres Problem, das sich durchgängig (und besonders in § 4) stellen wird, ist das *Rationalitätsproblem*. Es ist *eine* Sache, auf der Abstraktionshöhe des Strukturfunktionalismus bzw. der Systemtheorie Widersprüche in sozialen Systemen zu konstatieren und diese dann unter dem Titel der *Systemrationalität* zu verhandeln. Ohne diese Anschlußmöglichkeit zu verstellen, geht es zugleich um den Nachweis *widerspruchsvollen* Handelns aus der *Binnenperspektive* der Handelnden. Hierbei stützen wir uns einerseits auf die Konzeption von *Handlungsrationalität* bei Habermas (1981), andererseits - einer weiteren Konkretionsstufe wegen - auf die Konzeption von Musteranalyse bei Ehlich/Rehbein (1977, 1986). Die von Habermas aufgezeigte Perspektive, "daß die Rationalitätsproblematik nicht von außen auf die Soziologie zukommt, sondern von innen aufbricht" (1981, Bd.1: 196), ist erst noch zu konkretisieren. Es soll gezeigt werden, wie denn Handelnde und

Forscher gleichermaßen zu kritischen Stellungnahmen herausgefordert werden, auch wenn die Stellungnahmen der Handelnden implizit bleiben mögen. Hier soll die Verbindung zu Ehlichs und Rehbeins Ansatz einer integrierten Wissens- und Musteranalyse in Fällen institutionellen Handelns hergestellt und ihr Ansatz in der Weise fruchtbar gemacht werden, daß das Problem des widerspruchsvollen Handelns in Institutionen als *Handeln unter Maximenkonflikten* analysiert werden kann, die für die Handelnden virtuell als solche bewußtseinsfähig sind (§ 4.3). So kann die systemtheoretische Perspektive der *Gleichzeitigkeit* von System-Widersprüchen, die sich auch mit Bezug auf die System/Umwelt-Differenz durchaus in Begriffen der Systemtheorie erklären lassen, in die handlungstheoretische Perspektive der *Temporalität* widerspruchsvollen Handelns übersetzt werden, sofern man einen dezisionistischen Zeitbegriff, nach dem man natürlich nicht zweierlei auf einmal handeln kann, entgegen Luhmann (1968/73: 228) aufzugeben bereit ist. Insgesamt geht es darum, *System*- und *Handlungsrationalität* wechselseitig zu perspektivieren.

Bevor dies alles mit dem Ansatz einer komparativen Handlungsanalyse institutioneller Kommunikation weiter ausgeführt wird, sind einige vorherrschende Betrachtungweisen in der Tradition der *verstehenden Soziologie* und *analytischen Handlungstheorie* kritisch zu beleuchten, deren Perspektiven ansonsten durchaus übernommen und deren Forschungergebnisse genutzt werden sollen. Hier nur die grellen Schlaglichter, um den Fokus der Kritik zu markieren:

Gegenüber bestimmten *wissenssoziologischen* und *verstehend-interaktionistischen* Ansätzen (z.B. Berger/Luckmann 1969/80 und Lau 1978), die bereits im Prozeß der Gewöhnung und Habitualisierung von Handlungen qua reziproker Typisierung Institutionalisierung erkennen, soll hier ein derart *weiter Institutionsbegriff* abgewehrt werden (§§ 3.4 und 5.2). Ein solch weiter Begriff würde die soeben skizzierten Unterschiede zwischen alltäglichem und institutionellem Handeln wieder verwischen. Der Institutionsbegriff ist vielmehr für spezifische und zugleich komplexere gesellschaftliche Handlungssysteme zu reservieren und nicht schon auf - wenn auch noch so komplexe - Handlungen und Handlungssequenzen anzuwenden, wie dies im übrigen auch gelegentlich bei Habermas (1976, 1981) geschieht (vgl. § 5.2). Weiterhin sind die Restriktionen eines *approximativen Verstehensbegriffs* zu überwinden, wie er besonders in der Tradition von Schütz verwendet wird (§ 3.3-4). Mit einem solchen Verstehensbegriff bleiben Formen des *Nicht-Verstehens* und *Mißverstehens* theoretisch unterbelichtet, wie sie in der *linguistischen Pragmatik* bestimmt und empirisch untersucht wurden (§ 3.5), gerade auch mit einem spezifischen Erkenntnisinteresse gegenüber Verstehensproblemen in der institutionellen Kommunikation.

Gegenüber der *analytischen Handlungtheorie* bzw. *Sprechaktheorie* ist die "unsoziologische" Betrachtungweise selbst zu überwinden, die nicht unbedingt

schon bei Wittgenstein und Austin, spätestens aber etwa bei Churchland oder Searle den Blick auf die soziale Wirklichkeit verstellt. Auch hier sind Begründungen nachzuliefern. Daß die Kritik am extremen Reduktionismus des traditionellen sprechaktheoretischen Modells keineswegs überzogen ist, erhellt bereits aus der selbstironischen Einschätzung, wie sie retrospektiv etwa von Searle (1992a) gegeben wird:

> Traditionally speech act theory has a very restricted subject matter. The speech act scenario is enacted by its two great heroes, "S" and "H"; and it works as follows: S goes up to H and cuts loose with an acoustic blast; if all goes well, if all the appropriate conditions are satisfied, if S's noise is infused with intentionality, and if all kinds of rules come into play, then the speech act is successful and nondefective. After that, there is silence; nothing else happens. The speech act is concluded and S and H go their separate ways. Traditionally speech act theory is thus largely confined to single speech acts. (Searle 1992a: 7)

Wie Searle fortfährt, verhalte es sich im wirklichen Leben oft anders, wobei er vor allem den dialogischen Charakter der Rede betont, der ihm genug Anlaß für eine Auseinandersetzung sowohl mit Grice als auch mit Arbeiten im Rahmen der Ethnomethodologie ist (vgl. auch Searle 1992b). Wie schon andernorts (Searle 1983: 141ff.) wird über den Begriff des "Hintergrunds" die traditionelle Sprechakttheorie um kognitive Komponenten einer dialogischen Verständigung zwar erweitert; mit der notwendigen Berücksichtigung sozial geteilten Wissens droht der Theorie aber sogleich eine Überflutung an sozialer Wirklichkeit, die es sodann zurückzudrängen gilt. Vorbehaltlich weiterer Begründungen soll gegenüber Ansätzen in der Tradition der analytischen Handlungstheorie polemisch bemerkt werden, daß sich in diesen Ansätzen die soziale Wirklichkeit gegen den Widerstand der Theorie immer wieder erst Schlupflöcher suchen muß, die die Theorie ohnehin nicht stopfen kann. Wenn der Druck zu hoch wird, werden gelegentlich besondere Ventile in Form von Nebenbemerkungen und Anmerkungen geöffnet und etwa soziale Gewaltverhältnisse, allerdings immer nur besonderer Art, hereingelassen. In diesen Neben- und Anmerkungen wird dann immer wieder der Auftritt von Räubern zugelassen und argumentativ berücksichtigt, die mit der Pistole in der Hand Absichten und Handlungen der so Bedrohten beinflussen bzw. erzwingen. In derartigen Fällen wird offenbar das Zugeständnis gemacht, daß die mentalen und speziell intentionalen Einstellungen der Handelnden ersichtlich nicht vom Himmel fallen, sie vielmehr "unfreiwillig" oder "fremdbestimmt" usw. handeln. Mit der Beschränkung auf solche *Gewaltverhältnisse besonderer Art*, die etwa auf Waffenbesitz beruhen, kommen die *tagtäglichen sozialen Gewaltverhältnisse*, wie sie in unserer heuti-

gen Gesellschaft vielfältig und eben auch in Institutionen anders als im außerinstitutionellen Alltag geregelt sind, erst gar nicht in den Blick.

In dieser Hinsicht bleibt das soziologische Niveau dieser Art von Handlungstheorie häufig auf der Entwicklungsstufe der Gesellschaft stecken, in der Konflikte mit der Keule ausgetragen werden. Wo sie in ihren Beispielen *moderner* wird, wird meist nur Schach gespielt oder Auto gefahren, um das konventionelle Moment des Handelns zu illustrieren. Auch *rechtliche* Regelungen, wie sie gerade auch für Institutionen charakteristisch sind, werden höchst selten thematisiert. In dieser Hinsicht ist Austin eine Ausnahme, der den Zusammenhang von Recht und Handlung gesehen und in der Perspektive der Handlungsanalyse auch oder gerade besondere institutionelle Handlungstypen als Prototypen untersucht hat. Die erwähnte Kritik an Austins Einseitigkeit der Analyse verkehrt sich dann in die andere Einseitigkeit, indem institutionelle Handlungen in einer Residualkategorie als soziologisches Sperrgut untergebracht werden, um sie als Sonderfälle vernachlässigen zu können. Dies wird uns aber noch ausführlich zu beschäftigen haben.

Der skizzierte Ansatz einer komparativen Form- und Funktionsanalyse, in der schließlich spezifisch institutionelle Problemkomplexe und ihre diskursiven wie nicht-diskursiven Lösungsverfahren untereinander und mit "alltäglichen" Problemkomplexen und Lösungsverfahren, d.h. *als mögliche Alternativen kritisch verglichen* werden, birgt Schwächen und Gefahren, die hier zumindest umrissen seien (vgl. § 6). Es mag zutreffen, daß die komparativen Form- und Funktionsanalysen zunächst noch den sogenannten *Leitideen* von Institutitonen in Sinne etwa von Hauriou (1925/1965: 47ff. in Anlehnung an Claude Bernard) selbst verhaftet bleiben, denen man gleichsam als *Mythen* aufsitzen kann,[13] und daß man auch dort in ihrem Bann gefangen bleibt, wo man durch die vergleichende Analyse die Fäden in die Hand zu bekommen meint, mit denen das *Netz der kritischen Alternativen* endgültig zu knüpfen wäre.[14] Es sei ohne Ironie zugestanden, daß sich die nachfolgenden Analysen auf einem "mittleren" Niveau einer komparativen Analyse institutioneller Kommunikation bewegen, die an das "höhere" Niveau einer Analyse, die man die Analyse der Gesellschaft im ganzen nennt, nicht heranreicht; es fehlen die nötigen Vermittlungen und Ableitungen, oder sie sind doch zu schwach. Darüber hinaus kann die Kritik - um im einmal gebräuchli-

---

13 Vgl. am Beispiel empirischer Analysen der Kommunikation im Krankenhaus die kritischen Rekonstruktionsversuche von Mythen bei Lalouschek/Menz/Wodak (1990) und Menz (1991).

14 Vgl. unten § 6; Leitideen treten zumeist in Form bestimmter akzentuierender Kombinationen auf wie: *Gerechtigkeit* und *Wahrheit* (Gericht), *Bildung* und *Wahrheit* (Hochschule), *Bildung*, *Wahrheit* und *Fürsorge* (Schule), *Liebe*, *Wahrhaftigkeit*, *Bildung* und *Fürsorge* (Familie), *Nächstenliebe* und *Vergebung* (Kirche).

chen, wenngleich schiefen Bild zu bleiben - auch von "unten" kommen, also aus der Perspektive der Analyse individueller Bildungsprozesse, d.h. es können auch die mangelhaften Vermittlungen und Ableitungen zur Subjektseite hin beklagt werden.

Gleichwohl können Analysen, die sich im Spannungsfeld von Individuum und Gesellschaft bewegen, Institutionsanalysen nicht einfach überspringen oder nachordnen wollen. Vielmehr ist ein *komplexer Perspektivenwechsel* vorzunehmen. Die Untersuchung von Institutionen und des Handelns in Institutionen kann selbst mit sehr unterschiedlichen Perspektiven geschehen. Sie kann wesentlich aus der Perspektive einer Analyse *subjektiver* Strukturen oder aber wesentlich aus der Analyse *objektiver* Strukturen erfolgen, ohne daß beide Perspektiven unbedingt vermittelt wären. Offenbar geht es dann etwa um die Analyse individueller Bildungsprozesse *oder* um gesellschaftliche Prozesse der Reproduktion des Menschen als Gattungswesen. Das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft gerät dann leicht aus dem Blick. Dieser Gefahr unterliegen und begegnen einzelne sozialwissenschaftliche Disziplinen in unterschiedlicher Weise, wenn sie sich entweder auf die Analyse subjektiver oder objektiver Strukturen festlegen oder aber eine Vermittlung anstreben (vgl. statt vieler Gerth/Mills 1953/70). So hat Lorenzer aus der Sicht auch (sic!) der Psychoanalyse, die allein wegen ihres therapeutischen Interesses stark, aber eben nicht nur am Individuum orientiert ist, in einem knappen Abriß (1977) die Gesamtheit von *Institutionen als Wechselstellen von subjektiven und objektiven Prozessen* zum gemeinsamen Bezugspunkt beider Analyseperspektiven erhoben. Obgleich aus therapeutischer Sicht zunächst am einzelnen Individuum orientiert, verlangt eine derartige Bestimmung des Bezugspunktes beider Analyseperspektiven einen *überindividuellen Subjektbegriff* (vgl. 1977: 207ff.), der freilich nicht nur in der Psychoanalyse, sondern auch in der Soziologie oder linguistischen Pragmatik weiterer theoretischer und empirischer Ausführungen bedarf. In diesem Sinn sollen die nachfolgenden Analysen institutioneller Kommunikation an diesem Bezugspunkt der Institutionen *als Wechelstellen von subjektiven und objektiven Prozessen* ansetzen, ohne Institutionen zum Nabel der (Erklärungs-)Welt hochzustilisieren.[15]

Eine weitere Beschränkung oder aber ein Vorzug mag darin bestehen, daß an diesem Bezugspunkt entschieden aus *handlungstheoretischer* Perspektive angesetzt wird. Damit kommen wir auf das Problem der *theoretischen Anleihen* unter einem besonderen Aspekt zurück. Der Sog großer, geschlossener Theorien besteht wie bei alltäglichen Problemen darin, daß man

---

15 Gleichwohl versteht sich eine kritische Institutionsanalyse als *Beitrag* zur Gesellschaftskritik, eine Perspektive, die in der französischen Variante der "Institutionellen Analyse" (vgl. z.B. die Beiträge in Weigand/Hess/Prein (Hg.) 1988) nochmals radikalisiert wird.

"B" sagen muß, wenn man "A" gesagt hat. Sich dem Sog dieser Theorien zu entziehen, weil man die Konsequenzen etwa für die empirische Analyse institutioneller Kommunikation nicht immer abschätzen kann, nimmt jedoch noch nicht das Recht der Kritik im Detail dort, wo man es aus der Sicht einer Einzeldisziplin wie etwa der linguistischen Pragmatik "besser" zu wissen meint. In der kritischen Auseinandersetzung mit einer Reihe von Theorien, die oben bereits für unsere Fragestellung als einschlägig angeführt wurden, soll diese "Besserwisserei" aus der Sicht der Entwicklung einer *empirischen Theorie institutioneller Kommunikation* nicht unterdrückt werden. Wo die Kritik überzogen ist, mag der Übereifer an diesem Unternehmen blind gemacht haben. Wo der Vorwurf des *Eklektizismus* erhoben wird, soll er fast kommentarlos so stehen gelassen bleiben; im übrigen ließe sich der Vorwurf leicht verdoppeln, da schließlich auch von Theorien profitiert werden soll, die ihrerseits dem Vorwurf des Eklektizismus ausgesetzt sind.

Zur Frage der eklektizistischen Anleihe sei hier einerseits auf die Replik von Habermas (1986) auf seine Kritiker (wie etwa Joas 1986 und McCarthy 1986) lediglich verwiesen, andererseits eine Polemik von Luhmann in seinem Vorwort zu *Soziale Systeme* (1984/87) angeführt, wo er u.a. die Theoriekrise der Soziologie beklagt und zu folgender Einschätzung gelangt: "Vorherrschend kehren die, die sich für allgemeine Theorie interessieren, zu den Klassikern zurück (...) Was man sich selbst zu schaffen nicht zutraut, wird als schon vorhanden vorausgesetzt" (7). Wenn man denn noch einen weiteren relevanten Unterschied zwischen gegenwärtigen Paradigmenträgern wie Habermas und Luhmann hinzufügen darf, dann diesen: Führt Habermas die Auseinandersetzung mit (den) Klassikern immerhin noch systematisch im Text, so wird sie von Luhmann überwiegend in einen umfänglichen Fußnotenteil verlegt, in dem (die) Klassiker sehr verstreut absorbiert werden. In regelrechten Fußnotenschubladen wird dann gelegentlich die Spreu vom Weizen getrennt.[16] Beide Verfahren zeigen, daß gegenwärtig an den "Klassikern" kein Vorbeikommen ist.

Unabhängig von der Frage der unvermeidlichen oder auch nur zulässigen Anleihe bei den Klassikern ist nicht zu übersehen, daß die Forschung zu institutioneller Kommunikation inzwischen weit fortgeschritten ist, und zwar allgemein zum Thema wie auch zu einzelnen Institutionen, zu denen es inzwischen eine Fülle von empirischen Analysen gibt, die wie etwa im Falle der Gerichtskommunikation, medizinischen oder therapeutischen Kommunikation

16 Mitunter aber auch in einer merkwürdigen Mischung von Vereinnahmung und Marginalisierung wie im Falle von Bühler (1934/65) oder Austin (1962/72), die beide immerhin noch im Text bei Luhmann (1984/87: 196f) eine kurze Erwähnung finden.

bereits auf *interdisziplinäre* Kooperation ausgelegt sind.[17] Wie bereits die umfangreichen Bibliographien in Überblicksartikeln und Forschungsberichten dokumentieren,[18] ist die Forschung allein im Bereich der pragmatischen Sprach- und Kommunikationsanalyse in einer Einzeluntersuchung kaum mehr einzuholen. Erst recht ist der Versuchung einer ernsthaft interdisziplinären Bearbeitung des Gegenstandes zu widerstehen. Einer Weiterentwicklung einer umfassenden *soziologischen Theorie* der Institution sowie soziologischen und politikwissenschaftlichen Organisations- und Institutionsanalyse (vgl. oben Anm. 5) kann und soll hier nicht vorgegriffen werden, obgleich Ergebnisse zugeliefert werden sollen, wie umgekehrt Anleihen gemacht werden. Mit dieser Art von Austausch kann der *interdisziplinäre* Anspruch, der an die Untersuchung von institutioneller Kommunikation zu stellen ist, zwar erhoben, aber nur schwerlich eingelöst werden. Schließlich muß bei einer vergleichend angelegten Analyse institutioneller Kommunikation mit erheblichen Abstrichen im Verhältnis zur empirischen Reichhaltigkeit institutionsspezifischer Untersuchungen gerechnet werden, die jeweils nur in beschränkter Auswahl berücksichtigt werden können. Damit werden die Defizite einer allgemein-vergleichenden Analyse institutioneller Kommunikation keineswegs kompensiert werden können, wenn auch zu hoffen ist, daß institutionsspezifische Kommunikationsanalysen wiederum von einem komparativen Untersuchungsansatz werden profitieren können.

---

17 Verwiesen sei an dieser Stelle exemplarisch auf spezifische Sammelbände zur medizinisch-therapeutischen bzw. juristischen Kommunikation wie Köhle/Raspe (1982), Flader/Grodzicki/Schröter (1982), Pendleton/Hasler (eds.) (1983), Fisher/Todd (eds.) (1983), Fisher/Todd (eds.) (1986), Raffler-Engel (ed.) (1989), Hoffmann (Hg.) (1989), Ehlich/Koerfer/Redder/Weingarten (Hg.) (1990), Günthner/Kotthoff (Hg.) (1992), Grewendorf (Hg.) (1992), Löning/ Rehbein (Hg.) (1993).

18 Vgl. z.B. Ehlich/Rehbein (1980), die Beiträge im von A. Redder (1983) herausgegebenen Themenheft 24 ("Kommunikation in Institutionen") der Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie, sowie Reitemeier (1985), Hoffmann (1989), Wodak (1987), Becker-Mrotzek (1990-1991) und (1992).

2 Institutionelles Handeln und Handlungsanalyse

Zu Beginn (§ 2.1) wird dem Problem nachgegangen, daß eine Analyse des (institutionellen) Handelns vom Handlungssubjekt und "seinen" Intentionen nicht abstrahieren kann, wenn es hierzu auch in verschiedenen handlungswissenschaftlichen Traditionen sehr heterogene Konzeptionen gibt. Eine forschungsrelevante Tendenz ist die, die Handlungssubjekte auf den Status von Sprechern/Hörern und den Kommunikationsaustausch zwischen diesen auf vollständig rationale Kommunikationsakte zu reduzieren, wobei der Begriff der Rationalität selbst sehr restriktiv ausgelegt wird (§ 2.2). Diese Restriktionen der Handlungsanalyse gegenüber vielfältigen Formen kommunikativer Praxis sollen im einzelnen herausgearbeitet werden.

Insofern intentional geleitetes Handeln häufig auf seinen voluntativen Aspekt verkürzt wird, ist zunächst dem Unterschied von voluntativischen und normativischen Handlungserklärungen und der Frage ihrer Angemessenheit gegenüber verschiedenen, vor allem institutionellen Kommunikationsformen nachzugehen (§ 2.3). Weiterhin ist - obwohl dies häufig uneingestanden bleibt oder stillschweigend vorausgesetzt wird - dem Umstand Rechnung zu tragen, daß eine Handlungsanalyse im unvermeidlichen Rekurs auf Begrifflichkeiten vor sich geht, die sich auf mentale bzw. intentionale Zustände und Prozesse beziehen (§ 2.4). Daß dieser Rekurs auf mentale bzw. intentionale Begrifflichkeiten nicht einfach naiv vollzogen werden kann, sondern als problematisch zu reflektieren ist, soll in einer exemplarischen Bedeutungsanalyse von "intentionalen" Handlungswörtern aufgezeigt werden, die zugleich Gegenstand und Medium auch der Analyse des institutionellen Handelns sind (§ 2.4). Unter Berücksichtigung dieser Eigenschaften des Grundvokabulars jeder Handlungsanalyse erweist sich das Problem der Beschreibung von (komplexen) Handlungen als ein Problem der Beschreibung ihrer Kontextualisierung (§ 2.5), wobei insgesamt die Aspekte der Intentionalität, Konventionalität und Institutionalität von Sprechhandlungen zu unterscheiden sind; schließlich wird zu fragen sein, inwieweit bei einer Minimalisierung der Beschreibungseinheit überhaupt noch sinnvoll von 'Handlungen' gesprochen werden kann.

Mit der systematischen Erörterung von Problemen der Handlungsbeschreibung und Handlungserklärung besonders in der Tradition der analytischen Handlungstheorie sind insgesamt die methodischen Fragestellungen einer empirischen Handlungsanalyse institutioneller Kommunikation zu

entwickeln und abzuklären, die nachfolgend mit der Behandlung von spezifischen Problemen des Handlungsverstehens und der Verständigung in Institutionen (§ 3) und der Verantwortung und Rationalität beim institutionellen Handeln (§ 4) wiederaufzunehmen und an exemplarischen Fällen weiter zu konkretisieren sind.

2.1 Postulate sinnverstehender Sozialwissenschaft

Wie bereits einleitend (§ 1.4) bemerkt, können Untersuchungen von Institutionen und des Handelns in Institutionen in sehr unterschiedlichen Perspektiven durchgeführt werden. Die Untersuchungen können wesentlich aus der Perspektive einer Analyse *subjektiver* Strukturen oder aber wesentlich aus der Perspektive einer Analyse *objektiver* Strukturen erfolgen, ohne daß beide Perspektiven unbedingt vermittelt wären. Häufig wird sogar aus prinzipiellen Erwägungen heraus auf eine derartige Vermittlung verzichtet. So scheint in bestimmten Disziplinen der Soziologie, die ja nicht auf ihre verstehende Variante reduziert werden kann, das Handlungssubjekt vollständig zum Verschwinden gebracht, wenn das Interesse nur noch ausschließlich einem strukturellen oder objektiven Funktionssinn gilt, für den der subjektive Handlungssinn von Individuen offenbar unerheblich ist. Dies trifft insbesondere für jene sozialwissenschaftlichen Disziplinen zu, deren Methoden sich in bezug auf bestimmte begrenzte Fragestellungen durchaus bewährt haben, wie beispielsweise in der modernen Volkswirtschaft, in der nach Schütz (1953/71: 39f.) augenscheinlich das "Verhalten der Preise" oder der "Verlauf von Bedarfskurven" anstelle des Verhaltens und der Erwartungen von Wirtschaftssubjekten studiert wird. Obgleich Schütz den Erfolg moderner Wirtschaftstheorien qua Verwendung eines abstrakten Begriffsschemas, das vom individuellen Handeln abstrahiert, keineswegs in Frage stellt, charakterisiert er diese Vorgehensweise in bezug auf die zugrundeliegende Methodologie mehrfach als ein bestimmtes Abkürzungsverfahren, dessen Kennzeichnung er zugleich als Gelegenheit benutzt, das häufig mißverstandene Postulat der *subjektiven Interpretation* in seiner wohlverstandenen Anwendung in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen zu erläutern:

> Eine genauere Untersuchung zeigt jedoch, daß ein solches abstraktes Begriffsschema nichts anderes ist als eine Art intellektueller Kurzschrift; die zugrunde liegenden subjektiven Elemente menschlichen Handelns werden entweder schlicht hingenommen oder bezüglich der vorliegenden wissenschaftlichen Absicht - des zu prüfenden Problems - für irrelevant gehalten und daher von der Betrachtung ausgeschlossen. Für die Volkswirtschaft wie für jede andere Sozialwissenschaft bedeutet das Postulat der subjektiven Interpretation richtig verstanden nur, daß wir immer auf die Tätigkeiten der Individuen in der Sozialwelt und auf deren Interpretation durch die Handelnden im Rahmen von Entwurfssystemen,

> verfügbaren Mitteln, Motiven, Relevanzen etc. verweisen *können* - und dies bei bestimmten Themen *müssen.* (Schütz 1953/71: 40, vgl. 1943/72: 45f.)

Die Gemeinsamkeit von ansonsten sehr unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Disziplinen besteht also darin, daß sie auf eine für sie je besondere Weise bestimmten Prinzipien der Bildung von wissenschaflichen Konstruktionen folgen: Neben dem Postulat der *subjektiven Interpretation* und dem der *Relevanz* ist weiterhin das Postulat der *Adäquanz* zu nennen, das kurz gesagt die prinzipielle Rücküberführbarkeit der wissenschaftlichen Konstruktionen in solche des alltagsweltlichen Handelns gewährleistet, und schließlich das von Schütz in einem besonderen Beitrag ausgeführte Postulat der *Rationalität*, das impliziert, "daß alles andere Verhalten als vom Grundschema des rationalen Handelns abgeleitet ausgelegt werden muß" (1943/72: 48). In der Formulierung und Begründung folgt Schütz hier (ebd.) und an anderer Stelle (z.B auch bereits im Frühwerk 1932/74: 337) wesentlich der Auffassung Webers, dessen methodologische Position keineswegs die ist, die ihm in der Kritik mit einem überzogenen Rationalitätsvorwurf so gern unterstellt wird. Dagegen sind die hypothetischen Rationalitätsannahmen in bezug auf einen Idealtypus nach Weber (1922/1972: 2f.) eben nicht als "rationalistisches Vorurteil der Soziologie" selbst zu verstehen, sondern lediglich als ihr "methodisches Mittel" aufzufassen, und nur insofern ist die *verstehende Soziologie* für Weber *rationalistisch*. Die mit der rationalistischen Methode einhergehende Gefahr wird von Weber durchaus eingeräumt: "Daß die Gefahr rationalistischer Deutungen am unrechten Ort naheliegt, soll damit nicht etwa geleugnet werden. Alle Erfahrung bestätigt leider deren Existenz" (3). Daß der Rationalitätsbegriff in der Soziologie allgemein, aber eben auch bei Weber unter einer uneinheitlichen Gebrauchsweise leidet, wird im einzelnen bereits von Schütz herausgearbeitet.[1] Dennoch ist für Weber festzuhalten, daß seine Position keineswegs impliziert, daß das Handeln insgesamt auf zweckrationales Handeln zu reduzieren wäre (vgl. § 4.1). Das generelle Problem der Rationalität wird aber noch gesondert (in § 4.3) wieder aufzunehmen sein.

Für Schütz jedenfalls sind die genannten Konstruktionsprinzipien in ihrer Gesamtheit selbst scheinbar unverträglichen sozialwissenschaftlichen Theorien gemeinsam, wenn sie auch auf unterschiedliche Weise oder auch stillschweigend oder uneingestanden zur Geltung kommen. Im Zusammenhang mit Parsons Systemtheorie, die sich entsprechend ihrer analytischen Konzeption nicht mit konkreten Handlungen befaßt, hält Schütz von daher seinen eigenen

---

[1] Schütz (1943/72) unterscheidet insgesamt sechs "verschiedene äquivoke Implikationen" des Begriffs der Rationalität, worauf hier nur verwiesen werden kann, vgl. auch unten § 4. Zum Rationalitätsbegriff speziell in der analytischen Handlungstheorie vgl. unten und Lanz (1987).

Ansatz in gewisser Weise mit der Konstruktion eines idealtypischen Systems bei Parsons für kompatibel: "Ich selbst habe einmal diese gleiche Idee ausgesprochen, daß nämlich die personalen Idealtypen der Handlung, die durch die sogenannten theoretischen Wissenschaften konstruiert werden, ein Maximum an Anonymität enthalten, d.h. was wirklich typisiert wird, ist das Verhalten der 'Leute als solche' oder des 'Jedermann'" (1943/1972: 47). Diese idealtypischen Konstruktionen geschehen nun nach Schütz keineswegs nur als wissenschaftliche Konstruktionen, sondern zuallererst und - wie mit dem Postulat der Adäquanz bereits angesprochen - zuallerletzt als solche des alltäglichen Handelns in der sozialen Welt.

In dieser sozialen Welt stellen die Welt des Wissenschaftlers und sein Handeln nur eine Besonderheit dar, aus der sich etwa der Unterschied zwischen Interaktion und Beobachtung bzw. Beobachtung in natürlicher und wissenschaftlicher Einstellung erklärt. Mit dem Übergang von der 'biographischen Situation der Sozialwelt', der der natürliche Beobachter noch ganz verhaftet ist, zur 'wissenschaftlichen Situation' verändert sich auch das Interessen- und Relevanzsystem des Sozialwissenschaftlers, und zwar in Abhängigkeit vom bisherigen Erfahrungszusammenhang seiner Wissenschaft und der jeweils vorgegebenen wissenschaflichen Problemstellung.[2] Dieser von Schütz (z.B. 1932/74: 282ff. und 1953/71: 6ff.) in umfangreichen Analysen weiter ausgeführte Begründungszusammenhang der Bildung und Vermittlung von alltäglichen und wissenschaftlichen Konstruktionen verschiedener Ordnung des Fremdverstehens kann hier nicht systematisch berücksichtigt, sondern nur punktuell im Zusammenhang mit der Frage nach dem Handlungsbegriff in einer sinnverstehenden Sozialwissenschaft (bes. in § 3 und 5) wieder aufgenommen werden.

Ebenso muß die wissenschaftskritische Fragestellung weitgehend vernachlässigt werden, inwieweit in der verstehenden Soziologie, die natürlich weitere Traditionsstränge hat,[3] das nicht nur von Schütz (z.B. 1954/71: 75) hochgehaltene Prinzip der Kontinuität zwischen alltäglichen und wissenschaftlichen Konstruktionen - insbesondere bei einer bestimmten Auffassung von Lebensweltanalyse - zu Beschränkungen der Erkenntnis in der Weise führt, daß sich über den subjektiv-verstehenden Zugang zu Interaktion der gesellschaftliche Normzusammenhang in den Wissenschaften naiv zu perpetuieren droht und damit die Möglichkeit einer kritischen Gesellschaftstheorie von vornherein verstellt wäre.[4] Hier verläuft die Kontroverse entlang der Frage

---

2 Vgl. zur Kritik an den methodologischen Implikationen dieses Perspektivenwechsels Habermas (1981, Bd. 1: 176ff.)

3 Einen kritischen Überblick über verschiedene Traditionen der verstehenden Soziologie gibt Bühl (1972).

4 Vgl. Dittmann (1975 und 1976), Habermas (1970: 214ff., 290ff. und 1981, Bd 1: 176ff.).

nach der paradigmatischen Alternativsetzung oder Verknüpfung von Grundbegrifflichkeiten, wie sie in *Lebenswelttheorie*, *Handlungstheorie* und *Systemtheorie* entwickelt sind. Verwiesen sei an dieser Stelle nur auf Habermas' Versuch einer grundbegrifflichen Verknüpfung in seiner 'Theorie des kommunikativen Handelns'.[5] Auf seine methodologische Pointe, die Quellen kritischer Erkenntnis in den Strukturen verständigungsorientierten Handelns selbst zu verorten, wird hier nur am Rande eingegangen werden können, wenn es (in § 3) um Prozesse des Handlungsverstehens und der Verständigung sowie (in § 4.3) um die handlungspraktische Wirksamkeit der Rationalitätsannahme geht. Was speziell Schütz betrifft, sei schließlich angemerkt, daß die methodischen Vorkehrungen, wie er sie gegen das Mißverständnis der wissenschaftlichen Modellkonstruktion als einer reinen Nachkonstruktion immer wieder herausgearbeitet hat (vgl. z.B. auch 1953/71, 1954/71 und 1960/72), gegenüber seinen sonstigen Ausführungen nicht stark oder nachhaltig genug gewesen sein mögen.[6] Die Beschränkungen der Erkenntnis, wie sie in einer bestimmten Konzeption von Lebensweltanalyse angelegt sind, werden uns (in § 3.4) unter der Fragestellung beschäftigen, inwieweit eine Institutionsanalyse noch als Lebensweltanalyse betrieben werden kann.

In den folgenden Untersuchungen geht es im einzelnen um alltagsweltliche und wissenschaftliche Konstruktionen vor allem mittlerer Anonymität, d.h. in der Redeweise von Schütz primär weder um die Verhaltensweisen meines Freundes N noch um die Verhaltensweisen der 'Leute als solche' oder des 'Jedermann'. Die hier interessierenden idealtypischen Konstruktionen betreffen vielmehr Typen von Handlungen, die von bestimmten Typen von Handelnden in bestimmten Typen von Institutionen ausgeführt werden. Wenn hierzu im folgenden die Beiträge verschiedener handlungswissenschaftlicher Konzeptionen erörtert werden, wird es erneut um die Fragen gehen, inwieweit die mit Schütz benannten Postulate einer sinnverstehenden Sozialwissenschaft berücksichtigt werden und inwieweit bestimmte "intellektuelle Kurzschriften", wie sie in den verschiedenen handlungswissenschaftlichen Konzeptionen gebräuchlich sind, weiter ausgeschrieben werden können.

---

5 Vgl. zur umfänglich angewachsenen Kritik z.B. Bubner (1976/82: 295ff.) und Schwemmer (1987: 235ff.), Holzer (1987) sowie die Beiträge in Honneth/Joas (Hg.) (1886) und Honneth/McCarthy/Offe/Wellmer (Hg.) (1989), auf die wir teils zurückkommen.

6 So rezipieren Flader/von Trotha (1988) in einer Auseinandersetzung mit konversationsanalytischen Forschungsmethoden Schütz neben Garfinkel sogar als einen der Väter des "heimlichen Positivismus" der Konversationsanalyse.

2.2 Das Sprecher-Hörer-Modell rationaler Kommunikation

In der Sprachphilosophie und den mit sprachlichen Handlungen befaßten Kommunikationswissenschaften werden der Handlungsbegriff und darüber vermittelt der Subjektbegriff denkbar vage gebraucht und sind beide Begriffe als "intellektuelle Kurzschrift" im Sinne Schütz' nur schwer auszuschreiben, wenn entweder individuelle oder aber vollkommen idealisierte Sprecher/Hörer Intentionen, Präferenzen, (propositionale) Einstellungen haben und als gleichsam autonom handelnde Subjekte nach Belieben und uneingeschränkt rational zum Ausdruck bringen und austauschen. Die soziologische Analyse von kommunikativen Handlungen scheint insbesondere dann entbehrlich, wenn die kommunikationswissenschaftliche Problemstellung auf ein vorherrschend abstraktes Sprecher-Hörer-Modell kommunikativer Interaktion reduziert wird (vgl. zur Kritik z. B. Goffman 1981: 144f.). Trotz dieser Reduktion schleicht sich die empirische Vielfalt kommunikativer Praxis gleichsam durch die theoretischen Schlupflöcher, die das Modell nicht stopfen kann, immer wieder ein.

Zu der Frage, was sich Sprecher/Hörer kommunikativ mitteilen und woran sie ihr Handeln orientieren, gibt es immerhin reichhaltige Listen wie *Überzeugung, Wunsch, Hoffnung* einerseits und *Liebe* und *Haß* andererseits (vgl. zu dieser Aufteilung Searle 1979). Insgesamt wird der Begriff der Intention, die die auf den Sprecher/Hörer-Status reduzierten Subjekte einfach "haben" oder der sie folgen, sehr heterogen gebraucht, mitunter völlig überfrachtet, oder aber er wird - zumindest in einer bestimmten theoretischen Anwendungsform - überhaupt verworfen, wie offenbar von Black (1973/79) in seiner Kritik an Grice (1957/79). Dessen einflußreiche Arbeit über *nichtnatürliche Bedeutung,* die mit Hilfe der vom Hörer zu *erkennenden Sprecherabsichten* expliziert werden soll, hat die Intentionalitätsdebatte in besonderer Weise geprägt.

Ein Hauptargument von Black gegenüber dem Ansatz von Grice ist vor allem das der Zirkularität: "Der relevante Sinn von 'beabsichtigen' ist nicht viel einsichtiger als der Begriff der Sprecherbedeutung, den er erhellen soll, denn er impliziert den problematischen Begriff der Bedeutung. Wegen dieser Zirkularität ist das Vorhandensein einer Absicht in Kommunikationsakten in der Tat gesichert, aber nur tautologisch, da es aus der Definition der Sprecherabsichten mittels der Sprecherbedeutung folgt, und nicht umgekehrt" (1973/79: 74). Die Schwierigkeiten einer intentionalistischen Bedeutungsanalyse bei Grice bestehen gerade darin, daß der Zusammenhang von Absicht und Bedeutung als rein rationales Koordinationsproblem des Meinens und Verstehens innerhalb eines Sprecher-Hörer-Modells expliziert wird, das für bedeutungs- *und* absichtskonstitutive Merkmale sozialer Kontexte keinen Raum läßt. Der Rekurs auf soziale Kontexte ist nur in Zweifelsfällen - und das

heißt bei Grice im Sonderfall - vorgesehen. Diese Restriktionen des Modells sollen anhand einiger der von Grice selbst thematisierten Probleme kurz umrissen und daran einige Fragen für die Handlungsanalyse angeschlossen werden, wie sie sich insbesondere aus der Perspektive der empirischen Analyse institutioneller Kommunikation stellen.

Eine der von Grice (1957/79) eingeräumten Schwierigkeiten der von ihm eingeschlagenen Richtung der Bedeutungsanalyse ist die folgende: "Explizit formulierte sprachliche (bzw. quasi-sprachliche) Absichten sind zweifelsohne selten" (13). Für die demnach überwiegenden Fälle, in denen solche expliziten Formulierungen fehlen, muß Grice deswegen zum Schluß seiner Abhandlung nicht von ungefähr auf die *allgemein übliche Praxis* verweisen, von der offenbar nur schwerlich abgewichen werden kann: "Man geht davon aus, daß der Betreffende mit seiner Äußerung das zu übermitteln beabsichtigt, was man mit dieser Äußerung normalerweise übermittelt (bzw. normalerweise zu übermitteln beabsichtigt). Es braucht schon gute Gründe, damit wir akzeptieren, daß ein konkreter Gebrauch von der allgemein üblichen Praxis abweicht" (14). Analog zu nicht-sprachlichen Handlungen, denen ja per se explizite Absichtsformulierungen fehlen, rekurriert Grice dann verallgemeinernd auf eine grundsätzliche alltagspraktische Annahme: "Man nimmt an, daß die normalen Folgen unserer Handlungen von uns auch beabsichtigt sind" (ebd.). Lediglich in Zweifelsfällen, wie sie Grice abschließend zugesteht, "rekurrieren wir in der Regel auf den (sprachlichen und sonstigen) Kontext" (ebd.). Damit ist eine Reihe von *Fragen* für die Handlungsanalyse aufgeworfen, die hier in loser Folge aufgeführt seien:

- Wie häufig sind diese 'Zweifelsfälle', in denen wir auf den Kontext rekurrieren, und warum kommen sie überhaupt zustande?
- Rekurrieren wir nur in Zweifelsfällen auf den Kontext?
- Was ist neben dem sprachlichen der 'sonstige' Kontext?
- Was ist letztlich die 'allgemein übliche Praxis', von der ein konkreter Gebrauch einer Äußerung 'abweichen' kann?
- Worin genau besteht die 'Abweichung'?
- Was sind die 'normalen Folgen' unserer Handlungen?
- Was sind die 'beabsichtigten' Folgen?
- Inwieweit fallen die normalen mit den beabsichtigten Folgen zusammen?
- Inwieweit sind also Beschreibungen, die nicht-beabsichtigte Folgen einschließen, als Handlungsbeschreibungen inadäquat?

Wie in den weiteren Analysen insbesondere des institutionellen Handelns deutlich gemacht werden soll, liegen die Antworten auf diese Fragen nicht ohne weiteres und klar auf der Hand und erweisen sich theoretische Konzepte der Bedeutungsanalyse, die explizit oder implizit von sog. *Standardbedeutungen* oder normalen Gebrauchsweisen sprachlicher und nicht-sprachlicher

Mittel der Kommunikation ausgehen, häufig als wenig hilfreich. Es ist eben nicht nur von *der einen* allgemein üblichen Praxis des Gebrauchs sprachlicher und nicht-sprachlicher Mittel der Kommunikation auszugehen, sondern von verschiedenen und gleichwohl in bestimmten Kontexten üblichen Praxen, in denen der Gebrauch zunächst nicht als ein *abweichender*, sondern als ein *anderer* Gebrauch zu analysieren ist. Wie später noch zu zeigen sein wird (in § 5.2), hat die Orientierung am Sprecher-Hörer-Modell in der Sprechakttheorie zu Entwicklungen verführt, institutionelles Handeln als *Sonderfall* des Handelns überhaupt zu konzipieren. Dieses Zugeständnis einer Kontextanalyse von Äußerungen im Sonderfall ist insofern unvermeidlich, als spätestens beim institutionellen Handeln deutlich wird, daß eine intentionalistische Bedeutungsanalyse von Sprechhandlungen, die ausschließlich auf Sprecherabsichten rekurriert, scheitern muß.

Die mit dem Konzept der Sprecherabsicht forcierte Debatte um den Begriff der Intentionalität hat sich weiterhin gerade an einem Aspekt entzündet, den Grice sorgsam auszusparen suchte, als er mögliche Einwände antizipierte: "Nun könnten einige Fragen bezüglich meines recht freien Gebrauchs solcher Termini wie 'Absicht' bzw. 'Intention' und 'Erkenntnis' auftreten. Ich muß jede Absicht von mir weisen, unseren gesamten Sprachalltag mit ganzen Armeen von komplizierten psychischen Entitäten zu bevölkern" (1957/79: 13). Sofern sich die nachfolgende Intentionalitätsdebatte des Sprachalltags annahm, ging es u.a. gerade um diese "Armeen von psychischen Entitäten", d.h. letzlich um das Problem des Umfangs von Intentionalitätsaufschichtungen, die möglicherweise in einen infiniten Regreß führen. Nach Davidson ist es gerade der Holismus des Mentalen, der das Grenzproblem aufwirft: "Beliefs and desires issue in behaviour only as modified and mediated by further beliefs and desires, attitudes and attendings, without limit" (1980: 217). Für das alltagspraktische Handeln und Handlungsverstehen sowie für die wissenschaftliche Handlungsanalyse selbst geht es also grob gesagt um die Fragen, inwieweit (bestimmte Arten von) Intentionen zu *erkennen* sind bzw. inwieweit sie zu erkennen zu *geben* sind, damit eine Verständigung bis zu einem gewissen Umfang überhaupt zustande kommt.

Auch diesen Fragen soll im folgenden besonders unter dem Aspekt des institutionellen Handelns nachgegangen werden, wobei die verschiedenen Wissenschaftstraditionen, die sich mit diesen Fragen beschäftigen, hier nur gestreift und insgesamt nur bestimmte Tendenzen der Behandlung des Intentionalitätsproblems in den Handlungswissenschaften berücksichtigt werden können.[7] Entsprechend der Polarität von völliger Überfrachtung oder Ver-

[7] Eine kritische Sichtung von Handlungstheorien in verschiedenen Wissenschaftstraditionen enthalten Bubner (1976/82) und Rehbein (1977 und 1979). Vgl. bes. zur analytischen Handlungstheorie Brennenstuhl (1975), Harras (1983) und Lanz

werfung des Intentionalitätsbegriffs werden sehr unterschiedliche Handlungsbegriffe benutzt. Eine forschungsrelevante Tendenz ist eben die, in einer gegenständlichen Reduktion auf ausschließlich *rationales Handeln* - was oben (in § 2.1) mit Weber und Schütz bereits angeführt etwas anderes ist als die Orientierung der Analyse am Modell rationalen Handelns - für Handlungen generell zu postulieren, daß sie *absichtlich*, *willentlich* und *wissentlich* vollzogen werden. Diese Position wird in der analytischen Handlungstheorie beispielsweise explizit von Martin (1972/77) vertreten, die diese Position - von Grenzfällen abgesehen - im Zusammenhang der Erörterung von Nicht-Basis-Handlungen und Basis-Handlungen bzw. von Handeln und bloßem Tun einnimmt (vgl. § 2.6). Zur Unterscheidung dient ihr das Kriterium der *Aufmerksamkeit*, die sich in einem Fall auf etwas richtet und im anderen nicht. In seiner restriktiven Anwendung wird sich dieses Kriterium als unhaltbar erweisen gegenüber einer Form des Handelns, die als Routine-Handeln zu charakterisieren ist. Sofern die Eigenschaften von Handlungen - absichtlich, willentlich und wissentlich vollzogen zu werden - nicht explizit postuliert werden, werden sie doch häufig in der Analyse stillschweigend oder naiv vorausgesetzt.[8] Beide Varianten, die explizite und implizite, führen zu ähnlichen Konsequenzen für die Handlungsanalyse, deren Restriktionen im einzelnen und in mehreren Schritten herauszuarbeiten sind.

Wie mit Martins Kriterium der gerichteten Aufmerksamkeit bereits angedeutet, handelt es sich letztlich in beiden Varianten, der expliziten und impliziten, um die Unterscheidung von bloßem Tun oder Verhalten einerseits und Handeln andererseits, die als explizite Unterscheidung häufig mit der Unterscheidung von *Gründen* und *Ursachen* bzw. *Verstehen* und *Erklären* von Handlungen bzw. Verhalten einhergeht. Auf die in diesem Zusammenhang geführte Kontroverse um die wissenschaftslogische Frage, inwieweit Handlungserklärungen teleologische Erklärungen oder Kausalerklärungen sind

(1987), der speziell dem Thema "Handeln zwischen Kausalität und Rationalität" nachgeht, sowie zur systemtheoretischen Handlungstheorie Schwanenberg (1970). Einen umfangreichen und kritischen Überblick über Lexikon-Definitionen sowie Handlungs- und Intentionsbegriffe der linguistischen Pragmatik in der BRD geben Holly/Kühn/Püschel (1984).

8 Vgl. die erwähnte Übersicht von Holly/Kühn/Püschel (1984). An dieser Stelle sei auf den Ansatz von Ehlich und Rehbein lediglich verwiesen, die in ihren Institutions- und Wissensanalysen keineswegs den Handlungs- und Intentionsbegriff verwenden, der von Holly/Kühn/Püschel in der BRD-Forschung vielleicht zu Recht als vorherrschend angesehen wird. Dem von Holly/Kühn/Püschel ihrerseits gemachten Vorschlag für eine Handlungstypologie, die aufgrund einer - von den Autoren selbst problematisierten - binären Struktur ("absichtlich" versus "unabsichtlich", "willentlich" versus "erzwungen", "bewußt" versus "unbewußt" usw.) zu einer schematischen Analyse verführt, kann hier nur bedingt gefolgt werden, wie nachfolgend deutlich gemacht werden soll.

und inwieweit sie nomologischen Status haben, kann hier nur bedingt eingegangen werden (vgl. Wimmer 1987), obwohl diese Kontroverse durchaus einschlägig ist sowohl für bestimmte Auffassungen zum Determinismus gerade des institutionellen Handelns als auch für bestimmte (diskurs-) linguistische Gebrauchsweisen des Regel- und Konventionsbegriffs (vgl. §§ 4 u. 5). Wie noch an Beispielen zu zeigen sein wird, lassen sich nicht alle Handlungsregularitäten einheitlich in derselben Weise auffassen. Insofern intentional geleitetes Handeln häufig verkürzend als voluntatives Handeln konzipiert wird, soll zunächst der Unterschied zwischen voluntativischen und normativischen Handlungserklärungen herausgearbeitet und die Frage nach ihrer jeweiligen Berechtigung gegenüber verschiedenen institutionellen wie nicht-institutionellen Kommunikationsformen thematisiert werden.

2.3 Handlungserklärungen

2.3.1 Der common sense-Begriffsrahmen

Die Kontroverse um den logischen Status von Handlungserklärungen betrifft erklärende Feststellungen etwa des folgenden Typs, wie er von Churchland (1970/77) für die Entwicklung seiner Skizze eines Handlungsgesetzes diskutiert wird:

(2.01) X hat H getan, weil er Z wollte.

Nach Churchland stellen solche Feststellungen und mögliche Einwände gegen sie alltägliche Erklärungspraktiken dar, denen eine Theorie der (kausalen) Handlungserklärung grundsätzlich und in einer Weise Rechnung zu tragen hat, die mit der oben bereits mit Schütz skizzierten Perspektive der Theorieentwicklung vom Standpunkt der verstehenden Soziologie durchaus kompatibel ist. Churchland fordert: "Jede adäquate Theorie über den logischen Status von Handlungserklärungen muß dem Umstand gerecht werden können, daß die verschiedenen Arten von im Alltagsleben vorkommenden *Einwänden*, denen solche Erklärungen ausgesetzt sind, fraglos angemessen sind" (1970/77: 305). Churchlands Strategie ist nun im einzelnen, mögliche Typen von alltagspraktischen Einwänden gegen erklärende Festellungen des fraglichen Typs auf ihre implizit *mitbehaupteten Erklärungsbedingungen* hin zu sondieren und die Kritikpunkte in einer Liste von Bedingungssätzen zu berücksichtigen, deren Wahrheit im gegebenen Fall zu prüfen wäre. Nach Churchland sind "Einwände in rauhen Mengen" denkbar. Wenn jemand die obige Aussage (2.01) macht, so legt er sich fest auf: (1) X wollte Z, und (2) X glaubte, daß der Vollzug von H unter gegebenen Umständen ein Mittel zum Erreichen von Z sei. Sollte sich (1) oder (2) als nicht zutreffend erweisen,

würde die erklärende Feststellung als widerlegt gelten. Mit einer Feststellung der fraglichen Form werden jedoch noch weitere Annahmen (hinsichtlich der Präferenzen, Fähigkeiten usw. des Handelnden) gemacht, die möglicherweise bestritten werden, auch wenn (1) und (2) bereits akzeptiert sind. Im Durchgang durch die möglichen Typen von alltagspraktischen Einwänden gegen erklärende Feststellungen der fraglichen Form gelangt Churchland (1970/77: 312) zu folgendem Gesamtergebnis:[9]

> Mit 'X hat H getan, weil er Z wollte' hat man nur dann (und offenbar sogar: genau dann) etwas Wahres gesagt, wenn gilt:
> (1) X wollte Z; und
> (2) X glaubte (schätzte, sah), daß der Vollzug von H unter den gegebenen Umständen für ihn ein Mittel sei, um Z zu erreichen; und
> (3) es gab keine Handlung, von der X glaubte, daß er mit ihr Z ereichen würde, und für die er eine wenigstens gleichermaßen große Präferenz hatte wie für H; und
> (4) X hatte keinen anderen Wunsch (bzw. keine anderen Wünsche), der ihn unter den gegebenen Umständen von seinem Wunsch Z abgebracht hat; und
> (5) X wußte, wie man H tut; und
> (6) X war in der Lage, H zu tun. (Churchland 1970/1977: 312)

Bei entsprechender Umformulierung erhält Churchland (1970/77: 313) dann folgenden Konditionalsatz (L), den er "plausiblerweise als nomologisches Prinzip auffassen" will. Hier lediglich eine abgekürzte Fassung von (L):

> Wenn gilt: (1) X will Z; und
> (2) X glaubt, daß (...) [usw. bis (6)];
> so gilt: (7) X tut H.

Aus der Vielfalt der mit Churchlands Formulierung von (L) hier aufgeworfenen Probleme der Handlungsanalyse sollen nur einige Aspekte benannt werden, die z.T. an anderer Stelle wieder aufzunehmen sind. Hier soll nicht der Frage weiter nachgegangen werden, inwieweit es sich bei (L) tatsächlich um ein nomologisches Prinzip oder auch nur abgeschwächt um eine "Gesetzes-Skizze" (1970/77: 314ff.) handelt.[10] Die hier interessierenden Probleme er-

---

9 Im folgenden Zitat steht "Z" für das von Churchland benutzte "Æ", für das man nach Churchland "alles einsetzen (kann), was paßt. Im folgenden werde ich Æ jedoch als einen ständigen Ersatz für das vollkommen allgemeine 'daß p (der Fall sei)' auffassen. Auf die eine oder andere Weise werden Wünsche, genau wie Überzeugungen, allesamt mit Bezugnahme auf irgendeine Aussage bestimmt" (1970/77: 305f.). Zu Recht merkt der Übersetzer A. Kemmerling an, daß die an einer Stelle von Churchland (1970/79: 305) selbst gewählte Formulierung "X hat H getan, weil er wollte Æ" sachlich angemessener ist, was hier jedoch vernachlässigt werden soll.

10 Vgl. zum Status von Handlungserklärungen als teleologischen oder kausalen Erklärungen sowie zu ihrem nomologischen Charakter z.B. von Wright (1971/74) sowie Beckermann (1979) und Lanz (1987), die sich beide mit Churchlands

geben sich daraus, daß Churchland mit Recht in Anspruch nimmt, mit seinem Versuch der Entwicklung der Skizze eines Handlungsgesetzes den *common-sense-Begriffsrahmen* aufgespannt zu haben, "mit dem wir uns selbst qua Personen begreifen" (318). Die folgenden Erörterungen betreffen Churchlands Fragestellung nach dem nomologischen Charakter von (L) insofern nur sekundär, als es hier primär um den elementaren Begriffsrahmen selbst gehen soll, der sich sowohl unter dem Aspekt der Vollständigkeit als auch unter dem Aspekt der Anwendbarkeit für empirische Analysen als problematisch erweist.

Unter beiden Aspekten soll Churchlands Handlungsgesetz zum Anlaß und Ausgangspunkt für grundlegende Probleme der Handlungsanalyse genommen werden, die sich sofort dann einstellen, wenn man einerseits die Variablen 'X' und 'H' sowie 'Z' ersetzen und andererseits theoretisch festlegen und im empirischen Fall klarlegen muß, was es heißt,

- einen 'überwiegenden Wunsch' zu haben, oder
- 'in der Lage zu sein', eine Handlung auszuführen, oder
- 'zu wissen', wie man eine Handlung ausführt usw.

Einige dieser Probleme werden im weiteren Gang der Analyse auch des institutionellen Handelns als "Dauerproblem" behandelt werden müssen, andere können kürzer abgehandelt werden, einige sollen später aufgegriffen oder aber auch ganz vernachlässigt bleiben, wobei Auswahl, Stellenwert und Umfang der Behandlung im folgenden deutlich werden. Erneut wird es hier auch um die mit Schütz aufgeworfene Frage gehen, inwieweit in den Handlungswissenschaften gebräuchliche 'intellektuelle Kurzschriften' weiter ausgeschrieben werden können. Man denke etwa an den Gebrauch des Begriffs 'in der Lage sein', mit dem in der analytischen Handlungstheorie sowie in der Sprechakttheorie häufig abkürzend auf die Gesamtheit von physischen und psychischen Handlungsvoraussetzungen abgestellt wird, ohne daß die sozialen Handlungsvoraussetzungen überhaupt schon in den Blick gekommen wären.

Die Formulierungen einiger Erklärungsbedingungen bei Churchland erweisen sich von vornherein als problematisch. So stellt Davidson die "Tücke" des Begriffs des "überwiegenden Wunsches" in der folgenden Weise heraus: "(...) the notion of 'overriding want' is treacherous, since it is unclear how a want is shown to be overriding except by the fact that it overrides" (1980: 77). Es soll hier jedoch nicht um die Formulierung der Bedingungen im einzelnen gehen; vielmehr wird eine allgemeine Problematik der Formulierung von (L), die gerade im Gebrauch von bestimmten Einstellungs- bzw. Handlungswörtern besteht, noch besonders thematisiert werden (vgl. auch § 2.4). Ebenso soll die von Churchland selbst diskutierte Kritik vorläufig zurückgestellt werden, die

---

Handlungsgesetz als Handlunggesetz befassen, was hier als besondere Fragestellung "beiseite" zu lassen ist.

sich auf Fälle von Handlungsunsicherheit, -unbeherrschtheit oder -unfähigkeit bezieht. Diese Fälle, die häufig zusammenfassend mit dem Ausdruck "Akrasie" bezeichnet werden, sind jeweils auf die Willens-, Entscheidungs- oder Urteilsschwäche von Individuen zurückzuführen, deren Handlungen oder Unterlassungen offenbar nur wider besseres Wissen möglich sind und schwerlich einem *rationalen Muster* zugeordnet werden können (vgl. auch Davidson 1980: 21-42). Wollte man der Akrasie-Kritik in einer bestimmten Weise nachgeben, was Churchland (1970/77: 315ff.) jedoch nicht tut, müßte man das Prinzip (L) um die zusätzliche Bedingung "X ist völlig rational" erweitern (vgl. auch Lanz 1987: 42ff.). Eine derart starke Rationalitätsannahme ist ohnehin nicht zu halten; eine schwächere Variante soll an anderer Stelle (§ 4.3) eingeführt werden, wenn es um die Frage der Verantwortlichkeit eines Handelnden und der Rationalität seines Handelns unter Maximenkonflikten geht.

Ein weiteres Problem besteht darin, daß mit dieser auf Fälle von Akrasie bezogenen Kritik offenbar im Sinne einer personalistischen Handlungstheorie nur individuelle Handlungs- und Urteilsschwächen von Personen berücksichtigt werden, nicht aber kollektive Handlungsprozesse, die ja ihrerseits keineswegs nur aufgrund individuellen Fehlverhaltens irrational verlaufen können. Hier wäre unter dem Aspekt der Rationalität die Ausbildung von *Wir-Intentionen* zu untersuchen, wie sie im sozialen Handeln von Gruppen zum Ausdruck kommen, in denen die Aktanten wesentlich auf Kooperation angewiesen sind.[11] Auch in Gruppeninteraktionen wie etwa der Themenaushandlung in Seminardiskussionen (vgl. Koerfer 1980 und Koerfer/Zeck 1983) kann es zu Diskrepanzen zwischen der Ausbildung von Wir-Intentionen und faktischen Handlungsverläufen kommen, deren Rationalität im nachhinein sogar von den Aktanten selbst in Zweifel gezogen werden kann, und zwar nicht als individuelles, sondern als kollektives Urteils- und Handlungsversagen gegenüber Handlungsplänen, deren rationale Ausführung ursprünglich gemeinschaftlich ins Auge gefaßt oder - z.B. als Tagesordnung - sogar "offiziell" beschlossen war.

Daß Fragen nach der Rationalität, aber auch nach der Verantwortung nicht allein auf dem Wege der Zuschreibung gegenüber einzelnen Individuen und deren singulären Handlungen befriedigend beantwortet werden können, wird uns als Problem gerade beim institutionellen Handeln noch weiter zu beschäftigen haben (vgl. § 4.3). Um es grob vorwegzunehmen: Es geht schließlich auch um die "Rationalität" von Handlungssystemen, relativ zu denen die Individuen Chancen haben, mehr oder weniger rational zu

11 Vgl. zur theoretischen Konzeption von "Wir-Intentionen" innerhalb einer Theorie des sozialen Handelns etwa Tuomela/Miller (1985) sowie die Kritik von Leist (1985).

"fungieren". Dem kann eine personalistische Handlungs- und Rationalitätstheorie nicht beikommen, die mit einem Rationalitäts-Urteil über singuläre Handlungen einfach zu kurz greift.

2.3.2 Voluntativische und normativische Handlungserklärungen

Die restriktiven Erklärungsbedingungen einer personalistischen Handlungstheorie sind bereits mit der Gesamt-Formulierung von (L) selbst gegeben, wenn in diese nur individuelle Kenntnisse, Fähigkeiten, Wünsche, Präferenzen usw. eingehen, was die Frage aufwirft, inwieweit der offensichtlich vorausgesetzte Typ von Handlungserklärung (2.01) ("X hat H getan, weil er Z wollte"), der hier als *voluntativischer* Erklärungs-Typ charakterisiert werden soll, gegenüber institutionellem Handeln überhaupt angemessen ist. Bevor diese Frage weiter verfolgt wird, sei als Klarstellung angemerkt, daß der voluntativische Erklärungstyp nicht schon am Gebrauch von (dt.) 'wollen' oder 'wünschen' oder 'Wunsch' usw. festgemacht wird, womit nur ein Teil der Bedeutung von (engl.) 'want' erfaßt ist (vgl. zur Bedeutungsanalyse auch Brandt/Kim 1963/77). Vielmehr bezieht sich der voluntative Erklärungstyp auf solche Einstellungen, die jemand ohne besonderen *normativen Druck* (vgl. unten § 2.3.3) einnimmt; der mit H hergestellte Sachverhalt muß in irgendeiner Weise erwünscht sein oder befürwortet oder gut geheißen werden. Im übrigen diskutiert Churchland (1970/77: 307) die Formulierung von (L), indem er von einem typischen Beispiel dieser Art ausgeht:

(2.02) P Warum hat Peter seine Finger so hin- und herbewegt?
Q Na ja, er wollte, daß Maria herkommt und - komisch genug - er dachte, *das* würde sie dazu bewegen. (Churchland 1970/77: 307)

Andere Fälle, in denen 'Z' durch "daß X H tut" ersetzt wird,[12] und Handlungsversuche werden als Varianten von (L) und Formulierungen wie "X hat H mit der Absicht getan, Z zustande zu bringen" als material äquivalent mit (2.01) behandelt, wobei ein Unterschied von 'etwas wünschen' und 'etwas beabsichtigen' zugestanden wird. Lediglich in einem nur angemerkten Fall (1970/77: 324f.), "wo der Direktor den Safe mit der Absicht öffnet, den mit einer Pistole bewaffneten Räuber an das Geld zu lassen", wird die bisherige Einheitlichkeit der Erklärung von Churchland zumindest problematisiert, indem er selbst fragt:

(2.03) Hat er den Safe geöffnet, weil er den Mann an das Geld lassen *wollte?* (Hervorhebung von Churchland, 1970/77: 324)

---

12 Dieser Fall wird von Churchland als "degenerierte Form" von (L) bezeichnet; entsprechend entfallen die Bedingungen (2) und (3). Handlungsversuche haben die Form: "X hat *versucht*, H zu tun, weil er Z wollte".

Wegen der Relevanz für die weitere Analyse sei Churchlands Antwort auf diese Frage, mit der er offensichtlich in einer Anmerkung gewisse Sonderfälle des Handelns ausgrenzen will, hier ungekürzt wiedergegeben:

> In einer Hinsicht: Nein; in einer anderen: Ja, sicherlich. Sein Wunsch, den Mann heranzulassen, rührt nur von seinem Wunsch zu überleben und von seinen Annahmen über seine Lage her; nichtsdestoweniger ist es ein Wunsch. Wenn man in Abrede stellt, daß er dies getan hat, weil er den Mann an das Geld lassen *wollte*, so kommt es einem darauf an, darauf hinzuweisen, daß der besagte Wunsch abgeleitet, untypisch und anderen starken Wünschen von ihm entgegengesetzt war. (Churchland 1970/77: 324f.)

Typisch für zumindest eine Reihe von Vertretern der Analytischen Handlungstheorie und der Sprechakttheorie ist, daß "Sonderfälle" des Handelns mit Beispielen von Gewalt besonderer Art ausgegrenzt werden (so z.B. auch Searle 1976/82: 25, vgl. unten § 5.2). Pistolen stehen für Waffengewalt, und mit Waffengewalt erzwungene Handlungen gehören (mit Recht) nicht zum Kernbestand der Handlungsanalyse. Auf diesem Weg der Ausgrenzung von *ungeregelten* Gewaltverhältnissen kommen aber zumeist die "alltäglichen" Gewaltverhältnisse, wie sie in "modernen" Gesellschaften auf vielfältige Weise *geregelt* sind, erst gar nicht in den Blick. Auf diese Ausgrenzungsproblematik und die damit verbundenen unproduktiven Verengungen der Handlungsanalyse wird noch häufiger und ausführlicher zurückzukommen sein (vgl. § 4 und 5). Wenn Churchland im obigen Sonderfall der Waffengewalt wie nebenbei von 'abgeleiteten, untypischen Wünschen' spricht, so soll hier im folgenden hauptsächlich, d.h. in vielen institutionellen wie nicht-institutionellen Handlungsfällen gerade von *abgeleiteten, typischen Wünschen* bzw. Absichten die Rede sein. In diesen Fällen, die später noch weiter zu differenzieren sind, geht es - zunächst abkürzend gesagt - um *Pflichten*, denen die Individuen mehr oder weniger nachkommen, obwohl sie 'starken Wünschen' entgegengesetzt sein mögen, ohne daß im Sinne Churchlands schon ein 'Überlebenswunsch' aktuell würde.

Nicht nur in Institutionen folgen die Individuen häufig Handlungsnormen, ohne daß ihre individuellen Meinungen, Wünsche und Präferenzen überhaupt zur Disposition stehen. Eine "formale Lösung" täuscht über dieses Problem nur hinweg, wenn man etwa unter Beibehaltung des fraglichen Erklärungstyps eine Handlung mit dem ranghöchsten Leit-Motiv von Individuen zu erklären suchte, Sanktionen u.ä. vermeiden zu *wollen*, oder - in Anlehnung an Churchland - formaler ausgedrückt:

(2.04) X hat H getan, weil er wollte, daß p nicht der Fall sei.

Es ist im weiteren (vgl. auch § 6.4.1) zu klären, inwieweit im Zusammenhang mit institutionellem Handeln andere Erklärungstypen als (2.01) oder (2.04) angemessen sind. Nimmt man Churchlands Forderungen ernst und folgt gängigen Alltagspraktiken von Handlungserklärungen und ihren Zurückweisungen, so wird man beispielsweise im Falle eines Gerichtsurteils eher eine Erklärung des folgenden Typs erwarten können:

(2.05) Der Richter verurteilte den Angeklagten, weil er ihn unter den gegebenen Umständen verurteilen mußte.

Dieser Typ der *normativischen* Handlungserklärung, in dem das fragliche Handlungsverb im abhängigen weil-Satz wiederaufgenommen und durch bestimmte Modal-Ausdrücke modifiziert werden kann (vgl. § 4.1), ist gerade gegenüber solchen institutionellen Handlungen vorzuziehen, die dadurch gekennzeichnet sind, daß Personen in ihrer besonderen *sozialen Rolle* (als Richter, Arzt, Lehrer usw.) stellvertretend für und im Auftrage von Institutionen handeln. Diese Art des Handelns, das im folgenden als *institutionelles Auftragshandeln* bezeichnet wird, kann mit Churchlands Erklärungstyp nicht adäquat erfaßt werden. Churchlands Typ der voluntativen Handlungserklärung wäre hier unangemessen, weil er zu merkwürdig gedrechselten, trivialen, irrelevanten oder absurden Aussagen führte, wie etwa im Falle des Gerichtsurteils zu:

(2.06) Der Richter verurteilte den Angeklagten, weil er wollte, daß der Angeklagte verurteilt ist.
(2.07) Der Richter verurteilte den Angeklagten, weil er wollte, daß das Opfer gerächt wird.
(2.08) (...) weil er wollte, daß der Gerechtigkeit zum Sieg verholfen wird.
(2.09) (...) weil er wollte, daß es nicht der Fall sei, daß eine Revision erfolgreich ist und ihm aus einem krassen Fehlurteil berufliche Nachteile erwachsen.

Besonders die letzten beiden Erklärungen haben eher mit Motiven oder Gründen zu tun, die eine Person überhaupt dazu bringen, die soziale Rolle eines Richters in einer Institution der öffentlichen Rechtsprechung auszuüben und an dieser Rolle festzuhalten, d.h. sie betrifft die grundsätzliche Bereitschaft bzw. Absicht, bestimmte *wiederkehrende Handlungen derselben Art* zu vollziehen. Es wäre aber gegenüber dem institutionellen Handeln der Rechtsprechung verfehlt, jede einzelne einschlägige Handlung eines Richters im Gericht auf diese voluntative Weise "erklären" zu wollen. Daß ein Richter im Amt verbleiben will und er deswegen grundsätzlich die Einstellung einnimmt, in seinem Handeln einem institutionell geregelten Verfahren zu genügen, ist eine Sache; daß er unter dieser Voraussetzung an einem bestimmten Knotenpunkt des Verfahrens, nämlich vor der Zeugenvernehmung, die institutionelle Handlung der Zeugenbelehrung vollziehen muß, eine andere.

Ebenso unangemessen wäre es, die standardmäßigen Fragen eines Arztes vor der Operation nach anderweitigen Krankheiten des Patienten auf folgende Weise zu erklären:

(2.10) Der Arzt fragte nach anderweitigen Krankheiten, weil er wollte, daß der Patient während der Operation keinen unkalkulierbaren Schaden wegen nicht bekannter Krankheiten nimmt.

Es bliebe hier nichtssagend, weil zu allgemein, jede einzelne einschlägige ärztliche Handlung damit erklären zu wollen, daß der Arzt will, daß der Patient keinen unnötigen Schaden nimmt bzw. optimal versorgt wird usw. Der Arzt ist im gegebenen Fall einfach vor Operationen zu Fragen nach anderweitigen Krankheiten verpflichtet, und zwar aufgrund institutioneller Handlungsvorschriften, die sehr konkret ausgestaltet sind. Die Ausgestaltung erstreckt sich bis auf den Gebrauch von eigens zu diesem Zweck entwickelten vorgedruckten Fragebögen, die häufig ein anderer als der schließlich operierende Arzt mit dem Patienten durchgeht, was im übrigen auf arbeitsteilig verfolgte Gesamtzwecke des Handelns in der Institution Krankenhaus verweist, für die die individuelle Einstellung einzelner Aktanten unerheblich ist.[13] Deswegen wäre es auch nichtssagend, weil zu allgemein, einzelne ärztliche Handlungen unter Berufung auf den hippokratischen Eid zu erklären, auch wenn die einzelnen Handlungsvorschriften von einem allgemeinen Handlungsgrundsatz dieser Art abgeleitet sein mögen. Dieser Grundsatz diente dann zur Erklärung ganzer Handlungssysteme. Einzelne institutionelle Handlungen und Handlungstypen (wie im Krankenhaus regelmäßige Temperatur- und Blutdruckkontrollen und vor Operationen die Frage des Arztes nach anderweitigen Krankheiten) verlangen aber ein konkreteres Erklärungsniveau, das sich auf bestimmte, in vielen Fällen kodifizierte Handlungsvorschriften und -normen bezieht.

Zusammenfassend bieten sich gegenüber Churchlands Erklärungstyp (2.01) alternativ die beiden folgenden Typen von Handlungserklärungen an:

(2.11) X hat H getan, weil er H unter den gegebenen Umständen tun mußte.
(2.12) X hat H getan, weil er Z unter den gegebenen Umständen ereichen/zustande bringen/herbeiführen mußte.

Für den Erklärungstyp (2.11) ist die Wiederaufnahme von 'H' im abhängigen Satz charakteristisch, was unter dem Aspekt der Relation von Explanandum und Explanans bei Handlungserklärungen und gerade für bestimmte Analysezwecke unbefriedigend sein mag. Diese Redundanz wird im Typ (2.12) zwar vermieden, es ist aber im Sinne der obigen Darlegungen zu bedenken, daß bei bestimmten institutionellen Handlungen für 'Z' häufig keine angemessene

13 Vgl. zu den Auswirkungen bürokratischer Formalien auf das ärztliche Handeln und die Arzt-Patient-Beziehung Richter (1992: 30ff.) und Ehlich (1993).

Proposition eingesetzt werden kann. Was sollte ein Richter mit einer Zeugenbelehrung über den Sachverhalt hinaus, daß der Zeuge belehrt ist, sonst noch erreichen müssen? Den institutionellen Sinn einer Zeugenbelehrung oder der Belehrung eines Beschuldigten zu hinterfragen, ist eine weitere Analyseaufgabe, die die Erklärung ganzer Handlungssysteme betrifft. Hier wäre etwa die Rolle der Wahrheitspflicht oder des Zeugnisverweigerungsrechts usw. in einer Institution wie dem Gericht zu untersuchen. Es macht ja zunächst aus nicht-institutioneller Perspektive keinen Sinn, daß etwa Verwandte oder Verschwägerte nicht gegeneinander aussagen sollen oder Selbstbelastungen zu vermeiden sind usw. Die Analyse von Handlungssystemen wird in singulären Handlungserklärungen in gewisser Weise immer schon ein Stück weit vorausgesetzt; ansonsten blieben sie uns unverständlich.

Dem tragen auch alltagspraktische Handlungserklärungen häufig mit formelhaften Wendungen Rechnung, wie sie auch in (2.11) und (2.12) vorkommen. In beiden Typen von Handlungserklärungen wäre sowohl der Gebrauch der Formel 'unter den gegebenen Umständen', die bereits oben in Churchlands Formulierung von (L) enthalten war, als auch der Gebrauch des Modalverbs 'müssen' oder äquivalenter Ausdrücke wie 'keine andere Wahl haben', die in der analytischen Handlungstheorie gang und gäbe sind, näher zu explizieren (vgl. auch § 4.1). Insofern hier allgemein auf die *Geltung sozialer Normen* oder speziell auf *institutionell geregelte Verfahren* (wie z.B der Rechtssprechung) rekurriert wird, müssen derartige Handlungserklärungen auch andere Erklärungsbedingungen im Sinne Churchlands nach sich ziehen als solche, die lediglich auf individuelle Kenntnisse, Fähigkeiten, Wünsche und Präferenzen abstellen. Vielmehr geht es hier um institutionell verfügbares und relevantes Wissen und an institutionelle Rollen geknüpfte Qualifikationen und Zuständigkeiten, die relativ unabhängig von individuellen Kenntnissen, Fähigkeiten und Vorlieben zu bestimmten Handlungen befähigen und berechtigen bzw. verpflichten.[14]

Andererseits ist nicht zu verkennen, daß nicht alles Handeln und darüber hinaus noch nicht einmal alles Handeln in Institutionen von der Art des Handelns im Gericht ist und daß individuell ausgeprägte Intentionen gerade in solchen (Misch-)Institutionen eine nicht unerhebliche Rolle spielen, in denen wie in der Hochschule innerhalb eines bestimmten Interaktionsrahmens gewisse Handlungsspielräume bestehen (vgl. § 6). Diese Handlungsspielräume erlauben es nicht nur, sondern erfordern es, daß sich die institutionellen Handlungsverläufe als Ergebnisse von Aushandlungen auf der Basis indivi-

[14] Damit wird auch (in § 4) die soziale Dimension des für die Handlungsanalyse zentralen Begriffs von 'in der Lage' sein (eine Handlung auszuführen) bestimmt werden können, der bei Churchland wie überhaupt in der Analytischen Handlungstheorie und Sprechakttheorie auf die physischen und psychischen Handlungsvoraussetzungen verkürzt wird.

dueller Einstellungen entwickeln. Je nachdem, welcher Typ des (institutionellen) Handelns gegeben ist, haben sowohl *voluntativische* als auch *normativische* Handlungserklärungen ihre Berechtigung. Die Unterscheidung beider Typen von Handlungserklärungen steht zunächst quer zu der Unterscheidung von *institutionellem* und *nicht-institutionellem* Handeln. Je nachdem, welche sozialen Umstände vorherrschen, folgen die Handelnden innerhalb und außerhalb von Institutionen sowohl ihren individuellen Motiven als auch sozialen Handlungsnormen, was im folgenden unter dem Aspekt der Handlungsfreiheit weiter ausgeführt werden soll und insbesondere (in § 6.4) unter dem Aspekt der Handlungswahl in institutionellen Aushandlungsprozessen wieder aufzunehmen ist.

2.3.3 Handlungsfreiheit und Determination

Als Konsequenz ist zunächst festzuhalten, daß der voluntativische Typ der Handlungserklärung gegenüber vielen, nicht nur institutionellen Kommunikationsformen unangemessen bzw. nicht erklärungskräftig genug ist. Wenn dem voluntativisch Typ lediglich ein normativischer Erklärungstyp der angegebenen Art entgegengestellt wurde, soll die damit weiterhin bestehende Simplifizierung der Erklärung von Handlungen nicht unterschlagen, sondern als Vereinfachung gegenüber den hier im weiteren verfolgten Analysezwecken zugestanden werden. Auf das mögliche Spektrum weiterer (psychologischer, soziologischer und handlungstheoretischer) Erklärungstypen und ihre Problematik sei hier nur verwiesen.[15] Der von von Wright vorgeschlagene und beschriebene *imperativische* Erklärungstyp, der die Determination des Handelns qua Aufforderung oder Befehl betrifft, soll hier - wiederum vereinfachend - als Unterfall der normativischen Erklärung institutionellen Handelns berücksichtigt werden.

Die radikale Wende, die von Wright gegen seine früheren Ansätze und gegen das in der Handlungsphilosophie traditionell vorherrschende intentionale Erklärungsmodell vollzogen hat, soll hier zum Anlaß genommem werden, eine vorläufige terminologische Klarstellung zu erreichen. Wie von Wright bemerkt, ist es für ihn auch autobiographisch bedeutsam gewesen, die unter Philosophen weit verbreitete Auffassung zu revidieren, "daß Handlungserklärungen der verschiedensten Art sich alle letzten Endes auf das intentionale Modell zurückführen lassen" (1979: 422). Im allgemeinen sei die Diskussion nur um "Determinanten der inneren Art" (Absicht, Mögen, Gernhaben usw.) geführt worden. "Diese 'Verinnerlichung' des Problems ist eine

---

15 Vgl. dazu im einzelnen die in Beckermannn (Hg.) (1977) und Lenk (Hg.) (1979, Bd.II,2) versammelten Beiträge.

Einseitigkeit, die überwunden werden sollte" (423). Ihre Überwindung scheint durch frühere Überlegungen von von Wright vorbereitet. Was bei von Wright bereits (1971/74: 134ff.) mit dem Begriff des *normativen Drucks* bzw. dem Begriff des *Drucks der Autorität* berücksichtigt wird, korrespondiert später (1976/77 und 1979) offenbar mit der Unterscheidung von normativischen und imperativischen Erklärungen, die sich auf *äußere* Determinanten des Handelns beziehen, deren Relevanz nun besonders herausgestellt wird: "Sehr oft oder sogar, wie ich sagen würde, für gewöhnlich fließen unsere Absichten und Handlungen nicht aus der inneren Quelle unserer Wollungen, sondern aus der äußeren unserer Verpflichtungen" (1979: 421). Mit der Festlegung darauf, was "gewöhnlich" der Fall ist, scheint von Wright der zu überwindenden Einseitigkeit des intentionalen Erklärungsmodells lediglich eine andere Einseitigkeit gegenüberzustellen, nämlich die des normativischen bzw. imperativischen Erklärungsmodells. Einer solchen einseitigen Auffassung soll hier ebensowenig gefolgt werden wie der von von Wright vorgeschlagenen Ersetzung des Ausdrucks "teleologische Erklärung", den er in seinen früheren Überlegungen (1971/74) noch verwendet hatte, durch den Ausdruck "intentionale Erklärung", der ihm "bescheidener" erscheint (vgl. 1979: 418). Dieser erweist sich nun eher als problematisch, weil mißverständlich. Die Problematik und Nützlichkeit der von von Wright vorgeschlagenen Unterscheidungen sollen im folgenden klargelegt werden.

Wenn hier bereits (in § 2.3.2) von individuellen Motiven oder individuell ausgeprägten Einstellungen die Rede war und weiterhin sein wird, soll damit nicht geleugnet, sondern nur vernachlässigt werden, daß diese ihrerseits auf 'äußere' Determinanten im Sinne von Wrights zurückgeführt werden können. Nach den Wünschen und Ansichten von Handelnden als Gründen ihres Handelns zu fragen, ist eine Sache, nach den Gründen für die Entstehung von Wünschen und Ansichten zu fragen, ist eine andere. So kann mein Wunsch, ins Kino zu gehen, auf meine Arbeitsunlust zurückgeführt werden und diese wiederum auf Entfremdung von Arbeit schlechthin. Der Wunsch eines Seminarteilnehmers, das Thema der Willensfreiheit zu diskutieren, mag auf eine Fragestellung seiner Examensarbeit, diese Fragestellung wiederum auf Inhalte der Studien- und Prüfungsordnung seiner Fakultät oder die Vorlieben "seines" Prüfungsdozenten usw. zurückgeführt werden.

Das schwerwiegende Thema der Willens- und Handlungsfreiheit, das sich durch verschiedene Wissenschaftstraditionen zieht,[16] soll hier jedoch weitgehend ausgespart werden. Wenn wir auch alle - mit Büchners Danton

16 Vgl. etwa aus handlungstheoretischer Sicht Davidson (1980: 63ff.), Chisholm (1964/77), Danto (1973/79, Kap. 7), aus psychologischer Sicht Easterbrook (1978) und unten (in § 4.1), wo es u.a. um grundsätzliche Differenzen zwischen einer soziologischen Auffassung des Handlungsbegriffs (bei Weber) und Auffassungen von Vertretern der analytischen Handlungstheorie geht.

gesagt - "Puppen" sein sollten, "von unbekannten Gewalten am Draht gezogen", so seien hier doch - um in einem ähnlichen Bild zu bleiben - hinsichtlich einer "kürzeren oder längeren Leine" intuitiv und vortheoretisch Unterschiede gemacht. Ein solcher Unterschied ist etwa der zwischen den 'Fragen zur Person', die ich im Rahmen der Kontaktaufnahme aus Neugier meinem neu zugezogenen Nachbarn stelle, und den 'Fragen zur Person', die ein Richter im Rahmen des Verfahrens der Vernehmung zur Person, d.h. gemäß einer für ihn unter allen Umständen verpflichtenden Vorschrift, dem Angeklagten stellt. In meinem Handlungsfall gegenüber dem Nachbarn ist der voluntativische Erklärungstyp und im richterlichen Handlungsfall der normativische Erklärungstyp einschlägig.

Abb. 2.1 Grade normativen Drucks und Typen von Handlungserklärungen

	Druck der Autorität bzw. normativer Druck	
	hoch	niedrig
institutionell	Frage/Antwort zur Person vor Gericht, militärischer Gruß, Bescheid auf Antrag	Antwort auf adressatenunspezifische Lehrerfrage Einladungsannahme zur Aktionärsversammlung
nicht-institutionell	nachbarlicher Gegengruß im Fahrstuhl, Antwort auf Frage eines Freundes,	Neugier-Fragen zur Person des Nachbarn, nachbarlicher Gruß von weitem
	normativisch	voluntativisch
	Handlungserklärungen	

Sicherlich wird es Grenzfälle geben bzw. sich die Unterscheidung als zu grob erweisen. Hier ist nach *Graden normativen* bzw. *autoritären Drucks* zu differenzieren, und zwar ebenfalls quer zu der Unterscheidung von institutionellem und nicht-institutionellem Handeln (vgl. Abb. 2.1). Zur weiteren Klärung sind letzlich empirische kontrastive Untersuchungen verschiedener Art erforderlich: Der normative Druck kann bereits für Handlungen (augenscheinlich desselben Typs) wie den nachbarlichen oder kollegialen oder militärischen Gruß variieren (vgl. auch § 5.1). Auch macht es einen Unterschied, in welchem

sozialen Kontext ich meinen Nachbarn, Kollegen, militärischen Vorgesetzten usw. treffe. Etwa werde ich meinen militärischen Vorgesetzten eher auf dem Kasernenhof als im Supermarkt grüßen müssen. Weiterhin mag der normative Druck, einen Nachbarn im Treppenhaus zu grüßen, ungleich höher sein als der normative Druck, im Klassenzimmer eine adressatenunspezifische Frage des Lehrers oder im Seminar eine adressatenunspezifische Frage des Dozenten zu beantworten oder einer Kritik an meiner These zu begegnen oder überhaupt den Mund aufzumachen. Im Seminar kann ich mich dem normativen Druck, der auf allen Interaktionsteilnehmern lasten mag, das Diskussionsverfahren festzulegen, durchaus entziehen und das Handeln denen überlassen, die dem Druck am wenigsten standhalten können, obwohl sie zunächst nicht den Wunsch bzw. die Absicht gehabt haben mögen, als erste oder überhaupt das Wort zu ergreifen (vgl. das Beispiel in Koerfer/Zeck 1983: 456). Weiterhin ist auf einer abstrakteren Ebene zu berücksichtigen, daß der Reaktionsdruck im allgemeinen höher ist als der Initiationsdruck. Wenn auch der normative Druck, einen entfernteren Nachbarn zu grüßen, eher gering sein mag, so bin ich, wenn er mich zuerst grüßen sollte, einem relativ hohen normativen Druck ausgesetzt, zurückzugrüßen. Mit der Differenzierung von Graden normativen bzw. autoritären Drucks insgesamt ist bei eher geringem Druck der voluntativische Erklärungstyp einschlägig und bei eher großem Druck der normativische bzw. imperativische Erkärungstyp.

Die von von Wright getroffene Unterscheidung zwischen intentionaler Erklärung, die die inneren Determinanten des Handelns verfolgt, und der normativen Erklärung, die den äußeren Determinanten nachgeht, wird hier deswegen nicht übernommen, weil sie mit der überzogenen Abkehr vom einseitigen 'intentionalen' Erkärungsmodell eine Auffassung nahelegt, die hier gerade nicht vertreten werden soll, nämlich daß normenorientiertes Handeln kein intentionales Handeln wäre. Wie später in einem anderen Zusammenhang, in dem es durchaus um die Frage von Handlungsspielräumen geht, unter Verwendung des Zweckbegriffs ausgeführt wird, verfolgen Handlungssubjekte (verschiedenen Typs) sowohl Handlungszwecke, die sie selbst setzen, als auch Handlungszwecke, die ihnen - wie auch immer - vorgängig gesetzt sind. Wenn auch nicht unbedingt willentlich oder aus "freien Stücken", weil häufig auf normativen oder autoritären Druck hin, und auch nicht bewußt, weil häufig als Routine, verfolgen die Handlungssubjekte beide Arten von Handlungszwecken gleichwohl intentional.

2.4 Das mentale Grundvokabular der Handlungsanalyse

Unabhängig von der Frage nach dem letztlich angemessenen Typ von Handlungserklärungen ist zunächst die für die Handlungsanalyse zentrale Rolle der auch schon bei Churchland in (L) charakteristischen Verwendung von mentalen Ausdrücken wie 'wollen', 'wissen', 'glauben', 'präferieren' usw. herauszuarbeiten, mit deren Hilfe explizit gemacht wird, was normalerweise gemäß dem alltagspraktischen Bedarf an (zu explizierenden Bedingungen von) Handlungserklärungen lediglich präsupponiert wird.

2.4.1 Die Doppelrolle von Einstellungs- und Handlungswörtern als Gegenstand und Medium der Handlungsanalyse

Derartige Ausdrücke des Glaubens, Wissens und Präferierens dienen zur Kennzeichnung von sog. (propositionalen) Einstellungen, einem Begriff, der sich in der analytischen Handlungstheorie und neueren Sprachwissenschaft etabliert hat und der auch hier in den weiteren Analysen verwendet wird. Das reichhaltige Spektrum dessen, was mit dem Einstellungsbegriff zu erfassen versucht wird, läßt sich etwa durch die Auswahl einer Aufzählung von Davidson illustrieren. Nach Davidson fallen hierunter u.a. Wünsche und Begehren sowie eine Vielfalt von moralischen Ansichten, ästhetischen Prinzipien und sozialen Konventionen, von öffentlichen und privaten Zielen und Werten "in so far as these can be interpreted as attitudes of an agent directed toward actions of a certain kind" (1980: 4). Die enorme Leistung, die damit dem Einstellungsbegriff für die Handlungsanalyse abverlangt wird, wird von Davidson im Anschluß an seine Aufzählung wie folgt umrissen:

> The word 'attitude' does yeoman service here, for it must cover not only permanent character traits that show themselves in a lifetime of behaviour, like love of children or a taste for loud company, but also the most passing fancy that prompts a unique action, like a sudden desire to touch a woman's elbow. (Davidson 1980: 4)

Zu der Bürde, die der Einstellungsbegriff in dieser weiten Auffassung trägt, gesellt sich weiterhin die Schwierigkeit der Bedeutungsanalyse von Ausdrücken, die man in Analogie zu den sog. sprechaktbezeichnenden Verben als *einstellungsbezeichnende* Verben charakterisieren könnte. Von diesen sind 'glauben', 'wissen', 'wünschen', 'vorziehen' usw. eben nur einige der gängigsten, die üblicherweise und wegen ihrer offenbar relevanten Funktion und klaren Bedeutung in der Handlungsanalyse berücksichtigt werden. Welche weiteren Verben und anderen (z.B. grammatischen) Mittel (wie der Optativ) in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen, ist keineswegs schon geklärt. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit gibt Wunderlich (1976: 73f.) folgenden

Überblick (vgl. Abb. 2.2) über "verschiedene Arten von Funktoren", mit denen propositionale Einstellungen ausgedrückt werden können.

Abb. 2.2 Funktoren für propositionale Einstellungen

Typ	Exemplare
epistemisch	wissen, denken, zweifeln, es könnte sein
doxastisch	glauben, überzeugt sein, unterstellen
normativ	müssen, sollen
motivational	wünschen, mögen
intentional	wollen, beabsichtigen, werden
präferentiell	vorziehen, für besser befinden
evaluativ	schlecht finden, zu ... finden, für gut halten
expectativ	erwarten, annehmen, hoffen, befürchten
parativ	können, bereit sein

Wie Wunderlich betont, ist eine solche Aufzählung von Klassen von Funktoren intuitiv und zum Teil in Orientierung an Entwicklungen in der Modalitätenlogik gewonnen. Eine systematische Analyse in der Handlungstheorie und Diskurslinguistik steht noch aus. Gefordert sind hier u.a. weitere empirische und kontrastive Untersuchungen zum Gebrauch bestimmter sprachlicher Mittel in verschiedenen Diskurstypen.[17] Für den Sach- und Informationsdiskurs dürften eher die expectativen Verben 'annehmen' und 'erwarten' von Bedeutung sein. Neben diesen dürften im therapeutischen Diskurs die ebenfalls expectativen Verben 'hoffen' und 'befürchten' und darüber hinaus motivationale Verben wie 'wünschen' eine besondere Rolle spielen; denn es ist gerade die Aufgabe des Therapeuten, die häufig implizit ausgedrückten Einstellungen des Patienten für diesen explizit zu machen, wie etwa in den folgenden beiden Beispielen unter (2.14), die der Untersuchung von Wrobel (1985) zur Kommunikation im psychoanalytischen Interview entnommen sind:

(2.14) Würden Sie sich denn manchmal *wünschen*, so sein zu können wie ihre Schwester? Oder *sind* Sie *lieber* so, wie Sie sind?

17 Neben einer Reihe von Arbeiten zu den Modalverben (z.B. Ehlich/Rehbein 1972 und Brünner/Redder 1983) sei hier besonders auf Redder (1984) verwiesen, die eine exemplariche Analyse zu den Modalverben in der Schulkommunikation vorgelegt hat. Insofern es sich bei ihren Untersuchungen um einen besonderen Typ des Unterrichtsdiskurses handelt, wäre hier kontrastiv nach gleich- und andersartigen Gebrauchsweisen von Modalverben in (Unterrichts-)Diskursen etwa an der Hochschule zu fragen.

> Was würde denn dann passieren, wenn Sie so wären? Was *fürchten* Sie dann? (aus Wrobel 1985: 226 f., Hervorhebungen A.K.)

Es wäre also insgesamt in kontrastiven Untersuchungen zu ermitteln, welche Arten von Ausdrucksmitteln (im Sinne Wunderlichs) für bestimmte Diskurstypen konstitutiv oder aber irrelevant sind. So ist es in bestimmten Diskurstypen unerheblich, ob die etwa mit deklarativen Sprechhandlungen (wie *Ernennen* und *Nominieren*) hergestellten Sachverhalte auch befürwortet oder für schlecht gehalten werden usw. (vgl. § 5.2). In diesen spezifischen Fällen institutioneller Kommunikation ist etwa die gesamte Klasse der evaluativen, motivationalen oder präferentiellen Ausdrucksmittel irrelevant.

Unabhängig von der Frage des Vorkommens bzw. der Relevanz bestimmter (Arten) sprachlicher Mittel in bestimmten Diskurstypen ist jedoch ihre prinzipielle Rolle für die Handlungsanalyse festzuhalten. Mit den einstellungsbezeichnenden Verben und weiteren Ausdrucksmitteln dieser Art, mit denen Einstellungen ausgedrückt werden können, ist insgesamt nur eine Klasse von Ausdrücken unter anderen erfaßt, die sich auf mentale Zustände und Prozesse beziehen und die deswegen eine besondere Aufmerksamkeit verdienen, weil auf sie in der Handlungsanalyse auf doppelte Weise rekurriert werden muß: Zum einen sind sie Gegenstand der Analyse, und zum anderen gehen sie selbst notwendig in die Beschreibung bzw. Erklärung von Handlungen ein, wenn sie diese als motiviert oder verursacht thematisieren.[18] Dabei handelt es sich nicht nur allgemein um das Problem, mit Sprache über Sprache zu reden, sondern um die herausragende Doppelrolle von solchen sprachlichen Ausdrücken, die in ihrer Gesamtheit zugleich der ausgezeichnete *Gegenstand* und das elementare *Medium* der Analyse sind.

Diese Ausdrucksmittel sind in der Handlungsanalyse nun nicht einfach vorauszusetzen bzw. naiv zu handhaben, sondern in ihrem alltäglichen Gebrauch sowie in den Gebrauchsweisen der Handlungsanalyse selbst zu reflektieren. Der potentielle Umfang dieser problematischen Ausdrucksklasse kommt in den Blick, wenn man im Falle von (voluntativischen und normativischen) Handlungserklärungen wie (2.01) oder (2.11) ("X tat H, weil...") nicht nur - wie bisher - die Aufmerksamkeit primär auf den abhängigen weil-Satz, sondern auf beide Glieder der Handlungserklärung richtet. Die Unvermeidlichkeit des Rekurses auf mentale und speziell intentionale Ausdrücke in der Handlungsanalyse bezieht sich eben nicht nur auf die implizit mitbe-

---

18 So ist Churchland bei allen Vorbehalten gegenüber (L) nochmals zuzustimmen, wenn er in diesem Zusammenhang ausführt: "Letzten Endes wird hier nahegelegt, daß L ein tief verankertes theoretisches nomologisches Prinzip ist, das sowohl für unser Verständnis menschlichen Verhaltens zentral ist als auch für unser Verständnis solcher Zustände wie: etwas Wissen, Glauben und Vorziehen - es ist ein Grundprinzip des begrifflichen Rahmens, mit dem wir uns selbst begreifen" (1970/77: 317).

haupteten Erklärungsbedingungen im Sinne Churchlands, sondern im Falle von Erklärungstypen wie "X tat H, weil..." auf die Handlungsbeschreibung im übergeordneten Satz selbst.[19] Wer z.B. sagt "A ermordete B (weil...)" macht bereits mit dem Gebrauch des Handlungsverbs 'ermorden' bestimmte Annahmen hinsichtlich der Intentionalität eines Tuns, auch wenn die Intention, *in der* oder *mit der* etwas getan wird (vgl. Anscombe 1957: 34ff.), (noch) nicht angegeben ist. Hingegen bliebe eine Aussage wie "A tötete B" hinsichtlich einer Intentionalitätsannahme zunächst unbestimmt.

Aus Gründen, denen hier nicht weiter nachgegangen werden kann, werden in bestimmten Wissenschaftstraditionen absichtsunbestimmte oder -neutrale Termini favorisiert. So bedient sich auch die formale Konversationsanalyse gerne einer (vermeintlich) absichtsneutralen Terminologie. Bereits der Begriff des *turn-taking* ist in dieser Hinsicht nicht unproblematisch. Damit seien keineswegs Unterschiede zwischen verschiedenartigen Beschreibungen von Handlungen, die den Aspekt der Intentionalität bei der Gesprächsorganisation betreffen, unterschlagen. So sind etwa Unterschiede zwischen Beschreibungen mit Hilfe von Ausdrücken wie 'unterbrechen', 'ins Wort fallen' oder 'über den Mund/in die Parade fahren' oder auch 'innehalten', 'herumdrucksen' oder 'gewähren lassen' nicht zu nivellieren, sondern gerade herauszuarbeiten. Was die formale Konversationsanalyse angeht, so richtet sich die Kritik gegen die Auffassung, in der Handlungsanalyse grundsätzlich auf "intentionale" Ausdrücke verzichten und sich damit auf "nicht-tendenziöse" Handlungsbeschreibungen beschränken zu können (vgl. § 2.5). Diese Auffassung dezidiert zu vertreten, heißt vielmehr, in der Handlungsanalyse bestimmten Vermeintlichkeiten aufzusitzen, die gerade aus einer ungenügenden Reflexion von Eigenschaften der gewählten Beschreibungssprache resultieren.

Die bisher aufgezeigte zentrale Rolle und Problematik verschiedenartiger mentaler und insbesondere intentionaler Ausdrücke für die Handlungsanalyse soll im folgenden ohne Anspruch auf Systematik näher umrissen werden, wobei an Beispielen sowohl der weitere Umfang dieser Klasse von Ausdrükken aufgezeigt als auch erläutert werden soll, daß eine Bedeutungsanalyse von "intentionalen" Ausdrücken, mit denen häufig der Unterschied zwischen bloßem Verhalten und Handeln markiert wird, nicht kontextunabhängig betrieben werden kann. In diesem Zusammenhang geht es auch erneut um die bereits (oben in § 2.2) mit Grice aufgeworfene Frage nach der "allgemein üblichen Praxis" des Gebrauchs bestimmter sprachlicher Mittel der Kommunikation.

---

19 Vgl. zum Vermittlungsverhältnis von Handlungsbeschreibungen und Handlungserkärungen z.B. auch Davidson (1967/77: 315) und Marek (1978: 264ff.), der von in Handlungsbeschreibungen "verborgenen" Handlungserklärungen spricht.

2.4.2 Zur Bedeutungsanalyse intentionaler Handlungswörter

Die gegenüber alltäglichen Handlungsproblemen empirisch gewendete Frage, was im einzelnen ein Verhalten oder eine Handlung ist und was ein Verhalten oder eine Handlung verursacht oder motiviert, führt unter Umständen zu erheblichen Differenzierungen des Begriffs der Intentionalität, gegenüber denen sich die bereits einleitend (in § 2.2) angeführten Unterscheidungen von Handlungseigenschaften wie *absichtlich*, *willentlich* und *wissentlich* und ihre jeweiligen Oppositionen als zu grob erweisen. So gibt z.B. Rescher (1967/77: 5) eine Gruppe von kontrastiven Charakterisierungen an, die sich auf das beziehen, "was man - alles in allem - die *Intentionalität* der Handlung nennen könnte", wobei seine Liste (vgl. Abb 2.3) keineswegs Vollständigkeit beansprucht.

Abb. 2.3 Handlungsadverbien

"positiv"	"negativ"
freiwillig	unfreiwillig
überlegt	versehentlich
absichtlich	unabsichtlich (oder irrtümlicherweise)
bewußt	aus Gewohnheit (oder automatisch)
wissentlich	unwissentlich
willentlich	ohne es zu wollen
gerne	widerstrebend
selbstsicher	zögernd

Anders und offenbar unabhängig von Rescher, der lediglich von einer "Gruppe von Kontrasten" spricht, gelangt Brennenstuhl (1975: 70f.) zu einer differenzierteren Liste von sog. Kontrolladverbien mit einer Drei-Teilung, und zwar nach dem Kriterium der Kontrolle, die (1) erfolgreich oder (2) erfolglos oder (3) überhaupt nicht gegeben sein kann (vgl. Abb. 2.4). Mit der letzten Kategorie sollen einerseits offenbar reine Routine-Handlungen erfaßt werden, die sich grundsätzlich einer Kontrolle entziehen, und andererseits prinzipiell Nichthandlungen von Handlungen abgegrenzt werden. Bei Rescher sind Routine-Handlungen bzw. Nichthandlungen offensichtlich noch mit den Fällen zusammengefaßt, in denen die Kontrolle fehlschlägt. Auf der anderen Seite enthält gerade die Liste von Rescher solche Charakterisierungen wie 'selbstsicher' - 'zögernd', die eine graduelle Differenzierung nahelegen. Jemand handelt mehr oder weniger selbstsicher oder zögernd. Auf dieses Problem der Handlungsbeschreibung entlang einem bestimmten Kontinuum werden wir

aber noch (in § 3.2) im Zusammenhang mit der Frage nach dem Umgang mit Vagheiten der Kommunikation zurückkommen.

Abb. 2.4 Kontrolladverbien

kontrolliert		unkontrolliert
erfolgreich	erfolglos	
absichtlich mit Absicht mit Willen mit Fleiß vorsätzlich geflissentlich ausdrücklich eigens willentlich mutwillig bewußt wissentlich	entgegen der Absicht unabsichtlich (1) unbeabsichtigt irrtümlich versehentlich aus Versehen unbedacht fahrlässig	ohne Absicht unabsichtlich (2) instinktiv mechanisch triebhaft unwissentlich geistesabwesend ohne sich dessen bewußt zu sein unwillkürlich

Ungeachtet der Unterschiede hinsichtlich Einteilung und Umfang der von Rescher und Brennenstuhl gegebenen Listen ist zunächst festzuhalten, daß die aufgelisteten Ausdrücke nicht von ungefähr einer bestimmten Klasse angehören, zu der typischerweise Adverbien zählen, mit denen bestimmte Handlungsverben modifiziert werden können und andere eben nicht (vgl. Austin 1957/1977 und Forguson 1969/1977). Die Verhältnisse liegen aber nicht immer so einfach wie im bereits erwähnten (strafrechtlich definierten) Unterschied von Mord und Totschlag, wobei es offensichtlich ist, daß man jemanden nicht versehentlich oder unwissentlich ermorden kann. Auch bei nicht unbedingt rechtlich relevanten Handlungen gibt es klare Fälle. So scheint es ein Teil der Wortbedeutung zu sein, daß man nicht unabsichtlich lügen oder betrügen kann (vgl. Feinberg 1970/77: 190). Weiterhin kann ich zwar sowohl unwillentlich als auch willentlich husten und letzteres sogar mit einer Bedeutung$_{nn}$ im Sinne von Grice. Man kann aber nicht in derselben Weise niesen (oder schlafen). Für Rayfield (1968/77: 76) handelt es sich in diesen Fällen um ein bloßes Tun, weil man sich zum Niesen oder Schlafen nicht

entscheiden kann. Sich zu einem X-Tun entscheiden zu können, ist für Rayfield *eine* notwendige Bedingung für Handlungen.[20]

Bevor einer derartigen Bestimmung des Begriffs der Handlung weiter nachgegangen werden kann (vgl. § 4.2), ist zunächst der in der analytischen Handlungstheorie häufig beschrittene Weg der Bedeutungsanalyse von Handlungsverben zu problematisieren, den nicht nur Rayfield mit seiner Unterscheidung von Niesen als bloßem Tun und Husten als Handlung, sondern mit einer anderen Akzentuierung auch Feinberg einschlägt, wenn er das obige Beispiel anführt, daß man nicht unabsichtlich lügen kann. In gewisser Weise läßt sich dies für eine große Klasse von Handlungsverben verallgemeinern, die aufgrund ihrer "gewöhnlichen" Gebrauchsweisen nicht mit bestimmten Verb-Modifikationen kombiniert werden. So hebt auch Forguson hervor, "daß es gewöhnlich gerade deshalb unangebracht (ist), 'absichtlich' hinzuzufügen, weil Intentionen mit unseren normalen Handlungen so eng zusammenhängen, daß die Verwendung dieses modifizierenden Ausdrucks unter normalen Umständen *redundant* wäre. Die meisten Handlungsverben enthalten als Teil ihrer 'Bedeutung' die Vorstellung, daß eine Intention auszuführen ist" (1969/77: 57). Zu Recht betont Forguson in diesem Zusammenhang die Bedeutung "unseres gemeinsamen Inventars von Handlungsverben", mit dem eine Beschreibung in 'behavioristischen' Termini zum größten Teil eben "einfach nichts anfangen" kann.

Was aber in diesem Sinne (von Rayfield, Feinberg, Forguson u.a.) jeweils im einzelnen zur Wortbedeutung gehört und was die *normalen Umstände* sind, läßt sich häufig nicht klar bestimmen. Daß selbst bei Handlungsverben, bei denen *normalerweise* verb-modifizierende Ausdrücke entbehrlich oder sogar unsinnig sind, je nach Kontext bzw. Kontexteinschätzung zusätzliche Charakterisierungen möglich sind, belegt die Überschrift in einer großen Tageszeitung am Beispiel der Handlung des Applaudierens:

(2.14) Für Gorbatschow spendeten viele in Ost-Berlin freiwillig Applaus. (Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 30.5.87)

Es ist klar, welches allgemeine Sprach- und Handlungswissen der Autor dieser Schlagzeile implizit zugrunde legt und welches spezifische Weltwissen er seinen Lesern unterstellen muß, damit die "ungewöhnliche" Modifikation auf der Verstehensebene akzeptabel ist. Dieses Beispiel eines freiwilligen (sic!) Applaudierens macht deutlich, daß eine Analyse des *durchschnittlichen* Gebrauchs von Handlungsverben wie 'essen' und 'laufen', aber auch 'auffordern' oder 'ernennen', die gewöhnlich nicht mit bestimmten Verb-Modifikationen kombiniert werden, durchaus fehlschlagen kann. Hier läßt sich auch das ma-

---

20 Dieses Kriterium der Entscheidbarkeit und weitere von Rayfield genannte notwendige Bedingungen werden unter dem Aspekt der Handlungskompetenz und Verantwortlichkeit (in § 4.2) noch ausführlicher zu behandeln sein.

kabre Beispiel anführen, daß es durchaus sinnvoll ist, von jemandem während bzw. nach einer Zwangsernährung (in Institutionen des Gesundheitswesens und des Strafvollzugs) zu sagen, daß er unfreiwillig bzw. freiwillig esse. Modifizierende Ausdrücke wie 'freiwillig' usw. können also in Kombination mit demselben Verb in einem Handlungsfall redundant und im anderen informativ sein. Will man im gegebenen Fall die entsprechende Information (im Alltag wie in der Analyse) geben, ist die Modifikation unverzichtbar.

Das Problem der *Informativität* bzw. *Redundanz* (oder Relevanz bzw. Unsinnigkeit) von Verb-Modifikationen stellt sich insbesondere für eine Reihe von spezifisch institutionellen Handlungen. Für bestimmte Handlungen, deren Vollzug an eine einzige Institution oder eine eng begrenzte Klasse von Institutionen gebunden ist (vgl. § 5.2), scheinen bestimmte Modifikationen von vornherein unsinnig, wie dies bereits mit der Unterscheidung von voluntativischen und normativischen Handlungserklärungen nahegelegt worden war. So macht die Frage, ob der Richter den Angeklagten willentlich oder freiwillig oder bewußt/wissentlich verurteilte, ebensowenig Sinn wie die Frage nach der Freiwilligkeit oder Bewußtheit von Priestern beim *Taufen* oder von Bundestagspräsidenten bei der *Vereidigung* eines Ministers. Im Unterschied zur Vereidigung hat ein Bundestagspräsident bei *Ermahnungen* (der Abgeordneten zur Ruhe) durchaus Ermessens- und Handlungsspielräume, weswegen sich hier auch in besonderer Weise die Frage der Verantwortlichkeit stellt (vgl. unten § 4.2). Bei Worterteilungen oder -verweigerungen oder -entzug durch den Präsidenten im Bundestag oder den Lehrer im Klassenzimmer oder den Dozenten im Seminar mag sich der Fall etwa unter dem Aspekt der *Freiwilligkeit* kontextspezifisch jeweils anders stellen. Dies hängt mit den jeweils institutionell geregelten und verfügbaren Handlungsspielräumen zusammen (vgl. § 6.4). Ein Lehrer wird im Klassenzimmer die Wortmeldung eines Schülers eher ignorieren oder übergehen können als ein Seminarleiter die Wortmeldung eines Studenten oder ein Diskussionsleiter die Wortmeldung eines Kollegen auf einer wissenschaftlichen Tagung. Insbesondere bei Handlungen, die sowohl mit als auch ohne institutionelle Bindung vollzogen werden können, ist die Frage nach den möglichen und sinnvollen Modifikationen von Handlungsverben durch Adverbien eines bestimmten Typs nicht kontextunabhängig zu beantworten. Die speziellen Eigenschaften von institutionell gebundenen Handlungen werden jedoch noch genauer (in § 5) herauszuarbeiten sein. Gleichwohl kann für die zuletzt genannten Fälle zunächst als Gemeinsamkeit festgehalten werden, daß es sich unbestreitbar um (Beschreibungen von) Handlungen handelt. Einige Handlungen (wie Vereidigungen) können nur sprachlich, andere (wie Ermahnungen oder Worterteilungen) sprachlich oder nicht-sprachlich vollzogen werden. Entlang der Unterscheidung von Illokutionen und Perlokutionen werden wir weiterhin (bes. in § 3.5) mit dem Problem befaßt sein, inwieweit in die

Beschreibung von (Wirkungen von) Handlungen bestimmte Modifikationen wie 'verdeckt', 'offen' und eben auch 'absichtlich' eingehen.

Die Bedeutungsanalyse von Handlungsverben und verb-modifizierenden Ausdrücken, d.h. insbesondere die Analyse ihrer Kombinierbarkeit, ist von Austin und anderen Vertretern der analytischen Handlungstheorie in der programmatischen Absicht unternommen worden zu klären, "warum einige Handlungen auf eine besondere Weise entschuldigt werden können, andere nicht" (1957/1977: 26). Diese Frage wird zumindest bei Austin durchaus mit einem klassifikatorischen Zweck verfolgt. Da nicht jede Entschuldigung zu jedem Verb paßt, sind wir nach Austin mit der Möglichkeit versehen, "das ganze Durcheinander von 'Handlungen' irgendwie zu klassifizieren" (14). Die Begründungsproblematik speziell von Sprechaktklassifikationen ist jedoch noch gesondert (in § 5) zu erörtern. Die von Austin gestellte Frage nach der Entschuldbarkeit ist zunächst nur eine Spezialisierung der Frage nach dem Handlungscharakter eines Verhaltens. Sie betrifft unmittelbar das Problem der Zuschreibung von Intentionen und/oder von Verantwortlichkeit für das, was man tut oder unterläßt, wobei weiterhin zu klären ist, was jeweils welchem (Typ von) Subjekt überhaupt zugeschrieben werden kann. Dieses Zuschreibungsproblem stellt sich nun nicht nur im Alltagshandeln, sondern auch in der wissenschaftlichen Analyse selbst und ist ein Problem der Beschreibung von Handlungen und damit weiterhin ein Problem der gewählten (intentionalen) Beschreibungssprache, was im folgenden näher auszuführen ist. Diese Ausführungen betreffen das seit Anscombe (1957) in der analytischen Handlungstheorie vielfach aufgenommene Diktum von der *Intentionalität unter einer Beschreibung*.[21] Danach kann - in einer extremen Variante - ein Verhalten unter wechselnden Beschreibungen ganz verschieden oder eben auch überhaupt nicht als Handlung aufgefaßt werden.

2.5 Handlungsbeschreibungen

Das Problem der Beschreibung von Handlungen läßt sich zunächst an Fällen kommunikativer Praxis festmachen, in denen Divergenzen zwischen Feststellungen auftreten, die der Handelnde selbst über seine Handlungen macht, und Feststellungen, die von anderen über seine Handlungen getroffen werden. Wegen der Bezugnahme auf mentale Vorgänge sind die möglichen Divergenzen zwischen in der ersten und dritten Person gemachten Feststellungen über Handlungen nach Hampshire/Hart (1958/77) dem Begriff der Handlung

21 Vgl. zur umfänglichen Rezeptionsgeschichte, die der von Anscombe (1957: 11, 28ff.) eingeführte Begriff "under a description" in der analytischen Handlungstheorie erfahren hat, die spätere Zusammenfassung und Kommentierung von Anscombe selbst (1981: 208ff.).

inhärent: "*Handlung* ist ein Begriff, der, wie viele Begriffe, die eine Bezugnahme auf Bewußtseinsvorgänge involvieren (ich erwarte, er erwartet; ich glaube, er glaubt), diese Asymmetrie zwischen in der ersten Person gemachten Feststellungen und denen in der dritten Person aufweist" (182). Allerdings sind hier Divergenzen verschiedener Art möglich, was wesentlich mit der Art der Behandlung der mit solchen Feststellungen verknüpften Frage der Verantwortlichkeit eines Handelnden zusammenhängt.

2.5.1 Das alltagspraktische Problem der Handlungs-Zuschreibung

Bei allen möglichen Unterschieden ist der grundlegende Fall sicherlich der, in dem die in der dritten Person gemachte Feststellung vom Handelnden selbst wie in der folgenden Gegenüberstellung 'ohne Wenn und Aber' bestritten wird:

(2.15) Er hat X getan.
(2.16) Ich habe X nicht getan.

Die Divergenzen können auch lediglich in Modifikationen zum Ausdruck kommen, wie sie (oben in § 2.4) mit der möglichen Verb-Adverb-Kombination bereits besprochen wurden. So könnte ein Handelnder auch in den fogenden Weisen auf die Feststellung (2.15) reagieren:

(2.17) Ich habe X unabsichtlich gemacht.
(2.18) Ich habe X unfreiwillig gemacht.

Daß in bestimmten Fällen die in der dritten Person gemachten Feststellungen überhaupt von den Handelnden selbst bestritten oder modifiziert werden, hängt wesentlich damit zusammen, daß sich die Handelnden der mit solchen Feststellungen gegen sie geltend gemachten Verantwortlichkeit für eine Handlung zu entledigen suchen. Der Typ (2.18) oder Varianten davon dürften besonders häufig von Institutionsvertretern benutzt werden, wenn sie ihr Handeln unter Berufung auf anerkannte Verfahren zu legitimieren suchen (vgl. 3.1). Die Tendenz, Verantwortlichkeit zum Thema zu machen, besteht natürlich besonders für Handlungen bzw. die mit ihnen verknüpften Einstellungen, wenn sie in irgendeiner Weise als fehlerhaft, defizitär oder sonstwie negativ angesehen werden können und insofern in irgendeiner Weise eine Verteidigung verlangen, indem wir die Zuschreibung der Handlung bzw. Einstellung ihrerseits *anfechten* oder die zugeschriebene Handlung *rechtfertigen* oder uns für sie *entschuldigen*.[22] In diesem Sinne erweist sich das Beschreibungsproblem als alltagspraktisch relevantes Zuschreibungsproblem, bei

22 Vgl. zu den funktional-pragmatischen Bedingungen eben dieser Alternative von *Entschuldigungen* und *Rechtfertigungen* im einzelnen die Analysen von Austin (1957/77) und Rehbein (1972).

dem die Beteiligten selbst oft gute Gründe haben, sorgfältig abzuwägen und Handlungswörter vor und nach ihrem Gebrauch gleichsam auf die Goldwaage zu legen. Hier sind im Rahmen einer empirischen Theorie des institutionellen Handelns die Zuschreibungspraktiken der Handelnden selbst zu untersuchen und insbesondere jene interessanten Streitfälle institutioneller wie nicht-institutioneller Kommunikation kontrastiv zu berücksichtigen, in denen die Beteiligten in einem eigens hierfür eingeräumten metakommunikativen Disput die Gewichte auf der Goldwaage schrittweise immer feiner einstellen, wenn sie Handlungen wie Handlungszuschreibungen wechselseitig anfechten und verteidigen.

Andererseits kann die Handlungsanalyse den Zuschreibungspraktiken der Handelnden nicht blindlings folgen. Was die Handelnden im aktuellen Handeln zu akzeptieren bereit sind, muß der Reflexion, der sie prinzipiell im nachhinein fähig wären, nicht unbedingt standhalten. Auch bleibt der Schein unproblematischer Fälle häufig aus anderen Gründen als solchen mangelnder Einsicht bestehen, nämlich wenn er aus Gründen des sozialen Zwangs, Anstands oder Geschmacks aufrechterhalten wird. Man denke an den harmlosen Fall, daß man sich einer etwa qua Lob oder Danksagung erfolgten Handlungs- bzw. Einstellungszuschreibung häufig nicht ohne Peinlichkeiten für alle Beteiligten erwehren kann, auch wenn es einem selbst peinlich genug ist, daß einem die fragliche Handlung bzw. Einstellung fälschlicherweise zugeschrieben wurde.

So werde ich vielleicht die Angelegenheit auf sich beruhen lassen, wenn sich ein älterer Fahrgast fälschlicherweise bei mir bedankt, obwohl ich nicht aus Höflichkeit von meinem Platz im hinteren Teil der Straßenbahn aufgestanden bin, sondern um einen im vorderen Teil zugestiegenen Bekannten zu begrüßen. Im Falle der Zuschreibungen von negativ bewerteten Handlungen bzw. der mit ihnen verknüpften Einstellungen werden wir aber zumeist schon aufgrund äußeren sozialen Drucks zu einer Reaktion in Form einer Anfechtung der Zuschreibung oder einer Rechtfertigung der Handlung oder einer Entschuldigung gezwungen sein, wie dies etwa an der umstrittenen Gedenkrede des ehemaligen Bundestagspräsidenten Jenninger deutlich wird, der zunächst eine Reihe von Handlungszuschreibungen anzufechten versuchte, bevor er ihre Berechtigung qua zugestandener Mißverständlichkeit einräumen mußte; denn grundsätzlich hat nicht nur der Hörer Mißverständnisse zu verantworten, sondern auch der Sprecher (vgl. 3.1). Angesichts der Mißverständlichkeit seiner institutionellen Gedenkrede konnte sich Jenninger letztlich einer Reihe von Zuschreibungen von negativ zu bewertenden Handlungen nicht entziehen, obgleich er weiterhin seine besten Absichten beteuerte.[23] Der Fall Jenninger macht daher zugleich deutlich, daß Verantwortung und Intentionalität eben

23 Vgl. zur Berichterstattung z.B. Frankfurter Rundschau vom 24.11.88.

nicht notwendig zusammenfallen, worauf wir gesondert (in § 4.1) zurückkommen werden.

2.5.2 Das Beschreibungsproblem in der Handlungsanalyse

Wenn es im folgenden aus der Sicht der Handlungsanalyse um das Beschreibungsproblem geht, soll die vieldiskutierte und nicht nur für die analytische Handlungsphilosophie bedeutsame Frage, inwieweit (bestimmte oder alle) Handlungssätze beschreibend bzw. deskriptiv oder zuschreibend bzw. askriptiv sind, hier weitgehend ausgespart werden.[24] Die Frage ist aber keineswegs so "elegant" zu lösen, wie Pitcher (1969/77: 231) offenbar mit seiner kontrastiven Liste von klaren Verurteilungsverben (ermorden, stehlen usw.) und deren neutralen Äquivalenten (töten, nehmen usw.) nahelegt. Auch gibt es eine Reihe von Handlungswörtern, deren Anwendung aufgrund einer gewissen Vagheit einem Ermessensspielraum unterliegt, was Feinberg (1970/77: 220) z.B. im Falle des Wortes 'lächeln' anführt. Wollte man derartige Wörter systematisch zur Beschreibung nonverbaler Kommunikationseinheiten verwenden, würden sich Fragen nach der Übergangsproblematik anschließen, die etwa die unterschiedlichen Anwendungsbedingungen von Ausdrücken und Ausdruckskomplexen wie 'Mundwinkel leicht/stark nach oben verziehen' oder 'Hand heben' einerseits und 'lächeln', 'grinsen' oder 'sich melden' andererseits betrifft. Die hierbei gegebenen Vagheitsdifferenzen wären z.B. günstig anhand von solchen konkurrierenden Notationen nonverbaler Kommunikation mit wechselnden Transkribenten zu untersuchen, in denen das Beschreibungsproblem sofort dann augenfällig wird, wenn man eine interpretationsarme, quasi physikalistische Beschreibungssprache (bezogen auf Armpositionen oder Mundwinkelstellungen) zugunsten einer interpretationsstärkeren, alltagssprachlichen Notation verwirft und die Transkribenten dann zwischen '(an)lächeln' und '(an)grinsen' wählen müssen und möglicherweise zu unterschiedlichen Notationen kommen (vgl. Koerfer 1981: 191ff.). Die Ausweitung des generellen Problems des Gebrauchs von vermeintlich "nichttendenziösen" deskriptiven Ausdrücken in Handlungssätzen sei hier jedoch mit einem von Austin (1957/77) gegebenen Beispiel- und Fragenkatalog insgesamt lediglich umrissen, dessen Tragweite anschließend kurz an empirischen Beispielen illustriert und dann (in § 2.5.3) systematisch erörtet werden soll.

---

24 Vgl. die Kritik von Geach (1960/77) an der (extremen) Position des Askriptivismus. Auch soll die Frage hier vernachlässigt werden, inwieweit der Begriff der Zuschreibung sinnvoll (auf normale oder) nur auf defiziente Handlungen anzuwenden ist (vgl. z.B. Feinberg (1970/77: 199ff.). Zur damit verknüpften Frage der Zuschreibung von Verantwortlichkeit vgl. unten § 4.

Zunächst also Austins Ausführungen zum Problem der Handlungsbeschreibung:

> Abgesehen von den allgemeineren und deutlicheren Problemen des Gebrauchs 'tendenziöser' deskriptiver Ausdrücke gibt es viele Spezialprobleme im besonderen Fall von 'Handlungen'. Würden wir sagen, bzw. sagen wir tatsächlich, daß er ihr Geld genommen oder daß er sie beraubt hat? Daß er den Ball über eine Linie stieß oder daß er ein Tor geschossen hat? Daß er 'Einverstanden' gesagt hat oder daß er ein Angebot gemacht hat? Das heißt: Inwieweit sind Motive, Intentionen und Konventionen Teil der Beschreibung von Handlungen? Oder spezieller, was ist *eine, eine einzige,* oder *die* Handlung? (Austin 1957/77: 38)

Die von Austin gegebene Beispielliste läßt sich beliebig erweitern und etwa an einem Beispiel des institutionellen Handelns eines Diskussionsleiters auf einer wissenschaftlichen Tagung illustrieren, deren ganz normaler Ablauf durch eine Tagesordnung von thematisch gebundenen Referaten in einem formalen Zeitraster bestimmt ist. Zum Kontext des folgenden Beispiels gehört, daß der Referent sein Referat gehalten hat und die daran üblicherweise anschließende Diskussion schon so weit fortgeschritten ist, daß die verbleibende Zeit nahezu zu Ende geht. In dieser Situation äußert der Diskussionsleiter (= D) also folgendes:

(2.19) R (...) die ist auf der körperlichen Ebene per se nicht möglich, also das bedarf der Sprache . und äh ... ja .
D ja, ja also ich würde vorschlagen, daß wir . daß wir an dieser Stelle abbrechen müssen ... danke noch mal . Klaus . [akademisches Beifallklopfen] . und zwar bleibt die Möglichkeit, uns ganz kurz zu strecken, und dann würd ich eben sagen geht es . gleich weiter mit .. mit dir Günter . ja? . (aus Projekt HSK)

Besonders auffällig ist die grammatisch unakzeptable Formulierung ("ich würde vorschlagen, daß wir X tun müssen") des Diskussionsleiters, deretwegen wir auf das Beispiel nochmals gesondert (in § 6.4) zurückkommen. Hier soll zunächst ein anderer Aspekt interessieren. Der Diskussionsleiter plaziert seinen Beitrag an einer Stelle, an der der Referent (= R) mit seiner weiteren Antwort auf eine Teilnehmer-Frage ins Stocken gerät (" . und äh ... ja ."). Das "ja" wird nicht als ein in der Intonation fallendes Abschluß-Ja geäußert. Formal handelt es sich also noch nicht bzw. nicht mehr um eine redeübergaberelevante Stelle ("transition relevance place") im Sinne der Konversationsanalyse. Die Redefortsetzungsabsicht des Referenten ist trotz seiner Redeplanungsschwierigkeiten offensichtlich. Die Diskussionszeit insgesamt ist zwar nahezu, aber keineswegs schon vollständig erschöpft. Dies erhellt aus der vom Diskussionsleiter selbst eingeräumten Restzeit, die er in spezifischer Weise zu nutzen vorschlägt: "und zwar bleibt die Möglichkeit, uns ganz kurz zu strecken". Würden wir nun - angesichts dieser (möglicherweise erst noch detaillierter zu beschreibenden) Kontextvoraussetzungen - für die fragliche

Äußerung des Diskussionsleiters in (2.19) sämtliche der folgenden Beschreibungen (2.20)-(2.28) zulassen oder nur einige oder eine einzige oder gar keine von diesen, sondern eine ganz andere wählen?

(2.20) Er hat zur Beendigung der Diskussion des laufenden Themas aufgefordert.
(2.21) Er hat auf andere noch zu diskutierende Themen hingewiesen.
(2.22) Er hat einen Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise gemacht.
(2.23) Er hat einen Themenwechsel vorgeschlagen.
(2.24) Er hat eine laufende Diskussion beendet.
(2.25) Er hat eine (gerade interessant gewordene) Diskussion abgewürgt.
(2.26) Er hat eine Tagesordnung durchgepeitscht.
(2.27) Er hat die Diskussion geleitet.
(2.28) Er hat seinen Pflichten als Diskussionsleiter Genüge getan.

Im Fall eines möglicherweise problematischen Diskussionsleiterverhaltens mag die Frage nach der angemessenen Handlungsbeschreibung eher harmlos sein.[25] Die mögliche Brisanz von Handlungsbeschreibungen kommt in den Blick, wenn wir etwa die journalistische Berichterstattung über Aussagen von Innenminister Schnoor vor einem Untersuchungsausschuß heranziehen. Dabei ergeben sich hinsichtlich des Beschreibungsaspekts Unterschiede zwischen der Überschrift (2.29), einem dazugehörigen Text (2.30) und einem weiteren Bericht (2.31). Die indirekten Wiedergaben der Äußerungen von Schnoor enthalten wiederum verschiedene Beschreibungen, deren Berechtigung von Schnoor gerade bestritten wird:

(2.29) Schnoor: Polizei nicht ins Handwerk gepfuscht. (Überschrift aus WAZ: 15.2.89)
(2.30) NRW-Innenminister Herbert Schnoor hat vor dem Landtags-Untersuchungsausschuß zum Gladbecker Geiseldrama versichert, in die polizeilichen Maßnahmen zur Beendigung der Geiselnahme mit Weisungen nicht eingegriffen zu haben. (Text 1 aus WAZ: 15.2.89)
(2.31) Schnoor bleibt hier fest: Er habe der Polizei keine Anweisungen gegeben für ihre Arbeit vor Ort. (Text 2 aus WAZ: 15.2.89)

Bei genauerer Betrachtung dieser Beschreibungen stellt sich das Problem, inwieweit es sich um *Handlungs*beschreibungen oder aber um Beschreibungen von Handlungs*strategien* oder auch nicht-intendierten Handlungs*konsequenzen* ("ins Handwerk gepfuscht") handelt, einem Problem, dem wir zunächst ebenfalls mit Austin nachgehen können, um sodann eine sinnvolle Relation zwischen den Beschreibungstypen (2.29)-(2.31) herzustellen.

2.5.3 Intentionalität, Konventionalität und Institutionalität

[25] Vgl. zu einem Diskussionsleiterverhalten, das sich über einen längeren Zeitraum als problematisch erweist, die Analysen in Koerfer/Zeck (1983).

Mit den von Austin (1957/77: 38) oben angeführten Aspekten der Aufteilung dessen, "was als eine einzige Handlung bezeichnet werden könnte", wird deutlich, daß sich das Problem der Handlungsbeschreibung nicht im Gebrauch eindeutig tendenziöser deskriptiver Ausdrücke - wie etwa von pejorativen Verben im Sinne Pitchers - erschöpft. Was Austin direkt im Anschluß und an anderen Stellen (1957/77 und 1966/75) auch im Zusammenhang mit seiner rudimentär entworfenen Konzeption der "internen Maschinerie des Handelns" weiter ausführt, betrifft die ihrerseits immer schon "tendenziöse" Frage, was (das für) eine Handlung ist. Eine der vielen Möglichkeiten, die unsere Sprache zur Beschreibung von Handlungen bereithält, charakterisiert Austin wie folgt: "Man kann mit einem einzigen Ausdruck, der beschreibt, was er tat, entweder eine kleinere oder eine größere Kette von Ereignissen umfassen, wobei die durch die engere Beschreibung ausgeschlossenen Ereignisse dann als 'Konsequenzen', 'Ergebnisse', 'Wirkungen' o.ä. seines Handelns genannt werden" (1957/77: 38). Mit explizitem Bezug auf Austin hat Feinberg (1970/77: 204) diese Möglichkeit, mit Hilfe von verschiedenen einfachen bis komplexen Handlungswörtern Handlungen nahezu beliebig auseinanderziehen und zusammendrängen zu können, als *Ziehharmonikaeffekt* bezeichnet. Auf diesen Begriff und die ihm zugrundeliegende Auffassung bei Austin und Feinberg wurde häufig kritisch Bezug genommen, so z.B. von Davidson (1971/77) und Rehbein (1977) aus allerdings unterschiedlichen Perspektiven.[26] Eine Reihe von Problemen, die mit der Unterscheidung zwischen einer engeren und weiteren Handlungsbeschreibung verbunden sind, lassen sich etwa an folgenden Beispielen illustrieren, wobei jeweils dieselbe Menge von Körperbewegungen eines "Handelnden" zugrundeliegen soll; jedoch werden in einigen Fällen zu weiteren Illustrationszwecken die Kontexte variiert, die z.T. gerade institutionelle Merkmale enthalten sollen, um der spezifischen Geltung von Konventionen in Institutionen (vgl. § 5) Rechnung zu tragen:

(2.32) Er drückte die Klinke.
(2.33) Er öffnete die Tür.
(2.34) Er lüftete das Zimmer.
(2.35) Er erschreckte den draußen wartenden Besucher.
(2.36) Er erschreckte den Lauscher vor der Tür.

---

26 Ein zentraler Aspekt von Davidson (1971/77: 296ff.) ist: "Aber diesem Durcheinander von verwandten Beschreibungen entspricht nur ein einziges Objekt der Beschreibung" (304), womit sich Davidson gegen die (unterstellte) Annahme wendet, es handle sich um numerisch verschiedene Handlungen. Rehbein (1977: 99ff., 202f.) hebt den Aspekt der notwendigen Einbettung von Akten in vom Sprecher "bewertete Hierarchien von Handlungsmustern" hervor, die der Sprecher bei seiner Einordnungsoperation als "Erklärungssysteme" konsultiert, vgl. zu dieser Auffassung von "Handlungsmustern" unten § 5.3.

(2.37) Er ließ den draußen wartenden Besucher eintreten.
(2.38) Er bat den draußen wartenden Besucher herein.

Solange nun die Verschiedenheit des Umfangs von Handlungen qua engerer oder weiterer Handlungsbeschreibungen lediglich konstatiert wird, ist über die mögliche Verschiedenartigkeit von Handlungen bzw. Handlungsbeschreibungen sowie ihr Verhältnis zueinander noch wenig ausgesagt. Ein bestimmtes Über- und Unterordnungsverhältnis wird bereits mit der Verwendung und Analyse weiterer Ausdrucksmittel wie etwa dem "dadurch-daß"-Konnektor oder "indem"-Konnektor nahegelegt,[27] mit dem sich im nachhinein auch die Beschreibungen der Äußerungen von Innenminister Schnoor relationieren lassen, wobei die Verneinungen in (2.29)-(2.31) der Einfachheit halber in (2.39)-(2.40) weggelassen werden:

(2.39) Dadurch, daß Schnoor eine (An-)Weisung gab, griff er in die polizeilichen Maßnahmen ein, und dadurch, daß er eingriff, pfuschte er der Polizei ins Handwerk.
(2.40) Schnoor pfuschte der Polizei ins Handwerk, indem er eingriff, indem er eine (An-)Weisung gab.

Analog zu (2.39) oder (2.40) lassen sich nun auch die Beschreibungen (2.32)-(2.38) relationieren, wobei es nachfolgend um die Frage der Akzeptabilität bestimmter komplexer Handlungsbeschreibungen gehen soll, die wir formal durch eben solche Relationierungen erhalten:

(2.41) Er öffnete dadurch, daß er die Klinke drückte, die Tür.
(2.42) Er lüftete dadurch, daß er die Tür öffnete, das Zimmer.
(2.43) Er erschreckte dadurch, daß er die Tür öffnete, den draußen wartenden Besucher.
(2.44) Er erschreckte dadurch, daß er die Tür öffnete, den Lauscher an der Tür.
(2.45) Er ließ dadurch, daß er die Tür öffnete, den draußen wartenden Besucher herein.
(2.46) Er bat dadurch, daß er die Tür öffnete, den draußen wartenden Besucher herein.

Die Beispiele insgesamt sollen hier nicht erschöpfend, sondern nur unter bestimmten Aspekten der Akzeptabilität analysiert werden. Während (2.41)-(2.44) als Beschreibungen auf den ersten Blick akzeptabel sind, erscheinen (2.45) und (2.46) als problematisch. Zunächst betreffen sämtliche Beispiele (2.41)-(2.46), wenn auch in unterschiedlicher Weise, die mit Austin oben (in § 2.5.2) gestellte Frage: "Inwieweit sind Motive, Intentionen, und Konventionen Teil der Beschreibungen von Handlungen?" Diese Frage ist in einigen Fällen leichter, in anderen schwieriger und jedenfalls nicht kontextunabhängig zu beantworten. Als Handlungsbeschreibungen sind die Beispielsätze (2.41)-(2.46) nur dann zu verstehen, wenn man bestimmte Kontexte und allgemeine

[27] Zur Rolle und Problematik von Konnektoren wie "dadurch, daß", "indem", "um zu", "während", "und" usw. und ihren Verwendungsweisen in verschiedenen Konzeptionen der Handlungsanalyse vgl. z.B. Austin (1962/72), Goldman (1971/77), Baier (1971/77), Heringer (1974).

oder auch spezielle Weltkenntnisse voraussetzt, was hier jeweils aus heuristischen Gründen variiert werden soll. Das Problem der empirischen Handlungsanalyse besteht eben darin, daß sie diese Konstruktionsfreiheit gerade nicht hat. Hier können die Voraussetzungen eben nicht beliebig variiert, sondern müssen als bestimmte einschlägige Kontexte und Kenntnisse konkret ermittelt werden.

Verfolgt man nun Austins Frage, inwieweit Intentionen und Konventionen Teil der Beschreibungen von Handlungen sind, zunächst unter dem Aspekt der *Intentionalität,* so ist (2.41) ein klarer Fall, sofern man nicht unterstellt, daß jemand zufällig oder aus anderen Gründen die Klinke drückt. Wenn jemand die Klinke drückt, kann man "in der Regel" - und das heißt aufgrund eines verallgemeinerbaren Handlungs- und Weltwissens (vgl. § 5) - davon ausgehen, daß das (Sich-)Öffnen der Tür die intendierte Wirkung ist. Nicht unbedingt ist aber in (2.42) das Lüften des Zimmers eine intendierte Wirkung. Die Tür kann auch aus anderen Gründen geöffnet worden sein, was jedenfalls (unter "gewöhnlichen" Verhältnissen) plausibler wäre als die Annahme, daß die Klinke aus einem anderen Grund gedrückt worden wäre als aus dem, die Tür zu öffnen, obwohl auch das möglich ist, z.B. wenn lediglich überprüft werden soll, ob die Klinke nach dem Ölen noch quietscht. Daß sich die Tür öffnet, wenn jemand aus diesem Grund der Überprüfung die Klinke drückt, wäre dann eine nicht-intendierte Wirkung. Unterstellt man weiterhin in den beiden Fällen (2.43) und (2.44), daß der Handelnde jeweils Kenntnis davon hat, daß ein Lauscher vor der Tür lauscht bzw. ein Besucher vor der Tür wartet, mag der Handelnde eher intendiert haben, den Lauscher zu erschrecken als den Besucher. Sollte einer von beiden in Ohnmacht fallen, mag dies überhaupt nicht intendiert sein. Eine Beschreibung wie

(2.47) Er tötete den Besucher dadurch, daß er die Tür öffnete.

wäre auch dann unangemessen (verkürzt), wenn der Besucher aus seiner Ohnmacht nicht mehr erwachte. Wie an den vorausgegangenen Beispielen bereits deutlich wurde und unter dem Aspekt der Verantwortlichkeit des Handelns (in § 4.1-2) noch genauer zu zeigen sein wird, ist der Einschluß von *nicht-intendierten Resultaten*/*Folgen* in die Handlungsbeschreibung jedoch nicht prinzipiell unangemessen. Dies sei gegenüber der von Grice (oben in § 2.2) nahegelegten Auffassung vorab festgehalten, auch wenn das Problem, was in seinem Sinn als "normale Folgen unserer Handlungen" zu gelten hat, bestehen bleibt.

Verfolgt man nun Austins Frage, inwieweit Intentionen und Konventionen Teil der Beschreibungen von Handlungen sind, unter dem Aspekt der *Konventionalität*, so ist fraglich, ob man die Beispiele (2.45) und (2.46) als Beschreibungen akzeptieren kann. Bereits die ganzheitlichen Beschreibungen etwa in (2.37) und (2.38) erscheinen offenbar nur dann korrekt, wenn man eine

größere Menge von Körperbewegungen annimmt als die, die urspünglich für alle Beispiele vorausgesetzt war und die an der "engsten" Beschreibung (2.32) gut ablesbar ist. Gegenüber den ganzheitlichen Handlungsbeschreibungen in (2.37) und (2.38) scheinen die dadurch-daß-Beschreibungen in (2.45) und (2.46) deswegen weniger akzeptabel, weil mit der Zergliederung unmittelbar deutlich wird, daß hier offenbar eine Handlungs- bzw. Beschreibungsebene "übersprungen" ist. Auch hier gilt im obigen Sinn von 'in der Regel', daß ein Besucher in der Regel nicht allein schon dadurch hereingelassen bzw. hereingebeten wird, daß man (ihm) die Tür öffnet. Gewöhnlich muß man etwas mehr tun, als dies mit der oben begrenzten Menge von Körperbewegungen vorausgesetzt worden war, z.B. zusätzlich und minimal in Verbindung mit einer Geste eine "Bitte" äußern. Eine akzeptable Beschreibung wäre dann etwa:

(2.48) Er bat dadurch, daß er zunächst die Tür öffnete und dann 'Bitte' u.ä. äußerte, den draußen wartenden Besucher herein.

Was aber vor der privaten Wohnungstür oder der Sprechzimmertür eines Arztes eine Konvention ist, ist dies nicht unbedingt auch in Institutionen mit einem massenhaften und anonymen Publikumsverkehr. Hier ist die "allgemein übliche Praxis" im Sinne von Grice (vgl. oben § 2.2) eben eine ganz andere. In solchen Institutionen (wie Arbeitsamt, Ausländerbehörde etc.) genügt es häufig, daß die Agenten den Klienten gruß- und wortlos die Tür öffnen, was als (Folge) minimale(r) Körperbewegung bereits als Einladung oder Aufforderung zum Eintritt gilt. Wer über dieses Handlungs- und Weltwissen verfügt, handelt entsprechend oder kann sein Wissen im Behördenalltag eines Klienten an "unbedarfte" Neulinge vermitteln, die noch nicht wissen, was es bedeutet, wenn jemand von innen ohne weiteres Zutun bloß eine Tür öffnet, und die deswegen nicht wie auf eine Aufforderung zum Eintritt reagieren und den institutionellen Betrieb "aufhalten". Hier treffen umgekehrt aus der Sicht des adressierten Ko-Aktanten, der (die Folgen von) Körperbewegungen als Handlungen zu interpretieren hat, auch jene von Grice (1957/79: 14) gemachten Einschränkungen zu, daß jemand die (in solchen Institutionen) *allgemein übliche Praxis* nicht kennt. In diesen Fällen kann man beobachten, daß die wartenden Klienten das Problem unter sich lösen und ein Routinier unter ihnen, der die in *anonymen Institutionen* geltenden Konventionen kennt, dem Neuling erklärt: "Sie sind der Nächste". Jedenfalls sind aufgrund der Konventionen in solchen spezifischen *institutionellen Kontexten* selbst bei der vorausgesetzten begrenzten Menge von Körperbewegungen auch Beschreibungen wie in (2.45) und (2.46) durchaus akzeptabel.

Sie sind in derselben Weise akzeptabel, wie es relativ zu einem bestimmten einschlägigen Kontext, nämlich dem Fußballspiel, akzeptabel ist, nicht nur zu sagen, daß er den Ball über die Linie stieß, sondern auch, daß er ein Tor schoß. An dieses obige Beispiel von Austin anknüpfend fügt Forguson zunächst eine weitere mögliche Beschreibung hinzu ("Er erzielte für seine Mannschaft einen Punkt") und kommt dann zu folgender generalisierender Aussage zum Zusammenhang von Körperbewegungen, die als Kandidaten für Handlungen in Frage kommen, und sozialen Konventionen, die diese Körperbewegungen erst zu Handlungen machen:

> Es (das Beispiel) zeigt, daß eine große Anzahl von Handlungen, vielleicht sogar alle, gleichermaßen sozial wie physisch konstituiert sind. Konventionen sind gesellschaftliche Phänomene, sie sind Muster einer sozialen Organisation. Nicht nur Spiele sind sozial bestimmte Praktiken, sondern auch so 'gewöhnliche' Handlungen wie Winken, Grüßen, Kaufen und noch viele andere. Viele Handlungen können einfach nicht vollzogen werden, d.h. sie wären, auch wenn die entsprechenden Körperbewegungen ausgeführt werden, nicht die Handlungen, als die wir sie ansehen, wenn sie nicht innerhalb des sozialen Systems stünden - eines Systems von Konventionen, das sie als Handlungen konstituiert. (Forguson 1969/77: 57)

Bevor dieser handlungskonstitutiven Kraft sozialer Systeme von Konventionen weiter nachgegangen werden kann, ist jedoch die in der analytischen Handlungstheorie prinzipiell gestellte Frage zu berücksichtigen, inwieweit bei einer weiteren Minimalisierung von Körperbewegungen sinnvoll von 'Handlungen' noch gesprochen werden kann, vor allem von deren Intentionalität.

2.5.4 Basis-Handlungen: Das Kriterium der Aufmerksamkeit

Das Problem der minimalen Körperbewegung führte schon bei Anscombe zu einer vorläufigen Differenzierung des Begriffs der Intentionalität: "A man no doubt contracts certain muscles in picking up a hammer; but it would generally be false to call his contraction of muscles the intentional act that he performed. This does not mean that his contraction of muscles was unintentional. Let us call it 'preintentional'" (1957/76: 28). Mag die Handhabung dieser Unterscheidung im Einzelfall auch strittig bleiben, so ist das Problem bei Anscombe selbst wie auch in der nachfolgenden handlungstheoretischen Debatte oft unnötig verkompliziert worden. Eine in diesem Zusammenhang geläufige Unterscheidung ist die zwischen *Basis-Handlungen* und *Nicht-Basis-Handlungen* (vgl. z.B. Danto 1973/79 und 1965/77). Die Nützlichkeit dieser Unterscheidung erweist sich aber gegenüber zwei Ansprüchen als pro-

blematisch:[28] Zum einen führt die Bestimmung von Basis-Handlungen als kleinen und kleinsten Körperbewegungen in einen infiniten Regreß, und zum anderen bleibt die Beschreibungsrelativität von Basis-Handlungen und Nicht-Basishandlungen bestehen.

Zu Recht faßt Martin (1972/77) die Kontext-Relativität in einer Weise auf, nach der nicht - wie in der Standardtheorie angenommen - a priori festgelegt werden kann, was eine einfache und was eine komplexe Handlung ist. Dies kann in verschiedenen Kontexten variieren und ist letztlich eine empirische Frage, wie Martin (1972/77: 129ff.) an einer Reihe von (allerdings konstruierten) Beispielen überzeugend ausführt. Ihr geht es gegenüber der Standardtheorie vor allem um eine Modifikation, nach der Basis-Handlungen nicht notwendig einfache Handlungen sind. Allerdings ist das von ihr als wesentlich herausgestellte Kriterium der *Aufmerksamkeit*, die der Handelnde (oder auch der Beobachter) auf etwas richtet oder nicht richtet, sehr restriktiv gefaßt, so daß bestimmte, etwa versehentlich, geistesabwesend, gewohnheitsmäßig usw. ausgeführte Tätigkeiten nach ihrer Theorie keine Handlungen sind (vgl. 1972/77: 123ff.). Welche (Arten von) Tätigkeiten im einzelnen als Handlungen ausgeschlossen sind, bleibt jedoch letztlich unklar.

Vielmehr postuliert Martin positiv für Handlungen, daß sie *absichtlich*, *willentlich* und *wissentlich*/*bewußt* vollzogen werden. Als unklarer Grenzfall wird von ihr diskutiert, daß jemand in dem Glauben handelt, ein Paket zu befördern und letztlich eine Bombe abliefert. Weiterhin gibt sie für gewohnheitsmäßige Tätigkeiten, die keine Handlungen sind, das Beispiel, sich den rechten vor dem linken Schuh anzuziehen. Es wäre aber fatal, Martin darin zu folgen, gewohnheitsmäßigen Tätigkeiten, auf die keine Aufmerksamkeit gerichtet ist, deswegen generell ihren Handlungscharakter abzusprechen. Martins restriktiver Bestimmung zu folgen, nur solche Tätigkeiten als Handlungen zuzulassen, die absichtlich, willentlich und bewußt vollzogen werden, hieße konsequenterweise, wesentliche Teile routinierter Handlungsformen oder das *Routine-Handeln* überhaupt auszusparen. Wie mit Weber weiter unten (in § 4.1) noch auszuführen ist, wäre damit ein bedeutender Teil des sozialwissenschaftlich relevanten Verhaltens von Menschen aus der Analyse ausgeschlossen.

Das Problem der Zerlegung von Gesamthandlungen in Teilhandlungen und umgekehrt der Zusammensetzung von Teilhandlungen zu Gesamthandlungen ist sowohl unter sozialen als auch kognitiven Aspekten vielfach in handlungstheoretischen Konzeptionen behandelt worden, die über die bloße Dichotomie von Basis-Handlung und Nicht-Basis-Handlung hinausgehen. Auf verschiedene konzeptionelle Weiterentwicklungen in Form von *Gra-*

---

28 Vgl. zu einer weitergehenden Kritik z.B. Heringer (1974: 46f.), Bubner (1976/82: 91ff.), Habermas (1981, Bd 1: 145ff.), Harras (1983: 50ff.), Searle (1983: 98ff.).

phentheorien, *Komponenten-* und *Konstituentenansätzen*, *Mehr-Ebenen-(bzw. Hierarchie-)Modellen* sowie ihre Kritik kann an dieser Stelle nur verwiesen werden (vgl. z.B. Goldman 1971/77, Heringer 1974, Rehbein 1977, Lenk 1978, Edmondson 1982, Brandt u.a. 1983, Koerfer/Zeck 1983, Rehbein 1988). Das Problem der Beziehung zwischen Teil-Handlungen und Gesamthandlungen wird allerdings im folgenden (in § 3.2) unter dem Aspekt der Mehrdeutigkeit bzw. Vagheit von (komplexen) Äußerungen wieder aufzunehmen sein. Hier werden sich erneut und unausweichlich die Probleme der Handlungsbeschreibung und der gewählten Beschreibungssprache stellen, wie sie bisher theoretisch und an ausgewählten Beispielen erörtert wurden.

An den vorausgegangenen Beispielen war vor allem der mit Austin gestellten Frage nachgegangen worden, inwieweit *Intentionen* und *Konventionen* Teil der Beschreibungen von Handlungen sind. Die Frage der Konventionalität des Handelns wird unter dem Aspekt der *sozialen Ordnung*, innerhalb der gehandelt wird, und unter dem Aspekt der *Veranwortlichkeit* von Handlungssubjekten (in § 4.1-2) systematisch wieder aufgenommen werden. Wenn zuletzt mit Forguson die handlungskonstitutive Kraft von Konventionen thematisiert worden war, so geht es im folgenden auch um die handlungskonstitutive Kraft von solchen Intentionen, die im Sinne der einschränkenden Sprachregelung (in § 2.3) zunächst als individuelle Einstellungen charakterisiert worden waren. Diese sind häufig sowohl für Ko-Aktanten als auch für natürliche und externe Beobachter nur bedingt zu *erkennen*, und zwar häufig gerade deswegen, weil sie nicht erkannt zu werden *brauchen* bzw. gerade nicht erkannt werden *sollen*. Wohlgemerkt handelt es sich dann im folgenden zunächst primär um Handlungsfälle, in denen die konstitutive Kraft von sprachlichen und nicht-sprachlichen *Konventionen* allein nicht hinreicht, um ein Handlungsverstehen zu gewährleisten. Davon zu unterscheiden sind die Fälle, in denen es deswegen zu *Fehlschlägen* der Kommunikation kommt, weil gerade Institutions-Laien die in Institutionen geltenden Konventionen nicht kennen und von daher den *institutionellen Sinn* von Äußerungen *verkennen*.

3 Handlungsverstehen und Verständigung in Institutionen

Die vorausgehend aufgezeigte Kontext-Relativität von Handlungsbeschreibungen hat für die empirische Handlungsanalyse zur Folge, daß sich das Beschreibungsproblem auf den Kontext ausdehnt, relativ zu dem eine Verhaltenseinheit eine Handlung ist. Wenn in einer Reihe von vorangegangenen Beispielen aus methodischen Gründen die Kontexte variiert worden waren, um die Akzeptabilität von alternativen Handlungsbeschreibungen zu überprüfen, ist für die empirische Handlungsanalyse nochmals zu betonen, daß sie diese (oben in § 2 methodisch genutzte) Konstruktionsfreiheit gerade nicht hat. Zwar können auch hier aus heuristischen Gründen verschiedene oder auch verschiedenartige Kontexte imaginiert werden, letztlich werden aber die jeweils einschlägigen Kontexte ermittelt werden müssen, wobei sich die Beschreibungen von Kontexten und Handlungen wechselseitig zu bewähren haben. Das heißt aber nicht, daß immer von eindeutigen Handlungen in eindeutigen Kontexten auszugehen wäre und das Problem der Beschreibungsvielfalt in jedem Fall überwunden werden könnte, wenn nur die Analyse erschöpfend genug wäre. Vielmehr hat die Sprach- und Handlungs-Analyse bestimmten Mehrdeutigkeiten bzw. Vagheiten der Kommunikation in systematischer Weise Rechnung zu tragen (§ 3.2). Das Beschreibungsproblem stellt sich hier nämlich als die Kehrseite alltäglicher Verstehens- und Verständigungsprobleme dar, deren Überwindung im Alltagshandeln häufig nicht nur einfach mißlingt, sondern von den Aktanten erst gar nicht angestrebt bzw. durch das jeweils vorherrschende institutionelle Handlungssystem strukturell verhindert wird.

Wenn wir uns daher zunächst (in § 3.1) dem Problem des Verstehens und der Verständigung in einer Tradition von Handlungsanalyse zuwenden, die vor allem mit Austin einen besonderen Auftrieb erfahren hat, dann müssen freilich die Beschränkungen dieser Art von Handlungsanalyse zu berücksichtigt werden (vgl. auch § 4.1), die in einer stärker soziologischen Betrachtungsweise aufzuheben sind. Gewiß ist Austin gerade ein Vertreter der analytischen Handlungstheorie, der etwa das Problem institutioneller Bindung von Sprechakten (insbesondere in rechtlichen Kontexten) durchaus gesehen und berücksichtigt hat; dies hat ihm sogar den Vorwurf der einseitigen Orientierung am Modell institutioneller Kommunikation eingebracht (vgl. § 5.2). Aber Austin ist bei seinen Analysen doch wesentlich an Gelingensbedingungen von isolierbaren (Typen von) Sprechakten interessiert gewesen, die er dann

fallweise in konstruierten Kontexten diskutiert hat. Wie einleitend (in § 1.4) ausgeführt, soll die "unsoziologische" Betrachtungweise in mehreren Schritten aufgehoben werden, bis wir schließlich (in § 6) zur Analyse institutioneller Handlungssysteme gelangen.

Im folgenden wird es daher zunächst in einer ersten Erweiterung der traditionellen Handlungsanalyse um Probleme des Verstehens und der Verständigung gehen, die daraus erwachsen, daß Verstehens- und Verständigungsprozesse - unter der Perspektive einer subjektiven Spannweite des Handelns (§ 3.3) - an einen lebensweltlichen Horizont gebunden sind, innerhalb dessen sich die Handelnden überhaupt nur orientieren können. Dabei wird sich das traditionelle Konzept von Lebensweltanalyse als unzureichend erweisen; es berücksichtigt zumindest in einer frühen Version die strukturellen Beschränkungen des Verstehens und der Verständigung nicht hinreichend, wie sie mit der institutionellen Ausdifferenzierung in modernen Gesellschaften und in Folge dieser mit der ungleichen Verteilung des Wissens zum Tragen kommen (§ 3.4). Um es - mit dem nötigen Vorbehalt - metaphorisch in dem Bild von den zwei Seiten einer Medaille auszudrücken: Gerade im Falle institutioneller Kommunikation verwandelt sich die Analyse (der Bedingungen) des Verstehens und der Verständigung zunehmend in eine Analyse (der Bedingungen) des Mißverstehens und der Manipulation. Dem wird im Wechsel von eher theoretisch und eher empirisch und an Fallbeispielen orientierten Fragestellungen nachgegangen (§ 3.5), bevor schließlich ansatzweise methodische Probleme erörtert werden, die den Nachweis von verdeckten Intentionen und Strategien (§ 3.6) sowie die schwierig zu handhabende Unterscheidung von manifesten und latenten Sinnstrukturen (§ 3.7) betreffen.

3.1 Handlungsfehlschläge und Mißverständnisse

Solange sich die Sprach- und Handlungsanalyse auf explizit performative (und zudem noch konstruierte oder isoliert auftretende) Äußerungen beschränkt, stellt sich das Beschreibungsproblem nur als ein abgeleitetes Problem dar und bleiben mögliche Divergenzen zwischen Meinen und Verstehen, wie sie für das Alltagshandeln gang und gäbe sind, theoretisch unberücksichtigt. So geht es auch Austin (1962: 14ff.) in seiner *Doktrin der Unglücksfälle* ('infelicities') zunächst nicht um das Problem möglicher Mißverständnisse, also nicht darum, daß etwa bestimmte Typen von Äußerungen als bestimmmte Typen von Handlungen mißverstanden werden können. Vielmehr geht es Austin um eine prinzipielle Typologie von Fehlschlägen, die er nach Subtypen von *Versagern* ('misfires') und *Mißbräuchen* ('abuses') differenziert. Äußerungen werden nicht mißverstanden, sondern die damit beanspruchten bzw. zum Schein vollzogenen

Handlungen sind ungültig bzw. unredlich. So liegt ein Fall von *Unredlichkeit* etwa dann vor, wenn man ein Versprechen abgibt, ohne die Absicht zu haben, es zu halten. Im Unterschied dazu ist nach Austin (1962) von der *Ungültigkeit* von Handlungen etwa in den folgenden Fällen auszugehen:

- Es gibt kein akzeptiertes konventionelles Verfahren, auf das ich mich sinnvollerweise berufen kann. Austin (1962: 27) führt hier als Beispiel an, daß ein Christ in einem christlichen Land zu seiner christlichen Frau "I divorce you" sagt, was in der angegebenen Kultur natürlich keinem akzeptierten konventionellen Verfahren entspricht.[1] Diesen Subtyp einer *Fehlberufung* ('misinvocation') bezeichnet Austin gelegentlich als '*non-play*'.
- Man ist nicht berechtigt, ein bestimmtes konventionelles Verfahren (wie z.B. die Taufe) auszuführen, oder andere Personen oder die Umstände sind sonstwie unpassend für das konventionelle Verfahren, auf das man sich beruft. Diesen Subtyp der Fehlberufung bezeichnet Austin als *Fehlanwendung* ('misapplication') oder gelegentlich auch als 'misplay'.
- Man führt das konventionelle Verfahren nicht korrekt durch.
- Man führt das Verfahren unvollständig durch; in den letzten beiden Fällen handelt es sich um Subtypen von *Fehlausführungen* ('misexecutions').

Die hier nur rudimentär skizzierte Theorie der Fehlschläge wird uns in doppelter Hinsicht beschäftigen. Zum einen wird sie uns für allgemeine theoretische Überlegungen zur Analyse institutioneller Sprechhandlungen nützlich sein. Institutionelle Handlungen verschiedenen Typs unterliegen sowohl in besonderer Weise Typen von Fehlschlägen, wie sie ebenso dagegen gefeit sind. Dies hängt mit dem Grad der Immunität bzw. Sensibilität der institutionellen Handlungssysteme gegenüber Störfällen von außen und von innen zusammen. In der Rechtsprechung werden eben nur akzeptierte konventionelle Verfahren von dazu berechtigten Handlungssubjekten zur Anwendung gebracht, aber gleichzeitig handelt es sich um so exakt festgelegte Verfahren, daß kaum Toleranzen gegenüber "kleineren" Abweichungen im Sinne von Fehlanwendungen bzw. -ausführungen bestehen, was u.a. durch eine relativ hohe Zahl von faktischen Verfahrensfehlern belegt wird. Hier erweisen sich Institutionen relativ zum außerinstitutionellen Alltag in der Regel als störanfälliger. Als Schutzmaßnahmen dagegen werden z.B. Akten angelegt, Protokolle angefertigt und die Interaktion mit den Klienten in Form eines Schriftverkehrs reglementiert (vgl. auch Austin 1962: 22, 33, 36/1972: 42, 51, 53). Weiterhin gilt es hier zu überprüfen, inwieweit Searles Kritik an Austin, dem er eine überzogene Orientierung der Analyse am Typ institutionellen Handelns

---

1 Vgl. aber dazu Austins dem Beispiel unmittelbar vorausgehende kritische Bemerkungen zum Gebrauch des Wortes 'accepted' (1962: 26f.), dessen Problematik uns unten (in § 5.1) mit Lewis' Konventionsbegriff erneut begegnen wird.

vorhält, die zu einer stark schlagseitigen Handlungstheorie führen würde (vgl. § 5.2), berechtigt ist.

Zum anderen geht es darum zu klären, inwieweit Austins Theorie der Fehlschläge als *Theorie der Mißverständnisse* ausgebaut werden kann. Denn schließlich muß man sich fragen, wie es überhaupt dazu kommen kann, daß jemand - wie bei Austin sei Ernsthaftigkeit unterstellt - sich auf ein konventionelles Verfahren beruft, das von (allen) anderen nicht akzeptiert wird, oder daß jemand ein konventionelles Verfahren anzuwenden versucht, obwohl es gegenüber den Umständen unpassend ist, oder daß jemand ein solches Verfahren inkorrekt oder unvollständig durchführt. Hier handelt es sich offenbar um "Mißverständnisse", die nicht hörerseitig sind, sondern denen der Handelnde als Sprecher aufsitzt, indem sich z.B. seine Kenntnisse über gemeinhin akzeptierte konventionelle Verfahren als falsch herausstellen oder sich zumindest nicht bewähren, was bei interkultureller Kommunikation ein häufiges Problem sein dürfte, oder indem er die Umstände der Äußerung verkennt oder sonst einer Fehleinschätzung unterliegt, weil er z.B. als Institutions-Laie mit dem einschlägigen institutionellen Handlungssystem nicht vertraut ist usw. Kurz gesagt: Es können eben nicht nur Äußerungen, sondern auch Umstände mißverstanden werden.

Austin hat gleichsam im Rahmen seiner Handlungstheorie die möglichen Fehlschäge von Äußerungen mit explizit performativer Formel lediglich konstatiert und sie als theoretische Konstrukte für seine Analysezwecke produktiv genutzt, jedoch damit bei einem anders gelagerten Erkenntnisinteresse die Frage nach den sozialen, interaktiven und kognitiven Voraussetzungen derartiger Fehlschläge zumindest an dieser Stelle der Theorieentwicklung vernachlässigt.[2] Die von Austin hier insgesamt vorgenommenen Reduktionen sind noch in anderer Hinsicht relevant. Sein Erkenntnisinteresse ist hier ganz auf die von ihm so bezeichneten *explizit performativen Äußerungen* gerichtet, weswegen hörerseitige Mißverständnisse auch kaum zu erwarten sind. Explizit performative Äußerungen wie

(3.01) Ich befehle Ihnen zu gehen.

können im Sinne Austins lediglich verunglücken, wenn der Sprecher z.B. nicht berechtigt ist, einen solchen Befehl zu erteilen, sie können aber nicht eigentlich mißverstanden werden. Mißverstehbar sind eigentlich nur die *implizit* oder *primitiv* performativen Äußerungen, auf die Austin hier nur am Rande eingeht. So kann es nach Austin bei einer so wenig ausdrücklichen Formel wie dem bloßen Imperativ

(3.02) go

---

2 Es ist gerade ein Verdienst von Austin, daß er diese Fragen in seinen Arbeiten eben gerade nicht grundsätzlich abgeschnitten hat, vgl. unten § 3.3.

je nach den Umständen unklar sein, "whether the utterer is ordering (or is purporting to order) me to go or merely advising, entreating, or what not me to go" (1962: 32). Soweit argumentiert auch Strawson (1971/74: 62) zur Frage der illokutiven Mehrdeutigkeiten von Äußerungen wie "Geh nicht", wobei er jedoch gegenüber Austin zu anderen Konsequenzen hinsichtlich der Frage ihrer Konventionalität gelangt (vgl. unten § 3.5). Allerdings ist sowohl gegenüber Austin als auch gegenüber Strawson zu bemerken, daß Äußerungen wie "Geh (nicht)" häufig auf Grund von weiteren (z.B. intonatorischen) Merkmalen desambiguiert sind und je nachdem als Befehl, Bitte, Flehen oder Ratschlag ohne weiteres identifiziert werden können. Natürlich wird die Rolle weiterer verbaler und paraverbaler Mittel als Illokutionsindikatoren von Austin selbst an anderer Stelle (1962: 73ff.) systematisch herausgearbeitet, weswegen hier auch nur die Unzulänglichkeit derartiger Beispiele aufgezeigt und eben kein grundsätzlicher Einwand gemacht werden sollte.

Vielmehr ist gerade, was Austin in einer Zwischenbetrachtung lediglich einfügt, als wesentlich festzuhalten, nämlich daß es bei implizit performativen Äußerungen häufig unklar bleibt, auf welches konventionelle Verfahren man sich mit einer Äußerung berufen will, bzw. daß die Umstände, die zu dem Verfahren passen sollen, nicht hinreichend klar sind oder vom Sprecher nicht klar genug gemacht werden. Austin erörtert kurz das Problem, daß diese Fälle, in denen unklar bleibt, ob es sich bei einer gegebenen Äußerung wie (3.02) um einen Befehl handelt oder nicht, je nach Sichtweise als Fälle von Fehlberufungen oder Fehlanwendungen eingestuft werden können, wobei eine eindeutige Zuordung offenbar nicht möglich ist. In diesem Zusammenhang könnte man nach Austin erstmals auch von *Mißverständnissen* ('misunderstandings') sprechen, bei denen es sich aber um eine besondere Art von Mißverständnissen handle, "concerning the force of the utterance as opposed to its meaning. And the point is not here just that the audience *did not* understand but that it did not *have* to understand, e.g. *to take it as* an order" (1962: 33, Hervorhebungen von Austin). Man könnte nun mit Austin das Postulat aufstellen, daß ein konventionelles Verfahren nur unter solchen Umständen angewandt wird, die es eindeutig als dieses konventionelle Verfahren ausweisen. Wir könnten also davon ausgehen "that the procedure is not designed for use where it is not clear that it is being used - which use makes it altogether void. We might claim that it is only to be used in circumstances which make it unambiguously clear that it is being used. But this is a counsel of perfection" (1962: 34). Mit diesem ironischen Abschluß der Fragestellung, die in einen schwerlich zu befolgenden Ratschlag mündet, läßt Austin jedoch insgesamt offen, inwieweit wir Problemfälle der aufgezeigten Art, bei denen wir eine Äußerung nicht als Die-und-die-Handlung verstehen *müssen,* eher als Fälle von *Ungültigkeit* (oder auch *Unredlichkeit*) oder eher als Fälle von *Unklarheit*, das heißt als *Mißverständnisse* behandeln sollen. Dieses Problem

wird uns im weiteren noch öfter zu beschäftigen haben, wobei sich aus der Sicht der empirischen Handlungsanalyse institutioneller Kommunikation die Variante des Mißverstehens als relevanter herausstellen wird.

In Richtung auf eine empirische Theorie des Mißverstehens zielen offenbar auch Savignys Überlegungen, der Austins Grundunterscheidungen aufnimmt und (für alle, aber) besonders für die von ihm im Unterschied zu den *expliziten illokutionären Akten* so bezeichneten *primären illokutiven Akte* weitere Fehlerquellen annimmt, die eben daraus resultieren, daß bei fehlender explizit performativer Formel durch die Umstände der Äußerung nicht immer genau genug festgelegt wird, was für ein illokutiver Akt mit ihr vollzogen werden soll. Savigny (1974: 141ff.) trifft - grob zusammengefaßt - die folgenden Unterscheidungen:

- *Fehler der falschen Aufnahme*. Die Umstände sind klar, aber die Äußerung (z.B. "der Hund ist bissig") wird dennoch vom Hörer nicht als Warnung verstanden, obwohl man sie in seiner Situation so hätte verstehen müssen.[3]
- *Fehler der Unbestimmtheit*. Die Umstände sind so, daß man weder sagen kann, die Äußerung sei eine Warnung, noch sagen kann, sie sei keine Warnung. Der Akt scheitert an diesem Fehler, wenn der Sprecher mit seiner Äußerung nicht klar genug ist.
- *Fehler der Undeutlichkeit*. Die Umstände sind für den Hörer so versteckt, daß er keine Chance hat zu verstehen, was für ein illokutiver Akt vorliegt. In diesem Fall hat weder der Sprecher noch der Hörer ein Mißverständnis über die illokutionäre Rolle zu verantworten.

Besonders das von Savigny zum letzten Fehlertyp erörterte konstruierte Beispiel ist sehr komplex. Es läuft auf die folgende Quintessenz hinaus: "Nicht jedes Mißverständnis entsteht daraus, daß jemand einen Fehler macht" (1974: 144). Mit diesem letzten Fehlertyp soll offenbar insgesamt möglichen Diskrepanzen in den Situationseinschätzungen, Wissens- und Erwartungsvoraussetzungen von Sprecher und Hörer Rechnung getragen werden. Solche Diskrepanzen sind natürlich nicht einseitig von einem Sprecher oder von einem Hörer zu verantworten. Dennoch stellt sich in unserem Zusammenhang die Frage, inwieweit beim institutionellen Handeln im interaktiven Zusammenprall von Institutionsvertretern und Institutionslaien systematisch Diskrepanzen auftreten, deren Antizipation eher in den Kompetenzbereich des institutionellen Routiniers fallen. Einschlägige Kompetenz bei entsprechender Ausbildung und guter Wille mögen aber gegenüber der strukturellen Gewalt verselbständigter institutioneller Handlungssysteme nicht hinreichen, um ein Handlungsverstehen zu gewährleisten, zumal eine *Verständigung* im eher pa-

---

[3] Es bleibt bei Savigny unklar, warum der Hörer dann überhaupt dem Fehler der falschen Aufnahme unterliegen kann. Denkbar sind akustische/auditive Störungen, vgl. auch Austin (1962: 22).

thetischen Sinn von Einigung aus der Institutionsperspektive häufig gar nicht vorgesehen ist. Systematisch erzeugte Mißverständnisse dieser Art sind hier - wenn man so will - zunächst einmal ohne die Frage nach der persönlichen Verantwortung individueller Sprecher und Hörer als handlungssystemisch bedingte Mißverständnisse bzw. als Fälle von Nicht-Verständigung zu rekonstruieren.

Ohne den heuristischen Wert von Fehlschlags-Typologien, wie sie von Austin oder Savigny aufgestellt werden, für die empirische Analyse schmälern zu wollen, sei doch ihre Praktikabilität in Zweifel gezogen. Schon Austin hat ja mit seinen nur konstruierten Beispielen große Zuordnungsprobleme zu seinen Typen von Fehlschlägen. Zu Recht davon ausgehend, daß man in der Praxis auch mehrere Fehler gleichzeitig machen könne, anerkennt Austin (1962: 23f.) Überschneidungen und Mehrfachzuordungen als durchaus zulässig. Offenbar ist es so, daß wir erst die Alltagspraktiken solcher Zuschreibungen zu Fehlschlags-Typen untersuchen müssen, um zu vermeiden, daß prinzipielle Typologien empirisch leer bleiben. Dies soll bei nachfolgenden Anlehnungen an die bisher aufgezeigten und weiter zu entwickelnden Unterscheidungen von Typen von Fehlschlägen jeweils berücksichtigt werden. In der empirischen Perspektive ist stärker nach spezifischen *Korrespondenzen* zwischen *Typen von Sprechhandlungen* und *Typen von Fehlschlägen* zu fragen, also zu klären, ob bei bestimmten Typen von Sprechhandlungen überhaupt mit Fehlschlägen zu rechnen ist und um welche Typen von Fehlschlägen es sich gegebenenfalls handelt. Weiterhin ist zu klären, inwieweit in Handlungsfällen, die durch verschiedenartige *Mehrdeutigkeiten* bzw. *Vagheiten* der Kommunikation ausgezeichnet sind, sinnvoll von 'Fehlern' oder 'Fehlschlägen' überhaupt noch gesprochen werden kann. Wenn im folgenden (bes. § 3 und 5) ansatzweise institutionelle wie nicht-institutionelle Fallgruppen unterschieden werden sollen, werden zur Ermittlung dieser Fallgruppen nach Möglichkeit sprachliche bzw. kommunikative Tests herangezogen, die zugleich als *alltagspraktische Akzeptabilitätsprüfungen* gelten können.

3.2 Handlungsvagheiten

3.2.1 Eindeutigkeiten und Mehrdeutigkeiten

Sicherlich gibt es einerseits Kontexte, in denen das Verstehens- bzw. Beschreibungsproblem als Problem weitgehend entfällt. Gerade in bestimmten institutionellen Kontexten ist häufig genau festgelegt, um was für eine Handlung es sich handelt. Das folgende Beispiel einer Berichterstattung macht deutlich, daß die Beschreibung der fraglichen Handlung ("Vereidigung als Minister") sogar auf der Ausdrucksseite kaum einer Variation unterworfen

werden kann. Der Berichterstatter hat angesichts des klaren und unproblematischen Zuschnitts der Handlung selbst wie des Kontextes offenbar Mühe, über den Informationswert der Überschrift (3.03) hinaus im dazugehörigen Text (3.04) noch informativ zu sein. Er versucht dies in einer Weise, in der nicht die Berichterstattung über die Handlung der Vereidigung detailliert wird, sondern weitere (im Sinne von 'andere') Informationen gegeben werden, die im übrigen für die meisten Leser entweder als bekannt, erschließbar oder uninteressant unterstellt werden können, so daß der der Überschrift folgende Text relativ wenig informativ ist.

(3.03) Lehr und Haussmann als Minister vereidigt.

(3.04) Bonn (dpa).
Mit der Vereidigung von Ursula Lehr (CDU) als neue Bundesfamilienministerin und Helmut Haussmann (FDP) als Nachfolger von Martin Bangemann im Wirtschaftsressort ist das Bundeskabinett wieder komplett. Frau Lehr und der frühere FDP-Generalsekretär Haussmann erhielten am Freitag ihre Ernennungsurkunden von Bundespräsident von Weizsäcker. Zugleich wurde der frühere FDP-Vorsitzende Bangemann, der zur EG-Kommission nach Brüssel wechselt, aus seinem Amt entlassen. Die neuen Minister wurden anschließend von Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth vereidigt. (Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 10.12.88)

Der Text selbst (3.04) informiert über (3.03) hinaus lediglich über die der Vereidigung notwendig vorausgehenden Handlungen der förmlichen Entlassung des Vorgängers und förmlichen Ernennung als neue Minister, wobei auch die Berichterstattung über diese beiden Handlungen nicht weiter detailliert wird, sowie über (Vor-)Namen, ehemalige, aktuelle und zukünftige Ämter und Parteizugehörigkeiten von beteiligten Aktanten und schließlich die (in diesem Fall logische) Konseqenz der Komplettierung des Kabinetts. Es geht hier aber nicht primär um den Informationswert des Textes insgesamt, sondern darum, daß über die mit der Überschrift beschriebene Handlung "Vereidigung von Person X" als Handlung (ebenso wie über die Entlassung als Handlung) aus guten Gründen nicht weiter informiert wird: Es lohnte sich nicht nur nicht, über die Handlung der Vereidigung im Sinne einer Detaillierung weiter zu berichten, sondern dies wäre auch unsinnig. Eine Vereidigung als Minister im Parlament ist eben eine Vereidigung als Minister im Parlament, nicht mehr und nicht weniger; ebenso wie im Gericht die Vereidigung eines Zeugen die Vereidigung eines Zeugen ist. Zu Recht werden institutionell klar definierte Handlungen dieser Art weder in Teilhandlungen zerlegt noch als Teilhandlung einer Gesamthandlung untergeordnet. Es wäre gegenüber den institutionellen Voraussetzungen verfehlt, im vorliegenden Handlungsfall, der hier weiterhin als Fall einer Vereidigung gelten soll, ein "niedrigeres" Beschreibungsniveau als das gewählte einzuschlagen, wie dies etwa mit der folgenden Beschreibung

möglich wäre, die sich auf eine Teilhandlung der Gesamt-Handlung der Vereidigung beziehen würde:

(3.05) Die Bundestagspräsidentin forderte Frau Lehr auf, ihr nachzusprechen, was sie ihr vorsprechen würde.

Was allerdings in institutionellen Kontexten wie Parlament oder Gericht wegen der Unterbestimmtheit eine unangemessene Handlungsbeschreibung wäre, kann sich in anderen institutionellen Kontexten, nämlich Übungskontexten wie Fremdsprachenunterricht oder Logopädie-Kursen, als genau zutreffende Beschreibung erweisen. Hier werden die Lernenden in der Tat zum Nachsprechen aufgefordert, ohne dafür als Handelnde auf die Wahrheit von Aussagen oder die Richtigkeit eines zukünftigen Verhaltens verpflichtet zu werden, wie dies gerade für Vereidigungen als Zeuge bzw. Minister charakteristisch ist.

Was für Handlungen wie Vereidigung, Ernennung, Entlassung gilt, gilt auch für eine Reihe weiterer Handlungen wie Taufe, (Gerichts-)Urteil, (staatsanwaltliche) Anklage usw., die bei aller Unterschiedlichkeit insgesamt durch ihre Bindung an eine einzige oder doch zumindest eng begrenzte Klasse von Institutionen gekennzeichnet sind (vgl § 5.2). In diesen eingeschränkten Kontexten ist häufig bis ins Detail festgelegt, wer was wann wie und gegebenenfalls mit wem usw. tut oder unterläßt. Deswegen haben wir in solchen Fällen im allgemeinen auch keine Schwierigkeiten, die einleitend (in § 1.3) gestellte Frage

(1.18) Was ist das für eine Sprechhandlung?

zu beantworten. In diesem Sinne war bereits die lapidare Bemerkung gemacht worden, daß eine Vereidigung eine Vereidigung ist, nicht mehr und nicht weniger, was genauer heißt: Wir können eine bestimmte Äußerung als genau diese eine Handlung identifizieren. Dies gilt in derselben Weise nicht unbedingt für eine Reihe von Handlungen, die sowohl mit als auch ohne *institutionelle Bindung* auftreten können (vgl. § 5.3). Hierzu zählen etwa Handlungen wie Behauptung, Vorwurf, Rechtfertigung, Ratschlag usw., bei denen sich das Beschreibungsproblem häufig ungleich schärfer als in den vorausgegangenen Fällen spezifischer institutioneller Handlungen (wie Vereidigung, Ernennung usw.) stellt. Dies wird etwa am Beispiel der Handlungsbeschreibungen einer ganzen Reihe von Äußerungen des Admirals Schmähling an die Adresse von Verteidigungsminister Scholz bzw. Bundeskanzler Kohl deutlich, die in einem Zeitungsbericht folgende zusammenfassende ganzheitliche Handlungsbeschreibung in der Überschrift erfahren hat:

(3.06) Schmähling verschärft Kritik. (Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 22.12.88)

Im Unterschied zur oben angeführten Berichterstattung über die Vereidigung von Ministern, die als Handlung - wie ausgeführt - aus guten Gründen nicht weiter detailliert wurde, wird hier die ganzheitliche Beschreibung in der Überschrift (3.06) im Text (3.07) zunächst nochmals mit weiteren Informationen (Rang und Vorname des Handelnden und Adressat der Handlung) aufgefüllt und die beschriebene Gesamthandlung ('Kritik verschärfen') dann in dem Sinn detailliert, daß sie in einzelne Teil-Handlungen zerlegt wird. Hier lediglich Auszüge:

(3.07) Der Flottenadmiral Elmar Schmähling hat seine Kritik am Verteidigungsministerium verschärft (...)(er) warf der Hardthöhe vor, mit entsprechenden Maßnahmen gegen ihn eine 'unerwünschte Meinung' disziplinieren zu wollen. Schmähling hatte Verteidigungsminister Scholz vorgeworfen (...) Kritik übte er auch an Bundeskanzler Kohl (...) erklärte Schmähling (...) usw. (Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 22.12.88)

Der Redakteur entspricht hier durchaus berechtigten Detaillierungs-Erwartungen der Leser gegenüber der Überschrift. Im Unterschied zu Handlungen wie der Vereidigung verlangt die Beschreibung einer Gesamthandlung wie der 'Verschärfung von Kritik' aus guten Gründen, daß die Gesamthandlung in einzelne Teil-Handlungen zerlegt wird (hier: Vorwerfen, Kritik-Üben, Erklären). Ob der Redakteur in dieser Hinsicht der Detaillierung allen Erwartungen seiner Leser entspricht, sei dahingestellt. Was aber in solchen Fällen wie dem von Schmähling dem WDR gegebenen Interview als Gesamt-Handlung und was als Teil-Handlungen (einer jeweils bestimmten Art) zu gelten hat, bleibt häufig strittig. Es sei hier lediglich angemerkt, daß der Redakteur einer anderen Zeitung zu einer anderen Überschrift mit einer teils ähnlichen, teils abweichenden Zerlegung und Beschreibung von Teilhandlungen sowie schon zu einer teils anderen Auswahl von Zitaten gelangt,[4] wobei davon ausgegangen werden kann, daß beiden Redakteuren dieselbe Informationsquelle, nämlich das Wortlautprotokoll des von Schmähling gegebenen Interviews zur Verfügung stand.

Was einerseits ohne jede institutionelle Bindung und was andererseits etwa im Parlament als Vorwurf gegenüber der Regierung oder im Seminar als Einwand oder in der Schule als Ermahnung oder in der Sprechstunde als Ratschlag zu gelten hat, ist keineswegs immer für die Beteiligten wie für den Analysator in derselben Weise klar und unstrittig wie im Falle der Vereidigung. Das heißt natürlich nicht, daß wir implizit oder explizit keinen Begriff davon hätten, was ein *Vorwurf*, *Einwand* oder eine *Ermahnung* ist. Im Prinzip können wir die ebenfalls einleitend (in § 1.3) gestellten Fragen (1.27)-(1.30)

4 Die Überschrift, in der gleichfalls eine Steigerung ausgedrückt wird, lautet: "Widerstand gegen Scholz wird härter", wobei es im Text u.a. auch heißt: "(Schmähling) verschärfte seine Kritik gestern deutlich". (NRZ: 22.12.88)

durchaus befriedigend beantworten, auch wenn unser im Alltagshandeln intuitiv und routiniert angewandtes *Handlungswissen* erst umständlich erfragt oder sonstwie erschlossen, getestet und schließlich systematisch expliziert werden muß. Auch werden hinsichtlich der in den Fragen (1.27)-(1.30) enthaltenen Teilfragen im Prinzip keine Schwierigkeitsgrade zu unterscheiden sein. Unsere Begriffe von Behauptung, Drohung, Anweisung usw. werden sich alle gleichermaßen als klar oder unklar erweisen. Dagegen gibt es Schwierigkeitsunterschiede hinsichtlich der oben gestellten Frage (1.18) (Was ist das für eine Sprechhandlung?), auf die uns im gegebenen Fall und im Durchschnitt gesehen Antworten wie (3.08)-(3.11) sehr viel leichter fallen als Antworten wie (3.12)-(3.15):

(3.08) Das ist eine Vereidigung.
(3.09) Das ist eine Ernennung.
(3.10) Das ist eine Feststellungsklage.
(3.11) Das ist ein Gelöbnis.

(3.12) Das ist ein Einwand.
(3.13) Das ist ein Versprechen.
(3.14) Das ist eine Drohung.
(3.15) Das ist ein Vorwurf.

Als empirisches Testverfahren zur Ermittlung von Unterschieden zwischen der ersten Guppe von Antworten (3.08)-(3.11) und der zweiten Gruppe (3.12)-(3.15) ließen sich in gegebenen konkreten Handlungsfällen die Konsens-Dissens-Verhältnisse interner oder externer Beobachterurteile untersuchen. Hier können wir sicherlich für die erste Gruppe von Antworten (3.08)-(3.11) eine sehr viel größere *intersubjektive Übereinstimmung* erwarten als für die zweite Gruppe. Die Unterschiede hinsichtlich unserer Gewißheiten, mit der wir derartige Antworten geben, lassen sich indirekt bereits auch daran ermessen, daß wir in konkreten Interaktionssituationen Vergewisserungsfragen vom Typ (3.16)-(3.19) eher stellen und erwarten als solche vom Typ (3.20)-(3.23), die uns in konkreten Interaktionssituationen unakzeptabel erscheinen:

(3.16) Ist das eine Drohung?
(3.17) Ist das ein Versprechen?
(3.18) Ist das eine Frage?
(3.19) Soll das ein Vorwurf sein?

(3.20) Ist das eine Vereidigung?
(3.21) Ist das eine Segnung?
(3.22) Ist das eine Entlassung?
(3.24) Soll das eine Ernennung sein?

Daß Fragen wie unter (3.16)-(3.19) häufig in konkreten Handlungssituationen akzeptabel sind, verweist auf ein grundsätzliches Problem der empirischen Handlungsanalyse. Zwar können wir im allgemeinen die Bedingungen relativ

leicht angeben, die erfüllt sein müssen, damit der fragliche Sprechakt gelingt. Dieser Aufgabe hat sich bekanntlich vornehmlich die Sprechakttheorie eines bestimmten Formats gewidmet (vgl. § 5.2). So unterscheiden wir das Versprechen von der Drohung im wesentlichen dadurch, daß beim Versprechen die vom Sprecher im propositionalen Gehalt ausgedrückte zukünftige Handlung des Sprechers auch vom Hörer gewünscht, befürwortet u.ä. wird. Ob aber dies im konkreten Fall zutrifft, entzieht sich oft unserer Kenntnis und kann auch bei einer unterstellten Normalerwartung dessen, was präferierte Handlungen sind, nicht mit Gewißheit angegeben werden. Auch ist die Gefahr zu kontrollieren, inwieweit der Analysator unhinterfragt bei der Analyse bestimmten eigenen kultur- oder gruppenspezifischen Einstellungen aufsitzt, die nicht unbedingt die der Handelnden sind (vgl. Koerfer 1978: 66). Mit anderen Worten: Wenn auch die Gelingensbedingungen von Sprechhandlungstypen vollständig und klar formuliert sein sollten, bleibt uns in der empirischen Handlungsanalyse das Problem der Interpretation erhalten, welche (Arten von) Bedingungen welcher (Arten von) Sprechhandlungen erfüllt sind und welche nicht. Natürlich gibt es Bedingungen, deren empirische Überprüfung keine Schwierigkeiten bereitet. Weil wir keine Schwierigkeiten haben zu entscheiden, ob es sich um eine zukünftige Handlung des Sprechers oder eine zukünftige Handlung des Hörers handelt, verwechseln wir Aufforderungen nicht mit Versprechen. Gleichwohl können wir aber häufig nicht entscheiden, ob es sich bei einer fraglichen Äußerung um ein Versprechen oder um eine Drohung handelt, was als Fragestellung in Ansätzen der linguistischen Pragmatik durchaus systematisch aufgenommen wurde (vgl. § 3.5). Weiterhin sind die zu interpretierenden Interaktions-Verhältnisse noch in anderer Hinsicht nicht immer so klar und eindeutig, wie dies im Sinne einer *Eins-zu-eins-Zuordnung* von Äußerungen und Sprechhandlungstypen wünschenswert wäre. So geben wir auf die Frage (1.18) ('Was ist das für eine Sprechhandlung') etwa im oben mit dem Zeitungsbericht angeführten institutionsspezifischen Fall (der Vereidigung) zwar eine *eingliedrige* Anwort wie (3.24), in anderen Fällen aber häufig *mehrgliedrige* Antworten wie (3.25)-(3.29), die sich durch verschiedenartige Verknüpfungen und Spezifikationen auszeichnen:

(3.24) Das ist eine Vereidigung als Minister.

(3.25) Das ist sowohl ein Einwand als auch ein Vorwurf.
(3.26) Das ist sowohl eine Antwort als auch ein Vorwurf als auch eine Rechtfertigung.
(3.27) Das ist gegenüber Person X eine Antwort und gegenüber Person Y ein Einwand.
(3.28) Das ist teils eine Darstellung und teils eine Kritik.
(3.29) Das ist im ersten Teil ein Vorschlag und im zweiten Teil eine Begründung des Vorschlags.

Neben diesen beiden Haupttypen von ein- und mehrgliedrigen Handlungsbeschreibungen sowie den Sub-Typen werden weitere Varianten in den nachfolgenden Handlungsanalysen institutioneller wie nicht-institutioneller Kommunikation gleichermaßen auszudifferenzieren sein. Vorab sei hier ein Beispiel der Berichterstattung über einen institutionalisierten innerparteilichen Konfliktaustrag angeführt:

(3.30) In der Stellungnahme der sieben Vorstandsmitglieder heißt es weiter: Eine Mehrheit von neun Vorstandsmitgliedern (...) habe am 5. Dezember den UB-Vorsitzenden Heinemann der Lüge bezichtigt und ihm und weiteren Mitgliedern des Vorstandes parteischädigendes Verhalten vorgeworfen und darüber hinaus behauptet, daß Heinemann Partei und Fraktion spalte. Diese ehrabschneidenden Vorwürfe (...) seien ungeheuerlich und anmaßend. (Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 12.12.88)

Es handelt sich hier um klare Fälle von Vorwürfen, auch wenn zunächst im dritten Fall nur von einer Behauptung die Rede ist. Was hier inhaltlich behauptet wird, gilt zumindest in unserer Kultur als verpönt, schädlich oder allgemein negativ. Zu Recht kann deshalb auf die Bezichtigung (der Lüge), den Vorwurf (der Parteischädigung) und die Behauptung (der Spaltung) zusammenfassend mit dem Ausdruck "diese Vorwürfe" rückverwiesen werden, ohne daß der Leser Rezeptionsschwierigkeiten hätte. Die vorausgegangenen Beschreibungsvarianten mögen in diesem Beispiel der journalistischen Berichterstattung ausschließlich stilistisch motiviert sein. Sowohl im Alltag wie in der Analyse haben wir aber häufig weitere Gründe zur Differenzierung von Behauptung und Vorwurf, nämlich dann, wenn eine Behauptung sinnvollerweise noch bestritten werden kann. Wenn jedoch im folgenden für alle klar ist, daß der angesprochene Schüler zu spät gekommen ist, wäre die Beschreibung einer Lehreräußerung wie

(3.31) Du bist unpünktlich.

als Behauptung in jeder Hinsicht unterbestimmt. Sofern der Adressat, der den Vorwurf nicht mehr durch Bestreiten einer Behauptung zurückweisen kann, überhaupt reagiert, muß er dies durch eine Entschuldigung oder Rechtfertigung tun. Hingegen kann die obige Behauptung, daß Heinemann die Partei und Fraktion spalte, eventuell aus guten Gründen von Heinemann oder anderen noch bestritten werden, weswegen die Beschreibung der entsprechenden gemeinsamen Äußerung der sieben Vorstandsmitglieder als Behauptung sinnvoll ist. In dem folgenden konstruierten Dialog-Beispiel, mit dem die komplexe Beschreibungsvariante (3.26) illustriert werden soll, wäre die bloße Beschreibung der ersten Äußerung von B als Frage und die Beschreibung der zweiten Äußerung von A als Antwort, was zweifellos zutrifft, unangemessen sparsam:

(3.31) A Das ist Dir aber heute nicht besonders gelungen.

B Warum versuchst *Du* es nicht mal?
A Du läßt mich ja nie.
B Bei Deiner sprichwörtlichen Ungeschicklichkeit!

Hier wären bei einem geeignetem Kontext, in den eine entsprechend entwikkelte Interaktionsgeschichte zwischen A und B und das beiderseitige Wissen um diese Geschichte eingeht, drei Illokutionen für die zweite Äußerung von A anzunehmen, wobei vorausgesetzt wird, daß es sich bei B's erster Äußerung um eine Frage und einen Vorwurf handelt, A diese jedenfalls so verstanden hat. Auf die Frage, was A's zweite Äußerung für eine Handlung ist, würden wir dann antworten: Sie ist reaktiv eine Antwort auf B's Frage und ist reaktiv eine Rechtfertigung in bezug auf B's Vorwurf und ist initiativ ein Vorwurf gegenüber B. Die Lesart als Vorwurf können wir im gegebenen Beispiel insbesondere dadurch erhärten, daß B seinerseits mit seiner zweiten Äußerung auf A's zweite Äußerung wie auf einen Vorwurf reagiert, nämlich mit einer Äußerung, die auf der einmal eingeschlagenen Interpretationslinie wiederum als Rechtfertigung (in Bezug auf A's Vorwurf) aufgefaßt werden kann.

Hier sei zusammenfassend so viel festgehalten, daß durch die einleitend aufgeworfene Frage (1.18) (Was ist das für eine Sprechhandlung?), ein bestimmtes Antwortformat nahegelegt wird, das in zweifacher Hinsicht nicht unproblematisch ist. Zum einen war auf die Problematik der nahegelegten eingliedrigen Antworten schon verwiesen worden. Aber selbst wenn wir mehrgliedrige Antworten zulassen und etwa Antworten wie (3.26) geben, lassen wir zum anderen durch die weiterhin nahegelegte Antwortform weitere mögliche Modifikationen beiseite, deren Berücksichtigung einem höheren Maß intersubjektiver Übereinstimmung (auch externer Beobachter) förderlich wäre. So macht es einen Unterschied, ob wir uns für (3.33) oder (3.34) entscheiden:

(3.33) Bestimmte Äußerungen können in bestimmmten Kontexten sowohl Einwände als auch Vorwürfe sein.
(3.34) Bestimmte Äußerungen können in bestimmten Kontexten sowohl als Einwände als auch als Vorwürfe gemeint sein und/oder als solche verstanden werden.

Mit der Variante (3.34) können wir prinzipiell und eher die Frage berücksichtigen, was im einzelnen einen Aktanten/Beobachter dazu verleitet oder berechtigt, eine bestimmmte Äußerung als Die-und-die-Handlung zu verstehen; d.h. wir gehen den Gründen nach, die ein Teilnehmer/Beobachter als gute Gründe für sein Verständnis einer Äußerung auch dann geltend machen kann, wenn sich definitiv herausstellen sollte, daß sie von ihm anders verstanden wurde, als sie gemeint war. Nur so können wir überhaupt Fehlerquellen der (oben in § 3.1) aufgezeigten Art unterscheiden und aufspüren.

Die Variante (3.34) scheint von daher eher als (3.33) geeignet für eine Verstehenstheorie, die zugleich eine Mißverstehenstheorie in dem Sinn ist, daß Mehrdeutigkeiten bzw. Vagheiten der Kommunikation ein wesentliches, oft

produktives, oft unproduktives, aber jedenfalls nicht nur zufälliges Phänomen einer individuell nachlässigen, ungenauen Ausdrucksweise oder Verstehensweise sind (was sie sekundär aber natürlich auch sein können). Bevor solchen Divergenzen zwischen Meinen und Verstehen als systematischen Fehlschlägen der Kommunikation weiter nachgegangen wird (vgl § 3.5), soll zunächst eine für die weitere Analyse grundlegende Auffassung vom Umgang mit *Vagheiten*[5] der Kommunikation zum Ausdruck gebracht werden, die die Frage betrifft, wie 'strikt' denn die Handlungsanalyse sein kann.

3.2.2 Wie 'strikt' ist die Handlungsanalyse?

Um einem Mißverständnis der Frage vorzubeugen, das in der Annahme bestehen könnte, es handle sich um ein typisches Problem der pragmatischen Handlungsanalyse, sei eine Parallele zur Analyse von Vagheiten der Kommunikation gezogen, die sich ja nicht erst auf der pragmatischen, sondern bereits auf der syntaktischen und semantischen Ebene einstellen können. Hier kann es nicht der Zweck der Sprachanalyse sein, Vagheiten im Sinne einer Vereindeutigung scheinbar "aufzulösen", sondern ihre Aufgabe besteht darin, diese Vagheiten zu beschreiben und zu erklären, warum sie zustande kommen (lexikalische Mehrdeutigkeit, unklare (Ko-)Referenz usw.). Am Beispiel einer in Teilen mißverständlichen Sportberichterstattung seien die Möglichkeiten und Grenzen der Sprach- und Handlungsanalyse markiert. Wenn der Trainer des Hamburger Sportvereins, Willi Reimann, im Spielbericht einer Tageszeitung wie unter (3.35) zitiert wird, sind die nachfolgenden Lesarten (3.36)-(3.38) der zweiten zitierten Äußerung zunächst sämtlich nicht auszuschließen:

(3.35) "Wir hatten das Ding doch praktisch schon gewonnen, und das wäre nicht unverdient gewesen", sagte HSV-Trainer Willi Reimann und haderte ebenso wie seine empörten Spieler mit Schiedsrichter Strigel (Tuttlingen): "Kaltz ist vor dem Ausgleichstor von Riedle klar weggeschoben worden." Dieser für sie irreguläre Ausgleich (73.) des besten Bremer Stürmers war für alle Hamburger die Schlüsselszene im Nord-Derby. In der Tat verlieh Riedles Treffer den Bremern neue Kräfte (...). (Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 25.7.88)

(3.36) Riedle hat zunächst Kaltz weggeschoben und dann das Tor geschossen.

---

5 'Vagheit' wurde und wird hier hilfsweise als Oberbegriff für alle möglichen Formen von Unschärfe, Mehrdeutigkeit, Unklarheit usw. gebraucht; vgl. allgemein und zur Begriffsklärung Pinkal (1985), dem es um semantische Unbestimmtheit und die Logik des Unbestimmten geht, der jedoch Probleme der Unbestimmtheit der illokutiven Rolle von Äußerungen explizit (1985: 14) ausklammert.

(3.37) Riedle hat Kaltz weggeschoben, und dann hat ein anderer Spieler das Tor geschossen.
(3.38) Ein anderer Spieler hat Kaltz weggeschoben, und Riedle hat dann das Tor geschossen.

Die Mehrdeutigkeit der zweiten zitierten Äußerung von Trainer Reimann ist auch mit dem unmittelbar nachfolgenden Satz keineswegs um zumindest eine Variante reduziert, obwohl wir bereits dazu geneigt sein mögen, Riedle für den besten Bremer Stürmer und für den Torschützen zu halten. Erst im dann nachfolgenden Satz des Berichterstatters ("In der Tat verlieh Riedles Treffer den Bremern neue Kräfte") erfährt der Leser unzweifelhaft, wer der Torschütze war, wodurch zumindest nachträglich die Lesart (3.37) ausgeschlossen wird. Von den beiden anderen Lesarten kann aber allein aufgrund der im Text vorausgegangenen wie nachfolgenden Informationen keine mehr eliminiert werden. Weder der Leser noch der Analysator werden allein aufgrund der im WAZ-Artikel noch im gesamten Sportteil, also der im häufig sogenannten Ko-Text enthaltenen Informationen, d.h. ohne weitere externe Informationsquellen die Ambiguität der zweiten zitierten Äußerung (in 3.35) auflösen können. Es läßt sich jedoch gut erklären, inwiefern die unter journalistischem Anspruch einer verständlichen und hinreichend informativen Berichterstattung erfolgte Zitierung der Äußerung von Reimann als Handlung teilweise fehlschlägt. Die zitierte Aussage ist nämlich nur für situationsexterne Rezipienten ambig. Für den zitierten Trainer wie für den Interviewer wie für tausende von Zuschauern, die life oder per Fersehen dabei waren, ist sie nicht ambig. Ihre Kenntnis der Situation reicht soweit, daß sie wissen, ob Riedle der Schütze war und er oder ein Mitspieler aufgrund der vorausgegangenen zeitlichen und räumlichen Konstellation als Kandidat für ein Foul an Kaltz in Frage kommt. Dem Rezipientenkreis mit dieser Situationskenntnis gegenüber ist die Äußerung des Trainers klar verständlich und zudem außerordentlich ökonomisch. Vielleicht ist sie auch im Ko-Text des gesamten Interviews oder aufgrund des Umstandes, daß die zitierte Äußerung mit bestimmten Eigenschaften mündlicher Rede (Akzent, Pause) geäußert wird, gegenüber jedem Rezipienten unmißverständlich. Die Reimann'sche Handlung wäre dann als ingesamt erfolgreich anzusehen, und zwar sowohl unter dem Aspekt des *Inhaltsverstehens* als auch unter dem Aspekt des *Handlungsverstehens*: Wir verstehen die Äußerung als Vorwurf an die Adresse des Schiedsrichters, und wir verstehen sowohl den Inhalt des Vorwurfs (Foul nicht gepfiffen) als unter den angenommenen Wissensvoraussetzungen von Beteiligten auch, wer als Foulspieler bzw. Torschütze gemeint ist. In jedem Fall ist jedoch dem WAZ-Redakteur bei der Transformation der Reimann'schen Aussage im Interview zum Zitat in das situationsunabhängige Medium Zeitung die Handlung des situationsexternen Berichtens bzw. Zitierens teilweise fehlgeschlagen. Am Ende kennen wir zwar den Vorwurf des Trainers, wissen nach verzögerter

Information und einigen Rezeptionsmühen auch, wer der Schütze des Ausgleichtors ist, erfahren aber nicht, wer als Kandidat für das umstrittene Foul in Frage kommt.

Zweifellos ist die Ambiguität der zweiten zitierten Äußerung in diesem Fall der Berichterstattung unproduktiv. Das vorliegende Verständigungsproblem läßt sich als *Sprachformulierungsproblem* typisieren (vgl. Kindt/Weingarten 1984) und ist eindeutig dem Sprecher/Schreiber als Fehler anzulasten.[6] Allgemein können sich jedoch Vagheiten bzw. Ambiguitäten der Kommunikation sowohl auf der Betrachtungsebene von Propositionen (im Sinne von Inhaltsverstehen) wie von Handlungen (im Sinne von Handlungsverstehen) als produktiv erweisen. Verschiedene Formen von Vagheiten haben durchaus ihre alltagspraktischen Relevanzen und kommunikativen Funktionen, die in der analytischen Reflexion auf die Alltagspraxis nicht zu nivellieren, sondern herauszuarbeiten sind.[7] In jedem Fall muß sich die Sprach- und Handlungsanalyse davor hüten, Vagheiten der Kommunikation in Sinne einer Vereindeutigung aufzulösen. Wenn wir diese Vagheiten der Kommunikation insbesondere eben auch als Handlungsvagheiten nicht akzeptierten, müßten wir die Glaubwürdigkeit von Aktanten grundsätzlich (und nicht nur im Einzelfall) bezweifeln, wenn sie uns zu versichern suchen, daß sie eine Äußerung so und so und nicht anders gemeint haben, wozu sie sich verschiedener Varianten bedienen:

(3.39) Das ist kein Vorwurf, sondern (nur) eine Frage.
(3.40) Das ist nicht als Vorwurf gemeint.

Mit derartigen Versicherungen muß ja nicht bestritten werden, sondern kann unter Umständen nachfolgend explizit eingeräumt werden, daß ein Hörer gute Gründe hat, eine Äußerung anders zu verstehen, als sie gemeint war. Schließlich können Handlungen wie Handlungszuschreibungen gleichermaßen angefochten und verteidigt werden (vgl. § 2.5). Wirklich strittig bleiben allerdings nur die Fälle, in denen die handlungskonstitutive Kraft von Konventionen außerhalb und innerhalb von Institutionen nicht stark genug ist, eine Äußerung als Handlung eindeutig festzulegen. Es sollte deutlich geworden sein und weiterhin gemacht werden, daß sich das Problem von Handlungsvagheiten nur auf eine erst noch einzugrenzende Klasse von Sprechhandlungen erstreckt.

---

6 Insgesamt unterscheiden Kindt/Weingarten (1984) einerseits *Sachverhaltsformulierungs-* und *Sachverhaltsverstehensprobleme* und andererseits *Sprachformulierungs-* und *Sprachverstehensprobleme*. Sie beschränken sich in ihren Analysen offenbar auf die propositionale Ebene und lassen das Handlungsverstehen beiseite; vgl. zur Nützlichkeit und Praktikabilität solcher prinzipiellen Typologien oben § 3.1 sowie die von den Autoren selbst (1984: 200) problematisierte Orientierung an 'klaren Fällen'.

7 Vgl. etwa zum vagen Gebrauch von *ja* im Konjunktionalkomplex *ja aber* an Beispielen der Hochschulkommunikation Koerfer (1979).

Eine Reihe von Gegenbeispielen, die als institutionsspezifische Sprechhandlungen charakterisiert wurden, war schon angeführt worden. Es ist klar, daß ein Bundestagspräsident im gegebenen Fall am Ende ebensowenig bestreiten kann, daß es sich um eine Vereidigung gehandelt hat, wie ein Richter bestreiten kann, daß er das Urteil gesprochen hat, oder ein Pastor, daß er die Gemeinde gesegnet hat. Eine zu den vorausgegangen Versicherungen (3.39) oder (3.40) analoge Versicherung wie (3.41) würden wir in solchen Fällen als unakzeptabel zurückweisen:

(3.41) Das war nicht als Ernennung (Gerichtsurteil usw.) gemeint.

Bei solchen eindeutigen, institutionsspezifischen Handlungen wird sich ein Handelnder auch kaum darauf herausreden können, er habe nicht gewußt, was er tat. Wie mit Hinweisen auf das Studium von problematischen Verb-Adverb-Kombinationen bereits (in § 2.4) herausgearbeitet wurde, sind bestimmte Kombinationen in Fällen von institutionsspezifischen Handlungen von vornherein unsinnig. Auch in weiteren Fällen institutioneller wie aber auch nicht-institutioneller Kommunikation konnten wir uns durchaus auf eine "allgemein übliche Praxis" (im verallgemeinerten Sinn von Grice, vgl. § 2.2) berufen, in der bestimmte Verb-Adverb-Kombinationen eben *zulässig* oder *unzulässig*, *üblich* oder *unüblich* sind. Demgegenüber war die Aufmerksamkeit auf eine jeweils abweichende bzw. *andere* Praxis und schließlich auf eine Reihe strittiger Fälle gelenkt worden, in denen auch auf der Grenze zwischen Verhalten und Handeln eindeutige Zuordnungen nicht möglich sind bzw. ein entsprechendes Postulat zu einem binären Schematismus führte.

Um den Gang der weiteren Analysen zu verdeutlichen, sei an dieser Stelle eine Zwischenbilanz gezogen. Wie an weiteren Fällen gerade des institutionellen Handelns auszuführen ist, bleibt die Handlungsanalyse nicht nur insofern ihrem Gegenstand und dessen Eigenschaften verhaftet, als sie sich des elementaren Begriffsrahmens bedienen muß, den sie andererseits untersucht (vgl. oben §§ 2.3-2.4), sondern auch insofern, als auch die wissenschaftliche Analyse - wie die alltagspraktische Interpretation selbst - eben häufig nur in einem *Kontinuum* erfolgen kann, in dem die Verhaltens- und Handlungsweisen von Individuen als mehr oder weniger *absichtlich, willentlich, bewußt* usw. zu kennzeichnen sind. So unbefriedigend das sein mag, gilt dies im Prinzip für die ganze Liste der Oppositionen von Verhaltens- bzw. Handlungscharakterisierungen, wie sie oben (in § 2.4.2) mit Rescher und Brennenstuhl aufgeführt worden waren. So wird denn auch von Feinberg (1970/77: 222) die Frage nach der Freiwilligkeit des Handelns zusammenfassend als "eine Frage des Mehr oder Weniger" aufgefaßt, worauf unter dem damit eng verknüpften Aspekt der Verantwortlichkeit eines Handelnden noch im einzelnen (in § 4.2) einzugehen sein wird. Der Nutzen, den typologische Versuche aus der Analyse sogenannter klarer Fälle ziehen können, sei hier

nicht bestritten (vgl. unten § 5.2). Von einfachen und klaren Fällen, wie sie oben gerade auch zur institutionellen Kommunikation angeführt worden waren und wie sie im weiteren Analysegang noch herauszuarbeiten sind, sind unklare und strittige Fälle zu unterscheiden. Vor allem sind die 'Mehr oder Weniger'-Fälle zu berücksichtigen und nicht etwa zu unterschlagen oder zu nivellieren. Im Prinzip kann die Handlungsanalyse in diesem Sinn nicht "strikter" sein als die Zuschreibungspraktiken der Handelnden selbst, die deswegen als bestimmte Zuschreibungspraktiken in bestimmten Wirklichkeitsausschnitten zu untersuchen sind.

Die vorausgehend erörterten Probleme der Handlungsanalyse, die sich zuletzt auf die Frage der Berücksichtigung von verschiedenartigen Vagheiten der Kommunikation bezogen, sind keineswegs nur im Sinne einer empirischen Einzelfallanalyse zu berücksichtigen, die sich in kontingente Detailfragen verstrickt. Jedweden Irrtum gegenüber der Einzelfallanalyse zugestanden, die schon an der Fallbestimmung scheitern mag, geht es in der empirischen Handlungsanalyse primär weder um den Nachweis etwa einer konkreten Intention eines bestimmten Individuums, noch um den Nachweis einer von den Beteiligten anerkannten, aber ansonsten vereinzelten Konvention oder um den Nachweis eines von allen oder einigen Beteiligten geteilten konkreten Welt- und Handlungswissens usw. (um diese Nachweise geht es sekundär auch), sondern um die Nachweise, daß individuelle Einstellungen, Wissensbestände usw. auch bei institutionellem Handeln eine Rolle spielen, wobei weiterhin jeweils zu klären ist, welche Rolle sie typischerweise spielen. Es geht also nicht primär um die Rechtfertigung einzelner Handlungsbeschreibungen (darum geht es auch), sondern um die Rechtfertigung von Typen von Handlungsbeschreibungen im Rahmen einer empirischen Theorie institutioneller Kommunikation.

3.3 Handlungsplanung: Die subjektive Spannweite des Handelns

Das Problem der Erkennbarkeit von Intentionen ist nicht nur in der analytischen Handlungstheorie, sondern traditionell in der verstehenden Soziologie sowie gerade in neueren Entwicklungen auch der linguistischen Pragmatik behandelt worden. Ohne den Bogen zu überspannen, sei zunächst auf gewisse konzeptionelle Ähnlichkeiten der Behandlung bestimmter Aspekte des intentionalen Handelns in verschiedenen Wissenschaftstraditionen verwiesen. Die Verwandtschaften zwischen bestimmten Vertretern der analytischen Handlungstheorie und der verstehenden Soziologie scheinen manchmal enger zu sein als zwischen Vertretern innerhalb dieser Richtungen. Solche Verwandschaften sind natürlich nicht über Formulierungsähnlichkeiten zu ermitteln, sondern beispielsweise durch den Vergleich von solchen begrifflichen Kon-

zeptionen, mit denen allgemeine Aspekte menschlichen Handelns im Zusammenhang erfaßt oder aber isoliert betrachtet werden. Unterschiede und Gemeinsamkeiten lassen sich etwa daran bemessen, inwieweit Fragen nach dem Zusammenhang *sprachlicher*, *sozialer* und *mentaler* Prozesse beim sprachlichen Handeln in theoretischen Konzeptionen und empirischen Analysen integriert oder aber ignoriert werden. Ihre Integration ist in den mit Sprache und sprachlichen Handlungen befaßten Wissenschaften keine Selbstverständlichkeit, wie sich wissenschaftsgeschichtlich an verschiedenen engeren und weiteren Bestimmungen des wissenschaftlichen Gegenstandsbereichs ablesen läßt. Ausdruck davon sind etwa die "Bindestrich-Wissenschaften" wie *Psycho-*, *Sozio-Linguistik* usw., aber auch Wissenschaftsnamen wie *Sprachsoziologie*.

Hinsichtlich eines integrativen Ansatzes sei hier auf eine gewisse Verwandtschaft zwischen Austins rudimentär ausgeführter Konzeption der "internen Maschinerie des Handelns", das sich in verschiedene Stadien (der Informationsgewinnung, Situationseinschätzung, Planung, Entscheidung, Ausführung usw.) aufteilen läßt,[8] und der bewußtseinsphänomenologischen Theorie des Handelns und Handlungsverstehens von Schütz, der die situativen, motivationalen und kognitiven Bedingungen für die Wahl und Ausführung von Handlungsentwürfen unterschiedlicher Spannweite herausstellt,[9] nur verwiesen. Hier wären historische und vergleichende Untersuchungen der Behandlung des Problems der Intentionalität in verschiedenen Wissenschaftstraditionen ebenso anzuschließen wie zur Behandlung des Konventionalitätsproblems, wenn es um zeichenvermittelte Prozesse des Verstehens und der Verständigung geht.

Schließlich sei in diesem Zusammenhang angemerkt, daß Schütz in der Rezeption wesentlich auf seine Ausführungen zum subjektiv gemeinten Sinn verkürzt wurde und seine Überlegungen zur intersubjektiven Verständigung qua sprachlichem Zeichen in Rede und Gespräch weitgehend vernachlässigt wurden (vgl. z.B. 1932/74: 153-193 und 1955/71). In umfangreichen Analysen von gewohnheitsmäßigen Akten der wechselseitigen Sinnsetzung und Sinndeutung differenziert Schütz - in Anlehnung an Husserl - zwischen der *objektiven Zeichenbedeutung* einerseits und dem *subjektiven* und *okkasionellen Sinn* andererseits, den *Sinnfransen* oder dem *Hintersinn*, der dem 'identischen Kern' des Zeichens in seinem Gebrauch in Rede und Gespräch zuwächst. In einer moderneren Terminologie finden wir diese Differenzie-

---

8 Die Grundidee und Grundbegrifflichkeiten Austins (1957/1977 und 1966/1975) sind von Rehbein (1977: 137ff.) aufgenommen und mit der Differenzierung und Detaillierung von 'Stadien des Handlungsprozesses' theoretisch und empirisch weiterentwickelt worden.

9 Vgl. z.B. Schütz (1951/1971 und 1953/71) und unten das Beispiel speziell zur Frage der subjektiven Spannweite des Entwurfs eines Handelnden.

rungen von Schütz sowohl in der begrifflichen Unterscheidung von *Denotation* und *Konnotation* als auch im Begriff der *Indexikalität* von sprachlichen Zeichen wieder. Dabei ist die Auffassung von 'objektiver Bedeutung' eines Zeichens als 'idealer Gegenständlichkeit' nach Schütz (1932/74: 44f.) keineswegs mit dem Begriff des *objektiven Sinns* von sprachlichen und nichtsprachlichen Handlungen zu verwechseln, wie dies im folgenden ausgeführt wird.

Was mit dem Diktum der *Intentionalität unter einer Beschreibung* in der analytischen Handlungstheorie als Beschreibungsproblem akzentuiert wird (vgl. § 2.5), wird in der verstehenden Soziologie als Beobachtungsproblem aus der Perspektive des Fremdverstehens herausgestellt. Die in diesem Zusammenhang grundlegende Unterscheidung zwischen alltagsweltlichem und wissenschaftlichem Fremdverstehen war in ihrer Relevanz für eine sinnverstehende Theoriebildung bereits einführend (in § 2.1) thematisiert worden. Die Mehrschichtigkeit des Fremdverstehens insgesamt korrespondiert mit den verschiedensten Stufen im 'sinnhaften Aufbau der Sozialwelt' in einer Weise, nach der mit der Entfernung von der inhaltserfüllten Wirbeziehung in der unmittelbaren Umwelt und Hinwendung zur bloß mittelbaren Ihrbeziehung in der Mitwelt ein Prozeß der fortschreitenden Anonymisierung einsetzt, in dem alter ego sowie sein Handeln und seine Motive wesentlich nur *typisierend* erfaßt werden können. Hierin liegen zugleich die Möglichkeiten und Grenzen des Verstehens (vgl. Koerfer 1978: 59ff.), die hier in gedrängter Form und an einem Beispiel von Schütz selbst skizziert seien, bevor auf die Problematik seines Verstehensbegriffs nachfolgend (in § 3.4) näher eingegangen werden kann.

Es handelt sich um eine Frage-Antwort-Sequenz, an der Schütz (1953/71: 25ff.) exemplarisch erläutert, daß "jede soziale Wirkensbeziehung" bereits auf bestimmten Konstruktionen des Alltagsdenkens gegründet ist, "die sich auf das Verstehen des Anderen und des Handlungsmusters im allgemeinen beziehen." Seine Erläuterungen beziehen sich auf die einfache Frage:

(3.42) Wo ist die Tinte?

Hier geht es zunächst um die spezifische Art der Verschränkung von zwei *Motivtypen*, wie sie von Schütz grundsätzlich unterschieden wurden: Um-zu-Motive verweisen auf entworfene Zustände und die Konstituierung der Handlung, Weil-Motive dagegen auf vergangene Erfahrung und die Konstituierung des Entwurfs selbst.[10] Im gegebenen Beispiel wird das Verstehen des Um-zu-Motivs des Fragenden, nämlich adäquate Auskunft zu erlangen, zum Weil-Motiv der Handlung des Befragten, entsprechend Auskunft zu geben.

10 Vgl. über den kurzen Überblick in Schütz (1953/71: 22ff.) hinaus die ausführlichen Erörterungen in Schütz (1932/74: 50ff., 74ff., 115ff.) sowie Schütz/Luckmann (1975/1979, Bd.1: 253ff.).

Eine Verstehensleistung bis zu diesem Umfang gelingt überhaupt nur mit der Unterstellung eines gemeinsamen Wissensvorrats, und das heißt hier neben einer als gemeinsam unterstellten Sprache insbesondere einem mehr oder weniger geteilten Vorrat an Motivtypen. Schütz behandelt diesen Aspekt des Verstehens unter der *Generalthese der Reziprozität der Perspektiven* und verweist damit auf die Intersubjektivität menschlichen Handelns und Wissens.[11] Das Verstehensproblem verschärft sich jedoch in dem Maße, in dem sich die *Spannweite des Entwurfs* des Handelnden vergrößert. Diese Spannweite des Entwurfs verweist auf die 'subjektive Konstitution der Einheit des Handelns', womit sich aus der Fremdperspektive grundsätzlich ein Abgrenzungsproblem ergibt. Da letztlich nur der Handelnde selbst über seine Entwürfe oder Handlungspläne verfügt, erfährt sein Partner möglicherweise nur einzelne *Teilhandlungen* eines Gesamthandelns, und sein Verstehen bleibt auf solche Fragmente des Handelns reduziert. Im gegebenen Beispiel wird der Partner einem Dritten gegenüber nur die Auskunft erteilen können, daß der zuerst Handelnde habe wissen wollen, wo die Tinte sei. Die eventuell bestehende Kette von Um-zu-Motiven des Gesamthandelns bleibt dem Befragten verschlossen, also etwa daß der Fragende nach der Tinte suchte, um einen Federhalter zu füllen, mit dem er einen Antrag an den Stipendienausschuß schreiben will usw. Hingegen bildet für den Handelnden selbst die Kette der Teil-Projekte aufgrund der Spannweite seines ursprünglichen Plans eine Einheit auch dann, wenn ein Glied der Kette ausfällt. Er kann auch über alternative Teil-Projekte sein Gesamtziel erreichen.

Sowohl aus der zweiten Perspektive (des Mit-Handelnden) als auch aus der dritten Perspektive (des natürlichen oder wissenschaftlichen Beobachters) ist jedoch in bezug auf das Gesamthandeln des Fragenden ein defizitärer Kenntnisstand anzunehmen. Daß die Kenntnislücke hinsichtlich weiterer Glieder der Kette von Um-zu-Motiven in der Regel auch in solchen Fällen noch ein Stück weit geschlossen werden kann (und zwar mittels praktischer Schlüsse, vgl. § 3.6) und das Beispiel von Schütz von daher schlecht gewählt bzw. zu eng ausgelegt ist, ist eine andere, in diesem Zusammenhang zweitrangige Frage, auf die hier nur kurz eingegangen werden soll. Wie Schütz betont, bildet die Kette der Teil-Projekte für den Handelnden selbst auch dann eine Einheit, wenn ein Glied der Kette ersetzt wird oder ausfällt:

> Die Spannweite des ursprünglichen Entwurfs schmiedet die Kette der Teil-Projekte in eine Einheit. Dies wird in folgender Überlegung klar: die Kette verbundener Teilhandlungen, von denen eine jede entworfen wurde, um einen Zustand zu verwirklichen, der nur ein 'Mittel' zur Erreichung des entworfenen Zwecks ist,

---

11 Vgl. z.B. auch Schütz (1955/71: 360ff.); besonders Cicourel hat unter der Fragestellung der für alle Kommunikation basalen Interpretationsverfahren das Konzept der 'Reziprozität der Perspektiven' von Schütz übernommen und ausdifferenziert und erweitert, vgl. Cicourel (1970/73: 176ff.) und (1975: 31ff., 89ff.).

> kann in bestimmten Gliedern durch andere ersetzt werden, oder es dürfen sogar Glieder ausfallen, ohne den Entwurf irgendwie zu verändern. (Schütz 1953/71:27)

Wie Schütz aus der Perspektive des Handelnden fortfährt, kann ich auch eine Schreibmaschine benutzen, wenn sich keine Tinte findet. Genau diesen Vorschlag kann aber nun auch der Befragte seinerseits machen, sofern er nicht nur auf die Frage (3.42) als "bloße" Frage reagiert, sondern sich weiterhin kooperativ verhält und im gegebenen Frage-Fall entsprechend der erkennbar entworfenen Handlungszwecke reagiert. An den Reaktionen der Mit-Handelnden lassen sich ihre (Er-)Kenntnisse ablesen. Auch hier wird generelles Handlungswissen (über Fragen) und spezifisches Welt-Wissen (über Schreibmittel) eine Rolle spielen müssen, damit in Form von praktischen Schlüssen (vgl. unten § 3.6) nicht nur Um-zu-Motive des ersten Gliedes (Auskunft wollen), sondern der weiteren Kette zu Weil-Motiven des Interaktionspartners werden können. Wer nach der Tinte gefragt wird und nicht weiß, wo sie ist, kann eben dennoch aufgrund seines kulturellen Wissens über den Gebrauch von Tinte auf weitere entworfene Zwecke des Fragenden schließen und bei entsprechender Kooperationsbereitschaft seinen eigenen Füllfederhalter oder seine Schreibmaschine anbieten; dieses Schreibmittel eher als einen Bleistift, und zwar wiederum aufgrund des Wissens, daß jemand, der als Angehöriger einer bestimmten Schreibkultur nach Tinte fragt, die Anfertigung eines Schriftstücks eines bestimmten Typs (Lebenslauf, Antrag u.ä.) beabsichtigt. Diese Art der kooperativen Perspektivenübernahme wird zumindest bei der Beispielinterpretation von Schütz vernachlässigt.

Mit Schütz (1932/74: 42ff.) festzuhalten ist jedoch die prinzipiell gegebene Verstehensproblematik, die er in der ihm eigenen und an Weber angelehnten Terminologie auf den Begriff zu bringen sucht. Danach ist in allgemeiner Form zu unterscheiden zwischen einem *subjektiven Sinn S,* den ein Handelnder A mit seinem Handeln H verbindet, und dem *objektiven Sinn*, den einerseits ein natürlicher Beobachter B im Alltag als *Sinn S'* und den andererseits ein Soziologe C als *Sinn S''* dem Handeln H beilegt. Der subjektive Sinn S kann auch bei optimaler Deutung von B und C nur annäherungsweise erfaßt werden, und er bleibt insofern nach Schütz ein 'Limesbegriff'. Damit muß die Problematik, die in der Unterscheidung von subjektivem und objektivem Sinn liegt, zunächst nicht übernommen werden: "Mit der Behauptung, S' und S" seien objektive Sinngehalte, ist also zunächst nicht mehr gesagt, als daß S' und S" von S verschieden sind" (1932/74: 42). Auf die Unterscheidung von subjektivem und objektivem Sinn, die auch Schütz selbst später (1958/72: 257) als "eine unglückliche, aber heute allgemein anerkannte Terminologie der Sozialwissenschaften" kennzeichnet,[12] wird allerdings nochmals

[12] Vgl. auch dort (1958/72) seine Bemerkungen zur "komplizierten Dialektik" des subjektiven und objektiven Sinns unter dem Aspekt der Verantwortlichkeit. Auf

zurückzukommen sein, wenn es um Intentionen geht, die nicht nur aus der Fremdperspektive, sondern (gerade) auch aus der Eigenperspektive schwer zugänglich sind. Unabhängig vom Problem der Terminologie sind jedoch zuvor die prinzipiellen Grenzen der Schütz'schen Verstehenstheorie selbst zu markieren, die sich für eine Handlungsanalyse speziell der institutionellen Kommunikation als nicht hinreichend erweist.

3.4 Lebenswelt und Institution

Was in der weiteren Analyse des institutionellen Handelns im einzelnen herauszuarbeiten ist, soll hier in einer Zwischenbetrachtung zum Verhältnis von *Lebenswelt* und *Institution* vorgreifend verdeutlicht werden. Diese Fragestellung soll zugleich zum Anlaß für eine kritische Auseinandersetzung sowohl mit dem Begriff von Lebenswelt, wie er in der phänomenologischen Tradition besonders von Schütz verwendet wird, als auch mit einem in dieser Tradition vorherrschenden Verstehensbegriff genommen werden, der sich in einer zunächst stark harmonisierenden Variante gegenüber vielfältigen Formen des Mißverstehens und der Nicht-Verständigung als zu restriktiv erweist. Keinesfalls können die folgenden kurzen, teils thesenartig unter den Punkten (1)-(14) vorgetragenen Überlegungen zum Verhältnis von Lebenswelt und Institution der Entwicklung Rechnung tragen, die in der Tradition von Schütz zu erheblichen Differenzierungen und Ergänzungen sowohl zum Konzept der Lebensweltanalyse als auch zum Verstehensbegriff geführt haben.[13] Von daher dienen gerade die zu Beginn thesenartig gehaltenen Kritikpunkte (2)-(4) lediglich zur Einführung in eine Problematik, die in der Tradition der phänomenologischen Lebensweltanalyse entfaltet und sowohl in dieser wie in philosophisch-soziologisch bzw. sprechhandlungswissenschaftlich orientierten theoretischen und empirischen Konzeptionen weiterent-

die Problematik der Unterscheidung von subjektivem und objektivem Sinn kann hier nicht prinzipiell eingegangen werden. Beide Begriffe sollen hier als Arbeitsbegriffe benutzt und ihre provisorischen Verwendungsweisen (hoffentlich) im jeweiligen Kontext und in Auseinandersetzung mit spezifischen Gebrauchsweisen in der Literatur deutlich werden.

13 Verwiesen sei hier zunächst pauschal auf Schütz/Luckmann (1975/79), Berger/Luckmann (1966/1980) und Luckmann (1972); Detaillierungen sind später nachzutragen; vgl. allgemein zur Diskussion des Lebensweltbegriffs die einleitend (§ 1.4) angeführte Literatur.

wickelt worden ist. Hier zunächst der Überblick über die Themenkomplexe (1)-(14), die nachfolgend kapitelübergreifend (§§ 3.4.1-3.4.4) behandelt werden sollen.

1. Der problematische Charakter von Verständigung
2. Lebenswelt des Alltags und geschlossene Sinnbereiche
3. Die Brüchigkeit der Generalthese der Reziprozität der Perspektiven
4. Approximatives Verstehen versus Mißverstehen und Nicht-Verständigung
5. Kommunikatives und strategisches Handeln
6. Sozial- und Systemintegration
7. Identifizierungs- und Zuordnungsproblematik
8. Institutionsbegriff
9. Institutionstypen
10. Interpretation als Dauerleistung und Ausnahmeleistung
11. Alltägliche Lebenswelt und institutioneller Alltag
12. Institutionswissen erster und zweiter Stufe
13. Soziale Verteilung des Wissens und graduelle Wissens-Differenzen
14. Strukturtypen des Aktantenwissens

(1) *Der problematische Charakter von Verständigung*. Insofern wir uns mit unserer Gesamtfragestellung einer Handlungsanalyse *institutioneller* Kommunikation bereits auf Verstehens- und Verständigungsprobleme einer besonderen Art konzentrieren, sind vorab einige klarstellende Bemerkungen zu eben *dieser* Analyseperspektive nötig. Auch eine Analyse institutioneller Kommunikation hat zunächst dem "problematischen Charakter von Verständigung" grundsätzlich Rechnung zu tragen, dem *jede* Kommunikation unterliegt, was Kallmeyer zu Beginn seiner Untersuchungen von "Verständigungsproblemen in Alltagsgesprächen"[14] folgendermaßen umreißt:

> Verständigungsprobleme sind eine alltägliche Erscheinung, und zwar so alltäglich, daß sie uns nur noch in besonders komplizierten Fällen als praktisches Problem bewußt werden, weil wir dann ihrer Bewältigung besondere Aufmerksamkeit widmen müssen. Unsere Verständigungsroutine darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß Verständigung prinzipiell problematisch ist wegen der Unvergleichbarkeit der beteiligten Individuen, von denen jeder seine eigenen Erfahrungen, sein spezifisches Vorwissen und seine eigenen Relevanzsysteme hat. Wegen des problematischen Charakters von Verständigung ist Verständnissicherung fester Bestandteil unseres kommunikativen Verhaltens. (Kallmeyer 1977: 52)

---

14 Bei dem Beispiel für ein "Alltagsgespräch", das Kallmeyer als Ausgangsbeispiel detailliert untersucht, handelt es sich um ein Gespräch zwischen Angehörigen eines Universitätsinstituts; wir werden später auf diesen Aspekt, daß eben auch in Institutionen "Alltagsgespräche" stattfinden, zurückkommen.

Neben den immer schon manifest problematischen "Verständigungsroutinen", die wir gleichermaßen in institutioneller wie nicht-institutioneller Kommunikation erwarten können, müssen wir freilich in bestimmten Typen institutioneller Kommunikation deswegen stärker mit den "besonders komplizierten Fällen" rechnen, weil sich dort das Problem der "Unvergleichbarkeit der beteiligten Individuen" in allen von Kallmeyer genannten Hinsichten (Erfahrung, Vorwissen, Relevanzsysteme) zunehmend zu verschärfen scheint: etwa ausgehend von der Differenz zwischen Nachbarn beim nachbarschaftlichen Handeln über die Differenz zwischen Fachärzten beim kollegialen Handeln bis hin zur Differenz zwischen Arzt und Patient bei der Visite, die dem Patienten erheblich mehr bzw. andere Interpretationsleistungen abverlangt als dem Nachbarn oder Arzt. Gleichwohl können wir hier wie dort davon ausgehen, daß Kommunikation von den Beteiligten sowohl Interpretation als *Normal*-Leistung wie auch als *Extra*-Leistung abverlangt (vgl. unten Punkt 10), wobei das relative Gewicht letztlich nur empirisch ermittelt werden kann. Unter diesem Aspekt sind die nachfolgenden Überlegungen nicht schon von dichotomischen Vorannahmen (über die Differenz von institutionellem und nicht-institutionellem Handeln) geleitet, wenngleich insgesamt - wie gesagt - beim institutionellen Handeln von Verstehens- und Verständigungsproblemen besonderer Art auszugehen ist.

3.4.1 Lebensweltliche Orientierung: Der problematisch gewordene Sinnhorizont des Verstehens und der Verständigung

(2) *Lebenswelt des Alltags und geschlossene Sinnbereiche*. Eine Lebensweltanalyse, die auf eine ganzheitliche Lebenswelt des (sic!) Alltags setzt, muß für eine Institutionsanalyse zu kurz greifen, für die nicht länger mehr von einem durchgängig sinnstiftenden Horizont der *einen (sic!)* Lebenswelt ausgegangen werden kann. Die strukturellen Beschränkungen des Verstehens und der Verständigung können mit einer weiteren Differenzierung über den Begriff des 'geschlossenen Sinnbereichs', der sich auf besondere Welten wie die Traumwelt oder die Welt der Kunst oder der Wissenschaft mit je eigenen Erkenntnisstilen bezieht, nicht zureichend erfaßt werden. Damit soll weder der von Schütz (1945/71: 264) betonte Status der Alltagswelt "als oberste oder ausgezeichnete Wirklichkeit" bestritten noch sein Konzept der "multiblen Welten bzw. Realitäten" insgesamt verworfen werden; vielmehr ist ihm eine schärfere Fassung zu geben. Angesichts gesellschaftlicher Prozesse der Differenzierung und Spezialisierung bedarf es sowohl der Korrektur eines einheitlichen und ganzheitlichen Begriffs der Alltagswelt als auch spezifischer Ableitungen einzelner Sinnbereiche, die dann auch später bei Berger/Luckmann (1966/80: 89ff.) als Folge "institutionaler Auffächerung"

untersucht werden. Hierbei nehmen sie eine Perspektive ein, nach der sich das Verstehens- und Verständigungsproblem als ein Problem des zunehmenden Verlustes von "allgemeinverbindlich sinnhafter Integration" auffassen läßt:

> Die Aufgliederung der institutionellen Ordnung und die mit ihr einhergehende Zuteilung von Wissen muß zu der Schwierigkeit führen, integrationsfähige Bedeutungen zu schaffen, die für die ganze Gesellschaft gelten und einen allgemeinverbindlichen Zusammenhang objektiver Sinnhaftigkeit für bruchstückhafte Erfahrung des Einzelnen und sein bruchstückhaftes Wissen eingehen. (Berger/Luckmann 1966/80: 89)

Die im Prozeß institutioneller Ausdifferenzierung angelegte Tendenz der Gefährdung sinnhafter Integration muß jedoch zugleich Zweifel an einer durchgängigen handlungspraktischen Wirksamkeit von Idealisierungen aufkommen lassen, wie sie etwa Schütz mit seiner Formulierung der Generalthese der Reziprozität der Perspektiven berücksichtigt hat, nämlich der Idealisierung (1) der *Vertauschbarkeit der Standpunkte* sowie (2) der *Kongruenz der Relevanzsysteme*. Dabei schreibt Schütz der Generalthese insgesamt folgende wesentliche Funktion zu: "Diese Generalthese der Reziprozität der Perspektiven ist eine Voraussetzung für eine Welt gemeinsamer Gegenstände und dadurch der wechselseitigen Verständigung" (1955/71: 365). Diese grundlegende Funktion wird an anderer Stelle gleichsam als Überbrückungsfunktion der beiden genannten Idealisierungen spezifiziert: "Das Alltagsdenken überwindet (durch diese Idealisierungen - A.K.) die Differenzen individueller Perspektiven" (1953/71: 13). Von daher kann das Alltagsdenken mit dem Problem der sozialen Verteilung des Wissens gleichsam unproblematisch umgehen:

> Wissen ist sozial verteilt. Die Generalthese der reziproken Perspektiven überwindet zwar die Schwierigkeit, daß mein tatsächliches Wissen nur das potentielle Wissen meiner Mitmenschen ist und umgekehrt. Aber der *tatsächlich* verfügbare Wissensvorrat ist von einem Individuum zum anderen verschieden, und das Alltagsdenken berücksichtigt diese Tatsache. Nicht nur, *was* ein einzelner weiß, unterscheidet sich vom Wissen seines Nachbarn, sondern auch, *wie* beide die 'gleichen' Tatsachen kennen. (Schütz 1953/71: 16)

Die Problematik einer harmonisierenden Auffassung von Verstehen und Verständigung, nach der das Alltagsdenken die Nicht-Übereinstimmung von Wissen zu überwinden vermag, kommt in den Blick, wenn man die Perspektive zwischen Nachbarn etwa zugunsten der Perspektive zwischen Schülern und Lehrern, Angeklagten und Staatsanwälten, Patienten und Ärzten usw. wechselt, und das soll zunächst einmal - mit zurückhaltender Kritik - nur heißen, eine Differenz annimmt, die sich nach Umfang, Art, Gewicht usw. von der "Differenz individueller Perspektiven", wie man sie für nachbarliches Handeln unterstellen mag, erheblich unterscheidet. Solchen Unterschieden zwischen dem Gespräch über den Gartenzaun und einem (Kreuz-)Verhör über die Gerichtsschranke gilt es weiter nachzugehen, um spezifische Probleme des

Verstehens und der Verständigung gerade auch in Institutionen herausarbeiten zu können.

(3) *Die Brüchigkeit der Generalthese der Reziprozität der Perspektiven*. Mit der oben mit Berger/Luckmann skizzierten Entwicklung institutioneller Ausdifferenzierung und ihrer Folgen wird eine schärfere Fassung des Übersetzungsproblems zwischen verschiedenen relativ autonomen Sinnwelten erforderlich, deren kommunikativer Austausch untereinander kaum noch reibungslos im Rückgriff auf Alltagswissen und Alltagssprache gelingt. Im Verhältnis von gesellschaftlichem Allgemeinwissen und Sonderwissen sowie von Allgemeinsprache und Sondersprache mag sich das von Schütz /Luckmann (1975/79: 356-392) präziser beschriebene Problem der Ungleichmäßigkeit der sozialen Verteilung des Wissens - die im komplexen Fall durch Ungleichmäßigkeit der Verteilung des Allgemeinwissens selbst gekennzeichnet ist - bis zu dem Grenzfall auswachsen, in dem "Kommunikation innerhalb der Gesellschaft kaum noch möglich" ist (378). Aber auch schon der von Schütz/Luckmann angenommene Trend des wachsenden Abstands zwischen Laien- und Expertenwissen verweist auf grundlegende strukturelle Beschränkungen, die mit einem harmonisierenden Modell des Verstehens und der Verständigung, wie es in einem traditionellen Konzept von Lebensweltanalyse zum Tragen kommt,[15] nicht adäquat zu erfassen sind. Im spezifischen Zusammenprall von 'alltäglicher Lebenswelt' der Institutions-Laien und 'institutionellem Alltag' der Institutionsvertreter, die im Unterschied zum frühen Schütz (1932/72) später bei Schütz/Luckmann (1975: 113ff.) auch nicht mehr einheitlich als personale Typen gefaßt werden,[16] wird die von Schütz formulierte Generalthese der Reziprozität der Perspektiven zunehmend brüchig,[17] werden jedenfalls die kontrafaktisch gemachten Idealisierungen ihrer alltagspraktischen Wirksamkeit weitgehend beraubt, kann ebensowenig durchgängig von einem als gemeinsam unterstellten Motiv- und Wissensvorrat wie trotz der Zugehörigkeit zu einer Sprachgemeinschaft (aufgrund der

15 Es sei hier als Interpretationsproblem dahingestellt, inwieweit bei Schütz/Luckmann (1975/79) zu Beginn eine solche Lebensweltanalyse noch vorherrscht und inwieweit die ersten mit den letzten Kapiteln kontrastieren.

16 Neben den charakterologischen bzw. habituellen personalen Typen bei Schütz (1932/74: bes. 273ff.) wird später bei Schütz/Luckmann (1975/79: 113) noch der Funktionärstyp unterschieden, vgl. auch unten § 5.1.

17 Deren Einzelbestimmungen sind als alltagsweltlich wirksame Idealisierungen ohnehin eher auf unproblematische Situationen zugeschnitten und am Modell störungsfreier Kommunikation orientiert; vgl. im einzelnen die von Soeffner (1984: 197f.) in Anlehnung an Schütz und Habermas zusammengestellten kontrafaktisch wirksamen Maximen des Alltagshandelns. Auf die besondere Idealisierung der Rationalitätsunterstellung kommen wir unter dem Aspekt der Handlungsrationalität (in § 4.3) zurück.

Entwicklung von Fachsprachen und der institutionellen Terminologisierung der Alltagssprache) von einer als gemeinsam unterstellten Sprache ausgegangen werden; es kommt deswegen insgesamt unter dem Aspekt des Verstehens und der Verständigung in systematischer Weise zu Fehlschlägen der Kommunikation, die auch mit dem Begriff des *approximativen Verstehens* subjektiven Sinns nicht hinreichend erfaßt werden können.

(4) *Approximatives Verstehen versus Mißverstehen/Nicht-Verständigung*. Der subjektive Sinn wird bei Schütz derart als Limesbegriff gefaßt, daß wir lediglich mit Beschränkungen des Verstehens, die alltagspraktischen Erfordernissen nach hinreichender Klarheit geschuldet sind, rechnen müssen. In der natürlichen Einstellung trachten wir nach Schütz keineswegs nach einer expliziten Erfassung subjektiven Sinns:

> Wir brechen vielmehr im täglichen Leben unsere Bemühungen um die Sinndeutung des Partners auf jener Klarheitsstufe ab, deren Erreichung durch unsere Interessenlage bedingt ist, oder mit anderen Worten, die für unsere Orientierung unseres Verhaltens gerade noch relevant sind (...) Insofern können wir von jeder Sinndeutung der Sozialwelt sagen, daß sie *'pragmatisch bedingt'* sei. (Schütz 1932/74: 49)

Mit dieser Akzentuierung einer pragmatisch bedingten Vernachlässigung einer möglichst expliziten Erfassung subjektiven Sinns, der immer nur annäherungsweise erfaßt werden kann,[18] wird aber nur eine Seite des Verstehensproblems herausgestellt, dessen andere Seite die ist, daß die subjektive Anstrengung des Verstehens hinter den interessenbedingten Orientierungserfordernissen zurückbleiben kann, und zwar aus sehr verschiedenen Gründen, was mit Schütz' Verstehensbegriff schwerlich abzudecken ist.[19] Daß etwa Handlungszwecke gegenüber dem Partner und entgegen seinen Interessen verdeckt verfolgt werden und die subjektive Spannweite des Handelns aus strategischen Gründen gerade unerkannt bleiben soll oder der Sinn bestimmter institutioneller Handlungen gegenüber den Institutions-Laien systematisch

---

18 Vgl. Schütz (1932/74: z.B. 42, 139, 181, 229).

19 In der Auslassung im obigen Zitat räumt Schütz (1932/74) zwar die Möglichkeit ein, daß wir anders vorgehen (als die Deutungstätigkeit schon in einer relativ oberflächlichen Schicht abzubrechen), "wenn wir, an dem sich offenbar darbietenden Sinn zweifelnd, etwa fragen: Was meint unser Partner mit seiner Äußerung? usf." (49). Aber Schütz geht diesem Problem nicht systematisch nach, also auch nicht der Frage, wodurch der Zweifel begründet sein könnte und wie wir mit diesem Zweifel in der Alltagspraxis umgehen. Mit der Annahme, daß "unter 'subjektivem Sinn' der fremde 'gemeinte Sinn' verstanden wird, der immer auch bei optimaler Deutung ein Limesbegriff bleibt" (ebd.), werden lediglich prinzipielle Beschränkungen erfaßt, denen jede Deutung unterliegt, nicht die Beschränkungen des Verstehens in spezifischen sozialen Kontexten.

verstellt und unzugänglich ist (vgl. § 3.5), ist mit einem Begriff des approximativen Verstehens, wie ihn Schütz nahelegt, nicht adäquat zu erfassen.[20] Zu beachten ist, daß Mißverstehen und Nicht-Verstehen bzw. Nicht-Verständigung, d.h. eben auch Täuschung und Manipulation, bei Schütz zunächst keine relevanten theoretischen Begriffe sind. Um es pointiert zu sagen: Zunächst kann alles in demselben Maße näherungsweise verstanden werden oder unverstanden bleiben.

3.4.2 Das zweistufige Gesellschaftskonzept: Lebenswelt und System

(5) *Kommunikatives und strategisches Handeln*. In seiner "Theorie des kommunikativen Handelns" knüpft Habermas (1981) mit kritischem Vorbehalt zwar an das Konzept der Lebensweltanalyse an, wie es (in der Tradition) von Schütz entwickelt wurde, der Begriff der Lebenswelt selbst wird aber bei Habermas mit einer besonderen, methodologisch bedeutsamen Absicht verwendet, auf die wir vor allem unter dem Aspekt der Handlungsrationalität (in § 4.3) zurückkommen werden: Gegen den phänomenologischen Lebensweltbegriff wird ein kommunikationstheoretischer Begriff von Lebenswelt als Komplementärbegriff zum "kommunikativen Handeln" eingeführt, wobei der Lebenswelt selbst ein quasi-transzendentaler Status verliehen wird (vgl. Habermas 1981, Bd.2: 182, 190ff., 198ff). Daraus resultieren freilich bestimmte Anschlußschwierigkeiten für die empirische Analyse. Bevor wir jedoch im wesentlichen der Anwendungsproblematik eines formalpragmatisch begründeten Ansatzes, dem die empirische Basis entzogen zu sein scheint, in mehreren Schritten nachgehen, sei zunächst der weitere, nicht zuletzt gesellschaftstheoretisch relevante Anspruch markiert, den Habermas mit seinen zentralen begrifflichen Unterscheidungen erhebt und in Auseinandersetzung mit seinen Kritikern nochmals (1986) reformuliert:

> Für meine gesellschaftstheoretischen Ziele hat die Gegenüberstellung von kommunikativem und strategischem Handeln den Vorzug, mit Einverständnis und Einflußnahme jene beiden Mechanismen der Handlungskoordinierung auszuzeichnen, die unter dem rationaltheoretischen Gesichtspunkt der Ausschöpfung oder Nicht-Ausschöpfung des vernünftigen Potentials der Rede eine vollständige Alternative bilden. Die für soziales Handeln relevanten Phänomene kann ich in diesen Konzepten unterbringen. (Habermas 1986: 376)

Gerade für eine empirisch orientierte Handlungsanalyse bleibt freilich das Problem der "Unterbringung" von Phänomenen erhalten, deren Relevanz für

---

20 Ein solcher approximativer Verstehensbegriff scheint mit den später (etwa von Schütz/Luckmann 1975/79 und Berger/Luckmann 1966/80) vorgenommenen Differenzierungen nicht zuletzt zur Frage der sozialen Verteilung von Wissen nicht kompatibel.

soziales Handeln sich häufig auch dann erst im Verlauf der Analyse selbst herausstellt oder auch lediglich nur bestätigt, wenn die Analyse durch stärkere theoretische Annahmen bereits angeleitet ist. Einige empirisch motivierte Vorbehalte beziehen sich in dieser Hinsicht eher auf den *gesellschaftstheoretischen* Aspekt, andere eher auf den *formalpragmatischen* Aspekt des Ansatzes von Habermas insgesamt. Vorbehalte der ersten Art sollen sogleich ausgeführt, Vorbehalte der zweiten Art vorab nur benannt und später dargelegt werden: Auf das Problem der Ausschöpfung des vernünftigen Potentials der Rede kommen wir unter dem Aspekt der Handlungsrationalität (in § 4.3) gesondert zurück. Daran geknüpft sind empirisch motivierte Vorbehalte gegenüber der Konzentration bzw. Beschränkung der Formalpragmatik auf einige wenige Grundkategorien, mit denen das vernünftige Potential der Rede erfaßt werden soll; auf das Problem der Orientierung der formalpragmatischen Analyse an genau drei intersubjektiv anerkannten Geltungsansprüchen der Rede (nämlich der Wahrheit, Richtigkeit und Wahrhafigkeit) werden wir insbesondere bei der Erörterung sprechakttypologischer Ansätze (in § 5.2) stoßen, die empirisch relevante Unterschiede zu nivellieren drohen. Erste Schwierigkeiten werden sich jedoch schon (in § 3.5.4) bei der Unterscheidung von *kommunikativem* und *strategischem* Handeln selbst ergeben, die - zumindest in der Version von Habermas (1981) - jene seit Austin geläufige Unterscheidung von Illokution und Perlokution zu nutzen sucht, deren empirische Handhabung schon von Austin als problematisch angesehen wurde, und zwar schon allein auf der Analyseebene handlungsbezeichnender Verben. Ungleich schwerer wird sich die Handhabung der Unterscheidung von kommunikativem und strategischem Handeln in der empirischen Handlungsanalyse realer Kommunikation erweisen, bei der wir es verstärkt mit dem Identifizierungssproblem zu tun haben werden.

(6) *Sozial- und Systemintegration*. Damit sind wir bereits bei Vorbehalten angelangt, die sich eher auf den gesellschaftstheoretischen Aspekt des Ansatzes beziehen, der zunächst weiter zu skizzieren ist. Mit der Abkehr von einer bloßen Identifikation von Gesellschaft und Lebenswelt, wie sie Habermas für die verstehende Soziologie in der Tradition von Schütz unterstellt, und der Hinwendung zu einem kommunikationstheoretischen Begriff von Lebenswelt ist noch kein gesellschaftstheoretisch tragfähiges Konzept gewonnen. Zur Überwindung der begrenzten gesellschaftstheoretischen Reichweite, der zugestandenermaßen jede Kommunikationstheorie unterliegt, macht Habermas erhebliche Anleihen bei der Systemtheorie. Sein Vorschlag ist, "Gesellschaften *gleichzeitig* als System und Lebenswelt zu konzipieren" (1981, Bd. 2: 180). Für diesen Vorschlag zentral ist die Unterscheidung von Mechanismen der *Sozialintegration* einerseits, die an Handlungsorientierungen ansetzt, und der *Systemintegration* andererseits, die durch Handlungsorientierungen

hindurchgreift: "Im einen Fall werden die Handlungen der Aktoren durch eine Abstimmung von Handlungsorientierungen, die den Beteiligten präsent ist, im anderen Fall durch eine funktionale Vernetzung von Handlungsfolgen koordiniert, die latent bleiben, d.h. über den Orientierungshorizont der Beteiligten hinausreichen kann" (1981, Bd.2: 302). Habermas entwickelt diese Unterscheidung von Sozial- und Systemintegration sowie sein zweistufiges Gesellschaftskonzept, das die Aspekte von Lebenswelt und System zu verbinden sucht, in seiner theoriegeschichtlichen Orientierung vor allem im Anschluß an und in Auseinandersetzung mit Durkheim, Weber, Mead, Schütz und Parsons, worauf hier ebenso nur verwiesen werden kann wie auf die umfangreiche Kritik, die gelegentlich in den Vorwurf einer eklektizistischen Verknüpfung unvereinbarer theoretischer Ansätze, Modelle und Verfahren mündet.[21] Das besondere Problem der systemtheoretischen Anleihen einer Handlungstheorie werden wir freilich (in § 4.3) unter der Fragestellung wieder aufnehmen müssen, inwieweit die Analyseperspektive von der Handlungsrationalität auf die Systemrationalität umzustellen bzw. das Tempo der Umstellung zu drosseln oder zu beschleunigen ist.

Die an die theoriegeschichtlichen Studien substantiell anschließenden historischen Gesellschaftsanalysen sowie Zeitdiagnosen von Habermas werden im wesentlichen von drei Thesen getragen: (1) der These von der *Entkopplung* von Lebenswelt und System, (2) der These von der *inneren Kolonialisierung* der Lebenswelt durch systemische Imperative und schließlich (3) der These von der Tendenz zur *Verrechtlichung*, die ihm gleichsam als Testfall für eine Theorie dient, die der "Gefahr der Überverallgemeinerung" ausgesetzt ist; eine solche Theorie "muß mindestens angeben können, *welche Art* von Empirie zu ihr paßt. Ich will deshalb die Evidenzen, an denen die These von der inneren Kolonialisierung überprüft werden könnte, an einem Beispiel illustrieren, und zwar an der Verrechtlichung kommunikativ strukturierter Handlungsbereiche" (1981, Bd.2: 523). Im einzelnen geht Habermas in seiner Untersuchung vier globalen Verrechtlichungsschüben nach: die Entwicklung führt zum bürgerlichen Staat und von diesem über den Rechtsstaat zum demokratischen und schließlich zum sozialen und demokratischen Rechtsstaat. Hierbei geht es Habermas vor allem bei den letzten Entwicklungen um konkrete Nachweise der Ambivalenz von Freiheitsverbürgung und Freiheitsverlust, was er exemplarisch am Beispiel von Sozial-, Familien- und Schulrecht ausführt. Besonders an diese Thematik der Tendenz zur Verrechtlichung werden wir (in § 6) mit der Analyse institutioneller Handlungssysteme wieder anknüpfen. Zuvor müssen wir uns aber über die bereits umrissenen und noch zu

---

21 Vgl. z. B. von den in Honneth/Joas (Hg.) (1986) versammelten Beiträgen besonders Joas (1986) und McCarthy (1986) zur Frage der (un-)fruchtbaren oder auch nur überflüssigen Allianz mit der Systemtheorie sowie die Replik von Habermas (1986) auf die Gesamtkritik.

erörternden Probleme hinaus weiterer Schwierigkeiten vergewissern, die zumindet aus der Anwendungsperspektive des Habermas'schen Ansatzes erwachsen.

(7) *Die Identifizierungs- und Zuordnungsproblematik.* Die Anwendungsproblematik des Ansatzes und seiner wesentlichen begrifflichen Unterscheidungen erweist sich besonders als eine Problematik der Identifizierung bzw. kategorialen Zuordnung. In dieser Problematik trifft sich ein Großteil der Kritik. Habermas (1986) begegnet seinen Kritikern mit der Korrektur von Mißverständnissen, die er nur zum Teil auf mißverständliche Formulierungen seinerseits zurückführt. Insbesondere unterstellt er vielen Kritikern einerseits eine Verwechslung des *soziologischen* mit dem *formalpragmatischen* Lebensweltbegriff, der lediglich auf Ressourcen (Hintergrundwissen, Solidaritäten, Fertigkeiten) abzielt und noch nichts etwa über empirisch vorfindliche Machtverhältnisse aussagt, sowie andererseits eine (mißverstandene) strikte Zuordnung der *System*- und *Sozialintegration* zu je einem der von ihm unterschiedenen Handlungstypen: des *strategischen* (bzw. des nicht-sozialen *instrumentellen*) Handelns und des *kommunikativen* Handelns. Allerdings werden bei Habermas solche Zuordnungen selbst nahegelegt oder auch explizit vorgenommen, wie zunächst (1982/84: 603) die eindeutige Zuordnung von sozialer Integration und kommunikativem Handeln, die später (1986) dann mit dem bemerkenswerten Hinweis korrigiert wird, daß "auch (sic!) auf seiten der sozialen Integration keine apriori (sic!) Zuordnung zu einem bestimmten Handlungstypus" besteht (1986: 383, Anm. 85). Derartige Korrekturen sowie die notwendigen Zurückweisungen von immerhin vielfachen Mißverständnissen werfen bereits ein bestimmtes Licht auf die Identifizierungs- bzw. Zuordnungsproblematik, die offenbar nicht auf bloß deduktive Weise und rein definitorisch gelöst werden kann.

Habermas hat die Anwendungsproblematik als Frage der Anschlußfähigkeit des formalpragmatischen Ansatzes für empirische Analysen gelegentlich durchaus explizit im Blick; so etwa, wenn er das Problem der "Unterscheidung und Identifizierung von verständigungs- und erfolgsorientierten Handlungen in natürlichen Situationen" aufnimmt und auf die Notwendigkeit einer Sequenz- oder Phasenanalyse der Interaktion verweist, in der es um die Identifizierung "strategischer Elemente" geht: "Diese *strategischen Elemente innerhalb des verständigungsorientierten Sprachgebrauchs* können indessen von *strategischen Handlungen* dadurch unterschieden werden, daß die gesamte Sequenz eines Redeabschnitts auf seiten aller Beteiligten unter Präsuppositionen des verständigungsorientierten Sprachgebrauchs steht" (1981, Bd.1: 443f.). Unmerklich hat sich hier mit der veränderten Begrifflichkeit die Analyse von Handlungen zu einer Analyse von Elementen in einem vorherrschenden Sprachgebrauch verschoben. Da der von Habermas un-

terstellte Fall auch umgekehrt gedacht und von Elementen der Verständigung in einem erfolgsorientierten Sprachgebrauch ausgegangen werden kann, haben wir es letztlich mit einer graduellen Differenzierung zu tun, die günstigenfalls zu Dominanz-oder Tendenzaussagen berechtigt, welche allerdings nur über Diskurse und - auf lange Sicht - über Diskurstypen gemacht und nur in Analysen von Diskursverläufen (nicht einzelner Handlungen oder Handlungssequenzen) gewonnen werden können. *Diese* Analyse-Perspektive ist es, die bei der Untersuchung institutioneller Diskurstypen zu verfolgen ist, wobei wir vom Ergebnis her mit vielfältigen Mischformen zu rechnen haben.

In derselben Richtung einer Differenzierung mittels Dominanz- oder Tendenzaussagen sind die von Habermas insgesamt unternommenen Gesellschaftsanalysen und Zeitdiagnosen empirisch zu überprüfen, was ebenfalls bei Habermas gelegentlich als Bringschuld durchschlägt; so etwa, wenn er für formal organisierte Handlungsbereiche ausführt: "Wohl ist innerhalb der formal organisierten Handlungsbereiche der Koordinationsmechanismus der Verständigung partiell entmächtigt; aber die relative Gewichtung zwischen Sozial- und Systemintegration ist eine schwierige, und allein empirisch zu entscheidende Frage" (1981, Bd.2: 462). Unter diesem Vorbehalt der empirischen Überprüfung relativer Gewichtungen, die nicht im vorhinein festgelegt werden können, müssen die von Habermas vorgenommenen Einteilungen als Provisorien genommen werden:[22] Die von ihm vorgenommenen Grenzziehungen zwischen *System* (und hier: Wirtschaft und Staatsverwaltung) einerseits und *Lebenswelt* (und hier: Privatsphäre und Öffentlichkeit) andererseits erweisen sich trotz aller Differenzierungen (vor allem durch Berücksichtigung von Tendenzen und Arten der Verrechtlichung) für unsere Zwecke einer Analyse institutioneller Kommunikation als zu grob. In dieser Hinsicht werden wir erhebliche Probleme der "Unterbringung" von empirisch vorfindlichen Institutionen wie Schule, Hochschule, Gericht, Arbeitsamt, Kirche, Parlament, Krankenhaus, Arztpraxis, Therapie usw. haben. Aus der Perspektive der Handlungsanalyse institutioneller Kommunikation werden wir "feiner" eingestellte Untersuchungen machen müssen, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen diesen (Typen von) Institutionen ermitteln zu können. Wie bereits einleitend (in § 1.4) ausgeführt, soll damit der begrenzte Stellenwert der Handlungsanalyse institutioneller Konmunikation sowohl für Gesellschaftsanalysen als auch Analysen individueller Bildungsprozesse nicht geleugnet werden. Erste Schwierigkeiten einer Analyse institutioneller

22 Vgl. im einzelnen Habermas (1981, Bd.2: bes. 458ff., 470ff., 512ff.) sowie (1986: 377ff., bes. 391).

Kommunikation stellen sich bereits mit dem problematischen Begriff der Institution selbst ein.

3.4.3 Institutionsbegriff und Institutionstypen

(8) *Institutionsbegriff*. Der Begriff der Institution wird sehr heterogen benutzt, worauf wir hier weder theoriegeschichtlich noch systematisch eingehen können,[23] jedoch unter spezifischen Fragestellungen einer komparativen Analyse institutioneller Kommunikation exemplarisch zurückkommen werden (vgl. § 3.7 und 5). Habermas selbst oszilliert zwischen einem eher engen Begriff von Institution, der etwa mit dem Begriff des *formal organisierten Handlungsbereichs* zusammenfällt, und einem eher weiten Begriff von Institution, mit dem bereits bestimmte *Handlungstypen* wie etwa das *Grüßen* erfaßt werden sollen.[24] Einen sehr weiten Institutionsbegriff bzw. Begriff der Institutionalisierung verwenden aus wissenssoziologischer Sicht Berger/Luckmann (1966/80), die damit bereits Regelmäßigkeiten des Handelns als soziale Gewohnheiten qua wechselseitiger *Typisierung* zu erfassen suchen (vgl. § 5.1). Luhmann (1970) möchte aus systemtheoretischer Perspektive den Institutionsbegriff grundsätzlich durch den Begriff der *Institutionalisierung* ersetzen, um ihn ins *Prozeßhafte*, *Dynamische*, *Funktionelle* zu übersetzen.[25] Aus der Sicht einer Theorie des sprachlichen Handelns analysieren Ehlich/Rehbein (1979, 1986, 1993) Institutionen als *gesellschaftliche Subsysteme*, die gesellschaftlich ausgebildete *Zwecke* erfüllen, und verbinden die Institutionsanalyse als Analyse dieser Zwecke mit der *Musteranalyse* institutionellen Handelns (vgl. § 3.4.4 und 5.3). Eine betont *relationale* Fassung des Institutionsbegriffs schlägt Schülein (1987) vor, um etwa Kommunikationsmedien als gesamtgesellschaftliche Institution analysieren und sie zugleich bei der Analyse von Schule, Familie usw. als Rahmenbedingungen berücksichtigen zu können.

(9) *Institutionstypen*. Eine empirisch orientierte Institutionsanalyse kann freilich die gesellschaftliche Totalität wie auch komplexe Bedingungsgefüge nicht auf einmal erfassen. Es erscheint daher sinnvoll, zunächst eine funktio-

---

23 Vgl. zur Theorie- und Begriffsgeschichte z.B. Weymann-Weyhe (1978: bes. Kap. III) und Schülein (1987: bes. Kap. 3-6) sowie Schmalz-Bruns (1989) und Ehlich/Rehbein (1993).

24 Vgl. unten § 5.2 und Habermas (1971: 112,) und (1976: 240) sowie Habermas (1981, Bd.1: 57, 397, 428ff., 456ff.) und (1981, Bd.2: 261, 363, 409, 453ff.).

25 Auf Luhmanns Auffassung kommen wir nur indirekt zurück, wenn wir in § 6 seine systemtheoretisch orientierten Analysen auch zu besonderen Institutionen (wie Gericht) berücksichtigen.

nale Unterscheidung zu treffen nach den gesellschaftlich ausdifferenzierten (Haupt-)Zwecken und also Schule, Krankenhaus und Gericht nach den verschiedenen Grundfunktionen der Erziehung, Gesundheitsfürsorge und Rechtsprechung zu unterscheiden. Auf diese Weise lassen sich eine Reihe von Institutionen vorläufig gegeneinander abgrenzen und für empirische Analysen mit einer spezifischen Fragestellung überhaupt erst zugänglich machen.[26] Mit einer solchen spezifischen Fragestellung wären eine Reihe weiterer Differenzierungen zu berücksichtigen, die in kontrastiven Untersuchungen zu überprüfen sind. So hat beispielweise die Familie neben der Erziehungsfunktion noch andere (reproduktive) Funktionen, durch die sie sich u.a. von der Schule unterscheidet. Familie und Schule wiederum treffen sich in der Erziehungsfunktion mit dem Militärdienst, in dem es nicht allein um die militärische Wehrfähigkeit (i.e.S.), sondern um die Erziehung zu besonderen "Tugenden" (wie Disziplin, Gehorsamkeit, Pünktlichkeit) geht, die mit der bekannten Frage "Haben Sie gedient?" ja durchaus gesellschaftlich nachgefragt werden. Hier ist also in einem ersten Schritt nach Haupt- und Nebenzwecken von Institutionen zu differenzieren.

Wir können weiterhin nach dem Grad der Formalisierung von Handlungssystemen Unterscheidungen treffen, die im Rahmen des Ansatzes der Objektiven Hermeneutik (Oevermann u.a.) mit einer Unterscheidung von Interaktionssystemen *mit* und *ohne eigene Bildungsgeschichte* einhergehen, wonach sich Familie und Finanzamt gegeneinander abgrenzen lassen (vgl. zur Kritik Schröer 1984 und Reichertz 1984). Allerdings dürfte die Unterscheidung zwischen Familie, Schule und Hochschule hinsichtlich der Frage der Entwicklung eigener Bildungsgeschichten ungleich schwerer fallen, wenn man die unter Umständen stark entwickelten persönlichen Beziehungen und Interaktionsgeschichten zwischen einer Grundschullehrerin und "ihren" Kindern oder einem Dozenten und "seinen" Studenten in Rechnung stellt.

Schließlich können wir Institutionen danach unterscheiden, ob sie aufgrund einer längeren Verweildauer zu "jedermanns" Alltag gehören und die in ihnen gemachten institutionellen Handlungserfahrungen entsprechend als Alltagswissen generalisiert werden können oder eben nicht. Unter diesem Aspekt sind Familie und Schule als biographisch relevante Dauerinstitutionen einerseits von Finanzamt und Gericht andererseits zu unterscheiden, die lediglich punktuell - wenn auch nach Häufigkeit und Gewicht verschieden - in die Biographie eingreifen.[27] Während der "Kontakt" zum Finanzamt sich

---

26 Wenn hier im folgenden von Institutionen (im engeren Sinn) die Rede ist, dann sind damit etwa jene gemeint, die Ehlich/Rehbein (1980, 1993) differenziert und beschrieben haben.

27 Einen besonders biographisch relevanten und unter Umständen dauerhaften Eingriff stellen die von Goffman (1961/72) untersuchten "totalen Institutionen" dar, die wie Strafanstalten die Schranken für die normalerweise getrennten Lebens-

turnusmäßig einpendelt, sind die "Kontakte" zum Gericht für die meisten von uns eher selten und bleiben die Ausnahme, so daß wir hier dem Laien-Status vollständig verhaftet bleiben. Dieser kann auch durch indirekte Erfahrung[28] schwerlich überwunden werden. Eine solche Differenzierung von Typen von Institutionen nach dem Grad der Nähe/Ferne bzw. Integration/Desintegration von Institutionswissen und Alltagswissen scheint uns notwendig, um spezifischen Problemen des Verstehens und der Verständigung gerade in Institutionen überhaupt auf die Spur kommen zu können.

Damit ist die Problematik struktureller Beschränkungen des Verstehens und der Verständigung wieder aufzunehmen und weiter zu verfolgen, die durch den sinnstiftenden Horizont einer gemeinsamen Lebenswelt nur prinzipiell, aber eben nicht durchgängig aufgehoben werden können. In diesem Sinn hatten wir die These von der Brüchigkeit der Schütz' schen Generalthese der Reziprozität der Perspektiven aufgestellt, was im folgenden insofern zu konkretisieren ist, als mit 'Brüchigkeit' lediglich eine Einschränkung, nicht die Aufhebung der handlungspraktischen Wirksamkeit von Idealisierungen des Alltagsdenkens gemeint ist. Hier gilt es, dem jeweiligen Grad der Einschränkung gerade durch empirische Analysen institutioneller Kommunikation nachzugehen.

3.4.4 Alltagswissen und Institutionswissen

(10) *Interpretation als Dauerleistung und Ausnahmeleistung*. Der bereits mit Berger/Luckmann skizzierte Trend der Gefährdung sinnhafter Integration läßt sich nach der Seite des Subjekts als Trend zunehmender Desorientierung in der Weise auffassen, daß der objektive Sinn von Handlungen in spezialisierten Institutionsbereichen nicht ohne weiteres subjektiv eingeholt werden kann:

> Der Handlungsablauf wird vom 'zweckrationalen' Sinnzusammenhang des jeweiligen spezialisierten Institutionsbereichs 'objektiv' bestimmt; in den 'subjektiven' Sinnzusammenhang der Einzelbiographie ist er aber nicht mehr fraglos einfügbar. Mit anderen Worten, der objektive Sinn der Handlung fällt in den meisten der für den Bestand der Gesellschaft wichtigen Bereiche der Alltagsexistenz mit dem subjektiven Sinn des Handelns nicht mehr selbstverständlich zusammen. (Luckmann 1972: 120).

---

bereiche aufheben und das Leben der Betroffenen wie ihre einzelnen Tätigkeiten vollständig und einheitlich organisieren.

28 Vgl. Soeffners (1984: 199) Bemerkung zum durch Fernsehgerichte geschulten Laien, der dadurch keineswegs reale Gerichtsverhandlungen kompetent verfolgen könnte.

Wie Luckmann anschließend betont, handelt es sich hierbei nur um eine Tendenz, die "auch in der modernen Gesellschaft nicht in allen Institutionsbereichen und in allen sozialen Schichten gleich stark ausgeprägt (ist). Daraus ergibt sich ein bestimmtes Gefälle der Sozialisierungs- und Individuationsproblematik" (ebd). Dieser letzten Problematik auf seiten der Bildung des Subjekts können wir hier nicht weiter nachgehen.[29] Für die Analyse institutioneller Kommunikation selbst ist freilich die Annahme einer unterschiedlich ausgeprägten Tendenz empirisch so zu wenden, daß durch vergleichende Untersuchungen geklärt wird, inwieweit sich Verstehens- und Verständigungsprobleme in verschiedenen (Typen von) Institutionen unterschiedlich scharf stellen. In diesem Sinn sind institutionsspezifische Ausprägungen erst noch empirisch zu ermitteln (vgl. § 3.5). Wenn wir solche Ausprägungen aber vorläufig unterstellen können, läßt sich auch das von Habermas methodologisch gewendete Problem von Interpretation als *Dauerleistung* und *Ausnahmeleistung* in einem anderen Licht betrachten.

Diese Unterscheidung sollte nicht zu einem methodologischen Gegensatz stilisiert werden zwischen der Ethnomethodologie einerseits, für die Interpretation eine Dauerleistung von Interaktionsteilnehmern selbst gegenüber vertrauten und stabilen Situationen sei, und der philosophischen Hermeneutik andererseits, die sich mit Interpretation als einer Ausnahmeleistung befaßt, "die erst dann erforderlich wird, wenn relevante Ausschnitte der Lebenswelt problematisch werden, wenn Gewißheiten des kulturell eingespielten Hintergrundes zerbrechen und die normalem Mittel der Verständigung versagen" (Habermas 1981, Bd. 1: 188f.). Vielmehr sollte eine zunächst extremtypologische Unterscheidung von Interpretation als Dauerleistung und Ausnahmeleistung als graduelle Unterscheidung empirisch fruchtbar gemacht und gegenständlich auf Typen von Situationen bezogen werden, gegenüber denen die Teilnehmer bei unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen und Kompetenzen ihre Interpretations- und Lernfähigkeit mehr oder weniger unter Beweis stellen müssen; denn Situationen können als mehr oder weniger fraglos oder problematisch erfahren werden und sind mehr oder weniger auslegungsbedürftig:

> (Der einzelne) betritt die Situation mit einem System von Interpretations- und Motivationsrelevanzen. Von diesem System hängt nicht nur ab, wie er die thematischen Gegebenheiten erfaßt, sondern bis zu einem gewissen Grad auch, was er an thematischen Gegebenheiten innerhalb der Situation überhaupt erfaßt. Das 'mitgebrachte' subjektive System der Interpretations- und Motivationsrelevanzen bedingt, was in der aktuellen Situation als selbstverständlich und routinemäßig

---

29 Luckmann diskutiert sie im Rahmen der Problematik der komplexen Verteilung des Wissens, die ausführlich in Schütz/Luckmann (1975/79) behandelt ist, vgl. auch oben Punkt (1) und (2).

> und was als problematisch, auslegungs- und bewältigungsbedürftig erfahren wird. (Schütz/Luckmann 1975/79: 308)

Obgleich sich die beiden extremen Typen der vollständig problematischen und der vollständig unproblematischen Situation hypothetisch unterscheiden lassen und obgleich hierfür auch überzeugende empirische Belegexemplare angeführt werden mögen, bewegen wir uns auf Dauer weder nur in dem einen noch in dem anderen Extrem-Typ von Situation. Die Generalthese der Reziprozität der Perspektiven wird eben nur brüchig. Es ist nicht alles auf einmal problematisch, und das "totale Unverständnis" ist ebenso lediglich eine Konstruktion, wie die Redensart "Ich versteh' immer nur Bahnhof" eine alltagspraktisch wirksame Übertreibung oder eine starke Variante der Strategie des Sich-Dumm-Stellens ist.[30] So stellt sich das Problem der Interpretation immer nur relativ und für eine gewisse Dauer. Andernfalls wäre erfolgreiche Sozialisation nicht denkbar. Was den Schulanfänger mit Eintritt in die für ihn zunächst nicht-alltägliche Institution irritiert und worauf er mit Unverständnis reagiert (z.B. die Handlung des Sich-Meldens, vgl. § 3.5), ist für den Abiturienten längst Routine. Allerdings wird ein Zeuge oder Angeklagter in der Regel[31] nicht in derselben Weise sozialisiert werden können wie ein Schüler, weswegen allein unter diesem Aspekt verschiedene Typen von Institutionen zu unterscheiden sind.

(11) *Alltägliche Lebenswelt und institutioneller Alltag*. Während die Vorladung vor Gericht oder die Haft im Gefängnis oder der (längere) Aufenthalt im Krankenhaus für die meisten von uns die Ausnahme bleibt, stellen diese Institutionen für Richter, Staatsanwälte, Verteidiger, Justiz(-vollstreckungs-) beamte einerseits und Ärzte, Krankenschwestern und Pfleger andererseits gerade einen relevanten Ausschnitt ihres Alltags dar, nämlich den, den das Berufsleben für uns alle darstellt. Ein erheblicher Teil der Probleme des Verstehens und der Verständigung zwischen den Institutionsvertretern und den Institutions-Laien resultiert gerade daraus, daß für den einen Typ von Aktanten eine fraglose Situation ist, in der sie routiniert und wie selbst-verständlich agieren und interagieren, was für den anderen Typ von Aktanten eine problematische oder gar krisenhafte Situation ist, in der nicht nur "aller Anfang" schwer ist, sondern bei anhaltender Desorientierung die Kommunikation auf vielfältige Weise fehlschlägt, was nachfolgend im einzelnen herauszuarbeiten ist. Andererseits ist, wie gesagt, nicht zu verkennen, daß Aktanten in (bestimmte Typen von) Institutionen "hineinsozialisiert" werden

---

30 Vgl. zur Strategie des Sich-Dumm-Stellens Kallmeyer (1977: 66ff.).

31 Eine Ausnahme ist der Angeklagte, der über eine juristische Ausbildung verfügt, oder auch der sog. Wiederholungstäter, der sich vor Gericht eine gewisse Erfahrung erworben haben mag.

können und in gewisser Weise ihren Laien-Status (als Erstklässler, Anfangssemester usw.) in gewissem Umfang verlieren, bis auch sie schließlich über ein spezifisches Handlungswissen im entsprechenden institutionellen Alltag verfügen.

(12) *Institutionswissen erster und zweiter Stufe*. Wir müssen daher neben der Dauer der möglichen Erfahrung in Institutionen, worin sich im Falle der Institution Schule ein junger Referendar kaum von einem Abiturienten unterscheidet, das mögliche Spektrum und die Qualität des erworbenen (bzw. genauer: des überhaupt erwerbbaren) Wissens näher bestimmen. Dazu bedarf es mit Ehlich/Rehbein (1980) zunächst einer schärferen Unterscheidung der beiden Typen von Aktanten in ihrer jeweiligen institutionellen Funktion:

> Die gesellschaftlichen Aktanten in den Institutionen, die in zwei Hauptgruppen zerfallen, das Personal oder die *Agenten* der Institution und diejenigen, die die Institution in Anspruch nehmen bzw. von ihr in Anspruch genommen werden, ihre *Klienten*, haben weitgehend regulierte und durch die Institution als Handlungsraum determinierte *Handlungsmöglichkeiten*, über die *institutionsspezifisches Wissen* ausgebildet ist. (Ehlich/Rehbein 1980: 343)

Man könnte nun annehmen, daß aufgrund der unterschiedlichen Funktion und Handlungsmöglichkeiten das institutionsspezifische Wissen der Agenten mit dem der Klienten nichts mehr gemein hätte. Wie Ehlich/Rehbein an anderer Stelle (1977) betonen, besagt eine Trennung des Wissens der einen von dem der anderen Aktantengruppe aber nicht, "daß das Wissen beider Gruppen vollständig verschieden ist. Vielmehr ist es in einem bestimmten Bereich notwendig ähnlich und reziprok, damit gemeinsame Interaktionen stattfinden können. Doch nimmt auch das reziproke Wissen teilweise unterschiedliche Formen an" (1977: 39). Das Aktantenwissen bleibt insgesamt defizitär. Das unproblematische Funktionieren und die Kontinuität der Institutionen haben ihre Voraussetzung darin, "daß im Wissen der Aktanten die Funktionalität der Institution selbst verborgen bleibt" (40). Dies gilt im Prinzip für beide von Ehlich/Rehbein differenzierten Wissensstufen: Sie unterscheiden grundsätzlich zwischen einem *Institutionswissen erster Stufe*, über das bei einem gewissen Mindestaufenthalt in Institutionen alle Aktanten als unmittelbar handlungsleitendes Wissen verfügen, und einem *Institutionswissen zweiter Stufe*, das nur den Agenten der Institution zu eigen ist. Obgleich der Ort, an dem dieses Wissen zweiter Stufe von den Agenten erworben wird, wiederum ein Ort "institutioneller Theoriebildung" sein kann (Polizeihochschulen, Akademien, pädagogische Hochschulen, Universitäten usw.), ist es nach Ehlich/Rehbein (1977: 38ff.) nicht schon mit wissenschaftlichem Wissen über Institutionen zu identifizieren.

(13) *Soziale Verteilung des Wissens und graduelle Wissens-Differenzen.* Ungeachtet dieser Differenz zwischen Institutionswissen zweiter Stufe und wissenschaftlichem Wissen, der später (in 4.3) unter dem Aspekt der Handlungsrationalität weiter nachzugehen ist, können wir entlang der Unterscheidungslinie von Institutionswissen erster und zweiter Stufe vorläufig eine Einteilung vornehmen, die unter wissenssoziologischem Aspekt relevant ist: In erster Annäherung können wir das Institutionswissen erster Stufe zum Alltagswissen rechnen, ohne es mit diesem zu identifizieren. Das Alltagswissen umfaßt weiterhin auch nicht-institutionelles Wissen, wie es sowohl im Gespräch über den Gartenzaun wie auch über die Gerichtsschranke zum Tragen kommt. Damit ist freilich über Art, Umfang und Gewicht der Differenz zum Institutionswissen zweiter Stufe noch nicht viel ausgesagt. Empirisch sind hier unter Umständen komplexere Inklusions- und Exklusionsverhältnisse anzunehmen, als dies mit der analytischen Grundunterscheidung von zwei Stufen des Institutionswissens möglich ist.

Zunächst ist zur Verwendungweise des Begriffs des *Alltagswissens* zu bemerken: Der Begriff wird hier so verwendet, daß nicht jedermann faktisch, sondern nur tendenziell über dieses Alltagswissen verfügen muß. In unserer Kultur etwa hat auch ein Protestant oder ein Atheist ein ungefähres Wissen über Sinn und Zweck sowie Ablauf der katholischen Messe. Freilich gibt es im Fall der Institution Kirche in der Regel[32] ein graduelles Wissensgefälle zwischen Bischof, Prister, Messdiener und "normalem" Kirchgänger sowie Atheisten, ebenso wie es im Fall der Institution Krankenhaus ein graduelles Wissensgefälle zwischen Chefarzt, Assistenzarzt, Pflegepersonal und Patienten sowie Nur-Besuchern usw. gibt. Insofern sind unter dem Aspekt der sozialen Verteilung des Wissens die Grenzen zwischen Alltagswissen bzw. Institutionswissen erster Stufe und Institutionswissen zweiter Stufe eher als fließend zu bestimmen.

Weiterhin sind Unterschiede nach dem Grad der *Professionalisierung* als *Spezialisierung* des Wissens zu berücksichtigen. In dieser Hinsicht gibt es unter Umständen einen institutionsspezifisch erheblichen Unterschied zwischen dem Alltagswissen bzw. Institutionswissen erster Stufe und dem Institutionswissen zweiter Stufe, so etwa im Vergleich der Institutionen Schule und Gericht. Empirisch läßt sich dies an den historischen Entwicklungen "ablesen", daß in Zeiten des Lehrermangels Einstellungen in den Schuldienst nicht unbedingt an eine akademische *Lehrer*-Ausbildung und in besonderen Notzeiten nicht einmal an eine *akademische* Ausbildung oder ähnliches geknüpft waren. Entsprechende Entwicklungen scheinen im Bereich der Rechtsprechung offenbar deswegen nicht möglich, weil das Wissen von Richtern,

---

32 Wir sehen von Fällen ab, in denen jemand Atheist und Wissenschaftler mit dem Forschungsschwerpunkt Religionssoziologie ist u.ä.

Staatsanwälten und Verteidigern nicht aus dem Laien-Stand heraus erwerbbar und praktizierbar ist.[33] Jedenfalls kam es im Schulwesen zu weniger gravierenden Funktionsstörungen, als dies für die Rechtsprechung erwartbar wäre. Offensichtlich unterscheidet sich das Institutionswissen zweiter Stufe in Schule und Gericht jeweils erheblich im Abstand vom Institutionswissen erster Stufe bzw. Alltagswissen. Diese wenigen Hinweise mögen insgesamt genügen, um zu verdeutlichen, daß die Unterscheidung von Institutionswissen erster und zweiter Stufe gerade im Verhältnis zum Alltagswissen weiterer empirischer Untersuchungen bedarf.

(14) *Strukturtypen des Aktantenwissens*. Im Fall der Institution Schule etwa wird das Institutionswissen zweiter Stufe im historischen "Normalfall" von den Lehrern zuvor in einer mehr oder weniger zweistufigen Ausbildung an der Universität/pädagogischen Hochschule und im Referendardienst/Praktikum erworben. Das so erworbene Wissen scheint insofern leicht zugänglich, als es vielfach schriftlich kodifiziert ist, etwa in Form der pädagogisch/didaktischen Ausbildungsliteratur oder der Curricula. In dieser Form kann das kodifizierte Wissen zu einem ersten Gegenstand der Wissensanalyse gemacht werden (vgl. auch § 6.1). Wie nicht zuletzt die Diskussion um den heimlichen Lehrplan deutlich gemacht hat, klaffen aber doch der pädagogisch/didaktisch formulierte Anspruch und die Schulwirklichkeit erheblich auseinander. Ähnliches gilt für Institutionen des Gesundheitswesens, der Rechtssprechung, der Sozialfürsorge usw. Hier besteht für die Institutionsanalyse die Gefahr, der Selbstdarstellung der Institutionen in Form der von ihnen beanspruchten Leitideen aufzusitzen. Diese Problematik, daß die Funktionsanalyse von Institutionen mit der Ideenanalyse nicht zusammenfallen kann, wird uns durchgängig (und besonders in § 6.5) zu beschäftigen haben.

In ihren Kommunikationsanalysen zur Institution Schule unterliegen Ehlich/Rehbein der skizzierten Gefahr, den theoretisch formulierten Ideen, hier also dem Anspruch einer Bildungsinstitution aufzusitzen, insofern nicht, als sie sich konsequent auf die vorherrschende Schulwirklichkeit einlassen. Insofern in dieser Schulwirklichkeit "Ideen" freilich durchschlagen, lassen sie sich als handlungspraktisch wirksame Orientierungen der Handelnden untersuchen. Anhand ihrer Analysen von audiovisuellen Aufnahmen von Unterrichtstunden sowie von schriftlichen Befragungen differenzieren Ehlich/Rehbein (1977: 44ff.) neben einem Struktur-Typ (0) des partikularen Erlebniswissens, das sich etwa auf den Verlust einer Geldbörse auf dem Pausenhof beziehen kann, die

33 Ähnliches gilt für den medizinischen Bereich; wenn in "Kriegszeiten" von Sanitätern operiert wurde, dann eben deswegen, weil es sich um "Notoperationen" handelte.

folgenden Strukturtypen (1)-(6) des Wissens, für die hier jeweils ein Beispiel angeführt wird:[34]

Abb. 3.1 Strukturtypen des Aktantenwissens

Strukturtypen	Exemplare
(1) Einschätzung	"Ich finde, manche Lehrer sind zu alt" (8. KLasse)
(2) Bild	"Schule ist Einpauken von Daten, Jahreszahlen" (9. Klasse)
(3) Sentenz	"Wer nichts lernt, kann nichts" (9. Klasse)
(4) Maxime	'Sei zu den Lehren freundlich' (8. Klasse)
(5) Musterwissen	Rätsel-Raten-Spiel
(6) Routine	Melden

Unter dem Gesichtspunkt der Unmittelbarkeit lassen sich zwei Gruppen unterscheiden: Die Strukturtypen (4)-(6) sind "direkter mit dem Handeln in der Institution verbunden, als das bei den Strukturtypen (0)-(3) der Fall ist" (58). Ohne damit die Relevanz der ersten Gruppe zu verkennen,[35] soll auch hier im wesentlichen den Strukturtypen der zweiten Gruppe nachgegangen werden, und zwar zunächst (in § 3.5) unter dem Aspekt der Sozialisation in Interaktionsformen, die Kinder mit Eintritt in die für sie neuartige Institution vor erhebliche Verstehens- und Verständigungsprobleme stellen; so etwa bei der interaktiven Form der Redeorganisation, bei der sie den institutionellen Sinn des *Meldens* verkennen, weil ihnen diese Handlung aus ihrem bisherigen Lebenszusammenhang nicht geläufig ist. Wie durch häufige Rückfälle in spontane Rede manifest wird, kann dieser Handlungstyp aus der Perspektive des Alltagswissens über Diskurse nur schwer akzeptiert werden; als *Routine* im Schulalltag vermag er sich auch dann nur gegen den Widerstand des sozialisierten Alltagwissens mühsam durchzusetzen, wenn er durch die Lehrer immer wieder explizit eingeführt und angemahnt wird, das heißt unter dem Aspekt

34 Vgl. zu methodischen Fragen der Datengewinnung und -interpretation Ehlich/Rehbein (1977: 42ff.); Mit den Zeichen '...' werden quasi-empirische Rekonstruktionen gekennzeichnet.

35 Vgl. besonders zu den Strukturtypen der ersten Gruppe die empirischen Untersuchungen von Becker-Mrotzek (1989) anhand von Schülererzählungen.

des Institutionswissens erster Stufe formal längst zum Wissensvorrat der Schüler zu rechnen ist.

In einem fortgeschrittenen Sozialisationsstadium in der Schule läßt sich dagegen ein ausgeprägtes Wissen über Handlungsmuster nachweisen, deren Realisierung mit einer routinemäßigen Befolgung von *Maximen* einhergeht, ohne daß die handlungspraktische Wirksamkeit dieser Maximen im "offiziellen" Unterrichtsgeschehen wahrgenommen werden müßte. Dieser Zusammenhang sei hier lediglich illustriert und später systematisch aufgenommen. So werden nach Ehlich/Rehbein (1977: 66) offizielle Vorschriften wie (3.43) oder (3.44) von den Schülern etwa in eine Maxime wie (3.45) transformiert:

(3.43) Schreibe nicht ab!
(3.44) Täusche nicht!
(3.45) Bescheiße, wo du kannst, aber laß dich nicht erwischen!

Dies ist ein relativ einfacher Fall, in dem eine offizielle Vorschrift von seiten der Schüler gleichsam unterlaufen wird. Sofern die Lehrer hier "mitspielen", ist von ihrer Seite lediglich eine Duldung verlangt, die sie allerdings in einen erkennbaren Maximenkonflikt brächte: Die formal erbrachte Leistung dürfte dem Schüler nicht positiv als Lernerfolg zugerechnet werden. Komplexer sind die Fälle, in denen Schüler wie Lehrer in einem Handlungsmuster, wie etwa der Aufgabe-Lösung-Sequenz, aktiv kooperieren. In solchen kooperativen Sequenzen entwickeln Schüler wie Lehrer nach Ehlich/Rehbein insgesamt bestimmte *Taktiken*, um in der Schule notorisch auftretende Maximenkonflikte in einer Weise zu bewältigen, mit der der Schein einer gelungenen Lehr-Lern-Interaktion gewahrt bleiben kann.

Wir werden diesen Zusammenhang, in dem Manipulation gleichsam in Selbsttäuschung umschlägt, unter drei Aspekten der Analyse wieder aufnehmen, detaillieren und kritisch vertiefen: zunächst (in § 4.3) unter dem Aspekt des *rationalen Handelns unter Maximenkonflikten*; sodann (in § 5.3) unter dem Aspekt der *institutionellen Bindung von Handlungsmustern*; und schließlich (in § 6.5) unter dem Aspekt des *kritischen Vergleichs institutioneller Diskurstypen*, wie sie in Schule, Hochschule, Gericht und Therapie jeweils vorherrschend sind. Zuvor ist aber unter einer stärker empirischen Analyseperspektive herauszuarbeiten, wie sich die aufgezeigten *Differenzen* in den *Wissens-* und *Relevanzsystemen* zwischen den Aktantengruppen im einzelnen auf die Entstehung von institutionsspezifischen Formen des *Mißverstehens* und der *Nicht-Verständigung* beim institutionellen Handeln auswirken können.

3.5 Mißverstehen und Nicht-Verständigung

In der linguistischen Pragmatik ist die Fragestellung nach den Intentionen eines Handelnden in einer Weise verfolgt worden, die z.T. und mit einem spezifisch linguistischen Interesse auf der Linie dessen liegt, was mit dem Begriff des subjektiv gemeinten Sinns erfaßt werden soll. Allerdings zielen die linguistischen Fragestellungen auf einen Begriff des Sinnverstehens ab, der über das Problem des approximativen Sinnverstehens (im obigen Sinn von Schütz) hinausgeht und Formen des Mißverstehens und Nicht-Verstehens sowie der Nicht-Verständigung einschließt. Hierzu soll exemplarisch auf Ansätze der linguistischen Pragmatik eingegangen werden, in denen ein Ausgangspunkt der ist, daß das Verständnis einer Äußerung nicht allein durch Rekurs auf eine objektive Bedeutung von Ausdrücken oder Ausdruckskomplexen bzw. deren normale Gebrauchsweisen erreicht wird. Damit wird erneut an das oben (§ 2.2) mit Grice aufgeworfene Problem der "Normalität" des Gebrauchs sprachlicher Mittel der Kommunikation angeknüpft.

3.5.1 Individueller Sinn

In seiner "Skizze zu einer integrierten Theorie der grammatischen und pragmatischen Bedeutung" macht Wunderlich (1976: 64ff.) zunächst eine analytische Trennung von *Sprechaktsemantik*, die sich mit der 'Bedeutung von Sätzen' beschäftigt, die auch als 'wörtliche Bedeutung' aufgefaßt wird, und *Sprechaktpragmatik*, die sich mit der 'Bedeutung von Sätzen-im-Kontext' befaßt, für die auch die Kategorie 'Sinn' als pragmatischer Begriff eingeführt wird. Innerhalb dieser analytischen Trennung, mit der keineswegs schon reale Interpretationsprozesse bei natürlichen Sprechern/Hörern abgebildet sein sollen, differenziert Wunderlich folgende Ebenen der Interpretation: Zunächst führt er die Ebene der Semantik (Bedeutungs-Funktion) ein, für die ein sog. neutraler Kontext angenommen wird, der lediglich die Bedeutung von indexikalischen Ausdrücken wie 'du', 'hier' usw. festlegt und der ansonsten nichts zur Bestimmung einer Äußerung als Sprechhandlung beiträgt. Auf dieser Ebene geht es lediglich um die semantische Analyse allgemeiner Interaktionsbedingungen zur Unterscheidung von Sprechhandlungstypen wie Direktiv-Typ und Kommissiv-Typ. Auf dieser Ebene werden also nur Unterschiede getroffen zwischen etwa Aufforderung und Versprechen und daher solche zwischen Befehl, Aufforderung und Bitte vernachlässigt, die sämtlich zum Direktiv-Typ gehören und sich in dieser Hinsicht zwar vom Versprechen unterscheiden, untereinander aber unterschiedslos sind. Diese können nur auf der pragmatischen Ebene der Interpretation unterschieden werden, wobei Wunderlich in seinen weiteren Analysen die Ebenen der *institutionellen*

Pragmatik (Sinn-Funktion) und *situationellen Pragmatik* (Sinn'-Funktion) und schließlich die Ebene der *Performanz* (Meinungsfunktion) einführt. Da auf die Problematik der Sprechhandlungstypologie und damit auch der Einordnung von institutionellen Sprechhandlungen noch gesondert eingegangen wird (in § 5.2), soll in diesem Zusammenhang der Übergang von der Ebene der Pragmatik zur Ebene der Performanz interessieren. Daß dieser Übergang nicht unproblematisch ist, soll zunächst an einem Beispiel von Wunderlich erörtert werden, woran sich einige Fragen zur Verstehensproblematik gerade beim institutionellen Handeln anschließen.

Den Übergang von der Interpretationsebene der Pragmatik zur Ebene der Performanz erläutert Wunderlich an dem Beispiel der folgenden Frage, die ein Gast in einem Restaurant an den Ober richtet:

(3.44) Gibt's was Besonderes?

Mit Hinweis auf die Analysen von Ehlich/Rehbein (1972) zum institutionellen Handeln im Speiserestaurant stellt Wunderlich diese Frage in den Kontext der Bestellphase. Wird die gegebene Frage vom Gast in dieser Bestellphase gegenüber dem Ober geäußert, so hat sie zunächst den "institutionellen Sinn (...), daß der Gast zu wissen wünscht, ob es was Besonderes *zu essen* gibt (d.h. der propositionale Gehalt wird näher bestimmt)" (1976: 107). Dennoch bleibt es nach Wunderlich letztlich unklar, ob der Gast die Tagesempfehlung des Küchenchefs, die des Obers, spezielle Angebote innerhalb oder außerhalb der Speisenkarte zu wissen wünscht oder aber nur ein Gespräch mit dem Ober anknüpfen will, obwohl er seine Wahl schon getroffen hat. Da der gegebene institutionelle Kontext zum Verständnis der Äußerung nicht ausreicht, wird der Ober seine Erwiderung von weiteren Prämissen der Situation abhängig machen, z. B. von der Kenntnis bzw. Einschätzung des Gastes als Stammgast, seiner Eßgewohnheiten, seiner Finanzkraft, des Küchenvorrats usw. Neben diesen Prämissen der Situation werden nach Wunderlich jedoch weiterhin 'spezielle Meinungen' des Gastes, die außerhalb des 'normalen Restaurantgeschehens' liegen, zu berücksichtigen sein, wenn er z.B. mit der gegebenen Frage sein Mißfallen über die Speisekarte oder die späte Bedienung ausdrücken oder wissen will, ob es Krach mit den Kollegen oder Ausfälle in der Küche gegeben hat. Diese möglichen Interpretationen des Frage-Beispiels charakterisiert Wunderlich zusammenfassend folgendermaßen: "Diese speziellen Meinungen sind weder durch die Bedeutung noch durch den institutionellen oder situationellen Sinn der Äußerung gegeben, sondern sind gewissermaßen Verschlüsselungen, die nur unter besonderen Umständen erkennbar sind" (1976: 108). Gerade wegen dieses Problems der Erkennbarkeit trifft Wunderlich seine Unterscheidung zwischen der pragmatischen Ebene und der Ebene der Performanz. Während die pragmatische Ebene nach Wunderlich "partiell immer konventionell ist", ist diese letzte Ebene der Performanz "nicht

konventionell geregelt", so daß sich hier Verstehensprobleme besonderer Art ergeben.

Mit dem Übergang von der einen zur anderen Ebene wird also die Scheidegrenze der Konventionalität überschritten und damit die Hürde des Erkennens von Intentionen erhöht. Sieht man von der ungünstig gewählten, weil mißverständlichen Terminologie der "Performanz" ab, scheint hier eine sinnvolle Unterscheidung getroffen zu sein, die allerdings im empirischen Anwendungsfall problematisch ist. Die Problematik kommt in den Blick, wenn man die Interpretation des gegebenen Beispiels genauer betrachtet und weitere von Wunderlich genannte Anwendungsfälle heranzieht. Mit dem Begriff der Performanz wird offenbar eine Residualkategorie eröffnet, unter der insbesondere die komplexeren, z.T. nicht oder nur schwer erkennbaren bzw. absichtlich nicht erkennbar gemachten Intentionen verhandelt werden, die auf den vorausgehenden Interpretationsebenen strikt ausgespart wurden. Es ist zunächst die Frage, inwieweit diese analytische Trennung der Interpretationsebenen trägt, wenn Wunderlich im oben angeführten Beispiel von "Verschlüsselungen" spricht, "die nur unter besonderen Umständen erkennbar sind". Inwieweit fallen diese besonderen Umstände im Einzelfall nun nicht unter den Situationsbegriff der situationellen Pragmatik und ist also die Annahme einer besonderen Interpretationsebene der Performanz berechtigt?

Im gegebenen Beispiel wird der Ober die Frage (3.44) "Gibt's was Besonderes?" in der von Wunderlich aufgezeigten Weise gerade deshalb entschlüsseln können, weil der Krach mit Kollegen oder Ausfälle in der Küche oder eine verspätete Bedienung auch vom Ober selbst jeweils als relevantes Merkmal der Situation aufgefaßt werden kann. Wäre dem nicht so, hätte der Gast überhaupt keine Chance, daß die Reaktion des Obers im intendierten Reaktionsbereich liegt, oder in diesem Fall spezieller, daß die Antwort des Obers auf die Frage "Gibt's was Besonderes?" im intendierten Antwortbereich liegt. Warum sollte der Gast die Äußerung überhaupt machen, wenn es für den Ober keine angemessene Erwiderungsmöglichkeit gibt?[36] Späte Bedienung und Ausfälle in der Küche sind entgegen Wunderlich zum 'normalen Restaurantgeschehen' zu zählen, jedenfalls eher als ein Krach zwischen Passanten auf der Straße, auf den sich der Gast ja auch mit seiner Frage beziehen könnte. Sollte der Lärm auf der Straße etwa das Restaurantgeschehen störend überlagern, wird diese Störung von allen Beteiligten im Restaurant als ein dominantes Situationsmerkmal aufgefaßt, so daß die Frage des Gastes auch in diesem Fall vom Ober "entschlüsselt" werden kann. Hier wird im Einzelfall die Rolle von Situationsmerkmalen, die von allen Interaktionspartnern als relevant bis dominant aufgefaßt werden, genauer zu bestimmen sein. Zunächst ist

---

36 Daß vom Sprecher u.U. eine solche angemessene Erwiderung auch gar nicht intendiert ist, ist ein anderer als der von Wunderlich angenommene Fall, vgl. unten.

festzuhalten, daß sich die Verschlüsselungs- und Interpretationsspielräume aufgrund von Situationsmerkmalen, an deren Relevanz die Handelnden nicht "vorbeikommen", eingeschränkter sind, als Wunderlich mit seinem Beispiel nahelegt. Was in quasi-empirischen Beispielen als "besondere Umstände" unterstellt wird, muß in der empirischen Analyse als relevantes Situationsmerkmal ermittelt werden.

Natürlich kann grundsätzlich der Gast in Wunderlichs Beispiel vom Ober auch mißverstanden werden, wenn beide von verschiedenen Relevanzsetzungen ausgehen. Dies ist aber ein anderer Fall, auf den ebenfalls noch mit Wunderlich einzugehen ist. Im hier unterstellten Fall kam es Wunderlich ja gerade auf solche speziellen Meinungen (des Gastes) an, die zwar "nur unter bestimmten Umständen", aber eben doch erkennbar sind. Offenbar trägt das von Wunderlich gegebene Beispiel bzw. seine Interpretation nicht das, was er mit dem Begriff der Performanz zu erfassen sucht. Eher läßt sich von den im weiteren skizzierten Phänomenbereichen auf mögliche Anwendungsfälle schließen. Auch Wunderlich kommt auf der Ebene der Perfomanz - zunächst überraschend - auf den Situationsbegriff zurück, allerdings wegen seines Frageinteresses auf dieser Analyseebene gerade unter einen "subjektiven" Aspekt. Wunderlich führt zur Ebene der Performanz aus, daß sich jeder Interaktionsteilnehmer "ein eigenes 'Bild' von der Situation" macht und Sprechereignisse eben auch relativ zu seiner Motivationsstruktur und Wahrnehmung der Situation interpretiert. Dabei sind die individuellen Einstellungen der Teilnehmer ihrem "logischen Status" nach nicht verschieden von denen, die Wunderlich für den Sinnbegriff auf der Ebene der institutionellen bzw. situationellen Pragmatik annimmt. "Jedoch ist ihr interaktionaler Status verschieden; sie müssen nicht aufgrund der Äußerung und ihres Kontextes erkennbar sein, u.U. handelt es sich um persönliche Reservationen, die absichtlich nicht erkennbar gemacht werden" (108f.). Auch hier wird gleich noch differenzierter zu fragen sein, was für wen nicht erkennbar ist und was über persönliche Reservationen hinaus wem gegenüber absichtlich nicht erkennbar gemacht wird.

Welche Phänomene letztlich auf der Ebene der Performanz zu untersuchen sind, faßt Wunderlich schließlich in einem weiten Untersuchungsbereich zusammen, für den er die Notwendigkeit betont, "auch individuelle Meinungen soweit wie möglich zu berücksichtigen und zu erschließen" (109). Wunderlich nennt hier in loser Folge u.a. die Untersuchungen

- rhetorischer Strategien (wo die Strategien den Adressaten verborgen bleiben),
- von Divergenzen zwischen Sinn und Meinung, wie sie z.B. bei Mißverständnissen und Nichtübereinstimmungen (etwa in der Einschätzung von Situation, Initiativen und Themen) und Interaktionsverstößen auftreten,

– von Sprachbarrieren oder allgemein 'schiefen' Interaktionsabläufen, in denen die Partner sich einfach nicht verstehen, aneinander vorbeireden, in einen interaktionellen Leerlauf geraten. (Wunderlich 1976: 109)

Ohne daß hier ein Anspruch auf eine Typologie der Fehlschläge erhoben würde, werden diese Phänomene von Wunderlich offenbar doch als Störfälle der Kommunikation aufgefaßt und ist seine Analyse implizit am Modell gelingender Kommunikation orientiert. Diese auf der Ebene der Performanz zusammengefaßten Pänomene gestörter Kommunikation können nun durchaus - wie Wunderlichs Analyse nahelegt - zustande kommen, weil sich die Interaktionsteilnehmer ihr "eigenes 'Bild' von der Situation" machen und diese 'Bilder' divergieren können. Dies mag eine vorläufige Erklärung für die Entstehung von Mißverständnissen oder allgemein 'schiefen' Interaktionsabläufen usw. sein.[37] Hier wäre das Spektrum von möglichen Fällen verschiedener Art zu untersuchen, in der die Beteiligten in ihren Situationseinschätzungen divergieren. Z.B. kann eine Äußerung von A wie:

(3.45) Der Mülleimer quillt schon wieder über!

in einer Wohngemeinschaft als Vorwurf an den Mitbewohner B, der Küchendienst hat, verstanden werden, obwohl die Äußerung von A nicht als solcher gemeint war. Eventuell kann A für alle Anwesenden glaubhaft versichern, daß er nicht gewußt habe, daß in den Ferien überhaupt jemand Küchendienst hat, und daß er eigentlich mit dem Vorschlag habe fortfahren wollen, einen größeren Mülleimer zu kaufen. Was von A für die Situation also aufgrund seiner Wissensvoraussetzungen gar nicht als relevant gesetzt sein kann, muß von B, der Küchendienst hat, gleichwohl als relevant gesetzt worden sein, wenn er A's erste Äußerung als Vorwurf versteht und er möglicherweise mit einer Rechtfertigung wie auf einen Vorwurf reagiert. Der umgekehrte Fall des Mißverstehens ist der, daß A seine Äußerung als Vorwurf gemeint hat, ohne daß B ihn als solchen versteht. Sollte B seinerseits mit dem Vorschlag fortfahren, einen größeren Mülleimer zu kaufen, wird A eventuell expliziter werden müssen, wenn er B zu verstehen geben will, daß der Mülleimer von B öfter geleert (hätte) werden soll(en). Solche Fehlschläge der Kommunikation, die hinsichtlich ihrer sozialen Relevanz nach Sprecher- bzw. Hörerperspektive zu differenzieren wären, sind im Prinzip korrigierbar.

Daß bestimmte Arten von Äußerungen (z.B. Vorwürfe) zwar als solche verstanden, aber aus sozialen und interaktionellen Gründen nicht (z.B. qua Rechtfertigung) erwidert werden (dürfen), sondern "überhört" oder übergan-

37 Es wäre gerade eine weitere Analyseaufgabe zu klären, warum solche Divergenzen jeweils zustande kommen und worauf sie sich im einzelnen beziehen: Interessen und Erwartungen, Situations- und Handlungswissen usw.

gen werden (müssen), ist eine vom Verstehensproblem abtrennbare Frage. Sollte die Äußerung eines Diskussionsleiters wie:

(3.24) Weil das Referat jetzt doch länger als geplant ausgefallen ist, können wir nur noch ganz wenige und kurze Diskussionsbeiträge zulassen.

vom Referenten als Vorwurf aufgefaßt werden, die Zeit überzogen und damit die von allen erwartete, weil laut Tagesordnung eingeräumte ausführliche Diskussion verhindert zu haben, wird er schon der verbliebenen Diskussionszeit wegen auf erklärende Entschuldigungen oder Rechtfertigungen verzichten. Zudem ist es in vielen sozialen (wie eben auch hochschulischen) Situationen verpönt, unzulässig oder auch nur peinlich, sich zu vergewissern, ob eine Äußerung als Vorwurf, Kritik usw. gemeint war, oder wie auf einen Vorwurf usw. zu reagieren. So bleibt es denn häufig dabei, daß aus der Hörerperspektive mehr oder weniger oder eben auch etwas ganz anderes verstanden wird als aus der Sprecherperspektive gemeint war.

3.5.2 Institutioneller Sinn

Ohne den Anspruch, Wunderlichs umfangreichen Katalog von Phänomenen gestörter Kommunikation, die auf der Ebene der *Performanz* zusammengefaßt waren, gerecht zu werden, sollen nachfolgend einige weitere Handlungsfälle erörtert werden, für die sich der Begriff der Performanz als Residualkategorie, in der die Störfälle der Kommunikation behandelt werden, als problematisch erweist. Die Verstehensprobleme beim institutionellen Handeln können insgesamt weder auf das Problem des Verstehens von individuellen Meinungen reduziert noch als Störfälle der Kommunikation ausschließlich auf der Performanzebene oder im Verhältnis von einer konventionell zu einer nichtkonventionell geregelten Ebene erfaßt werden.[38] Dies soll gegenüber der von Wunderlich nahegelegten einseitigen Subsumption der Störphänomene unter die Kategorie der Performanz nachfolgend weiter klargelegt werden.

Daß Kommunikationsstörungen der von Wunderlich genannten Art nicht nur als gelegentliche Fehlinterpretationen von Individuen auf der Basis individueller Meinungen aufzufassen sind, sondern häufig gerade in institutionellen Kontexten systematisch erzeugt werden, ohne daß individuelle Meinungen im Spiel sein müssen, gilt etwa für Arztvisiten im Krankenhaus, Antrags- und Bewilligungsverfahren im Arbeitsamt, Gerichtsverhandlungen oder

38 Eine gegenteilige Auffassung soll Wunderlich hier auch nicht prinzipiell unterstellt werden. Obwohl Wunderlich die genannten Störphänomene der Kommunikation erst auf der Performanzebene einführt, betont er im obigen Zitat ja nur die Notwendigkeit, "auch (sic!) die individuellen Meinungen soweit wie möglich zu berücksichtigen (...)" (109), vgl. unten.

auch Experten-Diskussionen im Fernsehen oder in der Hochschule. Diese Fälle sind wesentlich dadurch charakterisiert, daß bestimmte Typen von Aktanten, die stellvertretend für und im Auftrage von Institutionen handeln, quasi über die Köpfe der übrigen Aktanten hinweg reden und handeln, und zwar in einer professionalisierten Form, die nicht zwischen den Institutionsvertretern untereinander, sondern zwischen diesen und den Laien oder Klienten zu allgemein 'schiefen' Interaktionsverläufen führt. Nicht innerhalb des Visitenteams, sondern zwischen diesem und dem Patient wird ein Dialog erschwert oder gänzlich verhindert.[39] Die in der empirischen Forschung zur Arzt-Patient-Kommunikation inzwischen vielfältig ermittelten Formen von Nicht-Diskursivität stellen mehr oder weniger gravierende Verstöße gegen allgemeine Prinzipien medizinischen Handelns dar, wie sie sich im Rahmen einer *angewandten Diskursethik* begründen lassen (vgl. Koerfer/Köhle/Obliers 1993). Gegenüber dem idealen Anspruch einer Aufklärungsmedizin nimmt sich die Kommunikationspraxis zwischen dem Arzt als Experten und dem medizinischen Laien eher bescheiden aus: Nicht selten werden für den Patienten lebenswichtige Therapiemaßnahmen nicht einvernehmlich nach Aufklärung (im Sinne eines *informed consent*) getroffen, sondern entweder von vornherein nach einem paternalistischen Modell durch den Arzt allein entschieden oder durch einen Pseudo-Konsens bloß formell abgesegnet (vgl. z. B. von Uexküll 1987). Mangelnde Diskursivität beläßt den Laien hier im Status des Nicht-Wissenden, der noch nicht einmal in der Lage ist, seine Verstehensprobleme zu formulieren - eine allererste Voraussetzung für eine qualifizierte Verständigung.

Auch in anderen institutionellen Kommunikationsbereichen der Gesellschaft ist ein Defizit an Diskursivität zu verzeichnen (vgl. § 6.4). Dies gilt selbst für solche hochsensiblen Bereiche wie Politik, Wissenschaft und Recht, in denen diskursive Verfahren zum Zwecke von spezifischen Problemlösungen konstitutiv eingebaut sind (vgl. die bereichsspezifischen Beiträge zur Diskursethik in Apel/Kettner (Hg.) 1992). Mangelnde Diskursivität ist vor allem ein strukturelles Problem, das aber etwa in der täglichen Experten-Laien-Beziehung vor allem zu Lasten der Laien perpetuiert wird. Daß von einer Diskursivierung der Beziehung letzlich auch die Experten profitieren würden, steht zunächst auf einem anderen Blatt. Gegen die Einsicht, daß etwa die Aufkärung des Patienten die Arzt-Patient-Beziehung in beider Interesse verbessern hilft, steht die Trägheit des Routinebetriebs in Klinik und Praxis. In anderen Institutionen (wie dem Arbeitsamt) mag die Erhöhung diskursiver Partizipationschancen für die Klienten ohnehin nicht unmittelbar von Vorteil

---

39 Vgl. zu den spezifischen Verstehens- und Verständigungsproblemen in der Arzt-Patient-Kommunikation z.B. Bliesener (1982), Bliesener/Köhle (1986), Nothdurft (1982), Löning (1985), Fehlenberg (1987), Fehlenberg/Simons/Köhle (1990).

erscheinen, jedenfalls nicht aus der Perspektive der Institutionsvertreter, für die sich ihr Handeln keineswegs als defizitär erweisen muß. Selbst wenn der Patient in der Praxis oder der Klient im Arbeitsamt eventuell mit der Darstellung seiner Geschichte individuelle Meinungen (im Sinne Wunderlichs) verbinden sollte, könnten diese von den Institutionsvertretern ebenso gut oder schlecht erkannt werden wie im außerinstitutionellen Alltag auch. Die Institutionsvertreter verfügen im Unterschied zu den Institutions-Laien über eine doppelte Handlungskompetenz, die sie befähigt, sich im "alltäglichen Leben" wie auch im "institutionellen Alltag" gleichermaßen zu verständigen. Das Verstehensproblem ist hier durch eine strukturelle Asymmetrie von Kompetenzen gekennzeichnet, die sich auf allen von Wunderlich unterschiedenen Interpretationsebenen auswirken kann.

Die Kommunikation der Institutionsvertreter ist häufig hochgradig konventionell geregelt, und dennoch oder gerade deswegen kommt es zu allgemein 'schiefen' Interaktionsverläufen. Spezielle Sprachbarrieren bestehen nicht für die Institutionsvertreter untereinander, sondern sind im Krankenhaus gegenüber dem Patienten oder im Gericht gegenüber dem Angeklagten oder im Sozialamt gegenüber dem Sozialhilfeempfänger oder in der Hochschule gegenüber dem Anfangssemester durch eine entsprechende *Fachsprache* gegeben. In der Fachsprachenforschung werden verschiedene Stufen der Abstraktion oder Abweichung von der natürlichen oder Alltagssprache unterschieden (vgl. z.B. Hoffmann 1985: 64ff.). Das Verstehensproblem setzt aber nicht erst bei einer relativ hohen Abstraktionsstufe wie der Wissenschaftssprache ein und beschränkt sich auch nicht auf den Gebrauch von Fremdwörtern, sondern beginnt bereits mit der Terminologisierung der Umgangssprache in Institutionen wie dem Gericht. Im folgenden Beispiel (3.47) fällt ein Angeklagter dem Richter vehement ins Wort, als dieser ihm das Vorstrafenregister vorhält. Der Angeklagte will sich offensichtlich gegen den Vorwurf einer gefährlichen Körperverletzung wehren, wohl in der landläufigen Annahme, eine *gefährliche Körperverletzung* sei so etwas wie die Folge einer Schlägerei. Gemeint ist aber ein Verkehrsunfall. Der Angeklagte bemerkt schließlich selbst seinen Irrtum, wobei der Richter die letzten Zweifel des Angeklagten ("ich wußte jetzt nicht . Körperverletzung") in diesem Fall mit einer Art von Gebrauchserklärung von Bedeutung ("ja das nennt man fahrlässige Körperverletzung, was da geschehen ist") beseitigt:

(3.47) [nach Verlesung des Anklagesatzes durch die Staatsanwältin] ..
R vielen Dank . Herr Müller, es gibt ei:ne Vo:rbelastung . das war'ne fahr/ne fahrlässige Kö:rperverletzung . da hab ich das Verfahren .. vorläufig nach § 153a eingestellt, Sie mußten ne Geldbuße zahlen, da sind Sie noch zugange, wie man so schön sagt .
A äh entschuldigen Sie bitte .. da weiß ich noch nichts von .. achso, wegen des Autounfalls .
R ja [lachend] .

A ja . [lacht] . ich wußte jetzt nicht . Körperverletzung .
R ja, ja das nennt man fahrlässige Körperverletzung . was da geschehen ist . da haben Sie noch'n Rest von 200 Mark . ja? der wird dann
☐ vermutlich im nächsten Monat bezahlt . und dann stell ich die
A ☐ ja
R Sache ein .. also das war'n Verkehrsunfall . nur damit das auch in die Akten kommt . [aus: Projekt DLJ]

Auffällig ist hier zum Schluß - trotz der vorangegangenen fachsprachlichen Aufklärung - der Rückfall des Richters in die Alltagssprache ("Verkehrsunfall"), die nun in der Tat entbehrlich ist. Mit der Benutzung des alltagssprachlichen Ausdrucks von Anfang an hätte jedenfalls der ganze terminologische Meta-Exkurs vermieden werden können. Das Verstehensproblem für die Laien beschränkt sich aber nicht auf den singulären Gebrauch von Fremdwörtern oder Terminologisierungen auch der Alltagssprache, sondern erstreckt sich auf die syntaktische und semantische Interpretationsebene insgesamt. Dies ist seit längerem Gegenstand der linguistischen Verständlichkeitsforschung, die in neueren Entwicklungen ihre Fragestellung auf die pragmatische Ebene des Verstehens ausgedehnt hat,[40] auf der die Verstehenschancen ebenfalls ungleich verteilt sind. In der Regel hat ein Staatsanwalt keine Verstehensprobleme in bezug auf die sprachlichen Handlungen eines Richters, wohl aber die Institutions-Laien. Für die Institutionsvertreter untereinander ist hier das Verständnis des institutionellen und situationellen Sinns ihrer Äußerungen u.a. deswegen gesichert, weil sie innerhalb eines institutionellen Rahmens in professioneller Weise und routinisiert immer identische oder doch ähnliche Situationsmerkmale als relevant setzen (müssen). Für "Neulinge" sind der institutionelle Rahmen und die in ihm entwickelten sozialen Situationen häufig derart fremd, daß sie die für die Institutionsvertreter relevanten Situationsmerkmale nicht erkennen und entsprechend deren Äußerungen nicht verstehen bzw. mißverstehen und ihrerseits "falsch" (re-)agieren. Hier kommt es systematisch zu Fehlschlägen der Kommunikation, die der Differenz von professioneller und laienhafter Handlungs- und Verstehensperspektive geschuldet sind, was sich letztlich als Wissensdifferenz erweist. Systematische Unkenntnis der relevanten Situationsmerkmale muß zu systematischen Fehlschlägen der Kommunikation führen.

40 Untersucht wurden nicht nur bestimmte Textsorten, sondern auch mündliche Kommunikationstypen in Institutionen wie dem Sozialamt (z.B. Gloy 1981, Wenzel 1984, Selting 1985 und 1987), wobei in dieser mündlichen Kommunikation wiederum auf bestimmte Textsorten (Formulare, Verordnungen, Gesetze usw.) Bezug genommen werden kann (vgl. dazu unten § 6.4.5.). Vgl. zu spezifischen Bürger-Verwaltungs-Diskursen mit einem besonderen Verhältnis von Mündlichkeit und Schriftlichkeit in Institutionen wie dem Arbeitsamt Becker-Mrotzek/Fickermann (1989) und Becker-Mrotzek/Ehlich/Fickermann (1992), speziell zur Verständlichkeit von Gesetzen im Rechtsdiskurs Hoffmann (1992).

Die Untersuchung von allgemein 'schiefen' Interaktionsverläufen läßt sich demnach besonders günstig in einem natürlich vorfindlichen "setting" durchführen, in dem "Neulinge" in eine Institution eintreten und in diese erst "hineinsozialisiert" werden müssen (z. B. Erstklässler, Anfangssemester). Die Orientierungsschwierigkeiten aus der Laien-Perspektive sind um so größer, je "ungewöhnlicher" die Handlungssituationen aus der bisherigen Erfahrungsperspektive sind. Einen extremen Fall stellt beispielsweise die psychoanalytische Therapie dar, in der gemäß einer in langer Tradition institutionell ausgebildeten Interaktionsform zwischen Analytiker und Patient fundamentale Diskursregeln der Alltagskommunikation zu therapeutischen Behandlungszwecken modifiziert oder suspendiert werden. Auch hier läßt sich das "Unverständnis" und der Widerstand gegenüber dem "neuartigen" Diskurstyp besonders in der Anfangsphase beobachten (vgl. Koerfer/Neumann 1982), in der das neue Diskurswissen erst mühsam und allmählich aufgebaut und als Routinewissen internalisiert wird. Die folgenden Beispiele aus einer ersten, zweiten und siebten Sitzung verschiedener psychoanalytischer Therapien machen deutlich, daß die Patienten selbst bei bereits rudimentär ausgebildetem reflexivem Wissen über die Geltung bestimmter Diskursregeln, die der allgemeinen psychoanalytischen Abstinenzregel geschuldet sind, dennoch handlungspraktische Schwierigkeiten haben:

(3.48) (...) ich könnt' ja versuchen, Sie ins Gespräch zu ziehen, aber Sie würden sich ja gar nicht darauf einlassen . wahrscheinlich . (1. Sitzung)

(3.49) (...) und ich weiß natürlich langsam, daß sie mehr oder weniger nicht antworten, sondern höchstens präzisieren . (2. Sitzung)

(3.50) (...) oder wenn man Kinder hat (...) aber eigentlich paßt das nicht zu Ihnen, ich kann mir das nicht vorstellen . ich warte jetzt darauf, daß Sie was sagen, aber Sie sagen ja nichts . (7.Sitzung) (aus: Koerfer/Neumann 1982: 104, 111, 122)

Obwohl die Patienten das vom Alltagsdiskurs abweichende Gesprächsverhalten des Therapeuten bereits zu antizipieren fähig sind, sind sie gleichwohl noch nicht in der Lage, ihr alltägliches Handlungswissen zugunsten der neuen Diskursregeln aufzugeben. Von daher kommt es in der Anfangsphase regelmäßig zu Metadiskursen, in denen die aus der Alltagsperspektive "ungewöhnlichen" Diskursregeln einer kritischen bis widerständigen *Akzeptabilitätsprüfung* unterzogen werden. In diesen Metadiskursen werden die aus der Patientenperspektive allgemein 'schiefen' Interaktionsabläufe auf vielfältige Weise thematisiert und problematisiert, worauf nochmals im Detail zurückzukommen ist, wenn es (in § 6.2.2) einige weitere Spezifika des psychotherapeutischen Diskurses zu klären gilt.

Während "Kommunikationsstörungen" in der Therapie in gewissem Umfang jedoch gerade zu therapeutischen Behandlungszwecken produktiv genutzt werden können, erscheinen sie in den "alltäglichen" Institutionen des

Gesundheits-, Rechts- und Erziehungswesens häufig als dysfunktional. Allerdings wäre systematisch und in kontrastiven Untersuchungen der Frage nachzugehen, die hier weitgehend vernachlässigt werden muß, inwieweit in bestimmten Typen von Institutionen etwa aufgrund bürokratischer Verselbständigungstendenzen, die ihrerseits gesellschaftskritisch zu analysieren sind (vgl. Schluchter 1972/85), das "Laien-(Un)verständnis" gerade im institutionellen Handeln zu strategischen Zwecken genutzt wird. Diese Fragestellung ist etwa auch mit Habermas' (1981) Unterscheidung von *erfolgsorientierter* und *verständigungsorientierter* Kommunikation aufgeworfen (vgl. § 3.4.2), wobei letztere in bestimmten Institutionen von vornherein verstellt sein dürfte. Am ehesten zu identifizieren sind sicherlich die *dysfunktionalen* Fälle von Unverständnis, weil sie gleichsam als Sand im Getriebe der Institution von dieser, d.h. ihren Repräsentanten, eliminiert werden müssen und durch die entsprechend notwendigen sprachlichen Reparaturen manifest werden, wie im folgenden Beispiel einer mißglückten Zeugenbelehrung:

(3.51) R Herr [Nachname], dann will ich Sie auch kurz belehren . Sie [an jemand anderes adressiert] müssen noch'n Moment draußen bleiben . Herr [Nachname], Sie müssen also auch gleich als Zeuge vernommen werden . und da müssen Sie hier die Wahrheit sagen, ja? .
Z alles klar .
R Sie dürfen [lacht] . na ja . ich belehr' Sie gleich noch mal . [aus Projekt DLJ]

Aus der Perspektive des Richters hat der Zeuge den institutionellen Handlungssinn einer Zeugenbelehrung offenbar nicht hinreichend erkannt. Als Indiz hierfür mag dem Richter, der selbst lachen muß, die etwas saloppe Form der Bestätigung des Zeugen dienen ("alles klar"), die den nötigen Ernst, der einer so zentralen Handlung wie der Zeugenbelehrung mit all ihren Konsequenzen zukommt, vermissen läßt. Jedenfalls sieht sich der Richter zu einer nochmaligen Belehrung angehalten, die er späterhin auch förmlicher vornimmt. In wiederum anderen Fällen ist zu beobachten, daß der Richter die Zeugenbelehrung wiederholt, ohne daß zuvor ein Verstehensproblem deutlich geworden sein muß; dies etwa, wenn der Richter den Eindruck gewinnt, daß ein Zeuge, der sich in Widersprüche zu verwickeln droht, die Konsequenzen einer Falschaussage eben doch nicht hinreichend abschätzen kann, d.h. den institutionellen Sinn der Zeugenbelehrung nicht vollständig erfaßt hat. Hier hat die erneute Zeugenbelehrung die Funktion einer Vergewisserung, daß sich der Zeuge nicht aus Gründen mangelnder Einsicht vermeidbare Nachteile einhandelt (vgl. auch unten Beispiel 4.05). Hier kommen die Institutionsvertreter einer besonderen institutionsspezifischen Aufklärungspflicht nach, gegenüber der jedwede Verständigungsfehlschläge beim institutionellen Handeln wegen ihrer notwendigen Reparaturbedürftigkeit dysfunktional wären.

Insofern ist die Verständniskontrolle durch die Institutionsvertreter nach Maßgabe institutionsspezifischer Handlungszwecke immer nur selektiv.[41]

Einen typischen Störfall institutioneller Kommunikation, der als eindeutig dysfunktionaler Störfall durch entsprechende Einsozialisierung von Neulingen zu beheben ist, hat Wunderlich selbst an anderer Stelle (1976: 324ff.) am Beispiel der Lehrerfrage analysiert, die im schulischen Kontext Störfälle bei der Vergabe und Übernahme der Redegelegenheit vermeiden helfen soll.

(3.52) L Wer kann denn so zählen, wie die Erika gebaut hat?
S ☐Ich
☐Ich
L Monika?
S Zehn!

Um die Gleichzeitigkeit von Schülerantworten, die den institutionell geregelten Lernprozeß von mehr als zwanzig unterschiedlich zu fördernden Schülern erheblich stören würde, zu verhindern, wird nach Wunderlich ein Typ von Lehrerfrage benutzt, die in zwei Teile dissoziiert ist: "im ersten Teil wird der Fragegegenstand (der propositionale Gehalt der Frage) eingeführt und an alle Schüler adressiert; im zweiten Teil wird die Vergabe der Redegelegenheit (die turn-Vergabe) an einen bestimmten Schüler vorgenommen" (327). Wunderlich zeigt an empirischen Fällen im Detail auf, daß und wie die Schüler diesen für sie neuen Fragetyp erst mühsam erlernen müssen. Das Problem, daß die Schüler den institutionellen Sinn der Lehrerfrage zunächst verkennen und spontan und gleichzeitig antworten, ist letztlich auf ihre anderweitigen und der Schule vorausgehenden Kommunikationserfahrungen zurückzuführen, die ihrerseits durchaus auf einer konventionell geregelten Interaktionsebene angesiedelt sind.

Sofern ein Kindergarten nicht schon als Vorschule konzipiert ist, folgen die Kinder dort durchaus einer Konvention, wenn sie auf eine Frage, die an alle adressiert ist, spontan antworten, ohne individuell gefragt zu sein. So

41 Die aus der Klientenperspektive weiterhin bestehenden Fälle von Unverständnis können eben so lange unterschwellig bzw. unbehandelt bleiben, wie sie die institutionellen Handlungsabläufe und die jeweiligen institutionellen Handlungszwecke nicht tangieren. So muß sich ein Richter zwar vergewissern, ob der Zeuge auch die Zeugenbelehrung verstanden hat, nicht aber, ob der Angeklagte der Urteilsbegründung zu folgen imstande ist. In welchem Umfang die Institutionsvertreter Verstehens- und Verständigungsprobleme, die nicht unmittelbar zu Dysfunktionalitäten im institutionellen Ablauf führen, in der Praxis ignorieren (können), wird im spezifischen Fall der interkulturellen Kommunikation vor Gericht besonders deutlich (vgl. Koerfer 1993). Auch in anderen Institutionen wie dem Finanzamt oder Arbeitsamt ist die Verständniskontrolle lediglich selektiv (vgl. 6.4.5), wenn etwa unberechtigte Ansprüche zurückgewiesen, aber nicht etwa berechtigte Ansprüche eigens elizitiert werden, weswegen sich gerade vorgeschaltete Institutionen wie die Steuerberatung etabliert haben usw.

kommt es z.B. beim Rätselraten in der allgemeinen Form als Spiel, für die das folgende aus Ehlich/Rehbein (1986: 43) entnommene empirische Beispiel ein Exemplar ist, gerade darauf an, die Antwort zu geben, bevor sie ein anderer gibt:

(3.53) Und dann noch ein anderes Rätsel: "Wenn ich nur wüßte, wer das ist, der immer mit zwei Löffeln frißt"?

Zweifellos hat das Rätselraten als Spiel einen Wettbewerbscharakter in dem Sinn, daß ich nicht nur die richtige Antwort weiß, die man ja auch versteckt auf einem Papier geben könnte, so daß anschließend die Antworten aller verglichen werden könnten, sondern daß ich mit der richtigen Antwort auch anderen zuvorkommen muß. Deswegen verlangt das Spiel unbedingt eine uneingeschränkte Gewährung und Beanspruchung des Rederechts. Dies wird im weiteren Fortgang des Beispiels von den Kindern auch ausgesprochen erschöpfend wahrgenommen, indem sie sofort nach Abschluß der Rätsel-Frage spontan und durcheinander antworten (vgl. Ehlich/Rehbein 1986: 43ff.).[42] Es sei darüber hinaus angemerkt, daß auch bei bestimmten unspezifisch adressierten Fragen in einer Gruppe - wie etwa bei Fragen nach der Uhrzeit oder nach dem Verbleib von Dingen oder Personen - auch ohne Wettbewerbscharakter spontan geantwortet werden kann und Simultaneität in Kauf genommen wird. Hierin unterscheidet sich das Wissen von Kindern über Konventionen nicht von dem der Erwachsenen. Im Übergang vom außerinstitutionellen Alltag oder von der Institution Kindergarten zur Institution Schule geht es bei Störfällen der Rede-Organisation, unter der ja nicht nur Lehrer, sondern auch bereits "regelkonform" handelnde Mitschüler leiden, also nicht um Verstehens-Divergenzen von (konventionell geregeltem) *Sinn* und (nicht-konventionell geregelter) *Meinung*, sondern um Divergenzen des Sinnverstehens auf der Ebene der institutionellen Pragmatik. Die Schüler verkennen den institutionellen Sinn der Lehrerfrage im schulischen Kontext und schreiben ihr einen aus anderen (z.T. ebenfalls institutionellen) Praktiken geläufigen Sinn zu.[43]

---

42 Es handelt sich bei den Daten um eine Kindergeburtstagsfeier, die unabhängig vom Problem der Rede-Organisation von Ehlich/Rehbein (1986) mit Daten aus dem Schulunterricht kontrastiert werden.

43 Es kann von Wunderlich nicht intendiert sein, derartige Sinnzuschreibungen, die in anderen (auch institutionellen) Kontexten angemessen wären, aber im gegebenen Kontext aus "institutioneller Perspektive" zu Fehlschlägen der Kommunikation führen, als individuelle Meinungen aufzufassen. Die Analyse verkompliziert sich allerdings dadurch, daß die Individuen, die den institutionellen Sinn von Äußerungen verkennen, dennoch mit diesen Äußerungen einen "objektiven Sinn" (Lehrer will wissen, ob ich weiß...) und mit ihrem eigenen Handeln einen "subjektiven Sinn" verbinden können, z.B. mit ihrem Wissen, das zeitlich den anderen vorausgehend kundgetan wird, als "Bester" imponieren zu wollen. Hier

Vergleichbare Schwierigkeiten treten im Übergang von der Schule zur Hochschule auf, wenn bei Bedarf an spontaner und direkter Diskussion das einmal gelernte strikte Melde- und Abrufsystem trotz der entsprechenden Bemühungen des Dozenten nicht überwunden werden kann und seine provokantesten Thesen nicht als Aufforderung zum Widerspruch innerhalb eines argumentativen Handlungsmusters, sondern als "Lehrervortrag" verstanden werden. Erst wenn das "Strittige" in die gewohnte Form der rhetorischen Entscheidungsfrage

(3.54) Ist es denn wirklich so, daß...

gekleidet wird, wird es als das "Fragliche" erkannt und kann mit dem tradierten Frage-Antwort-Muster eine "schleppende" Diskussion in Gang gesetzt werden. Zum Problem der autoritativen Kraft für das Verständnis von Äußerungen sei ein weiteres quasi-empirisches Beispiel angeführt, das Stubbs (1983: 163) seiner eigenen Erfahrungspraxis als Dozent mit Studenten entnimmt. So erlebt Stubbs es im Seminar häufig als schwierig "to convey suggestions which are not interpreted as requests or orders". So würden Studenten häufig Äußerungen wie (3.55) als Anweisungen interpretieren und mit Fragen wie (3.56) reagieren:

(3.55) You might be interested in having a look at X's article on this.
(3.56) Do you want us to read that for the next essay?

Aufgrund seiner eigenen sozialen Rolle und Autorität sieht Stubbs für sich selbst praktisch wenig Spielraum, einem solchen nicht-intendierten Handlungsverständnis seiner Studenten entgegenzuwirken: "They interpret my utterances in accordance with my social role, and given my authority status in that situation, they are very sensitive to interpreting anything possible as an indirect command. Since almost any utterance can be interpreted as a hint to do something, I am often left with little room for manoeuvre" (162). Im Falle der Hochschulkommunikation mag die Wirksamkeit der institutionellen Autorität bzw. der Autorität der Institutionsvertreter dennoch vergleichweise gering und das Risiko für eine Art des Mißverstehens, wie es Stubbs beschreibt, entsprechend klein sein. Graduelle Unterschiede sind vielleicht schon zwischen der eher schwächeren institutionellen Autorität eines Hochschullehrers gegenüber erwachsenen Studenten und der eher stärkeren Autorität eines Grundschullehrers gegenüber Kindern auszumachen.

Zur weiteren Klärung der Rolle der institutionellen Autorität für das Handlungsverstehen ist eine ganze Reihe von kontrastiven Studien sinnvoll. Es

---

bietet sich die Möglichkeit, im einzelnen zu untersuchen, inwieweit das Handeln und Handlungsverstehen von Individuen, das aus "institutioneller Perspektive" zu Fehlschlägen der Kommunikation führt, dennoch auch in Institutionen offen oder verdeckt zum Tragen kommt.

ließen sich etwa systematische Untersuchungen darüber anschließen, inwieweit Äußerungen, die außerhalb von Institutionen als *Hinweise* oder *Empfehlungen* oder *Vorschläge* aufgefaßt werden, innerhalb von Institutionen als *Anweisungen* oder gar *Befehle* verstanden werden. Im institutionellen Fall wäre dabei zu unterscheiden, ob die jeweiligen Äußerungen auch als Anweisungen oder Befehle gelten sollen oder eben nur als Empfehlungen oder Hinweise. Unter diesen Aspekten wurde einleitend (§§ 1.1-2) der innerinstitutionelle Konfliktfall (1.02) ausführlich erörtert, in dem ein Innensenator und ein Polizeipräsident in eine öffentliche Auseinandersetzung um den gemeinten/verstandenen Sinn einer Äußerung des Vorgesetzten in einer Dienstbesprechung eintraten. Schließlich wäre vergleichend zu fragen, in welchen Typen von Institutionen wir überhaupt mit bestimmten Typen von Handlungen wie Empfehlung oder Anweisung oder Befehl rechnen können.[44] Hier gibt es sicherlich grundlegende Unterschiede zwischen Erziehungsinstitutionen und militärischen Institutionen bzw. "totalen Institutionen" (im Sinne Goffmans 1961/72) oder konkret zwischen Interaktionsformen im Seminar und in der Kaserne. Sofern Empfehlungen im Falle militärischer Institutionen überhaupt vorkommen bzw. zu einem relevanten Wirklichkeitsausschnitt gehören sollten, wird der institutionelle Sinn von Äußerungen dort eher selten verkannt werden; jedenfalls werden elementare Verwechslungen von Sprechhandlungstypen dort die Ausnahme bleiben. Das Laien-Wissen auch eines frisch eingezogenen Rekruten wird ausreichen, einen Befehl nicht als Empfehlung mißzuverstehen.

All den zuletzt behandelten Störfällen institutioneller Kommunikation ist gemeinsam, daß sie sich eben nicht auf Divergenzen zwischen *Sinn* und *individueller Meinung* reduzieren lassen. Gerade für das Handeln in Institutionen ist festzuhalten, daß für die dort überwiegenden und letztlich relevanten Verstehensprobleme die von Wunderlich so stark herausgestellte Interpretationsebene der Performanz ebensowenig der systematische Ort der Analyse sein kann wie der Übergang von der pragmatischen Ebene (konventionelle Sinn-Funktion) zur Ebene der Performanz (nicht-konventionelle Meinungs-Funktion). Dennoch wäre nach Typen von Institutionen zu differenzieren und zu klären, inwieweit individuelle Meinungen im Sinne Wunderlichs nicht oder eben doch ausgedrückt, verstanden und akzeptiert bzw. interaktionell berücksichtigt werden. Wenn auch Verstehensprobleme auf der Ebene der Performanz in bestimmten Institutionen insgesamt keine relevante Rolle haben dürften, sind hier doch feinere Unterschiede als solche zwischen dem Appell

---

44 Vgl. unten § 5.2 zur Frage der institutionellen Umwandlung von Handlungstypen wie Empfehlungen zu solchen wie Anweisungen. Vgl. zu der Fragestellung, was denn im einzelnen (noch) als Hinweis gelten bzw. aufgefaßt werden kann, auch die "Hinweise (sic!) auf Hilfen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit und auf Konkursausfallgeld und Sozialhilfe" im Merkblatt für Arbeitslose. (Hg. von der Bundesanstalt für Arbeit, Ausgabe April 1985 III 30)

auf dem Kasernenhof und einer Diskussion im Hochschulseminar zu machen. Schließlich sei in diesem Zusammenhang eine von Wunderlich abschließend skizzierte Perspektive aufgenommen, die offenbar die strikte und deswegen problematische Bestimmung, daß die Interpretationsebene der Performanz "nicht konventionell geregelt" ist, wenn nicht aufhebt, so doch relativiert: "Innerhalb sehr beschränkter Kontexte ist es auch möglich, daß solche Meinungen erwartet werden. Neue Sinn-Konventionen werden auf der Ebene der Performanz etabliert und stabilisiert, und nirgendwo sonst" (1976: 110). Dies wäre die *historische* Perspektive, die hinsichtlich der *Innovationsfähigkeit* nach Typen von Institutionen zu differenzieren ist. Manche Institutionen lassen sicherlich dynamischere und kreativere Entwicklungen von Konventionen zu als andere.[45]

3.5.3 Verdeckte Intentionen und Strategien

Die vorausgehend erörterten Beispiele standen für einen Typ von Fehlschlägen der Kommunikation, bei dem Mißverständnisse, Nichtverstehen, allgemein 'schiefe' Interaktionsverläufe, Leerläufe usw. nicht primär als von irgendeiner Seite intendiert anzusehen sind. Höchstens werden derartige Störfälle, sofern sie nicht von seiten der Institutionsvertreter verhindert oder repariert werden müssen, billigend in Kauf genommen. Eine solche Einstellung auf seiten der Institutionsvertreter kann, wie gesagt, mit einer systembedingten Funktionalisierung von Laien-Unverständnis zusammenfallen. Um es noch einmal zu verdeutlichen: Einerseits muß ein Richter dafür Sorge tragen, daß ein Zeuge den institutionellen Sinn einer Belehrung oder Vereidigung einschließlich der institutionellen Konsequenzen einer Falschaussage usw. erkennt, und kann ein Lehrer auf Dauer nicht hinnehmen, daß seine Schüler den institutionellen Sinn der Lehrerfrage verkennen und auf jede seiner Fragen ihrerseits spontan und simultan antworten. Andererseits ist ein Richter nicht angehalten, sich zu vergewissern, ob der Angeklagte den institutionellen Sinn einer Zeugenvernehmung versteht oder ob er der Urteilsbegründung folgen kann. Nicht von ungefähr bedarf es in (bestimmten) Verfahren der Rechtsprechung häufig der Verstehenshilfe eines Rechtsbeistandes. Es handelt sich hier wegen der gesellschaftlich anerkannten Relevanz der sozialen Auswirkungen, die ein möglicher Mangel an Sach- und Handlungskenntnissen von Laien haben kann, um den institutionellen Sonderfall eines Beistandes durch einen Experten, der bei Bedarf sogar pflichtgemäß bestellt wird. Aber

---

45 Unter diesem Aspekt einer Typologie von Institutionen wäre auch die von Mead getroffene Unterscheidung von konservativen und progressiven Institutionen (vgl. § 6.5) empirisch weiter zu überprüfen.

dies ist eben ein institutioneller Sonderfall. In derselben Weise wird das Laien-Wissen gegenüber anderen institutionellen Verfahren wie etwa beim Finanzamt, Arbeitsamt oder Sozialamt keineswegs systematisch und optimal gefördert und gerät das Unverständnis gegenüber dem gesamten Verfahren wie gegenüber einzelnen institutionellen Handlungen, die schriftlich wie mündlich innerhalb des Verfahrens und dem Verfahren gemäß vollzogen werden, häufig zum Nachteil der Klienten.[46]

Von diesen insgesamt also entweder unerwünschten und deswegen reparaturbedürftigen oder aber gebilligten Störfällen der Kommunikation, die natürlich immer nur aus bestimmten Perspektiven als Störfälle zu betrachten sind, zu unterscheiden sind die Fälle, in denen von vornherein entweder kurzfristig oder auf Dauer bestimmte Intentionen gegenüber einzelnen Aktanten oder einer Gruppe von Aktanten verdeckt verfolgt werden, was natürlich ebenfalls nur aus einer bestimmten Perspektive als Störung aufzufassen ist, nämlich der Perspektive vollständig aufrichtiger und aufgeklärter Kommunikation. Aus der Sicht des verdeckt Handelnden mag die Kommunikation durchaus erfolgreich sein, wenn er nur mit den gewählten Mitteln seine entworfenen Handlungszwecke erreicht. Hierher gehören endlich auch jene von Wunderlich sogenannten "persönlichen Reservationen, die absichtlich nicht erkennbar gemacht werden" sowie die "rhetorischen Strategien", die "den Adressaten verborgen bleiben" (1976: 109). Allerdings ist das Spektrum dessen, was wir als verdeckte Intentionen bzw. Strategien annehmen wollen, keineswegs theoretisch klar und einfach zu fassen, geschweige denn empirisch leicht zu erforschen.[47] Dieses Problem hängt schließlich mit der Übernahme einer *handlungs-* bzw. *sprachkritischen* Perspektive zusammen, wie dies bereits mit dem Hinweis auf den Begriff einer vollständig aufrichtigen und aufgeklärten Kommunikation nahegelegt ist. In letzter Konsequenz wären

---

46 Natürlich können sich bestimmte Typen von Klienten, sofern sie dazu finanziell in der Lage sind, bestimmte Typen von professionellen (z.B. Steuer-)Beratern nehmen, was aber im Verhältnis zum institutionell vorgeschriebenen Rechtsbeistand auf einem anderen Blatt steht.

47 Über die rhetorische Forschung hinaus sei hier auf linguistische Arbeiten mit sehr verschiedenen Fragestellungen verwiesen: Wagner (1978) geht es um einen allgemeinen Begriff der Sprecherplanung bzw. allgemeinen Strategiebegriff sowie empirisch weit gestreut um eine reichhaltige Sammlung und Typologie von konkreten Sprecherstrategien mit einer abschließend didaktischen Fragestellung; Ossner (1985) geht es um die Klärung des Unterschieds und Zusammenhangs von "Konvention und Strategie" unter einer sprechakttheoretischen Fragestellung; Hoffmann (1983) unterscheidet in Anlehnung an den Strategiebegriff bei Rehbein (1977: 268ff., 303ff., vgl. auch unten § 4.3 und 6.2) verschiedene Typen von verdeckten bzw. offenen sowie verdeckt bzw. offen intendierten Strategien, denen er in einer empirischen Analyse von Gerichtskommunikation nachgeht; vgl. zu verschiedenen Strategiebegriffen weiterhin Brinker (1986) und Thimm (1990).

damit auch jegliche Formen der Selbsttäuschung ausgeschlossen, worauf wir noch (in § 3.7) zurückkommen werden.

Vorerst sei lediglich die Perspektive einer kritischen Kontrolle der Intentionen bzw. Strategien eingenommen, die der Sprecher dem Hörer nicht oder nur ungenügend zu erkennen gibt. In einer gegenüber Wunderlich radikaleren Wendung unterscheidet Keller (1986) in seiner betont sprachkritischen Abhandlung zwischen der Bedeutung eines Ausdrucks, den man *kennt* oder nicht kennt, und dem Sinn, den man *versteht* oder nicht versteht. Die Kenntnis der Bedeutung eines Ausdrucks ist im allgemeinen (sofern die kontextuellen Hinweise nicht extrem stark sind) eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für das Verständnis seiner Äußerung: "Die *Kenntnis der Bedeutung* eines Ausdrucks garantiert nicht das Verständnis des Sinns seiner Äußerung" (1986: 55). Der Begriff des Sinnverstehens wird in der folgenden Weise mit dem Absichtsbegriff verknüpft: "Den Sinn einer Äußerung verstanden haben, heißt wissen, welche Absichten der Sprecher mit ihr zu verwirklichen trachtet" (ebd.). Dabei werden der Sinnbegriff und der Absichtsbegriff von Keller sehr weit gefaßt.[48] Für ihn ist Kommunikation ein "typisches mixed-motive-game", bei dem es eben nicht immer nur eine (zentrale) Intention gibt. Keller unterscheidet *offene*, *verdeckte* und hinsichtlich der Offenheit *indifferente* Intentionen. Zur Illustration wählt er das "denkbar unkomplexe Beispiel" eines Grußes. Wenn ich z.B. einer Person freundlich "guten Tag" sage, kann ich ganz verschiedenartige Intentionen damit verfolgen. Ein Fall offener Intention wäre: "Die Person soll erkennnen, daß ich ihr zu erkennen zu geben beabsichtige, daß ich ihr nicht mehr böse bin" (56). Sollte ich dagegen beabsichtigen, mir die adressierte Person gewogen zu machen, soll sie diese Intention auf keinen Fall durchschauen. Falls ich beabsichtige, die Person davon zu überzeugen, daß ich netter bin als mein Nachbar, mag es mir gleichgültig sein, ob sie diese Intention erkennt. Obwohl es nach Keller (ebd.) zwischen offenen und verdeckten Intentionen fließende Übergänge geben kann, benutzt er diese Unterscheidung zur systematischen Differenzierung von zwei "Tiefen" der *Interpretation* bzw. des *Verstehen*s:

– "die Interpretation dessen, was der Sprecher mit seiner Äußerung gemeint hat", wobei hier mit der Frage, was der Sprecher gemeint hat, entsprechend unserer

48 Zudem werden von Keller Sprecherabsichten und Äußerungszwecke terminologisch bewußt nicht unterschieden und Absichten und Zwecke gleichermaßen *Intentionen* genannt (Anm. 4, S. 56).

"arglosen Alltagskommunikation" grundsätzlich nur nach den offenen Intentionen gefragt wird.

– "die Interpretion dessen, was der Sprecher insgesamt mit seiner Äußerung intendiert", wobei die Adressatenrolle zugunsten einer "kritischen Betrachterrolle" verlassen werden muß, aus der heraus auch "entlarvend" nach verdeckten Intentionen der Äußerung gefragt wird, deren Sinn die Summe aller Intentionen ist.

Wenn hier von zwei "systematisch unterscheidbaren 'Tiefen'" der Interpretation bzw. des Verstehens die Rede ist, nämlich dem *alltagssprachlichen* und dem *sprachkritischen* Verständnis, sollten diese "Tiefen" sicherlich nicht strikt unterschieden werden. Eher handelt es sich um Tendenzunterschiede. Es ist jedenfalls die Frage, ob eine kritische Perspektive nur aus der Betrachterrolle möglich ist oder ob sie eben doch auch in actu eingenommen werden kann, wobei die Alltagskommunikation als mehr oder weniger "arglos" anzusehen ist. Wie sollten wir uns sonst beim sprachlichen Handeln gegen Täuschungs- und Manipulationsversuche erfolgreich behaupten, wenn wir sie nicht beim Handeln erkennen/durchschauen und ihnen handelnd begegnen, indem wir beispielsweise etwas tun, was wir auch alltagssprachlich als 'Gegen-Fragen', 'Nachfragen' und 'Hinterfragen' sowie als 'Gegen-Strategie' des Nachfragens usw. bezeichnen.

Natürlich bleibt häufig die Frage offen, ob wir alle Absichten/Zwekke/Ziele erkennen, die jemand hat, oder eben nur einige davon, was uns auch nach Meggle zur Unterscheidung *verschieden starker Verstehensbegriffe* führt: "Generell wird man daher zwischen verschieden starken Verstehensbegriffen zu unterscheiden haben, je nachdem, wie viele von X mit f verfolgte Ziele von der diese Handlung f verstehenden Person tatsächlich erkannt werden sollen" (1981: 144). Allerdings behandelt Meggle die Frage, ob bestimmte Ziele erkannt werden oder nicht, zunächst nicht unter dem Aspekt ihrer Offenheit bzw. Verdecktheit.[49] Vorbehalte gegen eine strikte Unterscheidung zwischen einem alltäglichem und einem sprachkritischem Verständnis waren in dieser Hinsicht bereits von Keller selbst nahegelegt worden, wenn er fließende Übergänge zwischen offenen und verdeckten Intentionen zugesteht. Für eine empirische Analyse sollten wir eher von einem Kontinuum von mehr oder weniger offenen/verdeckten Intentionen ausgehen. Entsprechend sollten wir weiterhin zwischen Graden der Sicherheit des Erkennens von Intentionen

---

49 Meggle trifft neben Hauptunterscheidungen wie 'überhaupt nicht verstehen' und 'teilweise verstehen' sehr feine Unterscheidungen wie 'zumindest teilweise verstehen' und 'nur teilweise verstehen'. Meggle gibt hierfür im Rahmen seines Ansatzes Definitionen, die berücksichtigen, daß (evtl. bestimmte) Ziele nicht erkannt werden, und läßt zumindest hier die Frage auch theoretisch beiseite, warum sie denn nicht erkannt werden. Vgl. auch seine Ausführungen (1981: 181ff.) zu Refexivität und Täuschungsabsichten, wo verschiedene Fälle formal definiert werden.

unterscheiden. Gegen die Alles-oder-Nichts-Alternative des Verstehens sollte partielles Verstehen/Nicht-Verstehen im Sinne des Erkennens/Vermutens einer Teilmenge der Intentionen des Ko-Aktanten als möglich und sinnvoll angesehen werden. Manchmal genügt es sogar, einige der verdeckten Intentionen zu erkennen, um andere verdeckte Intentionen zu durchkreuzen, auch wenn wir diesen Erfolg nicht bemerken. Manch einer soll selbst beim Schach schon "versehentlich" gewonnen haben, indem er einige Ziele seines Mitspielers vereitelte und dadurch dessen Gesamtstrategie verdarb, ohne sie zu erkennen.

3.5.4 Latent und manifest strategisches Handeln

Die Frage der Erkennbarkeit von offenen bzw. verdeckten Intentionen ist letztlich eng verknüpft mit der Frage der Konventionalität von Äußerungen, wobei wir erneut auf das Problem ihrer Beschreibung als Handlungen zurückgeführt werden.[50] Dieses stellt sich wiederum in doppelter Weise: als Problem der Erstellung einer Typologie und als Identifizierungsproblem. In der weit gestreuten handlungstheoretischen Diskussion von Austin über Searle und Strawson bis Habermas und Apel haben immer wieder die folgenden Unterscheidungen (1)-(3) eine Rolle gespielt:

(1)	illokutiv	–	perlokutiv
(2)	konventionell	–	nicht-konventionell
(3)	offen	–	verdeckt

Eine erfolgversprechende (aber allzu einfache) Lösung einer Reihe von Problemen der Handlungsanalyse scheint die zu sein, auf der linken Seite *(kommunikative*) *Handlungen* und auf der rechten Seite *(Handlungs-) Strategien* anzusiedeln und den Unterschied mit Hilfe (von mindestens zwei Merkmalen) dieser Merkmalsbündel als hinreichend bestimmbar anzusehen. Eine forschungspragmatische Lösung vieler Probleme läge dann in der Gegenstandsreduktion für eine Art Sprechhandlungsanalyse, die die mit der Analyse von Strategien verbundenen Probleme anderen Wissenschaftsdisziplinen überlassen würde. Dies wird gelegentlich zumindest implizit nahegelegt, wenn die Analyse sich auf die illokutionäre Rolle von Äußerungen in sogenannten Standardsituationen beschränken soll, was nichts anderes heißt, als daß das Studium reichhaltiger sozialer Situationen und weiterer (perlokutiver) Ziele der (Sprach-)Soziologie oder (Sozial-)Psychologie über-

50 Vgl. §§ 2.5 und 3.2. Auch hier kann wieder eine ganze Reihe von institutionellen Handlungen von vornherein als unproblematisch von der Betrachtung ausgeschlossen werden. Im Falle von Taufen und Vereidigungen können prinzipiell keine verdeckten Intentionen (oder überhaupt Strategien) verfolgt werden.

lassen bleibt. Damit wären aber eine Reihe von Fragen vorweg entschieden, die in der empirischen Analyse immer wieder aufbrechen. Wie zu zeigen sein wird, bleiben die insbesondere von Habermas unter Rekurs auf die Unterscheidungen (1)-(3) getroffenen Unterscheidungen (4)-(6) für die empirische Handlungsanalyse problematisch:

(4)	Kommunikatives Handeln	–	Strategisches Handeln
(5)	Verständigungsorientierung	–	Erfolgsorientierung
(6)	Originalmodus	–	Parasitärer Modus

Während von Austin nur die ersten beiden Unterscheidungen (1) und (2) getroffen werden, geht es in der nachfolgenden Diskussion um die Frage der Kombinierbarkeit von mindestens zwei Elementen der drei Paare (1)-(3), wobei sich natürlich bestimmte kreuzweise Kombinationen wie 'illokutiv - verdeckt' von vornherein verbieten, nicht aber Kombinationen wie 'illokutiv - nicht-konventionell - offen'. So gesteht Strawson nur für das eine Ende der Skala, von dem Austin ausgegangen sei, illokutionäre Akte (wie 'Heirat', 'Urteil fällen') zu, "die wesentlich konventionell sind" (1964/74: 78), und stellt ansonsten seine Analysen auf das Merkmal der *Offenkundigkeit* von Intentionen ab. In dieser Hinsicht unterscheidet sich wiederum 'Warnen' einerseits von 'Imponieren' und 'Einflüstern' andererseits.

> Ein wesentliches Merkmal der Intentionen, die den illokutionären Komplex bilden, ist ihre Offenkundigkeit. Man könnte sagen, es ist ihnen wesentlich, daß man sie äußern kann (...) Für die Intention beim Einflüstern ist wesentlich, daß sie nicht geäußert werden kann. (Strawson 1964/74: 74)

Mit Bezug auf Strawson verschärft Habermas diese Unterscheidung zwischen Illokutionen, die offen geäußert werden, und Perlokutionen, die nicht als solche zugegeben werden dürfen, in Richtung auf seine Unterscheidung zwischen *verständigungs*- und *erfolgsorientiertem* Handeln, wobei sich letzteres der Illokutionen als Mittel bedient:

> Ein teleologisch handelnder Sprecher muß sein illokutionäres Ziel, daß der Hörer das Gesagte versteht und die mit der Annahme des Sprechangebots verbundenen Verpflichtungen eingeht, erreichen, ohne daß er sein perlokutionäres Ziel verrät. Dieser Vorbehalt verleiht Perlokutionen den eigentümlich asymmetrischen Charakter von verdeckt strategischen Handlungen. (Habermas 1981, Bd.1: 395)

Der Unterschied zwischen *kommunikativem* und *strategischem* Handeln besteht dann letztlich darin, ob in Interaktionen weitere als nur illokutionäre Ziele verfolgt werden:

> Ich rechne also diejenigen sprachlich vermittelten Interaktionen, in denen alle Beteiligten mit ihren Sprechhandlungen illokutionäre Ziele *und nur solche* verfolgen, zum kommunikativen Handeln. Die Interaktionen hingegen, in denen mindestens einer der Beteiligten mit seinen Sprechhandlungen bei seinem Ge-

> genüber perlokutionäre Effekte hervorrufen will, betrachte ich als sprachlich vermitteltes strategisches Handeln. (Habermas 1981, Bd.1: 396)

Die Bedeutung, Tragweite und Problematik des zugrundeliegenden Modells von Sprechhandlung kommt in den Blick, wenn man sich vergewissert, wie Habermas seine Unterscheidung mit explizitem Bezug auf Austin einleitet. Habermas will zeigen, "daß der verständigungsorientierte Sprachgebrauch der *Originalmodus* ist, zu dem sich die indirekte Verständigung, das Zu-verstehen-geben oder das Verstehen-lassen, parasitär verhalten. Genau dies leistet, wie ich meine, Austins Unterscheidung zwischen Illokutionen und Perlokutionen" (1981, Bd.1: 388). Beide Aspekte erweisen sich als problematisch: sowohl die Abgrenzung eines parasitären Sprachgebrauchs gegenüber dem Originalmodus wie auch die explizite Berufung auf Austin.

Erste Schwierigkeiten ergeben sich mit dem Parasitismus-Argument, mit dem sich auch Apel (1990: 48ff.) bei aller im Grundsatz gegebenen Übereinstimmung mit Habermas kritisch auseinandersetzt. Für den verdeckt strategischen Sprachgebrauch wird das Parasitismus-Argument von Apel durchaus akzeptiert. "Doch dieses Argument läßt sich leider nicht in bezug auf den *offen strategischen* Sprachgebrauch anwenden" (1990: 49). Apel gibt in diesem Zusammenhang wiederholt als Beispiel den Modus der "harten Verhandlungen" im Bereich von Politik und Wirtschaft an, wo durchaus zivile Suggestionen nicht durch einen verdeckt strategischen Sprachgebrauch wie etwa durch rhetorische Überredung, diplomatische Andeutungen usw., sondern durch offene Drohungen und Angebote bewirkt würden. Solche Sprechakte, mit denen sich die Sprecher offen auf den Machtstandpunkt stellen, lassen sich aber nach Apel eben nicht durch das Parasitismus-Argument kritisieren: "Sie wollen ja den perlokutiven Effekt nicht durch Überredung erschleichen, sondern offen erzwingen" (1990: 49). Allerdings sprechen derartige Fälle, in denen sich der Sprecher lediglich auf den Machtstandpunkt stellt und darauf verzichtet, für seinen Standpunkt zu argumentieren, auch nach Apel nicht grundsätzlich gegen die Grundintuition von Habermas; diese "kann hinsichtlich der *offen strategischen Sprechakte* zwar nicht unmittelbar durch Verweis auf die Implikationen dieser Sprechakte, wohl aber durch Verweis auf die *Defizienz dieser Akte auf der Ebene des argumentativen Diskurses* als richtig erwiesen werden" (50) - womit das Problem der Letztbegründung der universellen Geltungsbasis der Rede auf die von Apel intendierte, methodisch nicht hintergehbare Ebene verschoben und die notwendige transzendentalpragmatische Ergänzung des Habermas'schen Ansatzes erreicht wäre.

Sowohl bei Apel als auch bei Habermas, der sich ja gleichfalls mit abgestuften Fällen von bloßen Imperativen, normativ autorisierten Aufforderungen

sowie Bitten befaßt,[51] werden die Fälle, in denen sich Sprecher offen auf den Machtstandpunkt stellen, lediglich aus prinzipiellen Erwägungen heraus erörtert, um Einwänden gegen den formalpragmatischen bzw. - bei Apel - transzendentalpragmatischen Ansatz zu begegnen. Was derart als Sonderfall behandelt wird, wird für viele Untersuchungsbereiche der empirischen Handlungsanalyse freilich als Normalfall zu analysieren sein. So werden sich gerade die Institutionsvertreter im Unterschied zu ihren Klienten eben nicht genötigt sehen, ihre Strategien zu kaschieren, sondern es sich qua institutionellem Auftrag erlauben können, sich offen auf den Machtstandpunkt zu stellen.

Neben dem Parasitismus-Argument, das sich gegenüber offen strategischen Sprechakten nur sehr vermittelt anwenden läßt, erwachsen der empirischen Handlungsanalyse aber vor allem Schwierigkeiten aus dem expliziten Bezug von Habermas auf Austin. Habermas möchte diese Unterscheidungen von illokutionären und perlokutionären Akten bzw. kommunikativem und strategischem Handeln explizit nicht nur als analytische Unterscheidungen verstanden wissen, sondern meint sie in dem Sinn empirisch, daß mit ihnen konkrete Handlungen klassifiziert werden können.[52] Damit sind wir für die empirische Analyse auf das Problem der von Austin getroffenen Unterscheidungen von Illokutionen und Perlokutionen zurückverwiesen. Dieses Problem wird vorausgehend bei Habermas entsprechend seiner allgemeinen Fragestellung einer *formalen Pragmatik*[53] als empirisches Problem jedoch weitgehend beiseite gelassen, wenn er umstandslos einige der gängigen Prädikate,

---

51 Vgl. z.B. Habermas (1981, Bd.2: 218); davon unbenommen sind die nicht übersehbaren Schwierigkeiten, die Habermas (1981, Bd.2: 402ff.) mit der Analyse eines Prototyps von Sprechhandlung hat, bei der sich der Sprecher offen auf die Machtpositionen stellt, nämlich den einfachen Imperativen; hier handelt es sich um einen der wenigen Fälle, in denen sich Habermas in seinen Analysen zu Korrekturen veranlaßt sieht, wie er im Vorwort (bes. Anm. 12) zur dritten Auflage darlegt, wo er den ursprünglich kategorialen Unterschied zwischen Imperativen und normativ autorisierten Aufforderungen zu einem graduellen Unterschied schrumpfen läßt.

52 Vgl. Habermas (1981, Bd.1: 383f., 393ff., 439); zur Kritik etwa Alexander (1986: 96ff.) und Berger (1986: 265ff.). Auch angesichts des später von Habermas (1986: 362ff.) vorgenommenen Versuchs terminologischer Klarstellungen ist noch kein unmittelbarer Gewinn für das Problem der empirischen Unterscheidung und Identifikation erzielt, worauf Habermas erst in einer längeren Anmerkung (Nr.63, 401f.) reflektiert, in der er die Notwendigkeit hervorhebt, Mischformen und Verschachtelungen der beiden Handlungstypen des kommunikativen und strategischen Handelns zu berücksichtigen. Auf diese Tendenz der "Entschärfung" des Problems der Unterscheidung und Identifizierung, die als Tendenz bei Habermas (1981, Bd.1: 443f.) angelegt ist, kommen wir gleich zurück.

53 Vgl. zu Ansatz und Problematik der Formalpragmatik auch oben § 3.4.2 und unten § 5.2.2.

unter denen perlokutive Akte beschrieben werden, aufzählt wie z.B. die folgenden: 'in Schrecken versetzen', 'in Zweifel stürzen', 'irreführen', 'kränken', 'demütigen' (393). Die von Habermas gegebenen Beispiele sind in der Tat unproblematisch, können aber den möglichen bzw. empirisch relevanten Untersuchungsbereich bestenfalls illustrieren.[54]

Diese Beispiele haben (zufällig?) sämtlich negative Konnotationen; jedenfalls handelt es sich um Ziele oder Effekte, die Ego gegen Alter und dessen Wünsche, Präferenzen, Interessen u.ä. zu erreichen sucht. Unklar bleibt, warum Habermas nicht Beispiele mit positiven Konnotationen anführt, wie etwa 'trösten' oder 'beruhigen'. Auch diese Ausdrücke bestehen die gängigen Sprachtests zur Unterscheidung von Illokutionen und Perlokutionen nicht, weswegen wir etwa (3.57) und (3.58) als unakzeptabel zurückweisen. Gleichwohl ist zu berücksichtigen, daß wir die fraglichen Ausdrücke in Äußerungen wie (3.59) und (3.60) durchaus verwenden können:

(3.57) Hiermit beruhige ich Sie.
(3.58) Hiermit tröste ich Sie.
(3.59) Komm, ich tröste Dich.
(3.60) Ich kann Sie beruhigen.

Etwa könnte (3.59) vom Vater gegenüber seinem Kind geäußert werden, das sich wehgetan hat, und (3.60) etwa vom Arzt gegenüber einem Patienten nach einem medizinischen Test. Die zu erreichenden perlokutiven Ziele werden in diesen Fällen durchaus offengelegt, und im Prinzip besteht ja auch kein Anlaß, sie verborgen zu halten. Dennoch ist weiterhin zu fragen, inwieweit sich in anderen Fällen die Unterscheidung "offen-verdeckt" sinnvoll auf solche perlokutiven Effekte anwenden läßt, die im Prinzip positiv einzuschätzen sind. So entwickeln etwa Eltern sehr bald ein Gespür dafür, wann es angebracht und erfolgreich sein kann, ihr Kind offen trösten zu wollen, und wann nicht. Dies hängt damit zusammen, daß die Bereitschaft, sich trösten, beruhigen oder Mut machen zu lassen, als psychische Disposition beim Adressaten nicht immer aktuell gegeben ist, worauf sich der Sprecher antizipatorisch einstellen kann. Eventuell ist hier etwa pädagogisches oder therapeutisches Handeln prinzipiell unter dem Vorbehalt zu sehen und kritisch zu beurteilen, daß an sich positive perlokutive Ziele häufig des längerfristigen Erfolgs wegen zunächst oder überhaupt verdeckt verfolgt werden. Dies gilt im übrigen für laienhaftes

54 Dies gilt auch für die von Habermas angeführten Beispiele für seine später (1988: 71ff.) eingeführte Differenzierung von drei Arten von perlokutiven Effekten bzw. seine Unterscheidung zwischen einem latent und einem manifest strategischen Handeln, womit er offenbar nachträglich dem Umstand Rechnung trägt, daß perlokutive Effekte eben nicht einheitlich unter dem Aspekt zu fassen sind, daß sie nicht offen deklariert werden können; darauf kommen wir sogleich zurück.

Handeln etwa in der Eltern-Kind-Interaktion wie für professionelles Handeln etwa in der Schule oder Therapie.

In wiederum anderen Fällen besteht eine gewisse Verpflichtung, positive perlokutive Ziele auch explizit offenzulegen. Das folgende Beispiel steht für den Fall eines besonderen perlokutiven Ziels in einem besonderen Diskurstyp, nämlich der Ermutigung in der Rechtsberatung. Die Erreichung eines solchen Ziels - wenn es denn sachlich gerechtfertigt ist - ist offensichtlicher Bestandteil des professionellen Handelns von Rechtsberatern, deren Funktion sich eben nicht auf die reine Sachverhalts-Darstellung gegenüber ihren Klienten reduzieren läßt. Da der Klient hier Italiener ist, müssen die Ausführungen des deutschen Rechtsanwalts (=R) von einem Dolmetscher (=D) übersetzt werden:

(3.61) R Der einzige, der darüber zu entscheiden hat, ist der vierte Senat des Bundesgerichtshofes und niemand anders . Nich?
D C'e soltano la corte suprema ... nessun altro .
Da ist nur der oberste Gerichtshof ... kein anderer .
R Aber er soll jetzt den Kopf nicht hängen lassen .
D Ma non perdere il coraggio .
Aber nicht den Mut verlieren .
R Die eh . die Tatsache/die Tatsache, daß die Generalbundesanwaltschaft eh die Revision zurückweisen will, eh heißt nur, daß eh die Barriere für den Bundesgerichtshof etwas schwerer ist, ja? Aber wenn der Gerichtshof meint, das sind Revisionsgründe, dann hebt er auch auf . Ne? Ja? (aus: Mattel-Pegam 1985: 304)

Die metaphorische Ausdrucksweise des Rechtsanwaltes ('nicht den Kopf hängen lassen') wird hier vom Dolmetscher richtig verstanden und adäquat übersetzt, wobei die Intention des Rechtsanwalts, seinem Klienten Mut zu machen, durch die Übersetzung ('nicht den Mut verlieren') noch schärfer gefaßt sein mag. Mit einer Weglaßprobe für diese Mittelsegmente lassen sich die ersten und letzten Äußerungssegmente des Rechtsanwalts als Bestandteile der reinen Sachverhalts-Darstellung erkennen, die jedoch ihrerseits - unabhängig vom Problem des fremdsprachlichen Handelns - eine klientenrelevante "Übersetzung" von der Fachsprache in die Alltagssprache verlangt. Genau diese alltagssprachliche Übersetzung wird im Mittelsegment geleistet, dessen konkrete Funktion hier in der beabsichtigten Herstellung des bestimmten perlokutiven Effekts besteht, von dem offenbar auch der Rechtsanwalt annnimmt, daß er allein aufgrund seiner Sachverhalts-Darstellung für den Klienten noch nicht als intendiert erkennbar ist, weswegen er sich gerade zu der verbalen Extra-Leistung genötigt sieht ('nicht den Kopf hängen lassen'). Es handelt sich insgesamt um einen besonderen institutionellen Handlungsfall, in dem es nicht nur keinen Grund gibt, einen bestimmten perlokutiven Effekt auch als solchen offenzulegen, sondern in dem eine relativ starke Verpflichtung zur Offenlegung besteht.

Gegenüber der von Habermas gegebenen Beispielliste von Perlokutionen, die ausschließlich als negative Perlokutionen zu bestimmen sind, ist eine Gruppe von in diesem Sinn positiven Perlokutionen zu unterscheiden. Darüber hinaus ist eventuell eine dritte Gruppe von neutralen Perlokutionen anzunehmen (vgl. Abb. 3.2). Diese Typologie ist als vorläufig zu nehmen, weil sie im Einzelfall nicht hinreichend trennscharf operiert. Hier sind die klaren von den weniger klaren Fällen zu unterscheiden. 'Befürchtungen ausräumen', 'Hoffnungen wecken', 'Mut machen' u.ä. sind zweifellos auf der Seite der positiven Perlokutionen angesiedelt, so wie 'Demütigen', 'Kränken' zu den negativen Perlokutionen zu rechnen sind. Für eine Teil-Gruppe der vorläufig als negativ bestimmten Perlokutionen, zu der eben auch 'Demütigen' und 'Kränken' gehört, läßt sich festhalten, daß derartige Perlokutionen je nach Machtposition und Interesse sowohl offen als auch verdeckt verfolgt werden können.[55] Für eine andere Teil-Gruppe wie 'Täuschen' und 'Irreführen' gilt dies natürlich nicht. Bei der Gruppe der vorläufig als positiv bestimmten Perlokutionen scheint das Merkmal der Offenheit insofern konstitutiv, als es kaum Gründe dafür zu geben scheint, Ermutigungs-, Überzeugungs-, Tröstungsversuche usw. zu verbergen. Dagegen wurde bereits auf Fälle verwiesen, in denen etwa *therapeutisches* oder *pädagogisches* Handeln oft unter dem Vorbehalt *latent strategischen* Handelns steht, z.B. wenn Eltern oder Lehrer ihre Kinder bzw. Schüler zu trösten oder zu überzeugen versuchen und sich diese nicht trösten oder überzeugen lassen wollen. Gegen faktische oder antizipierte Trotzreaktionen mögen Eltern wie Lehrer sich dann auf verdeckt strategisches Handeln verlegen. Das Kompetenzgefälle in der Erwachsenen-Kind-Interaktion ist aber nicht einseitig zu sehen. Häufig sind es gerade die Erwachsenen, die sich nicht manifest trösten lassen (wollen), während das offene "Komm! Ich tröste Dich" gegenüber Kindern ebenso häufig auch problemlos angenommen wird. Für die Gruppe der neutralen Perlokutionen ergibt sich das Problem einer besonderen Kontextabhängigkeit. Nicht von ungefähr sagen wir gelegentlich zur Vereindeutigung, daß wir *positiv überrascht* worden seien. Im übrigen können bei dieser Gruppe von Perlokutionen Divergenzen zwischen den Aktanten hinsichtlich der Bewertung zum Tragen kommen. Weiterhin mag es durchaus Fälle von als "heilsam" intendierten/erlebten *Verunsicherungen* geben, so etwa gegenüber dem neurotischen Patienten in der Therapie, dem "naiven" Schüler im Sokratischen

55 Gegenüber Habermas wäre zu fragen, inwieweit er bei seiner Bestimmung und Illustration von Perlokutionen, die ihm zufolge nicht offen geäußert werden können, gelegentlich *offen* mit *explizit* verwechselt.

Dialog,[56] dem blasierten Politiker in der parlamentarischen Debatte, dem dogmatischen Kollegen im wissenschaftlichen Disput usw.[57]

Abb. 3.2 Typen von Perlokutionen

negativ	positiv	neutral
erschrecken	aufmuntern	? überraschen
verängstigen	ermutigen	? verunsichern
überreden	überzeugen	in Erstaunen versetzen
kränken	trösten	zweifeln machen
demütigen	erheitern	nachdenklich stimmen
irreführen	erfreuen	in Verwunderung versetzen
enttäuschen	beglücken	provozieren
	Hoffnung machen	
usw.	usw.	usw.

Insgesamt bleiben aber nicht nur die unklaren Fälle auf der Scheidelinie zwischen positiven und negativen Perlokutionen einerseits (z.B. 'in Zweifel stürzen') bestehen, sondern auch die unklaren Fälle auf der Scheidelinie vor allem zwischen Illokutionen und Perlokutionen (z.B. 'ermuntern') andererseits.[58] Bekanntlich hat Austin eine Reihe von sprachlichen Tests vorgeschlagen, mit denen Kriterien zur Unterscheidung von illokutiven und perlokutiven Akten gewonnen werden könnten. Austin selbst ist gegenüber diesen Tests skeptisch geblieben (1962: 122ff.). Da es sich um sprachliche Tests handelt, kommt Austin nicht von ungefähr zum Schluß seiner Überlegungen auf das Problem des mehrdeutigen Gebrauchs von Verben: "(...) the same word may genuinely be used in both illocutionary and perlocutionary ways. For example, tempting is a word which may easily be used in either way" (1962: 124).[59] Eine Reihe

56 Vgl. zu den speziellen Diskursregeln im Sokratischen Dialog Richter (1990). Sokrates zielt eben auf eine produktive Verunsicherung/Nachdenklichkeit usw. ab.

57 Eine ausgearbeitete Typologie hätte sprecherseitige Intentionen und hörerseitige Reaktionen zu berücksichtigen.

58 Vgl. Savigny (1969/74: 131ff.) zum grundsätzlichen Problem der Unterscheidung von Illokutionen und Perlokutionen sowie seine Problemliste in der deutschen Übersetzung (1972: 147) von Austin (1962).

59 Austin führt dazu weiter aus: "We don't have 'I tempt you' but we do have 'Let me tempt you to', and exchanges like 'Do have another whack of ice-cream' - 'Are you tempting me?'. The last question would be absurd in a perlocutionary sense, since it would be one for the speaker to answer, if anyone. If I say 'Oh, why not?' it seems that I am tempting him, but he may not really be tempted" (124f.).

von in dieser Hinsicht mehrdeutigen Verben im Deutschen führt auch Savigny an, so z.B. 'beleidigen', 'ermuntern', 'locken'.[60] Wenn Savigny abweichend vom Original in seiner Übersetzung die von Austin intendierten Unterscheidungen, sprachlichen Tests und Beispiele nur annähernd mit deutschen Äquivalenten zu decken sucht, sind wir sekundär mit der Frage konfrontiert, inwieweit wir mit einzelsprachlichen Varianten zu rechnen haben, die bei einer größeren Differenz als zwischen so verwandten Sprachen wie dem Englischen und Deutschen stärker kulturelle Unterschiede hinsichtlich der Frage der Konventionalität/Offenheit von mit sprachlichen Äußerungen erzielten Effekten erkennen lassen. Zwar fällt die Handlungsanalyse nicht mit der Analyse der Gebrauchsweisen einzelsprachlicher Handlungsverben zusammen, sie kann aber als empirische Analyse kaum unabhängig von diesen Gebrauchsweisen betrieben werden, die in ihrer Differenzierung erst auf historisch-kulturell eingespielte Praktiken der Zuschreibung von Äußerungen als Handlungen einer bestimmten Art verweisen.[61]

Die Entwicklung einer Typologie, die sich zur Beantwortung der eingangs (§ 1.3) formulierten Fragen (1.27)-(1.29) der traditionellen Unterscheidung von Illokution und Perlokution bedient und die darüber hinaus Typen von Illokutionen und Perlokutionen zu differenzieren sucht, ist eine Seite der Handlungsanalyse (vgl. § 5.2). Eine andere Seite ist die der Identifizierung von Äußerungen als Exemplar eines bestimmten Typs (vgl. § 3.6). Wir hatten bereits im Anschluß an die kritische Erörterung des Habermas'schen Ansatzes (in § 3.4) auf die Notwendigkeit der Untersuchung von (Folgen von) Interaktionssequenzen in Diskursen verwiesen, in denen es - in der Redeweise von Habermas - auf den Nachweis von strategischen Elementen in einem primär verständigungsorientierten Sprachgebrauch ankommt und umgekehrt auf den Nachweis von Elementen der Verständigung in einem primär erfolgsorientierten Sprachgebrauch. Auf diese Weise kämen wir zu Dominanz- oder Tendenzaussagen zunächst über Diskurse als Exemplare von Diskurstypen und schließlich - in the long run - über Diskurstypen. Zielsetzung wäre letztlich die Entwicklung einer Diskurstypologie, wozu in komparativen Analysen von institutioneller Kommunikation vor allem in Schule, Hochschule, Gericht, Arbeitsamt, Kirche, Therapie (bes. in § 6) erste Versuche unternommen werden sollen.

3.6 Das Verifikationsproblem: Praktische Schlüsse, Formulierungen und Befragungen

60 Vgl. Savignys Liste in: Austin (dt. 1972: 147).

61 Vgl. auch Austins (1962: 30/1972: 48f.) Ausführungen zu 'Beleidigen' und 'Fordern zum Duell', die bereits als Belege für historisch-kulturelle Varianten dienen könnten.

Der Nachweis von verdeckten Intentionen ist eine besonders schwierige Variante des Nachweises von Intentionen überhaupt. Die allgemeine Problematik besteht darin, daß letztlich nur der Handelnde wissen kann, welche Intentionen er mit seinem Handeln verbindet, was Wittgenstein bereits am Gebrauch des Wortes "Absicht" festmacht: "'Nur Du kannst wissen, ob du die Absicht hattest'. Das könnte man jemandem sagen, wenn man ihm die Bedeutung des Wortes 'Absicht' erklärt. Es heißt dann nämlich: *so* gebrauchen wir es" (1958/1967: 115, § 247). Damit sind gewisse Grenzen des Zugangs gegeben, die mit der Verstehensproblematik des subjektiven Sinns in der verstehenden Soziologie und der Beschreibungsproblematik in der analytischen Handlungstheorie bereits markiert worden waren.

Mit dem (in § 2.5 diskutierten) Problem der Subsumption von Handlungen unter wechselnde Beschreibungen stellt sich zugleich das Problem, daß die Intention des Handelnden auf die jeweilige Beschreibung hin relativiert wird. Beschreibungen der einen oder anderen Art enthalten verschiedene Annahmen darüber, was der Handelnde jeweils intendiert. Das Problem des Nachweises der Intention, die der Handelnde im konkreten Fall verfolgt und die sich ja auch in der Dimension der Zeit verändern kann, wird von von Wright (1971/74: 92ff.) im Zusammenhang seiner Konzeption des *praktischen Schlusses* (PS) erörtert, der das folgende allgemeine Schema hat:

(PS) *A* beabsichtigt, *p* herbeizuführen.
A glaubt, daß er *p* nur dann herbeiführen kann, wenn er *a* tut.
Folglich macht sich *A* daran, *a* zu tun.

Bei seiner Erörterung verschiedener Typen der Verifikation, deren Last sich von den Prämissen auf die Conclusio oder in umgekehrter Richtung verschieben kann, erwägt von Wright indirekte und direkte Möglichkeiten der Verifikation, die durch *Analogiebildung* oder *Befragung* des Handelnden erreicht werden könnte. Beide Verfahren sind nicht ohne Vorbehalte zu sehen. Im Falle der Analogiebildung projizieren wir frühere konkrete Erfahrungen im Umgang mit einer bestimmten Person oder allgemeine Erfahrungen auf neue Fälle, was eine gewisse Gefahr der Zirkularität birgt.[62] Bei der Befragung verdoppelt sich das Intentionalitätsproblem. Es erstreckt sich zusätzlich auf die Beantwortung der Fragen, mit denen wir Aufschluß über die Intentionen zu gewinnen suchen, und es ist wie in anderen Handlungsfällen auch mit allen möglichen Formen von (Selbst-)Täuschung zu rechnen.[63] Festzuhalten ist, daß

---

62 Vgl. von Wright (1971/74: 106); diesem Problem unterliegen zudem Typisierungen in alltäglicher und wissenschaftlicher Einstellung in gleicher Weise.

63 Vgl. zur Befragung der Interaktanten in einem Hochschulseminar, in dem die direkte Beteiligung der Teilnehmer an der Interpretationsarbeit als Bestandteil der

der Analysator im Prinzip nur dieselben Fragen stellen kann, die die Teilnehmer auch stellen, wenn sie Unklarheiten zu beseitigen suchen, und

Untersuchungsanlage fest installiert war, die Untersuchung von Koerfer/Zeck (1983).

daß der Analysator denselben manipulativen Antworten aufsitzen kann wie die Teilnehmer, wenn sie etwa fragen:

(3.62) Ist/war es Deine Absicht ...?
(3.63) Willst/wolltest Du (erreichen), daß...?

Daß (verdeckte) Intentionen und Strategien unerkannt bleiben bzw. verkannt werden, ist ein Risiko im Alltag wie in der Analyse. Dem Analysator bleibt in einem ersten Schritt zunächst nichts weiter übrig, als dieselben praktischen Schlüsse zu ziehen, die alle oder zumindest einige Interaktanten auch ziehen sollen bzw. können und die sie gegebenenfalls auch für alle Beteiligten erkennbar ziehen. Ein relevanter Teil der praktischen Schlüsse der Teilnehmer ist zweifellos der, den sie für die übrigen Teilnehmer explizit formulieren. An den Explikationen der Teilnehmer selbst hat die Handlungsanalyse - vorbehaltlich der Kritik der benannten (Selbst-)Manipulationen - zuallererst anzusetzen, und zwar in einer Weise, die sich den allgemeinen Untersuchungsansatz von Garfinkel/Sacks (1970/76) zu den *Formulierungspraktiken* von Konversationsteilnehmern zunutze macht und das Spektrum der möglichen Formulierungen typenmäßig differenziert und systematisiert, wozu hier erste Überlegungen angestellt werden sollen.

Das Interesse von Garfinkel/Sacks richtet sich zunächst auf die Untersuchung der Eigenschaften indexikalischer Ausdrücke, deren Reparaturbedürftigkeit bzw. -fähigkeit sie gegenüber der von ihnen so genannten "konstruktiven Analyse", wie sie in der professionellen Soziologie vorherrsche, vehement zurückweisen. Wir können das Indexikalitätsproblem aber zunächst vernachlässigen und uns hier auf einen zentralen Gedanken von Garfinkel/Sacks beschränken, den sie wie folgt ausführen: "Wir bezeichnen die Verfahrensweisen der Konversationsteilnehmer, wenn sie mit vielen Worten sagen, was sie tun, als *Formulieren*" (1970/76: 147). Gewiß ist Garfinkel/Sacks in ihrer Tendenzaussage darin zuzustimmen, daß die Teilnehmer mehr oder weniger schnell, aber unweigerlich an eine Grenze stoßen, an der sie nicht mehr weiter formulieren (können). Die Teilnehmer formulieren aber mehr bzw. anderes, als Garfinkel/Sacks und in Fortsetzung dieses Ansatzes Heritage/Watson (1979 und 1980) insgesamt berücksichtigen. Dabei wird das Spektrum von (Typen von) Formulierungen gelegentlich schon von Garfinkel/Sacks sehr reichhaltig umrissen, wenn sie ausführen, daß wir nicht nur mit vielen Worten sagen, was wir tun, sondern auch, "worüber wir sprechen, oder wer spricht, oder wer wir sind, oder wo wir sind" (147). An anderen Stellen werden zudem abstrakte Kategorien wie *Thema* (152), *Zeit*, *Ort*, *handelnde Person* (155) eingeführt, wobei im Fall von Themenformulierungen sogar Aussagen über das relative empirische Gewicht in "natürlichen Konversationen" gemacht werden:

> Wir finden in natürlichen Konversationen außerordentlich viel thematischen Zusammenhang, und dennoch ist das Formulieren von Themen durch die Teilnehmer einer Konversation eine Sache ganz besonderer Art. Es geschieht nur selten. In jedem besonderen Fall ist es nicht nur wahrscheinlich, sondern vielleicht irreparabel strittig, und obwohl wir auf Themen bezogenes Reden beobachten können, werden Themenbezeichnungen nicht eingeführt. (Garfinkel/Sacks 1970/76: 152)

Gegenüber derartigen Tendenzaussagen über Vorkommenshäufigkeiten sind allerdings Zweifel anzumelden. Was für den von Garfinkel/Sacks vage unterstellten Diskurstyp hier nicht überprüft werden kann, ist für den institutionellen Diskurstyp, wie er an der Hochschule vorherrscht, zu bestreiten. Dort kommen wir zu anderen Ergebnissen; jedenfalls konnten wir in dem von uns analysierten Material relativ häufig Themenformulierungen bzw. Themenkennzeichnungen feststellen (vgl. Koerfer 1980 und Koerfer/Zeck 1983); dies deshalb, weil die Teilnehmer offensichtlich zur Verständigung auf ein gemeinsam zu kontrollierendes Thema angehalten sind, wozu sie sich verschiedener expliziter Verfahren der Themenaushandlung, Themenfixierung und Themensicherung bedienen.[64] Die folgenden beiden Beispiele (3.64) und (3.65) stehen für Themenformulierungen in der Hochschule, wobei für diesen Institutionstyp gerade charakteristisch ist, daß die Chance einer Themenformulierung allen Teilnehmern zusteht und diese Chance etwa zu Zwecken eines Themenwechsels genutzt werden kann, wie etwa in Beispiel (3.64) von seiten eines Studenten. Dagegen obliegt die Themenformulierung in einem Institutionstyp wie der Schule hauptsächlich oder gar ausschließlich dem Lehrer, wofür die von Heyman (1986) angeführten Beispiele (3.66)-(3.67) als typisch gelten können:

(3.64) ich würd ganz gern das Thema 'n bißchen verla:gern, also für mich ist eigentlich das zentrale Problem bei dem, was Js beschrieben hat, der Selbstreflexionsprozeß (...) (aus: Projekt HSK, SD, S. 27)

(3.65) also es handelt sich ja bei dem, was du jetzt gesagt hast, da in der Tat um eine Themenverlagerung, wie du zu Anfang gesagt hast (...) (aus: Projekt HSK, SD, S. 28)

(3.66) OK, boys and girls, what I wanna do today is continue uh talkin' about why the volumes were different. Uh. OK. We just take a look at this. Let's just go through it again (...) (aus: Heyman 1986: 42)

(3.67) At the end of the last class we were discussing some things as to why those, most of those, volumes are different ... I want to start over again and go through all of these (...) (aus: Heyman 1986: 43)

Zunächst unabhängig von der Frage des empirischen Gewichts und der spezifischen Funktion bestimmter Typen von Formulierungen in bestimmten

64 Diese Verfahren lassen sich etwa auch in dem von Techtmeier (1984) oder Hartung (1985) und (1987) analysierten Material zur Wissenschaftlerkommunikation in vielfältigen Varianten beobachten.

Typen von Institutionen soll das Problem der Erstellung einer Typologie von Formulierungen an dieser Stelle weiter skizziert werden. An die folgenden heuristischen Überlegungen, die dann aufgrund erster Beobachtungen an das Problem der Verifikation von verdeckten Intentionen und Strategien wieder anknüpfen, wären extensive empirische Analysen erst noch anzuschließen. Nach ersten Beobachtungen erstrecken sich die Formulierungen der Teilnehmer nicht nur auf *Thema*, *Ort*, *Zeit*, handelnde *Person* sowie eben *Tätigkeiten*, die sie selbst ausführen, sondern auch auf *Normen*, *Absichten* und erzielte *Wirkungen*, unabhängig davon, ob diese intendiert sind oder nicht, und sie erstrecken sich nicht nur auf die eigene Person, sondern auch auf *andere* Personen, die beispielsweise dies oder jenes (nicht) getan/beabsichtigt/bewirkt haben, tun werden, (hätten) tun sollen, dürfen, können usw. (vgl. die offenen Listen in Abb. 3.3). Im Prinzip korrespondiert das mögliche Spektrum von Typen von Formulierungen mit einem kategoriellen Repertoire, wie es etwa im Verb-, Tempus-, Negations- und Modalsystem repräsentiert ist und uns in unserer alltäglichen (Handlungs-)Sprache zur Verfügung steht.[65] In einem ersten Stadium der Untersuchung ist es jedoch nicht sinnvoll, aus prinzipiellen Erwägungen heraus Kategorien zu bilden, die dann empirisch leer bleiben. So treffen wir hier (in Abb. 3.3) nur eine relevante Auswahl von *Typen von Formulierungen*, für die sogleich einige Exemplare angeführt werden sollen.

Abb. 3.3 Typen von Formulierungen (Auswahl)

	Die Teilnehmer formulieren		
	positv	(negativ)	
ego	was sie (nicht) sind		Person/Rolle
	wo sie (nicht) sind		Situation
	worüber sie (nicht) sprechen		Thema
	was sie (nicht) tun (werden)		Tätigkeit G/Z
	was sie (nicht) getan haben		Tätigkeit V
	was sie (nicht) tun dürfen, sollen usw.		Norm
	warum sie etwas (nicht) tun		Grund
	was sie (nicht) beabsichtigen		Absicht G/Z

65 Vgl. auch oben (§ 2.4) zur Doppelfunktion des alltäglichen Handlungsvokabulars in der Handlungsanalyse.

ego	was sie (nicht) beabsichtigt haben	Absicht V
	was sie (nicht) bewirkt haben	Wirkung
	usw.	
alter	was andere (nicht) sind	Person/Rolle
	wo andere (nicht) sind	Situation
	usw.	
	was andere (nicht) bewirkt haben	Wirkung
	usw.	

V Vergangenheit G Gegenwart Z Zukunft

Um zunächst an das Problem der Vorkommenshäufigkeiten bestimmter Typen von Formulierungen anzuküpfen: Es ist klar, daß das mögliche Potential von Formulierungen von den Teilnehmern immer nur selektiv ausgeschöpft wird. Welche Typen von Formulierungen vorherrschen oder überhaupt realisiert werden, hängt nicht zuletzt von den Aufgaben- bzw. Problemkonstellationen in einem entwickelten Handlungssystem ab (vgl. § 6). Hier intervenieren allgemeine soziale Konventionen oder besondere institutionelle Regelungen (vgl. § 6.1), aufgrund derer die Realisierung bestimmter Typen von Formulierungen unzulässig oder auch nur verpönt ist. Zur weiteren Klärung sind umfangreiche kontrastive Untersuchungen erforderlich, die bis auf die Ebene der Differenzierung von Sub-Typen von Diskursen vordringen und ermitteln, inwieweit jeweils bestimmte Typen von Formulierungen überhaupt oder in welchem Umfang erwartbar sind. Unter diesem Aspekt ist von den Spezifikationen in den folgenden Äußerungsbeispielen, die teils mehrere Formulierungen enthalten, zunächst abzusehen; sie stellen in Auswahl nur besondere Exemplare verschiedener Typen von Formulierungen in bestimmten Typen von Institutionen dar.[66] Die ersten beiden Beispiele (3.68)-(3.69) entstammen der Schulkommunikation, die Beispiele (3.70)-(3.72) sind der Gerichtskommunikation entnommen, die Beispiele (3.73)-(3.78) gehören der Hochschulkommunikation an, und die Beispiele (3.79)-(3.80) sind Beispiele aus der psychoanalytischen Therapie:

(3.68) Gut. So. Jetzt machen wir etwas ganz anderes, was richtig Gutes. Und zwar gehen wir'tz einkaufen ... ähm ... zum Lebensmittelhändler. Jetzt möchte ich gern von euch hören, was ... ihr da alles einkaufen könnt, nich? (aus: Rehbein 1981: 218, Segmentierung hier getilgt)

66 Als ein herausragender Sub-Typ von Formulierung sei hier die *Ankündingung* angeführt, deren Struktur und Funktion von Rehbein (1981) im Detail analysiert worden sind.

(3.69) Eh wir wollen auf das Stück zurückkommen, . . das ihr . gestern schon selbständig gelesen habt. Aber bevor wir das Stück . als Gedächtnisauffrischung noch einmal lesen, wollen wir vorher . . *auf Seite* . . zweiundachzig . . kurz den Abschnitt noch einmal lesen (...). (aus: Redder 1984: 197)

(3.70) wir verhandeln einen Vorfall vom [Datum], und zwar so gegen [Urzeit] . ist hier an der [Ortsbezeichnung] eine Auseinandersetzung gewesen. (aus: Projekt DLJ, 1.2)

(3.71) bitte erzählen Sie uns mal, was Sie noch davon wissen. (aus: Projekt DLJ, 1.2)

(3.72) werden Anträge zur Beweisaufnahme gestellt? . keine? ... dann schließ' ich die Beweisaufnahme. (aus: Projekt DLJ, 10.7)

(3.73) also mein Vorschlag ist jetzt eigentlich kein Vorschlag im Sinne der eh Strukturierung der Diskussion, sondern was mich persönlich noch interessiert (...). (aus: Koerfer/Zeck 1983: Anhang, Z. 108ff.)

(3.74) (..) daß wir möglichst bald in die Diskussion mit einbringen, eh was für dieses Colloquium im Rahmen eines solchen Vorhabens leistbar ist. (aus: Koerfer/Zeck 1983: Anhang, Z. 130ff.)

(3.75) ja für diejenigen, die nicht da waren, vielleicht ne kurze Erklärung .. ehm ein Zweig, den wir machen wollen und den wir jetzt hier in der Vorbereitungsgruppe sehr gut bearbeiten können, ist der, daß (...). (aus: Koerfer 1980: 2)

(3.76) ich will mich nicht mit dir anlegen. (aus: Koerfer 1980: 4)

(3.77) wir haben jetzt die generelle Hypothese mal geklärt. (aus: Koerfer 1980: 14)

(3.78) ja nach den bisherigen Äußerungen möchte ich eigentlich ein wenig provokatorisch werden und sagen, daß (...). (aus: Projekt HSK, SD, S. 30)

(3.79) (...) und deshalb kann ich Ihnen eben alles Mögliche an den Kopf werfen, und Sie dürfen mir trotzdem nichts tun. (aus: Koerfer/Neumann 1982: 122)

(3.80) (...) und ich wollt' jetzt übrigens ihre Bestätigung (...) das war eigentlich von mir dann wieder 'ne Aufforderung an Sie, zu bestätigen oder nicht zu bestätigen. (aus: Koerfer/Neumann 1982: 118)

Allein schon wegen der besonderen lexikalischen Spezifikationen (wie *Beweisaufnahme*, *Hypothese*) liegt es auch ohne die vorausgehenden Informationen auf der Hand, daß eine Reihe von Beispielen so oder so ähnlich gerade für bestimmte institutionelle Diskurstypen einschlägig ist. Es geht aber vor allem um die systematische Klärung der Frage, bei welchem Gewicht mit welchem Typ von Formulierung (*Norm*-, *Absichts*-, *Themen*-Formulierung usw.) in welchem Diskurstyp zu rechnen ist - oder anders gefragt: In welchen Diskurstypen ist beispielsweise die Formulierung von *Wirkungen* nur verpönt oder aber prinzipiell unzulässig? Und noch differenzierter gefragt: In welchen Diskurstypen ist die Formulierung eines bestimmten Sub-Typs (z.B. hinsichtlich von *Überzeugungen*) zulässig und auch häufig gegeben, ein anderer Subtyp (z. B. hinsichtlich von *Einschüchterungen*) dagegen verpönt

und deswegen eben auch selten? So mag etwa an der Hochschule die Formulierung bestimmter positiver Wirkungen wie mit

(3.81) Du hast mich überzeugt.

gang und gäbe sein, nicht aber die Formulierung bestimmter negativer Wirkungen (wie *Einschüchterung* oder *Kränkung*), was noch nicht unbedingt heißt, daß solche Wirkungen nicht indendiert und faktisch auch erzielt würden. Es bleiben dann eben nur die entsprechenden Formulierungen der so eingeschüchterten oder gekränkten Teilnehmer aus, weil eben eine solche Formulierung in diesem Diskurstyp unüblich ist. Der folgende Typ einer Formulierung durch einen Studenten kann eben nicht in jedem Diskurstyp erwartet werden, und er kann darüber hinaus noch nicht einmal in jedem Diskurstyp an der Hochschule erwartet werden. Das Beispiel führt uns zugleich auf die Frage der mit Äußerungen verbundenen perlokutiven Effekte zurück, die entweder nicht oder eben im Sinne strategischen Handelns doch intendiert sein mögen. Mit seiner Formulierung eines negativen perlokutiven Effekts (3.84) bezieht sich der Student auf einen länger zurückliegenden Beitrag (3.83) des Dozenten, der diesen Effekt mit Bezug auf den unmittelbar vorausgehenden Beitrag (3.82) eines anderen Studenten bewirkt haben soll. Der Leser möge selbst beurteilen, ob der Beitrag (3.83) den Effekt ("Angst eingejagt") bewirkt haben könnte, den der Student mit seiner Formulierung (3.84) als bewirkt reklamiert.

(3.82) J ja, ich meine, ich glaube kaum, daß also die Frage für mich hier (jetzt) auflösbar ist . weil mir erscheint es irgendwie so nach der . nach der simplen Parallele, daß . ich/ich's eben/oder ich meine auch, daß ne Wechselbeziehung besteht, und zwar ne derartige oder fast ne derartige Wechselbeziehung, daß ich die Frage kaum auflösen kann, weil es mir irgendwie so in die die Richtung kommt, daß ich beantworten müßte, was zuerst war da/da war . das Huhn oder das Ei . also ich kann die Frage nicht auflösen .

(3.83) D hm, ich auch nicht, aber ich weiß wenigstens, was'n Huhn ist und was'n Ei ist . aber ich hab noch nicht verstanden, was bei dir Huhn und Ei ist ... und erst wenn ich das wüßte, könnte ich äh mich zu der Frage äußern, ob es tatsächlich ein Huhn-Ei-Problem ist oder vielleicht ein ganz anderes Problem ... verstehst du was ich meine? ich hab' immer noch nicht verstanden, wie das Verhältnis von Grundlage und Nicht-Grundlage ist . und ich sage extra Nicht-Grundlage, weil ich auch noch nicht verstanden habe, in welchem Verhältnis das, was Nicht-Grundlage ist, zur Grundlage steht, in einem dialektischen Wechselverhältnis, in einem Kausalverhältnis, in einer funktionalen Beziehung, was weiß ich .. nech

(3.84) S aber D, weißt du heut dein Diskussionsbeitrag zu der Darststellung
☐ von J, der sich zu heute morgen, ja .
D ☐ heute morgen . ja hm
S ☐ der sich so auf das Henne-Ei-Problem . zuspitzte

D □ ja
S ich glau/ich nehm an, daß der allen, auch mir . Angst eingejagt hat . daß also schon wieder so 'ne inhaltliche Norm vorgegeben wird . eh der J hat eben deshalb das Problem, weil er inhaltlich zu doof ist, ne (...) (aus: Projekt HSK, SD, 18f., 36f.)

Mit seiner Formulierung läßt der Student offen, ob er weiterhin annimmt, daß der Dozent den perlokutiven Effekt ("Angst eingejagt") intendiert hat oder nicht, und es bleibt weiterhin auch offen, welche Schlußfolgerung der Student anderen nahelegt und welche Schlußfolgerung andere wiederum ziehen oder bereits gezogen haben. Gewißheiten sind im Einzelfall wie in diesem, bei dem sich eine nachträgliche Formulierung für die retrospektive Analyse als günstig erweist, häufig nur schwerlich zu erlangen. Damit stoßen wir erneut auf die Problematik der Einzelfallanalyse, deren methodischer Stellenwert vorausgehend (in § 3.2) beschrieben worden war. Am Fallbeispiel einer einschlägigen Formulierung eines Teilnehmers sollte hier lediglich der Untersuchungsperspektive nachgegangen werden, *daß* Strategien eines bestimmten Typs (wie *Einschüchterung*, *Kränkung*) eben auch in der Hochschulkommunikation vorkommen *können*. Erst in der Summe vieler Einzelfallanalysen, bei denen eine bestimmte "Fehlerquote" bereits in der Fallbestimmung in Kauf genommen werden kann, wird sich erweisen, welche Rolle Strategien eines bestimmten Typs typischerweise für die Hochschulkommunikation haben. Als eine solche für die Hochschulkommunikation typische Strategie kann etwa die *Provokation* gelten, die deswegen in diesem Diskurstyp auch *offen* geäußert werden darf - wie etwa oben in Beispiel (3.78). Es wäre jedoch eine nicht zu vertretende theoretische Vorentscheidung, bestimmte Strategien (wie *Einschüchterung*, *Kränkung*) ausschließlich für bestimmte Diskurstypen wie etwa die *polizeiliche Vernehmung* anzusetzen, die sich von vornherein klar durch Merkmale von Zwangskommunikation (vgl. § 6.2) auszeichnen.

Formulierungen, die sich etwa positiv auf Themen, Intentionen, Strategien usw. beziehen, sind erste Indizien dafür, daß die jeweils in Rede stehenden Themen behandelt werden bzw. die Intentionen gegeben sind bzw. die Strategien verfolgt werden usw. Das Verfahren, an den Formulierungen der Teilnehmer anzusetzen, ist lediglich als methodisch günstiger Zugang zu wählen, der sich die expliziten Interpretationsleistungen der Teilnehmer zunutze macht. Das Verfahren muß scheitern, wenn die entsprechenden Formulierungen ausbleiben, und es führt zu besonderen Problemen der Analyse, wenn die Formulierungen ihrerseits zu strategischen Zwecken genutzt werden oder die Teilnehmer einem Irrtum unterliegen oder einer Manipulation aufsitzen oder sich die Formulierungen eines oder mehrerer Teilnehmer im Diskursverlauf widersprechen. Der Analysator wird in einem ersten Schritt die gerade aktuellen Formulierungen in derselben Weise (oder nicht) als "bare

Münze" nehmen müssen wie die Teilnehmer auch. Allerdings kann der Analysator in einem zweiten Schritt den Vorteil der repetitiven Bearbeitung eines durch Aufzeichnung und Transkription konservierten Datenmaterials nutzen, wodurch ihm mehr Informationen als den Teilnehmern zuwachsen können, deren Interpretationsleistung lediglich auf einmaligen Rezeptionsakten einer sich schnell verflüchtigenden mündlichen Kommunikation beruhen, in der unter unmittelbarem Handlungsdruck und bei linearer Abfolgestruktur eben nur die zum Fortgang der Interaktion unmittelbar relevanten Schlüsse gezogen und gegebenenfalls expliziert werden. Zu betonen ist jedoch nochmals, daß die Teilnehmer im allgemeinen mehr Intentionen haben und Strategien verfolgen sowie entsprechende Schlüsse ziehen, als sie kundtun, und daß sie weiterhin auch "falsche" Schlüsse ziehen in dem Sinn, daß sie - wie oben (§§ 3.1-2, 3.5) ausgeführt - am Zustandekommen von Nicht-Verstehen und Mißverstehen beteiligt sind. Was jeweils der Fall ist, läßt sich nicht immer an der unmittelbaren Reaktion der Teilnehmer ablesen, wohl aber häufig retrospektiv und im repetitiven Durchgang durch das Material ermitteln, in dem sich u.a. (Fehl-)Schlüsse und kognitive Inkonsistenzen der Teilnehmer rekonstruieren lassen, die von diesen selbst in der spontanen Interaktion nicht bemerkt oder aber aufgrund des aktuellen Handlungsdrucks vernachlässigt werden. Erst auf dem skizzierten Umweg über die repetitive Bearbeitung des Materials können mögliche Uminterpretationen aktueller Formulierungen der Teilnehmer plausibilisiert und in der Perspektive einer kritischen Sprach- und Handlungsanalyse Nachweise von durchgängigen oder "eigentlichen" Intentionen und Strategien von Teilnehmern erbracht werden, die der intersubjektiven Überprüfung standhalten.[67]

Andererseits sind neben den Vorteilen des repetitiven Zugriffs auf das Material auch die Nachteile zu bedenken und methodisch zu kontrollieren, die daraus erwachsen, daß die im weitesten Sinn mentalen Prämissen, die in praktische Schlüsse eingehen, sehr spezifisch und komplex sein können und für den Analysator allein aufgrund des aufgezeichneteten Materials nicht unbedingt zugänglich sind. Auf die Spezifität und Komplexität von praktischen Schlüssen, die sich nicht auf das obige Standard-Schema von von Wright (mit seinen einfachen Absichts- und Glaubensprämissen) reduzieren lassen,[68] hat Wunderlich mehrfach (1976: 46ff., 259ff., 1976a: 476ff.) in seinen Analysen von empirischen und quasi-empirischen Beispielen verwiesen und in erster Annäherung eine Klassifikation von Prämissen aufgestellt, wie sie in

67 Vgl. zur Rekonstruktion der Gesamtstrategie eines Diskussionsleiters in einer Themenaushandlungsphase im Hochschulseminar Koerfer/Zeck (1983).

68 Zu weiteren (abgeleiteten) Schemata vgl. von Wright (1963/77 und 1972/77).

praktischen Schlüssen vorkommen können. Die Prämissen können sich beziehen auf

- Wahrnehmungswissen
- generelles Wissen
- partikulares Wissen
- Kenntnis des vorhergehenden Kontextes
- generelles Wissen über Sprache und die Verknüpfung von Sprechakten
- Kooperations-und Konversationsprinzipien
- Präferenzen

Während nun etwa generelles Wissen über die Welt bzw. die Sprache und Sprechhandlungen sowie Kooperationsprinzipien vom Analysator (per definitionem) geteilt wird, trifft dies nicht unbedingt auch für spezielles Wahrnehmungs- und Kontextwissen sowie individuelle oder gruppenspezifische Präferenzen zu. Auch hier erweisen sich trotz der angeführten Vorbehalte Befragungen der Interaktanten als nützlich und die Erhebung weiterer Hintergrund-Daten, die die konkreten, teils biographisch bedeutsamen Interaktionsgeschichten zwischen den Teilnehmern sowie kulturellen und sozialen Lebensumstände und Wissensbestände der Aktanten betreffen, oft als unumgänglich, um die gegenüber den Teilnehmern bestehenden spezifischen Wissensdefizite des Analysators annähernd kompensieren zu können.

Die Rekonstruktion subjektiv gemeinten Sinns (und speziell verdeckter Intentionen) mit der Perspektive, die ihr inhärente Annäherungsproblematik nicht überwinden, aber doch reduzieren zu können, ist nur eine Seite der Handlungsanalyse. Darüber hinaus ist eine andere Perspektive zu berücksichtigen, nach der die Handelnden nicht nur im aufgezeigten Sinne ihre unter Umständen weitgespannten Intentionen offen lassen oder gegenüber anderen Mitakteuren bewußt "verdeckt" ausagieren, sondern sich Intentionen hinter dem Rücken der Handelnden durchsetzen und für sie selbst verdeckt bleiben. Hier stößt man in einem anderen Sinn auf die Grenzen der Formulierungsfähigkeit der Handelnden. In einem kurzen Exkurs soll eine in diesem Zusammenhang geläufige Unterscheidung erörtert werden, mit der ebenfalls dem Umstand Rechnung getragen wird, daß nicht alles Verhalten bzw. Handeln unter einem einheitlichen Aspekt von Intentionalität verhandelt werden kann. Es ist dies die Unterscheidung von *manifesten* und *latenten* Sinnstrukturen.

3.7 Manifeste und latente Sinnstrukturen

Wie mit dem Hinweis auf die mögliche Überfrachtung des Intentionalitätsbegriffs bereits angedeutet, wird in den an Intentionalität orientierten Hand-

lungswissenschaften das Handeln gelegentlich als solches freischwebender Individuen konzipiert, die sich in von ihnen selbst definierten sozialen Situationen als Souveräne begegnen und sich in jeder Beziehung zwanglos und kontrolliert austauschen. Unter dieser Voraussetzung geht es lediglich um die Rekonstruktion subjektiv gemeinten Sinns, der in der Interaktion selbst wie im Zugang wissenschaftlichen Fremdverstehens lediglich die bereits thematisierte Annäherungsproblematik birgt.

Einwände gegen diese extreme Position, die in dieser Form weniger in der verstehenden Soziologie auftritt als vielmehr einigen sprachwissenschaftlichen Varianten des Handlungs- und Verstehensbegriffs zugrunde liegt, richten sich nicht prinzipiell gegen einen sinnverstehenden Ansatz und verlangen schon gar nicht eine Reduktion des Handelns auf ein Verhalten, das als Ausdruck stimulierter Bedürfnisse der Reflexion der Individuen selbst prinzipiell verschlossen bliebe. In Abgrenzung zu verhaltenswissenschaftlichen Ansätzen unterliegen die an Intentionalität orientierten Handlungswissenschaften jedoch der Gefahr einer Hypostasierung der subjektiven Orientierung der Handelnden, die es nach Habermas zu korrigieren gilt: "es gelingt nicht, Handeln ganz aus dem subjektiv vermeinten Sinn abzuleiten. Der empirische Zusammenhang der durch gesellschaftliche Normen gesteuerten Handlungen übersteigt den manifesten Sinn der Intentionen und verlangt nach einem objektiven Bezugssystem, in dem der latente Sinn von Funktionen zu erfassen ist, denn die Orientierung der Handelnden fällt am Ende mit ihren Motiven doch nicht zusammen" (1970: 182). Diese Diskrepanz wird von Habermas in den normativen Zusammenhang von Institutionen (im weiten Sinn) gestellt, in denen die Bedürfnisse der Individuen auf verschiedene Weise kanalisiert werden und nur zum Teil bewußtseinsfähig sind: "Die reflexionshemmende Härte der Institutionen bemißt sich wohl am Verhältnis der integrierten und der unterdrückten Bedürfnisse" (183). Bewußte wie unbewußte Anteile wirken motivierend, können aber nicht unter einem einheitlichen Aspekt von Intentionalität verhandelt werden, woraus Habermas folgende Schlußfolgerung auch für die Handlungsfreiheit von Individuen zieht:

> So ist denn das soziale Handeln eine Resultante aus beidem: aus reaktiven Zwängen und sinnvollen Interaktionen. Das Verhältnis, in dem Handeln hinterrücks durch die abgespaltenen Motive bloß stimuliert oder aber durch die Kommunikation von Sinn intentional geleitet wird, bestimmt Freiheitsgrade des sozialen Handelns - Grade der Lockerung der Institutionen und der Individuierung der Einzelnen. (Habermas 1970: 183)

Im Spannungsfeld von manifesten und latenten Sinnstrukturen tun sich mit Sprache im engeren Sinn befaßte Analysen traditionell schwer, da sie von ihrer Gegenstandsbestimmung eher an "intentional geleitetem" Handeln interessiert sind als an einem Handeln, das im Sinne Habermas' aus "reaktiven Zwängen" resultiert. Die Redeweise von den abgespaltenen Motiven, die sich hinter dem

Rücken der Handelnden durchsetzen, legt hier zumindest in einer Lesart eine Auffassung von Latenz nahe, die dem Begriff des *Unbewußten* in der Psychoanalyse nahekommt. Sprachwissenschaftlich orientierte Analysen, die sich zugleich in diesem Sinn mit latenten Sinnstrukturen befassen, sind denn auch relativ selten.[69] Der Begriff der Latenz ist aber nicht ausschließlich in diesem begrenzten Sinn zu verwenden.[70]

In einer anderen, erweiterten Lesart, die sich etwa Oevermann u.a. mit ihrem Ansatz einer *objektiven Hermeneutik* zu eigen machen, geht es dem bereits früh formulierten methodologischen Anspruch nach durchaus darum, "die Differenz zwischen latenter Sinnstruktur und subjektiver Realisierung weiter zu fassen als den psychoanalytischen Begriff des Unbewußten" (1976: 386, vgl. 1979: 366ff.). Mit diesem Anspruch verschärft sich aber zugleich die Abgrenzungsproblematik von latenten und manifesten Sinnstrukturen, deren theoretische Unterscheidung ungleich schwerer zu bestimmen und empirisch zu handhaben ist als die bloße Dichotomie "bewußt-unbewußt", die in dieser strikten Form ja nicht einmal für die Psychoanalyse gilt.

Wie einige Beispielanalysen in Rahmen des Ansatzes der objektiven Hermeneutik deutlich werden lassen, unterliegt die empirische Analyse, in der gerade latente Sinnstrukturen im Mittelpunkt des Interesses sehen, der Gefahr, daß die Rekonstruktion des in konkreten Interaktionen von den Handelnden gemeinten subjektiven Sinns in der Zuschreibung durch den externen Beobachter der methodologischen Gesamtperspektive wegen "übersprungen" wird. Wenn Oevermann u.a. (1976: 403) etwa dem symbolischen Interaktionismus gegenüber zu Recht die objektive Sinnkomponente betonen, ist gegenüber dem Ansatz einer objektiven Hermeneutik die subjektive Komponente hervorzuheben, die in der Interpretation konkreter Interaktion ohnehin nicht eliminiert werden kann; bestenfalls können die Verstehensleistungen der Interaktanten sowie der externen Beobachter in einer erst auf der Ebene der latenten Sinnstrukturen ansetzenden Reflexion von Sinnzuschreibungen unterschlagen werden (vgl. zur Kritik im einzelnen Koerfer 1978: 89ff). Damit sei nicht grundsätzlich gegen den Erkenntnisanspruch einer objektiven Hermeneutik[71] argumentiert, sondern lediglich klargelegt, daß dieser Anspruch

---

69 Exemplarisch sei hier auf Fladers (1977) Analyse von Schulkommunikation verwiesen.

70 Vgl. aus einer primär linguistischen Perspektive die in Keseling/Wrobel (Hg.) (1983) versammelten Beiträge zur therapeutischen, aber auch nicht-therapeutischen Kommunikation. Zur Diskussion des Begriffspaars "manifest-latent" aus inhaltsanalytischer Sicht sei Ritsert (1972: Kap.1 u.2) genannt.

71 Auf die Problematik der "subjektiv-objektiv"-Terminologie war oben mit Schütz bereits verwiesen worden. Weiterhin bleibt im Rahmen der "objektiven Hermeneutik" im einzelnen unklar, inwieweit die Unterscheidung "subjektiv-objektiv" mit der Unterscheidung "manifest-latent" zusammenfällt.

schwerlich in der postulierten methodologischen Perspektive eingelöst werden kann.

Wie explizit gefordert, nimmt der wissenschaftliche Interpret nicht den Standpunkt der Handelnden ein, sondern stellt sich "auf den Standpunkt des allgemeinen, gewissermaßen absolut anderen, der - gedanken-experimentell gesehen - alle vom Text gedeckten 'Lesarten' der latenten Sinnstruktur in sich vereinigt" (Oevermann u.a. 1976: 391). Die Problematik zeigt sich in der Formulierung "vom Text gedeckt", mit der die Voraussetzungen des Verstehens unterschlagen werden, die oben mit dem Verifikationsproblem beschrieben worden waren. Mit zunehmender Vernachlässigung einer Rekonstruktion subjektiv gemeinten Sinns unterliegt der Ansatz einer objektiven Hermeneutik der Tendenz, fragmentarisch verstandene Interaktion aus der Expertenperspektive vorschnell und beliebig sinnhaft aufzufüllen und einem unter der Hand konstruierten Interaktionstext dann latente Sinnstrukturen zu unterlegen, die sich bestenfalls als Lesarten gegenüber dem Text-Konstrukt als plausibel erweisen, dessen Plausibilität seinerseits längst nicht mehr zur Disposition steht.

Trotz der zuletzt angeführten Vorbehalte verweisen Oevermann u.a. mit ihrer Konzeption einer objektiven Hermeneutik überzeugend auf den möglichen Umfang des Sinngehalts, dem eine Analyse institutionsspezifischer Kommunikation, wie hier familialer Kommunikation, Rechnung zu tragen hat.[72] Mit einem auf latente Sinnstrukturen abgestellten Ansatz stellt sich zugleich das Problem der Gegenstandsbestimmung der Sprach- und Handlungsanalyse, die nicht länger aus einer interdisziplinären Fragestellung entlassen werden kann. Die Notwendigkeit interdisziplinärer Forschung zeigte sich - unter einer anderen Perspektive, in der nicht einmal der subjektive Sinn ohne weiteres als "manifest" unterstellt werden kann - zuletzt auch in der Spezifität und Komplexität von praktischen Schlüssen, deren Prämissen nicht auf sprachliches Wissen reduziert werden können, sondern auf generelle und spezifische Motiv- und Wissensbestände erweitert werden müssen, wie sie in der linguistischen Pragmatik zum Gegenstand der Rekonstruktion des handlungsleitenden Wissens der Interaktanten gemacht werden. Hier kann die Rekonstruktion des (allgemeinen) Sprach- und Handlungswissens lediglich im Zentrum einer Einzeldisziplin wie der linguistischen Pragmatik stehen, die ansonsten hinsichtlich der (weiteren) institutions-, gruppen-, schicht- und kulturspezifischen (Motiv- und) Wissensbestände der Handelnden auf theoretische und empirische Forschungserträge anderer Disziplinen angewiesen ist. Mehrfach war in diesem Zusammenhang auf die Verwandtschaft und

---

72 Vgl. zur weitergehenden kritischen Würdigung des Ansatzes der objektiven Hermeneutik und ihrer Bedeutung für die sozialwissenschaftliche Methodologie Bohnsack (1991).

Überschneidung von Fragestellungen der linguistischen Pragmatik bzw. Handlungstheorie einerseits und der verstehenden bzw. kognitiven Soziologie andererseits verwiesen worden, die es bei aller fachspezifischen Differenz abzugleichen gilt, um in einem ganzheitlichen Ansatz tendenziell den gesamten Erfahrungszusammenhang der Handelnden erhellen zu können, in dem die konkreten Prozesse des Verstehens und der Verständigung - im gelingenden wie fehlschlagenden Fall - letztlich gebunden sind.

4 Verantwortung und Rationalität beim institutionellen Handeln

Wie einleitend (§ 1.4) gefordert, sollte die "unsoziologische" Betrachtungsweise in der Tradition der analytischen Handlungstheorie schrittweise überwunden werden, bis wir schließlich (in § 6) zur Analyse institutioneller Handlungssysteme übergehen. Hier sollen zunächst (in § 4.1) wesentliche Unterschiede zwischen einer soziologischen Auffassung des Handlungsbegriffs (bei Weber) und bestimmten Auffassungen dieses Begriffs in der analytischen Handlungstheorie herausgearbeitet werden, um dann Fragen nach der Verantwortlichkeit und Rationalität des Handelns systematisch anschließen zu können. Die Frage nach der Verantwortlichkeit führt auf die Frage nach den (Typen von) Handlungssubjekten zurück, die ihre Handlungskompetenzen nur in bestimmter Weise und relativ zu einer sozialen Ordnung erwerben und ausüben und insofern nur unter sozial eingespielten Zuschreibungspraktiken für ihr Handeln verantwortlich gemacht werden können (§ 4.2). Die in der Soziologie im allgemeinen wie in der Tradition der analytischen Handlungstheorie im besonderen gestellte Frage nach der handlungspraktischen Wirksamkeit der Rationalitätsannahme ist dagegen so zu reformulieren, daß das widerspruchsvolle Handeln von Individuen gerade auch in Institutionen als Handeln unter Maximenkonflikten analysiert werden kann (§ 4.3). Einer solchen Analyseperspektive kann eine personalistische Theorie der Einzelhandlung ebensowenig genügen wie ein systemtheoretischer Ansatz, der von vornherein den Begriff der Handlungsrationalität durch den der Systemrationalität ersetzen möchte.

4.1 Routine-Handeln und soziale Ordnung

4.1.1 Konvention und Recht

Das besonders in der verstehenden Soziologie aufgestellte Postulat vom Rekurs auf den subjektiven Sinn impliziert keineswegs, wie häufig unterstellt, daß die Handelnden ausschließlich Intentionen folgten, die ihnen bewußt wären. Bei Weber ist dies vor allem durch seinen Begriff der *Zweckrationalität* nahegelegt: "Zweckrational handelt, wer sein Handeln nach Zweck, Mitteln und Nebenfolgen orientiert und dabei sowohl die Mittel gegen die Zwecke, wie die Zwecke gegen die Nebenfolgen, wie endlich auch die verschiedenen

möglichen Zwecke gegeneinander rational *abwägt*: also jedenfalls *weder* affektuell (und insbesondere nicht emotional), *noch* traditional handelt" (1921/72: 13). Dabei kann die Entscheidung zwischen konkurrierenden Zwecken und Folgen ihrerseits auch *wertrational* und das Handeln dann nur in seinen Mitteln zweckrational sein. Zum herausragenden Stellenwert, den Weber der Zweckrationalität zweifellos einräumt, ist allerdings zu beachten: *"Absolute* Zweckrationalität des Handelns ist aber auch nur ein im wesentlichen konstruktiver Grenzfall" (1921/72: 13). Ungeachtet der methodologischen Absicht dieses "konstruktiven Grenzfalls", auf die oben (§ 2.1) schon verwiesen wurde, hat Weber reichhaltige Vermittlungen und Übergänge zwischen den von ihm unterschiedenen Handlungstypen des *zweckrationalen*, *wertrationalen*, *affektuellen* und *traditionalen* Handelns aufgezeigt, die sich in dieser Reihenfolge zunehmend der rationalen Kontrolle der Handelnden entziehen.[1] Mit dieser methodologisch motivierten Abfolge von Handlungstypen ist die Frage nach dem für die soziologische Analyse relevanten Handeln noch nicht entschieden.

Daß die *Bewußtheit* des Handelns nicht als Regelfall anzusehen ist, hat Weber immer wieder betont: "Das *reale* Handeln verläuft in der großen Masse seiner Fälle in dumpfer Halbbewußtheit oder Unbewußtheit seines 'gemeinten Sinns'. Der Handelnde 'fühlt' ihn mehr unbestimmt, als daß er ihn wüßte oder 'sich klar machte', handelt in der Mehrzahl der Fälle triebhaft oder gewohnheitsmäßig" (1922/72: 10). Wie mit der Differenzierung von Halbbewußtheit und Unbewußtheit nahegelegt, sind die Grenzen zwischen einem mit subjektivem Sinn verbundenen Handeln und einem damit nicht verbundenen Verhalten eher fließend zu bestimmen, was Weber insbesondere für das traditionale Handeln angeführt hat: "Die Grenze sinnhaften Handelns gegen ein bloß (wie wir hier sagen wollen:) reaktives, mit einem subjektiv gemeinten Sinn nicht verbundenes, Sichverhalten ist durchaus flüssig. Ein sehr bedeutender Teil alles soziologisch relevanten Sichverhaltens, insbesondere das traditionale Handeln (...) steht auf der Grenze beider" (2). Ebensowenig wie von einer überwiegenden Bewußtheit ist von einer durchgehenden *Freiwilligkeit* des Handelns auszugehen, die nach Weber (1972: 17ff.) vor allem durch zwei Arten von *Bestandsgarantien legitimer Ordnung* sozialen Handelns eingeschränkt ist, an deren Vorstellung sich die Handelnden orientieren.

Zum einen ist es das *Recht*, dessen Einhaltung im Falle der Verletzung durch einen "*eigens* darauf eingestellten Stab von Menschen" (z.B. Richter, Verwaltungsbeamte) erzwungen wird. Es ist klar, daß Handeln in diesem Sinn

---

1 Vgl. auch Habermas (1981, Bd.1: 377ff.), der bei Weber zwischen einer offiziellen und inoffiziellen Version unterscheidet und aus dieser Gegenüberstellung u.a. seine Begündungen für den von ihm vorgeschlagenen Paradigmenwechsel vom teleologischen zum kommunikativen Handlungsmodell ableitet.

wesentlich oktroyiert ist. Zum anderen sind es die *Konventionen* (z.B. Grüßen, eine als anständig geltende Bekleidung), zu deren Einhaltung zwar kein "Erzwingungs-Stab" erforderlich ist, die aber im Unterschied zur *Sitte* (z.B. seine Speisen in bestimmter Art zu bereiten) gleichwohl innerhalb einer Gemeinschaft geltend gemacht und im Falle der Abweichung durch Mißbilligung garantiert werden. Insofern sind auch für Weber Konventionen vom Recht eben nicht durch die "Freiwilligkeit der Unterwerfung" zu unterscheiden, die in beiden Fällen nicht gegeben ist, sondern wesentlich durch die Existenz eines besonderen Personen-Stabes im Falle der Rechtsgarantien.

Allerdings sind die Übergänge zwischen Konvention und Recht fließend und die Grenzen nach der Art und Stärke des sozialen Boykotts zu bestimmen, mit dem die Mitglieder einer Gemeinschaft bei Abweichung von der Ordnung zu rechnen haben: "Der Grenzfall der konventionellen Garantie einer Ordnung im Übergang zur Rechtsgarantie ist die Anwendung des förmlichen, angedrohten und *organisierten* Boykotts" (1922/72: 18). Dabei ist es aber auch hier nicht so, daß der jeweils zu erwartende Boykott auch bewußt abgeschätzt und die Konformität aufgrund einer Reflexion erreicht würde. Ob oder gegebenenfalls gegenüber welchen oktroyierten Ordnungen die Handelnden sich im einzelnen fügen, bleibt ihnen selbst oft unklar: "In sehr vielen Fällen ist den fügsam Handelnden dabei natürlich nicht einmal bewußt, ob es sich um Sitte, Konvention oder Recht handelt. Die Soziologie hat dann die *typische* Art der Geltung zu ermitteln" (20). Dies genau läßt sich als ein wesentliches Merkmal des Routine-Handelns angeben, daß nämlich die Handelnden sich der *Geltungsbezüge* ihres Handelns nicht bewußt sind.

Bevor jedoch die typische Art der Geltung einer Ordnung speziell für das soziale Handeln in bestimmten Institutionen näher charakterisiert werden kann, soll zunächst die Behandlung der Frage nach der *Freiwilligkeit* und *Bewußtheit* des Handelns aus der Sicht der analytischen Handlungstheorie wieder aufgenommen und an die bereits (in § 2.5) angeführte Beschreibungsproblematik von Handlungen angeknüpft werden, die nun im Spannungsfeld von Absicht und Verantwortung zu betrachten sind. Dabei geht es zunächst um solche Handlungen, die im Sinne Webers weniger durch *Sitte*, als vielmehr durch *Konvention* und *Recht* bestimmt sind.

4.1.2 Absicht und Verantwortung

Zwar werden in den Beispielen und Beispielanalysen der analytischen Handlungstheorie sowie auch in pragmatischen Sprachanalysen häufig Intentionen als "freie" Absichten der Handelnden aufgefaßt, nicht aber auch von allen Vertretern dieser Richtungen gleichermaßen explizit postuliert. Die Abhängigkeit der Intentionen von wie auch immer im einzelnen zu charakte-

risierenden sozialen Umständen wird dann als prinzipielle Abhängigkeit durchaus gesehen. So heißt es bereits bei Wittgenstein: "Die Absicht ist eingebettet in der Situation, den menschlichen Gepflogenheiten und Institutionen" (1958/67: 137, § 337). Hier soll zunächst die Einbettung von Absichten in solche "menschlichen Gepflogenheiten" interessieren, die zugleich als Konventionen gelten können. Daß dies nicht für alle Gepflogenheiten im Sinne einer Regularität gilt, war zuletzt mit Webers Unterscheidung von Sitte und Konvention thematisiert worden und wird ebenfalls (in § 5.1) wieder aufgenommen.

Was mit Weber bisher zu Konventionen ausgeführt wurde, läßt sich in der Redeweise der analytischen Handlungstheorie etwa so zusammenfassend formulieren: Konventionen zu folgen, heißt häufig genug, ihnen folgen zu *müssen*. Die Problematik für die Handlungsanalyse liegt in der mit Schütz oben (in § 2.1) thematisierten "intellektuellen Kurzschrift", die sich hier des Modalverbs *müssen* bedient, das allein wegen seines häufigen Gebrauchs in der analytischen Handlungstheorie einen kurzen Exkurs rechtfertigt. Dabei geht es nicht um die Verwendung speziell dieses Modalverbs, sondern um eine Reihe von Äquivalenten, mit denen insgesamt die Polarität zum Begriff der Freiheit des Handelns ausgedrückt werden soll, wie etwa auch mit "nicht umhin können" bei Rayfield (1968/77: 84), "nicht in der Hand haben" bei Chisholm (1966/77: 385) oder "keine andere Wahl haben" bei Feinberg (1970/77: 222). Diese und ähnliche Ausdrücke werden nun in der analytischen Handlungstheorie nicht nur als Belege umgangssprachlicher Umschreibungen des Begriffs der Unfreiheit angeführt, sondern oft mit theoriesprachlichem Status versehen.

Während bei Weber der Begriff der *Oktroyierung* von legitimen Ordnungen wesentlich durch seine soziologisch orientierte Auffassung von Herrschaft bestimmt ist, wird die Freiwilligkeit oder Unfreiwilligkeit des Handelns in der analytischen Handlungstheorie eher in Begriffen der Wahlfreiheit in Bezug auf Handlungsalternativen gefaßt, deren soziologische Beschreibung und Erklärung gerne zugunsten einer eher entscheidungs- oder spieltheoretisch orientierten Konzeption vernachlässigt wird.[2] Die Berufung auf Spiele-Konventionen ist denn auch schon klassisch. Sofern andere Erfahrungsquellen genutzt werden, sind es häufig der Straßenverkehr (z.B. Melden 1961/77) oder - natürlich empirisch gehaltvoller - mögliche oder faktische Rechtsfälle (z.B. Austin 1957/77). Mit der Beschränkung auf derartige Wirklichkeitsausschnitte sind die von Wittgenstein beklagten "philosophischen Krankheiten" nicht zu heilen: "Eine Hauptursache philosophischer Krankheiten - einseitige Diät: man

---

2 Symptomatisch ist etwa auch der von Meggle (1977) in seinem Sammelband gegebene Überblick über "Grundbegriffe der rationalen Handlungstheorie", die er dann auch schnurstracks als "rationale Entscheidungs- und Spieltheorie" ausgibt.

ernährt sein Denken mit nur einer Art von Beispielen" (1958/67: 189, § 593). So kann man mit Spiele-Konventionen nicht sozialen Handlungskonventionen beikommen und mit Rechtsbeispielen nicht dem Unterschied von Recht und Konventionen. Wie oben (§ 2.4) bereits im Zusammenhang mit der Analyse der Kombinierbarkeit von bestimmten Handlungsverben und Adverbien dargestellt, liegt der Vorteil, den eine Handlungsanalyse aus Rechtsbeispielen ziehen kann, gerade wegen des *kodifizierten Wissens* über rechtlich relevante und vordefinierte Handlungen auf der Hand und sei unbestritten. Rechtlich relevante Handlungen fallen aber nicht mit konventionellen Handlungen zusammen, und die Analyse von Rechtsfällen kann die Handlungsanalyse nicht erschöpfen.

Gleichwohl ist ein Transfer zur "sozialen Wirklichkeit" selbst dann möglich, wenn die Beispiele eher steril erscheinen, wie bei Meldens Analyse von Armbewegungen im Straßenverkehr oder beim Schach. Wenn sich jemand in seinem Fahrzeug einer Kreuzung nähert und den Arm hinausstreckt, dann bedient er sich nach Melden (1961/77: 155) einer "im hohen Maße konventionellen Methode zur Verständigung". Entsprechend der äußeren Umstände und der festgelegten Verkehrsregeln wird die Bewegung des Armes von anderen Verkehrsteilnehmern als das Geben eines Zeichens zum Abbiegen aufgefaßt, und zwar unabhängig von den Intentionen des Fahrers, der möglicherweise seinem Beifahrer nur etwas Interessantes zeigen wollte. Die einschlägigen Umstände und Regeln sind hier nach Melden in derselben Weise entscheidend für die Handlungsbestimmung wie beim Schachspiel, in dem ein Spieler, sofern er nicht zuvor die konventionelle Entschuldigungsformel äußert, eine berührte Figur auch dann führen muß, wenn er dies möglicherweise gar nicht beabsichtigt.

> In solchen Fällen bestimmen die Konventionen und nicht die Intentionen des Handelnden, was getan wird. 'Ich wollte das nicht tun' hebt die Behauptung, daß die Handlung ausgeführt wurde, nicht auf; wenn man zugibt, unaufmerksam gewesen zu sein, dann dient dies als eine Verteidigung gegen andere und vielleicht schwerwiegendere Vorwürfe - Dummheit, Vorsätzlichkeit usw. (Melden 1961/77: 155f.)

Damit zielt Melden auf die vieldiskutierte Frage der Möglichkeit der Anfechtung bzw. Verteidigung (von Zuschreibungen) von Handlungen ab, die auch von anderen Vertretern der analytischen Handlungstheorie (vgl. z.B. Feinberg 1970/77: 188ff.) als Kriterium für Handlungsbestimmungen geprüft wird. Nicht immer sind aber die Umstände und Regeln, die bei Melden für die Qualifizierung von Körperbewegungen als Handlungen unabhängig von Intentionen entscheidend sind, so einfach anzugeben wie im Verkehr und beim Schachspiel. Das angegebene Prinzip ist aber hinreichend klar: Zu untersuchen wären die Entlastungspraktiken, auf deren Geltung innerhalb einer sozialen Ordnung sich die Handelnden berufen, um die Zuschreibung von

Verantwortlichkeit abzuwehren. Dabei lassen sich Äußerungen des von Melden oben angegebenen Typs

(4.01) Ich wollte das nicht tun.

durchaus auf komplexere und d.h. hier sozial reichhaltigere Fälle anwenden, was weiter oben (in § 2.5) ausgeführt wurde. Mit diesem Typ (4.01) ist aber die mögliche Bandbreite von Praktiken, mit denen sich Individuen der zugeschriebenen Verantwortlichkeit für (zugeschriebene) Handlungen zu entledigen suchen, erst ungenügend erfaßt. Auch die folgenden Beispiele von Searle erscheinen gegenüber der Komplexität der sozialen Wirklichkeit noch sehr steril, wenn er zunächst hervorhebt, daß es ein Fehler sei "to suppose there is some close connection, perhaps even identity, between intention and responsibility", und er dann mit der folgenden illustrativen Begründung fortfährt:

> But we hold people responsible for many things they do not intend and we do not hold them responsible for many things they do intend. An example of the former type is the driver who recklessly runs over a child. He did not intend to run over the child but he is held responsible. And an example of the latter is the man who is forced at gunpoint to sign a contract. He intended to sign the contract but is not held responsible. (Searle 1983: 103)

Mit diesen Gegen-Beispielen zu der Annahme einer engen Beziehung oder gar Identität von Intention und Verantwortlichkeit zieht Searle hier sehr spezifische Wirklichkeitsausschnitte heran, die ihrerseits für seine eingeschränkte Verallgemeinerung ("many things") noch nicht viel hergeben. Beide Beispiele sind nunmehr wieder rechtlich relevant. Das erste Beispiel wird in der Rechtssprache mit dem Begriff der 'fahrlässigen Tötung' erfaßt. Damit ist über den allgemeinen Begriff einer fahrlässigen Handlung, wie er auch in nicht-rechtlichen Kontexten verwendet werden könnte, noch wenig ausgesagt. Das zweite Beispiel steht offenbar für jene drastischen Fälle, in denen jemand bei Gefahr für Leib und Leben keine andere Wahl hat. Wer unter Waffengewalt zu einer Handlung gewungen wird, wird für die so erzwungene Handlung in der Regel nicht zur Verantwortung gezogen. Ob dies für jede unter (Waffen-)Gewalt erzwungene Handlung gilt, sei mit dem Hinweis auf die Diskussion um den Befehlsnotstand dahingestellt.

Mit dem in Searles Beispiel vorausgesetzten *engen Gewaltbegriff* ist jedenfalls insgesamt noch nichts gewonnen zur Klärung der Frage nach der Verantwortlichkeit für Handlungen, wie sie zumindest in unseren Gesellschaften "alltäglich" unter *Gewalt-* und *Zwangsverhältnissen* verschiedener Art, d.h. aber jedenfalls innerhalb und durch *soziale Ordnungen* geregelt vollzogen werden. Unter dem Aspekt der Verantwortlichkeit beziehen sich Äußerungen vom Typ

(4.02) Ich mußte das tun.

nicht nur rechtfertigend auf extreme Handlungsfälle, die in der Rechts-, aber auch z.T. Alltagssprache mit Begriffen wie 'Erpressung', 'Notwehr', 'Nötigung', 'Befehlsnotstand' usw., d.h. unter der Annahme *problematischer* Zwangsverhältnisse beschrieben werden, sondern auch auf so "gewöhnliche" Handlungsfälle, in denen sich die Handelnden routiniert auf allgemeine Normen, Regeln, Vorschriften, aber auch spezifische Statuten, Beschlüsse, Anweisungen usw. berufen, die ihnen wie selbst-verständlich erscheinen, ohne daß die Gewaltfrage überhaupt in den Blick käme. Handlungen werden innerhalb von und relativ zu sozialen Ordnungen veranwortet, deren Geltung qua Tradition oder einer als legitim geltenden Herrschaft (im Sinne Webers) für das Alltagshandeln selten zur Disposition steht.

Das Repertoire an Rechtfertigungshandlungen, das relativ zu einer sozialen Ordnung zur Verfügung steht, ist den Handelnden in der Regel geläufig. Rechtfertigungshandlungen sind wie die Handlungen, die sie rechtfertigen sollen, mehr oder weniger einer rationalen Kontrolle unterworfen. Wie andere Handlungen auch sind sie überwiegend Routine-Handlungen. Insbesondere Letztbegründungen entziehen sich weitgehend dem Alltagsdenken. Das heißt allerdings nicht, daß die Handelnden kein handlungsleitendes 'Wissen' darüber hätten, was sie zu tun oder zu lassen haben und wie ihre Handlungen oder Unterlassungen gegebenfalls zu verantworten sind. Wenn auch - wie mit Weber herausgestellt - die Geltungsbezüge des Handelns nicht unmittelbar ins Bewußtsein treten, so sind elementare Verwechslungen doch die Ausnahme. Dies zeigt sich etwa daran, daß Handlungen, zu denen man (im engeren Wortsinn) *ermächtigt* sein muß, selten *angemaßt* werden.[3]

4.2 Verantwortung als sozialer Zuschreibungsprozeß

Die Willkür des Handelns wird auf vielfältige Weise eingeschränkt. Je nachdem, welche soziale Stellung einzelne oder mehrere Handelnde innerhalb einer sozialen Ordnung einnehmen, sind sie zu sehr verschiedenartigen Handlungen berechtigt bzw. verpflichtet und stellt sich die Frage nach der Verantwortlichkeit als Frage nach dem Handlungssubjekt, das für sein Handeln nur relativ zu einer sozialen Ordnung überhaupt verantwortlich gemacht werden kann. Hier ist die Schütz'sche Unterscheidung zwischen *Für-etwas-verantwortlich-Sein* und *Jemandem-gegenüber-verantwortlich-Sein* zu berücksichtigen: "Einerseits ist ein Mensch *für* das verantwortlich, was er tat; andererseits ist er *gegenüber* jemandem verantwortlich - der Person, der Gruppe oder der Autorität, die ihn verantwortlich macht" (1958/72: 256). Un-

[3] Von diesem Ausnahmecharakter lebt gerade die Geschichte vom Hauptmann von Köpenick.

ter dem Aspekt, daß man überhaupt von jemandem für etwas verantwortlich *gemacht* werden kann, dem *gegenüber* man sich dann zu verantworten hat, sind die sozialen Zuschreibungspraktiken zu untersuchen, deren sich eine *Person*, *Gruppe* oder *Autorität* überhaupt bedienen kann.[4]

4.2.1 Handlungskompetenz

Die Frage nach der Verantwortung (*für* etwas) führt zunächst zu der Frage nach einem allgemeinen Handlungsbegriff zurück, wie sie aus der Sicht der analytischen Handlungstheorie (oben in § 2.3) mit dem Problem der Abgrenzung von Verhalten und Handeln aufgeworfen worden war. Dort war angeführt worden, daß man zwar willentlich husten kann, und dies mit einer nichtnatürlichen Bedeutung im Sinne von Grice, daß man aber nicht in derselben Weise niesen oder schlafen kann. Zwar kann man sich dazu entscheiden, etwas zu tun (Niespulver oder Schlafmittel einnehmen), was dazu führt, daß man niest oder schläft, man kann sich aber nicht zum Niesen oder Schlafen entscheiden. Sich zu einem X-Tun entscheiden zu können, war mit Rayfield (1968/77) als eine von vier notwendigen Bedingungen für Handlungen angegeben worden. Grob gefaßt handelt es sich um die folgenden vier notwendigen Bedingungen:

(i) daß X etwas ist, was A getan hat;
(ii) daß man sich zu X in irgendeiner Situation entscheiden könnte;
(iii) daß A dafür, daß er X getan hat, verantwortlich ist;
(iv) daß A die Frage "Hast du X getan?", falls sie ihm gestellt würde, bejaht.

Diese vier notwendigen Bedingungen stellen für Rayfield zusammengenommen eine hinreichende Bedingung dafür dar, "daß X eine gebundene Handlung von A ist" (1968/77: 86). Ist lediglich die erste Bedingung erfüllt, nicht aber die zweite, handelt es sich um ein "bloßes Tun". Ist die dritte oder vierte Bedingung nicht erfüllt, handelt es sich um eine "nichtgebundene Handlung". Auf die Relevanz dieser Unterscheidungen von bloßem Tun und Handlung sowie von Typen von Handlungen für eine allgemeine Handlungstheorie kann hier nicht grundsätzlich eingegangen werden. Vielmehr sollen einige Anwendungsprobleme für die empirische Analyse gerade des institutionellen Handelns aufgezeigt werden, für das sich die Bedingungen (ii) und (iii) als zu

---

4 Schütz unterscheidet weiterhin zwischen einer Verwendung des Ausdrucks *Verantwortung* in der dritten (oder zweiten Person) und in der ersten Person, woran er die Unterscheidung des *subjektiven* und *objektiven Sinns* der Verantwortung anschließt, mit der er nach eigener Auffassung eine "unglückliche, aber heute allgemein anerkannte Terminologie der Sozialwissenschaften" verwendet, die bereits oben (in §§ 3.3 und 3.7) Schwierigkeiten bereitete.

unspezifisch erweisen. Vorab sei aber grundsätzlich auf die Diskussion der Beschreibungsproblematik (in § 2.5) rückverwiesen, die sich dann einstellt, wenn man im konkreten Fall den Ausdruck 'X' etwa durch ein Handlungsverb ersetzen muß. Zum Kriterium (iv) sei lediglich nochmals angemerkt, daß die Auskunftsfähigkeit von Individuen häufig zumindest in der Weise eingeschränkt ist, daß sich ein Verhalten oder auch Handeln ihrer unmittelbaren Reflexion entzieht und nur auf Umwegen zugänglich ist.

Die Handlungsbedingungen (ii) und (iii) von Rayfield sind in vielen institutionellen Handlungsfällen nicht einschlägig genug, weil sie lediglich auf einen prinzipiellen Unterschied zwischen bloßem Tun und Handeln sowie Sub-Typen von Handlungen nach dem Kriterium der Bindung an eine jeweils bestimmte individuelle Person abstellen, die in individueller Verantwortung handelt. Zwar kann (jede)frau/(jeder)man(n) sich prinzipiell zu einem (bedeutungsvollen) Husten entscheiden, dies gilt aber nicht in derselben Weise für den Vollzug von Handlungen wie *Ernennen* oder *Taufen*. Bestimmte institutionelle Handlungen können - um es mit den Worten Searles (1976/82: 24) vorwegzunehmen - eben nicht von "irgendeinem hergelaufenen Sprecher" vollzogen werden, sondern sind an institutionelle Rollen gebunden (vgl. bes. § 5.2). Damit soll natürlich nicht prinzipiell gegen (ii) als Kriterium zur Unterscheidung von bloßem Tun und Handeln argumentiert werden. Es geht lediglich um weitere Differenzierungen zunächst ähnlich der Unterscheidung, daß nicht Männer, sondern nur Mütter stillen können. Hier wäre es zu unspezifisch zu sagen, daß *man* sich in irgendeiner Situation zum Stillen entscheiden könnte. Der Typ des möglichen Handlungssubjekts ist in diesen Fällen genauer zu bestimmen. Analog wären institutionelle Handlungen danach zu bestimmen und zu differenzieren, inwieweit sich zu deren Vollzug nur Richter, Ärzte, Präsidenten, Lehrer, Dozenten usw. in Ausübung ihrer jeweiligen institutionellen Rolle entscheiden können. Die Analogie etwa zwischen 'Stillen' und 'Ernennen' endet an einem Punkt, der sich durch die beiden folgenden Gegenüberstellungen markieren läßt:

(4.03) A ist in der Lage, X zu tun.
(4.04) A ist berechtigt, X zu tun.

Der Unterschied kommt in den Blick, wenn man die in der Handlungstheorie bzw. Sprechakttheorie gebräuchliche Lesart von (4.03) zugrunde legt, mit der die Handlungsanalyse lediglich auf *physische* und *psychische* Handlungsvoraussetzungen abgestellt wird. Hierbei handelt es sich einerseits um Beschränkungen grundsätzlicher Art, d.h. wir können auch auf Befehl und unter Androhung von Gewalt nicht niesen oder übers Wasser schreiten. Andererseits handelt es sich um besondere Fälle von körperlichen Gebrechen, geistigen Verwirrungen, Gedächtnisverlust usw., die uns an der Ausführung von Handlungen hindern. Derartige Beispiele bzw. die ihnen zugrundeliegenden

Auffassungen von 'in der Lage sein' finden denn auch Berücksichtigung sowohl in der Formulierung von Einleitungsbedingungen von Sprechakttypen wie auch von Handlungsgesetzen.[5] Neben den physischen und psychischen Beschränkungen sind es vor allem aber die *sozialen* Beschränkungen, die uns oft nicht 'in der Lage sein' lassen, Handlungen einer bestimmten Art zu vollziehen. Dies gilt insbesondere für institutionell gebundene Handlungen wie *Ernennungen*, zu deren Vollzug eben nur bestimmte Typen von Handelnden 'in der Lage' oder - um den Unterschied zu markieren - 'berechtigt' sind. Auf die sozialen Handlungsvoraussetzungen von speziell institutionell gebundenen Handlungen wird ausführlicher bei der Erörterung von Sprechakttypologien einzugehen sein (vgl. § 5.2). Hier geht es zunächst um einen Unterschied, den man auch hilfsweise mit der Unterscheidung von Kompetenz im Sinne von *Fähigkeit* und Kompetenz im Sinne von *Zuständigkeit* erfassen könnte.

Natürlich hängen Fähigkeiten, die entwickelt sein müssen, und Zuständigkeiten, die erworben bzw. zugewiesen werden, in vielfältiger Weise zusammen. Bestimmte Zuständigkeiten setzen bestimmte Fähigkeiten voraus. Nur ein Arzt kann eine komplizierte Operation durchführen. Dennoch muß in vielen Fällen die Fähigkeit als von der Zuständigkeit unabhängig aufgefaßt werden. In der Regel kann auch eine Krankenschwester den Tod des Patienten feststellen, in unserer Kultur ist die offizielle Feststellung des Todes jedoch einem Arzt vorbehalten. Auch ein Verteidiger oder Staatsanwalt wäre aufgrund seines professionellen Handlungswissens in der Lage, eine Zeugenbelehrung vorzunehmen, aber nur ein Richter ist zuständig, wie dies auch in folgendem Beispiel (4.05) deutlich wird:

(4.05)
Z [schnippisch] ich höre besser zu .
D [arabisch] ...
R raten Sie [= Dolmetscher] ihm mal, dem jungen Mann, er soll'n bißchen vorsichtiger sein .
D [arabisch] .
X ah .
R wir sind hier ganz ruhig und gelassen . aber das hat auch Grenzen .
D [arabisch] .
S Herr Vorsitzender . ich möchte bei dieser Gelegenheit, wo wir schon bei Belehrungen sind, Sie haben den Zeugen ja schon belehrt, äh no:chmal, daß der Zeuge belehrt wird,
☐ daß er . rechtskräftig verurteilt ist und deswegen
R ☐ die Wahrheit zu sagen
S hier die Wahrheit zu sagen hat . und wenn sich hier Widersprüche erge:ben . er möglicherweise damit zu rechnen hat, daß ein neu:es Ver-

5 Vgl. oben (§ 2.3) und Churchland (1970/77: 309ff.), ebenso Rayfield (1968/77: 84f.).

fahren aufgrund seiner Aussage, die er jetzt hier macht, gegen ihn eingeleitet wird .
R das ist der Hinweis des Staatsanwalts, den ich mir zu eigen mache
☐ und äh ( )
D ☐ [arabisch ca. 25 Sek.] [aus: Projekt DLJ, 9.10]

Das Beispiel macht deutlich, daß der Staatsanwalt eine erneute Zeugenbelehrung lediglich initiieren, nicht aber selbst ausführen kann. Darüber hinaus gilt es, besondere Plazierungsbedingungen und Begründungsverpflichtungen zu erfüllen. Der Staatsanwalt plaziert in diesem Fall seine Initiative zur erneuten Zeugenbelehrung im Anschluß an eine Belehrung des Richters, die sich auf das "ungebührliche" Verhalten des Zeugen bezieht. Diese Belehrung ist von anderer Art als die vom Staatsanwalt intendierte. Dieser benutzt die vorausgegangenen Aktivitäten des Richters lediglich als Einstieg ("bei dieser Gelegenheit") für seine Initiative, deren Gehalt vom Richter sogleich antizipiert werden kann ("die Wahrheit zu sagen"), so daß sie auch dem bisherigen Interaktionsverlauf nach gerechtfertigt erscheint. Plazierung und Begründung der Belehrungsinitiative sind aber noch nicht die Belehrung selbst, deren Vollzug in die ausschließliche Zuständigkeit des Richters fällt. So kann auch in diesem Fall erst mit der expliziten Übernahme durch den Richter ("Hinweis des Staatsanwaltes, den ich mir zu eigen mache") die Belehrung als vollzogen und der Angeklagte als belehrt *gelten*.

4.2.2 Typen von verantwortlichen Handlungssubjekten

Eine mögliche weitere Differenzierung von institutionellen Handlungssubjekten setzt zunächst einmal eine Abgrenzung gegenüber nicht-institutionellen Handlungssubjekten voraus. In Ermangelung einer geeigneten Terminologie soll deswegen im folgenden von *personalen* Handlungssubjekten die Rede sein. Wenn wir weiterhin berücksichtigen, daß eine Diskussion nicht von einem einzelnen Diskutanten geführt oder Skat nicht von einem einzelnen Spieler gespielt oder ein Gesetz nicht von einem einzelnen Abgeordneten verabschiedet werden kann, kommen wir insgesamt zu einer groben Unterscheidung von *Typen* von Handelnden (vgl. Abb. 4.1), die so oder so ähnlich häufig und in verschiedenen Wissenschaftstraditionen, aber nicht immer ohne Vorbehalte unterschieden werden.[6] So werden etwa von Rescher (1967/77) unter dem Titel "Das Handlungssubjekt" folgende Differenzen berücksichtigt:

---

6 Vgl. Weber (1921/72: 6f.), Schütz (1932/74: 278ff.), Schütz/Luckmann (1975/79, Bd.1: 113ff.), von Wright (1963/79: 49f.), Rescher (1967/77: 2), Brennenstuhl (1975: 25ff.).

> Eine Handlung kann von einem Individuum oder einer Gruppe (einer versammelten Menschenmenge, einem Direktorengremium, dem Parlament etc.) vollzogen werden. Gruppen können distributiv, d.h. als einzelne Individuen (z.B. wenn das Auditorium applaudiert), oder kollektiv, d.h. als ein korporatives Ganzes (z.B. wenn der Kongreß ein Veto des Präsidenten überstimmt), handeln. (Rescher 1967/77: 2)

Werden diese Unterscheidungen bei Rescher offenbar noch als problemlos handhabbar eingeführt, so stellt von Wright (1963/79: 49f.) bereits mit einer gewissen Skepsis die Frage, ob es sich überhaupt bei Handlungen, die wir *impersonal* oder *kollektiv* Handelnden zuschreiben, nicht um 'logische Konstruktionen' handelt, d.h. ob sie sich nicht durch Rekurs auf Handlungen von *personal* und *individuell* Handelnden erklären lassen. Damit hätte von Wright eine typische Problemstellung in der Tradition der analytischen Handlungstheorie formuliert, die zu weiteren theorienvergleichenden Unternehmungen in bezug auf die Behandlung dieser Problemstellung in verschiedenen Handlungstheorien auffordert.

Abb. 4.1 Typen von Handlungssubjekten

	institutionell	personal
individuell	Richter Arzt Lehrer	Hans mein Freund sein Skatbruder
kollektiv	Parlament Kompanie Schulklasse	Kaffekränzchen Wandergruppe Skatrunde

Insgesamt ist dies keine Problemstellung der analytischen Handlungstheorie allein, sondern der Soziologie im allgemeinen. So haben wir es nach Weber bei einer Reihe von sogenannten *sozialen Kollektiva*, wie "Familie", "Armeekorps", "Aktiengesellschaft", "Staat", gerade mit Konstruktionen zu tun, die nach Weber in der Soziologie, obgleich es für sie jedenfalls "keine 'handelnde' Kollektivpersönlichkeit" gibt, dennoch und allein schon wegen ihrer Relevanz für die Handlungsorientierung von Individuen zu berücksichtigen sind:

> Die Deutung des Handelns muß von der grundlegend wichtigen Tatsache Notiz nehmen: daß jene dem Alltagsdenken oder dem juristischen (oder anderem Fach-)Denken angehörigen Kollektivgebilde *Vorstellungen* von etwas teils Seiendem,

> teils Geltensollendem in den Köpfen realer Menschen (der Richter und Beamten nicht nur, sondern auch des 'Publikums') sind, an denen sich deren Handeln *orientiert*. (Weber 1922/72: 7)

Ebenso argumentiert auch Schütz (1932/74: 278ff.) in Richtung auf die Untersuchung des Begriffs des *sozialen Kollektivums* hinsichtlich seiner Funktion "als Deutungsschema mitweltlichen Handelns", ohne deswegen die Redeweise vom "personalen Idealtypus sozialer Kollektiva" schon zu akzeptieren. Eine weitere, nicht unproblematische Unterscheidung ist die von Jonas (1979/84: 178), der zwischen "natürlicher" Verantwortung (qua Elternschaft) und vertraglicher als "künstlicher" Verantwortung (qua Amt usw.) differenziert. Angesichts der gesamtgesellschaftlichen Verrechtlichungstendenzen, nach denen etwa Eltern für die Verletzung der Aufsichtspflicht haftbar gemacht werden können oder nach denen ihnen sogar das Sorgerecht gänzlich entzogen werden kann, ist die Trennung von "natürlicher" und "künstlicher" Verantwortung in dieser Schärfe nicht durchzuhalten.

Ohne der Problematik der vorausgehenden Unterscheidungen von Handlungssubjekten hier weiter nachzugehen zu können,[7] sollen sie hilfsweise unter dem Aspekt der Verantwortung des Handelns für weitere Differenzierungen genutzt werden. Ebenso wie bestimmte Typen von Handlungen nur von bestimmten Typen von Handelnden vollzogen werden können, können bestimmte Typen von Handelnden für ihre Handlungen auch nur in bestimmter Weise verantwortlich gemacht werden. Bereits in der Alltagssprache sowie auch in der Rechts- und Politiksprache wird zwischen individueller und kollektiver Verantwortung sowie Teil-, Mit-, Haupt- und Allein-Verantwortung für Handlungen und Handlungskonsequenzen unterschieden.[8] So erscheint es von vornherein unsinnig, einen einzelnen Abgeordneten für die Verabschiedung eines Gesetzes verantwortlich zu machen. Eher mag man ihm vorhalten, seinen Einfluß nicht genügend geltend gemacht zu haben oder sich dem Fraktionszwang zu schnell oder überhaupt gebeugt zu haben usw. Auch ist es etwa unter verfassungsrechtlichen Voraussetzungen unangemessen, beispielsweise die Ernennung eines Ministers in die individuelle bzw. persönliche Verantwortung eines Bundespräsidenten zu stellen, der gegebenenfalls als

---

7 Die Unterscheidungen von Handlungssubjekten und ihre Begründungen betreffen unmittelbar das Problem der Wahl der Theoriesprache und damit den Theorieaufbau im ganzen, vgl. dazu Koerfer 1991.

8 Vgl. z.B. die Berichterstattung sowie die Kommentare zum Rücktritt von Verteidigungsminister Stoltenberg in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung vom 31.3.1992 und 1.4.1992 sowie die Berichterstattung zum Mißtrauensantrag gegenüber Oberbürgermeister Reuschenbach in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung vom 14.12.1988 (W03/02). Aus der inzwischen umfänglichen Literatur zum Problem der (Mit-)Verantwortung im Rahmen einer Diskursethik sei hier lediglich auf Apel (1992) verwiesen.

ausführendes Organ die Handlung der förmlichen Ernennung eines Ministers lediglich vollzieht, die anderweitig beschlossen wurde. Trotz aller Vorbehalte gegen Searles Auffassung von institutionellen Sprechhandlungen (vgl. § 5.2) sei in diesem Zusammenhang eine Eigenschaft von Deklarationen erwähnt, die Searle zu Recht hervorhebt: "Wenn ich dich zum Vorsitzenden ernenne, befürworte ich nicht, daß du Vorsitzender bist oder wirst, ich *mache* dich zum Vorsitzenden" (1976/82: 30). In bestimmten institutionellen Sprechhandlungen wie Ernennen oder Taufen spielen bestimmte individuelle Einstellungen wie "befürworten" oder "präferieren" also eine untergeordnete oder auch gar keine Rolle, so daß zumindest diese Einstellungen auch nicht zur Geltung gebracht werden können, wenn es um die Frage der Verantwortung für ein Handeln geht.

Diese Frage stellt sich nun aber nicht nur für spezifische institutionelle Handlungen, sondern generell bei einem institutionellen Handeln, das wir (in § 2.3.2) als *Auftragshandeln* oder stellvertretendes Handeln bezeichnet hatten. Hier mögen die individuellen Einstellungen und Intentionen eines Richters, Finanzbeamten usw. generell unerheblich sein. Jemand, der ausschließlich im Auftrag einer Institution handelt, könnte - um einen metaphorischen Ausdruck von Strawson (1971/74: 82) wieder aufzunehmen - als "bloßes Sprachrohr einer anderen Handlungsinstanz" angesehen werden. In bestimmten Typen von alltäglicher Berichterstattung über bestimmte Typen institutionellen Handelns tritt daher das individuelle bzw. personale Handlungssubjekt häufig vollständig hinter einem impersonalen Subjektausdruck zurück, wie dies z.B. in der journalistischen Berichterstattung über gerichtliches Handeln zu beobachten ist, über das etwa wie im folgenden Fall ausschließlich mit impersonalen Subjektausdrücken (*Landgericht*, *Staatsanwaltschaft*, *Verteidigung*) berichtet werden kann:

(4.06) Das Braunschweiger Landgericht schloß sich damit nach 18 Monaten Verhandlungsdauer den gleichlautenden Forderungen von Staatsanwaltschaft und Verteidigung an. (Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 14.3.89)

Allerdings finden wir gelegentlich auch in der Gerichtsberichterstattung Beispiele dafür, daß von personalen Subjekten die Rede ist, insbesondere dann, wenn ihre Handlungen für das Verfahren der Rechtssprechung irrelevant bzw. nicht rechtserheblich sind, wie im folgenden Fall, in dem zugleich mit dem Wechsel des Handlungstyps ein Wechsel von einem impersonalen zu einem personalen Subjektausdruck einhergeht:

(4.07) Von einer "noblen Einstellung" sprach Prof. Schnellenbach, Vorsitzender der 1. Kammer und Präsident des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen (...) [längere Auslassung] Das Gericht teilte die Auffassung (...) aber nicht (...) Mit dieser Begründung wies die Kammer die Klage auch ab. Mit der Weitergabe der Gelder an seine Assistenten habe der Klinikchef zwar nobel gehandelt, aber, so Schnellenbach schmunzelnd, "über Noblessen haben wir

hier leider nicht zu entscheiden". (Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 2.12.88)

Sieht man von der vorausgreifenden Einleitung ab, so werden die gerichtsrelevanten Handlungen impersonal ("Gericht", "Kammer") zugeschrieben, während die zuletzt angeführte Handlung der Person Schnellenbach zugeschrieben wird. Wir haben hier den institutionellen Sonderfall vor uns, daß der Richter sein Bedauern ("... leider ...") als persönliche Einstellung zu erkennen gibt, womit die Verantwortung für sein richterliches Handeln keineswegs in Frage gestellt wird. Im Falle etwa eines richterlichen Urteils steht die Zuschreibung einer institutionell vermittelten Verantwortung außer Frage. Die Zuschreibung selbst ist eine Routineangelegenheit; sie tritt erst dann ins Bewußtsein, wenn es um die Zuschreibung fehlerhafter oder doch zumindest problematischer Handlungen geht. Im Gerichtsfall wäre aber weiterhin unbestritten, welche(r) (Typ von) Handlung welchem (Typ von) Handlungssubjekt überhaupt nur zugeschrieben werden kann. Das Zuschreibungsproblem stellt sich im Fall einer öffentlichen Podiumsdiskussion mit Diskussionsleiter schon anders, wie das folgende Beispiel einer journalistischen Berichterstattung deutlich macht:

(4.08) Daß die Chance, gemeinschaftlich über diesen Anfang hinauszudenken, in Essen vertan wurde, lag in erster Linie an den Diskussionsleitern, die Fragen etwa nach möglichen Richtungen und sich verändernden Qualitäten literarischer Arbeit ebensowenig stellten wie danach, ob (...) Stattdessen wurde zu früh und zu unkontrolliert das Publikum einbezogen. (Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 5.12.88)

Für den Journalisten ist die Frage nach der Verantwortung für eine augenscheinlich weniger gut gelaufene Diskussion schon entschieden. Mit der besonderen Zuschreibung von problematischen Handlungen bzw. von Unterlassungen gegenüber den beiden Diskussionsleitern werden die übrigen Diskussionsteilnehmer entlastet. Das mögen andere Teilnehmer der öffentlichen Veranstaltung anders gesehen haben - ein Indiz für weniger standardisierte Zuschreibungspraktiken im Falle öffentlich-moderierter Diskussionen.

4.3 Das Rationalitätsproblem

Das Problem der Verantwortlichkeit des Handelns verschärft sich insbesondere dadurch, daß das alltagspraktische Handeln von einer Reihe von Idealisierungen getragen wird, die im Grunde ein voll zurechnungsfähiges Handlungssubjekt unterstellen, das über hinreichendes Wissen (über Sprache, Situation, Partner, Motive usw.) verfügt und das uneingeschränkt bewußt, absichtlich, willentlich usw. handelt. Ohne diese Unterstellungen würden wir uns ständig wie in einer psychoanalytischen Therapie begegnen und wären

praktisch handlungsunfähig. Diese Idealisierungen, die nach Art, Stellenwert und Umfang erst noch zu systematisieren wären,[9] werden in der Interaktion jedoch gelegentlich und unter Umständen auch für die Handelnden selbst erkennbar brüchig, und solche Bruchstellen der Interaktion gilt es zu untersuchen. Hierzu sei unter dem Aspekt der Handlungsrationalität, deren Problematik zuvor theoretisch erörtert wird, eine empirische Analyseperspektive aufgezeigt, die das Handeln unter Maximenkonflikten in einer spezifischen Institution wie der Schule betrifft.

4.3.1 Alltagspraktische Akzeptabilitätsprüfungen

Eine das Alltagshandeln tragende, weil handlungspraktisch wirksame Unterstellung ist die der Rationalität unseres Handelns. Wir erwarten wechselseitig von uns, daß wir gute Gründe angeben können dafür, daß wir hier und jetzt so und nicht anders handeln. Mit anderen Worten: Wir gehen davon aus, daß unsere Handlungen einer kritischen Akzeptabilitätsprüfung standhalten würden, wenn sie denn erforderlich werden sollte. Daß eine explizite Akzeptabilitätsprüfung in der Realität eher selten ist und die Ausnahme bleibt, tut der Rationalitätsannahme keinen Abbruch: Sie besagt nur, daß wir immer in Hinblick auf eine mögliche Akzeptabilitätsprüfung handeln. Wenn unsere Kommunikation normalerweise "in Ordnung" zu sein scheint, wir jedenfalls keine Veranlassung haben, unser Handeln einem kritischen Urteil zu unterziehen, stellt sich für die wissenschaftliche Analyse jedoch allgemein das Problem des methodischen Zugangs zu unserem "stummen" Kommunikationswissen, das heißt zu den stillschweigend gemachten Voraussetzungen und Annahmen, von denen wir uns im alltäglichen Handeln leiten lassen, ohne daß wir sie explizieren müßten.

Ein methodisch günstiges Verfahren des Zugangs scheint darin zu bestehen, an solchen Fällen sprachlichen wie nicht-sprachlichen Handelns anzusetzen, in denen wir deswegen am ehesten zu einer expliziten Akzeptabilitätsprüfung neigen, weil wir offensichtlich in eine Kommunikationskrise geraten sind und etwas nicht "in Ordnung" zu sein scheint. Unter diesem Aspekt des methodischen Zugangs wären wiederum die Fälle von Kommunikation als besonders tauglich auszuzeichnen, in denen Kommunikationskrisen gleichsam "systematisch" konditioniert sind, mit anderen Worten, in denen Kommunikationskrisen von der Struktur und Funktion des Diskurstyps her geradezu "provoziert" werden. Ein in dieser Hinsicht ausgezeichneter

---

9 Vgl. zum Stellenwert und Umfang von handlungspraktischen wirksamen Idealisierungen aus der Sicht verschiedener Wissenschaftstraditionen z.B. Schütz (1953/71: 12ff.), Cicourel (1970/73: 175ff.), Habermas (1971: 118), Soeffner (1984: 196ff.), Meggle (1981: 148ff.), Lanz (1987: 142ff.).

Diskurstyp stellt die psychoanalytische Therapie dar, in der die Patienten allein schon aufgrund der von Freud (1913/1970ff.: 194) geforderten "Abweichung von einer gewöhnlichen Konversation" aus einer Kommunikationskrise in die andere geraten. Wie weiter unten (in § 6.2) exemplarisch und an anderer Stelle (in Koerfer/Neumann 1982) systematisch ausgeführt, unterziehen die Patienten angesichts der von ihnen so erfahrenen kommunikativen Dauer-Krisen den psychoanalytischen Diskurs permanent einer kritischen Akzeptabilitätsprüfung, in der sie ihr allgemeines Kommunikationswissen offenzulegen genötigt sind, wovon die Handlungsanalyse besonders profitieren kann. In diesen Akzeptabilitätsprüfungen gelangen die Patienten sowohl zu Rationalitätsurteilen über (Typen von) Handlungen, die sie selbst vollziehen bzw. die der Analytiker vollzieht (oder eben unterläßt), als auch über den Diskurstyp als solchen, den sie unter dem Aspekt seiner Effektivität noch ganz in Maßstäben der Alltagserwartung beurteilen.

Während die "Künstlichkeit" des psychoanalytischen Diskurses letztlich dem besonderen therapeutischen Zweck geschuldet ist und für uns lediglich sekundär methodisch günstige Zugangsmöglichkeiten zum impliziten Kommunikationswissen eröffnet, lassen sich Kommunikationskrisen natürlich auch primär zu Forschungszwecken "künstlich" erzeugen, indem man zum Beispiel einen Dozenten (oder andere Typen von Institutionsvertretern und Klienten) entsprechend instruiert, die von ihm von den Teilnehmern in einem Seminar erwartete Interaktionsrolle einfach nicht oder doch nur sehr eingeschränkt wahrzunehmen. Derartige erwartungsdestabilisierende Instruktionen gehören jedoch eher zu einem methodischen Repertoire, wie es etwa in den Garfinkel'schen Krisenexperimenten genutzt wurde, die freilich nur sehr behutsam und mit ethischem Vorbehalt riskiert werden sollten, um die Explikation impliziten Kommunikationswissens zu provozieren.[10] Mit dem vorausgreifenden Hinweis auf die Analyse psychoanalytischer Krisensituationen (in § 6.2) wollen wir uns im folgenden (in § 4.3.2-4) jedoch exemplarisch auf "normale" Kommunikationskrisen beschränken, wie sie tendenziell etwa auch in der Schulkommunikation ohne besondere methodische Kunstgriffe und gleichsam von innen aufbrechen, so daß die Handelnden tendenziell zu einem, wenn auch noch so impliziten Rationalitätsurteil über ihr Handeln angehalten sind, obgleich der Schein einer gelungenen Kommunikation durchaus gewahrt und die Interaktion so fortgesetzt werden kann, als ob sie "in Ordnung" wäre.

---

10 Der Verfasser hat selbst im Rahmen eines Projekts zur Hochschulkommunikation (vgl. Gosau/Koerfer/Zeck 1977) derartige Krisenexperimente in Seminaren durchgeführt, die ein entwickeltes Vertrauensverhältnis voraussetzen, um die vielfältigen Kommunikationsstörungen und Irritationen der Teilnehmer einigermaßen schadlos abfedern zu können.

Wir haben es hier mit dem Problem zu tun, daß das Alltagshandeln häufig weniger strengen Maßstäben folgt, als es vielleicht von den Handelnden unterstellt wird und im reflexiven Fall einzufordern wäre. Diesem Problem der Handlungsrationalität ist im folgenden ebenso weiter nachzugehen, wie die Frage zu klären ist, inwieweit das Rationalitätsproblem angemessen aus der Perspektive einer Handlungsanalyse angegangen werden kann, die eben nicht oder eben nicht sogleich, wie etwa von Luhmann gefordert (vgl. unten § 4.3.3), auf eine Systemanalyse und damit die Analyse des Problems der Systemrationalität umgestellt werden kann, wenn man sich nicht von vornherein bestimmter Erkenntnismöglichkeiten berauben will.

4.3.2 Wissenschaftliche und alltagsweltliche Rationalität

Der Begriff der Rationalität selbst wird in der Soziologie allgemein wie auch schon bei Weber sehr uneinheitlich verwendet.[11] Darauf hatten wir bereits mit Schütz (1932/74 und 1943/72) verwiesen, der einige Klärungsversuche im Anschluß an die mit Parsons brieflich geführte Kontroverse (in Schütz/Parsons 1940-41/1977) unternimmt, die hier nur umrissen werden kann. Zunächst knüpft Schütz (1943/72: 22f.) an die vorherrschende Definition von Rationalität an, wie sie Parsons (1937/68) in 'The Structure of Social Action' formuliert:

> Action is rational in so far as it pursues ends possible within the conditions of situation, and by the means which, among those available to the actor, are intrinsically best adapted to the end for reasons understandable and verifiable by positive empirical science. Since science is the rational achievement par excellence, the mode of approach here outlined is in terms of the analogy between the scientific investigator and the actor in ordinary practical activities. (Parsons 1937/68: 58)

Die Kontroverse zwischen Parsons und Schütz erstreckt sich zunächst nicht auf den Kern der Definition selbst,[12] die wesentlich am Weber'schen Typus der

---

11 Vgl. von den in Schnädelbach (Hg.) (1984) versammelten Beiträgen besonders den Beitrag von Acham (1984), der einen kritischen Überblick über verschiedene Rationalitätskonzeptionen in den Sozialwissenschaften gibt, die hier nicht weiter berücksichtigt werden können, sowie Lanz (1987) und Hollis (1991) für eher handlungstheoretische Rationalitätsbegriffe, Peters (1991) und Kneer (1992) für eine Auseinandersetzung mit dem Begriff der Systemrationalität.

12 Diese Definition steht im Kontext der Diskussion der utilitaristischen Theorie, die die Wahl und die Beziehung zwischen Zwecken nicht erklären kann; von dieser Theorie distanzieren sich sowohl Parsons (1937/68: bes. 63ff.) als auch Schütz (1940/77: 31ff., 42ff.), der aber in der weiteren Einführung von normativen Elementen und Werten in der von Parsons eigens so bezeichneten voluntaristischen Theorie lediglich eine Residualkategorie erkennt.

Zweckrationalität orientiert ist, sondern auf die Problematik der Verifikation und der Analogie im Verhältnis von wissenschaftlicher Theorie und Alltagshandeln. Schütz sieht in der Definition zunächst "ein ausgezeichnetes Resümee des weitverbreiteten Begriffs der rationalen Handlung, insofern als er sich auf die Ebene der sozialen Theorie bezieht" (1943/72: 23). Er kontrastiert aber nachfolgend diese theoretische Ebene mit der Ebene der Alltagserfahrung und nimmt als Ergebnis voraus, "daß mit dem Übergang von einer Ebene zur anderen alle begrifflichen Schemen und alle Interpretationsausdrücke modifiziert werden müssen" (24). Seine weitere Argumentation läuft darauf hinaus, daß das Alltagswissen zwar nicht ohne Hypothesen, Induktionen und Vorhersagen ist, diese aber eben keinen streng wissenschaftlichen Charakter haben. Zur näheren Kennzeichnung des Alltagswissens und seiner Organisation benutzt Schütz hier die Metaphorik des "Kochbuchwissens", das zur Bewältigung von Routineangelegenheiten des täglichen Lebens bewährten Rezepten (von Zutaten, Mischungsformeln und Anweisungen für die Zubereitung) folgt, ohne den Herstellungsprozeß selbst und seine Bedingungen sowie weitere (hygienische, alimentarische, kostenrechnerische) Aspekte zu berücksichtigen.

Im Anschluß an seine detaillierten Analysen alltäglichen Routine-Handelns gelangt Schütz schließlich auf der Ebene der Alltagserfahrung zu einer Reihe von Unterscheidungen, die sich auf "äquivoke Implikationen" beziehen, "die im Begriff der 'Rationalität' verborgen sind" (34ff.). Seine Analysen lassen sich dahingehend vergröbernd zusammenfassen, daß die Vernunft des Alltagshandelns, das sich als Routine-Handeln mehr oder weniger bewußt auf (die Einsicht in) erfolgreiche Rezepte stützt, die sich in der Vergangenheit bewährt haben, im Vergleich zum wissenschaftlichen Handeln weniger strengen Maßstäben folgt; also beispielsweise unter dem Aspekt der Konsistenzprüfung etwa Kriterien der formalen Logik nicht standhält. Wir können Schütz' weitere Analyse dazu nur in Stichworten wiedergeben: Sie bezieht sich zum einen auf die Unterscheidung der Rationalität des Wissens als Voraussetzung einer rationalen Wahl zwischen Alternativen (sowohl von Mitteln als auch von Zwecken) von der Rationalität der Wahl selbst; und sie bezieht sich zum anderen auf die Komplikationen, die immer dann auftreten, wenn die fragliche Handlung eine *soziale Handlung* ist, "d.h. wenn sie sich auf andere Leute richtet" (1943/72: 40). Bevor wir auf diesen Aspekt der Interaktivität und der damit besonders verknüpften Zeitperspektive des Handelns zurückkommen, seien die methodologischen Konsequenzen angeführt, die Schütz aus seinen Analysen zieht, indem er das Problem der Rationalität - wie im bereits (in § 2.1) ausgeführten Sinn - als Problem der Konstruktion eines Idealtypus auffaßt. Entsprechend faßt er seine Überlegungen in einem besonderen Postulat für die Bildung von Idealtypen zusammen, nämlich dem *Postulat der Rationalität*, das er wie folgt formuliert:

> Der Idealtypus der sozialen Handlung muß auf solche Weise konstruiert werden, daß der Handelnde in der lebendigen Welt die typisierte Handlung ausführen würde, wie wenn er eine klare und deutliche wissenschaftliche Kenntnis aller Elemente besäße, die für seine Wahl und die andauernde Tendenz, das angemessenste Mittel zur Realisierung des angemessensten Zweckes zu wählen, relevant ist (...) Das Postulat der Rationalität impliziert weiterhin, daß alles andere Verhalten als von diesem Grundschema des rationalen Handelns abgeleitet ausgelegt werden muß. (Schütz 1943/72: 48)

Schütz folgt hierin - wie bereits zu Beginn unserer Fragestellungen in § 2.1 angeführt - bis in die Formulierung hinein der Position von Weber,[13] und er glaubt sich darüber hinaus in seinen Analysen insgesamt auch weitgehend mit Parsons einig, und zwar bis in dessen handlungssystemische Auffassungen hinein.[14] Die zwischen Schütz und Parsons (1940-41/77) zuvor brieflich geführte Debatte legt allerdings offen, daß der Grad der Übereinstimmung - insbesondere zur Frage der Rationalität - nicht allzu hoch anzusetzen ist. Die Kontroverse um die Rationalitätsfrage wird in dieser Debatte, die z.T. sehr scharf geführt wird und stark mit der Ausräumung von Mißverständnissen befaßt ist,[15] aus der jeweiligen Perspektive auf den folgenden Nenner gebracht: Während Schütz der Position von Parsons eine naive Identifizierung von wissenschaftlichem und alltäglichem Handeln entnimmt, erkennt Parsons in der Position von Schütz einen unnötig scharf konstruierten, unrealistischen Gegensatz, wie er dies eben auch in seinem "Rückblick nach 35 Jahren" nochmals betont.[16] Worin man die Differenz im einzelnen festmachen und wie stark man sie auch immer ansetzen mag: Bei aller Kritik konzediert Parsons in seiner Replik gleichwohl, gewichtige Einwände von Schütz als Hintergrundproblem unterschätzt zu haben, das in ihrer damaligen Diskussion nicht so deutlich geworden sei.

Diese Einwände von Schütz betreffen insbesondere die von ihm immer wieder (und eben auch gegenüber Parsons) herausgestellten unterschiedlichen *Zeitperspektiven*: So besteht nach Schütz ein fundamentaler Unterschied

---

13 Vgl. Weber (1922/72: 2ff.) und oben (§ 2.1 und 4.1).

14 Vgl. Schütz (1943/72: 41), wo er ausführt, daß man nicht von einer isolierten rationalen Handlung, sondern nur von einem System des rationalen Handelns sprechen könne, und an dieser Stelle auf den Abschnitt "Systems of Action and Their Units" (in Parsons 1937/68, Kap. XIX, 731ff.) verweist, vgl. auch Schütz (1943/72: 36 u. 47).

15 Wir haben es hier zugleich mit einem ausgezeichneten Studienmaterial für Phänomene des Mißverstehens und Aneinander-vorbei-Redens in wissenschaftlichen Diskussionen zu tun, obgleich die Debatte im schriftlichen Briefwechsel geführt wurde und sie also im Vergleich zur mündlichen Diskussion eher kontrollierbar war.

16 Vgl. im einzelnen Schütz/Parsons (1940ff./77: bes. 43ff., 90ff., 97ff., 101ff., 114, 131ff.).

zwischen der prospektiven Einstellung eines Handelnden im Entwurf seiner Handlung und der retrospektiven Einstellung nach Abschluß seiner Handlung, und nochmals ein fundamentaler Unterschied zwischen der retrospektiven Einstellung des Handelnden und der eines Beobachters, insbesondere eines wissenschaftlichen Beobachters.[17] Im nachhinein räumt Parsons dem Problem der Zeitperspektive vor allem dann eine gewisse Relevanz ein, "wenn es um die Rationalität von Handlungen geht, die Teil interaktiver Sequenzen sind. Dies deshalb, weil für einen gegebenen Handelnden sich entscheidende Kontingenzen daraus ergeben, daß er nicht sicher sein kann, wie sein Interaktionspartner auf sein Handeln 'reagieren' wird" (Parsons 1977: 132). Am Beispiel einer empirischen Unterrichtssequenz in der Schule werden wir (in § 4.3.4) auf dieses Problem interaktiver Abstimmung von (Entwürfen von) Handlungen zurückkommen, wobei es uns nicht nur auf mentale Prozesse *vor* und *nach*, sondern vor allem *während* des Handelns ankommt; dabei wird allerdings ein Zeitbegriff des Handelns vorausgesetzt werden müssen, mit dem nicht nur Zeitpunkte, sondern auch Zeitspannen des Handelns berücksichtigt werden können.

Für die zwischen Parsons und Schütz geführte Kontroverse ist jedoch insgesamt festzuhalten, daß die Basis der Kritik, die noch wesentlich an Webers Typ des zweckrationalen Handelns orientiert ist, noch sehr beschränkt ist, wie Parsons in seiner Replik (in Schütz/Parsons 1940ff./1977: 127ff.) selbst einräumt. Gegen die Hypostasierung der Zwecktätigkeit bei und in der Nachfolge von Weber ist vor allem die Kritik von Habermas gerichtet, der gestützt vor allem auf Durkheim und Mead einen Paradigmenwechsel zum kommunikativen Handeln vorschlägt, ohne deswegen die teleologische Grundstruktur allen Handelns leugnen zu wollen.[18] Seine Theorie des kommunikativen Handelns wird von einem besonderen Konzept von Akzeptabilitätsprüfung getragen, in dem er die Kritisierbarkeit universeller Geltungsansprüche (der Wahrheit, Richtigkeit und Wahrhaftigkeit), wie sie in jeder Rede explizit oder implizit von den Handelnden erhoben und erforderlichenfalls geprüft werden, ins Zentrum der Handlungsanalyse stellt. Die besondere methodologische Pointe seines Ansatzes besteht weiterhin darin, daß er die potentielle Akzeptabilitätsprüfung als gleichermaßen wesentlich herausstellt für das alltägliche wie das wissenschaftliche Handeln, das heißt die Theorie selbst. Bei allen Unterschieden der Einstellung und des (Vor-)Wissens werden

---

17 Vgl. zu diesem Aspekt der Zeitperspektive, die ja bereits in Schütz (1932/74) eine zentrale Rolle einnimmt, die Kontroverse in Schütz/Parsons (1940ff./77: 45, 49, 92, 120, 130ff.).

18 Vgl. Habermas (1981, Bd.1: 150f.) und Habermas (1986: bes. 362ff., 401f. Anm. 60, 61, 63), wo es ihm in einer nachträglichen Klarstellung um die Ausräumung von Mißverständnissen geht, denen seine Kritiker (wie z.B. Berger 1986: 265ff.) teils wegen der von ihm selbst verschuldeten Unklarheiten aufsäßen.

Teilnehmer in Interaktionen wie wissenschaftliche Interpreten in gleicher Weise durch die von den Handelnden erhobenen Geltungsansprüche zu Stellungnahmen herausgefordert. Dabei ist die Rolle des wissenschaftlichen Interpreten, die Habermas teils in Auseinandersetzung mit Schütz und der Ethnomethodologie bestimmt,[19] die eines *virtuellen Teilnehmers*, der gleichsam in den handlungspraktisch wirksamen Sog zur kritischen Stellungnahme hineingezogen wird:

> Weil und soweit sich der sozialwissenschaftliche Interpret in der Rolle eines mindestens virtuellen Teilnehmers grundsätzlich an *denselben* Geltungsansprüchen orientieren muß, an denen sich auch die unmittelbar Beteiligten orientieren, kann er, von dieser implizit immer schon geteilten immanenten Vernünftigkeit der Rede ausgehend, die von den Beteiligten für ihre Äußerungen beanspruchte Rationalität zugleich ernst nehmen und kritisch überprüfen. Wer, was die Beteiligten bloß voraussetzen, zum Thema macht und seine reflexive Einstellung zum Interpretandum einnimmt, stellt sich nicht *außerhalb* des untersuchten Kommunikationszusammenhangs, sondern vertieft und radikalisiert diesen auf einem Wege, der prinzipiell allen Beteiligten offensteht. (Habermas 1981, Bd.1: 188)

Teilnehmer wie Interpreten beziehen sich also grundsätzlich auf dasselbe vernünftige Potential der Rede, dessen Nachkonstruktion gerade die Aufgabe des formalpragmatischen Ansatzes ist. Mit dem Bezug auf die *immanente Vernünftigkeit der Rede* geht es Habermas bei seinen Erörterungen der handlungstheoretischen Grundbegriffe und der Methodologie des Sinnverstehens letztlich um den Nachweis, "daß die Rationalitätsproblematik nicht von außen auf die Soziologie zukommt, sondern von innen aufbricht" (1981, Bd.1: 196). Selbst wenn man diese zunächst noch sehr metaphorisch gehaltene Perspektive übernimmt, stellt sich gerade für die empirische Handlungsanalyse das Problem, wie und in welchen Formen die Rationalitätsproblematik denn von innen aufbricht; und weiterhin: um welche (Art von) Rationalitätsproblematik es sich denn eigentlich handelt. Hier geht es um die grundsätzliche Fragestellung, ob denn der formalpragmatische Ansatz mit seiner Beschränkung auf wenige universelle Geltungsansprüche das vernünftige Po-

---

19 Vgl. insgesamt zur Begründung der Rolle des virtuellen Teilnehmers Habermas (1981, Bd.1: 167ff.), wobei die insbesondere gegen Schütz eingenommene Position nicht unbedingt klar wird. Auch bei Habermas klingt der von Schütz beschriebene Unterschied bzw. der postulierte Wechsel von der natürlichen zur wissenschaftlichen Einstellung als grundsätzliches Problem der Distanzierung von naiven und spezifisch lebensweltlich gebundenen Alltagsurteilen immer wieder durch, vgl. z.B. Habermas (1981, Bd.1: 176, Bd.2: 179, 549 und 1986: 349).

tential der Rede erschöpft, zumal mit diesem Ansatz die Beschränkung auf eine bloß *formale* oder *prozedurale Diskursethik* einhergeht.[20]

Schließlich sei ein Problem angeführt, das sich nicht grundsätzlich auf den Anspruch des formalpragmatischen Ansatzes, sondern auf seine Anwendungsproblematik bezieht. Habermas charakterisiert das Spektrum der möglichen kritischen Reaktionen, zu denen Teilnehmer wie wissenschaftliche Interpreten hinsichtlich erhobener Geltungsansprüche angehalten sind, mit Ja-/Nein-Stellungnahmen und Enthaltungen. Bereits in wissenschaftlichen Diskursen, wie sie in einer Institution wie der Hochschule vorkommen und in denen es wesentlich um Wahrheitsansprüche geht, haben wir es mit Reaktionen zu tun, die nicht ohne weiteres auf bloße Ja/Nein-Stellungnahmen bzw. Enthaltungen reduziert werden können und häufig aus guten Gründen nicht darauf reduziert werden sollten. Es handelt sich etwa um Stellungnahmen mit einer "Ja-aber"-Struktur (vgl. Koerfer 1979) oder andere modifizierende Stellungnahmen, mit denen verschiedenen Komplexitätsproblemen in einer Weise Rechnung getragen wird, die dem Sach-Thema insofern angemessen ist, als jedenfalls momentan oder in absehbarer Zeit keine andere diskursive "Lösung" möglich ist. Etwa ist ein stark hypothetischer Sprachgebrauch, der mit einschränkenden Modifikationen durchsetzt ist, Ausfluß von Wissensdefiziten, die durch Hypothesenformulierung überhaupt erst bestimmt und bearbeitet werden können. Dies ist nicht nur eine Frage professioneller, sondern auch alltäglicher Diskurse und analog nicht nur eine Frage theoretischer, sondern auch praktischer Diskurse. Wahrheitsurteile, aber auch Richtigkeitsurteile wie eben auch ihre Kritik müssen häufig mehr Ungewißheiten Rechnung tragen, als es wünschenswert ist. Das Problem differenzierter Stellungnahmen, in denen aus guten Gründen von einem erheblichen Differenzierungspotential der Sprache Gebrauch gemacht wird, kann mit den von Habermas unterschiedenen Typen von Stellungnahmen schwerlich erfaßt werden. Freilich ist insgesamt klar, daß der formalpragmatische Ansatz sich dem Anspruch nach von den Differenzierungsproblemen und den damit verbundenen Schwierigkeiten der empirischen Analyse nicht angefochten sieht. Ihm geht es um prinzipiell mögliche, nicht hier und jetzt erreichbare Stellungnahmen.

---

20 Vgl. etwa zu dieser Kontroverse zu einer formalen versus materialen Diskursethik Bubner (1982: 295ff.), Bubner (1984) und Taylor (1986) sowie die Entgegnungen von Habermas (1984), (1986: 333ff.) und (1991: 119ff.); vgl. weiterhin Peters (1991: 227ff) sowie die Beiträge in Apel/Kettner (Hg.) (1992), insbesondere den Beitrag von Cortina, die die mangelnde Reichhaltigkeit der bloß formalen Diskursethik bzw. Verfahrensrationalität vehement kritisiert; vgl. speziell zur Begründung einer materialen Diskursethik in der Medizin Koerfer/Köhle/Obliers 1993).

4.3.3 Handlungsrationalität versus Systemrationalität

Obgleich Habermas weiterhin am Primat der Handlungstheorie festhält, macht er doch erhebliche Anleihen bei der Systemtheorie, was ihm den Vorwurf einer unheiligen Allianz oder bloß eklektizistischen Zusammenfügung heterogener theoretischer Ansätze und Methoden eingebracht hat.[21] Diese Verknüpfungsproblematik von Handlungstheorie und Systemtheorie wird uns im weiteren Gang der Analyse gerade des institutionellen Handelns durchgängig beschäftigen, weswegen hier lediglich die alternative Forderung einer sofortigen Umstellung der Analyse auf systemtheoretische Begrifflichkeiten und damit eben auch von der *Handlungsrationalität* auf die *Systemrationalität* aufgegriffen sei. Die mögliche Radikalität dieser Umstellung kommt in den Blick, wenn man sie zuvor mit weiteren Positionen kontrastiert, die die gegenwärtige Rationalitätsdebatte bestimmen.

Diese Debatte läßt sich zunächst auf folgende Inklusions-/Exklusionsverhältnisse zuspitzen: In der einen Position setzt man mehr oder weniger vorbehaltlos auf den Subjektbegriff und hält den Begriff der Systemrationalität entsprechend niedrig, den Begriff der Handlungsrationalität entsprechend hoch. In der anderen Position setzt man mehr oder weniger vorbehaltlos auf den Begriff der Systemrationalität und hält den Subjektbegriff und den Begriff der Handlungsrationalität entsprechend niedrig. Darüber hinaus gibt es viele Varianten gemäßigter und radikaler Art. Radikale Varianten laufen etwa auf einen vollständigen Verzicht des Subjektbegriffs oder auf einen vollständigen Verzicht des Begriffs der Systemrationalität hinaus. Begründungen für die eine oder andere Variante sind teils sach-kritischer, teils sprachkritischer Natur. Die sicherlich nicht unproblematische Unterscheidung von Sachkritik und Sprachkritik sei hier deswegen besonders herausgestellt, weil ein Theorienvergleich immer auch ein Terminologienvergleich ist, auch wenn er darauf nicht reduziert werden kann (vgl. Koerfer 1991). Jedenfalls läuft die Kritik der Theoretiker untereinander häufig auf bloße Sprachkritik hinaus, mitunter bis zum Vorwurf der Sprachverwirrung, was die Wahl der Theoriesprache angeht. So wird etwa von Schnädelbach (1982) gegenüber Luhmann (1968/73) eine solche Sprachverwirrung ins Feld geführt, indem er Luhmann mit seiner Verwendung des Begriffs der Systemrationalität vorhält, einen Kategorienfehler im Sinne Ryles (1949/1969) begangen zu haben:

> Die dispositionelle Verwendung von "rational" drückt in der Regel die Zuschreibung eines solchen Rationalitätspotentials mit Bezug auf potentielle Handlungssubjekte aus. Das bedeutet, daß Rationalität normalerweise zur Per-

---

21 Vgl. besonders zur Frage der unfruchtbaren oder auch nur überflüssigen systemtheoretischen Anleihen z.B. Joas (1986) und McCarthy (1986) sowie die Replik von Habermas (1986).

> sonen-Handlungs-Sprache gehört. Die Rede von "Systemrationalität" ist wohl ein Kategorienfehler im Sinne Ryles; sie ist zumindest ersetzbar durch "Systemfunktionaliät", weil davon nicht mehr unterscheidbar: Der Preis für die Abbildung von Rationalität auf die Ding-Struktur-Ereignis-Sprache ist die vollständige Kongruenz von Rationalität und Funktionalität. (Schnädelbach 1982: 351)

Festzuhalten ist hier zunächst die von Schnädelbach eingeführte Unterscheidung zwischen einer *Personen-Handlungs-Sprache* und einer *Ding-Struktur-Ereignis-Sprache*, die man im ersten Anlauf für einen systematischen Vergleich von Theorien und Theoriesprachen auch dann heranziehen könnte, wenn man sie wegen ihrer Dichotomie als zu stark zurückweisen sollte. Schnädelbach weiß sich mit seiner Sach- und Sprach-Kritik nicht allein, wenn er anschließend eben nicht zufällig in einer Fußnote auf Habermas (1981, Bd.2: z.B. 453ff.) verweist, der die sach-kritischen Argumente späterhin (1985) ja seinerseits um die sprachkritischen Argumente erweitert hat, indem er u.a. die Luhmann eigene "begriffstechnische Nähe zur Subjektphilosophie" (1985: 436) zu rekonstruieren sucht. Was hier ein Theoretiker dem anderen gleichsam vorhält, ist, daß er alten Wein in neuen Schläuchen verkauft, was wiederum nichts anderes heißt, als daß die Theorie-Kritik darauf zugespitzt wird, daß eine beanspruchte kreative Theorieleistung auf bloßen Neologismus zusammenschrumpft.

Diese Art von Theorie-(Sprachen-)Kritik, die manch einer unter der Textsorte von Polemik abtun mag, kann hier nicht weiter verfolgt werden (vgl. Koerfer 1991). Vielmehr soll einigen spezifischen Begründungen für eine Umstellung von der Handlungstheorie zur Systemtheorie nachgegangen werden. Diese Forderung wird mehr oder weniger umstandslos bereits von Luhmann (1968/73) erhoben, der zunächst mit wenigen Anmerkungen zu Schütz und Parsons an das Rationalitätsproblem anschließt[22] und sich dann vor allem in der Auseinandersetzung mit einer Theorie der Einzelhandlung dem Problem zuwendet, daß eine Handlungstheorie der Möglichkeit widerspruchsvoller Zwecke nicht angemessen Rechnung tragen könne:

> In der Theorie der Einzelhandlung hat es keinen Sinn, von widerspruchsvollen Handlungszwecken zu sprechen, die jeweils ein anderes Handeln erfordern. Man kann sich zwar vor der Handlung mit divergierenden Wünschen oder Anforderungen auseinandersetzen. Ehe es zum Handeln kommt, muß dieser Widerspruch aber aufgelöst sein; denn niemand kann zweierlei auf einmal handeln. Um wi-

[22] Luhmann (1968/73: 15) verweist lediglich auf denselben Abschnitt in Parsons (1937/68) wie schon Schütz (vgl. oben Anm. 13) sowie auf Schütz (1943/72: 40f.), zu dem er bemerkt, daß dieser noch weitergehende Formulierungen in die Richtung mache, die er selbst (Luhmann) vertreten werde, was von Luhmann leider nicht näher ausgeführt wird, so daß wir im einzelnen nicht erfahren, worin der Phänomenologe den Systemtheoriker noch übertroffen haben könnte.

> derspruchsvoll handeln zu können, braucht man mehrere Handlungen, und das heißt: Zeit. In der Handlungstheorie ist Widerspruchsfreiheit daher zwingendes Gebot. Ganz anders stellt sich das Problem für die Systemtheorie. Sie hat keine zwingenden Gründe zu verhindern, daß ein System während seines Bestehens einmal diesen und ein andermal jenen Zweck bevorzugt und dabei inkonsistent verfährt. Sie kann Widersprüche zulassen - und sie muß es vielleicht sogar. Die wachsende Bereitschaft, widerspruchsvolle Zwecksetzungen auch wissenschaftlich zu honoriereren, kann demnach als ein Anzeichen der Umorientierung von Handlungstheorien auf Systemtheorien gedeutet werden. (Luhmann 1968/73: 229f.)

Hier sollen nun nicht etwa die trivialen Feststellungen bestritten werden, daß man nicht zweierlei auf einmal handeln kann und für mehrere Handlungen Zeit braucht. Vielmehr geht es gerade um Widersprüchlichkeiten von Handlungen in Handlungsfolgen und -sequenzen, von denen auf ein zwiespältiges oder zumindest unentschiedenes Denken *vor*, *während* und *nach* dem Handeln geschlossen werden kann. In Analogie zu Kleists bekanntem Diktum ist eben auch mit einer *allmählichen Verfertigung der Gedanken* beim *dialogischen Reden* zu rechnen (vgl. auch Schwemmer 1984). Widerspruchsvolles Denken und Handeln läßt sich in seiner handlungspraktischen Wirksamkeit überhaupt erst im Ablauf der Zeit ermitteln - eine genuine Aufgabe einer Handlungstheorie.

Die Voraussetzungen, die Luhmann macht, sind die Voraussetzungen nur einer bestimmten Variante von Handlungstheorie, die man nicht zu teilen braucht, ohne deswegen schon die Schlußfolgerung in Richtung auf eine Umorientierung zur Systemtheorie ziehen zu müssen. Zumindest ist das Tempo der Umorientierung zu drosseln, wenn man sich nicht bestimmmter Erkenntnismöglichkeiten von vornherein berauben will. Bevor diesen Erkenntnismöglichkeiten weiter nachgegangen wird, ist zuvor die von Luhmann unterstellte Handlungstheorie kritisch zu beleuchten, welche Theorie im einzelnen - vielleicht die des frühen Parsons - er auch immer im Auge gehabt haben mag.

Im Anschluß an Churchlands Formulierung eines Handlungsgesetzes hatten wir bereits (in § 2.3) herausgestellt, daß der theoretische Ansatz der einer *personalistischen Theorie der Einzelhandlung* ist. Dies deshalb, weil Erfolg oder Mißerfolg einzelner Handlungen einzelnen Personen zugeschrieben und Fehlschäge auf persönliche Dispositionen zurückgeführt werden, die unter dem allgemeinen Titel der *Akrasie* verhandelt werden. Im einzelnen werden Phänomene der Willens-, Entscheidungs- oder Urteilsschwäche auf physische bzw. psychische Beeinträchtigungen zurückgeführt, die wiederum durch äußere Einflußfaktoren (wie Drogen usw.) bestimmt sein mögen. Dagegen ist zu betonen, daß die Handelnden nicht nur im Extremfall, sondern eben auch im Normalfall, jedenfalls häufig genug, mit zweifelndem Verstand agieren, so daß die auch nur zu einem bestimmten Zeitpunkt angenommene *eine* Überzeugung

oft eine Fiktion ist. Die beiden klassischen Einschränkungen in der Tradition der analytischen Handlungstheorie,

- daß die Handelnden lediglich *im Lichte ihrer Überzeugungen* rational handeln,
- und dies im Lichte *der* Überzeugungen, die sie zu einem bestimmten Zeitpunkt haben,

verfehlen das Problem, weil damit verkannt oder vernachlässigt wird, daß die Überzeugungen der Individuen gegenüber verschiedenen, häufig widersprüchlichen Handlungsanforderungen und -verpflichtungen oft selbst brüchig und unentschieden sind. Es wäre rein formal, aber deswegen noch nicht "analytisch" gedacht, genau die eine unter Umständen erschließbare Überzeugung zugrunde zu legen, die letztlich der Handelnde in irgendeiner Weise zugrunde gelegt haben muß, wenn er schließlich zum Handeln kommt.[23] Dies wäre der reine Dezisionismus. Mit einem derart eng definierten Begriff von 'Zeitpunkt' könnte man nicht erfassen, daß ein Handelnder jemals beim (sic!) Handeln unter einem Maximenkonflikt stehen oder auch "wider besseres Wissen" handeln kann.

Hier ist nicht nur für das institutionelle Handeln auf die handlungspraktische Wirksamkeit von *Maximenkonflikten* zu rekurrieren, wie sie Ehlich/Rehbein (z.B. 1977 und 1986) speziell für die Schulkommunikation analysiert haben. In dieser Perspektive geht es allgemein um die Analyse eines Handelns unter Maximenkonflikten, das durch Merkmale wie Zwiespältigkeit, Unentschiedenheit, Zögerlichkeit, Widerständigkeit, Unentschlossenheit usw. gekennzeichnet ist, weil der Handelnde etwa Zweifel an der Wertigkeit oder Zweckmäßigkeit oder Realisierbarkeit der zu wählenden Alternativen hat. Eine solche Analyseperspektive soll im folgenden anhand eines von Ehlich/Rehbein analysierten Beispiels für die "Lösung" von Maximenkonflikten illustriert und im Anschluß daran unter der Fragestellung erörtert werden, wie denn eine kritische Beurteilungsfolie eines solchen Handelns unter Maximenkonflikten zu gewinnen sei.

4.3.4 Handeln unter Maximenkonflikten

Wie Ehlich/Rehbein (1977) in ihrer Analyse des Zusammenhangs von Wissen, kommunikativem Handeln und Schule im einzelnen herausarbeiten, entwickeln Lehrer wie Schüler gleichermaßen bestimmte *Taktiken*, um bestimmte in der

---

23 Die strikte Handhabung der beiden obigen Restriktionen hieße in letzter Konsequenz, daß jede Handlung rational wäre. Wenn wir aber keine irrationalen Handlungen mehr ausmachen können, erübrigt sich der Rationalitätsbegriff selbst.

Institution Schule notorisch auftretende Maximenkonflikte zu bewältigen. So stehen z.B. Lehrer unter Maximenkonflikten wie:

(4.09) Bringe den Lernstoff so, daß der Schüler selbständig die Lösung findet!
(4.10) Erfülle den Unterrichtsplan! (1977: 101)

Für das nachfolgende (hier vereinfacht wiedergegebene) von Ehlich/Rehbein ausführlich dokumentierte und analysierte Beispiel der Lösung eines solchen Konflikts ist zunächst zu bemerken, daß die von der Lehrerin gewünschte Lösung der von ihr eingangs gestellten Aufgabe von den Schülern mehrmals verfehlt wird. Will die Lehrerin nun weiterhin eine 'selbstständige' Lösung durch die Schüler abwarten, wird die Erfüllung des Unterrichtsplans, vor allem in der vorgesehenen Zeit,[24] zunehmend gefährdet. In dieser Konfliktsituation verfällt die Lehrerin in eine typische Taktik, mit der sie offenbar einen Kompromiß zwischen den beiden konfligierenden Maximen (4.09) und (4.10) zu schließen sucht.

(4.11) L ((Schreibt an die Tafel. Dreht sich um)) Eh. Könnt ihr .. dazu einmal nähere Bezeichnungen finden. Wenn ich *nur* die Sprache einsetze,
□ wie könnt ich das .. machen?
S_n Sprechen
S_1 ehm Das auch
$S_?$ □ $_1$ hei, knautsch ma $_1$
$_1$[Nebenbemerkung] $_1$
S_1 □ eh *sagen* ohne eh körperli/((Lachen, an den Kopf fassen))
L □ Jaaa. Also s is nich
□ ganz glücklich. Susanne! Natürlich sprechen. Aber wie
S_S □ Sprechen.
L □ könnt ich das jetzt./ Ich will mich ja ausdrücken? Tilmann!
S_S □ Mimik
S_T Eh durch den Ausdruck / also ein guter Ausdruck oder ein fröhlicher Ausdruck.
L Gut. (aus: Ehlich/Rehbein 1977: 74)

Der Konflikt wird scheinbar dadurch gelöst, daß die Lehrerin nach dem ersten 'gescheiterten' Anlauf die Aufgabenstellung in weiteren Durchläufen durch das Muster 'Aufgabe-Stellen/Aufgabe-Lösen' solange modifiziert, bis sie in der Reformulierung ein geeignetes Stichwort ('ausdrücken') einbringt und damit eine gewisse "Lösungsgarantie" gibt. Dieses Verfahren ist nach Ehlich/Rehbein eine typische *Lehrertaktik*, mit der in einer Pseudo-Aufgabe-Lösung-Sequenz die für Lehrer häufig anstehenden Maximenkonflikte dieser Art "gelöst" werden können. Komplementär dazu stellen sich die Schüler nämlich auf eine völlig neue Aufgabe ein:

---

24 Vgl zum problematischen Zusammenhang von Unterrichtsorganisation und schulspezifischem Zeitrhythmus allgemein die Beiträge in Luhmann/Schorr (Hg.) (1990).

(4.12) Suche in einer Formulierung des Lehrers selbst ein im schulischen Handlungszusammenhang erfordertes Element auf! (1977: 102)

Es ist schließlich diese modifizierte Aufgabenstellung, die die Schüler lösen. Damit kann jedoch auf der Ebene des offiziellen Unterrichtsgeschehens für alle Aktanten der Schein einer gelungenen Aufgabe-Lösung-Sequenz gewahrt bleiben. Erst bei näherer Betrachtung, die die ad-hoc-Perspektive aktuellen Handelns aufhebt, könnte für alle Beteiligten deutlich werden, daß hier zur "Lösung" von Maximenkonflikten unter der Hand mit den Mitteln zugleich die Zwecke und Werte pädagogischen Handelns verschoben werden, das insgesamt auf das Niveau einer Stichwort-Kommunikation heruntertransformiert wird (vgl. § 6.5). Was sich hier letztlich als ein Transformationsprozeß vom *Lehr-Lern-Diskurs* zum *Unterrichtsdiskurs* erweist (vgl. Ehlich 1981 und § 6.5), mag sich häufig genug mehr oder weniger unkontrolliert hinter dem Rücken der Aktanten durchsetzen, ohne daß ihnen damit ein kontrolliert-reflexiver Zugang prinzipiell verstellt wäre, worauf wir sogleich zurückkommen.

Zu bemerken ist zunächst, daß sich die mentale Einstellung der Lehrerin eben nicht von einer Zehntelsekunde auf die andere ändert, wie man dies etwa im Transkript am Schrägstrich als äußere Markierung des Planungsbruchs festmachen könnte, sondern bereits beim vorausgehenden Sprechen (also vor dem Schrägstrich von: "Aber wie könnt ich das jetzt ./Ich will mich ja ausdrücken"). Ohne derart vorgefaßten Handlungsplan wäre die Realisierung nach dem Schrägstrich nicht so nahtlos möglich. Wir haben hier also ein starkes Indiz dafür, daß neue und eben auch antagonistische Handlungspläne bereits *während* des Vollzugs laufender Handlungen gefaßt werden. Die Notwendigkeit einer Änderung des ursprünglichen Handlungsplans resultiert wiederum aus dem vorausgegangenen Interaktionsprozeß selbst, in dem die Schüler eine adäquate Lösung der gestellten Aufgabe vermissen lassen, worauf sich die Lehrerin im Ablauf der Unterrichtszeit ihrerseits mit einer Reformulierung der Aufgabenstellung zunehmend einzustellen hat. Diese spezifische Art der Korrektur von Handlungsplänen in Abhängigkeit von Gegenhandlungen der Ko-Aktanten ist von Rehbein an anderer Stelle (1977: 310) allgemein als *sequentielle Strategie* bestimmt worden. Entsprechend ist das mit Parsons (oben § 4.3.2) aufgeworfene Problem der "Rationalität von Handlungen (...), die Teil interaktiver Sequenzen sind", als Antizipationsproblem aufzufassen, das sich im Falle interaktiver Fehlschläge von ständig zu revidierenden Handlungsplänen nicht nur in einer Institution wie der Schule zu einem erheblichen Zeitproblem auswachsen kann, dessen Reduktion gegenüber anderen Interaktionsproblemen im Ablauf der Zeit wiederum als dominant erscheinen mag.[25]

---

25 So ist es unter dem Aspekt von institutionell begrenzter Zeit nicht verwunderlich, daß etwa auch im Falle einer Themenaushandlungsphase in einem Hoch-

Zu betonen ist weiterhin, daß es sich im vorliegenden schulischen Fall (4.11) einer "Stichwort"-Kommunikation nicht um eine individuelle Lösungsstrategie in einer besonderen, einmaligen Situation handelt, in der eine Lehrerin gegenüber ihren eigenen bzw. als eigen übernommenen pädagogischen Anspruchsvoraussetzungen, die im durch Ausbildung erworbenen *Institutionswissen zweiter Stufe* verankert sind (vgl oben § 3.4.4), individuell versagt. Mit ihrem Ansatz einer integrierten Kommunikations- und Institutionsanalyse versuchen Ehlich/Rehbein dagegen herauszuarbeiten, daß eine Analyse von "Fehlern" im pädagogischen Handeln in der Schule eben nicht als Analyse individuellen Versagens einzelner (unfähiger) Aktanten verstanden werden kann:

> Selbstverständlich machen Lehrer Fehler, wie alle Aktanten Fehler machen. Aber das ist nicht das wirkliche Problem: die eigentliche Schwierigkeit liegt, soweit wir bisher sehen, eben darin, daß die Lehrer sozusagen Fehler 'machen müssen', d.h. daß die Handlungskonstellationen, in denen sie stehen, im Normalfall keine anderen Handlungsabfolgen gestatten als solche, die als 'fehlerhaft' im pädagogischen Wissen (im Institutionswissen zweiter Stufe) bewertet sind. (Ehlich/Rehbein 1977: 72f.)

Mit der Möglichkeit, daß die Handlungen von Lehrern ihrem eigenen kritischen Urteil nicht immer standhalten und sie von Fall zu Fall "Fehler" auch als ihr individuelles Versagen beurteilen, muß also nicht unbedingt nahegelegt werden, daß sie sich insgesamt beim Handeln der institutionell oktroyierten Widersprüchlichkeit ihres Tuns nicht prinzipiell oder zumindest in dem Sinn vergewissern, wie sie ansonsten auch mehr oder weniger bewußt handeln. Lehrer handeln teils im Wissen um diese Widersprüchlichkeiten und handeln oft "widerstrebend" und gegen ihr "besseres Wissen". Maximenkonflikte können auch in dem Sinn "erfahren" oder "erlebt" werden, daß sie einem kritischen Urteil nicht unzugänglich bleiben müssen. Es ist ja nicht so, daß Lehrer kein, wenn auch noch so intuitives Urteil darüber fällen könnten und eben auch häufig fällen, ob sie "guten" oder "schlechten" Unterricht gemacht haben, ob die Schüler bei der Sache gewesen sind oder nicht, ob die Schüler engagiert und interessiert waren oder sich gelangweilt haben, ob sie Problem-

---

schulseminar nach fünfzehn (sic!) Minuten ein x-beliebiger Einstieg in die thematische Phase gegenüber einer Fortsetzung der Themenaushandlung favorisiert wird (vgl. Koerfer/Zeck 1983). Auch hier wird ein Maximenkonflikt auf eine spezifische Weise gelöst: Angesichts der fortgeschrittenen Seminarzeit scheint der "willkürliche" Themeneinstieg durch einen Teilnehmer dem Diskussionsleiter bzw. der ganzen Gruppe "rationaler" zu sein als die noch so "rationale" Fortsetzung einer Verfahrensdebatte, die allerdings im nachhinein ad absurdum geführt wird: Indem die Seminarteilnehmer einen x-beliebigen Einstieg ratifizieren, erweist sich die Themenaushandlung im nachhinein als überflüssig oder mit anderen Worten: als "verlorene" Zeit.

oder Aufgabenstellungen selbständig erarbeitet haben oder ob ihnen alles "aus der Nase gezogen" werden oder ihnen alles "vorgekaut" werden mußte usw. Umgekehrt haben die Schüler ihre dazu komplementären, gleichwohl intuitiven Urteile über die Qualität des Unterrichts. Diese intuitiven Urteile bilden sich im Unterrichtsgeschehen selbst an den problematischen Fortsetzungsstellen aus, an denen Maximenkonflikte in die eine oder andere Richtung "entschieden" werden müssen, und zwar in der gebrochenen Form, daß im Falle der "gewählten" Taktiken die mögliche und "bessere" Fortsetzungsalternative in dem Sinn "im Kopf" bleibt, daß sie intuitiv gewußt wird.

So hat eine kritische Analyse des Unterrichtsdiskurses an den gebrochenen Formen der besonderen Lösungsvarianten von Maximenkonflikten anzusetzen, in denen das schwankende, unentschiedene Urteil der Handelnden über die Fortsetzungschancen bereits dadurch zum Ausdruck kommt, daß die etwa von seiten des Lehrers ursprünglich ins Auge gefaßten anspruchsvollen Problem- oder Aufgabenstellungen sukzessive zurückgenommen werden. Über die weitere mögliche Beteiligung von Lehrern und Schülern an der Analyse ihres eigenen Unterrichts ließen sich weitere Erkenntnisse gewinnen. Beide Verfahren liefen auf eine Explizierung und Systematisierung von intuitiven Urteilen über faktische Unterrichtsverläufe hinaus, worüber sich tendenziell eine Kritikfolie aus der Binnenperspektive der Handelnden gewinnen ließe, auf der wir zu einem Gesamturteil darüber gelangen könnten, was wir alle (Teilnehmer wie Forscher) ein "gutes Unterrichtsgespräch" zu nennen bereit wären (vgl. 6.5). Dieses Gesamturteil aus der Binnenperspektive des handelnden Subjekts zu gewinnen, das sich institutionell oktroyierten Maximenkonflikten ausgesetzt sieht, hieße nicht mehr oder nicht weniger, als eine *implizite Theorie des guten Gesprächs*, von der wir uns alle, wenn auch vielfältig gebrochen, leiten lassen, zu *explizieren*.[26]

Auf dem Wege dorthin muß die theoretisch angeleitete empirische Analyse der vorherrschenden Schulwirklichkeit einen Perspektivenwechsel vornehmen, nach dem nicht einfach singuläre Handlungen einem singulären Rationalitäts-Urteil unterworfen werden können. Bereits an der Art von vorherrschenden Maximenkonflikten und ihren "Lösungen" läßt sich sowohl die Uneinheitlichkeit der Überzeugungen aufzeigen als auch verdeutlichen, daß den Handelnden keineswegs die Annahme unterstellt werden kann, daß die gewählte Handlungsalternative aus ihrer Perspektive "der Weisheit letzter Schluß" sei. Vielmehr ist ihnen eher die Annahme zu unterstellen, daß sie "halbwegs" rational handeln, soweit eben die "(Ir-)Rationalität" des institutionellen Handlungssystems, das sie vor diese Konflikte stellt, dies zuläßt. Aus

---

26 Zu den allgemeinen Schwierigkeiten der Explikation dessen, was wir unter einem *guten Gespräch* verstehen vgl. z.B. Ungeheuer (1978/1987).

der kritischen (Selbst-)Bewertung nicht ihrer singulären Handlungen, sondern ihrer erzwungenen "faulen" Kompromisse als so erlebtes Dauerversagen gegenüber eigenen und fremden Ansprüchen und Überzeugungen erwächst tendenziell und zunächst implizit eine Institutionskritik, die mit einem Rationalitäts-Urteil über singuläre Handlungen einzelner Individuen zu kurz griffe. Dies sei einerseits einer *personalistischen Theorie der Einzelhandlung* entgegengehalten. Andererseits sei einer von vornherein *systemtheoretisch* ausgelegten Analyse, die ausschließlich auf Systemrationalität abgestellt ist, der Verlust an Erkenntnismöglichkeiten vorgehalten, die gerade aus der Beobachtung des mehr oder weniger rationalen Handelns von (Typen von) Handelnden unter Maximenkonflikten zu gewinnen sind; es sind eben diese Handelnden, die schließlich die Widersprüchlichkeit von Zwecksetzungen in Handlungssystemen widerspruchsvoll "ausagieren" müssen. Über die Analyse widerspruchsvollen Handelns im Ablauf der Zeit sind die handlungssystemischen Widersprüche zuallererst zu ermitteln.

5 Institutionelle Sprechhandlungen und Handlungsmuster

Sowohl in soziologischen als auch in sprachwissenschaftlichen Traditionen werden häufig sehr weit gefaßte Begriffe von Institution benutzt, um in einer einheitlichen oder ganzheitlichen Betrachtungsweise die Regularität menschlicher Tätigkeiten als - wie immer historisch zu spezifizierenden - Prozeß der Gewöhnung beschreiben zu können. In dieser Perspektive ist die Sprache selbst bereits eine Institution oder werden zumindest bestimmte Handlungstypen als Institutionen aufgefaßt. Gegenüber diesen weiten Bestimmungen erweist sich eine Reihe von Differenzierungen als notwendig, die erneut die spezifischen Korrespondenzverhältnisse von Typen von Handelnden und Handlungstypen betreffen: Nicht jede Handlungsregularität ist bereits einer Handlungskonvention geschuldet, und die Geltung von Handlungskonventionen ist ihrerseits wiederum kontextspezifisch nach Graden der Erwartbarkeit von Handlungen und Handlungsfolgen zu untersuchen (§ 5.1). Weiterhin erweisen sich sprechhandlungssemantische Typologien für eine empirische Handlungsanalyse als zu grob, wenn lediglich wenige Haupt-Klassen von Sprechhandlungen unterschieden und letztlich institutionelle Sprechhandlungen einheitlich in einer Residualkategorie zusammengefaßt werden (§ 5.2). Demgegenüber müssen bestimmte Formen institutioneller Bindung zunächst von Sprechhandlungen (§ 5.2.3) und schließlich von Handlungsmustern (§ 5.3) unterschieden werden, um die eingangs (§ 1.4) bemängelten Beschränkungen einer personalistischen Theorie der Einzelhandlung in einem weiteren Schritt aufheben zu können.

5.1 Regularität und Konventionalität

Einen sehr weiten Institutionsbegriff verwenden in wissenssoziologischer Perspektive beispielsweise Berger/Luckman, wenn sie *Institutionalisierung* als Prozeß der wechselseitigen *Typisierung habitualisierter Handlungen* auffassen:

> Institutionalisierung findet statt, sobald habitualisierte Handlungen durch Typen von Handelnden reziprok typisiert werden. Jede Typisierung, die auf diese Weise vorgenommen wird, ist eine Institution. Für ihr Zustandekommen wichtig sind die Reziprozität der Typisierung und die Typik nicht nur der Akte, sondern

> auch der Akteure. Wenn habitualisierte Handlungen Institutionen begründen, so sind die entsprechenden Typisierungen Allgemeingut. (Berger/Luckmann 1966/80: 58)

Die von Berger/Luckmann behauptete Nützlichkeit eines derart weiten Institutionsbegriffs "für eine umfassende Analyse fundamentaler gesellschaftlicher Prozesse" (ebd.) soll hier nicht bestritten werden. Wie zu zeigen sein wird, bedarf es jedoch für die komparative Untersuchung von Typen von Handlungen weiterer Begriffsunterscheidungen, um der Vielfalt institutioneller Formen in ihrer kulturell-historischen Entwicklung Rechnung zu tragen.

5.1.1 Handlungstypen und Typen von Handelnden

In dieser Hinsicht geht es bereits um die Unterscheidung so verschiedener (Typen von) Handlungen wie *Taufen* oder *Ernennen* einerseits, die nur in einem einzigen Kontext oder in einer stark begrenzten Klasse von Kontexten vorkommen und mitunter nur von einem einzigen Typ von Handelndem ausgeführt werden, und *Behaupten* und *Begründen* andererseits, die zwar nicht in beliebigen, aber doch häufig wechselnden Kontexten auftreten und von vielen verschiedenen Typen von Handelnden vollzogen werden. Zudem können die verschiedenen Handlungen selbst wie auch die Kontexte, in denen sie vorkommen, wie auch ihre Beziehungen zueinander verschieden (stark) regularisiert sein. Diese Regularitätsunterschiede lassen sich ohne Anspruch auf die Systematik oder Vollständigkeit möglicher Fälle bereits anhand der folgenden Beispielliste illustrieren:

(5.01) Immer wenn ich meinen Freund N in der Kneipe treffe, gibt er mir einen aus.
(5.02) Wenn sich Nachbarn auf der Straße treffen, grüßen sie sich.
(5.03) Nach einer allgemeinen Begrüßung in einer größeren Gruppe begrüßen sich gute Freunde noch einmal persönlich.
(5.04) Bei jedem Staatsbesuch entrichten Soldaten dem hohen Staatsbesuch einen militärischen Gruß.
(5.05) Auf eine Frage gibt man (gefälligst) eine Antwort.
(5.06) Wenn man eine Behauptung macht, wird man sie auch begründen (müssen).
(5.07) (Bestimmte) Vorschläge wollen (gut) begründet sein.

Einige der Beispiele wird man unter deskriptivem Aspekt eher als Beschreibung einer Handlungsregularität auffassen, andere unter normativem Aspekt eher als Handlungsvorschrift. Dieser Unterschied, der z.T. auf die Wahl der Formulierung zurückgeht, soll aber vorerst vernachlässigt werden. Die Typisierung der Handelnden verläuft mit unterschiedlichen Anonymitätsgrad vom personalen Typus "mein Freund N" über den des "Nachbarn" bis zum impersonalen "man" (vgl. Schütz 1932/74: 245ff.). Schütz unterscheidet zwischen dem *personalen Idealtypus* einerseits (Typus des Handelnden) und dem *ma-*

terialen Idealtypus oder dem *Ablauftypus* andererseits (Typus des Handelns). Zwischen beiden besteht ein "inniger Zusammenhang" (1932/74: 262). So korrespondieren beispielsweise mit dem Typus des Postbeamten typische Handlungsabläufe seines Handelns, die die Beförderung von Briefen betreffen. Dieses Korrespondenzverhältnis zwischen dem Typus des Handelnden und dem Typus des Handelns war vorausgehend (in § 4.2) über Schütz hinaus bereits differenziert worden[1] und soll nachfolgend weiter konkretisiert werden, und zwar unter den Aspekten der Regularität, Konventionalität und Institutionalität des Handelns.

Folgt man zunächst noch Schütz mit seiner weiteren Unterscheidung (hinsichtlich des personalen Idealtypus) zwischen dem *charaktereologischen* ('mein Freund N') und dem *habituellen Idealtypus* ('Postbeamter'), so gliedern sich die oben angeführten Beispiele in (5.01) einerseits und (5.02)-(5.07) andererseits. Die fortschreitende Anonymisierung der personalen Typen in den Beispielen (5.01)-(5.07) legt dagegen eine Differenzierung in drei Gruppen nahe: (5.01)("mein Freund N"), (5.02)-(5.04)("Nachbarn", "gute Freunde", "Soldaten") und (5.05)-(5.07)("Man"). Für die weitere Analyse ist unter dem Aspekt der Konventionalität jedoch vorab die Zweiteilung der Beispiele in (5.01) einerseits und (5.02)-(5.07) andererseits relevant. Zunächst mag in allen Fällen eine Habitualisierung und Typisierung des Handelns und damit auch in (5.01) von einer Handlungsregularität zwischen mir und meinem Freund N die Rede sein. Jedoch kann sinnvollerweise nicht die in (5.01), sondern nur die in (5.02)-(5.07) formulierte Regularität mit Lewis (1969/75: 79) in dem Sinn als *Konvention* bestimmt werden, daß sie unter der Voraussetzung der Mitgliedschaft in einer bestimmten Gemeinschaft "von nahezu jedem befolgt" und dies wiederum "von nahezu jedem erwartet" wird.[2] Ist aber beispielsweise der Gruß eines flüchtig bekannten Nachbarn auf der Straße in derselben Weise erwartbar oder gar vorhersagbar wie der militärische Gruß beim Staatsbesuch? Und worauf genau bezieht sich die Erwartung eigentlich im Vergleich etwa von (5.02) und (5.04)? - Die abstrakte Definition von Konvention ist eine Sache, die Frage der *Geltung von Konventionen* in bestimmten (Typen von)

---

1 Mit der späteren Einführung des Funktionärstyps in Schütz/Luckmann (1975/79: 113) erweist sich die einheitliche Erfassung von personalen Typen im nachhinein als zu undifferenziert. Demgegenüber waren oben (in § 4.2) Unterscheidungen nach personalen und institutionellen Handlungssubjekten einerseits sowie individuellen und kollektiven Handlungssubjekten andererseits erörtert worden.

2 Auf die weitere Differenzierung der Definition von Lewis soll hier verzichtet werden (vgl. ebd.). Zu anderen Konventionsbegriffen, die z.T. weiter unten wiederaufgenommen werden, vgl. Wunderlich (1972: 14f.). Das Verhältnis zu verwandten Begriffen wie Norm oder Regel soll nur am Rande interessieren, vgl. genauer Lewis (1969/75: 83ff.) sowie von Wright (1963/79) und die Beiträge in Heringer (Hg.) (1974); vgl. speziell zur Frage der Allgemeinheit von Regeln/Vorschriften bezüglich der Situation und bezüglich des Adressaten von Wright (1963/79: 85ff.).

Kontexten eine andere, was anhand der angeführten Beispiele im folgenden erläutert werden soll. Hierbei geht es auch um die weitere Unterscheidung von Typen von Handelnden einerseits und Handlungstypen sowie Typen von Handlungsfolgen andererseits, die ganz verschiedene Korrespondenzverhältnisse eingehen können, deren Systematik über die Beispiele hinaus nachfolgend erörtert werden soll.

5.1.2 Sprechhandlungsfolgen. Sprechhandlungssequenzen und Sprechhandlungsverkettungen

Zunächst werde ich - entgegen (5.02) - nicht unbedingt jeden Nachbarn begrüßen, und die Nachbarn, die ich begrüße, werde ich nicht unbedingt in derselben Weise begrüßen. Ob und wie ich grüße, hängt von gewissen Umständen ab. Einen mit mir gut befreundeten Nachbarn werde ich herzlich begrüßen, und treffe ich ihn von weitem, werde ich zu ihm gehen oder wenigstens hinüberwinken. Wegen eines flüchtig bekannten Nachbarn werde ich weder die Straßenseite wechseln noch hinüberwinken, sondern ihm lediglich zunicken. Einen unliebsamen Nachbarn werde ich eventuell gar nicht grüßen und ihn selbst auf derselben Straßenseite "übersehen". So wie ich von anderen mehrfach typisiert werden kann, repäsentieren auch andere für mich verschiedene Typen: Jemand ist in Personalunion ein Nachbar und zugleich ein guter Bekannter, und entsprechend begegne ich ihm in meinem Handeln. Nachdem ich in einer größeren Gruppe in die Runde und damit bereits alle gegrüßt habe, ist im allgemeinen klar, daß ich entsprechend (5.03) meinen guten Freund noch einmal und persönlich begrüße. Ob und wie ich grüße, wird aber unter Umständen auch von meiner subjektiven Befindlichkeit abhängig sein, und je nachdem werde ich freundlich, mürrisch oder gar nicht grüßen, oder anders: Ich bin es, der das Grüßen und die Grußform von bestimmten Umständen abhängig machen kann, d.h. ich gebe in dieser Weise mit meinen Handlungen oder Unterlassungen Intentionen, Präferenzen, Einstellungen usw. zu erkennen und habe somit trotz der relativ starken Geltung von Konventionen einen relativ großen Handlungsspielraum.

Was aber ist etwa (in 5.04) die Absicht oder Einstellung der Soldaten beim militärischen Gruß? Liegt hier überhaupt derselbe Handlungstyp vor, den man realisiert, wenn man seinen Nachbarn oder Freund begrüßt? Die Soldaten, die bereits einem besonderen Typ von Handelnden angehören, müssen entsprechend militärischer Vorschrift sowohl überhaupt grüßen wie dies auch in einer bestimmten Weise tun. Ihre Präferenzen zu erkennen (zu geben), ist allein schon deshalb entbehrlich bzw. sogar unerwünscht, weil sie hier nicht von (öffentlichem) Interesse sind. Handlung und Handlungsform sind in einem derart stark reglementierten Kontext erwartbar oder strenger noch: mit

Gewißheit vorhersagbar und also von den Intentionen oder Präferenzen der Handelnden prinzipiell unabhängig. Die zu befolgende Konvention gilt hier ohne Einschränkung, was gerade aus jenen Fällen erhellt, die sich wie das folgende Beispiel (5.08) als spezifische Fälle von Fehlschlägen (im Sinne Austins, vgl. oben § 3.1 und unten § 5.2) erweisen. Im folgenden Beispiel eines militärischen Grußes bleibt der vom grüßenden Minister erwartete Gegengruß der Soldaten gerade wegen der Unkenntnis der je spezifischen Umstände aus, über die sich der Minister vom Kompaniechef erst belehren lassen muß:

(5.08) *Stoltenberg grüßt und keiner grüßt zurück.* BONN (ap) Bundesverteidigungsminister Stoltenberg kennt die Routine der Bundeswehr noch nicht: Am Donnerstag ließ er das Wachbataillon antreten, um den britischen Verteidigungsminister King zu begrüßen. Nachdem die Ehrenformation stand, grüßte Stoltenberg mit "Guten Morgen, Soldaten." Eisiges Schweigen. Der Kompaniechef erklärte dem Minister, er müsse die Soldaten erst das präsentierte Gewehr abnehmen und sie in Rührt-Euch-Stellung gehen lassen, bevor sie zurückgrüßen dürfen. (aus: WAZ vom 1.9.1989)

Zu ergänzen ist, daß die Soldaten nicht nur zurückgrüßen *dürfen*, sondern dies tun *müssen*, sobald der Minister die entsprechenden Umstände abwartet, was dann - laut Bericht - im vorliegenden Fall auch geschehen ist. Nach Maßgabe der je besonderen Umstände, die auch von Lewis (1969/1975) als situatives Element in seine Definition von Konvention eingehen, sind auch die weiteren Beispiele aus der obigen Liste (5.01-5.07) differenzierter zu betrachten. Die "wiederholt auftretende Situation" fungiert in der Definition von Lewis (1969/1975: 79) lediglich formal als Platzhalter und ist insofern empirisch leer. Dieser Abstraktion kommt die gegenüber (5.01)-(5.04) kontextunabhängige Formulierung in (5.05)-(5.07) zunächst entgegen. Imaginiert man eine sogenannte Standardsituation, mag es entsprechend (5.05) zutreffen, daß ich immer dann, wenn ich etwas gefragt werde, auch antworte. Dieser Fall ist in der Konversationsanalyse unter dem Aspekt der *konditionellen Relevanz* von Äußerungen als Prototyp einer *Sprechhandlungssequenz* beschrieben worden, d.h. als eine derart strukturierte Folge jeweils benachbarter Äußerungspaare ("adjacency pairs") verschiedener Sprecher, daß nach der ersten Äußerung die zweite erwartet werden kann: "By conditional relevance of one item on another we mean: given the first, the second ist expectable" (Schegloff 1968/72: 388). In diesem Sinn von *Erwartbarkeit* ist häufig von Alltagskonventionen die Rede, mit deren Verletzung offenbar Durchschnittserwartungen enttäuscht werden.

Auf der anderen Seite gibt es durchaus Diskurstypen, in denen gerade die Nicht-Beantwortung von Fragen der Normalfall ist. Dies gilt beispielsweise für psychoanalytische Therapien (vgl. Koerfer/Neumann 1982), in denen Fragen (eines bestimmten Typs) häufig deswegen unbeantwortet bleiben, weil ihre

Beantwortung gegen die (höherrangige) Abstinenzregel der Psychoanalyse verstoßen würde, zu deren Einhaltung der Analytiker unbedingt verpflichtet ist. So verquer ein Vergleich mit dem militärischen Zeremoniell von (5.04) sein mag, gibt es doch eine Parallele hinsichtlich der Intention des Handelns. Die "Antwortverweigerung" des Psychoanalytikers steht eben nicht zur individuellen Disposition, sondern ist in diesem Fall dem sogenannten psychoanalytischen setting und d.h. einem in langer Tradition ausgebildeten professionellen Kontext geschuldet, in dem die sogenannten Alltagskonventionen der professionell-therapeutischen Handlungszwecke wegen außer Kraft gesetzt sind, worauf unter den Aspekten der Kooperation und Kontrolle in institutionellen Handlungssystemen noch gesondert (in § 6.2) einzugehen sein wird.

Auch das Beispiel (5.06) legt mit seiner allgemeinen Formulierung zunächst eine kontextunabhängige Geltung einer Konvention in dem Sinn nahe, daß nach einer Behauptung eine Begründung zu erwarten ist. Im Unterschied zu (5.05) (Frage - Antwort) handelt es sich in (5.06) (Behauptung - Begründung) nicht um eine *Sprechhandlungssequenz*, für die der Sprecherwechsel konstitutiv ist, sondern um eine *Sprechhandlungsverkettung,* in der eine Äußerungsfolge durch ein und denselben Sprecher als *Rede* realisiert wird (vgl. Ehlich 1979: 358ff.). Auch in der Rede werden benachbarte Äußerungen einer gewissen Ordnung und inneren Logik der Rede insgesamt folgen, die ihrerseits in einen Kontext eingebunden ist, der eine bestimmte Äußerungsfolge mehr oder eben auch weniger erwartbar sein läßt. In dieser Hinsicht erweist sich die Formulierung von (5.06) als wenig nützlich. Die kontextunabhängige Formulierung der Konventionalität einer Folge wie *Behauptung - Begründung* suggeriert ihre Erwartbarkeit in immer derselben Weise. Daß aber die Begründung einer Behauptung in einer Büttenrede in derselben Weise erwartbar wäre wie in einem Vortrag, hieße die primären Kommunikationszwecke beider Diskurstypen zu verwechseln: Die Büttenrede ist nicht Teil eines argumentativen Diskurses und dient nicht primär der Wahrheitsfindung, und der Vortrag ist nicht Teil einer Unterhaltung und dient nicht primär der Belustigung. Ähnlich verhält es sich in (5.07) mit Sprechhandlungsverkettungen wie *Vorschlag - Begründung*, die nur in ganz bestimmten Kontexten eine Konvention im Sinne einer erwartbaren Redefortsetzung sind. Daß nach dem Vorschlag, ins Kino zu gehen, in derselben Weise eine (explizite) Begründung erwartbar wäre wie nach einem Diskussionsvorschlag im Seminar, widerspricht der unmittelbaren kommunikativen Erfahrung, deren Reichhaltigkeit mit der Annahme einer Durchschnittserwartung nivelliert wird.

Um diese Nivellierung konzeptionell aufzufangen, werden häufig Grade von Erwartbarkeit und damit Grade von Konventionalität unterschieden, wie auch bei Lewis (1975: 77ff.), der seine anfängliche Konzentration "auf reine Fälle von Konvention" aufgibt zugunsten einer "weniger strengen" Definition, die Ausnahmen verschiedener Art zuläßt. Mit der Differenzierung von hochgradigen und weniger hochgradigen Konventionen werden häufig auch Grade von *Intentionalität* unterschieden und geht weiterhin oft die Unterscheidung von *Konventionalität* und *Institutionalität* von Kommunikation einher, die dann mit der Unterscheidung von *alltäglicher* und *institutioneller* Kommunikation parallelisiert wird. Um der Kontextsensitivität von Sprechhandlungen stärker Rechnung tragen zu können, werden zugleich Vorschläge unterbreitet für eine prinzipielle Trennung von zwei Hauptklassen von Sprechhandlungen, und zwar nach dem Kriterium ihrer *institutionellen Bindung*, dessen Tragfähigkeit im folgenden erörtert werden soll.

5.2 Konventionalität und Institutionalität

Nicht nur in der soziologischen, sondern auch in der sprachwissenschaftlichen Forschung gibt es häufig eine von Ehlich/Rehbein (1980: 342) so bezeichnete *maximalistische* Verwendungsweise des Ausdrucks *Institution,* nach der in einer bis hinter Saussure zurückgehenden Tradition die Sprache selbst als eine von vielen Institutionen aufgefaßt wird. Auch in der neueren Forschung wird oft ein sehr weiter Begriff von Institution verwendet, wie beispielsweise von Coulmas (1978), der bereits programmatisch im Titel von "Routineformeln als Institutionen" ausgeht.

In der sprechaktanalytischen Theorie ist weiterhin in einem ganz allgemeinen Sinn von "sprachbezogenen Institutionen wie dem Versprechen (oder Behaupten)" (Searle 1969/71: 281, vgl. 80f.) die Rede. Hier ist eine derart allgemeine Redeweise von Institution zunächst der methodologischen Absicht geschuldet, von "naturalistischen Theorien der Bedeutung, wie z.B. jenen, die eine Beschreibung der Bedeutung in den Kategorien von Reiz und Reaktion vornehmen", solche "institutionellen Theorien der Kommunikation" abzugrenzen, wie sie Searle (1969/71: 109) durch sich selbst und in der Tradition von Wittgenstein und Austin repräsentiert sieht.

5.2.1 Institutionelle Sprechhandlungen in der Sprechakttheorie

Unabhängig von dieser methodologischen Perspektive hat eine Reihe von Vertretern der sprechaktanalytischen Theorie jedoch explizit Unterscheidungen zu machen versucht zwischen in einem bestimmten Sinn institutionellen

und nicht-institutionellen Handlungen. So unterscheidet Searle (1976/82) Sprechakte danach, inwieweit zu ihrem Vollzug *außersprachliche Einrichtungen* ("extra-linguistic institutions", 1976: 6), nötig sind oder nicht:

> Viele illokutionäre Akte können nur kraft einer außersprachlichen Einrichtung - und im allgemeinen kraft einer besonderen Stellung, die Sprecher und Hörer in dieser Einrichtung einnehmen - vollzogen werden. Ein Segen, eine Exkommunikation, eine Taufe (...) kommen nicht allein dadurch schon zustande, daß irgendein hergelaufener Sprecher zu irgendeinem hergelaufenen Hörer sagt "Ich segne dich", "Ich exkommuniziere dich", und so weiter. Eine Stellung innerhalb einer außersprachlichen Einrichtung ist vonnöten. Austin drückt sich manchmal so aus, als sei er der Auffassung, alle illokutionären Akte wären von diesem Schlag, aber das stimmt platterdings nicht. Um eine Feststellung zu machen, daß es regnet, oder um zu versprechen, bei dir vorbeizukommen, brauche ich nur die Sprachregeln zu befolgen. Keine außersprachlichen Einrichtungen sind vonnöten. (Searle 1976/82: 24)

Searle betont hier jeweils sowohl die Abhängigkeit als auch - gerade gegenüber Austin - die Unabhängigkeit jeweils bestimmter Sprechhandlungen von außersprachlichen Institutionen. Die von ihm so charakterisierte bloße Befolgung von Sprachregeln, deren Resultat als Standardbedeutung von Äußerungen angegeben werden kann, wird häufig unter einem engeren Begriff von *Konventionalität* von Sprechhandlungen beschrieben, während deren Abhängigkeit von "außersprachlichen Einrichtungen" als ihre *Institutionalität* aufgefaßt wird. Die Tragfähigkeit dieser Distinktion wird noch genauer zu erörtern sein. Ebenso stellt sich die Frage des Umfangs beider Klassen von Sprechhandlungen und damit die *Zuordnungsproblematik,* die eben nicht nur an den von Searle gegebenen prototypischen Beispielen wie *Segnen* versus *Versprechen* schon entschieden wäre. Etwa ist die Zuordnung von Sprechhandlungen zu klären, für deren Vollzug unbedingt ein Stellungsunterschied zwischen Sprecher und Hörer vonnöten ist, der seinerseits möglicherweise, aber doch nicht notwendig einer außersprachlichen Einrichtung im Sinne Searles geschuldet ist. Ein derart problematischer Kandidat ist beispielsweise die *(An-)Drohung*, die - um die Pointe von Searle aufzunehmen - nicht durch eine wie immer lautende Äußerung "irgendeines hergelaufenen Sprechers" zustande kommt und gleichwohl nicht auf eine außersprachliche Institution im Sinne Searles angewiesen sein muß. Die Äußerungen von

(5.09) Ich verlasse euch, wenn...
(5.10) Ich spiele nicht mehr mit euch, wenn...

setzen lediglich eine bestimmte sozial relevante Stellung von Sprecher und Hörer voraus, kraft derer sie eine bedingte Drohung oder (An-)Drohung sind. So könnte es sich bei (5.05) um eine zufällige Skatrunde handeln, die primär eine Wartesituation überbrückt, wobei die beiden von der Androhung betroffenen Skatbrüder für alle drei Mitspieler ersichtlich die stärkeren Präferenzen

zur Fortsetzung des Spiels haben, weswegen sie der in (5.10) enthaltenen Forderung möglicherweise nachgeben usw. Andererseits ist klar, daß Äußerungen wie (5.09) oder (5.10) an eine außersprachliche Institution wie Familie oder Ehe gebunden sein *können*. Es kommt hier nur darauf an, festzuhalten, daß sie auch ohne institutionelle Bindung auftreten können. Daß auf der anderen Seite die Äußerung von

(5.11) Ich lasse den Saal räumen, wenn nicht sofort Ruhe herrscht.

nur kraft einer bestimmten außersprachlichen Institution und nur kraft einer besonderen Stellung des Sprechers in dieser Institution eine (An-)Drohung ist, liegt auf der Hand. Ein x-beliebiger in diesem Saal anwesender Sprecher erzielte, wenn er auch denselben Sprachregeln folgte, mit der Äußerung nicht dieselbe illokutive Wirkung, die ein Richter mit dieser Äußerung in einem Gericht erzielt. Der Ablauftyp des Handelns verlangt eben im zuletzt (oben in § 5.1) mit Schütz aufgezeigten Sinn einen ganz bestimmten Typ des Handelnden, der andererseits auf diesen Ablauftyp des Handelns angewiesen ist. Mit dem Begriff der Korrespondenz von Ablauftyp und Typ des Handelnden wird erfaßt, daß in unserem Fall ein Richter mit derselben Äußerung gegenüber einer lärmenden Menge in einem Bierzelt ebenfalls nicht dieselbe illokutive Wirkung wie im Gericht erzielte, die Äußerung (5.11) im Bierzelt jedenfalls als (An-)Drohung nichtig wäre.

Diese Frage nach der möglichen Nichtigkeit von Handlungen hat Austin (1962/72: 34ff.) gerade als methodischen Ausgangspunkt für seine Sprach- und Handlungsanalysen genutzt. In seiner Lehre von den *Unglücksfällen* ('infelicities') unterscheidet er zwischen *Mißbräuchen* ('abuses') einerseits, bei denen die Handlung zwar zustande kommt, aber unehrlich ist, und *Versagern* ('misfires') andererseits, bei denen die unternommene Handlung gerade nicht zustande kommt, was verschiedene Gründe haben kann, weswegen Austin weitere Subtypen unterscheidet (vgl. oben § 3.1). In unserem Zusammenhang besonders interessant sind die Fälle, in denen ein "übliches konventionelles Verfahren" zwar korrekt ausgeführt wird, also keine *Fehlausführung* ('misexecution') vorliegt, aber eine Fehlberufung ('misinvocation') besonderer Art gegeben ist: Es kommt zu einer *Fehlanwendung* ('misapplication') des Verfahrens, weil die Umstände, Subjekte oder Objekte der Handlung einfach nicht passen. "Das Verfahren - bestimmte Wörter zu äußern usw. - ist in Ordnung und üblich; aber die Umstände, unter denen Sie sich darauf berufen haben, oder die Personen, die sich darauf berufen haben, waren falsch (...) eine Anweisung ist nur da am Platz, wo das Subjekt des Verbums 'ein Befehlshaber' oder 'eine Autorität' ist" (1962/72: 47). Einige Unglücksfälle dieser letzten Art, bei denen eine Person nicht zum Vollzug einer bestimmten Handlung autorisiert ist, waren bereits als Fälle von Amtsanmaßung benannt worden, die nicht von ungefähr relativ selten sind. Die meisten dieser Handlungsversuche

werden deswegen erst gar nicht unternommen, weil sie offensichtlich zum Scheitern verurteilt sind. Das liegt eben gerade an der klaren institutionellen Bindung des Verfahrens, auf das wir uns im glückenden Handlungsfall berufen können müssen. Aber nicht alle auch für die Analyse des institutionellen Handelns interessanten Fälle sind von dieser Art. Um es kurz auf einen Nenner zu bringen: Die Übernahme von diskursstrukturierenden Handlungen, die im Seminar normalerweise dem Dozenten in seiner angestammten Diskussionsleiterrolle zustehen, durch einen Studenten kann nicht in derselben Weise als Amtsanmaßung aufgefaßt werden wie im Gericht die Übernahme der obigen Äußerung (5.11) durch einen Zeugen.[3]

In der Tat eröffnet Austin die Begründung seiner Lehre von den Unglücksfällen vor allem mit einer Reihe von Beispielen (wie Taufe, Scheidung, Ernennung), die die von Searle gegenüber Austin unterstellte Annahme einer generellen Abhängigkeit von außersprachlichen Institutionen zu bestätigen scheint. Auch hier stoßen wir wieder auf das Problem der Selektion der klaren Fälle, denen sich Austin von dem einen Extrem der Skala und Searle von dem anderen Extrem zu nähern scheint. Was bei Austin jedoch methodisch ein Ausgangspunkt der Untersuchung ist, die heuristisch für weitere Fälle genutzt werden kann,[4] scheint bei Searle mit der strikten Zweiteilung und Ja/Nein-Zuordnung von (Typen von) Sprechhandlungen entlang dem Kriterium der institutionellen Bindung schon entschieden. Diese Vorentscheidung verweist weiterhin auf die Problematik der (typenmäßigen) Bestimmung von Sprechhandlungen, bei denen man im Sinne Searles "nur die Sprachregeln zu befolgen" braucht. Für sein Beispiel der *Feststellung*, daß es regnet, mag dies hinreichen. Es handelt sich um einen bestimmten Typ von Feststellung, der gerade auch durch die Wahl des propositionalen Gehalts bestimmt sein mag. Wie steht es aber mit Äußerungen wie diesen, die sich ebenfalls durch bestimmte propositionale Gehalte auszeichnen:

(5.12) Ich stelle fest, daß wir vollständig sind (und anfangen können).
(5.13) Ich stelle fest, daß der Patient tot ist.
(5.14) Ich stelle fest, daß der Ball die Linie überschritten hat.
(5.15) Ich stelle fest, daß der Angeklagte nicht erschienen ist.

Kann man von derartigen Äußerungen im Sinne Searles sagen, daß "keine außersprachlichen Einrichtungen vonnöten" sind? Wenn die Äußerung (5.12) in einer Kneipenmannschaft von irgendeinem Mitspieler gemacht wird, mag

---

3 Vgl. zur möglichen Übernahme von diskursstrukturierenden Handlungen von studentischer Seite, die sogar mit den Handlungen des "offiziellen" Diskussionsleiters konkurrieren können, Koerfer/Zeck (1983: 459f.).

4 Auch Strawson (1971/74: 77ff.) hat dieses Prinzip der Untersuchung von Extremfällen explizit gewählt und zu nutzen versucht, ohne allerdings die damit einhergehende Gefahr der Vergröberung zu verkennen.

man die Frage bejahen. Wird sie im Verein nicht vom Trainer oder im Seminar nicht vom Dozenten oder in der Vorstandssitzung nicht vom Präsidenten geäußert, liegt der Fall schon anders. Weiterhin ist es sehr fraglich, ob die Äußerung von (5.13) jedesmal dieselbe illokutive Wirkung hat, gleichgültig, ob sie von einem Besucher des Krankenhauses, einer Krankenschwester oder einem Arzt geäußert wird. Zumindest in unserer Kultur ist die Äußerung von (5.13), wenn sie denn als offizielle Feststellung des Todes gelten soll, ebenso einem Arzt vorbehalten, wie die Äußerung von (5.14) nur einem Schiedsrichter zusteht. Eindeutig wird auch die Äußerung (5.15) ihre illokutive Wirkung nicht kraft bloßer Befolgung der Sprachregeln durch einen Sprecher erzielen, der noch nicht einmal dahergelaufen sein muß und als Anwalt durchaus eine institutionelle Stellung haben kann, sondern nur kraft der Stellung eines bestimmten anderen Typs von Handelndem in einer außersprachlichen Einrichtung, hier also des Richters im Gericht.

In dieser Hinsicht erweist sich Searles Einteilung nach klaren Fällen wie der Exkommunikation einerseits und der Feststellung vom Typ "Es regnet" andererseits insgesamt als zu undifferenziert. Wollte man demgegenüber innerhalb des sprechakttheoretischen Rahmens etwa einen bestimmten institutionell gebundenen Sub-Typ von Feststellung annehmen, müßte man die Regeln des propositionalen Gehalts entsprechend verändern, die bei Searle festlegen, welche (Arten von) propositionalen Gehalte(n) in den vom Sprechakt abhängigen Sätzen zulässig sind. Bei der Behauptung oder Feststellung gibt Searle (1969/71: 100) aber noch "jede Proposition p" ohne weitere Restriktionen an, die im Sinne der von ihm angestrebten Grob-Klassifikation von Sprechakten ja auch zu recht unbefriedigenden Ergebnissen führen würden. Das Ungenügen der Grob-Klassifikation von Searle kommt in den Blick, wenn man seine Beispiellisten zu den Sprechakttypen (etwa in Searle 1973: 117) zusätzlich unter dem von ihm selbst benannten Kriterium durchgeht, inwieweit eine außerlinguistische Institution zum Vollzug der betreffenden Sprechhandlung nötig ist oder eben nicht. Hierzu läßt sich unter Beibehaltung des binären Einteilungsprinzips eine vorläufige Ordnung erstellen (Abb. 5.1), deren Problematik allerdings nur dadurch nivelliert werden kann, daß die Notwendigkeit einer Institution für den Handlungsvollzug im Zweifelsfall verworfen wird bzw. eben doch Doppelnennungen zugelassen werden. In letzter Konsequenz müßte man dann etwa ein Wetten$_1$ von einem Wetten$_2$ unterscheiden, je nachdem, ob ich mit meinem Freund eine Wette eingehe, deren Nicht-Einhaltung einer Konventionsverletzung gleichkäme, die mich schlimmstenfalls die Freundschaft kosten kann, oder beim Buchmacher eine Wette abschließe, die ich im verlorenen Fall allein wegen der mir bekannten Rechtsverbindlichkeit erst gar nicht zu annullieren trachte.

Abb. 5.1 Typen von Sprechakten,

zu deren Vollzug eine extra-linguistische Institution nötig/nicht-nötig ist

Sprechakttyp	Extra-linguistische Institution	
	nicht nötig?	nötig?
1. Repräsentative	Festellungen Behauptungen Vorhersagen Explikationen Diagnosen Beschreibungen	Vorhersagen Explikationen Diagnosen
2. Direktive	Bitten Ratschläge	Anordnungen Befehle Weisungen Gebete Anträge Gesuche
3. Kommissive	Versprechen Gelöbnisse Drohungen Wetten Anerbieten	Gelübde Gelöbnisse Drohungen Wetten Anerbieten Verträge Garantien
4. Expressive	Bedankungen Beglückwünschungen Entschuldigungen Beileidsbezeugungen Klagen Willkommensheißungen	
5. Deklarative	Schenken Vermachen	Krieg erklären Exkommunizierung Trauung Schenken Vermachen Ernennen Abdanken Kündigen Entlassen.

Schon bei erster Durchsicht zeigt sich, daß die Klasse der Sprechakte, zu deren Vollzug eine außerlinguistische Institution nötig ist, keineswegs auf die Klasse der Deklarative reduziert werden kann. Als weitere Kandidaten sind zumindest etwa *Anordnungen*, *Befehle*, *Weisungen*, *Anträge* und *Gesuche* aus der Klasse der Direktive zu nennen sowie *Gelübde*, *Verträge* und *Garantien* aus der Klasse der Kommissive, deren Vollzug jeweils ohne eine außerlinguistische Institution wohl kaum gelingen könnte. Hinzu kommen Problemkandidaten wie etwa die vorausgehend angeführten *Feststellungen* (5.12)-(5.15) mit spezifischem propositionalen Gehalt. Ebenso dürften (Sub-Typen von) *Vorhersagen* oder *Diagnosen* in diesem Sinne Problemkandidaten sein usw. Darüber hinaus ist in Rechnung zu stellen, daß eine Reihe der von Searle aufgelisteten Sprechakte innerhalb einer außerlinguistischen Institution vollzogen werden *können*, worauf noch gesondert einzugehen ist. Schließlich wäre umgekehrt zu fragen, inwieweit deklarative Sprechakte wie das *Schenken* nicht auch vollzogen werden können, ohne daß eine außerlinguistische Institution vonnöten wäre usw.

5.2.2 *Sprechhandlungstypologie. Zur Reichweite des sprechhandlungssemantischen Ansatzes*

Insgesamt stößt die von Searle vorgeschlagene Klassifikation von Sprechakten in verschiedener Hinsicht an die Grenzen des eigenen Anspruchs. In seinem später ausgearbeiteten Klassifikationsvorschlag (1976/82) trifft Searle weitere Unterscheidungen, die die jeweiligen Verhältnisse zwischen Wort und Welt betreffen. Nach dem Kriterium der Ausrichtung ("direction of fit") lassen sich Sprechhandlungen danach unterscheiden, ob die Wörter an die Welt angepaßt werden, wie bei den Assertiven, oder die Welt an die Wörter, wie bei den Direktiven und Kommissiven, oder keine Ausrichtung besteht, wie bei den Expressiven, "weil mit ihnen bereits vorausgesetzt wird, daß Welt und Wörter zueinander passen" (37). Interessieren soll hier zunächst die letzte Klasse der Deklarationen, deren "definierendes Merkmal" darin besteht, "daß der erfolgreiche Vollzug eines ihrer Elemente eine Korrespondenz von propositionalem Gehalt und Realität zustande bringt; der erfolgreiche Vollzug garantiert, daß der propositionale Gehalt der Welt entspricht" (36). So wird beispielsweise mit dem erfolgreichen Vollzug der deklarativen Sprechhandlung der Ernennung einer bestimmten Person zum Vorsitzenden der Sachverhalt hergestellt, daß die betreffende Person Vorsitzender ist.

Aber auch nach Searle läßt sich die Klasse der Deklarationen, in der erstmals auch wieder die Rolle von außersprachlichen Institutionen thematisiert wird, nicht einheitlich beschreiben. Um von Ernennungen, Exkommunikationen usw. solche Tatsachenbehauptungen wie die eines Schiedsrichters,

daß der Ball aus ist, oder eines Richters, daß der Angeklagte schuldig ist, zu unterscheiden, nimmt Searle eine besondere Klasse von "assertiven Deklarationen" an (38f.). Hiermit soll eine gewisse Überschneidung von Assertiven und Deklarationen berücksichtigt werden, die darin besteht, daß "assertive Deklarationen" im Gegensatz zu den übrigen Deklaratioenen "mit den Assertiven eine Aufrichtigkeitsbedingung gemeinsam" haben, die prinzipiell auch verletzt werden kann.

Auf die Problematik der Annahme einer besonderen Klasse der Deklarative und der Sub-Klasse der "assertiven Deklarative" sowie die damit verbundene Frage der notwendigen oder verzichtbaren Disjunktivität soll hier nur verwiesen werden.[5] Wenn schon bestimmte Sprechhandlungen wie der eben erwähnte richterliche Urteilsspruch als "assertive Deklarationen" gekennzeichnet und somit nach den Charakteristiken von zwei Sprechhandlungsklassen beschrieben werden, stellt sich bereits aufgrund der von Searle selbst gegebenen Kriterien die Frage nach der einfachen versus mehrfachen Zuordnung für eine Reihe weiterer (Typen von) Sprechhandlungen. Beispielweise wird mit dem Vollzug einer Sprechhandlung wie der Feststellung, daß der Angeklagte nicht erschienen ist, oder der Feststellung, daß die Gruppe vollständig ist, keineswegs in dem Sinn ein Sachverhalt in der Welt hergestellt, wie dies bei Ernennungen oder Urteilssprüchen der Fall ist. Der in Feststellungen dieser Art ausgedrückte Sachverhalt besteht bereits vor dem Sprechhandlungsvollzug, und es gibt keine Ausrichtung Welt-auf-Wort, sondern nur eine Ausrichtung Wort-auf-Welt.[6] Die doppelte Ausrichtung war aber gerade für Deklarative charakteristisch. Sind deswegen Sprechhandlungen von der Art der obigen Feststellungen keine Deklarative, sondern nur Assertive? - Gleichwohl dürften für ihren Vollzug auch im Sinne Searles "außersprachliche Institutionen" vonnöten sein.

Damit stellt sich unabhängig von vielleicht speziellen Zuordnungsproblemen erneut die Frage, inwieweit sich die Klasse der Sprechhandlungen, für deren Vollzug eine außersprachliche Institution vonnöten ist, mit der Klasse der Deklarationen deckt. Von einer Verteilung auf die übrigen Klassen der Assertive, Direktive, Kommissive und Expressive ist bei Searle jedenfalls nicht ausdrücklich die Rede, und eine weitere Differenzierung wird auch nicht

---

5 Vgl. hierzu Wunderlich (1979: 283f.), der grundsätzlich einwendet, daß alle Sprechakte in die Lesart von Deklarationen überführt werden können, und Ballmer (1979: 253ff.), der an Searles Klassifikation nicht nur die fehlende Disjunktivität bemängelt, sondern eine Reihe weiterer Forderungen für "prinzipielle Klassifikationen" als nicht erfüllt ansieht, die Habermas (1981, Bd.1: 428) wiederum zu stark sind. Auf Weiterentwicklungen von Sprechaktklassifikationen und ihre Kritik kann hier ebenfalls nur verwiesen werden, vgl. z.B. Searle/Vanderveken (1985), Rolf (1986), Weigand (1989).

6 Daß damit etwa im Rahmen der Institution des Gerichts auf andere Sachverhalte in der Welt geschlossen werden kann, ist ein anderes Problem.

nahegelegt. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß eine weitere Differenzierung aus sprechakttypologischer Sicht zunächst auch gar nicht angestrebt wird. Der Verzicht auf eine weitere Differenzierung wird letztlich methodologisch begründet und erfolgt in der Absicht, mögliche Vorteile aus einer Analyse sogenannter klarer Fälle zu ziehen. Diese werden als Prototypen benutzt, ohne daß der Bezug zu den Fällen, für die sie als Prototypen gedacht waren, jemals wieder hergestellt würde. Die favorisierte Einheitlichkeit der Beschreibung verselbständigt sich als Prinzip. So verbleibt die gegenüber der gewonnenen Typologie "sperrige" Empirie der unklaren Fälle in einer (über-)großen Restklasse von Sprechhandlungen, deren Umfang den der Klasse der typologisch erfaßten Sprechhandlungen möglicherweise übersteigt (vgl. unten § 5.2.2), was auf der Abstraktionsebene der Haupttypen allerdings weniger augenfällig ins Gewicht fällt.

Ohnehin steigert sich die analytische Leistungsfähigkeit von Typologien nicht unbedingt mit dem Abstraktionsgrad. Die hiermit verbundene Problematik wird z.B. anhand von Sprechakttypologien vom Format der Searle'schen Typologie immer dann deutlich, wenn man sich von der unmittelbaren Plausibilität der abstraktesten Ebene der Haupttypen (z.B. *Direktive* versus *Kommissive*) auf die Niederungen der Subtypen herabläßt und sich Zweifel einstellen, ob der Autor bei der Formulierung ihrer (semantischen) Gelingensbedingungen nicht individuellen Präferenzen oder kulturspezifischen Erfahrungen aufsitzt (vgl. Koerfer 1978: 64ff.). Daß hiergegen keine mit Sprache befaßte Analyse gefeit ist, muß nicht eigens erwähnt, aber doch möglichen Immunitätsansprüchen typologischer Tätigkeiten entgegengehalten werden.

Damit sei nicht grundsätzlich die Nützlichkeit von Sprechakttypologien in Abrede gestellt, sondern eher ist die integrative Kraft von Konzeptionen wie der von Wunderlich (1976) zu prüfen (vgl. oben § 3.5), dessen Unterscheidung von *Sprechaktsemantik* und *Sprechaktpragmatik* als analytische Trennung aufhebbar scheint und die forschungspragmatisch notwendige Aufgabenteilung und Kooperation nicht ausschließt (vgl. Koerfer 1978: 70ff.). Demgegenüber scheint der Konzeption von Searle weniger eine analytische Trennung in diesem Sinn zugrunde zu liegen als vielmehr eine analytische Abtrennung ganzer Phänomenbereiche, über deren empirische und theoretische Relevanz im vorhinein entschieden werden muß.

Diese der Analyse vorausgehenden Entscheidungen, deren Problematik besonders den von Ehlich (1986: 56ff.) so charakterisierten *deduktionistischen* Kommunikationstypologien zu eigen ist,[7] verlangen bei aller Enthaltsamkeit

---

7 Ehlich (1986) unterscheidet und beschreibt genauer "zwei Strategien für die Typologieerstellung": "Die deduktionistische versucht, aus allgemeinen Prinzipien von Kommunikation eine Typologie sprachlicher Handlungen *abzuleiten*. Die empiristische stellt Merkmalsklassifikationen auf, die eine Typenlehre *erzeugen* soll" (56). Der Beitrag von Ehlich ist eigens der Problematik von Kommunikationstypologien

gegenüber der Reichhaltigkeit des Objektbereichs eine Bestimmung des Untersuchungsgegenstands, von dem aus man sich den Vorteil einer Analyse der klaren Fälle überhaupt erst versprechen kann. Diese Reduktion und Bestimmung des Gegenstands faßt Habermas im Zusammenhang der Frage nach der Geltung von Searles *Prinzip der Ausdrückbarkeit* wie folgt zusammen: "Der heuristische Sinn ist ohnehin klar: wenn das Postulat der Ausdrückbarkeit gilt, kann sich die Analyse auf institutionell ungebundene explizite Sprechhandlungen der Standardform beschränken" (1976: 223). Hier soll nicht die Bestimmung des Analysegegenstands insgesamt interessieren, sondern vor allem die Beschränkung auf "institutionell ungebundene (...) Sprechhandlungen". Ähnlich wie Searle muß auch Habermas wegen der angestrebten Reduktion zuvor eine Unterscheidung von Sprechhandlungen nach dem Kriterium der *institutionellen Bindung* treffen:

> Für institutionell gebundene Sprechhandlungen lassen sich stets bestimmte Institutionen angeben; für institutionell ungebundene Sprechhandlungen lassen sich lediglich allgemeine Kontextbedingungen angeben, die typischerweise erfüllt sein müssen, damit ein entsprechender Akt gelingen kann (...) Um zu erklären, was Wett- oder Taufakte bedeuten, muß ich mich auf die Institution der Wette oder der Taufe beziehen. Hingegen stellen Befehle oder Ratschläge oder Fragen keine Institutionen dar, sondern Sprechhandlungstypen, die zu sehr verschiedenen Institutionen passen. (Habermas 1976: 221)

Auch in dieser Beispielliste gibt es zumindest für die erste Gruppe einige klare Fälle wie den Taufakt, dessen institutionelle Bindung offensichtlich ist. Problematisch ist allerdings die Redeweise vom "Bezug auf die Institution der Taufe" insofern, als in Analogie dazu für alle institutionell gebundenen Sprechhandlungen anzunehmen wäre, daß sie - im Unterschied zu Befehlen, Ratschlägen oder Fragen - selbst schon Institutionen darstellen, wie beispielsweise das Grüßen, das Habermas an anderer Stelle (1971: 112, 1976: 240) zu den institutionell gebundenen Sprechhandlungen zählt. Hier ist Searles Bestimmung von der Bindung an "außersprachliche Institutionen" vorzuziehen. So ist der militärische Gruß eben im Unterschied zum Gruß der Wanderer, die sich in der freien Natur begegnen, an eine außersprachliche Institution gebunden. Weniger klar sind bei Habermas auch die Beispiele aus der zweiten Gruppe, in der Sprechhandlungstypen genannt werden, "die zu verschiedenen Institutionen passen" und zugleich als "institutionell ungebunden" charakterisiert werden. Auch Habermas räumt ein, daß das *Kriterium der institutionellen Bindung* "nicht in jedem Fall eine unzweideutige Einstufung erlaubt" (1976: 221). Die Beispiele, die er weiterhin anführt, legen eine

---

gewidmet und gibt eine grundlegende Einschätzung ihrer Bedeutung für die Entwicklung sprachwissenschaftlicher Fragestellungen und Theoriebildung, worauf hier nicht weiter eingegangen werden kann.

Differenzierung nahe, nach der bestimmte Formen institutioneller Bindung unterschieden werden sollten.

5.2.3 Formen institutioneller Bindung von Sprechhandlungen

Eine derartige Systematik institutioneller Bindung wird kaum im theoretischen Vorgriff, sondern nur im Wechsel mit empirischen Analysen gelingen, die sowohl als Einzelanalysen wie auch kontrastiv durchzuführen sind. Die folgenden Ausführungen hierzu dienen nicht primär einem klassifikatorischen Zweck, sondern gelten lediglich der Zusammenstellung einiger Analyseaspekte, die auf verschiedenen Untersuchungsebenen ansetzen und ihrerseits erst noch einer Ordnung und Vervollständigung bedürfen. Zunächst lassen sich jene bereits genannten Fälle relativ klar fassen, in denen bestimmte Handlungen wie *Taufen* oder *Segnen* an eine einzige Institution gebunden sind (vgl. Wunderlich 1972: 38 und Habermas 1976: 201f.). Daneben gibt es wiederum Handlungen, die zwar nicht an eine einzige Institution, aber doch an eine eng begrenzte Klasse von Institutionen gebunden sind, wie z.B. *Ernennungen,* die nach Habermas "spezielle, nämlich bürokratisch ausgebildete Ämterorganisationen" voraussetzen (221). Zumindest die Sprechhandlungen mit Bindung an eine einzige Institution werden von Dittmann (1979: 204) als *institutionsspezifische* Sprechhandlungen bezeichnet.

Von diesen unterscheidet er die *institutionsbezogenen* Sprechhandlungen, die nicht an eine bestimmte Institution gebunden sind, "ihr Vollzug setzt aber (im allgemeinen) einen institutionellen Rahmen voraus, ohne den sie ihren Sinn verlieren" (ebd.). Hierzu zählt Dittmann aus Habermas' Sprechaktklasse der Regulativa z.B. *befehlen, verbieten, erlauben*, aus der Klasse der Austinschen Behavitives z.B. *begrüßen, beglückwüschen, Beileid bezeugen,* aus der Klasse der Exercitives z.B. *veröffentlichen, verkündigen, ernennen.* Im Zusammenhang mit der Frage der institutionellen Bindung erwähnt Habermas selbst aus der Klasse der Regulativa die Befehle, wobei seine Beschreibung mit der Dittmanns durchaus kompatibel ist: "Befehle kann es überall geben, wo Autoritätsverhältisse institutionalisiert sind" (Habermas 1976: 221). Mit Habermas zu betonen ist allerdings der Unterschied hinsichtlich des jeweiligen Vorkommensbereichs, der im Falle des *Ernennens* sehr viel enger gefaßt war (vgl. oben) als hier beim *Befehlen.* In diesem Sinne hatte Habermas Sprechhandlungen danach bestimmt, inwieweit sie "zu sehr verschiedenen Institutionen passen", was allerdings umfangreiche empirische Untersuchungen verlangt. Hier lohnte sich eine weitere Differenzierung, die die Anpas-

sungsfähigkeit bestimmter Handlungstypen an bestimmte (Typen von) Institutionen betrifft.

Unter dem Aspekt der Zuordnung zur Kategorie der *institutionsbezogenen* Sprechhandlungen mögen *Ernennung* und *Befehl* unproblematische Kandidaten sein. Allerdings führt Dittmann selbst im Falle von Befehlen das Beispiel von Searle (1976/1982: 25) an, nach dem bei einer räuberischen Erpressung die Stellung, die ein bewaffneter Räuber innehat, nicht auf einer Stellung innerhalb einer Institution, sondern auf dem Besitz einer Waffe beruht. Für solche relativ seltenen Fälle nimmt Dittmann (1979: 206) deswegen und eher aus prinzipiellen Erwägungen eine weitere Kategorie an, nämlich *nicht-institutionelles Vorkommen institutionsbezogener* Sprechhandlungen.

Unabhängig von der Problematik der Einordnung von seltenen oder exotischen Fällen stellt sich insgesamt die Frage nach dem Umfang etwa der Klasse der *institutionsbezogenen* Sprechhandlungen. Unklar ist z.B. Dittmanns Zuordnung der Handlung des *Begrüßens* zu dieser Klasse (vgl. oben), zu deren Vollzug im Prinzip und mit den Worten Searles "keine außersprachliche Einrichtung vonnöten" ist. In diesem Sinne war eingangs (in § 5.1) zwischem dem militärischen Gruß und dem Begrüßen eines Nachbarn auf der Straße unterschieden worden. Zwar bin ich qua Konvention dazu angehalten, meinen Nachbarn zu grüßen, der Gruß selbst stellt aber - entgegen Habermas - keine Institution dar und verlangt - entgegen Dittmann - auch keinen institutionellen Rahmen. Deswegen sollte das Begrüßen eher zu einer Klasse von Handlungen gezählt werden, die einen institutionellen Rahmen zwar nicht notwendig voraussetzen, aber gleichwohl in einen solchen eingebunden sein können.

In diesem Fall der institutionellen Einbindung spricht Dittmann (1979: 205) von *institutionendominierten* Sprechhandlungen, "wobei zu beachten ist, daß es sich bei diesen *nicht* um einen eigenen Subtyp institutioneller Sprechhandlungen handelt, sondern eben um die Benennung einer bestimmten Art des Vorkommens nicht-institutioneller Sprechhandlungen." Hierzu zählt Dittmann einige der Habermas'schen Repräsentativa wie z.B. *offenbaren*, *gestehen, verbergen, zum Ausdruck bringen*. Unklar bleibt, warum er hier nicht Beispiele etwa aus Austins Klasse der Expositive oder Habermas Klasse der Konstativa erwähnt. Denn *Feststellungen* oder *Behauptungen* können sowohl mit wie auch ohne institutionelle Bindung auftreten.

Diese Vorkommensflexibilität ist weiterhin als Einwand gegen Searles prinzipielle Einteilung in zwei Arten von Sprechhandlungen vorzubringen. Wenn Searle - wie oben angeführt - gegenüber Austin gerade betont, daß für Sprechhandlungen wie die Feststellung "keine außersprachlichen Einrichtungen vonnöten" sind, *können* sie dennoch in ihnen auftreten und ist umgekehrt gegenüber Searle gerade diese *mögliche* institutionelle Einbindung hervorzuheben, für die weiter oben (in § 5.2.1) eine Reihe von Beispielen gegeben worden war. Zugleich ist auf die möglichen Konsequenzen zu verweisen, die

die in der Sprechakttheorie favorisierte Einheitlichkeit der Beschreibung bzw. typenmäßigen Bestimmung scheinbar unproblematischer Fälle wie der Feststellung oder Behauptung einerseits, der Bitte und Aufforderung andererseits betreffen. Daß sich die gegenüber der Typologie "sperrige Empirie" immer wieder durch die Hintertür einschleicht, läßt sich daran ablesen, daß die auf der Sub-Typen-Ebene von Searle (1969/1971: 99ff.) formulierten Kommentare, die sich häufig auf die Einleitungsbedingungen von Sprechakten beziehen, entsprechend anschwillen müssen, um eben auch nach Searle spezifische "Autoritäts- und Herrschaftsverhältnisse" zwischen Sprecher und Hörer berücksichtigen zu können. Hier stellt sich spätestens die Frage, ob der von Searle behauptete Gegensatz zu Austin nicht allmählich zum Verschwinden gebracht wird, wenn Searle den Sprachregeln nach und nach zuschlagen muß, was bei Austin den Umständen zugerechnet wird, die für die Berufung auf das besondere konventionelle Verfahren passen müssen. Es sei aber dahingestellt, ob sich der von Searle als so stark herausgestellte Gegensatz letztlich auf Formulierungsvarianten von Regelbefolgungen bzw. -verletzungen zurückführen läßt und es ansonsten um eine empirische Gewichtung nach Vorkommenshäufigkeit und Vorkommensflexibiltät bestimmter (Typen von) Sprechhandlungen geht.

Gerade aus der Vorkommensflexibilität einer dem Umfang nach genauer zu bestimmenden Klasse von Sprechhandlungen wird häufig die Unterscheidung von *Konventionalität* und *Institutionalität* abgeleitet. Ausgangspunkt ist die Annahme einer vorgängigen konventionellen Bedeutung, die auch Dittmann zugrunde legt, wenn er dann folgert: "Sprachliches Handeln hat somit zunächst konventionellen Charakter - nicht institutionellen. Und sprachliche Äußerungen auf der Typus-Ebene sind nicht Institutionen, sondern konventionelle Handlungs-Typen" (1979: 209). Die Pointe liegt in der mit "zunächst" vorgenommenen Bestimmung von "zunächst konventionellen Charakter", womit Dittmann sich keineswegs der Problematik genetischer Klassifikation entbindet, die er an anderer Stelle (1979: 204) gerade den Unterscheidungen von Wunderlich (1972) ausdrücklich entgegenhält. Wunderlich (1972: 38f.) unterscheidet zwischen *präinstitutionell-naturwüchsigen* Sprechhandlungen einerseits und *institutionsgebundenen* Sprechhandlungen andererseits, die er in ein bestimmtes genetisches Verhältnis stellt: Erstere werden "neu präzisiert und erhalten einen neuen Sinn". Die von Wunderlich gegebenen Beispiele von Umformungen von Sprechhandlungen seien hier weniger wegen ihrer Plausibilität als vor allem wegen ihrer heuristischen Kraft vollständig angeführt:

> Aufforderungen werden zu Anweisungen, Ratschläge zu Hinweisen oder Empfehlungen, Versprechen zu vertraglich geregelten Verpflichtungen, Versicherungen zu Beeidigungen, Erlaubnisse zu Genehmigungen, Fragen zu fest formu-

lierten Ausfragungen, Feststellungen zu Erklärungen oder Mitteilungen. (Wunderlich 1972: 38)

Die von Wunderlich hier gegebene Beispielliste ist im Kontext seiner These von der Ausformung und Umdefinition von Sprechhandlungen zu solchen mit "neuem Sinn" durchaus in der Weise programmatisch zu verstehen, als solche Form- und Sinnunterschiede bei aller Notwendigkeit oder auch nur Unvermeidlichkeit von theoretischen Vorannahmen zuallererst in empirischen Analysen institutioneller wie nicht-institutioneller Kommunikation konkret ermittelt werden müssen. Die Eignung einer Typologie von Sprechhandlungen kann hierbei nicht vorgängig entschieden werden, sondern wird sich im Analyseprozeß erst bewähren müssen. In diesem Analyseprozeß wird sich auch erst klären, inwieweit die von der Sprechakttheorie favorisierte Einheitlichkeit der Beschreibung von Äußerungen, die "gewöhnlich" als Feststellung, Behauptung, Aufforderung, Versprechen usw. typenmäßig erfaßt werden, aufrechterhalten werden kann.

Die strikte Einteilung von Sprechhandlungen in solche, für deren Vollzug im Sinne Searles eine außersprachliche Institution vonnöten ist, und solche, für deren Vollzug dies nicht der Fall ist, erwies sich gegenüber der aufgezeigten Vielfalt von Formen institutioneller Bindung als zu grob. Von daher war eine Einteilung nahegelegt worden in Sprechhandlungen mit Bindung an eine einzige Institution und solche mit Bindung an wenige verschiedene Institutionen einerseits und solche Sprechhandlungen andererseits, die sowohl mit als auch ohne institutionelle Bindung auftreten können oder genauer: die als *ein* Sub-Typ ohne institutionelle Bindung vollzogen werden *können* (z.B. "Ich stelle fest, daß es regnet") und die als ein *anderer* Sub-Typ mit Bindung an eine Institution vollzogen werden müssen (z.B. "Ich stelle fest, daß der Angeklagte nicht erschienen ist"). Vielleicht wird sich über weitere Analysen herausstellen, daß nicht nur die aufgezeigte mögliche Vielfalt von Formen institutioneller Bindung Revisionen oder Modifikationen sprechakttypologischer Theorien nötig macht, sondern - mit Austin und gegen Searle (vgl. § 5.2.1) - platterdings auch die Vorkommenshäufigkeit institutionell gebundener Sprechhandlungen. Wenn auch das sogenannte empirische Argument vor allem in Richtung transzendental oder formalpragmatisch begründeter Sprechakttheorie im Sinne Apels (1976) oder Habermas' (1971 und 1976) nur schwer oder gar nicht zu überzeugen vermag, drängen sich in dieser Hinsicht dennoch Fragen verschiedener Art auf, deren Beantwortung nicht ohne weiteres auf der Hand liegt:

(5.16) Wie groß ist typenmäßig der Umfang der Klasse von Sprechhandlungen, für deren Vollzug keine außersprachliche Institution im Sinne Searles vonnöten ist?

(5.17) Wie häufig kommen Sprechhandlungen vor, für deren Vollzug keine außersprachliche Institution vonnöten ist?

(5.18) Wie häufig kommen Feststellungen (oder Behauptungen, oder Versprechen oder Drohungen usw.) vor, für deren Vollzug keine außersprachliche Institution vonnöten ist?

Mit der annäherungsweisen Beantwortung dieser Fragen könnten am Ende doch "empirische" in "theoretische" Relevanzen umschlagen. So wird denn auch von Habermas (1981, Bd.1: 437) die übergroße Reichhaltigkeit etwa einer Klasse wie der Regulativa zugestanden und insgesamt nur sehr verhalten der Nutzen einer allgemeinen, formalpragmatischen Typologie für die Zwecke einer empirischen Kommunikationsanalyse beansprucht. Zur Konkretisierung seiner Forderung nach weiterer Differenzierung der von ihm unterschiedenen Grundmodi schlägt Habermas schließlich vor, eine Reihe von "pragmatischen Indikatoren" zu berücksichtigen, von denen eben an erster Stelle "der Grad der institutionellen Abhängigkeit von Sprechakten" angeführt wird.

5.3 Institutionelle Bindung von Handlungsmustern

Sobald sich die Sprachanalyse auf institutionelle Kommunikation einläßt, wie etwa Wunderlich (1976) mit seinem Ansatz der *institutionellen Pragmatik* (vgl. oben § 3.5), wird sie spätestens die unmittelbar auf die Äußerungsform bezogene Bedeutungsanalyse von Sprechhandlungen in mehrfacher Hinsicht überwinden müssen. Das gilt zum einen bereits für die sogenannten idiomatischen Wendungen oder auch Routineformeln, die eben nicht in der Weise "institutionell" gebraucht werden, daß sie bei wechselnden Kontexten nur eine invariante Bedeutung und sonst keine weiteren kommunikativen Funktionen hätten. Selbst eine formelhafte Verbindung wie

(5.19) Meine Damen und Herren!

fungiert eben als *Anrede* und als *Eröffnung* von Sitzungen oder als *Anrede* und *Einleitung* von Redebeiträgen oder Vorträgen oder auch als *Anrede* und *Ermahnung* der Abgeordneten zur Ruhe (bei entsprechender Intonation durch den Parlamentspräsidenten geäußert). Formeln dieser Art sind, sofern sie in institutioneller Kommunikation vorkommen, in ihrer jeweiligen Form institutioneller Bindung zu untersuchen und nicht schon selbst als Institutionen zu kennzeichnen, wie dies Coulmas (1978) vorschlägt (vgl. zur Kritik Dittmann 1979: 207ff.). In Abgrenzung zu einem engeren Begriff von Institution, der auch hier verwendet wird, schlagen Ehlich/Rehbein (1980: 342f.) zur Kennzeichnung dieser "festen Formen sprachlichen Handelns" die Verwendung des Ausdrucks *Institut* vor. Bereits das obige Beispiel (5.19) stand für ganz verschiedene Gebrauchsweisen ein und derselben idiomatischen Formel als Handlungen verschiedener Art, was zugleich auf die Notwendigkeit der Untersuchung ihrer institutionellen Bindungsmöglichkeiten verwies. Dies gilt

aber nicht nur für Handlungen, die mit idiomatischen Formeln realisiert werden, was unter dem quantitativen Aspekt der Vorkommenshäufigkeit eher der seltenere Fall ist, sondern für die große Klasse von Handlungen, die in regelmäßiger Wiederkehr, aber eben doch mit sehr unterschiedlichen Formen realisiert werden, ohne daß wir allein deswegen schon Mühe hätten, sie als Handlungen eines bestimmten Typs zu identifizieren (vgl. oben § 3.2) Die Identifikation gelingt, weil die Handlungen in einer bestimmten "Umgebung" eine bestimmte Funktion erfüllen, und diesem Zusammenhang von Handlung, Realisierungsform und Funktion-im-Kontext gilt es weiter nachzugehen.

5.3.1 Musteranalyse

Die institutionelle Bindung von Sprechhandlungen wird nicht isoliert, sondern nur in der sequentiellen Ordnung der institutionellen Handlungsabläufe selbst erfaßt werden können. Die der institutionellen Bindung geschuldete mögliche Ausdifferenzierung und Modifikation von Sprechhandlungen im Sinne Wunderlichs wird hierbei nicht allein an der Äußerungsform und damit über die Analyse sprachlicher Konventionen im engeren Sinne zu ermitteln sein, sondern verlangt eine Interpretation der Äußerungen relativ zu den in der Institution geltenden sozialen Handlungssystemen, deren Kenntnis in gewisser Weise der Sprachanalyse einerseits vorausgeht, andererseits aus ihr folgt. Wunderlich (1976) beschreibt diesen wechselseitigen Prozeß der Sprach- und Institutions-Analyse folgendermaßen:

> (...)(ich will) annehmen, daß jede Institution durch ein für sie charakteristisches Handlungssystem gekennzeichnet werden kann und daß alle Äußerungen relativ zu einem bestimmten Handlungssystem N zu interpretieren sind. Das Handlungssystem N fungiert zunächst lediglich als Platzhalter, um die angedeutete Abhängigkeit berücksichtigen zu können. Wir wissen nicht im voraus, wie ein bestimmtes Handlungssystem aussieht, sondern müssen dies durch intensive empirische Untersuchungen überhaupt erst herausfinden. (Wunderlich 1976: 87)

Für die vorausgesetzte wie die aus der Analyse folgende Kenntnis des jeweiligen institutionellen Handlungssystems ist ein Verständnis von Handlung erforderlich, das die Isolierung der Äußerungsform nicht bereits durch die Ausweitung des Objektbereichs auf den unmittelbaren Kontext aufgehoben sieht, wie mit der Berücksichtigung der lokalen Nachbarschaft in der formalen Konversationsanalyse, sondern Äußerungsfolgen als Instanzen von Handlungsfolgen in der sequentiellen Ordnung institutioneller Handlungsabläufe auffaßt. Diese sequentielle Ordnung ist letztlich nur über die Zweckbestimmtheit von Institutionen aufzuschüsseln (vgl. Wunderlich 1976: 313 und Ehlich/Rehbein 1979 und 1980). Die institutionsspezifische Handlungsanalyse fällt insofern mit der Analyse der institutionellen Zwecke zusammen.

Der Zusammenhang von Handlung und Handlungszweck ist sowohl in älteren soziologischen, neueren systemtheoretischen sowie auch mehr sprachwissenschaftlichen Arbeiten vielfach thematisiert worden,[8] z.T. mit einer besonderen Akzentuierung durch den Gebrauch verwandter Begrifflichkeiten wie *Kommunikationsbedarf* z.B. bei Kanngießer (1976) oder Interaktions-*(Teil-)Aufgabe* z.B. bei Kallmeyer/Schütze (1976) oder *Sprachhandlungsziel* bei Brandt/Koch/Motsch/Rosengren/Viehweger (1983). Besonders Ehlich und Rehbein haben diesen Zusammenhang in ihren Analysen der gesellschaftlichen Verfaßtheit sprachlicher Handlungsmuster sowohl allgemein bestimmt (vgl. Ehlich/Rehbein 1979, Rehbein 1977, Ehlich 1986/91) wie auch an exemplarischen Fällen institutioneller Kommunikation spezifiziert (vgl. Ehlich/Rehbein 1986). Die von ihnen formulierten Leistungen der Musteranalyse seien an dieser Stelle zunächst umfänglich angeführt, dann einige Analyseaspekte anhand der von ihnen vorgelegten empirischen Untersuchungen von schulspezifischen Handlungsmustern erläutert und im Anschluß daran einige Konsequenzen hinsichtlich der Konventionalität von Sprechhandlungen formuliert, die das Verhältnis von Äußerungsfolgen und Handlungsmustern betreffen. Zunächst aber die von Ehlich/Rehbein (1986) komprimiert gegebene Darstellung der Leistungen der Musteranalyse:

> Durch die Rekonstruktion der zugrundeliegenden Muster gelangt man einerseits zu einer Rekonstruktion des Zusammenhangs von Handlungszwecken und faktischem Handlungsvollzug, andererseits zu der Rekonstruktion des praktisches Wissens, das als solches handlungsleitend wirkt, jedoch noch nicht seinerseits bewußt ist. In seiner praktischen Wirksamkeit vertraut es auf die wechselseitige Mächtigkeit der Muster, deren Realisierungen es hervorbringt, und auf seine handlungspraktische Verständlichkeit durch den anderen Aktanten - (dazu gehört im Grenzfall auch das willentliche Erzielen von Unverständlichkeit). Die Musteranalyse rekonstruiert nicht individuelles Handeln *als vereinzeltes*. Vielmehr rekonstruiert sie dieses als gesellschaftliches Handeln, das sich gesellschaftlicher Praxisformen bedient. Andererseits rekonstruiert sie die gesellschaftlichen Zusammenhänge dieser Praxisformen. Indem sie die Institutionsspezifik von Verwendung und Ausbildung der sprachlichen Handlungsmuster und ihrer Realisierungen analytisch nachgeht, erarbeitet die Musteranalyse konkrete Vermittlungsformen zwischen dem individuellen Handeln und den Institutionen, die ihrerseits Vermittlungsformen gesamtgesellschaftlicher Zwecke sind. (Ehlich/Rehbein 1986: 163f.)

An exemplarischen Fällen der Handlungsmuster *Problemlösen, Rätselraten, Begründen* und *(Lehrer-)Vortrag* haben Ehlich/Rehbein die "Institutionsspezifik von Verwendung und Ausbildung" dieser Muster und ihrer sprachlichen Realisierungen im Detail ausgearbeitet. Um die in der obigen

---

8 Für die Soziologie sei hier lediglich auf die "ältere" Tradition (Weber und Schütz) verwiesen, auf die vorausgehend (§§ 2.1, 3.3-4, 4.1-2) Bezug genommen wurde; für die Systemtheorie sei stellvertretend auf Luhmann (1968/73) verwiesen.

Zusammenfassung benannten Aspekte der Musteranalyse etwas näher auszuführen, sei die Charakteristik von zwei Handlungsmustern grob umrissen,[9] bevor wir die Fragestellung nach den Konsequenzen hinsichtlich der Konventionalität von Sprechhandlungen anschließen. Rückverwiesen sei auf die Überlegungen zur Handlungsrationalität (in § 3.4), die ebenfalls exemplarisch an einem Beispiel von Ehlich und Rehbein erläutert wurden.

5.3.2 Institutionelle Handlungsmuster und Oberflächenstruktur

Eine institutionsspezifische Entwicklung eines Handlungsmusters stellt beispielweise der *Lehrervortrag mit verteilten Rollen* dar, in dem zwar wie im Vortrag eine Thema-Rhema-Struktur entwickelt wird, diese Entwicklung aber erreicht wird, indem der Lehrer gleichzeitig über das wiederholt eingesetzte Mittel der *Regiefrage* die Schülerantworten als gewünschtes rhematisches Element in den letztlich gemeinsam hergestellten "Vortrag" integriert. So entsteht eine besondere Mischform dialogischer und monologischer Strukturen, deren vollständige Beschreibung Ehlich/Rehbein folgendermaßen zusammenfassen: "eine Diskursart, bei der die Sprechhandlungsfolge charakteristisch die Form der *Verkettung* annimmt, wird transformiert in eine Diskursart, deren Form die *Sprechhandlungssequenz* ist, d.h. die Sprechhandlungsabfolge mit systematisch bestimmten turn-Wechsel. Anders gesagt: der *Lehrervortrag mit verteilten Rollen* resultiert in der paradoxen Form einer *sequenzierten Verkettung*" (1986: 83). Die Entwicklung einer derartigen Diskursart hat im schulischen Zusanmenhang dieselbe Funktion wie etwa die institutionelle Abwandlung des Handlungsmusters *Problemlösen*, nämlich den Prozeß des Wissenserwerbs der Schüler zu beschleunigen.

Um diese Beschleunigung des Wissenserwerbs im schulischen Unterricht zu erreichen, wird beispielsweise das Muster des Problemlösens um wesentliche Elemente verkürzt und erfährt es eine Dissoziierung in der Form des Musters *Aufgabe-Stellen/Aufgabe-Lösen*. Mit dieser Umwandlung sind die Problemkonstellationen, Zielsetzungen, Problemzerlegungen und Lösungswege als wesentliche Elemente des Problemlösens für den aufgabenstellenden Lehrer weiterhin einsichtig und verfügbar, während sie für die aufgabenlösenden Schüler verdeckt und unerreicht bleiben. Sie müssen den "erforderlichen Schein" auch ohne ein Gesamtverständnis wahren und liefern entsprechende "als-ob-Lösungen" ab. Die hieraus resultierenden Konsequenzen für das non-verbale und sprachliche Verhalten von Lehrer und Schüler sind von Ehlich/Rehbein mehrfach ausführlich beschrieben worden und können

---

9 Vgl. zu den hier nicht näher charakterisierten Mustern *Rätselraten* und *Begründen* Ehlich/Rehbein (1986: 30ff. und 88ff.).

hier nur allgemein wiedergegeben werden.[10] Auf eine grundsätzliche Kritik der vorherrschenden Schulwirklichkeit, die mit Ehlich (1980) durch den *Transformationsprozeß vom Lehr-Lern-Diskurs zum Unterrichtsdiskurs* gekennzeichnet ist, wird für den Zweck einer komparativen Form- und Funktionsanalyse einzugehen sein, wenn es (in § 6.5) um einen kritischen Vergleich zwischen vorherrschenden Diskurstypen in Schule, Hochschule, Gericht geht.

Damit vordergründig der Schein eines gelungenen Lehr-Lern-Diskurses aufrechterhalten bleibt, in dem für alle Beteiligten die Selbständigkeit der Bearbeitung und Lösung von Problemen suggeriert wird und entsprechend einfache Aufgabenlösungen als Erkenntnisfortschritt überhöht werden, entwickeln Lehrer wie Schüler jeweils *Taktiken* zur Bewältigung von Widersprüchen, die sich aus der unterrichtspraktischen "Notwendigkeit" der Vermittlung von "stofflichem" Wissen in einer begrenzten Zeit bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Anspruchs auf Förderung sozialer und kognitiver Kompetenzen ergeben. Die von Ehlich/Rehbein im einzelnen herausgearbeiteten Taktiken können von daher sowohl als Objektivationen von Widersprüchlichkeiten beschrieben werden, die der Institution Schule geschuldet sind, wie auch auf der Seite der Subjekte als Bewältigungsformen von *Maximenkonflikten,* die insofern als über-individuelle Bewältigungsformen dieser Widersprüchlichkeiten aufzufassen sind, als sie von Typen von Handelnden in gleicher oder ähnlicher Weise ausgeführt werden. In diesem Sinn rekonstruiert die Musteranalyse "nicht individuelles Handeln als *vereinzeltes*" (vgl. oben). Zugleich sind die Bewältigungsformen von Maximenkonflikten, die oben (in § 4.3) unter dem besonderen Aspekt der Handlungsrationalität thematisiert wurden, sowie die entsprechenden Taktiken als *Routinen* aufzufassen, die von den jeweiligen (Typen von) Aktanten in etwa gleicher Weise beherrscht und im geeigneten Augenblick angewandt werden. Tritt z.B. der Lehrervortrag nicht in monologischer Form auf, sondern als *Lehrervortrag mit verteilten Rollen*, wissen die Schüler im Sinne eines "handlungsleitenden Wissens", welche Rolle sie wie übernehmen sollen, können, dürfen usw.

Aus methodischen Gründen der Weiterentwicklung einer empirischen Handlungsanalyse, die die Beschränkungen einer Theorie der Einzelhandlung zu überwinden hat, sei an dieser Stelle ein wesentliches Ergebnis der Musteranalysen von Ehlich/Rehbein genannt, das unmittelbar das Verhältnis von sequentieller Struktur des Handelns qua Handlungsmuster und Oberflächenstruktur von sprachlichen Äußerungen betrifft. Beide Strukturen sind nur im idealen Grenzfall aufeinander abbildbar in der Weise, daß einzelne Äußerungseinheiten Musterpositionen eines Musters realisieren und die Äuße-

10 Vgl z.B. Ehlich/Rehbein (1986: 21ff.) und besonders zur non-verbalen Kommunikation (1977: 95ff.) und die kritische Darstellung in Koerfer (1978: 80ff.).

rungsfolgen insgesamt "Ausdruck der systematischen Sukzession von Positionen des Handlungsmusters" sind. Davon unterscheiden Ehlich/Rehbein (1986: 140-162) insgesamt sechs systematische Fälle von Abweichungen, die sie am empirischen Material von Schulkommunikation ausführen, und von denen hier nur drei genannt werden sollen. So können beispielsweise direkte Äußerungsfolgen Mehrfachrealisierungen derselben Musterposition sein oder Musterpositionen realisieren, die ihrerseits nicht unmittelbar aufeinanderfolgen, oder auch Realisierungen von Positionen verschiedener Muster sein.

Die Interpretation derartiger Verhältnisse von Äußerungsfolgen und Handlungsmustern wirft ein bestimmtes Licht auf die Frage der Konventionalität von Sprechhandlungen. Diese kommt nicht in einer einzelnen Äußerung noch unbedingt im komplementären Verhältnis unmittelbar benachbarter Äußerungen noch unbedingt in der Adäquanz einer Äußerungsfolge gegennüber einem Muster zur Geltung. Die Konventionalität von Sprechhandlungen erschöpft sich eben nicht darin, einem bestimmten Muster zu folgen, dem gerade die Vorgängeräußerung verpflichtet war. Daß zwei Sprecher verschiedenen Mustern folgen, heißt nicht unbedingt, daß einer von beiden gegen eine Konvention verstößt. Selbst konfligierenden Mustern und damit konfligierenden Handlungszwecken zu folgen, heißt möglicherweise nur, andere Konventionen zur Geltung zu bringen, die möglicherweise höherrangig sind.

So ist beispielweise für Seminardiskussionen eine gewisse Vorrangigkeit von (Verständnis-)Fragen charakteristisch, die auch dann häufig ohne Präliminarien gestellt werden, wenn bereits argumentative Handlungsmuster in Gang gesetzt sind und etwa ein Einwand als Folgehandlung erwartet wird. Informationsdiskurse können auf diese Weise argumentative Diskurse unterbrechen, ablösen oder aber auch "überlagern". Im letzten Fall werden dann etwa argumentative und informative Handlungsmuster "parallel" bearbeitet in der Weise, daß etwa sequentielle Folgen wie (5.20), (5.21) oder (5.22) nicht paarweise und nacheinander, sondern in einer komplexen diskursiven Struktur wie (5.23) realisiert werden, die den Erfordernissen der wechselnden Dynamik spontaner Rede und Diskussion geschuldet ist.

(5.20) Frage – Antwort
(5.21) Behauptung – Begründung
(5.22) Behauptung – Einwand
(5.23) Behauptung – Frage – Einwand – Einwand – Frage – Frage – Einwand
Frage – Begründung – Antwort – Frage – Einwand – Behauptung usw.

Eine solche komplexe diskursive Struktur wie (5.23) kann den Erfordernissen spontaner Rede und Diskussion überhaupt erst gerecht werden; sofern der Grad der Komplexität kognitive Aufnahme-Kapazitäten nicht übersteigt, wird sie von den Teilnehmern als eine sinnvolle Struktur wechselweise entwickelt, anerkannt und benutzt, um komplexe Problemlösungen zu erzielen, die

sozusagen noch in annäherungsweiser Gleichzeitigkeit möglich sind. In solchen komplex verschachtelten Fällen wie (5.23) folgen verschiedene Sprecher verschiedenen Handlungsmustern und bringen damit verschiedenartige Konventionen zur Geltung. Zu betonen ist, daß es sich hierbei sowohl um Konventionen handelt in dem Sinn, daß an einer bestimmten Diskursstelle eine Frage gestellt oder ein Einwand gemacht werden *kann*, als auch um Konventionen in dem Sinn, daß eine Äußerung innerhalb eines laufenden Musters als Einwand *verstanden* wird, obwohl eine Antwort auf eine Frage innerhalb eines anderen laufenden Musters erwartbar ist. Ansonsten wären Ambiguitäten für die Handelnden nicht auflösbar. Sie interpretieren Äußerungen relativ zu *möglichen* zugrundeliegenden Handlungsmustern.

Andererseits sind die Handlungsmuster nicht beliebig. Es ist gerade die Aufgabe der institutionsspezifischen Handlungsanalyse, herauszufinden, welche Handlungsmuster in einer bestimmten Institution überhaupt möglich sind und weiterhin welche Handlungsmuster zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Entwicklung des Handlungssystems noch oder bereits nicht mehr möglich sind (vgl. § 6). Hier geht es unter dem Aspekt des Ablaufs von entwickelten Handlungssystemen in der Zeit um die Untersuchung von möglichen Interaktionsgeschichten qua möglicher Handlungsmuster. Daß gerade in Institutionen häufig über die Geltung von Konventionen qua möglicher Handlungsmuster "höheren Orts", das heißt jenseits individueller Definitions- und Kontrollmacht entschieden wird, ist im folgenden zugleich eine Frage, die den Handlungsspielraum der in den Institutionen handelnden Individuen betrifft.

6 Institutionelle Handlungssysteme und Partizipation

Im folgenden soll die Analyse institutioneller Handlungssysteme mit der Analyse der Teilnahme-Strukturen von Individuen in Institutionen verknüpft werden und - wenn man so will[1] - die objektive mit der subjektiven Analyse-Perspektive insofern vermittelt werden, als berücksichtigt werden muß, daß objektive Partizipationschancen subjektiv erst wahrzunehmen sind. Hier geht es um die Klärung der Bedingungen und Möglichkeiten von Aushandlungsprozessen, in denen die Interaktanten einen institutionsspezifischen Problemkomplex bearbeiten. Bisher lag der Fokus der Analyse im wesentlichen auf dem Vergleich von Typen von Handlungen, allerdings immer mit Blick auf das jeweilige Handlungssystem, dem sie angehören und innerhalb dessen sie nur ihre spezifische Funktion haben. Nunmehr sind umgekehrt die institutionellen Handlungssysteme selbst in den Fokus der Analyse zu nehmen, allerdings immer mit Blick auf die entsprechenden Typen von Handlungen. Auch hierbei bedienen wir uns weiterhin der Methode einer komparativen Form- und Funktionsanalyse, wie sie einleitend (§ 1.4) umrissen wurde.

In einem ersten Schritt (§ 6.1) werden formale und nicht-formale Handlungssysteme sowie nach ihrer Zwischenstellung weitere Mischformen unterschieden, für die jeweils bestimmte Institutionen als Exemplare untereinander verglichen und beschrieben werden, um in einem ersten Zugriff spezifische Differenzen ermitteln zu können. Für den weiteren Fortgang der Untersuchung soll zu heuristischen Zwecken in einem Katalog von Aspekten festgehalten werden, worauf sich spezifisch institutionelle Regelungen in ihrer Definitions- und Selektionsfunktion überhaupt beziehen können. Unter den besonderen Aspekten der Kooperation und Kontrolle (§ 6.2) sowie der Öffentlichkeit (6.3) sollen diese ersten Erkenntnisse an exemplarischen Fällen institutioneller Kommunikation weiter vertieft werden, um sodann dem Problem der Partizipationschancen von Klienten und Agenten in verschiedenen institutionellen Aushandlungsprozessen systematisch nachzugehen (§ 6.4). Abschließend (§ 6.5) sollen in einer ganzheitlich-funktionalen Analyseperspektive institutionsspezifische Problemlösungsverfahren hinsichtlich des Wahrheitskomplexes kritisch verglichen und somit eine diskursethische

---

1 Die Einschränkung ist der wiederholt problematisierten, weil mißverständlichen Terminologie (subjektiv - objektiv) geschuldet, worauf wir in einem weiteren Zusammenhang nochmals zurückkommen.

Kritikperspektive für so verschiedene Diskustypen eröffnet werden, wie sie in Schule, Hochschule, Gericht und Therapie vorherrschend sind.

6.1 Institutionelle Handlungssysteme

Die Handlungsmöglichkeiten von Individuen in Institutionen werden je nach Typ des institutionellen Handlungssystems in unterschiedlicher Weise begrenzt. In einem ersten Schritt lassen sich *formale* von *nicht-formalen* Handlungssystemen unterscheiden. In einem zweiten Schritt sind nach dem Grad der Formalität verschiedene Misch-Institutionen zu differenzieren. Formale Handlungssysteme zeichnen sich in einer extremen Ausprägung durch eine vollständige Regulierung der Handlungsmöglichkeiten aus, wobei die Regelungen im Detail schriftlich kodifiziert sein können. Ein weiteres Kennzeichen wäre ihre besondere Rechtsförmigkeit. Mit der schriftlichen Kodifizierung und Rechtsförmigkeit wird in Webers Sinn einer "gesatzten Ordnung" die Grenze einer bloß konventionellen Bestandsgarantie bereits überschritten (vgl. oben § 4.1). Zur Einhaltung der Ordnung tritt ein eigens auf diesen Zweck eingestellter "Erzwingungsstab" auf den Plan, der das Handeln der Individuen kontrolliert und gegebenenfalls Abweichungen von der Ordnung sanktioniert.

6.1.1 Formalisierung und Verrechtlichung

Ein prototypisches Exemplar eines formalen Handlungssystems, mit dem eine bloß konventionelle Bestandsgarantie einer Ordnung klar überschritten wird, stellt die Strafprozeßordnung dar, in der weitgehend festgelegt ist, wer was wem gegenüber wann zu welchem Zweck zu tun bzw. zu unterlassen hat. Wenn hier von weitgehender Festlegung die Rede ist, ist damit nicht etwa ein Handlungsautomatismus gemeint, wie er für extrem rituelle Kommunikation angenommen werden mag. Obgleich das gerichtliche Verfahren rituelle Elemente enthält, kann es darauf allein nicht zurückgeführt werden, wie Luhmann allgemein für Verfahren betont: "Ein Verfahren kann nicht als eine festgelegte Folge bestimmter Handlungen angesehen werden. Eine solche Auffassung würde das Verfahren als Ritual begreifen, bei dem jeweils nur eine Handlung richtig ist und solche Handlungen so zu einer Kette zusammengeschlossen sind, daß die eine ohne Wahlmöglichkeit sich aus der anderen ergibt" (1969/83: 38).[2] Gleichwohl werden die Wahlmöglichkeiten durch die

[2] Auf das Problem der Wahlmöglichkeit (auch in ritueller Kommunikation) kommen wir unter dem Aspekt des *Aushandelns* (§ 6.4) zurück.

Regelungen der Strafprozeßordnung erheblich zurückgeschnitten. Zur näheren Illustration seien einige ausgewählte Auszüge aus der Strafprozeßordnung (StPO) angeführt, aus denen bereits exemplarisch ersichtlich wird, worauf sich die Regelungen im einzelnen beziehen können, durch die die Wahlmöglichkeiten der Handelnden begrenzt werden:

(6.01) Die Leitung der Verhandlung, die Vernehmung des Angeklagten und die Aufnahme des Beweises erfolgt durch den Vorsitzenden. (§ 238.1 StPO)
(6.02) Die Hauptverhandlung beginnt mit dem Aufruf der Sache. Der Vorsitzende stellt fest, ob der Angeklagte und der Verteidiger anwesend (...) sind. (§ 243.1 StPO)
(6.03) (...) Der Vorsitzende vernimmt den Angeklagten über seine persönlichen Verhältnisse. (243.2 StPO)
(6.04) Darauf verliest der Staatsanwalt den Anklagesatz. (§ 243.3 StPO)
(6.05) Sodann wird der Angeklagte darauf hingewiesen, daß es ihm freistehe, sich zu der Anklage zu äußern oder nicht zur Sache auszusagen. (§ 243.4 StPO)
(6.06) Nach der Vernehmung des Angeklagten folgt die Beweisaufnahme. (§ 244.1 StPO)
(6.07) Nach dem Schluß der Beweisaufnahme erhalten der Staatsanwalt und sodann der Angeklagte zu ihren Ausführungen und Anträgen das Wort. (§ 258.1 StPO)

Geregelt sind hier einerseits die Zuständigkeiten wie etwa für die Leitung der Verhandlung insgesamt (durch den Vorsitzenden Richter) sowie für einzelne Handlungsmuster wie die Anwesenheitsfeststellung, Vernehmung zur Person oder Beweisaufnahme (durch den Richter) oder die Verlesung des Anklagesatzes (durch den Staatsanwalt) und andererseits die konkrete Handlungs(muster)abfolge, die nicht nur durch die Reihenfolge der Paragraphen der Strafprozeßordnung, sondern durch spezifische temporale Konnektoren ('darauf', 'sodann', 'nach') genauestens markiert ist. So ist die unmittelbare Anschlußstelle nach der Verlesung des Anklagesatzes bereits besetzt und somit eine Alternative ausgeschlossen. Ein solches *Handlungsformular* wie die Strafprozeßordnung kann für empirische Analysen institutioneller Kommunikation in zweifacher Hinsicht genutzt werden.

Zum einen kann sie als *Leitfolie* für die Untersuchung gerichtlicher Strafverfahren selbst dienen, deren konkrete Fallstrukturen in ihren jeweiligen empirischen Ausprägungen zu rekonstruieren sind.[3] Zum anderen kann sie als *Kontrastfolie* für Analysen anderer Typen institutioneller Kommunikation dienen, die sich entweder gleichfalls durch einen umfänglichen Satz kodifizierter Regelungen auszeichnen oder aber nur durch eine lose Sammlung von mehr oder weniger verbindlichen Richtlinien. In kontrastiven Analysen

3 Vgl. zur Empirie eines besonderen Typs, nämlich des Jugendgerichts, Seidel (1984) und Muth (1984) sowie zu methodischen Fragen der Analyse jugendgerichtlicher Interaktion Schröer (1984) und Reichertz (1984).

herauszuarbeiten sind hier Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Regelungen bzw. Richtlinien, wie sie neben der Strafprozeßordnung auch in der Gottesdienstordnung der Institution Kirche sowie in Geschäftsordnungen von universitären, parlamentarischen, betrieblichen Gremien usw. und schließlich in Anleitungen zur Gesprächsführung in Institutionen der Psychotherapie und Beratung (wie der Telefonseelsorge) zur Geltung kommen.[4] Im Falle von Therapiegesprächen bewegen wir uns bereits am anderen Ende der Skala, an dem die nicht-formalen Handlungssysteme angesiedelt sind, denen nicht nur das Merkmal der Rechtsförmigkeit abgeht. Das heißt jedoch nicht, daß es keine kodifizierten Regeln gäbe. Sie unterscheiden sich aber nach Umfang, Detaillierungsgrad und vor allem nach der Durchsetzungschance, da es sich eher um Ratschläge und Empfehlungen zur Gesprächsführung, wie sie in der hierzu einschlägigen Literatur angegeben sind, handelt (vgl. Gülich 1981: 423). In dieser qua Fibeln und Lehrbüchern kodifizierten Form von Gesprächsregeln schlägt sich einerseits gesellschaftliches Sonderwissen nieder, das anderseits in eben dieser Form (qua Ausbildungsliteratur) als professionelles Wissen tradiert wird.[5] Es handelt sich im (oben § 3.4) mit Ehlich/Rehbein (1977) aufgezeigten Sinn um *institutionelles Wissen zweiter Stufe*, das für die Agenten der Institution in besonderer Weise *handlungsleitend* ist.

Zum handlungsleitenden Wissen von Agenten in solchen Institutionen, die hier aufgrund ihrer Stellung zwischen formalen und nicht-formalen Handlungssystemen zu den Misch-Institutionen gerechnet werden, gehört weiterhin eine Reihe von Kenntnissen über Rahmenbestimmungen, die durchaus gesetzlich fixiert sein bzw. eine rechtliche Grundlage haben können. Wir müssen nach dem Grad der Formalität des Handlungssystems einen Unterschied machen zwischen solchen Beratungsgesprächen, die wie die Telefonseelsorge von den Klienten freiwillig beansprucht werden und weitgehend Themen ihrer Wahl zulassen, und solchen Beratungsgesprächen, die

---

4 Vgl. Gülich (1981), die kontrastiv einige dieser Institutionstypen unter dem Aspekt der Dialogkonstitution untersucht; vgl. speziell zum Aspekt der rituellen Kommunikation am Beispiel der römischen Messe Werlen (1984: 148ff.) und des evangelischen Gottesdienstes Paul (1990) und unten (§ 6.4.4).

5 Für die Themenzentrierte Interaktion sei hier exemplarisch auf Cohn (1978) verwiesen; im Falle der psychoanalytischen Therapie erstreckt sich die Tradition etwa von Freuds "Ratschlägen" zur psychoanalytischen Behandlung (1912/197Off.) und zur Technik der Psychoanalyse (1913/1970ff.) bis zu neueren lehrbuchartigen Darstellungen und Forschungsarbeiten wie Menninger/Holzman (1958/1977), Sandler/Dare/Holder (1973/1979) und Thomä/Kächele (1985). Daß die hier formulierten Gesprächsregeln der psychoanalytischen Therapie in empirischen Therapiegesprächen sehr unterschiedlich eingeführt und gehandhabt werden, steht auf einem anderen Untersuchsblatt, vgl. dazu Koerfer/Neumann (1982).

wie die Berufsberatungen von Arbeitslosen im Arbeitsamt und Schwangerschaftsberatungen innerhalb eines gesetzlich geregelten Verfahrens stattfinden, das den Klienten die Inanspruchnahme der Beratung selbst wie auch allen Aktanten einen vorstrukturierten Themenkatalog pflichtgemäß auferlegt, ohne daß damit bereits insgesamt von einem formalisierten Handlungssystem ausgegangen werden kann.

Ebenso stellen die Schule und die Hochschule Misch-Institutionen dar. Wie im Fall der Institution Schule mehr oder weniger vermittelt Schulgesetze, Rahmenrichtlinien, Curricula usw. in die Klassenzimmerinteraktion hineinragen, so ragen im Fall der Institution Hochschule eben Hochschulgesetze, Studien- und Prüfungsordnungen in die Seminarinteraktion hinein und überformen sie in einem handlungsleitenden Sinn, ohne daß diese Überformung der Interaktion den Aktanten immer bewußt wäre. Ihre Handlungsmöglichkeiten sind in einer Weise eingeschränkt, die aufgrund der Selbstverständlichkeit der Übernahme von Bestimmungen von Hochschulgesetzen bzw. nachgeordnet von Studien- und Prüfungsordnungen kaum bemerkt wird. Bei aller Einschränkung durch sowohl rechtliche wie konventionelle Regelungen lassen Misch-Institutionen wie die Hochschule allen Aktanten jedoch erhebliche Handlungsspielräume (die sie nicht nur nutzen können, sondern nutzen müssen). Zwar sind die *Institutionsrollen* (Dozenten, Studenten) sowie Lehr- und Lerninhalte und damit *Rahmenthemen* strukturell vorgegeben, aber die Ausgestaltung von konkreten Seminar- bzw. Sitzungsthemen bleibt den Aktanten ebenso vorbehalten, wie die Wahrnehmung von *Dialogrollen* (Sprecher, Hörer) sowie *Interaktions-* und *Argumentationsrollen* (Diskussionsleiter, Protokollant, Referent, Proponent, Opponent) flexibel und zwischen den Beteiligten stark variierend gehandhabt werden können (vgl. Koerfer/Zeck 1983); dies etwa im Unterschied zur gerichtlichen Kommunikation. Unter den Aspekten der Themenkontrolle und der Verteilung von Dialog-, Interaktions- und Argumentationsrollen haben wir es in der Hochschule durchaus mit Formen *symmetrischer* Kommunikation zu tun, wie sie im allgemeinen für institutionelle Kommunikation gerade bestritten werden.[6] So stellt auch Fisher (1984) das Merkmal der Asymmetrie im Unterschied zur Alltagskommunikation gerade als wesentlich heraus:

> In everyday contexts, participants engage in conversation in a relatively symmetrical relationship. In institutional contexts of schools and medical settings, participants engage in conversation in more asymmetrical relationships (...) In institutional contexts, control resides with the institutional authority. For example, in classrooms teachers typically select the next speaker and then reclaim

6 Vgl. zur Frage der notwendigen oder auch nur vorherrschenden Asymmetrie in verschiedenen professionell-institutionellen Diskurstypen Siegrist (1982), Westphale/Köhle (1982: 68ff.), Nothdurft (1984: 67ff.), Rehbein (1984: 61), Fehlenberg (1987: 29ff., 203ff.), Quasthoff (1990), Koerfer/Köhle/Obliers (1993).

> the floor after the speaker has spoken. The teacher's authority is reflected, both in the ways the next speaker is selected and in the ways selection process gives the teacher control over topic and access to the floor. The asymmetry is also reflected in the noticeable absence of similar behavior by students. They seldom select the next speaker or control the topic and access to the floor. (Fisher 1984: 202)

Wenn wir in empirischen Analysen für die Hochschulkommunikation durchaus Formen symmetrischer Kommunikation finden (vgl. Koerfer 1980, Koerfer/Zeck 1983), verweist dies auf die Notwendigkeit der weiteren Differenzierung von Typen von (Misch-)Institutionen. Erst in umfangreichen kontrastiven Analysen wird die jeweilige differentia specifica zwischen Typen von Institutionen, die hier grob nach dem Grad der Formalität unterschieden werden, genauer ermittelt und die für die jeweilige Institution typischen Regelungen, die die Partizipationschancen der Aktanten beschränken, angegeben werden können.

6.1.2 Strukturmerkmale institutioneller Kommunikationstypen

Mit einer heuristischen Fragestellung ist in erster Annäherung zu klären, worauf sich institutionelle Regelungen mit ihrer *Definitions*- und *Selektionsfunktion* im einzelnen überhaupt beziehen können. Hierher gehört etwa die Definition eines bestimmten Ortes, einer bestimmten Zeit, einer bestimmten Interaktionsrolle, eines bestimmten Handlungsmusters usw., die insgesamt aus einem *Repertoire* aller möglichen Orte, Zeiten, Interaktionsrollen usw. zu selektieren sind. In Abänderung, Erweiterung und Zusammenfassung von Listen von Aspekten, wie sie in einer umfangreichen Literatur als Beitrag zu einer *Kommunikationstypologie* unterschieden werden,[7] läßt sich in einem ersten Überblick (Abb. 6.1) festhalten, worauf sich die Regelungen mit einer mehr oder weniger starken Definitions- und Selektionsfunktion im einzelnen beziehen können.

Abb. 6.1 Strukturmerkmale institutioneller Kommunikation

---

7 Wie bei Hartmanns (1973: 142) Aspekten speziell für rituelle Kommunikation sei zugestanden, daß es zunächst bei der Erstellung einer solchen Liste nicht auf Vollständigkeit, Widerspruchsfreiheit bzw. Vermeidung von Überschneidungen ankommt, vgl. weiterhin Gülich (1981: 442) zur rituellen und institutionellen Kommunikation, Koerfer/Neumann (1982) und Koerfer/Zeck (1983) zur Unterscheidung von Dialog-, Interaktions-, Argumentations- und Institutionsrollen, Brünner (1987: 25f.) zu spezifischen Aspekten und Dimensionen sprachlichen Handelns in Institutionen, Schank/Schoental (1976: 29ff.) zum Freiburger Konzept der Redekonstellationstypen, Henne/Rehbock (1979: 32ff.) zu einem allgemeinen kommunikativ-pragmatischen Kategorieninventar.

Ort und Zeit	bestimmt - unbestimmt
Tempo	schnell - langsam
Thema	offen - geschlossen
Leitung und Kontrolle	individuell - kollektiv
Dialogrollen	Sprecher - Hörer (Publikum)
Institutionsrollen	Agenten: Richter, Verteidiger, Therapeut, Lehrer, Pastor, Verkäufer, Redakteur Klienten: Angeklagter, Zeuge, Schüler, Patient, Käufer usw.
Interaktionsrollen	Beichtvater, Interviewer, Referent, Prüfer, Prüfling, Diskussionsleiter, Diskutant, Moderator usw.
Argumentationsrollen	Proponent - Opponent
Rollenkombinationen	Pastor - Prediger - Beichtvater Dozent - Prüfer - Diskussionsleiter Student - Referent - Proponent
Handlungsmuster	Aufgaben-Stellen/Aufgaben-Lösen Rätselraten (in der Schule) Erklären, Begründen usw.
Handlungssequenzen	Frage - Antwort Vorwurf - Rechtfertigung
Handlungsverkettungen	Behauptung - Begründung
Abfolgestrukturen	Gericht u.a.: Belehrung - Beweisaufnahme - Plädoyes - Urteilsberatung -Urteilsverkündigung und -begründung Messe u.a.: liturgia verbi - liturgia eucharistica - ritus communionis
Art der Kooperation	Zwang versus Interesse
Grad der Öffentlichkeit	hoch - niedrig
Medium	mündlich - schriftlich verbal - nonverbal
Modus	informativ - argumentativ - assoziativ
Realisierungungsform	direkt - indirekt, wörtlich - sinngemäß

Bei allen systematischen Mängeln einer solchen Überblicksliste über mögliche Vergleichshinsichten lassen sich einige relevante Differenzlinien ad hoc

ziehen, wenn man entlang dieser Liste von Aspekten bestimmte institutionelle und nicht-institutionelle Kommunikationsformen zunächst paarweise und dann kreuzweise vergleicht. Hier lediglich erste Hinweise: Zunächst ist etwa die institutionsspezifische Ausprägung sequentieller Handlungsmuster wie *Vorwurf - Rechtfertigung* etwa zu *Anklage - Verteidigung* zu bemerken, womit grundsätzlich auf das Problem einer genetischen Klassifikation von Sprechhandlungen (in § 5.2) rückverwiesen ist. Ist ein Handlungsmuster wie Anklage-Verteidigung im Gericht gang und gäbe, so wäre es an der Hochschule verfehlt. Dort muß sich zwar der Proponent einen "Angriff" auf seine Thesen gefallen lassen, seine "Verteidigung" ist aber von anderer Art als vor Gericht. Die systematisch anzuschließende Fragestellung wäre also, welche Handlungsmuster kommen in welchen Diskurstypen überhaupt vor, mit welcher Vorkommenshäufigkeit ist gegebenenfalls in welchen Diskursphasen zu rechnen, und schließlich in der qualitativen Perspektive: Welche Handlungsmuster sind aus welchen Gründen in welcher Diskursphase eher zulässig oder verpönt oder erwartbar oder unwahrscheinlich oder charakteristisch oder untypisch usw.? Desgleichen ist zu ermitteln, inwieweit bestimmte Handlungsmuster wie etwa das Frage-Antwort-Muster an bestimmte Institutionsrollen gebunden sind, wie dies der Richter in folgendem Beispiel reklamiert, dessen Besonderheit der Redeadressierung ("fragen Sie ihn") der Tatsache geschuldet ist, daß gedolmetscht werden muß:

(6.08) R Herr [Name des Dolmetschers], fragen Sie ihn, ob es richtig ist, daß er diese Aussage . bei der Polizei gemacht hat, daß . der [Name des Angeklagten] die Kamera weggenommen und ihm gegeben hat .
D [arabisch] .
Z [arabisch] .
D er hat Gegenfrage . wie lange liegt diese Sache zurück?
R würden Sie äh den Zeugen darauf aufmerksam machen, daß die Rollenverteilung hier so ist, daß ich Fragen stelle und er Antworten gibt .
D [arabisch] . (aus: Projekt DLJ)

Auch in der Schulkommunikation ist die Umkehrung der Verteilung von Fragerecht und Antwortpflicht auf die Institutionsrollen von Lehrer und Schüler eher die Ausnahme.[8] Dagegen würde eine asymmetrische Verteilung des Fragerechts in der Hochschule den dort vorherrschenden Diskurstyp ad absurdum führen. Weiterhin drängen sich etwa extremtypologische Unterschiede zwischen gerichtlicher und therapeutischer Kommunikation hinsichtlich der Themenfixierung oder des Öffentlichkeitsgrads auf. Gerichtliche Kommunikation wiederum unterscheidet sich von der Kommunikation an der Hochschule wesentlich im Grad der Fixierung der Dialog- und Interakti-

8 Natürlich sind sowohl im Gericht wie in der Schule Fragen eines bestimmten Typs wie etwa die Verständnisfrage durchaus zulässig, aber das Fragerecht liegt doch prinzipiell bei den Agenten der Institution.

onsrollen, worin sich gerichtliche und therapeutische Kommunikation gerade wieder treffen. Diese beiden Kommunikationstypen unterscheiden sich wiederum erheblich im Interaktionstempo oder im Kooperationszwang usw., so daß wir im Fortgang eines systematischen Vergleichs von spezifischen Merkmalsausprägungen zu jeweils *institutionsspezifischen* Kommunikationsprofilen kommen.

Die einzelnen auf die vorausgehenden Aspekte bezogenen institutionellen Regelungen sind natürlich nicht als bloße Regelungen zu untersuchen, sondern in einer komparativen Form- und Funktionsanalyse an die institutionellen Zwecke rückzubinden. Hierzu seien nachfolgend einige exemplarische Untersuchungen besonders unter den Aspekten der *Kooperation* und *Kontrolle* (§ 6.2) sowie des Grades der *Öffentlichkeit* (§ 6.3) unternommen. In einem weiteren Schritt (§ 6.4) ist die Gesamtheit der aufgelisteten Aspekte unter der allgemeinen Fragestellung aufzunehmen, welchen Handlungsspielraum das jeweilige institutionelle Handlungssystem den Aktanten für ihre individuellen Intentionen beläßt, d.h. was in bestimmten Typen von Institutionen überhaupt und typischerweise zum Gegenstand von *Aushandlungsprozessen* gemacht werden kann.

6.2 Kooperation und Kontrolle

6.2.1 Kooperationsprinzip und Konversationsmaximen

Eine funktionale Analyse etwa der Gerichtskommunikation hat zu berücksichtigen, daß der wesentliche Zweck der Rechtsfindung (d.h. i.e.S. die Wahrheitsfindung, vgl. § 6.5) die Kooperation von Zeugen verlangt, deren Kooperation prinzipiell zwangsweise erwirkt werden kann. Der bereitwillige oder gar interessierte Zeuge ist eben nicht immer gegeben,[9] und darauf ist die Strafprozeßordnung grundsätzlich eingestellt. Der Zwang zur Kooperation ist in der Form der gerichtlichen Vorladung, die eben nicht als Einladung zu verstehen ist, bereits enthalten und kann unter Umständen in der Form der zwangsweisen Vorführung verstärkt werden (vgl. §§ 48, 51 StPO). Allein schon deswegen sind die polizeiliche Vernehmung im Vorfeld und die gerichtliche Vernehmung bzw. Verhandlung in ihren Sprach- und Handlungsstrukturen als Typen von *Zwangskommunikation* zu untersuchen (vgl. Schütze

9 Auf den Aspekt des Zwangs hebt Penman (1987) in seiner Kritik am Grice'schen Modell der Kooperation ab, vgl. dazu unten.

1975: 813ff., Schütze 1978 und Hoffmann 1983: 388ff. sowie Penman 1987). Sie sind aber nur ein herausragender Typ von Zwangskommunikation.[10]

Neben Verhör bzw. Vernehmung sind Prüfung und Begutachtung weitere Typen von Zwangskommunikation, in denen aufgrund des Zwangs zur Kooperation besondere Sprach- und Handlungsstrukturen ausgebildet werden (vgl. Schütze 1975: 813ff.). In Institutionen des Erziehungswesens wird der Zwang jedoch nicht nur direkt in der Prüfung selbst, sondern indirekt im gesamten Unterrichtsdiskurs ausgeübt, der unter einen allgemeinen Prüfungs- und Notendruck gestellt ist. Dadurch wird zu einer Form der Kooperation aufgefordert bzw. eingeladen, mit der höherrangige Erziehungszwecke etwa des sozialen und selbständigen Lernens verfehlt werden. Mit der Erkenntnis, daß freiwillige und interessenbedingte Kooperation auch im Sinne der originären Institutionszwecke effektiver ist, sind alternative Kooperationsformen entwickelt worden, wie sie etwa in Konzepten des spielerischen und forschenden Lernens zum Ausdruck kommen, die zugleich auf den strukturellen Wandel und die Wandlungsfähigkeit gerade von Misch-Institutionen verweisen.[11]

Von vornherein konstitutiv ist die interessenbedingte und interessengeleitete Kooperation im Bereich der medizinischen und therapeutischen Kommunikation, auch wenn Patient und Therapeut wie im Falle des psychoanalytischen Arbeitsbündnisses erhebliche Verpflichtungen zur Kooperation eingehen. Im gemeinsam verfolgten Zweck der Heilung des Patienten treffen sich die beiderseitigen kooperativen Anstrengungen, die nur augenscheinlich paradoxe Formen annehmen, wie etwa in der Bearbeitung von Abwehr und Widerstand sowie in der vom Patienten häufig so erlebten "Gesprächsverweigerung" des Analytikers, worauf wir noch gesondert zurückkommen werden.

Die Unterscheidung von zwei Arten der Kooperation, die wesentlich durch *Zwang* bestimmt oder durch *Interesse* geleitet sein kann, ist natürlich noch sehr grob im Hinblick auf eine Typisierung etwa von gerichtlicher, schulischer oder therapeutischer Kommunikation. Eine weitere Differenzierung läßt sich mit Kellers (1987) Unterscheidungen erreichen, der folgende "*terminologische* Stipulation" vornimmt:

> 1. *Kooperation* und *Kompetition* seien Namen für Handlungsstrukturen.
> 2. *Solidarität* und *Rivalität* seien Namen für Beziehungsstrukturen.
> 3. *Hilfreich* und *konkurrenzlich* seien Namen für Verhaltensdispositionen.
>
> (Keller 1987: 5)

---

10 Offensichtlich ist der Zwang zur Kooperation in Institutionen, die Goffman (1961/1972) als "totale Institutionen" kennzeichnet, die hier weitgehend beiseite gelassen werden müssen.

11 Die Grenzen dieser Wandlungsfähigkeit erweisen sich an der vorherrschenden Schulwirklichkeit, vgl. oben (§ 4.3) und unten (§ 6.5).

Relativ einfach und unstrittig scheinen sich diese Unterscheidungen auf die therapeutische Kommunikation anwenden zu lassen: Die *Handlungsstrukturen* sind solche der *Kooperation*, die *Beziehungsstrukturen* sind solche der *Solidarität* und die *Verhaltensdispositionen* (zumindest des Therapeuten bzw. Arztes) sind die, *hilfreich* zu sein. In der (hoch-)schulischen und gerichtlichen Kommunikation sind die Verhältnisse schon deswegen schwieriger zu bestimmen, weil die Kommunikationssituation insgesamt nicht dyadisch strukturiert ist und auch nicht immer Zielidentität (wie bei der Heilung des Patienten in der Therapie) besteht. Im Fall der (Hoch-)Schule denke man etwa an die Rivalität zwischen Schülern (Studenten) oder auch Lehrern (Dozenten). Vor Gericht ist einerseits die Verhaltensdispositon des Verteidigers gegenüber dem Angeklagten insgesamt als hilfreich zu kennzeichnen, während andererseits zwischen Staatsanwalt und Verteidiger sogar eine interaktionslogisch begründete Kompetition besteht, die mit Rivalität und Konkurrenzlichkeit einhergehen mag: Die Handlungsstrukturen sind im allgemeinen allein schon deswegen solche der Kompetition, weil die Zielsetzung des einen die Zielsetzung des anderen ausschließt, wenn sie jeweils für die Schuld bzw. Unschuld des Angeklagten plädieren, worauf wir noch zurückkommen werden.

Mit der Unterscheidung von zwei Arten der Kooperation, die wesentlich durch *Zwang* bestimmt oder von *Interesse* geleitet sein kann, und weiteren Unterscheidungen, wie sie mit Keller für eine diskurstypenspezifische Analyse nahegelegt sind, ist zugleich die Frage nach der Leistungsfähigkeit eines einheitlichen *Modells der Kooperation* aufgeworfen, wie es beispielsweise von Grice (1975) entwickelt ist. Sein *Kooperationsprinzip* sowie nachgeordnet die *Konversationsmaximen* (der Quantität, Qualität, Relation und Modalität) sind vielfach einer Kritik unterzogen worden, die weit gestreut ist. Die Kritik von Braunroth u.a. (1975) ist grundsätzlich gegen die idealistisch-anthropologische Grundkonzeption des Kooperationsprinzips gerichtet, das sinnvoll nur klassenspezifisch angenommen werden könne. Ähnlich wertet Maas (1976) das Kooperationsprinzip und die Maximen als Ausdruck bürgerlichen Vertrags- und Tauschdenkens, wobei in die einzelnen Formulierungen von Grice eine entsprechende Auffassung von Rationalität eingehe. Von Schütze (1975) wird dagegen die Leistungsfähigkeit eines idealisierenden Modells, das der egalitären Kernstruktur der Kommunikation und elementaren Orientierungen und wechselseitigen Unterstellungen (eben auch von Rationalität) der Gesellschaftsmitglieder Rechnung trägt, gerade betont und das Grice'sche Modell - ähnlich dem Modell der idealen Sprechsituation von Habermas - als extremtypologisches Kontrastmodell auch für die Analyse herrschaftsstrukturierter Kommunikation genutzt.

In der Kritik von Ehlich werden (über Maas hinaus) im wesentlichen drei Einwände vorgetragen, deren gemeinsame Stoßrichtung gegen den universellen

Geltungsanspruch von Grice und die vorschnelle Verallgemeinerung spezieller Kommunikationsfälle abzielt. Der erste Einwand richtet sich gegen die Parallelisierung der Maximen zur Kant'schen Urteils- und Kategorientafel, worauf hier nur verwiesen sei. Der zweite Einwand richtet sich gegen die undifferenzierte Verwendung des Zweck- und Kooperationsbegriffs selbst. Dagegen unterscheidet Ehlich von der *materiellen* Kooperation im Produktionsprozeß zunächst die *materiale* Kooperation, die sich nicht notwendig auf den Produktionsprozeß beziehen muß:

> Die Kooperation im Produktionsprozeß nenne ich die materielle Kooperation. Die Kooperation, die bei der Sprache festgestellt wurde, bezieht sich zwar möglicherweise durchaus auf diese materielle Produktion. Doch ist dies nicht notwendig so. Vielmehr kommt bei ihr ein anderes Verständnis von 'Kooperation' ins Spiel, das den Ausdruck allgemeiner faßt und alle möglichen Formen des Zusammenwirkens menschlicher Aktanten bezeichnet, die einem gemeinsamen Ziel sich unterordnen, einen gemeinsamen Zweck realisieren, welche freilich nicht unbedingt durch Arbeit im ökonomischen Sinn zu realisieren sind. (Ehlich 1987: 27)

Der materiellen und materialen Kooperation gemeinsam ist jedoch die Orientierung auf ein Veränderungsziel, das außerhalb der Kooperation selbst liegt; dies gerade im Unterschied zur *formalen* Kooperation, "die das Zusammenwirken der Aktanten beim sprachlichen Handeln als solches kennzeichnet" (28). Die formale Kooperation bezieht sich auf Zwecke unterhalb der illokutiven Zwecke, so etwa bei der Inanspruchnahme des deiktischen Systems. Nach Ehlich wird von Grice lediglich der Fall der materialen Kooperation thematisiert.[12] Der dritte Einwand von Ehlich nimmt die von Grice selbst gemachten Einschränkungen und Relativierungen unter der Frage der Gültigkeit des Kooperationsprinzips und der Maximen für Kommunikationsfälle auf, die mit der Kennzeichnung als "conversation", "talk exchange" u.ä. nicht oder nicht hinreichend erfaßt werden können. Auch in dieser letzten Kritikperspektive sind komparative Analysen nahegelegt, für die das Grice'sche Modell ein Ausgangsmodell für die Fragestellung sein kann, inwieweit das von ihm formulierte Kooperationsprinzip und die Konversationsmaximen im einzelnen diskurstypenspezifisch suspendiert oder modifiziert werden.

6.2.2 Institutionsspezifische Formen der Kooperation und Kontrolle

Am Beispiel der beiden institutionellen Kommunikationstypen der *gerichtlichen* und *therapeutischen* Kommunikation, die als prototypische Fälle von

---

12 Vgl. zur formalen Kooperation im therapeutischen Diskurs unten (§ 6.2.2) und zur materiellen Kooperation Brünner (1978) und (1987).

Zwangskommunikation bzw. interessengeleiteter Kommunikation charakterisiert wurden, soll der Frage nach der Gültigkeit des Kooperationsprinzips und der Konversationsmaximen im einzelnen nachgegangen werden. Vorangestellt sei eine der variantenreichen Formulierungen der Grundidee von Grice, auf die wir bei der Erörterung der gerichtlichen wie therapeutischen Kommunikation wiederholt zurückkommen werden:

> Our talk exchanges do not normally consist of a succession of disconnected remarks, and would not be rational if they did. They are characteristically, to some degree at least, cooperative efforts; and each participant recognizes in them, to some extent, a common purpose or set of purposes, or at least a mutually accepted direction. (Grice 1975: 45)

Was ist nun aber in institutionellen Diskurstypen wie (1) der *gerichtlichen* und (2) der *therapeutischen* Kommunikation der von allen Teilnehmern (an-) erkannte allgemeine *Zweck* oder wenigstens die wechselseitig *akzeptierte* Richtung? Inwieweit ist das sprachliche Handeln von (Typen von) Teilnehmern in diesen Institutionen als *rational* anzusehen?

6.2.2.1 Gerichtliche Kommunikation

Im Falle der Gerichtskommunikation hat der Zwang zur Kooperation natürlich Auswirkungen auf die Kooperationsformen selbst. So gelangt Penman (1987) in seiner Analyse von "examination and cross-examination episodes of 8 trials" zu einem umfangreichen Satz von neunzehn Regeln, die mit dem Kooperationsprinzip und den Maximen von Grice kompatibel scheinen, er bestreitet aber dennoch oder gerade deshalb (vgl. unten) die Adäquatheit des Grice'schen Modells insgesamt, für das der Begriff des "cooperative effort" (vgl. oben) wesentlich ist. Dagegen wendet Penman im Falle der Gerichtskommunikation ein:

> The talk-exanges in court however, while following the reasoning of Grice's four maxims, appear to be other than a genuinely cooperative effort. A contradiction, in fact appears to exist; viz., that courts need to coerce participants to be cooperative. (Penman 1987: 214)

Der Zwangscharakter der Gerichtskommunikation kommt nun nach Penman einerseits durch die spezifischen Kreuzverhörfragen selbst zum Ausdruck, mit denen der Zeuge gezwungen wird, Informationen nur über Antworten auf geschlossene Fragen zu geben, und andererseits durch die direkten Ermahnungen und Aufforderungen des Richters in seiner Funktion als oberste Kontrollinstanz, eben nur die gestellten Fragen zu beantworten und darüber hinausgehende Informationen nicht zur Kenntnis zu geben bzw. zu nehmen. Die von Penman in seinem Material beobachtete Häufigkeit, mit der in den von

Penman analysierten Fällen Kommunikationsschwierigkeiten auftreten bzw. mit der die Zeugen instruiert werden mußten, in der angemessenen Weise ("properly") zu antworten, "would suggest that adherence to the four maxims is not something that comes 'naturally' or at least not something that is always done in more 'normal' circumstances. The development of the particular devices employed by the courts to ensure adherence to their model further indicates a recognition that people do not normally, or at least do not always, follow such maxims in their everyday talk exchange" (215). Dieser Argumentation, die den zu betreibenden hohen Kommunikationsaufwand zur Sicherstellung der Maximen im Gericht als Indiz *gegen* die relative Geltung der Maximen auch im Alltagsgespräch anführt, kann hier nur bedingt gefolgt werden. Sie verfehlt Art und Zweck der Kooperation vor Gericht, wobei freilich nicht bestritten werden soll, daß die folgenden Spezifizierungen hierzu nicht auch auf Fälle von Alltagskommunikation zutreffen mögen. Auch die Alltagskommunikation ist ja keineswegs immer frei von Zwang, und es gibt nicht nur professionelle und institutionalisierte, sondern auch laienhafte und alltagskommunikative Konzepte des (Kreuz-)Verhörs.

Was ist nun aber im Falle des Verhörs "a common purpose or a set of purposes or at least a mutually accepted direction", welche(n) nach Grice jeder (sic!) Teilnehmer in seinen "cooperative efforts" (an)erkennt? Wenn im Fall des Gerichts überhaupt sinnvoll von einem "allgemeinen Zweck" oder von einer "wechselseitig akzeptierten Richtung" im obigen Sinn von Grice gesprochen werden kann, sind verschiedene Stufen der Kooperation zu differenzieren. In Anlehnung an die allgemeine Konzeption von Rehbein (1977: 116ff.) ist auch für die gerichtliche Kommunikation die *unmittelbare* Kooperation von *höherstufigen* Typen der Kooperation zu unterscheiden. Der Zeuge soll auf der Stufe der unmittelbaren Kooperation, auf der er mit den Agenten der Institution noch ein gemeinsames Handlungs- und Kontrollfeld hat - so daß die Ausführung eines gemeinsamen Handlungsmusters überhaupt möglich ist - dem Diktat und dem Format von geschlossenen Fragen folgen und Antworten geben, ohne den Handlungszweck auf einer höheren Stufe der Kooperation unbedingt zu erkennen, auf der Staatsanwalt und Verteidiger als Agenten mit den Zeugen-Aussagen je nachdem als Entlastungen oder Belastungen des Angeklagten weiter (ver)handeln. Die Agenten ihrerseits kooperieren weiterhin unmittelbar, was die Frage aufwirft, ob Rehbeins Stufen-Konzept hier relational aufzufassen ist. Was sich dem Handlungs- und Kontrollfeld des Zeugen (oder auch Angeklagten) auf einer höherstufigen Kooperation verschließt, bleibt den Agenten auf der Stufe der unmittelbaren Kommunikation uneingeschränkt zugänglich. Auch ihnen gehen aber als Staatsanwälten oder Verteidigern späterhin ihre Handlungs- und Kontrollmöglichkeiten verloren, wenn sich das Gericht bzw. die Geschworenen zu einer wiederum höherstufigen Kooperation der Beratung zurückziehen.

Auf den jeweiligen Stufen der Kooperation, auf denen Staatsanwalt und Verteidiger einerseits mit dem Zeugen bzw. Angeklagten und andererseits untereinander kooperieren, steht die Kooperation im Dienste der *Kompetition* (im Sinne von Keller 1987, vgl. oben § 6.2.1). Es besteht, wie bereits gesagt, in diesem besonderen Fall von Kompetition nicht nur nicht Zielidentität, sondern die jeweiligen Zielsetzungen von Staatsanwalt und Verteidiger schließen sich gegenseitig aus, wenn sie jeweils für Schuld oder Unschuld des Angeklagten plädieren. In diese Kompetition werden Zeugen bzw. Angeklagte bereits hineingezogen, wenn ihre Aussagen in der unmittelbaren Kooperation mit dem Staatsanwalt bzw. Verteidiger bereits prospektiv als Belastungen und Entlastungen auf die Zwecke der höherstufigen Kooperation hin sondiert werden.

Allgemein gilt: Was thematisch relevant oder - institutionsspezifisch gesagt - rechtserheblich, gerichtsverwertbar, beweiserheblich ist oder zur Sache gehört, wird wesentlich von den Agenten der Institution kontrolliert. Hierfür seien drei Beispiele angeführt, die zugleich für die Schwierigkeiten der Klienten stehen sollen, den Konversationsmaximen etwa der Relation oder Quantität vor Gericht angemessen zu folgen, wenn sie offenbar nicht wissen, was der thematische Gegenstand ihrer Aussage überhaupt sein soll oder womit sie ihre Aussage beginnen und beenden sollen, wenn sie mit einer allgemeinen Erzählaufforderung des Richters konfrontiert werden, wie etwa im Fall (6.09), in dem der Richter gegenüber dem Zeugen völlig unspezifiziert äußert: "Erzählen Sie uns was". In diesem relativ einfachen Fall (6.09) wird die anschließende Vergewisserungsfrage des Zeugen ("ich weiß nicht vorab . geht es um ...?") vom Richter lediglich bestätigt ("so ist es"), im zweiten Fall (6.10) begegnet der Richter der Einstiegsfrage des Zeugen ("ganz von vorne"?) mit einer leichten Modifikation ("nicht ganz von vorne"), im dritten Fall (6.11) reagiert der Richter auf die offene W-Frage des Angeklagten ("was wollen Sie hören?") mit einer erheblichen Spezifikation ("ich will erstmal hören, ob..."). Für den Fall (6.11) ist anzumerken, daß ein Dolmetscher (= D) beteiligt ist.

(6.09)
R und Sie sind mit dem Angeklagten nicht verwandt und
☐ nicht verschwägert .
Z ☐ nein
R erzählen Sie uns was .
P ( ) .
R bitte? . Beruf [Berufsbezeichnung] .
Z ja .
R wunderbar .
Z äh ich weiß nicht vorab . geht es um die Sache mit der Kamera [Firmenname] [Stadtname]? .
R so ist es ...
Z ähm da hab ich ihn [Blick zum A] in Begleitung eines anderen . vermutlich auch äh . (...) (aus: Projekt DLJ)

(6.10) R jetzt erzählen Sie mal .
Z ganz von vorne? .
R nicht ganz von vorne . (aus: Projekt DLJ)

(6.11) R ja ja, also erzähl uns mal .
D [arabisch] .
A [arabisch] .
D was wollen Sie hören .
R ich will erst mal hören, ob . die Verstöße äh gegen die . Aufenthaltserlaubnis . stattgefunden haben in [Stadtname A] und [Stadtname B] .
D [arabisch] .
A [arabisch] .
D [arabisch] .
A [arabisch] .
D ( ) .
R bitte .
D das erste Mal, was [Stadtname A] betrifft . wir sind (nachts) gefahren . ich wollte einen kranken . äh Libanesen . in [Stadtname A] besuchen . dann habe ich [Personenname] .
R ja .
D und bei der Rückfahrt sind wir von der Polizei erwischt .
R ja und in [Stadtname B] war er auch? .
D [arabisch] .
A [arabisch ca. 30 Sek.] .
R na, das is aber jetzt'n bißchen arg lang, nur um zu hören, ob er in [Stadtname B] war .
D ja er war da .
R □er war da . gut . also Moment,
D □ ( )
R Herr [Name von D] . nu:r da:s woll'n wir jetzt erst mal wissen .
D er war da .
R er war da . äh könnte man da, Herr Rechtsanwalt, aufnehmen, daß der Angeklagte und sein Verteidiger erklärten, daß die Berufung insoweit, als ihm . Verstoß gegen das Aufenthalts/gegen die Auflage der Aufenthaltserlaubnis äh vorgeworfen wird, auf den Strafausspruch beschränkt werden . ist das richtig . ja . (aus: Projekt DLJ)

Während in den ersten beiden Fällen trotz einer gewissen Einstiegsproblematik die jeweiligen Diskursfortsetzungen unproblematisch sind, so daß jedenfalls aus der Perspektive des Richters zunächst keine korrigierenden Interventionen notwendig werden, sieht sich der Richter im dritten Fall (6.11) zu einer baldigen Intervention veranlaßt, die die weitere Aussage des Angeklagten betreffen, die der Richter relativ zu dem von ihm verfolgten Handlungszweck als übermäßig ausführlich ("ein bißchen arg lang") einschätzt. Wie nachfolgend erhellt, geht es dem Richter um die Vorabklärung eines abtrennbaren Anklagevorwurfs, zu der es lediglich der Beantwortung einer einfachen Entscheidungsfrage (War A in Stadt X?) bedarf, wobei im Bejahungsfalle zugleich der Vorwurf des Verstoßes gegen die Auflage der Aufenthalts-

erlaubnis bestätigt würde. Genau dieser Handlungszweck des Richters, der auf der *höheren* Stufe der Kooperation mit dem Verteidiger auf die Abtrennung eines von mehreren Anklagevorwürfen abzielt, kann vom Angeklagten nicht hinreichend antizipiert werden, weswegen er auf der Stufe der *unmittelbaren* Kooperation, auf der er einer bereits spezifizierten Erzählaufforderung nachzukommen sucht, nicht angemessen kooperieren kann.

Wie alle Aktanten mehr oder weniger erfolgreiche *Hypothesen* über Zwecke höherstufiger Kooperation ausbilden können, so mag natürlich auch der Zeuge oder (der Angeklagte) Hypothesen darüber ausgebilden, ob etwa seine Aussagen auf einer höheren Stufe der Kooperation als Belastungen oder Entlastungen seiner selbst oder anderer fungieren. Diese Hypothesen zu durchkreuzen, kann gerade die Zielsetzung des (Kreuz-)Verhörs sein, in dem schon manch ein Entlastungszeuge zum Belastungszeugen "umgedreht" wurde. Die Sorge vor Verstrickung und ihren (strafrechtlichen) Folgen für sich selbst oder andere erklärt u.a. die Handlungsstrategien des verstockten oder geschwätzigen oder abschweifenden Zeugen oder leugnenden oder geständigen Angeklagten als interessenbedingte Vorsorgestrategie, im Rahmen des Möglichen entsprechend optimalen Nutzen zu erzielen, der den institutionellen Zwecken der Rechtsfindung entgegenstehen mag. So kommt es aufgrund von gegenläufigen Interessen der Aktanten vor Gericht, die sich nicht unbedingt als Interaktions*partner* verstehen, zur diskurs- und rollenspezifischen Ausbildung von *strategischen* Maximen, die nicht unbedingt mit denen von Grice kompatibel sind. Für den Angeklagten gibt Hoffmann (1983) u.a. die folgenden strategischen Maximen an:

(6.12) Sage alles und nur das, was die Interaktionspartner wissen sollen!

(6.13) Realisiere repräsentative Sprechakte, die nicht zur Klasse der kategorischen Behauptungen gehören, nur dann, wenn es unbedingt (z.B. aufgrund der Beweislage) erforderlich ist!

(6.14) Überbrücke Darstellungslücken!

(6.15) Entwickle die Darstellung nicht sukzessiv im Laufe der Verhandlung - je nach Beweislage - sondern beginne (falls möglich) mit einer sorgfältig geplanten, möglichst vollständigen Version, die allenfalls ergänzt oder detailliert, nicht aber schrittweise zurückgenommen und ersetzt werden muß! (Hoffmann 1983: 373ff.)

Es liegt auf der Hand, daß ein Angeklagter eher diesen strategischen Maximen zu folgen geneigt ist als einer uneingeschränkten Wahrheits- bzw. Relevanzmaxime, worauf sich die Agenten der Institution ihrerseits strategisch einzustellen haben.[13] Desgleichen haben sie sich auf einen aus ihrer Sicht

13 Vgl. Luhmann (1969/1983) zur Frage der Zeitfolge von Darstellungen, die selbst zum Gegenstand von taktischen Überlegungen gemacht werden kann, um zur

unkooperativen Zeugen einzustellen. Unter diesem Aspekt sei das Beispiel (6.08) nochmals angeführt, das nicht nur für die vom Richter reklamierte Intaktionsrollenverteilung (vgl. § 6.1.2), sondern zugleich für den Typus des "unkooperativen" Zeugen steht, der etwa spezifischen Maximen wie (6.16) oder (6.17) folgt:

(6.08) R Herr [Name des Dolmetschers], fragen Sie ihn, ob es richtig ist, daß er diese Aussage . bei der Polizei gemacht hat, daß . der [Name des Angeklagten] die Kamera weggenommen und ihm gegeben hat .
D [arabisch] .
Z [arabisch] .
D er hat Gegenfrage . wie lange liegt diese Sache zurück?
R würden Sie äh den Zeugen darauf aufmerksam machen, daß die Rollenverteilung hier so ist, daß ich Fragen stelle und er Antworten gibt .
D [arabisch] . (aus: Projekt DLJ)

(6.16) Gewinne durch Rückfragen (verschiedener Art) Zeit zum Überlegen!

(6.17) Berufe Dich zur Abwehr des Vorwurfs der Inkohärenz von Aussagen, der in einen Vorwurf der Falschaussage münden kann, auf allgemeine menschliche Eigenschaften (wie das Nachlassen des Langzeitgedächtnisses usw.)!

Maximen wie (6.16) oder (6.17) mögen dann greifen, wenn eine Maxime wie (6.15) durch den weiteren Prozeßfortgang bereits überholt ist. Zum Kontext des Beispiels (6.08) gehört, daß der Zeuge, der in derselben Diebstahls-Sache bereits rechtskräftig verurteilt ist, zunehmend sich in Widersprüche zu verstricken und insgesamt in den Verdacht zu geraten droht, entgegen seiner damaligen Aussage bei der Polizei nunmehr vor Gericht den Angeklagten entlasten zu wollen, ohne sich selbst dem Vorwurf der uneidlichen Falschaussage auszusetzen.[14] Die "Unkooperativität" des Zeugen mag also in diesem Fall wesentlich interessegeleitet sein. Aber auch der Typ des unvoreingenommenen, am Fort- und Ausgang der Gerichtsverhandlung desinteressierten Zeugen, der der Wahrheitsmaxime, auf die er ohnehin verpflichtet ist, auch uneingeschränkt nachzukommen bereit sein mag, bereitet den Institutionsvertretern Kooperationsprobleme, obgleich in anderer Hinsicht, wenn er unter Umständen nicht in der Lage ist zu antizipieren, was der Zweck seiner Rede sein soll, z. B. wenn er wie in (6.10) einer unspezifischen Erzählaufforderung nachkommen soll. Der Maxime etwa der Relevanz zu folgen, setzt

---

Überraschung und zu Lasten anderer Argumente in Reserve zu halten, "bis der beste Zeitpunkt für sie gekommen ist" (94).

14 Es sei dahingestellt, inwieweit Strategien des Zeitgewinnens oder der Berufung auf grundsätzliche Erinnerungsbeschränkungen erfolgreich sein können. Im vorliegenden Fall wechselt der Zeuge späterhin zu einer Strategie der Berufung auf Mißverständnisse (hier bei der polizeilichen Vernehmung), und zwar in der hier möglichen Variante der Berufung auf die besondere Verstehensproblematik beim fremdsprachlichen Handeln, vgl. zu dieser Strategie Koerfer (1990).

eine gute Hypothese über die institutionellen Zwecke auf einer höherstufigen Ebene der Kooperation voraus, die aber als Hypothese auf der Stufe unmittelbarer Kooperation häufig schlecht zu gewinnen ist. Die Verletzung von Maximen ist von daher insgesamt naheliegend, und sie werden aus anderen (zumeist guten) Gründen verletzt als aus denen der Erzeugung von Implikaturen im Sinne von Grice, so daß hier insgesamt auch keineswegs die Rationalität der so Handelnden in Zweifel gezogen werden müßte.

Zwar werden alle zuletzt kurz typisierten Zeugen und Angeklagten den Agenten Kommunikationsschwierigkeiten bereiten, diese sind aber primär dem Zwangscharakter der Institution und der Hierarchie von Kooperationen geschuldet, in denen eine maximenkonforme Kooperation von Aktanten sowohl gegen ihre Interessen gerichtet sein als auch an ihren Wissensvoraussetzungen vorbeigehen kann. Im Falle einer solchen sozialen Bedrohung bzw. kognitiven Unterausstattung gegenüber den institutionsspezifischen Zwecken maximenkonform zu kooperieren, kann weder in gerichtlicher noch (im vergleichbaren Fall) der alltäglichen Kommunikation erwartet werden. Genau darauf sind die Agenten der Institution im übrigen professionell mit ihren standardisierten Instruktionen, Korrekturen und sonstigen Kontrolltätigkeiten routinemäßig eingestellt, wofür auch Penmans Materialien und seine Analysen zuallererst ein Indiz liefern. Seine Beobachtungen lassen sich nicht auf das allgemeine Problem der relativen Geltung der Konversationsmaximen im Alltag beziehen, sondern lediglich auf das besondere Problem, wie und mit welchem kommunikativen Aufwand die Agenten in der Institution Gericht dem Kooperationsprinzip und den Konversationsmaximen institutionsspezifisch Geltung verschaffen.

6.2.2.2 Therapeutische Kommunikation

Die relative Geltung des Kooperationsprinzips und der Konversationsmaximen von Grice läßt sich dagegen besonders gut am therapeutischen Diskurs als einem institutionellen Diskurstyp nachweisen, in dem die Alltagserwartungen der Patienten systematisch enttäuscht und die Anwendung ihres Alltagswissens über Diskursregeln der *professionellen* Handlungszwecke wegen regelmäßig scheitern muß. Freud hat in seinen Empfehlungen und Ratschlägen an den behandelnden Arzt in der Frage der möglichen Instruierung des Patienten weitgehend zu Enthaltungen geraten und nur in der Frage der Mitteilung der psychoanalytischen Grundregel eine Ausnahme gemacht, mit der der Patient von Anfang an bekannt zu machen sei. Um dieser Grundregel folgen zu können, muß der Patient - wie Freud formuliert - "in einem Punkte von einer gewöhnlichen Konversation" abweichen. Dieser Punkt erweist sich als sehr komplex. Die folgende vor mehr als sechs Jahrzehnten vor Grice formulierte

Fassung der Grundregel liest sich wie ein *Anti-Maximen-Katalog*, der die alltagspraktisch wirksamen Regeln einer "gewöhnlichen Konversation", die es in der psychoanalytischen Therapie gerade zu mißachten gilt, ex negativo bereits enthält. Freud empfiehlt, dem Patienten zu Beginn der Therapie die Grundregel etwa in dieser Form mitzuteilen:

> Noch eines, ehe Sie beginnen. Ihre Erzählung soll sich doch in einem Punkte von einer gewöhnlichen Konversation unterscheiden. Während Sie sonst mit Recht versuchen, in Ihrer Darstellung den Faden des Zusammenhangs festzuhalten, und alle störenden Einfälle und Nebengedanken abweisen, um nicht, wie man sagt, aus dem Hundertsten ins Tausendste zu kommen, sollen Sie hier anders vorgehen (...) Sie werden versucht sein, sich zu sagen: Dies oder jenes gehört nicht hierher, oder es ist ganz unwichtig, oder es ist unsinnig, man braucht es darum nicht zu sagen: Geben Sie dieser Kritik niemals nach und sagen Sie es trotzdem (...) Sagen Sie also alles, was Ihnen durch den Sinn geht. (Freud 1913/1970ff.: 194)

Die Formulierungen von Freud lassen sich im einzelnen unschwer den Maximen und Sub-Maximen von Grice zuordnen, wenn davon die Rede ist, daß man *sonst zu Recht den Faden des Zusammenhangs festhalten* ('Be relevant') und *störende Einfälle und Nebengedanken abweisen* ('Be orderly') und *nicht vom Hundertsten ins Tausendste kommen* solle ('Avoid overinformativeness', 'Be brief'); und daß man versucht sein werde, sich zu sagen, daß *dies oder jenes nicht hierher gehöre oder unwichtig oder unsinnig sei* ('Be relevant').[15] Es ist klar, daß die Verletzung derartiger Maximen den Erfolg solcher Diskurstypen in Frage stellt, deren wesentliche Handlungszwecke wie bei Informations- und Argumentations-Diskursen eben nicht dadurch erreicht werden können, daß man sagt, was einem in den Sinn kommt. Dagegen hatte Freud einen anderen Typ im Auge, nämlich den Assoziations-Typ, durch den eben überhaupt erst das therapeutisch relevante Material sich entwickeln kann, das ansonsten aufgrund einer rationalen Themenkontrolle blockiert wäre oder verstellt bliebe. Weiterhin scheint Freud hier eine entsprechende Hypothese hinsichtlich der Stärke der Gültigkeit von Alltagsdiskursregeln gehabt zu haben (vgl. oben: "Geben Sie dieser Kritik niemals nach"), wenn er sowohl diese Alltagsdiskursregeln wie ihre Negation im psychoanalytischen Diskurs für den Patienten so ausführlich expliziert. Offenbar ist der Widerstand gegen die Suspension von alltäglich eingeschliffenen Diskursregeln und Konversationsmaximen antizipierbar, und er läßt sich in empirischen Analysen gut nachweisen (vgl. im einzelnen Koerfer/Neumann 1982). In vielfältigen Formen unterziehen die Patienten den psychoanalytischen Diskurs einer *Akzeptabilitätsprüfung*, in der sie die vom Alltag her gewohnten Diskursregeln

---

15 Den Formulierungen von Freud ist natürlich ebensowenig Trennschärfe abzugewinnen wie der Grice'schen Formulierung der Maximen, wie dies Grice im übrigen wiederholt zugesteht (z.B. 1975: 46, zum Verhältnis von Maximen der Quantität und Relation).

und Konversationsmaximen, die sie in zahlreichen Varianten umgangssprachlich formulieren, wieder zur Geltung zu bringen suchen.

Die Kritik an der Suspension oder auch nur Modifikation einzelner Diskursregeln bzw. Konversationsmaximen kulminiert aus der Patientenperspektive im wesentlichen in der so erlebten Themen- und Planlosigkeit des Gesprächs und defizitären Kooperativität des Analytikers, was die beiden Seiten nur einer Medaille sind: Über weite Strecken der Therapie besteht die Aktivität des Analytikers lediglich aus einer *formalen* Kooperation (im Sinn Ehlichs 1987, vgl. oben § 6.2.1), in der der Patient einen gleichbleibend aufmerksamen Zuhörer findet, der den Erzähl- und Assoziationsfluß des Patienten nur selten unterbricht, indem er sich gelegentlich und sparsam gewisser Prozeduren der Verständnissicherung bedient, und der sich ansonsten auf den mehr oder weniger häufigen Gebrauch von Interjektionen wie 'ach', 'ahja', 'hm' usw. beschränkt. Bis zu einem fortgeschritteneren Stadium der Analyse, in dem der Entwicklungsstand reif für Konfrontationen und Deutungen des Analytikers ist, ist der Patient also im Stadium der bloß formalen Kooperation wesentlich auf sich selbst gestellt: Ihm allein obliegt die Themenprogression, die er mangels *materialer* Kooperation durch seinen Gesprächspartner quasi "ins Blaue hinein" betreiben muß. Ein 'allgemeiner Zweck' oder zumindest eine 'wechselseitig akzeptierte Richtung' des Gesprächs (im obigen Sinne von Grice) ist für den Patienten im Stadium bloß formaler Kooperation, das sich je nach Entwicklung im weiteren Verlauf von Therapien wiederholen kann, nicht auszumachen. Es liegt auf der Hand, daß nachgordnet Maximen wie 'Be relevant' oder 'Be orderly' nicht erfüllt werden können. Es fehlt zunächst ein anerkannter Themenkomplex, auf den hin der Patient mögliche Erzählbeiträge sondieren, gewichten, ordnen und klar formulieren könnte.[16] Aus einem umfangreichen Belegmaterial (vgl. Koerfer/Neumann 1982) seien die folgenden Beispiele ausgewählt, die die Schwierigkeiten der Patienten im Umgang mit bestimmten (Sub-)Maximen der Relation bzw. Modalität verdeutlichen, die ja gerade zugunsten der psychoanalytischen Grundregel suspendiert werden sollen.

(6.18) P ja mir . ist bezüglich dem/dem Thema, um das es ging . nichts mehr eingefallen . und dann/dann war ... war eben ... diesbezüglich Gedankenstille und/und . danach haben dann irgendwelche andere Gedanken eingesetzt, die/die vollkommen nebensächlich waren und eigentlich mit der ganzen Sache nix zu tun haben .

(6.19) P (...) ich kann mich auch sonst sehr gut ausdrücken und sehr flink, aber, ich überleg das auch jetzt, na, daß ich manchmal, grad wenn ich hier

16 Daß sich für den Analytiker in den Erzählungen gerade ein latenter Themenkomplex allmählich herausschält und stabilisiert, der die Lebensproblematik des Patienten betrifft, steht auf einem anderen, für den Patienten zunächst "leeren" Blatt.

liege, rede, und dann kommt ein Gedanke dazwischen, der wohl zu tun hat mit dem, was ich grade rede, aber der Klarheit vielleicht später gesagt werden sollte .

(6.20) P ja, ich weiß nich, also also meine Gedanken sind eigentlich ziemlich ungeordnet . (13) .
A das macht nichts, Sie können sie ja ungeordnet mitteilen . (aus: Koerfer/Neumann 1982: 127f.)

Das Beispiel (6.20) macht zugleich deutlich, wie der Analytiker mit einer impliziten Instruktion ("das macht nichts, Sie können sie ja ungeordnet mitteilen") den Patienten - im Unterschied zu einer expliziten Instruktion wie zu Therapiebeginn - in der laufenden Interaktion gleichsam zur Maximenverletzung ermuntert und damit indirekt auf die psychoanalytische Grundregel rückverpflichtet. Der Analytiker reagiert auf eine vom Patienten gezeigte Irritation im Umgang mit der Grundregel, indem er diese durch Wiederaufnahme von Ausdrücken des Patienten ('Gedanken, die ungeordnet sind, ungeordnet mitteilen') gleichsam in der Sprache des Patienten reformuliert.

Das Hauptproblem der Patienten, auf das die anderen Schwierigkeiten im Umgang mit weiteren Konversationsmaximen rückführbar sind, ist offensichtlich die *Themenwahl*, wofür in expliziter Form Beispiel (6.18) steht. Grice selbst erörtert im Zusammenhang mit der Maxime der Relevanz auch kurz das Problem, daß im Diskursverlauf Themen legitimerweise gewechselt werden können (1975: 46). Trotz möglichen Themenwechsels sind Diskursteilnehmer normalerweise zu einer gewissen thematischen Diskurskohärenz angehalten, die mit der allgemein anerkannten Verpflichtung auf 'den roten Faden' eines Gesprächs wechselseitig oder im Falle entsprechender institutioneller Regelungen, wie in der gerichtlichen Kommunikation, einseitig kontrolliert und gegebenenfalls eingeklagt werden. In der gerichtlichen Kommunikation mag ein Zeuge sich sogar darin fügen, daß - wenn schon nicht er selbst, so doch - andere, nämlich die Institutionsvertreter einen 'roten Faden' über seinen Aussagen herstellen. Die Schwierigkeiten des Patienten in der psychoanalytischen Therapie resultieren nun gerade daraus, daß eine solche wechselseitige oder auch nur einseitige Kontrolle fehlt, obgleich eine geeignete Kontrollinstanz qua institutioneller Autorität des Analytikers gegeben scheint. Dessen Funktion erstreckt sich zwar auf die Kontrolle des psychoanalytischen settings insgesamt, auf den formalen Ablauf, die Regelmäßigkeit und Terminierung der Therapiesitzungen, nicht aber auf deren Themenverlauf, worin Lakoff gerade eine für die psychoanalytische Therapie charakteristische Paradoxie erkennt:

(...) the analyst has the power to determine how the discourse shall proceed, and exercises this power by *allowing* it to proceed at the patient's whim. Moreover, although the analysist thus controls the discourse, he does not directly control choice of topic. He governs the inception and termination of the discourse, but not

> the subject-matter. Thus we are dealing with a conversational situation replete with paradox. The one who appears to hold the power does not hold it. (Lakoff 1980: 11)

Diese Paradoxie der Situation erklärt auch die Ambivalenz der Patienten-Reaktionen darauf, den gewährten Handlungsspielraum nicht nur nutzen zu können, sondern nutzen zu müssen. Die durch die Grundregel nicht nur garantierte, sondern oktroyierte Gesprächsinitiative und frei assoziative Themenwahl, die von der Verpflichtung auf einen roten Faden entbindet, stellen den Patienten regelmäßig vor das Problem, an der jeweiligen Stelle die Richtung des Gesprächs entgegen den Alltagsgewohnheiten ohne die Kontrolle durch einen Gesprächspartner ratifizieren zu müssen. Dies ist offenbar schwer durchzuhalten. In regelmäßigen Abständen klagen die Patienten eine irgendwie geartete, aber jedenfalls gemeinsam ratifizierte Gesprächsordnung ein, an die die alltagsweltliche Vorstellung von Gesprächsnutzen wesentlich geknüpft ist. Mit der vom Patienten so erlebten 'Planlosigkeit' des Gesprächs wird häufig zugleich die Effektivitätsfrage verbunden, und zwar ganz in Maßstäben der Alltagserwartung, wie sie Lakoff beschreibt: "In ordinary conversation, it is the single encounter, since within the span, we must achieve satisfaction of our aims, must come out to the encounter with whatever we went into it hoping for" (1981: 24). Die Übertragung dieser Erwartungs- und Erfolgsperspektive muß im Falle der psychoanalytischen Therapie notwendig scheitern, wenn man als Gesprächseinheit einzelne Analysestunden bilanziert, was ein Patient exemplarisch so formuliert:

(6.21) aber es ist nichts, was mich/mich ... in Richtung ahm . daß ich davon was hab'. daß ich im ah . aus der Stunde profitieren kann. (aus: Koerfer/Neumann 1982: 133)

Aus der Alltagsperspektive ihres Diskurswissens muß der psychoanalytische Diskurs den Patienten zunächst irrational und folglich jeder Widerstand gegen die neuartigen Diskursregeln rational erscheinen. Der Nutzen, der erst langfristig und bei konsequenter Befolgung der psychoanalytischen Grundregel gegen das sozialisierte Alltagswissen über Diskurse aus einem so andersartigen Diskurs-Typ wie der Psychoanalyse gezogen werden kann, ist offenbar schwer antizipierbar. Zwar formuliert Freud in seiner Grundregel-Mitteilung vorab die Abweichung "von einer gewöhnlichen Konversation" (vgl. oben), er enthält sich aber aller Vorteilsangaben und positiven Bestimmungen des psychoanalytischen Diskurses. Offenbar sind diese für den Patienten vor aller Erfahrung nicht einsichtsfähig formulierbar. Vielmehr verlangt Freud dem Patienten eine "wait-and-see"-Perspektive ab, wenn er unmittelbar im Zusammenhang mit der oben zitierten Grundregel-Mitteilung ausführt: "Der Grund für diese Vorschrift - eigentlich die einzige, die Sie befolgen sollen - werden Sie später erfahren und einsehen lernen" (1913/1970: 194). Genau dies

ist der Kredit, den der Patient vor aller Erfahrung dem psychoanalytischen Diskurs einräumen muß, bevor er die andersartige Gesprächsordnung wie auch ihre Zweck- und Sinnhaftigkeit durch weitere Gesprächserfahrung erkennen und damit die Vorstellungseinheit von Gesprächsordnung und Gesprächsnutzen wiederherstellen kann. Was sich also zuvor auf der Stufe der unmittelbaren Kooperation wiederholt als Fehlschlag darstellen muß, wird sich erst späterhin als Erfolg herausstellen können. Die gemeinsamen Anstrengungen von Patient und Therapeut werden sich gleichsam in einer Kooperation zweiter Stufe auszahlen, auf die hin im Vorgriff zu handeln ist (vgl. Flader/Grodzicki 1982 und Ehlich 1990). Diese Kooperation zweiter Stufe wird in fortgeschrittenen Gesprächsphasen erst dann faktisch wirksam, wenn der therapeutische Prozeß zur Abgabe und Annahme von Deutungen als spezifisch therapeutischen Handlungen gereift ist. Auf dem mühevollen Weg dorthin geben die Patienten auf der Stufe unmittelbarer Kooperation zunächst ein beredtes Zeugnis von der alltagspraktischen Wirksamkeit allgemeingültiger Diskursregeln und Konversationsmaximen, deren Mißachtung gegen die Widerständigkeit stabilisierten Alltagswissens über Kommunikation erst mühsam erlernt werden muß.

6.3 Privatheit versus Öffentlichkeit

Auch unter dem Aspekt der Öffentlichkeit gibt es einen fundamentalen Unterschied etwa zwischen der gerichtlichen und therapeutischen Kommunikation.[17] Die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlung ist gesetzlich garantiert und kann nur in besonderen Fällen eingeschränkt werden (vgl. §§ 169ff. GVG). Sinn und Zweck dieser Regelung ist die Berücksichtigung öffentlichen Interesses sowie die Gewährleistung öffentlicher Kontrolle. Im Prinzip soll eben in der Rechtssprechung der Öffentlichkeit nichts verborgen bleiben, das Verfahren insgesamt transparent sein. Von Ausnahmefällen abgesehen rangiert dieses Prinzip der Öffentlichkeit höher als etwa das Bedürfnis des Angeklagten nach Wahrung seiner Anonymität und Intimität. Dagegen ist für therapeutische Kommunikation, die in ihrer klassischen psychoanalytischen Ausrichtung strikt dyadisch strukturiert ist, der Ausschluß der Öffentlichkeit konstitutiv, und zwar in doppelter Hinsicht. Es sind nicht nur faktisch Dritte ausgeschlossen, sondern die Öffentlichkeit soll nach Möglichkeit auch als öffentliche Meinung und Kritik, die der Therapeut stellvertretend zu äußern versucht sein könnte, ausgeschlossen bleiben. Freud (1912) hat solche Versuchungen zu

17 Die Vergleichshinsicht der Öffentlichkeit/Privatheit wird auch von Lakoff (1992) in ihren Analysen geschlechtsspezifischen Gesprächsverhaltens in den beiden Institutionen Justiz und Psychotherapie als wesentlich herausgestellt.

moralischem Urteil und erzieherischem Ehrgeiz antizipiert und zur Abstinenz aufgefordert.

Mit der psychoanalytischen Grundregel und Abstinenzregel insgesamt soll dem Patienten gerade abweichend vom Alltagsgespräch die Möglichkeit eröffnet werden, seine Einstellungen (nicht zuletzt auch zum therapeutischen Gesprächspartner selbst) unzensiert und ohne die Gefahr von wie auch immer indirekten Sanktionen mitzuteilen. Der Patient soll sich gleichsam in einem *repressionsfreien Reservat* bewegen können, "in dem für die Dauer der Kommunikation zwischen Arzt und Patient die 'Ernstsituation', also der Druck der gesellschaftlichen Sanktionen, so glaubhaft als möglich außer Kraft gesetzt ist" (Habermas 1968: 306). Beichtgeheimnis und ärztliche Schweigepflicht, die beide nur in besonderen Fällen aufgehoben werden dürfen,[18] verweisen auf weitere institutionelle Interaktionsformen, bei denen der Schutz der Privatsphäre höher rangiert als öffentliches Interesse und öffentliche Kontrolle.

Öffentlichkeit spielt darüber hinaus auch als eigens adressierte Öffentlichkeit eine bedeutende Rolle. Auf die besondere Rolle der Öffentlichkeit in massenmedialen Interviews verweist Dieckmann (1981: 217ff.) in seiner Kritik an Interviewanalysen,[19] in denen das Interview auf das dialogische Modell von Frage-Antwort-Sequenzen verkürzt und der zuhörende oder zuschauende Dritte radikal abgeschnitten wird, "obwohl seine Anwesenheit ganz erheblichen Einfluß auf das kommunikative Geschehen im Binnendialog ausübt, ja obwohl das Kommunikationsereignis ohne ihn gar nicht stattfände" (218). Um die Mehrfachadressierung von Äußerungen zu berücksichtigen, die nicht nur Antworten auf Interviewfragen darstellen, sondern diese Fragen als Aufhänger etwa zu Persuasionsversuchen gegenüber dem Publikum funktionalisieren können, führt Dieckmann den Begriff der *trialogischen Kommunikation* ein, dessen Relevanz er für weite Bereiche öffentlich-institutioneller Kommunikation generalisiert.[20] Für den exemplarischen Fall der Parlamentsdebatte stellt Dieckmann gedankenexperimentell sogar die Frage, ob sie heute überhaupt noch stattfände, wenn es keine Massenmedien

---

18 Einschlägig ist das Zeugnisverweigerungsrecht aus beruflichen Gründen (§ 53 StPO), das sich auch auf weitere Berufe (Rechtsanwalt, Apotheker, Steuerberater usw.) erstreckt.

19 Dieckmann bezieht seine Kritik exemplarisch auf die Interviewanalysen von Schwitalla (1979), wobei allerdings die Frage ist, ob Dieckmann seine Kritik nicht überzieht angesichts der von Schwitalla eingeschränkten Fragestellung, für die auch Dieckmann einen eigenen Erkenntniswert zugesteht.

20 Wie Dieckmann an anderer Stelle (1985) ausführt, ergeben sich für die empirische Analyse trialogischer Kommunikation allerdings erhebliche methodische Probleme des Nachweises, worauf hier nur verwiesen werden kann; vgl jedoch oben (§ 3.5) zum allgmeinen Problem des Nachweises von verdeckten Intentionen und Strategien.

gäbe. Dahinter steht wohl die Auffassung, daß spätestens bei dieser Form öffentlich-institutioneller Kommunikation nicht nur die primären und sekundären Adressaten vertauscht sind, sondern die unmittelbaren Teilnehmer an der Debatte nur noch formal adressiert werden. So muß oder soll etwa die Regierung auch gar nicht von der Unrichtigkeit ihrer Politik überzeugt werden, sondern diese Politik lediglich zur Stärkung der Opposition vor der Öffentlichkeit (als potentiellen Wählern) kritisiert oder angeprangert werden.

Weiterhin will Dieckmann "Öffentlichkeit" nicht nur als Massenöffentlichkeit verstanden wissen. Entsprechend wendet er den Begriff der trialogischen Kommunikation sowohl auf Teilöffentlichkeiten (wie Parteien, Fraktionen, Verbände) als auf kommunikatives Handeln an, "das nicht manifest öffentlich ist, jedoch öffentlich gemacht werden kann. Diese Ausweitung mag sich deshalb als fruchtbar erweisen, weil es eine plausible Hypothese ist, daß die Möglichkeit der Veröffentlichung das kommunikative Verhalten der Akteure auch dann beeinflußt, wenn die Kommunikation zunächst hinter geschlossenen Türen stattfindet" (1980/1981: 219). In diesem Sinne "potentiell öffentlich" sei das gesamte Handeln zumindest in den politischen Institutionen. In diesem Zusammenhang und an anderer Stelle (1980/81) verknüpft Dieckmann eine Ausarbeitung des Modells der trialogischen Kommunikation mit der Theorie der "Doppelung der Realität des Politischen", wie sie von dem amerikanischen Politikwissenschaftler Edelman entwickelt wurde, worauf hier nur verwiesen werden kann. Für unsere Zwecke festzuhalten sind Dieckmanns (1980/81) anschließende Unterscheidungen hinsichtlich der Doppeladressierung in trialogischer Kommunikation. In der Analyse der verschiedenen Ausprägungen des Adressatenbezugs seien mindestens zu unterscheiden:

- der direkt Angesprochene und der indirekt Angesprochene;
- der primär Gemeinte und der Mitgemeinte (eine Unterscheidung, die quer zur erstgenannten steht);
- die Sonderform der echten Doppeladressierung, die die Unterscheidung eines primär und eines mitgemeinten Adressaten nicht erlaubt;
- der Wechsel der direkten/indirekten Adressierung bzw. des primär/mitgemeinten Adressaten im Verlauf von Äußerungssequenzen bzw. Diskursen. (Dieckmann 1980/81: 267)

Obgleich die Hochschulkommunikation von Dieckmann nicht eigens erwähnt wird, sind seine Bestimmungen trialogischer Kommunikation und seine Unterscheidungen hinsichtlich der Adressierung auch für diesen Typ institutioneller Kommunikation durchaus einschlägig. Den von Dieckmann erwähnten Fällen trialogischer Kommunikation am nächsten kommt die Podiumsdiskussion, die ja selbst in bestimmten Formen akademischen Austauschs (z.B. wissenschaftlichen Tagungen) fest etabliert ist. Podiumsdiskussionen sind jedoch nicht unbedingt an die äußere Form des situativen Arrangements ge-

bunden, sondern können auch in Form von repetitiven Diskussionsrunden zwischen wenigen (selbst-)ernannten "Experten", die "das Wort führen", vor der (übrigen) Seminaröffentlichkeit stattfinden. Auch hier wird sicherlich - um den einschlägigen metaphorischen Ausdruck zu benutzen - mehr oder weniger stark und häufig "zum Fenster hinaus geredet". Der Begriff der Seminaröffentlichkeit selbst, der ja auch von den Hochschulangehörigen verwendet wird, ist zunächst in Dieckmanns Sinn von *Teilöffentlichkeit* zu verstehen. Darüber hinaus sind universitäre Veranstaltungen (Vorlesungen, Seminare, Colloquien, Tagungen) trotz institutioneller Regelungen der Teilnahmeberechtigung bzw. -zahlenmäßigen Beschränkung häufig faktisch für jedermann zugänglich. Die Teilnehmer haben mit einer potentiellen Öffentlichkeit auch in der Hinsicht zu rechnen, daß schrifliche wie mündliche Beiträge nach außen weitergegeben bzw. berichtet werden. Über Dieckmann hinaus zu ergänzen ist, daß die Teilnehmer (auch in kleinen und "intimen" Seminaren) selbst auferlegten internalisierten Schreib- und Redestandards folgen, die in der Wissenschaftler-Gemeinschaft normative Geltung haben. Selbst wenn formalhafte Wendungen wie

(6.22) in Kladde geredet
(6.23) unter uns gesagt
(6.24) vorläufig formuliert
(6.25) lax gesagt
(6.26) ins Unreine gesprochen

gebraucht werden, sind Diskussionsbeiträge in der Hochschule im Prinzip an einem Modell "öffentlichkeitsfähiger Kommunikation" orientiert: Sie sollen nach Form und Inhalt der öffentlichen Kritik standhalten können. Aufgrund dieser wesentlichen Eigenschaft von Hochschulkommunikation, im Prinzip öffentlichkeitsfähig zu sein, ist auch die Wirksamkeit des Beobachterparadoxons als vergleichsweise gering einzuschätzen (vgl. Koerfer 1985), sofern einem Diskurstyp mit erhöhter Aufmerksamkeit und Selbstkontrolle im Sinne einer Öffentlichkeitswirkung gerade das besondere Erkenntnisinteresse gilt.

6.4 Aushandlungsprozesse als Problemlösungsverfahren

Während nun etwa die Zulassung oder der Ausschluß der Öffentlichkeit im Gericht entsprechend der einschlägigen rechtlichen Regelungen (§§ 169ff. GVG) auch aushandelbar ist, steht die Frage der Öffentlichkeit in der psychoanalytischen Therapie erst gar nicht zur Disposition. Zur Klärung der Frage, was in bestimmten Institutionen überhaupt aushandelbar ist, bedarf es der Klärung des Handlungsspielraums, innerhalb dessen sich die Handelnden überhaupt nur bewegen können. Darüber hinaus bedarf es der Klärung der Frage, was jeweils als "ihre" Intentionen aufzufassen ist, die sie gegebenen-

falls in Aushandlungsprozessen zur Geltung zu bringen suchen. Das Problem des Zusammenhangs von Intentionen und Handlungsspielräumen in Institutionen war vorausgehend bereits unter den verschiedenen Aspekten der *Normativität* des Handelns (§ 2.3.2), der *Handlungsfreiheit* (§ 2.3.3) sowie *Kompetenz* und *Verantwortlichkeit* von (Typen von) *Handlungssubjekten* (§ 4.2) erörtert worden und soll hier lediglich an einem Beispiel von von Wright nochmals illustriert, erläutert und spezifiziert werden:

> Wir sehen einen Polizisten in einen Wagen springen und davonrasen. Warum verhält er sich so? Man sagt uns, er beabsichtige, den Dieb zu fangen, den er auf der Straße habe wegrennen sehen. Warum soll er diese Intention haben? Als Privatmann mag er sich geneigt fühlen, den armen Mann laufen zu lassen. Doch seine Rolle als Polizist "bürdet" ihm diese Absicht auf - mit allen Handlungen, die sich aus Überlegungen über die Mittel zur Verwirklichung der Absicht ergeben. Wenn er dies nicht erkennt und nicht entsprechend handelt, läuft er Gefahr, entlassen oder gar bestraft zu werden. (von Wright 1976/77: 146)

Für von Wright ist dies ein prototypisches Beispiel für Handlungen, die auf äußere Determinanten zurückzuführen sind. Der Polizist handelt unter großem normativen Druck, dem er sich in diesem Fall ebensowenig entziehen kann wie etwa dem direkten Befehl seines Vorgesetzten. Weitere Fälle des jeweiligen (Sub-)Typs hatten wir bereits mit der Unterscheidung von *normativischen* bzw. *imperativischen* Handlungserklärungen angeführt, die es gegen *voluntativischen* Handlungserklärungen abzugrenzen galt.[21] Für die empirische Analyse waren vorausgehend allerdings Zuordnungsprobleme benannt worden, denen hier weiter nachgegangen werden soll.

6.4.1 Pflichten und Neigungen

Empirisch gegebene Fälle sind häufig komplexer als das von Wright'sche Beispiel, so wie es jedenfalls von ihm konstruiert ist. Das Beispiel ist sicherlich unstrittig hinsichtlich der Interpretation der "aufgebürdeten" Intention und verbleibenden Handlungsmöglichkeiten, sofern man die Furcht vor Sanktionen, die es legitimerweise zu vermeiden gilt, als Prämisse zugesteht und auch sonst keine besonderen Annahmen macht. Es sind allerdings Umstände denkbar, unter denen der Polizist den Dieb laufen läßt, z.B. wenn er sich unbeobachtet wüßte oder wenn er glaubhaft machen könnte, daß eine Verfolgung des Diebes chancenlos geblieben wäre, er jedenfalls als Polizist keine Sanktionen zu befürchten hätte. Der unterstellte Konflikt ließe sich dann

---

21 Vgl. oben § (2.3.2-3), es sei darin erinnert, daß diese Unterscheidung quer zu der Unterscheidung von institutionellen und nicht-institutionellen Handlungen stand; im folgenden sollen nur institutionelle Handlungsfälle interessieren.

- um eine traditionsreiche Ausdrucksweise unprätentiös zu gebrauchen[22] - als Konflikt zwischen *Pflicht* und *Neigung* kennzeichnen, den nicht der Polizist entsprechend der Pflicht, sondern den der Privatmann entsprechend der Neigung entscheiden könnte. Sollte er aber bei anderer Neigung als Polizist seiner Pflicht nachgekommen sein, wird uns das nicht weiter verwundern. Die Berufung auf Pflichten würden wir in diesem Fall akzeptieren.[23] Wir müssen jedoch insgesamt mindestens drei Fälle unterscheiden, in denen sich jemand auf seine Pflicht beruft. Die Berufung auf Pflichten kann zur Rechtfertigung von Handlungen dienen, die

(1) nicht den Neigungen entsprechen
(2) nur den Neigungen entsprechen
(3) auch den Neigungen entsprechen

Der Fall (1) ist der von von Wright unterstellte Fall. Der Polizist handelt gemäß seiner Pflicht und entgegen seiner Neigung. Im Fall (2) haben wir es mit vorgeschobenen Gründen zu tun, wie sie in allen möglichen Formen von (Selbst-)Täuschung vorkommen können. Im Fall (3) steht der erwähnte Polizist erst gar nicht vor einem Konflikt. Er handelt im Einklang mit seiner Neigung. Wir hatten bereits im Zusammenhang mit der Erklärung bestimmter institutioneller Handlungen (in § 2.3.2) dem Umstand Rechnung getragen, daß die Bereitschaft etwa zur Übernahme eines bestimmten Amtes als grundsätzlich erklärte Bereitschaft aufzufassen ist, bestimmte *wiederkehrende Handlungen derselben Art* zu vollziehen. Für viele Fälle institutionellen Handelns kann typischerweise unterstellt werden, daß die Pflichten und Neigungen der Handelnden zusammenfallen. Nur im Zusammenfall (3) von Pflicht und Neigung können wir - sofern es sich in einem relevanten Sinn überhaupt lohnt, von Intentionen zu reden - undifferenziert von der Intention eines Handelnden reden. Im Konfliktfall (1), in dem die Pflicht eines Handelnden seinen Neigungen entgegensteht, und im (Selbst-)Täuschungsfall (2), in dem ein Handelnder sich bzw. andere über seine wahren Gründe täuscht, müssen wir eine Unterscheidung treffen und - sofern es um die Neigungen eines Handelnden geht - in Ermangelung einer bewährten Terminologie hilfsweise und je nach Akzent von seinen individuellen, subjektiven, privaten oder

---

22 Vgl. oben (§ 1.4) zur Rechtfertigung einer z.T. relativ altmodischen Terminologie, an der hier aus handlungstheoretischer Sicht gerade entgegen der Polemik von Luhmann (1964/72: 19) gegen die "alte Auslegungs- und Gehorsamkeitsperspektive" festgehalten werden soll.

23 Daß nicht alle Handlungen unter Berufung auf Pflichten (bzw. die legitime Abwehr drohender Sanktionen) rechtfertigt werden können, war bereits oben (§ 4.1) mit Hinweis auf die Diskussion um den Befehlsnotstand angemerkt worden. Mit den nachfolgenden Unterscheidungen wird die breit gefächerte Diskussion um das Problem der Hierarchie und Konkurrenz von Normen und (letzten) Werten arg verkürzt.

persönlichen Einstellungen bzw. Intentionen reden,[24] wofür nachfolgend weitere Gründe angeführt werden sollen.

6.4.2 Handlungsalternativen und Handlungswahl

Im kritischen Urteil von Kollegen oder Klienten gelten Institutionsvertreter (wie Lehrer, Richter, Fahrprüfer, Bundestagspräsidenten) als *gerecht* oder *tolerant* oder *streng* oder *penibel* oder *korrekt* oder *scharf* oder eben als *ungerecht*, *intolerant* usw. In derartigen Urteilen kommt bereits alltagspraktisch die Unterstellung zum Ausdruck, daß die Beurteilten nicht immer, aber doch häufig Ermessens-, Entscheidungs- und Handlungsspielräume haben, die sie entsprechend ihrer individuellen Einstellungen und Intentionen unterschiedlich nutzen. Hinsichtlich der Erwartbarkeit von kritischen Urteilen sind jedoch mehr oder weniger trennscharf zwei Fallgruppen zu unterscheiden. Daß ein Bundestagspräsident (A) einen Minister vereidigt, wird niemand verwundern, wohl aber, daß er (B.1) dem Abgeordneten der einen Partei wegen seiner "verbalen Entgleisungen", die die "Würde des Hohen Hauses" verletzen, kurzfristig das Wort entzieht und eine Rüge erteilt und (B.2) im vergleichbaren Fall des Abgeordneten einer anderen Partei (gegen die lautstarken Proteste der Opposition) zur Weiterrede auffordert. Ebenso wird niemand verwundern, daß ein Mathematik-Lehrer (A) eine Rechenaufgabe stellt, wohl aber, daß er (B.1) den einen Schüler wegen seiner spontanen Antwort als "vorlaut" tadelt und (B.2) den anderen Schüler im vergleichbaren Fall als "fix" lobt. Desgleichen wird niemand verwundern, daß ein Polizist (A) bei einem Verkehrsunfall die Personalien der Beteiligten sowie der Zeugen feststellt, wohl aber, daß er bei einem kleinen Verkehrsdelikt wie dem Falsch-Parken (B.1) den einen Parksünder mit einem Bußgeldbescheid belegt und (B.2) den anderen Parksünder im vergleichbaren Fall lediglich verwarnt oder belehrt.

---

[24] Dittmann (1979) und Dieckmann (1981), deren Ausführungen zur Frage des Handlungssubjekts und seinen Intentionen in Institutionen mit den hier angestellten Überlegungen vereinbar zu sein scheinen, sprechen einheitlich von subjektiven Intentionen. In jedem Fall handelt es sich um terminologische Krücken, weil die gängigen Oppositionen (subjektiv-objektiv, individuell-kollektiv, privat-öffentlich, persönlich-unpersönlich) in bezug auf Intentionen Mißverständnisse schüren und nicht beseitigen, wie die obige Diskussion (in §. 3) gezeigt hat.

Die jeweiligen A-Fälle bzw. B-Fälle haben untereinander nicht unbedingt in jeder Hinsicht denselben Status und können die gemeinte "Zwangs"- bzw. "Willkür"-Praxis in Institutionen bestenfalls illustrieren. Die A-Fälle sind wesentlich dadurch gekennzeichnet, daß die Handelnden in verschiedener Hinsicht keine Wahl haben. Der Bundestagspräsident muß einen zuvor vom Kanzler vorgeschlagenen und vom Bundespräsidenten ernannten Minister vereidigen, unabhängig von seinen individuellen Einstellungen und Intentionen. Darüber hinaus muß er diese Handlung der Vereidigung zu einem bestimmten Zeitpunkt vollziehen, der durch die Tagesordnung der Bundestagssitzung festgelegt ist, sowie in einer bestimmten Form, die durch den Worlaut der Eidesformel selbst und den rituellen Wechsel des Vor- und Nachsprechens der Formel vorgegeben ist. Der Mathematik-Lehrer wird zwar nicht in der gleichen Weise hier und jetzt diese Rechenaufgabe so und nicht anders stellen müssen, er wird aber um die Aufgabenstellung eines bestimmten Typs innerhalbs einer curricular bestimmten Unterrichtseinheit nicht herumkommen. Der Polizist ist zwar nicht auf eine Reihenfolge der aufzunehmenden Personalien und eine bestimmte Form, in der er sie erfragt, festgelegt, wohl aber auf die Handlung der Personalienfeststellung hier und jetzt wie auch auf Art und Umfang der festzustellenden Personal-Daten, die er entsprechend den Rubriken von vorgedruckten Unfallberichtsbogen einzutragen hat. Ebenso mußte auch der Diskussionsleiter im bereits oben (§ 2) angeführten Beispiel (2.19) seiner Pflicht nachkommen, die u.a. darin bestand, für die Einhaltung eines bestimmten Zeitrasters für die Referenten- bzw. Themenfolge auf einer wissenschaftlichen Tagung Sorge zu tragen. Er tat dies auf die folgende ungewöhnliche Weise:

(2.19) R (...) die ist auf der körperlichen Ebene per se nicht möglich, also das bedarf der Sprache . und äh ... ja .
D ja, ja also ich würde vorschlagen, daß wir . daß wir an dieser Stelle abbrechen müssen ... danke noch mal . Klaus . [akademisches Beifallklopfen] . und zwar bleibt die Möglichkeit, uns ganz kurz zu strecken, und dann würd ich eben sagen geht es . gleich weiter mit .. mit dir Günter . ja? . [aus: Projekt HSK]

Auffällig an diesem Beispiel ist die unakzeptable Formulierung des Diskussionsleiters: "ich würde vorschlagen, daß wir an dieser Stelle abbrechen müssen". Man kann nicht *vorschlagen*, etwas tun zu *müssen*. Dennoch ist die formal unakzeptable Formulierung des Diskussionsleiters im Kontext durchaus verständlich. Hier wird gleichsam in einem Lapsus zusammengezogen, was normalerweise in funktional äquivalenten Formulierungsvarianten von Diskussionsleitern etwa so oder so ähnlich ausgedrückt werden würde: 'Leider müssen wir hier abrechen', 'Ich würde vorschlagen, hier abzubrechen, denn die Zeit drängt', 'Wir müssen hier abbrechen, sonst geht das dem nächsten Referenten von der Zeit ab' usw. Unter den gegebenen Kontextbedingungen

einer festen Tagesordnung verweisen die Diskussionsleiter mit diesen u.ä. Formulierungen - wie eben auch schon in (2.19) - auf ihre Pflichten, wobei ihre Neigungen erst gar nicht zur Disposition stehen, selbst wenn sie ihr Bedauern (z.B. durch 'leider') zum Ausdruck bringen sollten. Mögen sie selbst auch die Fortsetzung der Diskussion gegenüber jedem Themenwechsel favorisieren, so haben sie doch keine entsprechende Handlungswahl.[25]

Dagegen sind die B-Fälle wesentlich dadurch gekennzeichnet, daß die Handelnden eine Wahl haben, und zwar wie unterstellt zwischen den Alternativen (B.1) und (B.2). Ist eine derartige Alternative von Handlungen eines bestimmten Typs (wie *Ermahnung* versus *Tadel*) gegeben, kann man sich darüber hinaus häufig auch zu Handlungen jenseits dieser Alternative entschließen, was in unserem Beispiel nicht unbedingt für den Polizisten, wohl aber für den Bundestagspräsidenten oder Lehrer gilt. Wer wie der Bundestagspräsident im gegebenen Fall eine Wahl zwischen Ermahnung und Aufforderung zur Weiterrede hat, braucht überhaupt nicht zu intervenieren und kann die Regelung des Konflikts um das Rederecht zumindest kurzfristig anderen überlassen. Wer wie der Lehrer im gegebenen Fall eine Wahl zwischen explizitem Tadel und explizitem Lob hat, kann auf die spontante Antwort des Schülers auch mit der Äußerung etwa von "Richtig!" reagieren und mit der nächsten Aufgabenstellung fortfahren. Ob die Abgeordneten bzw. Schüler von solchen Handlungen als präferierten Interaktionsfortsetzungen auf eine bestimmte Einstellung (wie Billigung) rückschließen können, sei dahingestellt. Festzuhalten ist, daß Institutionsvertreter häufig hätten alternativ handeln können, ohne ihre Pflichten in einem relevanten Sinn zu verletzen, so daß sie mit Sanktionen zu rechnen hätten.

Man wird eventuell einwenden, daß die Institutionsvertreter im Vergleich der (B.1)- und (B.2)-Fälle gegen den allgemeinen Grundsatz der Gleichbehandlung verstoßen bzw. den Grundsatz, nicht mit zweierlei Maß zu messen. Es ist jedoch genau das Problem, daß die Institutionsvertreter sich dies in vielen Fällen institutionellen Handelns, in denen es sich beispielsweise um *Disziplinierungen* (Tadel, Rüge, Ermahnung) handelt, "leisten" können, weil der Verstoß gegen solche geschriebenen wie ungeschriebenen Grundsätze gerade nicht geahndet wird. Insbesondere bei Disziplinierungshandlungen ist mit Fällen vorgeschobener Begründung zu rechnen, in denen sich Institutionsvertreter wie etwa Lehrer auf Pflichten berufen, wo sie lediglich ihren Neigungen folgen, wovon Schüler manch ein Lied singen können. Auf der anderen Seite singen sie aber auch Lobeshymnen auf Lehrer, die ihnen gerecht,

---

25 Deswegen sind hier im nachhinein auch alle Handlungsbeschreibungen (aus § 2.5.3) auszuschließen, mit denen eine solche Handlungswahl unterstellt wird. Vgl. dagegen den Fall eines nicht unproblematischen Diskussionsleiterverhaltens in Koerfer/Zeck (1983), in dem vom Diskussionsleiter bestimmte Interessen innerhalb eines größeren Handlungsspielraums wahrgenommen werden.

unbestechlich, integer usw. erscheinen, denen jedenfalls nicht beispielsweise nachgesagt werden kann, daß sie hier und jetzt lediglich deswegen eine Strafarbeit aufgeben, weil ihnen (möglicherweise andernorts) zuvor "eine Laus über die Leber gelaufen" ist. Gerade Schüler haben einen ausgeprägten Gerechtigkeitssinn, den sie im Urteil über einzelne Lehrer und deren individuelle Unterrichtsstile zur Geltung kommen lassen. Bei freier Wahl entscheiden sie sich für diesen und gegen jenen Lehrer, worüber sich ein Urteil über individuelle Differenzen auch beim institutionellen Handeln ausdrückt. Diese Möglichkeit individueller Differenzen war einer der Gründe, warum wir das Tempo der Umstellung auf systemtheoretisch orientierte Analysen verlangsamt haben; ansonsten wären die individuellen Differenzen beim institutionellen Handeln in einer von Beginn an konsequent systemtheoretischen Betrachtungsweise von vornherein nivelliert worden.[26] Individuelle Differenzen werden auch weiterhin zu berücksichtigen sein, wenn es um die Klärung von Handlungsspielräumen geht, die schließlich nur durch konkrete Handlungen individueller Handlungssubjekte verengt werden können bzw. müssen.

6.4.3 Handlungsrahmen

Handlungsspielräume können zu den verschiedensten Handlungszwecken genutzt und hierbei unter Umständen erheblich gedehnt, nicht aber beliebig erweitert werden, es sei denn, wir wären in der Lage, den *Handlungsrahmen* zu wechseln.[27] Aus eigener Erfahrung etwa als Parksünder wissen wir, welchen Handlungsspielraum ein Polizist mit der Alternative zwischen Bußgeld und Verwarnung bzw. Belehrung hat, und darüber hinaus wissen wir, wie wir unter Umständen seine Entscheidung beeinflussen können, falls er und wir grundsätzlich bereit sind, in einen Aushandlungsprozeß zu treten. In diesem Aushandlungsprozeß geht es um die Lösung eines bestimmten Problems, in das wir und der Polizist auf eine bestimmte Weise involviert sind. Es gilt, die Alternative zwischen Belehrung und Bußgeld für den Polizisten entschei-

---

26 Natürlich haben die aufgezeigten "Phänomene", die auf individuelle Differenzen verweisen, auch in der Systemtheorie ihren zugewiesenen Platz; aber etwa bei Luhmann (1984/87) haben die entsprechenden Kapitel 6 zur Interpenetration und besonders Kapitel 7 zur Individualität psychischer Systeme eher den Status größerer Exkursionen zu Residualproblemen der Theorie, die zuvor und hernach vernachlässigt werden können. So bemerkt Luhmann selbst: "Wir fügen deshalb in die Darstellung der Theorie sozialer Systeme ein für diese Theorie eher marginales Kapitel über Individualität ein" (1984/87: 347).

27 Zu den verschiedenen Verwendungsweisen des Rahmenbegriffs sei hier lediglich verwiesen auf Goffman (1974/1980), Soeffner (1986) und Müller (1984).

dungsfähig zu machen. Unsererseits wird es darauf ankommen, eventuell Entschuldigungsgründe glaubhaft anzuführen, auf jeden Fall aber glaubhaft Einsicht zu bekennen und zu versichern, daß nicht unbedingt mit einem Wiederholungsfall zu rechnen ist usw. Eine Belehrung hat in diesem Fall ja nur Sinn, wenn der Belehrte sie annimmt, und diese Bereitschaft zur Annahme gilt es zu erklären, wenn sich auf seiten des Polizisten die als grundsätzlich gegeben unterstellte Bereitschaft, sich mit einer Belehrung zu begnügen, auch halten und durchsetzen können soll.

Sollten wir aus der Perspektive des Polizisten jedoch gleich zu Beginn als uneinsichtig und "unbelehrbar" aufgetreten sein, indem wir ihn etwa unter Hinweis auf unsere für Lappalien dieser Art knapp bemessene Zeit und mit dem Geldschein in der Hand zur beschleunigten Ausstellung des Bußgeldbescheides aufgefordert hätten, hätten wir die Wahl zwischen der Alternative verstellt, d.h. hier den Polizisten von vornherein der Möglichkeit einer Belehrung beraubt. Seine Entscheidung ist in der aufgezeigten Weise von unserer Entscheidung abhängig. Es handelt sich in diesem Fall um einen Typ *konditionaler* Entscheidung, auf den wir mit Luhmanns allgemeiner Charakterisierung von Entscheidungsverfahren (wie der Gerichtsverhandlung) noch zurückkommen werden. Zudem handelt es sich um eine *diskursiv* begründete Entscheidung. Der Polizist hätte auch eine nicht-diskursiv begründete Entscheidung treffen können, indem er sich auf eine Auseinandersetzung mit uns erst gar nicht eingelassen und uns gleich den Bußgeldbescheid überreicht hätte. Weiterhin werden (in § 6.4.4-5) Fälle institutionellen Handelns abgegrenzt werden müssen, in denen überhaupt kein *Entscheidungsverfahren* gegeben ist, sondern eher ein *Handlungsautomatismus* zum Tragen kommt, bei dem der Handlungsrahmen sehr eng bestimmt ist und lediglich genau festgelegte Formen, Folgen und Funktionen von Handlungen zugelassen sind.

Bereits im Falle eines schwerer wiegenden Verkehrsdeliktes werden wir den Versuch, in einen Aushandlungsprozeß zu treten, erst gar nicht machen, weil wir wissen, daß wir den Handlungsspielraum des Polizisten überschreiten würden. Weitergehende Aushandlungsversuche zu unternehmen mit dem Ziel, den Polizisten von seiner Pflicht abzubringen, hieße den Handlungsrahmen, in dem wir uns bisher anerkanntermaßen bewegt haben, in Richtung auf einen Handlungsrahmen zu wechseln, in dem unsere Versuche gemeinhin als Bestechungsversuche gelten. Wir kennen im allgemeinen den jeweils einschlägigen Handlungsrahmen, auch wenn unsere Kenntnis etwa eines bestimmten formalen Handlungssystems, durch den der Handlungsrahmen festgesetzt ist, lückenhaft sein sollte. Im Gottesdienst und Gericht wird niemand Würstchen verkaufen wollen, und niemand wird einen solchen groben Fehlgriff erwarten.

Im allgemeinen wissen wir, welche Chancen wir haben, in einen Aushandlungsprozeß einzutreten, und wissen darüber hinaus, was wir wie aus-

handeln können. Es liegt dem (engeren) Wortsinn[28] nach auf der Hand, daß nur dort ausgehandelt werden kann, wo Entscheidungs- und Handlungsspielräume bestehen, die interaktiv genutzt werden können. Diese sind wesentlich durch Pflichten begrenzt.[29] Es hat wenig Sinn, in einem Aushandlungsprozeß gegen pflichtgemäßes Handeln anzugehen, es sei denn, wir wollten den Handlungsrahmen wechseln und uns entweder auf Möglichkeiten der Korruption verlegen oder aber in einen Geltungs-Diskurs über Pflichten eintreten, auf die sich ein Handelnder beruft.[30] Daß die Handelnden innerhalb eines intuitiv gewußten Handlungsrahmens auszuhandeln suchen, was realistischerweise ausgehandelt werden kann, steht natürlich unter dem Vorbehalt des Irrtums (vgl. Goffman 1974/88: 338ff.). Größere *Rahmungsirrtümer* waren bereits als unwahrscheinlich ausgeschlossen worden. Gleichwohl ist in verschiedenen (Typen von) Institutionen mit mehr oder weniger gravierenden *Rahmenkonflikten* zu rechnen. Ein solcher Rahmenkonflikt wird etwa in der Sozialamtskommunikation ausgetragen, wenn bestimmte (z.B. ältere, alleinstehende) Problemklienten ihre alltäglichen Erzählbedürfnisse in der Interaktion mit dem Sachbearbeiter durchzusetzen suchen (vgl. Quasthoff 1980: 169ff.). Es ensteht dann ein spezifischer Rahmenkonflikt *Sachberatung* versus *private Unterhaltung*, dessen Fortgang in die eine oder andere Richtung jeweils konkret auszuhandeln ist. Im folgenden Auszug aus einem So-

---

28 Zur theoriegeschichtlichen Ableitung des Aushandlungsbegriffs und einer systematischen Begründung einer Aushandlungstheorie vgl. Strauss (1978). Verwiesen sei hier weiterhin auf die ausführliche Diskussion sowohl um alltagssprachliche Bedeutungen (von "verhandeln"/"aushandeln" und "to bargain"/to negotiate") als auch zur Begriffsgeschichte und Anwendung des Aushandlungskonzepts in der Interaktionsforschung und Konversationsanalyse in Dieckmann/Paul (1983) sowie Juchem/Schmitz (1985) und Dieckmann/Paul (1985). Der Stand der Diskussion, die dort zwischen den Autoren sehr detailliert geführt wird und stark mit der Ausräumung von (terminologischen) Mißverständnissen befaßt ist, kann hier ohnehin nicht erreicht werden. Es ist aber zu hoffen, daß die Verwendung des Begriffs "Aushandeln" nachfolgend hinreichend deutlich wird. Von einem engen Begriff ist ein weiter Begriff des Aushandelns zu unterscheiden, wie er etwa von Kallmeyer im Zusammenhang mit dem Begriff der Bedeutungskonstitution zugrundegelegt wird: "Es ist jedoch davon auszugehen, daß im Prinzip alle Vorgänge gemeinsamen Handelns von derartigen Aushandlungen betroffen sind" (1981: 93). Insgesamt ist hier die Differenz von Interpretationen als Dauerleistung und Interpretation als Extra-Leistung einschlägig, die oben (§ 3.4) mit Bezug auf Habermas eingeführt wurde.

29 Hierbei sind die beiden Begrenzungsperspektiven zu berücksichtigen, daß je nach Pflicht Aushandlungsprozesse zugelassen oder aber vorgeschrieben sein können.

30 Je stärker die Pflicht und je enger das Netz der Pflichten, desto geringer der Handlungsspielraum, und zwar für alle Aktanten. Von den abgeleiteten Fällen, in denen Pflichten (und Neigungen) untereinander in Konkurrenz treten können, sei hier abgesehen.

zialamtsgespräch ist die Klientin in der Durchsetzung von Erzählungen (eines bestimmten Typs) zuvor bereits länger erfolgreich gewesen, bevor die Sachbearbeiterin schließlich ohne weitere Ratifizierung der neuerlichen Erzählung und durch einen abrupten Themenwechsel ("So - Frau B. - nu nochmal zurück zur Hauspflege") den institutionellen Rahmen der Sachberatung reetabliert:

(6.27) K (...) wir konnten beide immer so herrlich platt sprechn - □ und ich hab da viel jeholfn nich
B □ HM
K und da hat er jesacht "Die Bossen is doch nich [Lachen] im Grab muss man die noch dotschlagn" [Lachen]
B So - Frau Bosse - nu nochma zurück zu der Hauspflege - wenn ich nun ein finden würde die Ihn die Böden macht - denn trotzdem nich? ...
(aus: Quasthoff 1980: 273f.)

Wenn dieselbe Klientin vorausgehend für ihre Erzählungen durchaus eine aufmerksame Zuhörerin findet, so kann in derartigen Fällen von interaktiven Durchsetzungen von alltäglichen Erzählungen in Institutionen kaum ein *Rahmungsirrtum*, sondern muß vielmehr ein mehr oder weniger bewußter Versuch eines *Rahmenwechsels* unterstellt werden, der der Interaktionslogik einer Interessenwahrnehmung "wider besseres (Rahmungs-)Wissen" folgt. Ein derartiger Typ von Rahmenkonflikt und Konfliktaustrag ist also nicht wesentlich durch Wissensdefizite gegenüber dem institutionell vorherrschenden Handlungsrahmen geprägt. Wie aber aufgrund von Wissensdefiziten von Laien gegenüber bestimmten institutionellen Regelungen allgemein Handlungsversuche fehlschlagen können, so können sich auch Aushandlungsversuche als Fehlschläge erweisen, weil sich die subjektiv ausgebildeten Hypothesen über die Handlungsmöglichkeiten insgesamt sowie einzelne Handlungsalternativen nicht bewähren. Auf Fehlschläge dieser Art, die auf Wissensdefizite gegenüber spezifisch institutionellen Handlungsformen zurückzuführen sind, waren wir unter dem Komplex des Verstehens und der Verständigung (in § 3) ausführlich eingegangen, worauf hier nur rückverwiesen werden soll.

6.4.4 Rituelle Kommunikation

Das *Fehlschlagsrisiko* ist sicherlich dort am geringsten, wo die Kommunikation stark *ritualisiert* ist, wie etwa im Gottesdienst, und wir es mit geschulten Laien zu tun haben, die wie aktiv praktizierende Christen über eine entsprechende religiöse Erziehung verfügen und als regelmäßige Kirchgänger um

die Art, Form und Stelle "ihres" Einsatzes beim Gottesdienst wissen.[31] Es wird niemand die zweite Strophe eines Kirchenliedes zu singen und andere zum Mitsingen zu bringen versuchen, wenn nur die erste Strophe angesagt ist. Der Umfang dessen, was *angesagt* ist, legt alle Beteiligten auf eine alternativlose Handlungsfolge fest. Wesentliches Kennzeichen der rituellen Kommunikation etwa im Gottesdienst ist, daß sie in doppelter Hinsicht weitgehend problemreduziert ist. Es steht kein aktuelles Problem an, das hier und jetzt zu lösen wäre, und deswegen gibt es auch kein Kommunikationsproblem, das in irgendeiner Weise in einem institutionell geregelten Verfahren berücksichtigt oder gar bearbeitet würde. Daß weniger geschulte Laien wie gelegentliche Kirchgänger und anders geschulte Laien, die beispielsweise als Katholiken am evangelischen Gottesdienst teilnehmen (oder umgekehrt als Protestanten an der Messe) erhebliche Orientierungsschwierigkeiten haben, steht auf einem anderen Blatt. Wenn Laien dieses Typs ihre Schwierigkeiten dadurch lösen, daß sie sich am Handeln ihrer Nachbarn orientieren und es zu kopieren suchen, indem sie mitmurmeln, wenn andere sprechen oder singen, oder aufstehen oder sich setzen, wenn andere dies tun, dann liegt nicht einmal ein Aushandlungsprozeß im weiten Wortsinn vor, sondern bestenfalls ein Anpassungsprozeß auf der Basis einfachster Interpretationsleistungen.

Wenn auch rituelle Kommunikation im Gottesdienst zweifellos an dem Ende der Skala anzusiedeln ist, an dem sich der Handlungsspielraum verengt, sind damit nicht etwa bereits bestimmte Variationsmöglichkeiten ausgeschlossen, die die Handlungsfolge selbst nicht betreffen. Zu Recht hebt Werlen im Zusammenhang mit der römischen Messe die Möglichkeit von individuellen Darstellungsstilen hervor, die die Priester als Personalstile pflegen, was aber nach Werlen nicht so aufzufassen ist, "daß der eine singt, wo der andere rezitiert usw.", sondern so, "daß der eine 'schön' singt und der andere weniger 'schön', der eine 'elegant' die Hände ausbreitet und der andere 'schwerfällig', der eine 'vernehmlich' spricht, der andere nicht" (1984: 149). Diese Beobachtungen beschränken sich auf individuelle Stile im Modus des Monologs.

Es sei unter dem dialogischen Aspekt dahingestellt, ob darüber hinaus etwa die Lautstärke eines Gesangs auch ausgehandelt werden kann, indem sich Pastor und Gemeindemitglieder wechselseitig hochschaukeln. Ebenso sei dahingestellt, ob etwa die Lautstärke des Gesangs auch als Ausdruck politischen Protestes verstanden werden kann, etwa unter der Bedingung der Gefährdung der Religionsfreiheit von außen. Die Sänger reagierten dann gleichsam mit Mitteln des religiösen Handlungssystems gegen die Bedrohung

---

31 Die im folgenden unterstellten, wesentlich-traditionellen Formen des Gottesdienstes sind natürlich nur ein Teil des Handelns in der Institution Kirche, vgl. dazu Werlen (1984), Paul (1983) und (1990).

des Sytems durch seine Umwelt. Indem sie ein im Handlungssystem verankertes und aktuell anstehendes Kirchenlied lauter, inbrünstiger oder wie sonst anders als unter "normalen" Umständen zur Geltung brächten, brächten sie zugleich etwas anderes zur Geltung. Sie verblieben augenscheinlich im gewohnten Handlungsrahmen, den sie zugleich wechselten. Was hier am Beispiel einer rituellen Kommunikation als Ausnahmefall besonders herausgestellt wurde, ist jedoch allgemein als Differenz von Innen- und Außenperspektive zu berücksichtigen, was nicht nur ein zentrales Thema etwa der Systemtheorie ist, sondern thematisch breits mit Dieckmanns Begriff der trialogischen Kommunikation (vgl. oben § 6.3) erfaßt wird.

6.4.5 Konditionale Entscheidungsverfahren. Diskursive und nicht-diskursive Problemlösungen

Dieser Sonderfall einer Funktionalisierung am Beispiel ritueller Kommunikation verweist aber nur auf Funktionalisierungen, die alle Formen der Kommunikation annehmen können, womit der Unterschied von ritueller und nicht-ritueller Kommunikation gerade nicht verwischt werden soll. Wir hatten bereits im Falle der Gerichtskommunikation mit Luhmann angemerkt, daß sie zwar auch in starkem Maße rituelle Elemente aufweist, nicht aber von diesen rituellen Elementen wesentlich getragen wird. Hierin besteht ein zentraler Unterschied etwa zwischen dem Gottesdienst und dem Gerichtsverfahren, der mit Luhmanns allgemeiner Charakterisierung von *Verfahren* genauer markiert werden soll:

> Im Unterschied zum alternativlosen Ablauf des Rituals ist es für Verfahren gerade kennzeichnend, daß die Ungewißheit des Ausgangs und seiner Folgen und die Offenheit von Verhaltensalternativen in den Handlungszusammenhang und seine Motivationsstruktur hineingenommen und dort abgearbeitet werden. Nicht die vorgeprägte konkrete Form, die Geste, das richtige Wort treiben das Verfahren voran, sondern selektive Entscheidungen der Beteiligten, die Alternativen eliminieren, Komplexität reduzieren, Ungewißheit absorbieren oder doch die unbestimmte Komplexität der Möglichkeiten in eine bestimmbare, greifbare Problematik verwandeln. (Luhmann 1969/83: 40)

Es kommt Luhmann hier und in seinen weiteren Analysen von Verfahren verschiedener Art darauf an, eine ritualistische Fehldeutung gegenüber diesen Verfahren auszuräumen. Um bei dem einmal begonnenen Vergleich von Gottesdienst und Gerichtsverhandlung zu bleiben und Luhmanns allgemeine Unterschiedsbestimmung auf diese beiden Institutionstypen zu beziehen: Der Gottesdienst wird durchaus und allein durch die konkrete Form, die Geste, das richtige Wort vorangetrieben, gleichsam in einem *Handlungsautomatismus*, bei dem in einem nicht-diskursiven Sinn eine Geste die andere und ein Wort

das andere ergibt. Vor Gericht bringt eine noch so theatralische Geste das Verfahren kein Stück voran. Zwar ist in beiden Fällen die "unbestimmte Komplexität der Möglichkeiten" reduziert, aber im Gericht muß sie erst noch in eine "greifbare Problematik verwandelt" werden. Der Akzent ist deswegen auf *Verwandlung* zu legen. Zur Verwandlung bedarf es im Unterschied zum Gottesdienst einer Reihe von Entscheidungen, die allerdings nicht voraussetzungslos sind. Luhmann beschreibt den Typ des Entscheidens im Gericht als *konditional programmiertes Entscheiden*: "Hier wird nach Maßgabe eines 'Wenn' das programmierte 'Dann' gewählt" (1969: 131).[32] Mit einem derart programmierten Entscheidungsverfahren sind wir offenbar hinterrücks wiederum mit einer wenn auch schwächeren Form von Handlungsautomatismus konfrontiert.[33]

Dies gilt insbesondere für eine Reihe von Institutionen, die sich gleichfalls eines solchen Verfahrens zu bedienen scheinen.[34] Gegenüber dem von Luhmann am Fall der Gerichtsverhandlung exemplarisch herausgearbeiten Typ von Entscheidungsverfahren sind andere institutionelle Handlungsfälle abzugrenzen, die durch ein vorherrschends Verfahren gekennzeichnet sind, das hier als *nicht-diskursives programmiertes* Entscheidungsverfahren charakterisiert werden soll, obgleich in ihm verbal interagiert wird. Dieses ist etwa beim Finanzamt oder Arbeitsamt als das dort vorherrschende Verfahren anzusehen, was nachfolgend näher auszuführen ist.

Im Erstkontakt mit dem Klienten ist die Funktion des Verfahrens etwa im Arbeitsamt, das Anliegen eines Klienten, das in seiner subjektiven und sozialen Problematik die Handlungsmöglichkeiten der Institutionsvertreter bei pflichtgemäßen Handeln übersteigt, herunterzutransformieren auf die Klärung der gesetzlich geregelten Anspruchsvoraussetzungen, nach denen Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe gewährt werden. Die subjektive und

---

32 Luhmann unterscheidet im wesentlichen Konditional- und Zweckprogramme, wobei beide Programmtypen vielfältig kombiniert gebraucht werden können.

33 Es sei angemerkt, daß Luhmann nicht zwischen schwächeren und stärkeren Formen von Handlungsautomatismus unterscheidet, vielleicht weil in striktem Sinn eine Graduierung nicht möglich ist. Was hier nachfolgend mit 'Handlungsautomatismus' bezeichnet wird, wird bei Luhmann z. B. mit 'mechanisch auslösen' (1969: 40) umschrieben und ausschließlich für rituelle Kommunikation reserviert. In den nachfolgenden angeführten Fällen scheint die Annahme einer schwächeren Form des Handlungsautomatismus (oder wie immer man es umschreiben will) sinnvoll, u.a. weil in bestimmten Entscheidungsbatterien (z.B. der Verwaltung) kein diskursives Verfahren eingebaut ist.

34 Die neben politischer Wahl und Gesetzgebung von Luhmann angestellten Überlegungen zu Entscheidungsprozessen in der Verwaltung sind für die nachfolgenden Fragestellungen auch dort nicht oder nur sehr indirekt einschlägig, wo die Frage der Rationalität bzw. Effizienz der Verwaltungen sowie ihr Verhältnis zum Publikum thematisiert wird.

soziale Problematik wird auf die institutionsspezifisch mögliche Fallproblematik reduziert. Die in Vordrucken erfaßten Personal- und Sozialdaten werden in einem Satz von Kategorien zugeordnet und auf bestimmte Kombinationen hin überprüft. In diesem zunächst rein verwaltungsinternen Verfahren der Fallsubsumption wird den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend entschieden, und diese Entscheidung ist im Prinzip möglich, ohne daß zuvor ein diskursives Verfahren notwendig wäre.

Der Klient liefert schriflich wie mündlich Daten, die der Sachbearbeiter in einfachen kategorialen Zuordnungen in einer Akte mit Laufnummer zur weiteren Bearbeitung zusammenstellt. Sofern auf der ersten Prüfstufe des Verfahrens überhaupt verbale Interaktion nötig ist - und nicht schon perfekt ausgefüllte Vordrucke einfach abgegeben und vom Sachbearbeiter formal abgeglichen werden - beschränkt sich die erforderliche Interaktion im Wechsel von Frage und Antwort funktional lediglich auf die Erfassung von bestimmten Personal- und Sozialdaten. Darin allein ist nicht schon ein diskursives Verfahren zu erkennen, wenn Diskurs und formal-dialogische Rede nicht einfach identifiziert werden sollen. So wird in folgendem Beispiel einer Antragsannahme, das dem Datenmaterial eines Dortmunder Projekts zum "Verhältnis von Mündlichkeit und Schriftlichkeit in kommunikationsintensiven Berufen" entnommen ist,[35] zwar relativ viel geredet, nicht aber im Sinne eines *diskursiven* Verfahrens mit Rede und Gegenrede. Es handelt sich im folgenden um die Abgabe/Annahme eines Erstantrags in der sogenannten Leistungsabteilung des Arbeitsamtes, in der im weiteren Fortgang des Verfahrens dann über die Gewährung von Arbeitslosengeld bzw. -hilfe zu entscheiden ist.

(6.28)
A ☐So.... Zum ersten Mal bei uns hier, ja?
K ☐ ja.
A .... [Lohnsteuerkarte,] (hier ist diese) Bescheinigung,.. (noch mal.) .... Äh, Kinder sind auf der Lohnsteuerkarte des Mannes?
K Ja...
A Der Andreas. . Lohnsteuerkarte des Mannes haben ☐Se nicht mit, ne? Is Fotokopie dabei?
K ☐ Is Fotokopie dabei. Ja.
A (Muß ma gucken) .... Kontonummer stimmt?
K Ja...

35 Aus: Materialband 3 (S. 58f) des Projekts "Das Verhältnis von Mündlichkeit und Schriftlichkeit in kommunikationsintensiven Berufen" am FB 15 der Universität Dortmund unter der Leitung von K. Ehlich; Mitarbeit: M. Becker-Mrotzek und I. Fickermann. Die Transkription ist hier vereinfacht: Mit den großen eckigen Klammern, die jeweils zwei Zeilen verbinden, werden Simultanflächen markiert, Redeteile in einfachen eckigen Klammern sind leise gesprochen, Redeteile in einfachen runden Klammern sind schwer verständlich. Betonte Redeteile sind kursiv gesetzt.

A ☐Iss äh Konto des Ehemannes? Is aber/äh
K ☐ (Aber mein eigen/) Ja.
A ☐ne Vollmacht haben Se dafür, ne?
K ☐ Ja. Ja.
A [Gut] ((Schreiben 6 Sek)) Erziehungsgeld. . *Beziehen* Se aber jetzt *nicht* mehr, ne?
K Doch, noch bis achtzehnten neunten..
A Bis achtzehnten neunten (siebenzwanzigsten achten . bis) [achtzehnten neunten siebenachtzig] Krankenschwester .
( ) haben Se alles ausgefüllt. [Brauch ich nich.]
K Hmhm.
A Brauch ich *auch* nich... Das is vom *Mann* ... Die brauch ich nich... Dann brauch ich das auch nicht. (Das seh ich mir gleich an.) Brauch ich auch (noch.) Das auch noch. Und *das* brauch ich *auch* nich...
K ☐Dies auch nicht? (Dies hier?)
A ☐ *Nein*. Die hab ich auch schon eingesehen.
☐Das (reicht dann)....
K ☐ Ah so.
A [So.] .. Und irgendwelche Schwierigkeiten beim Ausfüllen des Antrages gehabt?
K ☐Nein. Nein. Keine.
A ☐ (Keine), ne? Gut. . Ich gebe Ihnen jetzt noch Ihre *Stammnummer*.
K Ja ..
A Und dann is hier schon alles erledigt.
K Ah so . (aus: Projekt VMS, Band 3: 58f.)

Obgleich in diesem durchaus typischen Fall einer Antragsannahme also viel geredet wird, gehen diesem Kommunikationstyp sämtliche wesentlichen Merkmale von Diskursivität ab (vgl. unten). Trotz formal-dialogischen Wechsels zwischen Sachbearbeiter und Klient, der sich nahezu in Ja/Nein-Antworten auf Entscheidungsfragen vom Typ der Vergewisserungsfrage erschöpft, handelt es sich überwiegend um Quasi-Monologe, wenn der Sachbearbeiter den von der Klientin ausgefüllten Vordruck zum Antrag auf Arbeitslosengeld wie bei einer Check-Liste durchgeht und dabei in lautes Denken (z.B.: "Die brauch ich nicht ... Dann brauch ich das auch nich") verfällt, das wie in einem Selbstgespräch keinen unmittelbaren Adressaten hat. Das laute Denken dient hier wesentlich der Selbstverständigung in einem Prozeß des quasi-automatischen Abgleichs von beigebrachten Dokumenten, eingetragenen Daten und vorgedruckten Kategorien auf einem Formblatt, das mit einer sogenannten Stammnummer versehen und verwaltungsintern weitergeleitet wird. Der weitere Verfahrensgang ist abkürzend zu charakterisieren. Während der Klient zu Hause des Bescheides harrt, wird anhand der aktenmäßig erfaßten Daten ein Verfahren in Gang gesetzt, daß sich als Verfahren der mechanischen Fallsubsumption kennzeichnen läßt, ohne damit bereits eine Analogie zum Typ des Verfahrens vor Gericht herstellen zu müssen. Natürlich

wird letztlich auch im Arbeitsamt immer oder doch in der Realität zumeist den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend entschieden. Aber die gesetzlichen Bestimmungen wurden zuvor und unter Berücksichtigung von Durchführungsverordnungen (DVO) in einen Satz von Kategorien zerlegt, der die Daten aufsaugen soll, und in einem einfachen Zuordnungs- und Prüfverfahren weitgehend mechanisch handhabbar gemacht. Dem Sachbearbeiter müssen die zugrundeliegenden gesetzlichen Bestimmungen noch nicht einmal überhaupt oder im Detail bekannt sein, und dies trifft in der Praxis auch zu. Treten im Verfahren der mechanischen Fallsubsumption Zuordnungsprobleme auf, gibt der Sachbearbeiter den Fall - nicht in seiner sozialen Problematik, wohl aber - als problematischen Daten-Fall nach "oben" weiter, worauf wir als Problem der Abschiebung von Verantwortung mit Luhmann noch zurückkommen. Gleichfalls soll uns noch interessieren, was denn mit dem problematischen Daten-Fall auf dem Weg nach "oben" weiter geschieht. Zuvor ist der Weg des unproblematischen Daten-Falls zu verfolgen.

Sofern ein Daten-Fall sich bis zum Schluß des Prüfverfahrens als unproblematisch erweist, kann durchaus im Sinne Luhmanns nach Maßgabe eines "Wenn" das programmierte "Dann" gleichsam als vorläufig letztes "Dann" gewählt werden, das die Schlußentscheidung darstellt. Alle vorausgehenden "Danns", die im Gang des Prüfverfahrens nach Maßgabe eines "Wenn" gewählt und das heißt zumeist von einem Sachbearbeiter weitgehend mechanisch angekreuzt wurden, waren sozusagen kleinschrittiger. Jetzt kommt gleichsam der größte und eben auch erkennbare Schritt, wenn es gilt, die Schlußentscheidung in die geronnene Form des Bescheides zu bringen. Zu diesem Zweck wird gleichfalls weitgehend mechanisch ein Textverarbeitungssystem in Gang gesetzt, in das die notwendigen aktuellen Daten in einer bestimmten Kombination mit Textbausteinen eingegeben werden, bis der Bescheid schließlich ausgedruckt und über den Postweg dem Klienten zugestellt wird. Diesem bleibt es seinerseits überlassen, den Bescheid nach Inhalt und Form zu verstehen und funktional als Anwort des Arbeitsamtes, des Gesetzgebers oder der Gesellschaft auf seinen Antrag auf Arbeitslosengeld oder -hilfe bzw. seine damit verbundene soziale Bedürftigkeitsproblematik zu begreifen.[36]

---

[36] Diese Problematik äußert sich zumindest in diesen Dimensionen: Die Klienten bekommen häufig weniger Geld, als sie erhofft oder erwartet haben oder als ihnen "objektiv" zusteht. Letzteres etwa, weil sie qua mangelnder Kompetenz nicht in der Lage sind, die für sie günstigsten Daten geltend zu machen, selbst dann nicht, wenn sie rein formal, wie etwa in Beispiel (6.28), nach "Schwierigkeiten" gefragt werden. Die kann nur derjenige artikulieren, der über gewisse Vorkenntnisse verfügt. Das Lesbarkeitsproblem von Antragsformularen und Bescheiden tut dann das übrige.

In diesem letzten Verfahrensschritt des Bescheides wurde eine besondere Art der Textherstellung betrieben, die Dieckmann (1980/81) treffend als eine "Form der Materialisierung" beschrieben und analysiert hat. Ihm geht es mit einer Reihe von ähnlichen Beispielen wie der Bearbeitung von Formularen, Fragebögen und Formbriefen um die Funktion von "materialisierte(n) Normen in Prozessen institutioneller Kommunikation" (246). Dieckmann illustriert das Phänomen der Materialisierung und ihre Skalenhaftigkeit am Beispiel kodifizierter Normen im Straßenverkehr: Während wir noch das Stoppzeichen mißachten oder die Kreuzung bei Rot überfahren können, werden uns Straßensperren an der Weiterfahrt hindern und einbetonierte Leitplanken zur Einhaltung der Fahrbahnen zwingen. Hier stellt sich die Frage, inwieweit dieses Bild vom ampel- und leitplankengelenkten Verkehr nicht nur auf das Schlußverfahren der Text-Erstellung des Bescheides, sondern auch auf das ganze Verfahren zu übertragen ist, das wir als weitgehend mechanisches Verfahren der Daten-Fall-Subsumption gekennzeichnet hatten. Der Prozeß der *Materialisierung von Normen* in Institutionen wie dem Arbeitsamt beginnt und endet in der geronnenen Form von Antragsvordrucken bzw. Bescheiden. In einem dazwischenliegenden Verfahrensschritt werden - wie das obige Beispiel (6.28) einer Antragsannahme deutlich machte - die Möglichkeiten mündlicher und dialogischer Kommunikation auf materiale Formen eines nicht-diskursiven, konditionalen Entscheidungsverfahrens zurückgeschnitten. Um in dem von Dieckmann gewählten Bild zu bleiben: Die spezifischen Prozesse der Materialisierung mögen einen Grund für die Erlebensperspektive von Klienten sein, mit ihren sogenannten Anliegen wie von Leitplanken abzuprallen. Sie stoßen auf konditionale Entscheidungsstrukturen, deren Nicht-Diskursivität sie praktisch mundtot macht.

Die mögliche Diskursivität von Verfahren wie im Arbeitsamt setzt wesentlich erst dann ein, wenn sich der entsprechend kompetente Klient zur Einlegung eines Widerspruchs entschließt oder weitere Rechtsmittel einlegt, das heißt ein anderes Verfahren sucht, in dem die Problematik des Klienten in ein "echte" Problematik auch für das Arbeitsamt verwandelt wird, wenn der Klient etwa für ihn günstige, aber gleichwohl strittige Daten geltend zu machen sucht. Erst auf dieser Stufe anerkennt die Institution die Möglichkeit eines problematischen Daten-Falls und ist ein diskursives Verfahren institutionell vorgesehen, z. B. mit einem Mitarbeiter der Rechtsabteilung oder Mitarbeitern in anderen Abteilungen, die für eine Beratung oder ein Widerspruchsverfahren kompetent sind. Erst auf dieser Stufe wird erstmalig im echten Sinn ein *diskursives* Verfahren eröffnet, in dem Rede und Gegenrede zugelassen sind, Feststellungen und Behauptungen bestritten werden, Problem-Fragen gestellt, Argumente und Gegenargumente vorgetragen werden können, das heißt Handlungen bzw. Handlungsmuster des Streitgesprächs institutionell

erwartet und gebilligt werden.[37] Alle vorausgehenden Handlungen der Sachbearbeiter basierten auf nicht-diskursiv begründeten Ketten des konditional programmierten Entscheidens und waren problemlose Routine-Handlungen in der Form eines schwachen Handlungsautomatismus. Dies kann sicherlich für einen relevanten Teil des rein verwaltungsinternen Handelns in Institutionen wie auch des Handelns im Publikumsverkehr verallgemeinert werden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Mit Luhmanns Unterscheidung zwischen *Ritualen*, die wesentlich durch eine alternativlose Handlungsabfolge gekennzeichnet sind, und *Verfahren*, in denen offene Handlungsalternativen mit ungewissem Ausgang des Verfahrens erst noch entschieden werden müssen, lassen sich prototypisch etwa die katholische Messe von einer Gerichtsverhandlung unterscheiden. Während vor Gericht nach einer *wenn-dann*-Struktur gehandelt wird, gilt in der katholischen Messe eine *sobald-danach*-Struktur. Sobald eine bestimmte Handlung vollzogen ist, folgt unmittelbar danach mit Gewißheit eine bestimmte andere Handlung. Bekanntlich gilt: Nichts ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Mit den darüber hinaus notwendig gewordenen Unterscheidungen von *diskursiven* und *nicht-diskursiven* Problemlösungsverfahren lassen sich etwa prototypisch Institutionen wie Gericht und Arbeitsamt differenzieren, deren Verfahren zwar beide durch eine wenn-dann-Struktur gekennzeichnet sind, sich aber in der Zulässigkeit/Notwendigkeit diskursiver Problemlösungen erheblich unterscheiden. Dabei sind jedoch Mischformen verschiedenster Art denkbar. So sind z.B. für die Institution Arbeitsamt verschiedene Abteilungen danach zu unterscheiden, inwieweit Diskursivität nicht nur ausgeschlossen oder zugelassen, sondern sogar erwünscht oder erforderlich ist, wie etwa bei der Arbeitsvermittlung und Berufsberatung, in der die diskursive Mitarbeit des Klienten auch aus der Perspektive der Institutionsvertreter unverzichtbar ist.[38]

Umgekehrt sei hier als offene Frage dahingestellt, inwieweit die Gerichtsverhandlung insgesamt oder über weite Strecken der Verhandlung, in der relevante Teil-Entscheidungen gefällt werden, nicht ebenso ein nicht-diskursives Verfahren ist, obgleich unter Umständen viel geredet wird. Diese

---

37 Vgl. die empirischen Beispiele im Materialband 1 des oben angeführten Dortmunder Projekts sowie Becker-Mrotzek/Fickermann (1989) und Becker-Mrotzek/Ehlich/Fickermann (1992).

38 Auch im Sozialamt ist das Verfahren dem gesetzlichen Anspruch nach eher auf eine individuelle Fallproblematik abgestellt, die in der Kommunikation zwischen Agent und Klient erst diskursiv zu entwickeln ist. So betont auch Wenzel (1981) die gesetzlich vorgeschriebene Individualisierung der zu gewährenden Sozialhilfe, was ein erhebliches Maß an Kooperativität auf beiden Seiten verlangt, sie erkennt aber in der Praxis der Paraphrasetätigkeiten der Sachbearbeiter ebenso eine Tendenz zur Pseudo-Kooperation. Vgl. weiterhin zur Sozialamtskommunikation Gloy (1981), Wenzel (1984) und Selting (1987 und 1985).

Problematik ließe sich einerseits aus den vorausgehenden Analysen der Formen und Funktionen von Kooperation im Gericht weiter herleiten, andererseits kommt sie indirekt auch bei Luhmann selbst (1969/83: z.B. 116f.) immer wieder zum Ausdruck, wenn er sinngemäß darauf abstellt, daß die Ungewißheit des Ausgangs auch dann künstlich wachgehalten wird, wenn sie längst absorbiert ist. Auch im Falle der Gerichtskommunikation stellt sich also die Frage, ob die beanspruchte Ungewißheit des Ausgangs nicht ein idealer, handlungspraktisch wirksamer Anspruch ist,[39] der gleichwohl an der Wirklichkeit vorbeigeht, und die Gefahr besteht, daß die kritische Analyse des Verfahrens einer Leitidee der Institution selbst aufsitzt (vgl. einleitend § 1.4). Hierauf können wir für den Fall der Gerichtskommunikation nicht weiter eingehen, wenn auch die allgemeine Problematik der Sogwirkung von Leitideen für die Analyse gerade des institutionellen Handelns abschließend (in § 6.5) unter dem besonderen Aspekt der *Wahrheitsfindung* und - *vermittlung* nochmals aufzunehmen ist. Letzlich geht es hierbei im Sinne einer *angewandten Diskursethik* um die Modellierung einer idealen Kommunikation, an der sich die Praxisformen in verschiedenen institutionellen Bereichen der Gesellschaft überhaupt erst kritisch bemessen lassen.[40]

Trotz spezifischer Vorbehalte, nach denen auch das gerichtliche Verfahren erst noch auf *nicht-diskursiv* getroffene Entscheidungen (etwa auch in der Hauptverhandlung) hin zu untersuchen wäre, die den selbst formulierten Ansprüchen kaum genügen können, lassen sich die von Luhmann (1969/83: 131ff.) exemplarisch am Fall der Gerichtsverhandlung herausgearbeiteten problematischen Aspekte für Verfahren verschiedener Art gleichwohl verallgemeinern. Sie betreffen im wesentlichen die *Begrenzung* der *Kritik* und *Verantwortlichkeit*: Die im Gang des Verfahrens jeweils getroffenen Entscheidungen und vor allem die Schlußentscheidungen, die im Gericht das Urteil ausmachen, werden gegen die Kritik etwa am Verfahren selbst, an Personen sowie den nicht-juristischen Konsequenzen immunisiert und die Verantwortlichkeit nach oben bzw. an den Programmgestalter (z.B. Gesetzgeber) abgeschoben. Diesen Aspekt der abgeschobenen Verantwortlichkeit hatten wir (oben in § 4) bereits für viele Fälle institutionellen Handelns verallgemeinert.

Das Problem der Begrenzung der Kritik und Verantwortlichkeit führt jedoch erneut auf die Frage zurück, was in Institutionen ausgehandelt werden kann bzw. ausgehandelt werden muß und was jeweils nicht oder - um Luh-

---

39 Den von Luhmann (1969/83: 133f.) selbst betonten Kollisionen wäre erst noch in empirischen Analysen nachzugehen, um etwa die Problematik, die er mit Blick auf das, was 'geglaubt' wird, und mit Blick auf 'eine latente Funktion' (sic!) beschreibt, näher herausarbeiten zu können.

40 Vgl. zur Anwendung der Diskursethik in Politik, Recht und Wissenschaft die Beiträge in Apel/Kettner (Hg.) (1992) und speziell zur Anwendung in der Medizin Koerfer/Köhle/Obliers (1993).

manns Gedanken in diese Fragerichtung zu wenden - was denn in bestimmten Entscheidungsverfahren überhaupt in eine "bestimmbare, greifbare Problematik" verwandelt werden kann bzw. verwandelt werden muß und was jeweils nicht in eine solche Problematik verwandelt werden kann oder muß, weil sie von vornherein aus dem Horizont der Möglichkeiten ausgegrenzt ist und auch nicht mehr ins aktuelle Bewußtsein der Handelnden tritt.[41] Zur systematischen Klärung dieser Fragestellung bedarf es weiterer komparativer Analysen im hier unternommenen Sinn, um die institutionsspezifischen Aushandlungsprozesse sowohl gegenständlich wie funktional weiter ausdifferenzieren zu können.

6.4.6 Aushandlungsprozesse. Der Phänomenbereich

In den vorausgegangenen Analysen zu Aushandlungsprozessen in den verschiedensten Institutionen, in denen es um das Verhältnis von Pflicht und Neigung, um die Frage der Handlungsspielräume und die durch Pflichten und Neigungen motivierte Wahl zwischen Handlungsalternativen innerhalb eines Handlungsrahmens und zuletzt um den Unterschied von ritueller Kommunikation und konditionalen Entscheidungsverfahren verschiedener Art ging, sind die Bedingungen und Möglichkeiten des Aushandelns theoretisch erörtert und fallweise belegt worden, so daß die Frage nach dem Gegenstand von Aushandlungsprozessen nunmehr eine empirische Frage ist, die nur über weitere vergleichende und institutionsspezifische Analysen beantwortet werden kann. Hierzu können nur in loser Folge einige Hinweise und Stichworte gegeben werden, wobei es auf kontrastierende Akzentsetzungen ankommt. Rückverwiesen sei ebenfalls auf die Analysen zur Kooperation und Kontrolle in Gericht und Therapie (§ 6.2) sowie zur Öffentlichkeit in Gericht, Therapie, Parlament und Hochschule (§ 6.3), in denen kontrastierende Fragestellungen im Detail erörtert wurden. Hier soll lediglich ein *exemplarischer* Überblick über die Vielfalt des Phänomenbereichs gegeben werden, an dem eine empirische Analyse unter dem Aspekt der Aushandlung weiter anzusetzen hätte.

Die im folgenden exemplarisch markierten Differenzen mögen auf den ersten Blick trivial, weil hinlänglich bekannt erscheinen. So wie wir etwa den analytischen Blick für die Selbstverständlichkeiten unserer Kultur am besten durch einen Kulturvergleich schulen können, so ist der Blick für die

---

41 Es geht in der empirischen Analyse nicht nur um das Problem des Unterschieds und der Kombination von Programmtypen, sondern auch um das Problem, daß schließlich auch da entschieden und gehandelt werden muß, wo es kein so tradiertes und gut ausgearbeitetes Entscheidungsprogramm (wie beim Gerichtsverfahren) gibt und das "Programm" zwar nicht erst geschrieben, aber doch entdeckt werden muß.

Selbstverständlichkeiten des Handelns in Institutionen durch einen Institutionsvergleich zu schärfen, der schließlich auf den Funktionszusammenhang einzelner Differenzen im ganzheitlichen Vergleich der Institutionen abzielt.[42] In einem zweiten Schritt ist deswegen das Problem des analytischen Zugriffs auf den Phänomenbereich im Sinne der komparativen, ganzheitlichen Funktionsanalyse institutioneller Kommunikationstypen (§ 6.5) anzuschließen. Hier also zunächst der Überblick über den möglichen Phänomenbereich, über den exemplarisch folgende Typen kontrastiver Aussagen formuliert werden können.

Für eine Gerichtsverhandlung bzw. die polizeiliche Vernehmung ist der primäre Gegenstand von Aushandlungen der Tatsachverhalt (Quaestio facti), wozu Zeugen, Verdächtige bzw. Angeklagte gehört und einvernommen werden (vgl. z.B. Schmitz 1979, Schumann 1979, Hoffmann 1983). Sekundär kann die Frage der Öffentlichkeit oder der Befangenheit des Richters zum Gegenstand von Aushandlungen gemacht werden, keinesfalls aber kann ausgehandelt werden, ob ein Protokoll geschrieben werden soll oder nicht oder ob der Richter oder der Verteidiger den Vorsitz oder die Verhandlungsführung hat oder ob die Abfolge von Vernehmung zur Person und Verlesung des Anklagesatzes oder die Abfolge von Zeugenbelehrung und -vernehmung zu ändern wäre. Nur sehr bedingt können Rechtsprobleme (Quaestio juris) selbst zum Gegenstand von Aushandlungen gemacht werden (vgl. Luhmann 1969/83: 115). In einem Hochschulseminar kann nicht das Rahmenthema oder die Leiterrolle ausgehandelt werden, wohl aber einzelne Sitzungsthemen, die (Sub-)Themenfolge, die Verteilung und Übernahme von Referaten und Referatthemen sowie unter Umständen, ob man eine bereits andiskutierte Quaestio zurückstellen oder überhaupt ausklammern soll, ob man spontan oder entlang einer Rednerliste diskutieren soll, ob die Diskussionsleiterrolle von einem anderen als dem Seminarleiter zu übernehmen ist oder ob ein Protokoll - und wenn ja von wem - geschrieben werden soll (vgl. im einzelnen Koerfer 1980 und Koerfer/Zeck 1983). In der Schule kann insgesamt weniger ausgehandelt werden als in der Hochschule. Bis zum Widerspruchsverfahren

---

42 So wäre es eine lohnende Aufgabe, verschiedene Institutionen allein nach den Zeit-Differenzen zu vergleichen und dies im übergeordneten Funktionszusammenhang etwa der kooperativen Wahrheitsfindung zu untersuchen (vgl. § 6.5), die eben nur in dem Maß gelingen kann, wie bestimmte Zeitmaße gegenüber den spezifischen institutionellen Handlungszwecken nicht unverhältnismäßig unterschritten werden. So würde das notorisch hohe Verhandlungstempo vor Gericht, aus dem Luhmann (1969/83) gerade eine Reihe von Charakteristika für die Gerichtsverhandlung als solche herleitet, aus prinzipiellen Gründen eben nicht auf die Seminarinteraktion oder die psychoanalytische Therapie übertragbar sein. Vgl. zur Bedeutung des Entscheidungs- und Interaktionstempos in verschiedenen Argumentationsforen (Gericht, Wissenschaft, Medizin) auch Toulmin/Rieke/Janik (1979/84: 16).

und der Einlegung von Rechtsmitteln kann im Arbeitsamt fast ebensowenig ausgehandelt werden wie in der katholischen Messe. In der psychoanalytischen Therapie kann sehr viel, nicht aber die Erzähler- und Hörerrolle oder das Couch-Arrangement oder die Zulassung von Öffentlichkeit ausgehandelt werden. In der Therapie kann die Zeit eher als in der Schule ausgehandelt werden, der Ort kann in beiden Fallen höchst selten ausgehandelt werden, die generelle Teilnahme selbst muß in der Therapie prinzipiell und kann in der Schule prinzipiell nicht zum Gegenstand von Aushandlungen gemacht werden. Der Ausschluß der Öffentlichkeit kann im Parlament prinzipiell nicht und in parlamentarischen Ausschüssen und im Gericht gelegentlich und unter besonderen Voraussetzungen ausgehandelt werden usw.

6.5 Zur komparativen Funktionsanalyse institutioneller Kommunikationstypen

Diese und ähnliche Differenzen waren und sind weiterhin zunächst einmal als Ergebnisse einer komparativ-deskriptiven Analyse zu ermitteln und zu bestätigen, die an den Phänomenen ansetzt und mit einer funktionalen Analyse so zu verbinden ist, daß die Ergebnisse in beiden Analyseperspektiven schrittweise abgestimmt und zur wechselseitigen Bewährung aufeinander bezogen und kontrolliert werden können. Dabei sollte nicht eigens betont werden müssen, daß wir "im Blick auf die Phänomene" immer schon unser theoretisches Vorwissen mobilisieren, mit dem wir auf die Phänomene blicken. Für Ansätze zur Verbindung beider Analyseperspektiven sei auch hier auf die exemplarischen Analysen zur *Kooperation* und *Kontrolle* sowie *Öffentlichkeit* und *Aushandelbarkeit* am Beispiel ausgewählter Institutionen rückverwiesen und hier lediglich das Programm einer erweiterten komparativen Funktionsanalyse angegeben, die nicht nur einzelne, wenn auch wesentliche Elemente und Funktionen von institutionellen Handlungssystemen untersucht, sondern diese als ganze vergleicht. Deswegen sei abschließend exemplarisch im paarweisen Vergleich von *Schule*, *Hochschule*, *Gericht* und *Therapie* eine Reihe von weiterführenden Perspektiven aufgezeigt, unter denen eine ganzheitlich-funktionale Analyse verschiedener Typen von Institutionen mit ihren je eigenen gesellschaftlichen Problemlösungsverfahren fortzuschreiben wäre. Hierzu konzentrieren wir uns auf den für diese Institutionen wesentlichen Problemkomplex der *Wahrheitsfindung* bzw. *-vermittlung* als einer zentralen Vergleichshinsicht, die uns zugleich eine diskursethische

Kritikperspektive im Hinblick auf die Empirie dieser institutionellen Kommunikationstypen eröffnen soll.[43]

6.5.1 Das Wahrheitsproblem

In der Hochschule kann und soll offensichtlich nicht in derselben Weise gesichertes und kanonisiertes Wissen vermittelt werden, wie dies - mitunter zum Leidwesen der Schulpädagogik und entgegen einer möglichen Leitidee - in der Schule geschieht, in der echte Quaestiones eher die Ausnahme sind, so daß dort kreative und diskursive Problemlösungsverfahren eher in pervertierten Formen auftreten (vgl. oben § 4.3 und § 5.3). In diesem Sinn sind die Analysen von Ehlich/Rehbein zur Schulkommunikation als Beitrag zur Aufklärung der vorherrschenden Schulwirklichkeit, die eine Folge des Tansformationsprozesses vom *Lehr-Lern-Diskurs* zum *Unterrichtsdiskurs* ist, zu verstehen (vgl. Ehlich 1981). Unter der Fragestellung "Schulischer Diskurs als Dialog?" bemißt Ehlich die vorherrschende Schulwirklichkeit an einem emphatischen Gebrauch von 'Dialog', der der ursprüngliche ist:

> Sehr früh hat nämlich das Sich-Unterhalten eine eigene Dignität gewonnen: Es galt und gilt als gemeinsame kommunikative Tätigkeit, um Wahrheit zu finden. Dialog wurde in verschiedenen Zeiten als herausgehobenes und herauszuhebendes Medium der Erkenntnis angesehen. Vermutete eine spätere Zeit die Wahrheit zum Beispiel in der Nähe von Einsamkeit und Freiheit, gab es seit den rhetorisch bestimmten Anfängen der Philosophie, vor und mit Sokrates, immer auch eine Konzeption, die die Erkenntnis von Wahrheit dem gemeinsam diskutierenden Bemühen geschuldet oder sie dadurch doch zumindest stark gefördert sah. Nennen wir diesen Gebrauch von 'Dialog' den emphatischen. (Ehlich 1981: 335)

Die weitere Untersuchungsperspektive von Ehlich, die sich in der empirischen Analyse konkretisiert, läßt sich etwa in dieser These zusammenfassen: Der emphatische Dialog *ist* in der Schule *nicht* der vorherrschende, obwohl er es sein *könnte* und sein *sollte*. Zwar gibt es in der Schule eher und stärker als in der Hochschule das sicher ernst zu nehmende Problem der didaktischen Reduktion, es wird aber in der Praxis häufig derart auf das Problem der An-

---

43 Daß damit nicht das prinzipiell anzustrebende Kritikniveau einer Institutionsanalyse erreicht werden kann, war bereits einleitend (§ 1.4) zugestanden und als Beschränkung der Analyse begründet worden. Im folgenden Vergleich handelt es sich um Institutionen, die bereits gut erforscht sind und zu denen umfangreiche theoretische und empirische Untersuchungen vorliegen, auf die hier wiederholt Bezug genommen wurde. Zu weitergehenden Perspektiven einer angewandten Diskursethik in Politik, Recht und Wissenschaft sei auf die Beiträge in Apel/Kettner (Hg.) (1992) sowie speziell in der Medizin auf Koerfer/Köhle/Obliers (1993) verwiesen.

gemessenheit der Darstellung zugespitzt, daß es sich in das Problem der Vermittlung und Aneignung von "halben Wahrheiten" verkehrt, auf denen das Schülerwissen zugleich beruht und aufbaut. Eine weitere Stufe der Pervertierung von ursprünglichen Handlungszwecken und Handlungsmustern ist nicht nur der vielleicht unvermeidlichen didaktischen Reduktion geschuldet, sondern institutionsspezifischen Formen des Handelns unter *Maximenkonflikten* (vgl. § 4.3.4). Am Beispiel (4.11) zur Lösung eines solchen Konflikts wurde ein weiterer *Transformationsprozeß* deutlich. Über eine Transformation des Handlungsmusters des Problemlösens zum Handlungsmuster des Aufgabe-Stellens/Aufgabe-Lösens hinaus wird das Aufgabe-Muster nochmals heruntertransformiert auf das Niveau einer Stichwort-Vergabe bzw. -Suche. Insofern das Problemlösen letztlich zur reinen *Stichwort-Kommunikation* verkommt, ist der Verfall ganzheitlichen Begreifens zum *fragmentarischen* Stichwort-Wissen nicht weiter verwunderlich. Können solche Verkehrungen für die Schule schon schwerlich akzeptiert werden, so gefährdeten sie in der Hochschule im Grundsatz den Sinn und Zweck von Forschung und Lehre.

Um die Wahrheit wird im Seminar auch anders gestritten werden müssen als im Gericht, wo das Verfahren u.a. durch hohes Tempo und besondere, teils existentielle Interessen von Parteien bestimmt ist, die zur Wahrung dieser Interessen bestimmte Taktiken und Strategien teils gerade zur Verschleierung der Wahrheit ausbilden (vgl. oben § 6.2.2), was Habermas zunächst (sic) dazu verleitet, dem Gerichtsprozeß jedwede Diskurseigenschaft abzusprechen:

> Die Parteien wollen wie in einem strategischen Spiel Gewinne erzielen und Verluste vermeiden. Ihr Ziel ist nicht die Wahrheitsfindung, sondern eine für sie jeweils günstige Entscheidung eines Streitfalls. Sogar der Richter ist institutionell gehalten, das Ziel der Wahrheitsfindung der Notwendigkeit, zu terminierten Entscheidungen zu gelangen, d.h. in angemessener Frist sein Urteil zu sprechen, unterzuordnen. Der Disput als Mittel der strategischen Verwirklichung dieser durch Rollenverteilung definierten Ziele ist kein Diskurs. (Habermas 1971a: 200f.)

Gerade diese Eigentümlichkeit juristischer Argumentation, die der kooperativen Wahrheitssuche offenbar entgegensteht, hat zu einer ausgeprägten Kontroverse um eine adäquate diskurstypologische Bestimmung der Gerichtsverhandlung geführt. Die besonderen Schwierigkeiten einer diskurstypologischen Einordnung von Gerichtsverhandlungen werden von Habermas durchaus eingeräumt, wenn er sich gegenüber seiner urspünglichen, oben zitierten Auffassung (1971a), nach der Gerichtsverhandlungen eben wesentlich durch strategisches Handeln bestimmt sind, durch Alexy (1978/91: 263ff.) späterhin davon überzeugen läßt, "daß juristische Argumentationen in all ihren institutionellen Ausprägungen als Sonderfall des praktischen Diskurses begriffen werden müssen" (Habermas 1981, Bd.1: 62, Fußn 63). Wie immer auch diese *diskurstypologische* Kontroverse zu entscheiden ist - ob durch Katego-

rienwechsel, mit oder ohne Sonderfallthese -,[44] so sind die Differenzen zwischen einer Gerichtsverhandlung und einem Hochschulseminar doch hinreichend klar. Zwar mag auch die empirische Seminarinteraktion nicht frei von persönlichen Interessen am Fortgang und Ausgang des Streits um Wahrheit sein, aber die Idee vom *idealen* Diskurs, der nicht von persönlichen Interessen getragen und hinsichtlich seines Fortschritts nach individuellen Gewinn- und Verlust-Rechnungen bemessen wird, kann als *praktisch wirksame Utopie* eher für die Hochschule geltend gemacht werden als für das Gericht, in dem man sich mit einem falschen bzw. richtigen Wort am richtigen bzw. falschen Platz "um Kopf und Kragen reden" kann.

Dagegen nehmen sich im Seminar die mehr oder weniger berechtigten Sorgen der Teilnehmer vor "Gesichtsverlust", den sie für den Fall zu erleiden drohen, daß sie sich in eine sogenannte "unhaltbare" Position verrennen, eher harmlos aus. Gleichwohl sind solche "Harmlosigkeiten" nachgeordnet in einer funktionalen Analyse zu berücksichtigen. Ansonsten bliebe die Analyse des (über-)vorsichtigen Gebrauchs des Wortes in der bloßen Deskription etwa von sprachlichen Konstruktionen mit Partikeln, Modalverben, Konjunktiv-Modus usw. stecken. So darf eine funktionale Analyse nicht verkennen, daß ein relativierender Sprachgebrauch, wie er der Wissenschaftssprache (und eben auch der Rechtssprache!) allgemein zu eigen ist, der Sache und dem Zweck gegenüber häufig angemessen ist. Apodiktische Rede- und Argumentationsstile, die sich jeder Einschränkung und Modifikation enthalten, verstellen die Möglichkeit von Differenzierung, wo sie gefragt ist, und suggerieren gesicherte Kenntnisse, wo sie mit Hilfe von Fragen und Hypothesen erst noch zu gewinnen sind.

Seminar und Gerichtsverhandlung sind gleichermaßen durch *Argumentationsdiskurse* gekennzeichnet. Der Streit um Wahrheit ist *institutionell* vorgesehen und der Konflikt nicht verpönt. Hier mag ein Unterschied zu "alltäglichen" Streits um die Wahrheit bzw. um Recht bestehen, wie Luhmann offenbar unterstellt: "Natürlicherweise ist ja ein Streit um Recht ebenso wie ein Streit um Wahrheit immer zugleich ein Streit über den Streit. Das heißt: Dem Gegner wird das Recht zum Streiten bestritten" (1969/83: 105). Es sei

---

44 Habermas begründet seine typologischen Abgrenzungsversuche vor allem in seiner Auseinandersetzung mit der Argumentationstheorie von Toulmin/Rieke/Janik (1979/1984), die zwischen *universalen* ("field-invariant") Verfahrensregeln und *partikularen* ("field-dependent") Regeln in spezifischen Argumentionsfeldern (wie Wissenschaft, Recht, Medizin, Kunst, Management) unterscheiden. Vgl. speziell zu Habermas' Theorie des praktischen Diskurses und zur Sonderfallthese von Alexy wiederum Neumann (1986: 70ff.) sowie die Replik von Alexy (1973/91: Nachwort) auf einige Kritiker. - Vgl. zur Behandlung des Wahrheitsproblems allgemein Luhmann (1971: 342ff.) und speziell im Gericht Luhmann (1969: 50ff., 66, 104ff.).

dahingestellt, ob sich Luhmanns Annahme über das, was "natürlicherweise" zutrifft, in dieser Verallgemeinerung halten läßt. Auch im "Alltag" äußern wir idiomatische Formeln wie: "Es ist Dein gutes Recht, dies zu bestreiten" nicht immer nur formelhaft leer und ohne weiteren Sinn, sondern wir meinen, was wir sagen. Aber Luhmann ist sicherlich bei seinen weiteren Überlegungen darin zuzustimmen, daß die *Institutionalisierung* des Konfliktaustrags persönliche Konflikte vermindern hilft:

> Im institutionalisierten Konflikt besteht dagegen über das Recht zum Streiten kein Streit und daher auch kein Streit über die Vertretbarkeit kontroverser Selbstdarstellungen. Auf diese Weise werden die ärgsten Konsequenzen des Streitens für die Selbstdarstellung abgefangen (...). (Luhmann 1969/83: 105)

Im Schutz der Institution, so können wir fortfahren, können sich die Konfliktparteien ihre oben (§ 6.2) beschriebenen Taktiken und Strategien in einer Gerichtsverhandlung auch nicht persönlich verübeln; im Gegenteil: Nach Abschluß der Verhandlung mögen sie sich in Komplimenten ergehen. Daß der Verteidiger dem Staatsanwalt wichtige Informationen, über die nur er verfügte, sowie eine darauf aufbaubare Argumentation vorenthalten hat, wird den Staatsanwalt keineswegs verwundern. Dies verweist bei aller Gemeinsamkeit als Argumentationsdiskurs auf einen wesentlichen Unterschied zum Wissenschafts-Diskurs.

Im Gericht verlangt der Zweck der Verteidigung keineswegs, daß der Verteidiger von der Unschuld des Angeklagten, für die er in seinem Plädoyer argumentiert, auch überzeugt ist. Es genügt, wenn er das Gericht davon überzeugen kann. Um es metaphorisch auszudrücken: Im Gericht darf man wie beim Poker mit verdeckten Karten spielen, und man muß bis zum Schluß nicht alles, sondern nur mehr aufdecken als der andere. Wenn man bereit ist, die Zurückhaltung von relevanten Informationen als Täuschung anzusehen, dann ist die Täuschung im Gericht gewissermaßen institutionalisiert. Dem Verteidiger wie auch dem Angeklagten werden im Schutz der Institution Handlungen und Einstellungen eingeräumt, die dem Wahrheitsanspruch - und zwar im Prinzip - nicht gerecht werden müssen. Dagegen muß man im Seminar - und zwar im Prinzip - alle Karten, die das Spiel betreffen,[45] offen auf den Tisch legen. Man muß sein gesamtes Wissen, das zur Lösung des anstehenden Problems einschlägig ist, verausgaben und kann nicht allgemein Argumente zurückhalten, bestimmte Behauptungen und Begründungen vorenthalten wollen in der Hoffnung, ihr Fehlen würde nicht bemerkt. Deswegen kann auch

---

45 Mit dieser Metaphorik soll nur ausgedrückt sein, daß man natürlich nicht etwa sein Wissen über sich selbst oder konkrete Personen usw. einbringen muß, obgleich das in den Humanwissenschaften durchaus zulässig und mitunter sinnvoll ist, wenn man sich gewisser, in der Diskussion verlorengegangener Evidenzen versichern will.

etwa die von Alexy (1978/91) für den allgemeinen praktischen Diskurs herausgestellte *Argumentationslastregel* (6.29) für den wissenschaftlichen Diskurs gerade nicht geltend gemacht werden:

(6.29) Wer ein Argument angeführt hat, ist nur bei einem Gegenargument zu weiteren Argumenten verpflichtet. (Alexy 1978/91: 244, 362)

Es würde den wissenschaftlichen Diskurs ad absurdum führen, wenn jemand im Wissen um ein relevantes Gegenargument gegen sein eigenes Argument mit diesem Gegenargument hinter dem Berg halten würde, nur weil es von keinem anderen Teilnehmer vermißt wird. Unter diesem Aspekt unterscheidet sich der wissenschaftliche Diskurs im Anspruch und in der Praxis nicht nur vom Gerichtsdiskurs, sondern auch vom schulischen Diskurs, in dem allein schon der didaktischen Reduktion wegen die Argumentationslastregel (6.29) häufig in Anspruch genommen werden dürfte. Darüber hinaus sei auch die *politische* Debatte angeführt, in der es jedenfalls in Grenzen dem selbst gesetzten Anspruch nach erlaubt sein mag, mit Kenntnissen hinter dem Berg zu halten und Argumente, die faktisch nicht gefordert werden, aber der Sache nach am Platze wären, auszusparen. In der Politik mag die Zurückhaltung von relevanten Informationen als hohe Kunst der Diplomatie ausgelegt und die damit verbundene faktische *Täuschung* des Gegners und der Öffentlichkeit mit dem fragwürdigen Grundsatz "Der Zweck heiligt die Mittel" gerechtfertigt werden.

Die Täuschung zum sogenannten Wohle der Getäuschten ist gleichermaßen ein Problem der extrem öffentlichen wie der extrem privaten oder intimen Kommunikation. Auch in der *medizinisch-therapeutischen* Kommunikation kursieren Handlungsgrundsätze wie "Was hilft, ist erlaubt" (vgl. z. B. Anschütz 1988: 167). Die kalkulierte Nutzung des sogenannten Placebo-Effekts ist nur ein prototypischer Fall, in dem ärztliches Handeln in Konflikt mit den Prinzipen einer radikalen Aufklärungsmedizin tritt. Im klinischen Versorgungsalltag wie in der ärztlichen Sprechstunde steht ärztliches Handeln unter einem ständigen Maximenkonflikt, der im schweren Krankheitsfall als Konflikt zwischen *Wahrheit* und *Schonung* lediglich eine besondere Zuspitzung erfährt (vgl. Köhle/Simons/Kubanek 1990). Die alltagspraktische Entscheidung ärztlicher Maximenkonflikte dieser Art erfolgt mehr oder weniger explizit in Abhängigkeit von einer Modellierung ärztlichen Handelns, das sich als spezifisch *kommunikatives* Handeln sowohl von einer allgemeinen *Medizinethik* wie auch von einer spezifischen Anwendung der *Diskursethik* in der Medizin her begründen läßt (vgl. Koerfer/Köhle/Obliers 1993). Während im traditionellen, paternalistischen Modell der Arzt ohnehin über den Kopf "seines" Patienten hinweg "zum Besten" des Patienten entscheiden darf, beruht das Kooperationsmodell oder Partnerschaftsmodell auf einer *diskursiven Verständigung*, die sich gegenständlich sowohl auf eine gemeinsam

ausgehandelte Krankheitsgeschichte in all ihren biopsychosozialen Bedeutungsdimensionen als auch auf die entsprechend angemessene Therapie erstreckt. Bei aller *Asymmetrie* des Leidens, Wissens und Könnens begegnen sich Arzt und Patient im Prinzip als *gleichrationale* Partner, die sich dem gleichmaßen wirksamen Zwang der *Anerkennung guter Gründe* fügen, die den Konsens über die weitere Behandlung herbeiführen.

Die qualifizierte Zustimmung des Patienten bedarf gleichermaßen seiner hinreichenden Aufklärung. Im Sinne des "informed consent" gilt für jedes ärztliche Handeln ein allgmeines *Transparenzgebot* (vgl. z.B. Brody 1989), das sowohl *initiativ* als auch *reaktiv* wahrzunehmen ist, indem der Arzt dem Informationsbedürfnis des Patienten zunächst durch Vermittung von Basisinformationen vorauseilt und den so geweckten Informationsbedarf dann in nachfolgenden Frage-Antwort-Sequenzen angemessen deckt. Das Transparenzgebot ist also in einem zirkulären Prozeß nach Zeitpunkt, Form und Umfang der (diagnostisch, prognostisch und therapeutisch relevanten) Informationen patientengerecht und in Abhängigkeit vom psychodynamischen Entwicklungsstand der *dialogisch* geführten Kommunikation kontextsensitiv wahrzunehmen. Diese Art selektiver Information, die in einem *Rückmeldemodell* eine ständige *kommunikative Abstimmung* zwischen Arzt und Patient verlangt, ist überhaupt nur geeignet, die bei Patienten so häufig zu beobachtende "Zustimmung aus Verwirrung" (confused consent) zu vermeiden (vgl. von Uexküll 1987, 1993). Hier geht es - analog zum Problem der didaktischen Reduktion - um die Entlastung von inadäquater Informationsvermittlung. Die standardisierte, quasi wie gegenüber einem Fachkollegen in der monologischen Form des wissenschaftlichen Vortrags vermittelte Information ist eben nicht die patientenadäquate Aufklärung.

Diese bleibt allerdings ein Balanceakt mit vielfältigen Risiken einer kommunikativen Feinabstimmung mit dem leidenden, ängstlichen, kränkbaren, leugnenden Patienten, der zwar einerseits in seiner Rationalität und Autonomie zu bestärken ist, über die er aber andererseits phasenweise gerade nur eingeschränkt verfügen mag. Dies wird nicht nur in akuten Notfallversorgungen, sondern auch in hochfrequenten, kommunikationsintensiven Therapieformen deutlich, in denen die Patienten bei entsprechenden Regressions- und Widerstandphasen etwa für die *Wahrheit* einer psychoanalytischen Deutung nicht hinreichend "reif" sein mögen, weswegen die Deutung vom Therapeuten bis zu einem günstigeren Entwicklungsstand des therapeutischen Gesprächs gerade zurückgehalten wird. So erfährt die Wahrheitsmaxime denn in der psychoanalytischen Therapie ihre besondere Ausprägung, die von Lakoff folgendermaßen auf den Begriff gebracht wird.

> (...) it is an assumption of psychoanalytic theory that ordinary notions of truth - i. e., adherence to the maxim of quality - must be suspended in the analytic setting: when the analysand's psychic truth conflicts with the truth provable in reality, the

> former, for the purposes of the analysis and until the analysand discovers otherwise himself, is taken as the *real* truth. (Lakoff 1980: 17)

Für die Klärung der Wahrheit im Sinne einer therapeutischen Selbstaufklärung des Patienten müssen sich beide Geprächsteilnehmer hinreichend Zeit nehmen, bis eben die *Stunde der Wahrheit* gekommen ist, in der sich der Patient den therapeutisch relevanten Argumenten nicht länger verschließt und sich nunmehr überzeugen läßt.[46] Bei der bis dahin vom Therapeuten geübten Zurückhaltung der Wahrheit handelt es sich um eine Art *Zumutbarkeitsregel*, die wir auch sonst befolgen, wenn wir jemandem persönlich nicht zu nahe treten wollen und deswegen unter Umständen nicht weiter insistieren. Gegenüber der Argumentationlastregel (6.29), die primär zur Entlastung von ego in Anspruch genommen werden dürfte, dient die Zumutbarkeitsregel vor allem dem persönlichen Schutz von alter. Sie läßt sich etwa wie folgt formulieren:

(6.30) Sage nichts Persönliches, was dem anderen nicht zumutbar ist.

In der Psychotherapie gilt diese Zumutbarkeitsregel dem Selbstverständnis und dem Zweck der Therapie entsprechend nur auf Zeit. Dies schlägt sich in der Empirie therapeutischer Gespräche in der verzögerten Wiederaufnahme von Themen nieder, deren "endgültige" Klärung eben nicht unbedingt "hier und jetzt" erfolgen muß, sondern späteren Entwicklungsstadien des therapeutischen Gesprächs vorbehalten bleiben kann (vgl. Koerfer/Neumann 1982). Die Zumutbarkeitsgrenzen werden gerade durch die gemeinsame therapeutische Arbeit schrittweise und tentativ verschoben, bis die Zumutbarkeitsregel schließlich aufgehoben werden kann. Dies ist aber nicht nur eine spezifisch psychotherapeutische Perspektive. Auch in der medizinischen Versorgung im "engeren" Sinne, die perspektivisch vom traditionellen Modell einer biotechnischen Medizin auf ein *biopsychosoziales* Modell der *Beziehungsmedizin* umzustellen ist (vgl. von Uexküll/Wesiack 1990, von Uexküll 1993), sollte die Zumutbarkeitsregel nur auf Zeit gelten, wenn die *Rationalität* und *Autonomie* des Patienten nicht auf Dauer eingeschränkt, sondern ernst genommen werden soll.

Während also insgesamt die Zurückhaltung von Informationen und Argumentationen in dem Sinn, daß dies der Wahrheitsfindung und -vermittlung

---

46 Obgleich auch Habermas (1981, Bd. 1: 69f.) das therapeutische Gespräch wesentlich dadurch bestimmt sieht, daß der Therapeut in seiner Kritik an den Selbsttäuschungen des Patienten dessen Einstellungen mit Hilfe von Argumenten zu beinflussen und ihn schließlich zu überzeugen sucht, möchte er wie schon im Fall der Gerichtsverhandlung nicht ohne weiteres den Diskursbegriff verwenden. Es sei dahingestellt, ob mit der von Habermas vorgeschlagenen terminologischen Unterscheidung von "Kritik" gegenüber "Diskurs" den jeweiligen empirisch wirksamen Beschränkungen einer rein argumentativen Kommunikationsform bereits adäquat Rechnung getragen werden kann.

abträglich ist, in der schulischen, gerichtlichen, politischen, therapeutischen und medizinischen Kommunikation aus den verschiedensten Gründen (der didaktischen Reduktion, der Interessenwahrnehmung, der Schonung und Entlastung usw.) in bestimmten Grenzen, auf Zeit oder auf Dauer und dadurch gleichsam als bedingte Täuschung statthaft sein mag, ist die unbedingte *Offenheit* im wissenschaftlichen Diskurs ein unhintergehbares Prinzip.[47] Dort eine andersartige Haltung einzunehmen hieße, beim jeweils aktuellen Stand nur das Allernötigste zum Fortgang des Diskurses beizutragen, um etwa die vertretene Position nicht aufgeben zu müssen. Jemand handelte dann eben *nicht verständigungsorientiert*, sondern nur in dem Sinn *erfolgsorientiert*, als er im Augenblick, d.h. nach dem gerade aktuell erreichten Argumentations- bzw. Wissensstand das bessere Argument für sich in Anspruch nähme. Dies wäre ein Fall bloß rhetorischen Erfolgs. Daß sich kurzfristige Augenblickserfolge durch bloße Rhetorik späterhin rächen können, so daß auch insofern von einer bloß rhetorischen Erfolgsstrategie abzuraten ist, steht auf einem anderen Blatt. Anders formuliert: Der wissenschaftliche Diskurs sollte sich vor allem durch das Ringen um das nach bestem Wissen beste Argument auszeichnen, das nicht nur den augenblicklichen Ansprüchen zufälliger Diskursteilnehmer mit ihren aktuellen Wissensdefiziten genügt, sondern der Kritik einer wie immer *kontrafaktisch* zu unterstellenden *idealen* Kommunikationsgemeinschaft standhält.

Hierin ist etwa Apel und Habermas entgegen ihren Kritikern zuzustimmen, die ihnen die Realität empirischer Diskurse vorhalten, deren Defizite allerdings von keiner Seite bestritten werden (vgl. z. B. Apel 1992: 45). Mit eben diesen allseitig konstatierten, unleugbaren Defiziten nicht nur im besonderen Fall des theoretischen Diskurses zwischen Wissenschaftlern, sondern auch in Lehr-Lern-Diskursen, Rechtsdiskursen, medizinischen und therapeutischen Diskursen ist die Frage nach den jeweils besseren Alternativen aufgeworfen, die auf eine mehr oder weniger elaborierte Theorie der idealen Kommunikation verweisen. Von einem solchen wie auch immer vorläufigen Theorieentwurf wird sich unter evaluativer Perspektive auch jede empirische Analyse der Kommunikation nicht nur zwischen Wissenschaftlern, sondern auch zwischen Lehrern und Schülern, Richtern und Angeklagten, Ärzten und Patienten usw. im kritischen Vorgriff auf eine jeweils bessere Kommunikationspraxis leiten lassen müssen.

---

47 Eine in der Praxis offenbar bewährte Mischform von Lehrgespräch und wissenschaftlichem Diskurs hat sich mit der vielfältigen Übernahme der sokratischen Gesprächsmethode etabliert (vgl. zur spezifischen Analyse dieses Diskurstyps Hanke 1990 und Richter 1990), bei der sich allerdings der Lehrer mit seinem Wissensvorsprung aus didaktischen Gründen der selbstreflexiven Aneignung des im Prinzip selbst verfügbaren Wissens des Schülers ebenfalls bis zu gewissen Reifungszeitpunkten zurückhält.

6.5.2 Konservative versus progressive Institutionen?

Was als Problem freilich bleibt, ist das Moment der Befangenheit der Analyse in den *Leitideen* der Institutionen, denen man ja auch als mehr oder weniger *propagierten Mythen* aufsitzen kann.[48] Dieser Kritik der Befangenheit ist schwerlich zu begegnen. Sie soll auch nicht auf andere Schultern abgeschoben werden, wenn wir im Sinne des komparativen Ansatzes die Vergleichsperspektive wieder aufnehmen und verallgemeinern, die mit der kritischen Gegenüberstellung von Lebenswelt und Institution bereits (in § 3.4) in spezifischer Weise verfolgt worden war. Im Prinzip leiden wir hier wie dort unter *Ungerechtigkeit*, *Unwahrheit, Unaufrichtigkeit* und *Unverständlichkeit* oder etwas billiger: unter Machtstreben, Anmaßung, Eigennützigkeit, Intoleranz, Engstirnigkeit, Dummheit, Vorurteil, Verlogenheit, Intrige, Geschwätz, Kauderwelsch, Phrasen usw. Auch hierin mögen sich die institutionellen und nichtinstitutionellen Handlungsbereiche im Maß des Leidens unterscheiden, aber gesichert ist das nicht. Dieser Zweifel ist schließlich damit zu begründen, daß Institutionen nicht von ungefähr entstehen und der Ruf nach paradiesischen Urständen oder auch bloß nach einer unverstellten Alltagspraxis der Verständigung schlimmstenfalls eine *bloße Illusion* und bestenfalls eine *konkrete Utopie* nährt. Institutionskritik kann nicht pauschal auf Verdammnis hinauslaufen.

Damit kommen wir im Rahmen unserer komparativen Analysen auf eine letzte Unterscheidung, wobei die Anwendungsperspektive dieser Unterscheidung hier abschließend nur problematisiert werden kann. Es ist Mead (1934/73: 308f.) sicherlich im Ansatz seiner Einteilung grundsätzlich darin zuzustimmen, daß sich *oppressive*, *stereotype*, *ultrakonservative* Institutionen von *flexiblen* und *fortschrittlichen* Institutionen unterscheiden lassen. Ob man freilich endgültig den Stab über einzelne Institutionen brechen kann, wie Mead im Falle der *Kirche*, die er exemplarisch der Gruppe der oppressiven, stereotypen und ultrakonversativen Institutionen zuschlägt, sei dahingestellt. Zu seiner Zeit mag seine Zuordnung ihre Berechtigung gehabt haben. Anpassung und vorauseilender Gehorsam gegenüber den Herrschenden allein zum Zwecke der Besitzstandswahrung oder gar Machterweiterung, gepaart mit Kontrolle und Disziplinierung der gläubigen Mitglieder nach innen bei gleichzeitiger Intoleranz bis missionarischem Übereifer nach außen mögen der zentralen Leitidee der *Nächstenliebe* oft genug entgegen gestanden haben,

---

48 Hier sei nochmals auf die kritischen Rekonstruktionsversuche von Lalouschek/Menz/Wodak (1990) und Menz (1991) am Beispiel empirischer Analysen der Kommunikation im Krankenhaus sowie auf Koerfer/Köhle/Obliers (1993) zur Anwendung der Diskursethik in der Medizin verwiesen.

wobei es zwischen dem Handeln der Funktionsträger der Institution und dem der gemeinen Mitglieder des Kirchenvolkes zu erheblichen Diskrepanzen gekommen sein mag. Die in der jüngsten Zeit zu beobachtende Entwicklung und aktuelle Rolle der Kirche zumindest in bestimmten Regionen der Welt, in denen die Institution zur Quelle und Zuflucht oppositionellen Handelns avancieren konnte, läßt erneut einen *Funktionswandel* erkennen, dem eine *Zeitkritik* Rechnung zu tragen hätte.

Umgekehrt ist etwa die *Hochschule* nicht immer das kritische Ferment der Gesellschaft gewesen, wie sie es etwa besonders zu Zeiten der Studentenbewegung war. Der "Ultrakonservativismus" der deutschen Hochschulen während des Nationalsozialismus fällt ebenso noch unter die Zeitkritik wie die im ganzen progressive Funktion in der Nachkriegsperiode. Freilich zeigt der Exodus eines Teils der deutschen Intelligenz während des Nationalsozialismus ebenso wie das gleichzeitige Festhalten der Gläubigen an der Mitgliedschaft in der Kirche, daß die *Institutionsanalyse* sich in der Tat - wie einleitend (in § 1.4) ausgeführt - im *Spannungsfeld von Individuum und Gesellschaft* bewegt. Hehre Leitideen wie die *Freiheit der Wissenschaft* haben sicherlich mit der Freiheit der Gesellschaft *und* der Freiheit der in ihr lebenden Individuen zu tun, wobei Freiheit sicherlich insgesamt nicht mit Narrenfreiheit zu verwechseln ist, obgleich auch sie am rechten Ort ihren Platz haben sollte. Die Frage, inwieweit sich die Leitideen, wie wir sie etwa an den Eingangstoren unserer Schulen und Hochschulen eingemeißelt finden, in der Klassenzimmer- und Seminarinteraktion niederschlagen, bedarf freilich weiterer empirischer Aufklärung.

Dies gilt entsprechend für die gemeißelten Leitideen an unseren Krankenhäusern, Gerichten, Parlamenten und Kirchen usw., die als gemeißelte Leitideen ja nur die besonders geronnenen Formen gesatzter Ordnungen unserer Gesellschaft sind, die sich der Verwirklichung ihrer Verfassung immer wieder vergewissern muß, was die Verfassungskritik selbst einschließt. Wo die Leitideen weniger verschnörkelt sind oder gänzlich fehlen, wie an unseren Fabriken und Betrieben, Sozial- und Arbeitsämtern, Kindergärten und Altenheimem, Asylen und Strafanstalten usw., ist mit eben dieser doppelten Verfassungskritik den verschütteten Leitideen nicht nur zu ihrem positiven Recht, sondern zur Realität zu verhelfen.

7 Literatur[1]

Acham, Karl (1984) Über einige Rationalitätskonzeptionen in den Sozialwissenschaften. In: Schnädelbach, H. (Hg.) Rationalität. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 32-69.

Alexander, Jeffrey (1986) Habermas' neue Kritische Theorie: Anspruch und Probleme. In: Honneth, A./Joas, H. (Hg.) Kommunikatives Handeln. Beiträge zu Jürgen Habermas' "Theorie des kommunikativen Handelns". Frankfurt/Main: Suhrkamp, 73-109.

Alexy, Robert (1978/91) Theorie der juristischen Argumentation. Die Theorie des rationalen Diskurses als Theorie der juristischen Begründung. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Anschütz, Felix (1988) Ärztliches Handeln. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Anscombe, Gertrude E. M. (1957/76) Intention. Reprinted 1976. Oxford: Blackwell.

Anscombe, Gertrude E. M. (1981) The Collected Philosophical Papers. Vol. 2: Metaphysics and the Philosophy oft Mind. Oxford: Blackwell.

Apel, Karl-Otto (1976) Sprechakttheorie und transzendentale Sprachpragmatik zur Frage ethischer Normen. In: Apel, Karl-Otto (Hg.) (1976) Sprachpragmatik und Philosophie. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 10-173.

Apel, Karl-Otto (1990) Ist Intentionalität fundamentaler als sprachliche Bedeutung? Transzendentalpragmatische Argumente gegen die Rückkehr zum semantischen Intentionalismus der Bewußtseinsphilosophie. In: Forum für Philosophie Bad Homburg (Hg.) Intentionalität und Verstehen. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 13-54.

Apel, Karl-Otto (1992) Diskursethik vor der Problematik von Recht und Politik: Können die Rationalitätsdifferenzen zwischen Moralität, Recht und Politik selbst noch durch die Diskursethik normativ-rational gerechtfertigt werden? In: Apel, Karl-Otto/Kettner, Matthias (Hg.) Zur Anwendung der Diskursethik in Politik, Recht und Wissenschaft. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 29-61.

Apel, Karl-Otto/Kettner, Matthias (Hg.) (1992) Zur Anwendung der Diskursethik in Politik, Recht und Wissenschaft. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Austin, John L. (1957/77) Ein Plädoyer für Entschuldigungen. In: Meggle, Georg (Hg.) (1977) Analytische Handlungstheorie. Bd.1: Handlungsbeschreibungen. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 8-42.

Austin, John L. (1962/72) How to do Things with Words. London & Oxford & New York: University Press (dt. 1972 Zur Theorie der Sprechakte. Stuttgart: Reclam).

[1] Die jeweils ersten Jahreszahlen beziehen sich auf (engl.) Original- bzw. Erstausgaben, die hier nur dann bibliographisch vollständig angeführt werden, wenn sie (wie z.B. Austin 1962/72) auch benutzt wurden.

Baier, Annette (1971/77) Auf der Suche nach Basis-Handlungen. In: Meggle, Georg (Hg.) (1977) Analytische Handlungstheorie. Bd.1: Handlungsbeschreibungen. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 137-162.

Ballmer, Thomas T. (1979) Probleme der Klassifikation von Sprechakten. In: Grewendorf, Günther (Hg.) (1979) Sprechakttheorie und Semantik. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 247-274.

Becker-Mrotzek, Michael (1989) Schüler erzählen aus ihrer Schulzeit. Eine diskursanalytische Untersuchung über das Institutionswissen. Frankfurt/Main usw.: Lang.

Becker-Mrotzek, Michael (1990-91) Kommunikation und Sprache in Institutionen. Ein Forschungsbericht zur Analyse institutioneller Kommunikation. Teile I-III. In: Deutsche Sprache 2/1990: 158-190, 3/1990: 241-259, 3/1991: 270-288, 4/1991: 350-372.

Becker-Mrotzek, Michael (1992) Diskursforschung und Kommunikation in Institutionen. Heidelberg: Groos (Studienbibliographien Sprachwissenschaft, Bd. 4).

Becker-Mrotzek, Michael/Ehlich, Konrad/Fickermann, Ingeborg (1992) Bürger-Verwaltungs-Diskurse. In: Fiehler, R./Sucharowski, W. (Hg.) Kommunikationsberatung und Kommunikationstraining. Opladen: Westdeutscher Verlag, 234-253.

Becker-Mrotzek, Michael/Fickermann, Ingeborg (1989) Das Verhältnis von Mündlichkeit und Schriftlichkeit in kommunikationsintensiven Berufen. In: Antos, G./Augst, G. (Hg.) Textoptimierung. Frankfurt: Lang, 83-124.

Beckermann, Ansgar (Hg.) (1977) Analytische Handlungstheorie. Bd.2: Handlungserklärungen. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Berger, Johannes (1986) Die Versprachlichung des Sakralen und die Entsprachlichung der Ökonomie. In: Honneth, Axel/Joas, Hans (Hg.) (1986) Kommunikatives Handeln. Beiträge zu Jürgen Habermas' "Theorie des kommunikativen Handelns". Frankfurt/Main: Suhrkamp, 255-277.

Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (1966/80) Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt/Main: Fischer.

Black, Max (1973/79) Bedeutung und Intention. In: Meggle, Georg (Hg.) (1979) Handlung, Kommunikation, Bedeutung. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Bliesener, Thomas (1982) Die Visite - ein verhinderter Dialog. Initiativen von Patienten und Abweisungen durch das Personal. Tübingen: Narr.

Bliesener, Thomas/Köhle, Karl (1986) Die ärztliche Visite. Chance zum Gespräch. Opladen: Westdeutscher Verlag

Bohnsack, Ralf (1991) Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in Methodologie und Praxis qualitativer Forschung. Opladen: Leske & Budrich.

Brandt, Margareta/Koch, Wolfgang/Motsch, Wolfgang/Rosengren, Inger/Viehweger, Dieter (1983) Der Einfluß der kommunikativen Strategie auf die Textstruktur - dargestellt am Beispiel des Geschäftsbriefes. In: Rosengren, Inger (Hg.) Sprache und Pragmatik. Stockholm: Almqvist & Wiksell, 105-135.

Brandt, Richard/Kim, Jaegwon (1963/77) Wünsche als Erklärungen von Handlungen. In: Beckermann, Ansgar (Hg.) Analytische Handlungstheorie. Bd.2: Handlungserklärungen. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 259-274.

Braunroth, Manfred/Seyfert, Gernot/Siegel, Karsten/Vahle, Fritz (1975) Ansätze und Aufgaben der linguistischen Pragmatik. Frankfurt/Main: Athenäum.

Brennenstuhl, Waltraud (1975) Handlungstheorie und Handlungslogik. Kronberg/Taunus: Scriptor.

Brinker, Klaus (1986) Strategisches Handeln in Gesprächen. In: Narr, Brigitte/Wittje. Hartwig (Hg.) Spracherwerb und Mehrsprachigkeit. Tübingen: Narr, 335-342.

Brody, Howard (1989) Transparency: informed consent in primary care. Hastings Center Report 19/5, 5-9.

Brünner, Gisela (1978) Kommunikation in betrieblichen Kooperationsprozessen. Theoretische Untersuchungen zur Form und Funktion kommunikativer Tätigkeit in der Produktion. Diss. Osnabrück.

Brünner, Gisela (1987) Kommunikation in institutionellen Lehr-Lern-Prozessen. Diskursanalytische Untersuchungen zu Instruktionen in der betrieblichen Ausbildung. Tübingen: Narr.

Brünner, Gisela/Redder, Angelika (1983) Studien zur Verwendung der Modalverben. Tübingen: Narr.

Bubner, Rüdiger (1976/82) Handlung, Sprache und Vernunft. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Bubner, Rüdiger (1984) Rationalität, Lebensform und Geschichte. In: Schnädelbach, Herbert (Hg.) (1984) Rationalität. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 198-217.

Bühl, Walther L. (1972) Einleitung: Die alte und die neue Verstehende Soziologie. In: Bühl, Walther L. (Hg.) (1972) Verstehende Soziologie. München: Nymphenburger, 7-76.

Bühler, Karl (1934/65) Sprachtheorie. Die Darstellungsfunktion der Sprache. Stuttgart: Fischer

Chisholm, Roderick M. (1964/77) Freiheit und Handeln. In: Meggle, Georg (Hg.) (1977) Analytische Handlungstheorie. Bd.1: Handlungsbeschreibungen. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 354-387.

Churchland, Paul M. (1970/77) Der logische Status von Handlungserklärungen. In: Beckermann, Ansgar (Hg.) Analytische Handlungstheorie. Bd.2. Handlungserklärungen. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 304-331.

Cicourel, Aaron V. (1964/74) Methode und Messung in der Soziologie. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Cicourel, Aaron V. (1970/73) Basisregeln und normative Regeln im Prozess des Aushandelns von Status und Rolle. In: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hg.) (1973) Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit. Bd 1: Symbolischer Interaktionismus und Ethnomethodologie. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 147-188.

Cicourel, Aaron V. (1975) Sprache in der sozialen Interaktion. München: List

Cohn, Ruth (1978) Von der Psychoanalyse zur themenzentrierten Interaktion. Stuttgart: Klett-Cotta.

Cortina, Adela (1992) Ethik ohne Moral. Grenzen einer postkantischen Prinzipienethik. In: Apel, Karl-Otto/Kettner, Matthias (Hg.) Zur Anwendung der Diskursethik in Politik, Recht und Wissenschaft. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 278-295.

Coulmas, Florian (1978) Routineformeln als Institutionen. Vorlage zur '4. Arbeitstagung Linguistische Pragmatik', Langwaden, 6.-11.3.1978.

Danto, Arthur C. (1965/77) Basis-Handlungen. In: Meggle, Georg (Hg.) (1977) Analytische Handlungstheorie. Bd.1: Handlungsbeschreibungen. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 89-110.

Danto, Arthur C. (1973/79) Analytische Handlungsphilosophie. Königstein/Taunus: Scriptor.

Davidson, Donald (1963/80) Actions, Reasons, and Causes. In: Davidson, Donald (1980) Essays on Actions and Events. Oxford: Clarendon, 3-19.

Davidson, Donald (1967/77) Die logische Form von Handlungssätzen. In: Meggle, Georg (Hg.) (1977) Analytische Handlungstheorie. Bd.1: Handlungsbeschreibungen. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 308-331.

Davidson, Donald (1970/80) How is Weakness of the Will Possible? In: Davidson, Donald (1980) Essays on Actions and Events. Oxford: Clarendon, 21-42.

Davidson, Donald (1980) Essays on Actions and Events. Oxford: Clarendon.

Dieckmann, Walther (1980/81) Anhang: Materialisierte Normen in Prozessen institutioneller Kommunikation. In: Dieckmann, Walther (1981) Politische Sprache - Politische Kommunikation. Heidelberg: Winter, 246-254.

Dieckmann, Walther (1981) Probleme der linguistischen Analyse institutioneller Kommunikation. In: Dieckmann, Walther (1981) Politische Sprache. Politische Kommunikation. Heidelberg: Winter, 208-245.

Dieckmann, Walther (1985) Wie redet man "zum Fenster hinaus"? Zur Realisierung des Adressatenbezugs in öffentlich-dialogischer Kommunikation am Beispiel eines Redebeitrags Brandts. In: Sucharowski, Wolfgang (Hg.) (1985) Gesprächsforschung im Vergleich. Analysen zur Bonner Runde nach der Hessenwahl 1982. Tübingen: Niemeyer, 54-76.

Dieckmann, Walther/Paul, Ingwer (1983) "Aushandeln" als Konzept der Konversationsanalyse. Eine wort- und begriffsgeschichtliche Analyse. In: Zeitschrift für Sprachwissenschaft 2,2, 169-196.

Dieckmann, Walther/Paul, Ingwer (1985) Noch einmal: Ist "aushandeln" ein brauchbares Wort der wissenschaftlichen Sprache? In: Zeitschrift für Sprachwissenschaft 4,2, 218-224.

Dittmann, Jürgen (1975) Wissenschaftstheoretische Prolegomena zu einer kommunikationsorientierten Sprachtheorie. In: Deutsche Sprache 1, 2-20.

Dittmann, Jürgen (1976) Metapsychologie und linguistische Methodologie. In: Dittmann, Jürgen/Marten, Rainer/Schecker, Michael (1976) Gegenstand und Wahrheit. Tübingen: Narr, 97-153.

Dittmann, Jürgen (1979) Institution und sprachliches Handeln. In: Dittmann, Jürgen (Hg.) Arbeiten zur Konversationsanalyse. Tübingen: Niemeyer, 198-234

Easterbrook, James A. (1978) The Determinants of Free Will. A Psychological Analysis of Responsible, Ajustive Behavior. New York & San Francisco & London: Academic Press.

Edmondson, Willis J. (1982) On the determination of meaning in discourse. In: Linguistische Berichte 78, 33-41.

Ehlich, Konrad (1979) Verwendungen der Deixis beim sprachlichen Handeln. Linguistisch-philologische Untersuchungen zum hebräischen deiktischen System. 2 Teile. Frankfurt/Main & Bern & Las Vegas: Lang.

Ehlich, Konrad (1980) Der Alltag des Erzählens. In: Ehlich, Konrad (Hg.) Erzählen im Alltag. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 11-27.

Ehlich, Konrad (1986) Die Entwicklung von Kommunikationstypologien und die Formbestimmtheit sprachlichen Handelns. In: Kallmeyer, Werner (Hg.) (1986) Kommunikationstypologie. Düsseldorf: Schwann-Bagel, 47-72.

Ehlich, Konrad (1986/91) Funktional-pragmatische Kommunikationsanalyse. Ziele und Verfahren. In: Flader, Dieter (Hg.) (1991) Verbale Interaktion. Stuttgart: Metzler, 127-143.

Ehlich, Konrad (1987) Kooperation und sprachliches Handeln. In: Liedtke, Frank/Keller, Rudi (Hg.) (1987) Kommunikation und Kooperation. Tübingen: Niemeyer, 17-32.

Ehlich, Konrad (1990) Zur Struktur der psychoanalytischen "Deutung". In: Ehlich, Konrad/Koerfer, Armin/Redder, Angelika/Weingarten, Rüdiger (Hg.) (1990) Medizinische und therapeutische Kommunikation. Opladen: Westdeutscher Verlag, 210-227

Ehlich, Konrad (1993) Sprachliche Prozeduren in der Arzt-Patienten-Kommunikation. In: Löning, P./Rehbein, J. (Hg.) Arzt-Patienten-Kommunikation. Berlin/New York: de Gruyter, 67-90.

Ehlich, Konrad/Koerfer, Armin/Redder, Angelika/Weingarten, Rüdiger (Hg.) (1990) Medizinische und therapeutische Kommunikation. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Ehlich, Konrad/Rehbein, Jochen (1972) Einige Interrelationen von Modalverben. In: Wunderlich, Dieter (Hg.) Linguistische Pragmatik. Frankfurt/Main: Athenäum, 318-340.

Ehlich, Konrad/Rehbein, Jochen (1972a) Zur Konstitution pragmatischer Einheiten in einer Institution: Das Speiserestaurant. In: Wunderlich, Dieter (Hg.) (1972) Linguistische Pragmatik. Frankfurt/Main: Athenäum, 209-254.

Ehlich, Konrad/Rehbein, Jochen (1977) Wissen, Kommunikatives Handeln und die Schule. In: Goeppert, Herma C. (Hg.) Sprachverhalten im Unterricht. München: Fink, 36-114.

Ehlich, Konrad/Rehbein, Jochen (1979) Sprachliche Handlungsmuster. In: Soeffner, Hans-Georg (Hg.) (1979) Interpretative Verfahren in den Sozial- und Textwissenschaften. Stuttgart: Metzler, 243-274.

Ehlich, Konrad/Rehbein, Jochen (1980) Sprache in Institutionen. In: Althaus, Hans Peter/Henne, Helmut/Wiegand, Herbert Ernst (Hg.) (1980) Lexikon der Germanistischen Linguistik. 2. erweiterte Auflage. Tübingen: Niemeyer, 338-345.

Ehlich, Konrad/Rehbein, Jochen (1986) Muster und Institution. Untersuchungen zur schulischen Kommunikation. Tübingen: Narr.

Ehlich, Konrad/Rehbein, Jochen (1993) Institutionsanalyse. Erscheint in: Brünner, G./Graefen, G. (Hg.) Texte und Diskurse. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Etzioni, Amitai (1967/78) Soziologie der Organisationen. München: Juventa.

Eyer, Peter (1987) Perlokutionen. Tübingen: Niemeyer.

Fehlenberg, Dirk (1987) Kommunikation zwischen Arzt und Patient. Bochum: Brockmeyer.

Fehlenberg, Dirk/Simons, Claudia/Köhle, Karl (1990) Die Krankenvisite - Probleme der traditionellen Stationsarztvisite und Veränderungen im Rahmen eines psychosomatischen Behandlungskonzepts. In: Uexküll, Thure von u.a. (Hg.) Psychosomatische Medizin. 4. Auflage. München & Wien & Baltimore: Urban & Schwarzenberg, 265-286.

Feinberg, Joel (1970/77) Handlung und Verantwortung. In: Meggle, Georg (Hg.) (1977) Analytische Handlungstheorie. Bd.1: Handlungsbeschreibungen. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 186-224.

Fisher, Sue (1984) Institutional Authority and the Structure of Discourse. In: Discourse Processes 7, 201-224.

Fisher, Sue/Todd, Alexandra D. (eds.) (1983) The social organisation of doctor-patient communication. Washington, DC: The Center for Applied Linguistics.

Fisher, Sue/Todd, Alexandra D. (eds.) (1986) Discourse and institutional authority: medicine, education and law. Norwood: Ablex.

Flader, Dieter (1977) Soziale Rolle und psychosoziale Konflikte der Rollenträger als Determinanten der Unterrichtskommunikation. In: Goeppert, Herma C. (Hg.) (1977) Sprachverhalten im Unterricht. München: Fink, 115-141.

Flader, Dieter/Grodzicki, Wolf-Dietrich (1982) Die psychoanalytische Deutung - eine diskursanalytische Fallstudie. In: Flader, Dieter/Grodzicki, Wolf-Dietrich/Schröter, Klaus (Hg.) (1982) Psychoanalyse als Gespräch. Interaktionsanalytische Untersuchungen über Therapie und Supervision. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 138-193.

Flader, Dieter/Grodzicki, Wolf-Dietrich/Schröter, Klaus (Hg.) (1982) Psychoanalyse als Gespräch. Interaktionsanalytische Untersuchungen über Therapie und Supervision. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Flader, Dieter/von Trotha, Thilo von (1988) Über den geheimen Positivismus und andere Eigentümlichkeiten der ethnomethodologischen Konversationsanalyse. In: Zeitschrift für Sprachwissenschaft 7/1, 92-115.

Forguson, L.W. (1969/77) Austins Handlungstheorie. In: Meggle, Georg (Hg.) (1977) Analytische Handlungstheorie. Bd 1: Handlungsbeschreibungen. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 43-68.

Freud, Sigmund (1912/1970ff) Ratschläge für den Arzt bei der psychoanalytischen Behandlung. In: Freud, Sigmund (1970ff.) Studienausgabe. Ergänzungsband. Frankfurt/Main: Fischer, 169-180.

Freud, Sigmund (1913/70ff.) Zur Einleitung der Behandlung. Weitere Ratschläge zur Technik der Psychoanalyse. In: Freud, Sigmund (1970ff.) Studienausgabe. Ergänzungsband. Frankfurt/Main: Fischer, 181-203.

Garfinkel, Harold/Sacks, Harvey (1970/76) Über formale Strukturen praktischer Handlungen. In: Weingarten, Elmar/Sack, Fritz/Schenkein, Jim (Hg.) (1976) Ethnomethodologie. Beiträge zu einer Soziologie des Alltagshandelns. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 130-176.

Geach, Peter T. (1960/77) Der Askriptivismus. In: Meggle, Georg (Hg.) (1977) Analytische Handlungstheorie. Bd.1: Handlungsbeschreibungen. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 239-245.

Gerth, Hans/Mills, C. Wright (1953/70) Person und Gesellschaft. Die Psychologie sozialer Institutionen. Frankfurt/Main & Bonn: Athenäum.

Giesecke, Michael (1988) Die Untersuchung institutioneller Kommunikation. Perspektiven einer systemischen Methodik und Methodologie. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Gloy, Klaus (1981) Deutungsschemata des Sozialamts - Zur linguistischen Analyse von Institutionen als Konfliktherden. In: Klein, Josef/Presch, Gunter (Hg.) (1981) Institutionen, Konflikte, Sprache. Arbeiten zur linguistischen Pragmatik. Tübingen: Niemeyer, 87-125.

Goffman, Erving (1961/1972) Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen. Frankfurt/Main.

Goffman, Erving (1974/80) Rahmen-Analyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Goffman, Erving (1981) Forms of Talk. Oxford: Blackwell.

Göhler, Gerhard (Hg.) (1987) Grundfragen der Theorie politischer Institutionen. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Goldman, Alvin I. (1971/77) Die Identität von Handlungen. In: Meggle, Georg (Hg.) (1977) Analytische Handlungstheorie. Bd.1: Handlungsbeschreibungen. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 332-353.

Gosau, Bernd/Koerfer, Armin/Zeck, Jürgen (1977) Untersuchungen zum Kommunikationsverhalten in Lerngruppen. In: Bielefeld, Hans-Ulrich/Hess-Lüttich, Ernest W.B./Lundt, André (Hg.) (1977) Soziolinguistik und Empirie. Beiträge zu Problemen der Corpusgewinnung und -auswertung. Wiesbaden: Athenaion, 208-216.

Grathoff, Richard (1987) Über die Einfalt der Systeme in der Vielfalt der Lebenswelt. Eine Antwort auf Niklas Luhmann. In: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie 73, 251-263.

Grathoff, Richard (1989) Milieu und Lebenswelt. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Grewendorf, Günther (Hg.) (1992) Rechtskultur als Sprachkultur. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Grice, H. Paul (1957/79) Intendieren, Meinen, Bedeuten. In: Meggle, Georg (Hg.) (1979) Handlung, Kommunikation, Bedeutung. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 2-15.

Grice, H. Paul (1975) Logic and Conversation. In: Cole, Peter/Morgan, Jerry L. (eds.) Syntax and Semantics. Vol.3: Speech Acts. New York & San Francisco & London: Academic Press, 41-58.

Gülich, Elisabeth (1981) Dialogkonstitution in institutionell geregelter Kommunikation. In: Schröder, Peter/Steger, Hugo (Hg.) (1981) Dialogforschung. Düsseldorf: Schwann, 418-456.

Günthner, Susanne/ Kotthoff, Helga (Hg.) (1992) Die Geschlechter im Gespräch. Kommunikation in Institutionen. Stuttgart: Metzler.

Habermas, (1971a) Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie? In: Habermas, J./Luhmann, N. (1971) Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 142-290.

Habermas, Jürgen (1968) Erkenntnis und Interesse. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen (1970) Zur Logik der Sozialwissenschaften. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen (1971) Vorbereitende Bemerkungen zu einer Theorie der kommunikativen Kompetenz. In: Habermas, J./Luhmann, N. (1971) Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 101-141.

Habermas, Jürgen (1976) Was heißt Universalpragmatik? In: Apel, Karl-Otto (Hg.) Sprachpragmatik und Philosophie. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 174-272.

Habermas, Jürgen (1981) Theorie des kommunikativen Handelns. 2 Bde. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen (1982/84) Erläuterungen zum Begriff des kommunikativen Handelns. In: Habermas, Jürgen (1984) Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 571-606.

Habermas, Jürgen (1983) Moralbewußtsein und kommunikatives Handeln. 4. Aufl. 1991. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen (1984) Über Moralität und Sittlichkeit - Was macht eine Lebensform 'rational'? In: Schnädelbach, Herbert (Hg.) Rationalität. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 218-235.
Habermas, Jürgen (1985) Der philosophische Diskurs der Moderne. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
Habermas, Jürgen (1986) Entgegnung. In: Honneth, Axel/Joas, Hans (Hg.) Kommunikatives Handeln. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 327-405.
Habermas, Jürgen (1988) Nachmetaphysisches Denken. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
Habermas, Jürgen (1991) Erläuterungen zur Diskursethik. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
Hampshire, Stuart/Hart, H.L.A. (1958/77) Entscheidung, Absicht und Gewißheit. In: Meggle, G. (Hg.) Analytische Handlungstheorie. Bd. 1. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 169-185.
Hanke, Michael (1991) Maieutike techne. Zum Modell der sokratischen Gesprächstechnik. In: Flader, D. (Hg.) Verbale Interaktion. Stuttgart: Metzler, 50-91.
Harras, Gisela (1983) Handlungssprache und Sprechhandlung. Berlin & New York: de Gruyter.
Hartmann, Dietrich (1973) Begrüssungen und Begrüssungsrituale. In: Zeitschrift für germanistische Linguistik 1.2, 133-162.
Hartung, Wolfdietrich (1985) Kontroverses Diskutieren. In: Linguistica XII, 81-99.
Hartung, Wolfdietrich (1987) Diskussionstexte: Argumente für eine Systembetrachtung der Textorganisation. In: Rosengren, Inger (Hg.), Sprache und Pragmatik. Lunder Symposium 1986. Stockholm: Almqvist & Wiksell, 7-31.
Hauriou, Maurice (1925/65) Die Theorie der Institution und zwei andere Aufsätze. Berlin: Duncker & Humblot.
Henne, Helmut/Rehbock, Helmut (1979) Einführung in die Gesprächsanalyse. Berlin & New York: de Gruyter.
Heringer, Hans Jürgen (1974) Praktische Semantik. Stuttgart: Klett.
Heringer, Hans Jürgen (Hg.) (1974) Seminar: Der Regelbegriff in der praktischen Semantik. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
Heritage, J.C./Watson, D.R. (1979) Formulations as Conversational Objects. In: Psathas, George (ed.) (1979) Everyday Language. Studies in Ethnomethodology. New York & London & Sydney & Toronto: Irvington, 123-162.
Heritage, J.C./Watson, D.R. (1980) Aspects of the properties of formulations in natural conversations: Some instances analysed. In: Semiotica 30-3/4, 245-262.
Herrmanns, Fritz (1987) Handeln ohne Zweck. Zur Definition linguistischer Handlungsbegriffe. In: Liedtke, Frank/Keller, Rudi (Hg.) (1987) Kommunikation und Kooperation. Tübingen: Niemeyer, 71-105.
Hess-Lüttich, Ernest W.B. (1987) Angewandte Sprachsoziologie. Eine Einführung in linguistische, soziologische und pädagogische Ansätze. Stuttgart: Metzler.
Heyman, Richard D. (1986) Formulating topic in the classroom. In: Discourse Processes 9, 37-55.
Hoffmann, Lothar (1985) Kommunikationsmittel Fachsprache. Tübingen: Narr.
Hoffmann, Ludger (1980) Zur Pragmatik von Erzählformen vor Gericht. In: Ehlich, K. (Hg.) Erzählen im Alltag. Frankfurt: Suhrkamp, 28-63.
Hoffmann, Ludger (1983) Kommunikation vor Gericht. Tübingen: Narr.

Hoffmann, Ludger (1989) Einleitung: Recht - Sprache - Diskurs. In: Hoffmann, Ludger (Hg.) Rechtsdiskurse. Untersuchungen zur Kommunikation in Gerichtsverfahren. Tübingen: Narr, 9-38.

Hoffmann, Ludger (1992) Wie verständlich können Gesetze sein? In: Grewendorf, Günther (Hg.) Rechtskultur als Sprachkultur. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 122-154.

Hoffmann, Ludger (Hg.) (1989) Rechtsdiskurse. Untersuchungen zur Kommunikation in Gerichtsverfahren. Tübingen: Narr.

Hollis, Martin (1991) Rationalität und soziales Verstehen. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Holly, Werner (1987) Sprachhandeln ohne Kooperation? Über den "kooperativen" Balanceakt beim Manipulieren. In: Liedtke, Frank/Keller, Rudi (Hg.) (1987) Kommunikation und Kooperation. Tübingen: Niemeyer, 137-157.

Holly, Werner/Kühn, Peter/Püschel, Ulrich (1984) Für einen 'sinnvollen' Handlungsbegriff in der linguistischen Pragmatik. In: Zeitschrift für germanistische Linguistik 12, 275-312.

Holzer, Horst (1987) Kommunikation oder gesellschaftliche Arbeit? Zur Theorie des kommunikativen Handelns bei Jürgen Habermas. Berlin: Akademie-Verlag.

Honneth, Axel/Joas, Hans (Hg.) (1986) Kommunikatives Handeln. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Honneth, Axel/McCarthy, Thomas/Offe, Claus/Wellmer, Albrecht (Hg.) (1989) Zwischenbetrachtungen. Im Prozeß der Aufklärung. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Hummell, Hans J./Bloch, Gerhard (1987) Institution. In: Ammon, Ulrich/Dittmar, Norbert/Mattheier, Klaus J. (eds.) Sociolinguistics/Soziolinguistik. An International Handbook of the Science of Language and Society/Ein internationales Handbuch zur Wissenschaft von Sprache und Gesellschaft. Vol.1. Berlin & New York: de Gruyter, 187-196.

Joas, Hans (1986) Die unglückliche Ehe von Hermeneutik und Funktionalismus. In: Honneth, Axel/Joas, Hans (Hg.) Kommunikatives Handeln. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 144-176.

Jonas, Hans (1979/84) Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Juchem, Johann G./Schmitz, H. Walter (1985) Über Aushandeln und unproblematische Kommunikation bei Dieckmann/Paul. In: Zeitschrift für Sprachwissenschaft 4,1, 94-101.

Kallmeyer, Werner (1977) Verständigungsprobleme in Alltagsgesprächen. Zur Identifizierung von Sachverhalten in Handlungszusammenhängen. In: Der Deutschunterricht 6, 52-69.

Kallmeyer, Werner (1978) Fokuswechsel und Fokussierungen als Aktivitäten der Gesprächskonstitution. In: Meyer-Herrmann, Reinhard (Hg.) (1978) Sprechen - Handeln - Interaktion. Tübingen: Niemeyer, 191-241.

Kallmeyer, Werner (1981) Aushandlung und Bedeutungskonstitution. In: Schröder, Peter/Steger, Hugo (Hg.) (1981) Dialogforschung. Düsseldorf: Schwann, 89-127.

Kallmeyer, Werner/Schütze, Fritz (1976) Konversationsanalyse. In: Studium Linguistik 1, 1976, 1-28.

Kanngießer, Siegfried (1976) Sprachliche Universalien und diachrone Prozesse. In: Apel, Karl-Otto (Hg.) Sprachpragmatik und Philosophie. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 273-393.

Keller, Rudi (1986) Interpretation und Sprachkritik. In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht 57, 54-61.

Keller, Rudi (1987) Kooperation und Eigennutz. In: Liedtke, Frank/Keller, Rudi (Hg.) (1987) Kommunikation und Kooperation. Tübingen: Niemeyer, 1-14.

Keseling, Gisbert/Wrobel, Arne (Hg.)(1983) Latente Gesprächsstrukturen. Weinheim & Basel: Beltz

Kindt, Walther/Weingarten, Rüdiger (1984) Verständigungsprobleme. In: Deutsche Sprache 3/84, 193-218.

Kneer, Georg (1992) Bestandserhaltung und Reflexion. Zur kritischen Reformulierung gesellschaftlicher Rationalität. In: Krawietz, Werner/Welker, Michael (Hg.) (1990) Kritik der Theorie sozialer Systeme. Auseinandersetzungen mit Luhmanns Hauptwerk. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 86-112

Koerfer, Armin (1978) Probleme und Ansätze einer pragmatischen Sprachanalyse. In: Saße, Günter/Turk, Horst (Hg.) (1978) Handeln, Sprechen und Erkennen. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 53-100.

Koerfer, Armin (1979) Zur konversationellen Funktion von *ja aber*. In: Weydt, Harald (Hg.) Die Partikeln der deutschen Sprache. Berlin/New York: de Gruyter, 14-29.

Koerfer, Armin (1980) Themenprogression und Interaktionssteuerung im Gruppendiskurs. Erscheint in: Ehlich, Konrad/Kallmeyer, Werner (Hg.) Aufzeichnung und Analyse gesprochener Sprache.

Koerfer, Armin (1981) Probleme und Verfahren der Notation von Face-to-Face Interaktion. In: Lange-Seidl, Annemarie (Hg.) Zeichenkonstitution. Band 2. Berlin & New York: de Gruyter, 187-197.

Koerfer, Armin (1985) Zum Beobachter-Paradoxon in der Sprachwissenschaft. In: Kürschner, Wilfried/Vogt, Rüdiger (Hg.) Sprachtheorie, Pragmatik, Interdisziplinäres. Bd.2. Tübingen: Niemeyer, 187-200.

Koerfer, Armin (1991) Theorien-Vergleich als Theoriesprachen-Vergleich. Zur Programmatik eines Projekts zum Vergleich formal rekonstruierter soziologischer Theorien. Essen: mimeo.

Koerfer, Armin (1993) Interkulturelle Kommunikation vor Gericht. Erscheint in: Brünner, G./Graefen, G. (Hg.) Texte und Diskurse. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Koerfer, Armin/Köhle, Karl/Obliers, Rainer (1993) Zur Evaluation von Arzt-Patient-Kommunikation. Perspektiven einer angewandten Medizinethik. Erscheint in: Redder, A./Wiese, I. (Hg.) Medizinische Kommunikation.

Koerfer, Armin/Neumann, Christoph (1982) Alltagsdiskurs und psychoanalytischer Diskurs. In: Flader, Dieter/Grodzicki, Wolf-Dietrich/Schröter, Klaus (Hg.) Psychoanalyse als Gespräch. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 96-137.

Koerfer, Armin/Zeck, Jürgen (1983) Themen- und personenorientierte Interaktion in der Hochschule. In: Ehlich, Konrad/Rehbein, Jochen (Hg.) (1983) Kommunikation in Schule und Hochschule. Tübingen: Narr, 441-471.

Köhle, Karl/Raspe, Hans-Heinrich (Hg.) (1982) Das Gespräch während der ärztlichen Visite. Empirische Untersuchungen. München usw.: Urban & Schwarzenberg.

Köhle, Karl/Simons, Claudia/Kubanek, Bernhard (1990) Zum Umgang mit unheilbar Kranken. In: Uexküll, Thure von et al. (Hg.) Psychosomatische Medizin. 4. Aufl. Urban & Schwarzenberg, 1199-1244.

Labov, William/Fanshel, David (1977) Therapeutic discourse. Psychotherapy as conversation. New York etc.: Academic Press.

Lakoff, Robin T. (1980) Psychoanalytic Discourse and Ordinary Conversation. Berkeley: Mimeo.

Lakoff, Robin T. (1981) The Rationale of Psychotherapeutic Discourse. Berkeley: Mimeo.

Lakoff, Robin T. (1992) Präsenz und Einfluß von Frauen in Institutionen. Kommunikative Strategien und Stile vor Gericht und in der Therapiesituation. In: Günthner, Susanne/ Kotthoff, Helga (Hg.) (1992) Die Geschlechter im Gespräch. Kommunikation in Institutionen. Stuttgart: Metzler, 229-249.

Lalouschek, Johanna/Menz, Florian/Wodak, Ruth (1990) Alltag in der Ambulanz. Tübingen: Narr.

Lanz, Peter (1987) Menschliches Handeln zwischen Kausalität und Rationalität. Frankfurt/Main: Athenäum.

Lau, Ephrem Else (1978) Interaktion und Institution. Berlin: Duncker & Humblot.

Leist, Anton (1985) Eine individualistische Theorie sozialen Handelns. Zu Raimo Tuomelas 'A Theory of Social Action'. In: Analyse und Kritik 7/2, 180-205.

Lenk, Hans (1978) Handlung als Interpretationskonstrukt. Entwurf einer Konstituenten- und beschreibungstheoretischen Handlungsphilosophie. In: Lenk, Hans (Hg.) (1978) Handlungstheorien - interdisziplinär. Bd.2.1. München: Fink, 279-350.

Lenk, Hans (Hg.) (1978) Handlungstheorien - interdisziplinär. Bd.2.1. München: Fink.

Lenk, Hans (Hg.) (1979) Handlungstheorien - interdisziplinär. Bd.2.2. München: Fink.

Levinson, Stephen C. (1983) Pragmatics. Cambridge etc.: Cambridge University Press.

Lewis, David K. (1969/75) Konventionen. Eine sprachphilosophische Abhandlung. Berlin & New York: de Gruyter.

Löning, Petra (1985) Das Arzt-Patienten-Gespräch. Gesprächsanalyse eines Fachkommunikationstyps. Bern etc.: Lang.

Löning, Petra/Rehbein, Jochen (Hg.) (1993) Arzt-Patienten-Kommunikation. Berlin/New York: de Gruyter.

Löning, Petra/Sager, Swen F. (Hg.) (1985) Kommunikationsanalysen ärztlicher Gespräche. Hamburg: Buske.

Lorenzer, Alfred (1977) Sprachspiel und Interaktionsformen. Vorträge und Aufsätze zu Psychoanalyse, Sprache und Praxis. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Luckmann, Thomas (1972) Zwänge und Freiheiten im Wandel der Gesellschaftsstruktur. In: Gadamer, Hans-Georg/Vogler, Paul (Hg.) (1972) Neue Anthropologie. Bd.3.: Sozialanthropologie. Stuttgart: Thieme, 168-198.

Luckmann, Thomas (1980) Lebenswelt und Gesellschaft. Paderborn usw.: Schöningh.

Luhmann (1964/72) Funktionen und Folgen formaler Organisation. 2. Aufl. 1972. Berlin: Duncker & Humblot.

Luhmann, Niklas (1968/73) Zweckbegriff und Systemrationalität. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
Luhmann, Niklas (1969/83) Legitimation durch Verfahren. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
Luhmann, Niklas (1970) Institutionalisierungs-Funktion und Mechanismus im sozialen System der Gesellschaft. In: Schelsky, Helmut (Hg.) (1970) Zur Theorie der Institution. Düsseldorf: Bertelsmann, 27-41.
Luhmann, Niklas (1971) Systemtheoretische Argumentationen. In: Habermas, J./Luhmann, N. (1971) Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 291-405.
Luhmann, Niklas (1984/87) Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
Luhmann, Niklas (1986) Die Lebenswelt- nach Rücksprache mit Phänomenologen. In: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie 72, 176-194
Luhmann, Niklas (1987) Was ist Kommunikation? In: Information Philosophie 1, 4-16.
Luhmann, Niklas (1990) Die Wissenschaft der Gesellschaft. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
Luhmann, Niklas (1992) System und Absicht der Erziehung. In: Luhmann, N./Schorr, K.E. (Hg.) Zwischen Absicht und Person. Frankfurt/Main: Suhrkamp: 102-124.
Luhmann, Niklas/Schorr, Karl Eberhard (Hg.) (1990) Zwischen Anfang und Ende. Fragen an die Pädagogik. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
Maas, Utz (1976) Kann man Sprache lehren? Für einen anderen Sprachunterricht. Frankfurt/Main: Syndikat.
Marek, Johann Christian (1978) Beabsichtigen - Verursachen - Verhalten. Zur Beschreibung und Erklärung von Handlungen. In: Lenk, Hans (Hg.) (1978) Handlungstheorien - interdisziplinär. Bd.2.1. München: Fink, 255-277.
Martin, Jane R. (1972/77) Basis-Handlungen und einfache Handlungen. In: Meggle, Georg (Hg.) (1977) Analytische Handlungstheorie. Bd.1: Handlungsbeschreibungen. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 111-136.
Mattel-Pegam, Gesine (1985) Ein italienischer Strafgefangener konsultiert einen deutschen Rechtsanwalt. In: Rehbein, Jochen (Hg.) (1985) Interkulturelle Kommunikation. Tübingen: Narr, 299-323.
Matthiesen, Ulf (1983) Das Dickicht der Lebenswelt und die Theorie des kommunikativen Handelns. München: Fink.
Maus, Ingeborg (1987) Verrechtlichung, Entrechtlichung und der Funktionswandel von Institutionen. In: Göhler, Gerhard (Hg.) (1987) Grundfragen der Theorie politischer Institutionen. Opladen: Westdeutscher Verlag, 132-172.
McCarthy, Thomas (1986) Komplexität und Demokratie - die Versuchungen der Systemtheorie. In: Honneth, Axel/Joas, Hans (Hg.) Kommunikatives Handeln. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 177-215.
Mead, George H. (1934/73) Geist, Identität und Gesellschaft. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
Meggle, Georg (1977) Grundbegriffe der rationalen Handlungstheorie. In: Meggle, Georg (Hg.) (1977) Analytische Handlungstheorie. Bd.1: Handlungsbeschreibungen. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 415-428.

Meggle, Georg (1981) Grundbegriffe der Kommunikation. Berlin & New York: de Gruyter.

Melden, Abraham I. (1961/77) Freie Handlungen. In: Beckermann, Ansgar (Hg.) (1977) Analytische Handlungstheorie. Bd.2: Handlungserklärungen. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 120-167.

Menninger, Karl A./Holzman, Philip S. (1958/77) Theorie der psychoanalytischen Technik. Stuttgart: Frommann-Holzboog.

Menz, Florian (1991) Der geheime Dialog. Medizinische Ausbildung und institutionalisierte Verschleierungen in der Arzt-Patient-Kommunikation. Eine diskursanalytische Studie. Frankfurt etc.: Lang

Müller, Klaus (1984) Rahmenanalyse des Dialogs. Apekte des Sprachverstehens in Alltagssituationen. Tübingen: Narr.

Münch, Richard (1984) Die Struktur der Moderne. Grundmuster und differentielle Gestaltung des institutionellen Aufbaus der modernen Gesellschaften. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Münch, Richard (1987) Zwischen Handlungstheorie und Systemtheorie: Die Analyse von Institutionen. In: Göhler, Gerhard (Hg.) (1987) Grundfragen der Theorie politischer Institutionen. Opladen: Westdeutscher Verlag, 173-187.

Muth, Jochen (1984) Die Jugendgerichtsverhandlung aus der Perspektive des Angeklagten. In: Reichertz, Jo (Hg.) (1984) Sozialwissenschaftliche Analysen jugendgerichtlicher Interaktion. Tübingen: Stauffenburg, 58-110.

Neumann, Ulfrid (1986) Juristische Argumentationslehre. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Nothdurft, Werner (1982) Zur Undurchlässigkeit von Krankenhaus-Visiten. In: Köhle, Karl/Raspe, Hans-Heinrich (Hg.) (1982) Das Gespräch während der ärztlichen Visite. Empirische Untersuchungen. München usw.: Urban & Schwarzenberg, 23-35.

Nothdurft, Werner (1984) ... äh folgendes Problem äh ... Die interaktive Ausarbeitung "des Problems" in Beratungsgesprächen. Tübingen: Narr.

Oevermann, Ulrich u.a. (1976) Beobachtungen zur Struktur der sozialisatorischen Interaktion. Theoretische und methodologische Fragen der Sozialisationsforschung. In: Auwärter, Manfred/Kirsch, Edit/Schröter, Manfred (Hg.) (1976) Seminar: Kommunikation, Interaktion, Identität. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 371-403.

Oevermann, Ulrich u.a. (1979) Die Methodologie einer "objektiven Hermeneutik" und ihre allgemeine forschungslogische Bedeutung in den Sozialwissenschaften. In: Soeffner, Hans-Georg (Hg.) (1979) Interpretative Verfahren in den Sozial- und Textwissenschaften. Stuttgart: Metzler, 352-434.

Ossner, Jakob (1985) Konvention und Strategie. Die Interpretation von Äußerungen im Rahmen einer Sprechakttheorie. Tübingen: Niemeyer.

Parsons, Talcott (1937/68) The Structure of Social Action. Vol.1. New York & London: Macmillan.

Parsons, Talcott (1977) Rückblick nach 35 Jahren. In: Schütz, Alfred/Parsons, Talcott (1977) Zur Theorie sozialen Handelns. Ein Briefwechsel. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 127-136.

Parsons, Talcott/ Platt, Gerald M. (1973) The American University. Cambridge: Harvard University Press.

Paul, Ingwer (1983) Der Evangelische Gottesdienst als institutionell inszeniertes Ritual. In: Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie 24, 91-106.
Paul, Ingwer (1990) Rituelle Kommunikation. Sprachliche Verfahren zur Konstitution ritueller Bedeutung und zur Organisation des Rituals. Tübingen: Narr.
Pendleton, David/Hasler, John (eds.) (1983) Doctor-patient communication. London etc.: Academic Press.
Penman, Robyn (1987) Discourse in Courts: Cooperation, Coercion, and Coherence. In: Discourse Processes 10, 201-218.
Peters, Bernhard (1991) Rationalität, Recht und Gesellschaft. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
Pinkal, Manfred (1985) Logik und Lexikon. Die Semantik des Unbestimmten. Berlin & New York: de Gruyter.
Pitcher, George (1969/77) Handlung und Verantwortung bei Hart. In: Meggle, Georg (Hg.) (1977) Analytische Handlungstheorie. Bd.1: Handlungsbeschreibungen. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 225-238.
Quasthoff, Uta (1980) Erzählen in Gesprächen. Linguistische Untersuchungen zu Strukturen und Funktionen am Beispiel einer Kommunikationsform des Alltags. Tübingen: Narr
Quasthoff, Uta M. (1990) Das Prinzip des primären Sprechers, das Zuständigkeitsprinzip und das Verantwortungsprinzip. Zum Verhältnis von "Alltag" und "Institution" am Beispiel der Verteilung des Rederechts in Arzt-Patient-Interaktionen. In: Ehlich, Konrad/Koerfer, Armin/Redder, Angelika/Weingarten, Rüdiger (Hg.) Medizinische und therapeutische Kommunikation. Opladen: Westdeutscher Verlag, 66-81.
Raffler-Engel, Walburga von (ed.) (1989) Doctor-Patient Interaction. Amsterdam & Philadelphia: Benjamins.
Ramge, Hans (1977) Zur sprachwissenschaftlichen Analyse von Alltagsgesprächen. In: Baumgärtner, Klaus (Hg.) Sprachliches Handeln. Heidelberg 1977, 109-128.
Rayfield, David (1968/77) Handlung. In: Meggle, Georg (Hg.) (1977) Analytische Handlungstheorie. Bd.1: Handlungsbeschreibungen. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 69-88.
Redder, Angelika (1984) Modalverben im Unterrichtsdiskurs. Pragmatik der Modalverben am Beispiel eines institutionellen Diskurses. Tübingen: Niemeyer.
Redder, Angelika (Hg.) (1983) Kommunikation in Institutionen. Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie 24.
Rehbein, Jochen (1972) Entschuldigungen und Rechtfertigungen. Zur Sequenzierung von kommunikativen Handlungen. In: Wunderlich, Dieter (Hg.) (1972) Linguistische Pragmatik. Frankfurt/Main: Athenäum, 288-317.
Rehbein, Jochen (1977) Komplexes Handeln. Elemente zur Handlungstheorie der Sprache. Stuttgart: Metzler.
Rehbein, Jochen (1979) Handlungstheorien. In: Studium Linguistik 7, 1-25.
Rehbein, Jochen (1981) Announcing - On formulating plans. In: Coulmas, Florian (ed.) (1981) Conversational routine. The Hague etc.: Mouton, 215-258.
Rehbein, Jochen (1984) Beschreiben, Berichten und Erzählen. In: Ehlich, K. (Hg.) Erzählen in der Schule. Tübingen: Narr, 67-124.
Rehbein, Jochen (1984) Remarks on the empirical analysis of action and speech. The case of question sequences in classroom discourse. In: Journal of Pragmatics 8, 49-63.

Rehbein, Jochen (1986) Institutioneller Ablauf und interkulturelle Mißverständnisse in der Allgemeinpraxis. Diskursanalytische Aspekte der Arzt-Patient-Kommunikation. In: Curare 9, 297-328.

Rehbein, Jochen (1988) Ausgewählte Aspekte der Pragmatik. In: Ammon, Ulrich/Dittmar, Norbert/Mattheier, Klaus J. (eds.) Sociolinguistics/Soziolinguistik. An International Handbook of the Science of Language and Society/Ein internationales Handbuch zur Wissenschaft von Sprache und Gesellschaft. Vol.2. Berlin & New York: de Gruyter, 1181-1195.

Rehbein, Jochen (1993) Ärztliches Fragen. In: Löning, P./Rehbein, J. (Hg.) Arzt-Patienten-Kommunikation. Berlin/New York: de Gruyter, 311-364.

Reichertz, Jo (1984) Interaktionssysteme ohne eigene Bildungsgeschichte - Überlegungen zu einer Untersuchungsprogrammatik jugendgerichtlicher Interaktion. In: Reichertz, Jo (Hg.) (1984) Sozialwissenschaftliche Analysen jugendgerichtlicher Interaktion. Tübingen: Stauffenburg, 150-188.

Reitemeier, Ulrich (1985) Studien zur juristischen Kommunikation. Eine kommentierte Bibliographie. Tübingen: Narr.

Rescher, Nicholas (1967/77) Handlungsaspekte. In: Meggle, Georg (Hg.) (1977) Analytische Handlungstheorie. Bd.1: Handlungsbeschreibungen. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1-7.

Richter, Helmut (1991) Regelmißbrauch und Regelexplikation in einem Platonschen Dialog. In: Flader, Dieter (Hg.) (1991) Verbale Interaktion. Studien zur Empirie und Methodologie der Pragmatik. Stuttgart: Metzler, 92-123.

Richter, Horst-Eberhard (1992) Umgang mit Angst. Hamburg: Hoffmann und Campe.

Riegas, Volker/Vetter, Christian (Hg.) (1990) Zur Biologie der Kognition. Ein Gespräch mit Humberto R. Maturana und Beiträge zur Diskussion seines Werkes. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Ritsert, Jürgen (1972) Inhaltsanalyse und Ideologiekritik. Ein Versuch über kritische Sozialforschung. Frankfurt/Main: Athenäum.

Rolf, Eckard (1986) Eine handlungsanalytische Kritik an der Sprechakttheorie. In: Linguistische Berichte 106, 470-483.

Ryle, Gilbert (1949/69) Der Begriff des Geistes. Stuttgart: Reclam.

Sandler, Joseph/Dare, Christopher/Holder, Alex (1973/79) Die Grundbegriffe der psychoanalytischen Therapie. Stuttgart: Klett-Cotta.

Savigny, Eike von (1974) Die Philosophie der normalen Sprache. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Schank, Gerd/Schoental, Gisela (1976) Gesprochene Sprache. Eine Einführung in Forschungsansätze und Analysemethoden. Tübingen: Niemeyer.

Schegloff, E.A. (1968/72) Sequencing in Conversational Openings. In: Laver, John/Hutcheson, Sandy (eds.) (1972) Communication in Face to Face Interaction. Harmondsworth: Penguin, 374-405.

Schelsky, Helmut (Hg.) (1970) Zur Theorie der Institution. Düsseldorf: Bertelsmann.

Schemann, Andreas (1992) Strukturelle Kopplung. Zur Festlegung und normativen Bindung offener Möglichkeiten sozialen Handelns. In: Krawietz, Werner/Welker, Michael (Hg.) Kritik der Theorie sozialer Systeme. Auseinandersetzungen mit Luhmanns Hauptwerk. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 215-229

Schluchter, Wolfgang (1972/85) Aspekte bürokratischer Herrschaft. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Schmalz-Bruns, Rainer (1989) Ansätze und Perspektiven der Institutionentheorie. Eine bibliographische und konzeptionelle Einführung. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.

Schmitz, Walter (1979) Zur Analyse von Aushandlungsprozessen in polizeilichen Vernehmungen von Geschädigten und Zeugen. In: Soeffner, Hans-Georg (Hg.) (1979) Interpretative Verfahren in den Sozial- und Textwissenschaften. Stuttgart: Metzler, 24-37.

Schnädelbach, Herbert (1982) Bemerkungen über Rationalität und Sprache. In: Kuhlmann, Wolfgang/Böhler, Dietrich (Hg.) (1982) Kommunikation und Reflexion. Zur Diskussion der Transzendentalpragmatik. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 347-368.

Schnädelbach, Herbert (Hg.) (1984) Rationalität. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Schröer, Norbert (1984) Die Dynamik der Richter-Rechtsanwalt-Interaktion in ihrer Bedeutung für die Sachverhaltsrekonstruktion in Hauptverhandlungen des Jugendgerichts - ein textanalytischer Beitrag zur Strukturrekonstruktion des Interaktionstyps 'Jugendgericht'. In: Reichertz, Jo (Hg.) (1984) Sozialwissenschaftliche Analysen jugendgerichtlicher Interaktion. Tübingen: Stauffenburg, 111-149.

Schülein, Johann August (1987) Theorie der Institution. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Schumann, Karl F. (1977) Der Handel mit Gerechtigkeit. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Schumann, Karl F. (1979) Aushandeln von Sachverhalten innerhalb des Strafprozesses. In: Soeffner, Hans-Georg (Hg.) (1979) Interpretative Verfahren in den Sozial- und Textwissenschaften. Stuttgart: Metzler, 10-23.

Schütz, Alfred (1932/74) Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Schütz, Alfred (1940/77) Parsons' Theorie sozialen Handelns. In: Schütz, Alfred/Parsons, Talcott (1977) Zur Theorie sozialen Handelns. Ein Briefwechsel. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 25-76.

Schütz, Alfred (1943/72) Das Problem der Rationalität in der sozialen Welt. In: Schütz, Alfred (1972) Gesammelte Werke. Bd.2: Studien zur soziologischen Theorie. Den Haag: Nijhoff, 23-50.

Schütz, Alfred (1951/71) Das Wählen zwischen Handlungsentwürfen. In: Schütz, Alfred (1971) Gesammelte Aufsätze. Bd.1. Den Haag: Nijhoff, 77-110.

Schütz, Alfred (1953/71) Wissenschaftliche Interpretation und Alltagsverständnis menschlichen Handelns. In: Schütz, Alfred (1971) Gesammelte Werke. Bd.1: Das Problem der sozialen Wirklichkeit. Den Haag: Nijhoff, 3-54.

Schütz, Alfred (1954/71) Begriffs- und Theoriebildung in den Sozialwissenschaften. In: Schütz, Alfred (1971) Gesammelte Werke. Bd.1: Das Problem der sozialen Wirklichkeit. Den Haag: Nijhoff, 55-76.

Schütz, Alfred (1955/71) Symbol, Wirklichkeit und Gesellschaft. In: Schütz, Alfred (1971) Gesammelte Aufsätze. Bd.1. Den Haag: Nijhoff, 331-411.

Schütz, Alfred (1958/72) Einige Äquivokationen im Begriff der Verantwortlichkeit. In: Schütz, Alfred (1972) Gesammelte Aufsätze. Bd.2. Den Haag: Nijhoff, 256-258.

Schütz, Alfred (1960/72) Die soziale Welt und die Theorie der sozialen Handlung. In: Schütz, Alfred (1972) Gesammelte Werke. Bd.2: Studien zur soziologischen Theorie. Den Haag: Nijhoff, 3-21

Schütz, Alfred (1970/71) Das Problem der Relevanz. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Schütz, Alfred/Luckmann, Thomas (1975/1979) Strukturen der Lebenswelt. Bd.1. Frankfurt/Main: Suhrkamp

Schütz, Alfred/Parsons, Talcott (1940-41/77) Zur Theorie sozialen Handelns. Ein Briefwechsel. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Schütze, Fritz (1975) Sprache soziologisch gesehen. 2 Bde. München: Fink.

Schütze, Fritz (1978) Strategische Interaktion im Verwaltungsgericht - eine soziolinguistische Analyse zum Kommunikationsverlauf im Verfahren zur Anerkennung als Wehrdienstverweigerer. In: Interaktion vor Gericht. Mit Beiträgen von W. Hoffmann-Riem, H. Rottleuthner, F. Schütze und A. Zielcke.

Schwab, Martin (1980) Redehandlungen. Eine institutionelle Sprechakttheorie. Königstein/Taunus: Hain.

Schwanenberg, Enno (1970) Soziales Handeln - Die Theorie und ihr Problem. Bern usw.: Huber.

Schwemmer, Oswald (1984) Aspekte der Handlungsrationalität. Überlegungen zur historischen und dialogischen Struktur unseres Handelns. In: Schnädelbach, Herbert (Hg.) (1984) Rationalität. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 175-197.

Schwemmer, Oswald (1987) Handlung und Struktur. Zur Wissenschaftstheorie der Kulturwissenschaften. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Schwitalla, Johannes (1979) Dialogsteuerung in Interviews. Ansätze zu einer Theorie der Dialogsteuerung mit empirischen Untersuchungen. München: Hueber.

Searle, John (1973) Linguistik und Sprachphilosophie. In: Bartsch, Renate/Vennemann, Theo (Hg.) (1973) Linguistik und Nachbarwissenschaften. Kronberg/Taunus: Scriptor, 113-125.

Searle, John R. (1965/72) Was ist ein Sprechakt? In: Holzer, Horst/Steinbacher, Karl (Hg.) (1972) Sprache und Gesellschaft. Hamburg: Hoffmann und Campe, 153-173.

Searle, John R. (1969/71) Sprechakte. Ein sprachphilosophischer Essay. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Searle, John R. (1976/82) A Classification of Illocutionary Acts. In: Language in Society 5/1, 1976, 1-23 (dt. 1982 Eine Taxonomie illokutionärer Akte. In: Searle, John R. (1982) Ausdruck und Bedeutung. Untersuchungen zur Sprechakttheorie. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 17-50.

Searle, John R. (1979) Intentionalität und der Gebrauch der Sprache. In: Grewendorf, Günther (Hg.) (1979) Sprechakttheorie und Semantik. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 149-171.

Searle, John R. (1983) Intentionality. An Essay in the Philosophy of Mind. Cambridge etc.: University Press.

Searle, John R. (1992a) Conversation. In: Searle, John R. et al. (1992) (On) Searle on conversation. Amsterdam & Philadelphia: Benjamins, 7-29.

Searle, John R. (1992b) Conversation reconsidered. In: Searle, John R. et al. (1992) (On) Searle on conversation. Amsterdam & Philadelphia: Benjamins, 137-147.d

Searle, John R./Vanderveken, Daniel (1985) Foundations of Illocutionary Logic. Cambridge etc.: Cambridge University Press.

Seibert, Thomas-Michael (1981) Aktenanalysen. Zur Schriftform juristischer Deutungen. Tübingen: Narr.

Seidel, Rainer (1984) Beobachtungen am Jugendgericht - Aufbau und Ablauf von Gerichtsverhandlungen. In: Reichertz, Jo (Hg.) (1984) Sozialwissenschaftliche Analysen jugendgerichtlicher Interaktion. Tübingen: Stauffenburg, 4-57.

Selting, Margret (1985) Ebenenwechsel und Kooperationsprobleme in einem Sozialamtsgespräch. In: Zeitschrift für Sprachwissenschaft 4,1, 68-89.

Selting, Margret (1987) Verständigungsprobleme. Eine empirische Analyse am Beispiel der Bürger-Verwaltungs-Kommunikation. Tübingen: Niemeyer.

Siegrist, Johannes (1982) Asymmetrische Kommunikation bei klinischen Visiten. In: Köhle, Karl/Raspe, Hans-Heinrich (Hg.) (1982) Das Gespräch während der ärztlichen Visite. Empirische Untersuchungen. München usw.: Urban & Schwarzenberg, 16-22.

Soeffner, Hans-Georg (1984) Strukturanalytische Überlegungen zur gerichtlichen Interaktion. In: Reichertz, Jo (Hg.) Sozialwissenschaftliche Analysen jugendgerichtlicher Interaktion. Tübingen: Stauffenburg, 189-225.

Soeffner, Hans-Georg (1986) Handlung - Szene - Inszenierung. Zur Problematik des "Rahmen"-Konzeptes bei der Analyse von Interaktionsprozessen. In: Kallmeyer, Werner (Hg.) (1986) Kommunikationstypologie. Handlungsmuster, Textsorten, Situationstypen. Düsseldorf: Schwann, 73-91.

Strauss, Anselm (1978) Negotiations. Varieties, Contexts, Processes, and Social Order. San Francisco & Washington & London: Jossey-Bass.

Strawson, P.F. (1971/74) Logik und Linguistik. München: List.

Streeck, Jürgen (1983) Kommunikation in einer kindlichen Sozialwelt. Tübingen: Narr

Stubbs, Michael (1983) Discourse Analysis. The Sociolinguistic Analysis of Natural Language. Reprinted 1984. Oxford: Blackwell.

Taylor, Charles (1986) Sprache und Gesellschaft. In: Honneth, Axel/Joas, Hans (Hg.) (1986) Kommunikatives Handeln. Beiträge zu Jürgen Habermas' "Theorie des kommunikativen Handelns". Frankfurt/Main: Suhrkamp, 35-52.

Techtmeier, Bärbel (1984) Das Gespräch. Funktionen, Normen und Strukturen. Berlin: Akademie-Verlag.

Thimm, Caja (1990) Dominanz und Sprache. Strategisches Handeln im Alltag. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.

Thomä, Helmut/Kächele, Horst (1989) Lehrbuch der psychoanalytischen Theorie. 2 Bde. Berlin: Springer.

Toulmin, Stephen/Rieke, Richard/Janik, Allan (1979/^{2}1984) An Introduction to Reasoning. New York: Macmillan.

Tuomela, Raimo/Miller, Kaarlo (1985) We-Intentions and Social Action. In: Analyse und Kritik 7/1, 26-43.

Ungeheuer, Gerold (1978/87) Gut geführte Gespräche und ihr Wert. Eine Problemskizze ohne Literatur. In: Ungeheuer, Gerold (1987) Kommunikationstheoretische Schriften. Bd.1. Hg. von Johann G. Juchem. Aachen: Rader, 176-183.

von Uexküll, Thure (1987) Gedanken über die Wirkungsweise eines Gesprächs. In: Rhetorik 6, 115-127.

von Uexküll, Thure (1993) Rückmeldung als Modell interpersonaler Beziehungen: Psychosomatische Medizin als Beziehungsmedizin: In: Fundamenta Psychiatrica 7, 58-63.

von Uexküll, Thure/Wesiack, Wolfgang (1990) Wissenschaftstheorie und Psychosomatische Medizin, ein bio-psycho-soziales Modell. In: Uexküll, Thure von et al. (Hg.) Psychosomatische Medizin. 4. Aufl. Urban & Schwarzenberg, 5-38.

Wagner, Klaus R. (1978) Sprechplanung. Empirie, Theorie und Didaktik der Sprecherstrategien. Frankfurt/Main: Hirschgraben.

Waldenfels, Bernhard (1985) In den Netzen der Lebenswelt. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Weber, Max (1922/72) Wirtschaft und Gesellschaft. 5. Aufl.1972. Tübingen: Mohr.

Weigand, Edda (1989) Sprache als Dialog. Sprechakttaxonomie und kommunikative Grammatik. Tübingen: Niemeyer.

Weigand, Gabriele/Hess, Remi/Prein, Gerald (Hg.) (1988) Institutionelle Analyse. Theorie und Praxis. Frankfurt/Main: Athenäum.

Wellmer, Albrecht (1989) Was ist eine pragmatische Bedeutungstheorie? Variationen über den Satz "Wir verstehen einen Sprechakt, wenn wir wissen, was ihn akzeptabel macht". In: Honneth, Axel/McCarthy, Thomas/Offe, Claus/Wellmer, Albrecht (Hg.) Zwischenbetrachtungen. Im Prozeß der Aufklärung. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 318-370.

Wenzel, Angelika (1984) Verstehen und Verständigung in Gesprächen am Sozialamt. Tübingen: Niemeyer.

Werlen, Iwar (1984) Ritual und Sprache: zum Verhältnis von Sprechen und Handeln in Ritualen. Tübingen: Narr.

Westphale, Claus/Köhle, Karl (1982) Visitengespräche: Gesprächssituation und Informationsaustausch. Abschlußbericht 1 des SFB 129 (Teilprojekt B5). Ulm.

Weymann-Weyhe, Walter (1978) Sprache, Gesellschaft, Institution. Sprachkritische Vorklärungen zur Problematik von Institutionen in der gegenwärtigen Gesellschaft. Düsseldorf: Patmos.

Wimmer, Reiner (1987) Beschreibung - Erklärung. In: Ammon, Ulrich/Dittmar, Norbert/Mattheier, Klaus J. (eds.) Sociolinguistics/Soziolinguistik. An International Handbook of the Science of Language and Society/Ein internationales Handbuch zur Wissenschaft von Sprache und Gesellschaft. Vol.1. Berlin & New York: de Gruyter, 29-39.

Wittgenstein, Ludwig (1958/1967) Philosophische Untersuchungen. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Wodak, Ruth (1987) Kommunikation in Institutionen. In: Ammon, Ulrich/Dittmar, Norbert/Mattheier, Klaus J. (eds.) Sociolinguistics/Soziolinguistik. An International Handbook of the Science of Language and Society/Ein internationales Handbuch zur Wissenschaft von Sprache und Gesellschaft. Vol.1. Berlin & New York: de Gruyter, 800-820.

Wright, Georg Henrik von (1963/77) Praktisches Schließen. In: Wright, Georg Henrik von (1977) Handlung, Norm und Intention. Untersuchungen zur deontischen Logik. Berlin & New York: de Gruyter, 41-60.

Wright, Georg Henrik von (1963/79) Norm und Handlung. Eine logische Untersuchung. Königstein/Taunus: Scriptor.

Wright, Georg Henrik von (1971/74) Erklären und Verstehen. Frankfurt/Main: Fischer Athenäum.

Wright, Georg Henrik von (1972/77) Über sogenanntes praktisches Schließen. In: Wright, Georg Henrik von (1977) Handlung, Norm und Intention. Untersuchungen zur deontischen Logik. Berlin & New York: de Gruyter, 61-81.

Wright, Georg Henrik von (1976/77) Determinismus in den Geschichts- und Sozialwissenschaften. Ein Entwurf. In: Wright, Georg Henrik von (1977) Handlung, Norm und Intention. Untersuchungen zur deontischen Logik. Berlin & New York: Gruyter, 131-152.

Wright, Georg Henrik von (1979) Das menschliche Handeln im Lichte seiner Ursachen und Gründe. In: Lenk, Hans (Hg.) (1979) Handlungstheorien - interdisziplinär. Bd. 2.2. München: Fink, 417-430.

Wrobel, Arne (1985) Kommunikation im psychoanalytischen Interview. Pfaffenweiler: Centaurus.

Wunderlich, Dieter (1972) Zur Konventionalität von Sprechhandlungen. In: Wunderlich, Dieter (Hg.) (1972) Linguistische Pragmatik. Frankfurt/Main: Athenäum, 11-58.

Wunderlich, Dieter (1976) Studien zur Sprechakttheorie. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Wunderlich, Dieter (1979) Was ist das für ein Sprechakt? In: Grewendorf, Günther (Hg.) Sprechakttheorie und Semantik. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 275-324.

Wunderlich, Dieter (Hg.) (1976) Wissenschaftstheorie der Linguistik. Kronberg: Athenäum.

8 Quellen

Projekt (DLJ) Delinquenz libanesischer Jugendlicher. Leitung: Dieter Krallmann und Ehrhardt Cremers; Mitarbeit: Ferdinand Eberhard, Claudia Hausmann, Armin Koerfer, Annette Schneider. FB 3 der Uni/GHS Essen. (zugleich: Transkriptkorpus)

Projekt (HSK) Hochschulkommunikation. Leitung: Jürgen Zeck; Mitarbeit: Bernd Gosau, Armin Koerfer u.a. FB 15 der Freien Universität Berlin. (zugleich: Transkriptkorpus)

Projekt (VMS) Das Verhältnis von Mündlichkeit und Schriftlichkeit in kommunikationsintensiven Berufen. Leitung: Konrad Ehlich; Mitarbeit: Michael Becker-Mrotzek und Ingeborg Fickermann. FB 15 der Universität Dortmund. (zugleich: Transkriptkorpus)

Projekt (DPT) Diskursstrukturen psychoanalytischer Therapie. DFG-Projekt Essen. Leitung: Dieter Flader. Mitarbeit: Armin Koerfer, Christoph Neumann. (zugleich: Transkriptkorpus)

Frankfurter Rundschau vom 24.11.1988
Frankfurter Rundschau vom 5.05.1989

Neue Ruhr Zeitung vom 22. 12.1988

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 30.05.1987
Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 25.07.1988
Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 10.12.1988
Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 2.12.1988
Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 5.12.1988
Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 22.12.1988
Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 12.12.1988
Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 14.12.1988
Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 15.02.1989
Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 14.03.1989
Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 1.09.1989
Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 31.03.1992
Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 1.04.1992